

Niederlagen- analyse

Die Ursachen für den Sieg der Konter- revolution in Europa

Reprint der besten Offensiv-Artikel

Autoren/innen:

Harpal Brar (Großbritannien), Cercle Henri Barbusse (Frankreich), Pavel Dektar (Tschechische Republik), Gerhard Feldbauer (BRD), Frank Flegel (BRD), Kurt Gossweiler (BRD), Gerald Hoffmann (BRD), Ulrich Huar (BRD), Karel Intera (Tschechische Republik), Anneke Ioannatou (Griechenland), Hermann Jacobs (BRD), Kommunistische Initiative Österreich, Kommunistische Partei Chinas, Kommunistische Partei Griechenlands, Michael Opperskalski (BRD), Andreas Reichel (BRD), Andrea Schön (BRD), Rolf Vellay(†) (BRD), André Vogt (BRD), Andrea Vogt (BRD), Zbigniew Wiktor (Polen).

(Hrsg): *offensiv*

ZIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Offen-siv (Hrsg): Niederlagenanalyse

Hannover 2007

Herausgegeben vom „Verein zur Förderung demokratischer Publizistik“ e.V.

Einzelverlag, Offensiv, Frank Flegel

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782

Mail: redaktion@offen-siv.com

Copyright: Juni 2007, Frank Flegel, Hannover

Alle Rechte vorbehalten

Redaktionelle Betreuung:

Vorstand des „Vereins zur Förderung demokratischer Publizistik e.V.“

Umschlag: Frank Flegel

Druck: Lange und Haak, Allensbach

Printed in Germany

ISBN: 978-3-00-021905-4

12,50 €

Redaktionsnotiz	5
Grundsätzliches	8
<i>Karel Intera: Den Sozialismus rehabilitieren!</i>	8
<i>Ulrich Huar: Wir Kommunisten, die bürgerliche und die sozialistische Demokratie</i>	10
<i>Pavel Dektar: Zur Rolle der Arbeiterklasse und zur Aufgabe ihrer revolutionären Partei</i>	15
<i>Michael Oppperskalski: Das Problem mit dem 'Demokratischen Sozialismus'</i>	19
<i>Anneke Ioannatou: Geschichte und Gegenwart von Revisionismus und 'demokratischem Sozialismus'</i>	27
<i>Michael Oppperskalski: Entwicklung und Funktion des Revisionismus</i>	36
<i>Gerald Hoffmann: Der Revisionismus als kleinbürgerliches Element im Marxismus</i>	56
<i>Hermann Jacobs: Der Marxismus ist in der Revisionismusfrage unentwickelt</i>	60
<i>Kurt Gossweiler: Die antisozialistische Doppelstrategie des Imperialismus und der historische Wechsel von der Konfrontationspolitik zur - schließlich erfolgreichen - 'indirekten Strategie'</i>	62
<i>Kurt Gossweiler: Gemeinsamkeiten und Unterschiede von „altem“ und „modernem“ Revisionismus</i>	74
<i>Ulrich Huar: Über Spaltungen, Vereinigungen und Neugründungen von Kommunistischen Parteien</i>	79
Die Sowjetunion	85
<i>Kurt Gossweiler: Die Entfaltung des Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung</i>	85
<i>Ulrich Huar: Die Bucharigruppe</i>	112
<i>Andrea Schön: Geschichtslügen: Fundamente des Anti-"Stalinismus"</i>	116
<i>KP Chinas: Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns</i>	127
<i>Frank Flegel: Wir müssen an die ökonomischen Grundlagen!</i>	142
<i>Ulrich Huar: Stalin zur Perspektive von Wertgesetz und Warenproduktion</i>	148
<i>Gerald Hoffmann: Die Idealisierung der NÖP</i>	156
<i>Harpal Brar: Die Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion von Mitte der 50er Jahre bis zum Ende - Grundrisse der ökonomischen Zerstörung des Sozialismus in der UdSSR</i>	159
<i>Hermann Jacobs: Der Unterschied zwischen der 1. und der 4. Auflage des Lehrbuches "Politische Ökonomie" - Die Desavouierung J. W. Stalins in der Politischen Ökonomie des Sozialismus</i>	176
<i>Kurt Gossweiler: Warum Rückgriff auf „Die Zwiebel Gorbatschow“?</i> Einleitende Bemerkungen zur Wiederveröffentlichung - 15.3.06	184

<i>Kurt Gossweiler: Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow</i>	188
Beispiele aus Jugoslawien, Ungarn, Polen, der DDR.....	208
<i>Kurt Gossweiler: Einige Daten zur Rolle Tito-Jugoslawiens zwischen West und Ost</i>	208
<i>Kommunistische Partei Chinas/Redaktionen von "Renmin Ribao" (Volkszeitung) und Hongqi (Rote Fahne): Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat (Oktober 1963)?</i>	216
<i>Kurt Gossweiler: Bedingungen und Hintergründe des konterrevolutionären Putschversuchs in Ungarn 1956</i>	227
<i>Zbigniew Wiktor: Die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Polen – als Beispiel für die Länder Osteuropas</i>	235
<i>Michael Opperskalski: Imperialistische Diversionsstrategien gegen die DDR</i>	255
<i>Rolf Vellay: "...Ohne Kenntnis der SED-Führung..."!</i>	287
<i>Andreas Reichel: Zur Rohstoffbasis der DDR und den Einfuhren sowjetischen Erdöls</i>	290
Beispiele aus Italien, Österreich, Frankreich, Chile	316
<i>Gerhard Feldbauer: Der Niedergang der Kommunistischen Partei Italiens (IKP)</i>	316
<i>Kommunistische Initiative Österreich (KI): Die kommunistische Bewegung in Österreich</i>	324
<i>Cercle Henri Barbusse: Die Kommunistische Partei Frankreichs – Revisionismus an der Macht</i>	335
<i>Rolf Vellay(†): Welche Lehren ziehen wir aus der chilenischen Katastrophe?</i>	341
Ausblick	345
<i>Michael Opperskalski: Wider die „Kritik auf den Knien“</i>	345
<i>Andrea und André Vogt: Redebeitrag bei der internationalen Konferenz am 21. April 2007 in Prag</i>	352
<i>Kommunistische Partei Griechenlands (KKE): Über die Revolution und die revolutionäre Macht – die Kommunistische Partei: klassenspezifisch und internationalistisch</i>	355
<i>Michael Opperskalski/Frank Flegel: Die kommunistische Bewegung in Deutschland und das Problem der Einheit</i>	361
<i>Kurt Gossweiler: Brief an Vera und Julius T., 27. 12. 1990</i>	373

Redaktionsnotiz

Im März dieses Jahres hat unser Herausbergremium beschlossen, einen „offen-siv“-Reprint-Band zum Thema „Ursachen unserer Niederlage“ mit den besten Artikeln zu diesem Thema herauszugeben. Der Grund dafür ist in den Diskussionen zu suchen, die wir immer wieder führten um die Frage der Zersplitterung der kommunistischen Bewegung (nicht nur) in Deutschland und die daraus folgende Frage nach Schritten zur Einheit. Dabei kommt man an der Bewertung der Vergangenheit und vor allem an der Ursachenforschung über die Gründe der Niederlage nicht vorbei.

Wenn wir uns einig sind darüber, warum der Sozialismus in Europa von der Konterrevolution besiegt werden konnte, haben wir das Rüstzeug für einen neuen Anlauf. Ohne Klarheit und Einigkeit in dieser Frage wird unsere Bewegung gespalten und zersplittert bleiben. Leider wird die Antwort auf die Frage nach der Ursache stark gefärbt von der jeweilig Ausrichtung der aktuellen Politik. Dementsprechend haben wir es mit sehr unterschiedlichen „Analysen“ zu tun, quer durch das politische Spektrum:

- Die PDS/Linkspartei/Die Linke ist im Kapitalismus angekommen und möchte das imperialistische System mitgestalten, dem entsprechend hält sie den Sozialismus sowieso für falsch, was zu der Schlussfolgerung führt, dass 1989/91 der „undemokratische Staatssozialismus“ gescheitert und die „SED-Diktatur“ zurecht auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sei. Die PDS/Linkspartei/Die Linke ist strukturell antikommunistisch ausgerichtet.

- Die DKP hält den Sozialismus in Europa für mangelbehaftet und entstellt, mit Defiziten und Problemen behaftet – und sieht die Ursache für diese Missbildungen bei Stalin. Da man sich von dem, was damals war, distanziert, stellt man sich dort den Sozialismus mit gemischten Eigentumsformen und mit einem Parteienpluralismus vor, d.h., dass man in der Konsequenz gegen eine zentrale Planwirtschaft und die Führung durch das Proletariat ist. Man kann diese Ziele durchaus zum Spektrum der kleinbürgerlichen Sozialismusvorstellungen (oder soll man sagen –illusionen!?) rechnen.

- Gruppen wie SAV, Linksruck und andere aus dem Spektrum des Trotzismus sehen sich – ähnlich wie die DKP – darin bestärkt, dass der „Stalinismus“ und die „bürokratische Entartung“ gescheitert seien und nun das Feld offen sei für Arbeiterdemokratie, Räte und Selbstverwaltung. (Ansonsten aber verhalten sie sich wie immer, d.h. denunzieren Cuba als „bürokratisch entartet“, wollen Fidel Castro stürzen und werfen Hugo Chávez vor, ein Populist zu sein, der die Arbeitermacht zerstört, d.h. sie agieren in der Praxis – wie immer – konterrevolutionär.) Da die Niederlagen“erklärungen“ der Trotzisten und der DKP sehr nahe beieinander liegen kann es auch nicht verwundern, dass die DKP und mehrere trotzkistische Gruppen schon seit längerem zusammenarbeiten und eine Konferenz nach der anderen initiieren (Leverkusen, Marxismuskonferenz, Projekt EAL usw.).

- Reste der kommunistischen Bewegung, die weiterhin am Marxismus-Leninismus festhalten wollen, sind dem gegenüber stark in die Defensive geraten, so dass sich ein Teil davon schon damit zufrieden gibt festzustellen, dass „nicht alles schlecht“ gewesen sei an der DDR – damit nimmt das Festhalten am sozialistischen Ziel leider aber einen eher nostalgischen Charakter an. Diese Kräfte verhalten sich manchmal so wie ein traditionsbewusster Heimatverein, nicht aber

wie der bewussteste Teil des Proletariats, das eine Welt zu gewinnen hat. Die Ursache für die Niederlage wird hier meistens nicht im Wesen des revisionistisch deformierten Sozialismus, sondern - oft stark personalisiert - im individuellen Verrat durch Gorbatschow und Schewardnadse gesucht.

Diese Aufzählung ist längst nicht vollständig, sie soll auch nur illustrieren, wie unterschiedlich der von der Gegenwart geprägte Blick auf die Vergangenheit ausfällt. Da ist Einigkeit schwer herzustellen.

Uns interessiert in diesem Zusammenhang die Frage nach der Wahrheit - oder wie Kurt Gossweiler es in einem Brief (siehe Schluss dieses Buches) ausdrückt: „Und was war es nun wirklich?“ Wenn es uns nicht gelingt, uns von aktuellen politischen Konjunkturen frei zu machen und diese Frage wissenschaftlich exakt zu beantworten, werden wir noch auf lange Zeit zersplittert und gespalten bleiben. Es muss uns klar sein: wir haben eine hohe Verantwortung, denn es wachsen gerade Generationen nach, die wissensdurstig sind und denen man nicht so leicht mit Stalin als Ungeheuer und der Mauer als KZ kommen kann. Auf die Fragen dieser jungen Leute können wir nicht nur mit Floskeln wie „Licht und Schatten“, „innere und äußere“ oder auch „hausgemachte und strukturelle“ Ursachen antworten, von einem „Bündel“ von Gründen reden und ansonsten anmerken, dass das noch „genauer untersucht“ werden müsse. Nein, es sind tatsächlich Antworten gefragt.

Dieser Reprintband macht die besten Artikel aus „offen-siv“ zum Thema Niederlage des Sozialismus im Zusammenhang zugänglich. Natürlich ist das kein Werk aus einem Guss – allerdings auch kein Sammelsurium unterschiedlicher Ansätze. Man kann diesen Band wahrscheinlich am besten mit einem Puzzle vergleichen, in dem durch die einzelnen Bausteine ein Gesamtbild entsteht.

Wir haben ihn bewusst „Niederlagenanalyse“ genannt und auf solche abschwächenden Zusätze wie „Versuch einer...“ oder „Beiträge zur...“ verzichtet. Wir erheben den Anspruch, mit diesem Band der Wahrheit auf der Spur zu sein. Daran soll er gemessen werden.

Zur redaktionellen Arbeit: Die Zusammenstellung der Artikel erfolgte in fünf Kategorien.

Erstens: allgemeine und strukturelle Artikel. Wir haben sie „Grundsätzliches“ genannt.

Zweitens: Artikel, die sich im weitesten Sinne mit der UdSSR beschäftigen als dem Hauptland des Sozialismus in Europa. Diese Kategorie nannten wir „Die Sowjetunion“;

Drittens: Artikel, die sich auf andere sozialistische Länder Europas beziehen. Diese nannten wir „Beispiele aus Jugoslawien, Ungarn, Polen und der DDR“.

Viertens: Artikel, die Entwicklungen in kommunistischen Parteien (vor allem europäischer) kapitalistischer Länder darstellen und damit begleitend illustrieren, was in den sozialistischen Ländern geschah. Diese Kategorie nannten wir „Beispiele aus Italien, Frankreich, Österreich“ – und wir haben „Chile“ hinzugefügt, weil uns ein Blick auf die dortigen Vorkommnisse unerlässlich erschien;

Fünftens: Artikel, die zumindest in Ansätzen Konsequenzen formulieren und Schlussfolgerungen anregen. Diese haben wir als „Ausblick“ bezeichnet.

Frank Flegel, Hannover, Juni 2007

Impressum der Zeitschrift „offen-siv“**offen-siv,
Zeitschrift für Sozialismus und Frieden****Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik e.V.****Mitglieder am Tag der Gründung:****Erich Buchholz, Hans Fischer, Frank Flegel, Kurt Gossweiler, Peter Hacks(†), Dieter Hainke, Ingo Höhmann, Anna C. Heinrich, Günther Lange, Willi Opitz, Michael Opperskalski, Andrea Schön, Hans Schröter(†).****Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung und Schreibbüro:****Anna C. Heinrich und Frank Flegel
Druck: Lange und Haak, Allensbach.****Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.****Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,****Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782****Mail: redaktion@offen-siv.com****Internet: www.offen-siv.com****Spendenkonto Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover,
BLZ 250 501 80****Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,
Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv****Freundeskreis offen-siv: A.Vogt, Tel.: 0351-41 79 87 91, Mail: freundeskreis@offen-siv.com****Spendenkonto Offensiv:****Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover,
BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv****Ausland: Konto Frank Flegel,****Internat. Kontonummer(IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,****Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.**

Redaktion Offensiv, Hannover

Grundsätzliches

Karel Intera: Den Sozialismus rehabilitieren! ¹

Wie durch die Erfahrung bestätigt wird, muss die richtige politische Praxis auf festem theoretischen Grund basieren – insbesondere in den gegenwärtigen, unermesslich verwickelten gesellschaftlichen Verhältnissen.

Die dringlichste theoretische Aufgabe der Gegenwart ist die Rehabilitierung des Sozialismus. Als ihre Voraussetzung muss die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des so genannten „realen Sozialismus“ betrachtet werden, die nicht der feindlichen Dämonisierung des Sozialismus dienen darf – und wenn sie objektiv ist: nicht dienen kann! Im gleichen Maße, wie wir uns unseren Problemen – dem Sozialismus und dem so genannten „realen Sozialismus“ – widmen, so müssen wir Angriffe auf uns umwenden auf den Kapitalismus und seine direkten und indirekten Verteidiger.

Die Rehabilitierung des Sozialismus muss aus der Theorie des Sozialismus – von den Klassikern des Marxismus begründet – hervorgehen. Diese Theorie ist der Schlüssel sowohl zum Begreifen der Vergangenheit des so genannten „realen Sozialismus“, als auch zum richtigen Begreifen der Perspektiven, der nötigen Schritte und der richtigen Richtung.

Im „realen Sozialismus“ existierten eine gewisse Zeit noch ein kapitalistischer und noch länger ein kleinbürgerlicher Sektor, die beide starke bürgerliche und kleinbürgerliche Beeinflussungen hervorriefen, die dem Sozialismus fremd und feindlich waren. Der „reale Sozialismus“ musste, insbesondere in unterentwickelten Ländern, erst eine große Masse vorsozialistischer Aufgaben lösen, die ihm von der Vergangenheit hinterlassen worden waren, die er ungelöst bzw. nicht zu Ende geführt geerbt hat, die jedoch nicht zu überspringen waren. Der „reale Sozialismus“ wurde unaufhörlich durch die äußere Bedrohung seitens des ihn umkreisenden feindlichen Kapitalismus zu für ihn fremden und seinem inneren Zweck widersprechenden Maßnahmen gezwungen (wie die Beibehaltung der Armee, die Rüstungsproduktion, gewisse Begrenzungen der inneren Demokratie aus Sicherheitsgründen usw.)

Die Lehre, die wir für die Gegenwart und die Zukunft brauchen, erfordern selbstverständlich die genaue Analyse der Gründe für die Niederlage des „realen Sozialismus“ – um sie in Zukunft vermeiden zu können. Jedoch ist es keinesfalls zulässig, sich dabei dem Niederlagengefühl zu ergeben. Das einseitige Akzeptieren von Mängeln spielt nicht nur den Verleumdern in die Hände, es ist auch theoretisch-methodologisch falsch. Die Widersprüchlichkeit des „realen Sozialismus“ hatte doch nicht nur negative, sondern auch positive Seiten.

¹ Aus: „offen-siv“ 6-2000; Sonderheft: „Den Sozialismus verteidigen“, S. 48-52, Auszüge.

Die Macht der Bourgeoisie wurde gebrochen und durch die Macht der Arbeitenden ersetzt – wenn auch mehr in ihrem Namen oder für sie, als dass sie sie, besonders in der letzten Etappe, selbst ausgeübt hätten. Die Produktionsmittel sind in die Hände der Arbeitenden übergegangen und haben zu ihrem Wohl gedient – obzwar infolge der Bürokratie weniger effektiv, als es erforderlich und auch möglich gewesen wäre. Es wurde die Ausbeutung beseitigt – obzwar der Missbrauch von Funktionen, Fälle der unrichtigen Entlohnung, die Schattenökonomie in sich solche Rezidiven trugen. Aber es ist notwendig, die großen sozialen Errungenschaften zugunsten der Arbeitenden hervorzuheben – die Arbeit für alle, die soziale Sicherheit, die kostenlose Gesundheitspflege, kostenlose Schulbildung, angemessene billige Wohnungen, die Zugänglichkeit der Kulturgüter für die breiten Massen. Obzwar immer noch schwach, übte der „reale Sozialismus“ eine große politische Wirkung auf die internationale Situation aus – er ermöglichte leichtere und schnellere Befreiung der Kolonien, er verhinderte den nuklearen Weltkonflikt, seine Existenz erleichterte den Kampf der Arbeitenden in den kapitalistischen Ländern.

Die objektive Analyse des „realen Sozialismus“, die für die vorurteilsfreie Beurteilung der Vergangenheit und für die Lehren für die Gegenwart und die Zukunft erforderlich ist, setzt voraus und fordert:

die Vergegenwärtigung der objektiven Aufgaben, die vor der Gesellschaft (der Welt, den Ländern, den Klassen) standen;

die Bestimmung der objektiven Möglichkeiten und Alternativen, des Maßes ihrer Verwirklichungsmöglichkeiten, ihre Eignung in Bezug auf die Förderung der sozialistischen Entwicklung;

die Beurteilung des Subjekts (der Menschheit, der Staatengemeinschaften, der Völker, der Klassen, der Führungen, der Persönlichkeiten), der Zustand des Subjekts, das Maß seiner Determiniertheit und andererseits das Maß seiner Handlungsfreiheit;

die Beurteilung der Tätigkeit des Subjekts (inwieweit es die objektive Aufgabe begriff, welche Varianten es gewählt hat, die Frage nach der Erkenntnis und der Entscheidung – passend, nicht passend, vorwärts oder rückwärts weisend, zu früh oder zu spät);

die Beurteilung der Folgen ganz bestimmter „Schritte“ des Subjekts – positiver oder negativer Art.

Das Studium der Theorie des Sozialismus ermöglicht besser, die Vergangenheit des „realen Sozialismus“ zu begreifen. Das Studium dieser Vergangenheit macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, auf die jeder neue Versuch auf dem Wege zum Sozialismus – machen wir uns darüber keine Illusionen – stoßen wird. Die Entwicklung der Theorie des Sozialismus ermöglicht, auf die Kräfte sich zu orientieren, die diesem Ziel zusteuern.

Die Theorie ist jedoch keine leichte Aufgabe. Desto mehr Aufmerksamkeit sei ihr zu widmen!

Karel Intera, Prag

Ulrich Huar: Wir Kommunisten, die bürgerliche und die sozialistische Demokratie ²

1. Die bürgerlich-repräsentative Demokratie mit ihrem Parteiensystem ist nichts anderes als politische Reflexion der Konkurrenz unter den Privateigentümern und des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Revolutionäre Parteien der Arbeiterklassen, soweit sie sich Zugang zum parlamentarischen System erkämpft haben, werden soweit und solange geduldet, wie sie das kapitalistische Herrschafts- und Ausbeutungssystem nicht gefährden. Sobald aber eine solche Gefährdung eintritt oder auch nur droht, wird das parlamentarische System verändert (Wahlgesetze, Wahlbezirkseinteilung, etc.) oder aufgehoben und durch ein System autoritärer Machtausübung ersetzt. (Präsidialdiktatur, Militärdiktatur, faschistische Diktatur, etc., je nach Lage) Die Bourgeoisie zerstört dann selbst ihre eigene parlamentarische Demokratie. Nicht die Kommunisten, sondern die Repräsentanten der bürgerlichen Parteien sind es, die das Grundgesetz per "Verfassungsänderung" aushebeln und damit die Selbstentmachtung der Parlamente bewirken. Demokratie soweit, wie sie die Kapitalverwertung fördert, wenn nicht, wird die Demokratie hinweggefegt. Wenn auch die Arbeiterklasse die bürgerlich-parlamentarische Demokratie gegen ihre Zerstörer verteidigt, so ist es nicht ihre Aufgabe, nach der Eroberung der politischen Macht den bürgerlichen Parlamentarismus wieder "von den Toten zu erwecken."

Die sozialistische Demokratie ist politische Reflexion des Klassenkampfes zwischen der gestürzten Bourgeoisie und der machtausübenden Arbeiterklasse sowie der Beziehungen zwischen den werktätigen Schichten. Die sozialistische Gesellschaft als eine Übergangsgesellschaft ist eine Klassengesellschaft, in der Klassenkämpfe noch unvermeidlich sind. Marx schrieb bezüglich der Pariser Kommune: "Die Kommune beseitigt nicht den Klassenkampf, durch den die arbeitenden Klassen die Abschaffung aller Klassen und folglich aller (Klassenherrschaft) erreichen wollen, ... aber sie schafft das rationelle Zwischenstadium, in welchem dieser Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann. Die von der Macht verdrängte ehemals herrschende Klasse wird konterrevolutionäre, restaurative Aktivitäten entfalten, wobei sie sich auf Teile der Mittelschichten, des Kleinbürgertums und Teile der Arbeiterklasse, die sich noch nicht vom Einfluß der durch die Massenmedien verbreiteten bürgerlichen Ideologie befreien konnten, stützen kann. Die Konterrevolution kann in der sozialistischen Gesellschaft zeitweilig noch eine soziale Massenbasis finden. Die restaurativen Kräfte werden jede Chance, jede Schwäche, jeden Fehler, jede Lücke der sozialistischen Verfassung und Staatsinstitutionen erbarmungslos und konsequent für ihre Bestrebungen ausnutzen. Eine Fortschreibung der bürgerlich-repräsentativen Demokratie als politischer Form der Machtausübung der Bourgeoisie in eine sozialistische Demokratie als politischer Form der Machtausübung der Arbeiterklasse, eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie mit "sozialistischem Inhalt", gehört in den Bereich der politischen Illusion.

2. Zwischen der bürgerlichen und sozialistischen Demokratie steht die Diktatur des Proletariats, d.h., die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse, der Bruch mit allen Formen bürgerlicher Politik und Ideologie. "Diktatur des Proletariats" ist der wissenschaftliche Aus-

² Aus: „offen-siv“ 12-1997, Ausgabe Oktober des Jahres, S. 34-40

druck für die Klassenherrschaft der Arbeiterklasse. Die "Diktatur des Proletariats" ist weder eine bösertige Erfindung von Marx noch von Lenin, Stalin, Mao oder Ulbricht. Sie war eine Erkenntnis der französischen Arbeiterklasse, also einer Klasse der europäischen kapitalistischen Gesellschaft, aus der blutigen Niederschlagung des Pariser Proletariats in der von der Bourgeoisie provozierten Juni-Insurrektion 1848. Sie hatte in aller Deutlichkeit klargestellt, daß selbst die "geringste Verbesserung" der Lage der Arbeiterklasse "eine Utopie bleibt innerhalb der bürgerlichen Republik," daß nunmehr an die Stelle der "dem Inhalte nach kleinlichen und selbst noch bürgerlichen Forderungen", die die Proletarier der Republik abtrotzen wollten, nunmehr "die kühne revolutionäre Kampfpapole" trat: "Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!"

Als eine der theoretischen Schlußfolgerungen daraus definierte Marx erstmalig wissenschaftlich den Begriff der Diktatur des Proletariats: "Dieser Sozialismus ist die Permanenzklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Beschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen."

Einigen "Linken", die glauben, auf den Begriff "Diktatur des Proletariats" verzichten zu müssen, ins Stammbuch: Der Begriff "Diktatur des Proletariats" als Kategorie des wissenschaftlichen Sozialismus gehört in den Bestand des progressiven europäischen politischen Denkens, wenn er auch nicht im eurozentrischen Sinne auf Europa reduziert werden darf. Der Geschichtsprozeß kennt Kontinuität und Diskontinuität. In Fragen der politischen Macht gibt es keine Kontinuität, sondern Diskontinuität, wie bisherige Revolutionen und auch Kontenevolutionen sehr eindeutig bewiesen haben. "Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur."

Diktatur als Klassenherrschaft schließt die Demokratie für die die Diktatur ausübende Klasse nicht aus. Die jeweils herrschende Klasse kann ihre Macht in demokratischen oder in autoritären Formen ausüben, abhängig von den konkreten Klassenkräfteverhältnissen. Inwieweit die Arbeiterklasse in einer zukünftigen sozialistischen Klassengesellschaft ihre politische Macht in demokratischen oder autoritären Formen ausüben wird, ist abhängig von zukünftigen nationalen und internationalen Klassenkräfteverhältnissen und kann nicht vorausgesagt werden.

3. Angesichts der Globalisierung der Finanzmärkte, der Internationalisierung von Produktion, Konsumtion, Dienstleistungen wächst die politische, ökonomische und soziale Macht der Banken sowie der multi- und transnationalen Konzerne, die die Menschheit dem totalitären Diktat des von ihnen beherrschten Marktes unterwerfen.

Der Übergang zum Sozialismus kann nur durch Revolution erfolgen. Sie wird internationalen Charakter haben müssen, wobei es unwahrscheinlich ist, daß sie - annähernd - gleichzeitig in den drei Zentren der Weltwirtschaft stattfindet. Wir wissen nicht, ob sie "explosive" Formen annehmen wird, oder in Etappen, in mehreren Sprüngen, "allmählich" verläuft. Erfolgt der Anstoß von außen, aus der Dritten Welt, oder von innen. In Europa und in den USA verändert sich die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung. Islamische Minderheiten, in Westeuropa 13 Millionen Muslime - in einigen Gebieten in Südfrankreich schon die Mehrheit - werden einer zukünftigen Revolution ihren Stempel aufdrücken. In den Randgebieten der großen Städte in der

Dritten Welt wie auch schon in den kapitalistischen Metropolen (Los Angeles) konzentriert sich mit der weltweiten Urbanisierung ein bereits nach Hunderten von Millionen zählendes verelendetes Proletariat, eine "under class", eine Klasse von "working poor". Diese Entwicklungstendenz ist auch in Deutschland zu beobachten. Der Druck der Massen wird eine zukünftige sozialistische Demokratie sehr nachhaltig beeinflussen, Formen der Demokratie hervorbringen, die wir zur Zeit nicht mal erahnen können.

Die sozialistische Demokratie hat ihre bewährten geschichtlichen Vorläufer in der Pariser Kommune, der Sowjetverfassung, der Verfassung der DDR.

Die zukünftige Generation von Revolutionären braucht also nicht bei null anzufangen. Grundzüge der sozialistischen Demokratie hat Marx aus der Analyse der praktischen Erfahrungen der Pariser Kommune gewonnen. Er bezeichnete die Kommune als "die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeiter sich vollziehen konnte", als die politische Form der sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse, als "die Form, in der die Arbeiterklasse... die politische Macht ergreift "

Der Rat der Kommune war eine arbeitende, vollziehende und gesetzgebende Versammlung zugleich; sie war die praktische Aufhebung der "Dreiteilung der Gewalten" und des Dualismus von Parlament und Regierung.

Erstmalig wurde mit der Kommune das allgemeine Wahlrecht seiner wirklichen Bestimmung zugeführt. Im bürgerlichen Parlament ist der Abgeordnete, einmal gewählt, seinen Wählern gegenüber nicht rechenschaftspflichtig, an keinerlei Aufträge seiner Wähler gebunden. Die Wähler haben keine Kontrolle über seine Tätigkeit, können ihn auch nicht wieder abberufen. Der bürgerliche Abgeordnete bewegt sich in einem unlösbaren Widerspruch, daß er einerseits gewählt wird, um ein Sonderinteresse einer bestimmten Gruppe von Eigentümern zu vertreten, im Parlament aber ein "allgemeines Staatsinteresse" vertreten soll, das "nationale Interesse!"

In der Kommune wählten erstmalig die Bürger ihre eigenen Vertreter zur Verwaltung und Gesetzgebung, repräsentierte sich der Bürger selbst in seinem Abgeordneten, wie dieser seiner Mandanten repräsentierte. Der Abgeordnete war seinen Wählern gegenüber verantwortlich und jederzeit absetzbar, unterstand der Kontrolle der Wähler, war an "die bestimmten Instruktionen" seiner "Wähler" gebunden. Mit diesem qualitativ neuen Verhältnis zwischen Abgeordneten und Wählern war zugleich auch der Dualismus zwischen dem Volk als gesetzgebender Gewalt und der Volksvertretung als gesetzgebender Institution aufgehoben. Diese von Marx aus der Analyse der Erfahrungen der Kommune gewonnenen Erkenntnisse fanden ihren Niederschlag in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968. Insonderheit in den Artikeln 48 bis 65. Es gehört zu den politischen Binsenwahrheiten, daß Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit nicht identisch sind, daß es keine Kongruenz zwischen ihnen gibt. Es war ein westdeutscher Bundeskanzler, nach dem heute Straße und Plätze benannt sind, der erklärte, daß die Staatsschützer nicht immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen könnten. Für die DDR wird dies im Nachherein verlangt. Für Sozialismusvorstellungen scheint es mir wichtig, ob man sich an "Abweichungen" oder an den demokratischen Inhalt der Verfassung der DDR hält, ob an die Asche, oder das Feuer.

4. Die Macht ist unteilbar. Inwieweit andere werktätige Schichten und deren politische Repräsentanten, Bürgerbewegungen, etc in die Machtausübung mit einbezogen werden können, ist vom Klassenkräfteverhältnis abhängig. So wie es in der DDR und anderen sozialistischen

Staaten - in Sowjetrußland bis Anfang 1918 - ein Mehrparteiensystem gegeben hat, ist dies auch in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft möglich, sogar wahrscheinlich. Machtbeteiligung ist jedoch keine Machtteilung! Keine herrschende Klasse hat in der bisherigen Geschichte jemals die Macht mit einer anderen Klasse geteilt. Machtbeteiligung vollzieht sich in der Regel über Klassenbündnisse, realisiert über deren politische Institutionen, wenn Übereinstimmung in wesentlichen Interessen bei gleichzeitigen Interessenunterschieden und -gegensätzen besteht. Bündnisse sind jedoch keine dauerhaften Einrichtungen, in denen man sich behaglich häuslich niederlassen kann, sondern flexible Gebilde, da die Interessenlage der Bündnispartner ständigen Veränderungen unterliegt. Bündnisse sind ständig zu überprüfen. Alte Bündnisse können aufgelöst, neue geschlossen werden, da es in der sozialistischen Phase eine sozial homogene Gesellschaft noch nicht geben kann. Völlige Interessenübereinstimmung in einer Klassengesellschaft - und die sozialistische ist noch eine Klassengesellschaft! - ist unmöglich.

Da es keine Machtteilung geben kann - außer in einem provisorischen Übergangsstadium, in dem die alte herrschende Klasse die Macht nicht mehr allein behaupten, die zur Macht strebende Klasse die Macht noch nicht allein in Besitz nehmen kann, die Machtfrage also noch nicht entschieden ist - gibt es in der sozialistischen Gesellschaft auch keine Gewaltenteilung, die es in der bürgerlichen Gesellschaft auch nur in der Phraseologie gibt. Die bürgerliche These von der Gewaltenteilung als Voraussetzung einer "freien Regierung" wurde von Marx als "alter Verfassungsunsinn" bezeichnet "...nicht die Trennung" ist die Voraussetzung für eine freie Regierung, "sondern die Einheit der Gewalten Die Regierungsmaschinerie kann gar nicht einfach genug sein. Es ist immer die Kunst der Spitzbuben, sie kompliziert und geheimnisvoll zu machen. Eine andere Frage ist die Gliederung der machtausübenden Institutionen, ihre Selbständigkeit in ihren Entscheidungen im Sinne der alten industriellen Arbeitsteilung. Diese Selbständigkeit bedeutet keine Unabhängigkeit! (Unabhängigkeit ist ein politischer Begriff. Es gibt keine politische Unabhängigkeit einer Staatsinstitution von der herrschenden, machtausübenden Klasse.) Unabhängigkeit von der machtausübenden Arbeiterklasse wird es nicht geben, wohl aber Selbständigkeit der Institutionen im Sinne ihres Handelns und ihrer Verantwortung im Kontext der Machtausübung der Arbeiterklasse und der Realisierung ihrer sozialen Interessen.

5. Im Unterschied zum Kapitalismus ist der Sozialismus kein selbsttragendes System. Er kann nur mit Bewußtsein erkämpft und gestaltet werden. Infolgedessen kommt dem sozialistischen Staat hohe Bedeutung zu. In der sozialistischen Phase als relativ selbständige Gesellschaftsformation (Ulbricht) kann der Staat nicht absterben. Dies ist erst in der kommunistischen Gesellschaft möglich, wenn sie im globalen Maßstab errichtet ist. Aber selbst in einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft wird die wirtschaftsleitende und kulturell-erzieherische Funktion des sozialistischen Staates wohl ihren politischen Charakter verlieren, aber zur Teilung von Produktionsprozessen, zur Verwaltung von Sachwerten. Bildungs- und Gesundheitswesen, etc erhalten bleiben. In der sozialistischen Formation werden die Staatsfunktionen jedoch noch an Bedeutung zunehmen, sowohl die politische im Sinne der Verhinderung von Restaurationsversuchen im Innern und zur Abwehr von Aggressionen von Außen (solange Interventionsgefahr besteht) als auch die wirtschaftsleitende und kulturell-erzieherische Funktion. Es wird in der sozialistischen Klassengesellschaft auch noch Streitkräfte, Polizei, Sicherheits- und Aufklärungsdienste geben. Das Problem liegt nicht in ihrer Existenz, sondern in

ihrer demokratischen Kontrolle, soweit sich Sicherheitsdienste kontrollieren lassen. Die politische Funktion kann in dem Maße abnehmen, wie die Restaurationsgefahr schwindet. Letzteres ist wiederum abhängig von den jeweiligen konkret-historischen Bedingungen und kann nicht vorausgesehen werden.

6. Die sozialistische Klassengesellschaft geht aus der kapitalistischen hervor. Sie ist notwendig behaftet "mit den Muttermalen der alten Gesellschaft", ökonomisch, sittlich, geistig. Diese Muttermale der heutigen Gesellschaft, und eine andere ist nicht da, sind Massenkriminalität. Korruption von oben (ganz oben!) bis unten. Terrorismus, massenhafte Vergeudung menschlicher und gegenständlicher Ressourcen, Zerstörung der natürlichen Umwelt, politische Apathie, Anarchismus, Niedergang der Kultur, geistige und moralische Dekadenz, die auch Teile der Volksmassen ergriffen hat, zunehmende Gewaltbereitschaft und Brutalisierung von Menschen aller Schichten, besonders unter Kindern und Jugendlichen, die im kapitalistischen System keine Perspektive mehr haben

In der Anfangsphase der sozialistischen Formation wird der Staat auch noch mehr oder minder stark ausgeprägte Formen des Bürokratismus haben, wird eine relative Verselbständigung der Staatsinstitutionen gegenüber ihren Mandataren unvermeidlich sein Staatsfunktionen - analog zu Parteifunktionen - werden von Menschen ausgeübt, die aus der alten Gesellschaft kommen und selbst noch mit moralischen Überresten der alten Gesellschaft mehr oder minder behaftet. Neben positiven können auch negative charakterliche Eigenschaften der machtausübende Funktionäre (Eitelkeit, Machtbesessenheit, Dummheit, Überheblichkeit, Arroganz, Intrigantentum) den demokratischen Formen sozialistischer Machtausübung abträglich sein, und, wie die Vergangenheit lehrt, den Sozialismus diskreditieren und letztlich zu dessen Selbstzerstörung führen.

Erfahrungsgemäß drängen nach einer erfolgreichen Revolution Opportunisten aller Schattierungen in Staatsfunktionen, um sich Pöstchen zu sichern und sich zu bereichern. Solche "sozialistischen" Staatsfunktionäre gebärden sich dann besonders "sozialistisch", behandeln die Bürger von oben herab, neigen zu Intrigen und schrecken auch vor Verdächtigungen integrierter Bürger nicht zurück. In kritischen Situationen wechseln sie schnell wieder die Seiten und biedern sich der Konterrevolution an nach dem Motto: Es ändern sich die Machtverhältnisse und wir uns mit ihnen. Eine Garantie, sich vor dem Zulauf dieses Gesindels zu schützen, gibt es leider nicht. Jede Revolution spült unvermeidlich scharenweise solche "politische Führer" an die Oberfläche, die erst im Laufe einer längeren (langen?) Zeit wieder aus ihren Positionen verdrängt werden können. Die Klassenkämpfe innerhalb der sozialistischen Gesellschaft spielen sich auch innerhalb von Staatsinstitutionen ab.

Um Machtmißbrauch und bürokratische Auswüchse einzuschränken und in einem sehr langen Zeitraum abzubauen und schließlich zu überwinden, sind selbständige Verwaltungsgerichte, Konfliktkommissionen, Eingabeverordnungen notwendig. Desgleichen haben die Gewerkschaften u.a Massenorganisationen weitgehende Befugnisse, um die Respektierung der sozialen Rechte und politischen Freiheiten der Bevölkerung durchzusetzen.

7. Eine Opposition, ein Streikrecht wird es in der sozialistischen Gesellschaft nicht geben, da sie in eine sozialistische Demokratie überflüssig sind und von restaurativen und konterrevolutionären Kräften ausgenutzt werden würden. Pressefreiheit, einschließlich der Freiheit, unterschiedliche Meinungen zu äußern sowie Staats- und Parteifunktionäre zu kritisieren, wird es geben. Allerdings wird es auch Einschränkungen geben: Konterrevolutionäre, rechtsextreme,

faschistische und rassistische Publikationen werden nicht toleriert werden. In der bisherigen Revolutionsgeschichte haben die revolutionären Ideologen stets die Presse- und Meinungsfreiheit verkündet. Die Praxis konterrevolutionärer Tätigkeiten hat sie veranlaßt, sehr schnell diese Freiheiten wieder einzuschränken bzw. ganz aufzuheben. Dabei sind die Grenzen zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem in der Praxis schwer zu ziehen. Rezepte dafür gibt es nicht. Eine unter konkreten Kampfbedingungen beim Übergang zum Sozialismus notwendige Einschränkung der Presse, Versammlungs-, Demonstrationsfreiheit kann jedoch kein Dauerzustand sein, da sonst die Wirkungen solcher Einschränkungen sich gegen die revolutionäre Macht selbst richten kann. Um Fehlinterpretationen vorzubeugen: den Volksmassen läßt sich ohnehin kein Maulkorb verbinden. Die Medienpolitik des sozialistischen Staates wird ein hohes Maß an Kompetenz, Flexibilität, Berücksichtigung von Erkenntnissen der Sozialpsychologie und Prinzipienfestigkeit erfordern. Das Verbot sollte das äußerste Mittel sein, das nicht leichtfertig anzuwenden ist, schon gar nicht, um unbequeme Kritiken zu unterbinden oder gar Kritiker mundtot zu machen. Presse- und Meinungsfreiheit sind ein äußerst sensibler Bereich. Die alle, bis auf den heutigen Tag bestätigte Erkenntnis von Engels, daß am Tage der Entscheidung "unser einziger Gegner die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion" ist, "glaube ich, darf nicht aus den Augen verloren werden.

8. Die sozialistische Demokratie wird ein lebendiger, widerspruchsvoller Prozeß sein, in dem der Kampf zwischen den progressiv-sozialistischen und den konterrevolutionär-restaurativen Kräften unter den veränderten Bedingungen der politischen Macht der Arbeiterklasse weitergeführt wird. Wie, und in welchen Formen, sie von der zukünftigen Generation von Revolutionären gestaltet wird, werden diese selbst unter den konkreten Verhältnissen, unter denen sie leben, bestimmen. Ihnen heute schon "Ratschläge" oder gar "Vorschriften" machen zu wollen, hat mit Marxismus nichts zu tun. Zu warnen wäre allerdings vor rosa-roten Illusionen, nach der die sozialistische Klassengesellschaft und die sozialistische Demokratie eine konfliktfreie, harmonische Gesellschaft sein würde, in der "alles scheene", nur eitel "Freude und Frohsinn" sein würde. Den zukünftigen jungen Revolutionären könnte man eine Erkenntnis von Marx mit auf den Weg geben:

"Eine Klasse, worin sich die revolutionären Interessen der Gesellschaft konzentrieren, sobald sie sich erhoben hat, findet unmittelbar in ihrer eigenen Lage den Inhalt und das Material ihrer revolutionären Tätigkeit: Feinde niederzuschlagen, durch das Bedürfnis des Kampfes gegebene Maßregeln zu ergreifen; die Konsequenzen ihrer eigenen Taten treiben sie weiter Sie stellt keine theoretischen Untersuchungen über ihre eigene Aufgabe an".

Ulrich Huar, Berlin

Pavel Dektar: Zur Rolle der Arbeiterklasse und zur Aufgabe ihrer revolutionären Partei³

In diesem Jahr erinnern wir den 150. Jahrestag des berühmten Programmdokumentes, des am meisten verbreiteten marxistischen Werks, des Manifestes der Kommunistischen Partei.

³ Aus: „offensiv“ 11-1998, Ausgabe Juli/August des Jahres, S. 23-26

Während dessen Lesens stellen wir fest, daß das Wesen der in ihm beinhalteten Ideen auch nach dem eineinhalben Jahrhundert noch immer aktuell ist.

Es möchte eine Problematik berühren, die in diesem Dokument betont ist und die auch vom Gesichtspunkt der gegenwärtigen Politik der kommunistischen Parteien aus außerordentlich bedeutend ist. Es ist die historische Rolle der Arbeiterklasse und die Aufgabe ihrer revolutionären Partei.

Die Existenz der Klasseneinteilung der Gesellschaft und des daraus folgenden Kampfes zwischen den Interessen der einzelnen Klassen war lange vor der Entstehung des Marxismus bekannt. Das wirkliche Wesen dieser Einteilung und des Kampfes konnte jedoch erst die Geltendmachung des Materialismus und der Dialektik in der Geschichte enthüllen, wie es von Karl Marx und Friedrich Engels durchgeführt wurde.

Der materialistische Zutritt zu der gesellschaftlichen Problematik, die Enthüllung des materiellen, ökonomischen Wesens der gesellschaftlichen Bewegung ermöglichte den Gründern des Marxismus nicht nur, die Ursachen für den Zerfall der Gesellschaft in der Klassenspaltung zu sehen, sondern auch, die Unvermeidlichkeit des Untergangs der Klasseneinteilung der Gesellschaft auf einer bestimmten Stufe deren Entwicklung bestimmen zu können.

Aus der Analyse der Klassen und des Klassenkampfes zogen sie den Schluß, daß die Arbeiterklasse eine gesellschaftliche Kraft ist, die berufen ist, die bourgeoisen Herstellungsverhältnisse und mit ihnen auch die Bedingungen der Existenz des Klassengegensatzes - auch der Klassen überhaupt - aufzuheben. Sie betonten: "Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet". (K. Marx, F. Engels: Die heilige Familie, in: MEW. Bd. 2, S. 38)

Die Schlußfolgerungen über die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse aus ihren früheren Arbeiten resümieren sie in dem Manifest der kommunistischen Partei. Außer anderem führen sie hier an: "Mit der Entwicklung der großen Industrie wird ... unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." (K. Marx, F. Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: Marx-Engels: Ausgewählte Schriften I, Moskau 1950, S. 35)

Die Ausfälle der Bourgeoisie und deren Klassenapologeten gegen die These über die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse fingen praktisch seit dem Moment deren Formulierung an. Während des eineinhalben Jahrhunderts, gemäß der Spezifität der Situation, veränderte sich öfters der Charakter, die Formen, die Methoden und die Intensität dieser Ausfälle, die Richtung blieb jedoch dieselbe, die historische Rolle der Arbeiterklasse zu bestreiten und sie von ihrer Realisation abzuwenden.

Dasselbe erstreben auch die gegenwärtigen bourgeoisen und revisionistischen Theoretiker. Sie sprechen über die Methamorphose des Kapitalismus unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution und sie entwickeln die Theorien über die "Annäherung der

Klassenpole", über die "Deproletarisierung", über die "Intergrierung der Arbeiterklasse in das kapitalistische System", über den Verlust deren revolutionärer Gesinnung" usw. Sie behaupten, daß die Arbeiterklasse sich reduziert, was zum Erlöschen ihrer bedeutenderen Rolle Gesellschaft führt. Damit hängt auch der Streit über die Bestimmung der Arbeiterklasse, über die Bestimmung deren heutiger sozial-ökonomischer Grenzen und ihrer Struktur und über die Lage und die Rolle der Intelligenz zusammen. Das ist jedoch eine breite Problematik.

Ich möchte nur bemerken, daß die bourgeoisen und revisionistischen Theoretiker beweisen wollen, daß in den gegenwärtigen Bedingungen gerade die Intelligenz die entscheidende Kraft der Gesellschaft sei. Jedoch schon Lenin zog aus der Analyse der Lage und der Rolle der Intelligenz in der kapitalistischen Gesellschaft Schlußfolgerung: "die Intelligenz, die sich an eine bestimmte Klasse nicht anknüpft, bedeutet eine Null" (Lenin, V.I. Spisy, Bd. 1, S. 438) und daß "sie aufzufordern, daß sie 'eine selbständige Kraft' wird, stupid ist" (Spisy, Bd. 34, S. 276). An der anderen Seite war er energisch gegen die Sektenbezeichnung für die Intelligenz.

Die revolutionäre Arbeiterklasse war in ihrem Verhältnis zur Intelligenz nie gleichgültig. Sie strebte immer danach, ihre "organischen Intellektuellen" zu bilden, jedoch ging es ihr gleichzeitig darum, die progressive "traditionellen Intellektuellen" zu erwerben (Gramsci).

Man muß betonen, daß die wirklichen Marxisten nie die Frage der Arbeiterklasse auf ihre absolute Anzahl und an das relative Verhältnis zur Bevölkerung als zu einem Ganzen reduzieren: Gegen die reformistische Konzeption der Ideologie der II. Internationale (K. Kautsky, O. Bauer u.a.) und der russischen Menschewiken (Martov u.a.), nach der die Arbeiterklasse, bevor sie zur Realisierung der Aufgaben der sozialistischen Revolution herantritt, immer und überall eine absolute Mehrheit bilden muß, stellte Lenin eine ganz andere Konzeption. Man kann sagen, daß er gegen die politische Arithmetik der Metaphysiker und Dogmatiker eine revolutionäre Algebra der marxistischen Dialektik stellte.

Lenin nahm in Betracht den Faktor der gesamten Zahl der Arbeiter, jedoch absolutierte ihn nie, gab ihm eine selbständige Bedeutung nicht. Er erforschte ihn im Zusammenhang mit anderen Faktoren, die die Avantgarde-Rolle der Arbeiterklasse in der revolutionären Änderung der Gesellschaft bestimmen. Er betonte, daß die Kraft und der Einfluß der Arbeiterklasse nicht nur und hauptsächlich in der Zahl der Arbeiter beruhen, vielmehr in der objektiven Rolle, die sie in den Prozessen der gesellschaftlichen Entwicklung hat und in den subjektiven Qualitäten, die sie hat und die ihr bei der Erfüllung ihrer geschichtlichen Rolle helfen. Er betonte, daß "die Kraft des Proletariats in jedem beliebigen kapitalistischen Land viel größer ist als das Verhältnis, daß sie zu aller Bevölkerung darstellt: es ist deshalb, daß der Proletariat die Zentner und die Nerven des ganzen ökonomischen Systems des Kapitalismus beherrscht und daß das Proletariat ökonomisch und politisch die wirklichen Interessen der überwiegenden Mehrheit des arbeitenden Volks im Kapitalismus hat (Scientific Communism and Its Falsification by the Renegades, Moskva, 1974, S. 17). Lenin betonte gleichzeitig, daß die Arbeiterklasse ihre weltbewegende Mission nur erfüllen kann, "wenn sie sorgfältig und geschickt jede Gelegenheit benützt, mit der sie einen Verbündeten bekommt". Er führte an, daß, "wer es nicht verstanden hat, überhaupt nichts vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, gegenwärtigen Sozialismus verstanden hat." (Spisy: Bd. 3, S. 65).

Darüber ist offensichtlich, daß die historische Rolle der Arbeiterklasse mit ihrem ökonomischen Sein gegeben ist, nach dem sie gefordert ist, früher oder später zu handeln Diese Rolle bestand

potentiell schon in der Zeit, als die Arbeiterklasse ihr Klassenbewußtsein noch nicht erzielte, als sie nur Klasse "an sich" war. Die Arbeiterklasse handelt jedoch nicht unter Einfluß ihres ökonomischen Seins automatisch, sondern nur proportional zu dem, in wie weit sie allmählich selbst zur Kenntnis nimmt als das Klassenbewußtsein und in wie weit sie allmählich auch die politischen Organisationsvoraussetzungen dieses Handelns bildet. Proportional dazu, wie sie sich aus der Klasse "an sich" in eine Klasse "für sich" ändert, die eine entsprechende Ideologie und Formen der politischen Organisation hat und Subjekt der geschichtlichen Entwicklung wird. Diese Änderung bedeutet vor allem die Entstehung der revolutionären Arbeiterpartei.

Die Gründer des Marxismus erklären eindeutig in ihren Studien, daß, wenn der Proletariat seine historische Rolle erfüllen soll, an seiner Spitze die selbstbewußte Vorhut stehen muß - eine unabhängige politische Partei, die aufgrund der Erkennung von objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung der Bewegung der Arbeiterklasse die wissenschaftliche Begründung, die Planmäßigkeit und Organisiertheit gibt - einen selbstbewußten revolutionären Funken. Eine Partei, die aufgrund der wissenschaftlichen Theorie und kritischen Analyse der konkret historischen Lage die realen strategischen und taktischen Aufgaben der Arbeiterpartei bestimmen und zu deren Erfüllung führen kann. Eine Partei, die fähig ist, die führende Rolle der Arbeiterklasse zu sichern als ein Prozeß der Realisierung deren historischer Rolle.

In seinem Brief an Karl Kautsky schrieb Friedrich Engels, daß für unsere Taktik in allen modernen Ländern und Zeiten gilt: "die Arbeiter zur Bildung einer eignen unabhängigen Partei, abweichend von allen bourgeoisen Parteien, zu führen". (K. Marx, F. Engels. Spisy, Bd 38, Prag 1971, S. 195) Auch im Konzept des Briefes an Garzon Tricr führt er an, daß, wenn das Proletariat in dem entscheidenden Moment genug Kräfte für den Sieg haben soll, es notwendig ist eine spezielle Partei zu bilden, abweichend von allen anderen und gegen sie, eine Partei, die sich bewußt wäre, daß sie eine Klassenpartei ist. (K. Marx, F. Engels, Vybrane dopisy. Prag 1952, S. 374)

Dabei geht es selbstverständlich nicht um Bildung einer "reinen Arbeiterpartei". Zum Beispiel einen wichtigen Platz in der Partei, die Engels mit Marx meinen, nahm von Anfang an die Intelligenz ein. Gerade sie legte die Grundlagen der revolutionären Theorie und trug bedeutungsvoll zur Entwicklung der kommunistischen Bewegung bei. Außerdem führte Friedrich Engels am 11. Mai 1890 im Interview mit dem Korrespondenten des französischen Figaro an, daß, wenn wir morgen die Macht übernehmen sollen, wir Ingenieure, Chemiker und Agronomen brauchen und daß er sich sicher sei, daß viele von ihnen schon mit uns sein werden. (Scientific Communism and Its Falsification by the Renbegas, Moskau 1974, S. 28)

Auch heute hat die revolutionäre Intelligenz ihre unverzichtbare Rolle in der kommunistischen Partei.

Angesichts der gegenwärtigen Realität würde eine Analyse der nächsten Aufgaben und des Ziels der Kommunistischen Partei eine vergrößerte Aufmerksamkeit fordern, wie sie im Manifest der Kommunistischen Partei formuliert ist. Die objektive Möglichkeit der sozialistischen Revolution ist durch die Existenz der inneren und äußeren Bedingungen gegeben. Die Änderungen dieser Möglichkeit in die Realität hängt allerdings von den subjektiven Bedingungen (Faktoren) der Revolution ab, vor allem von der Fähigkeit der revolutionären Partei, der Klasse und den breiten Massen, die revolutionären Massenmaßnahmen zu realisieren, die genug stark sind zum Sturz

(oder Untergrabung) der alten Regierung, die nie, sogar während der Krisen nicht "fällt", wenn sie nicht "gestürzt" wird. (Lenin, V.I. Spisy, Bd. 21, S. 212)

Was folgt heute in dieser Richtung konkret für die kommunistischen Parteien? Meiner Meinung nach:

1. deren Klassencharakter festigen: in der Strategie und Taktik, in der alltäglichen Politik, in der kaderpolitischen Arbeit, auch in der Struktur der Mitgliedschaft;
2. die erstrangige Aufmerksamkeit der Entwicklung der theoretischen Arbeit und der ideologischen Tätigkeit überhaupt als eine Voraussetzung der zielbewußten und effektiven Politik widmen;
3. gegen den in der Theorie durch die vorgeblich marxistischen Neuererphrasen maskierten Revisionismus und mit dem Opportunismus folgerichtig kämpfen;
4. die Aktionsfähigkeit der Parteiorgane und -Organisationen erhöhen; ihre Tätigkeit von Subjektivismus, Zufälligkeit, Unbedachtheit, Formalismus und Folgewidrigkeit befreien; sorgen, daß die Quelle sämtlicher Entscheidungen der kollektive Wille der Mitglieder und die demokratischen Prinzipien seiner Durchsetzung sind;
5. die enge Verbundenheit der Arbeiter mit den Schichten der Bürger bestreben, die die kapitalistischen Gegenwart bedrückt; an der Tätigkeit deren Organisation aktiv teilnehmen und ihnen helfen, genau die Meinung und Interesse formulieren; effektive Maßnahmen zur Durchsetzung deren berechtigten Anforderungen entwickeln; eine spezielle Aufmerksamkeit der jungen und mittleren Generation widmen;
6. Im Geist der Schlußlösung des Manifestes der Kommunistischen Partei die internationale Solidarität und Zusammenarbeit mit den kommunistischen Arbeiter- und antiimperialistischen Kräften im Ausland befestigen.

Ich glaube, daß gerade mit diesen Angelegenheiten sich die Organe und Organisationen der kommunistischen Parteien in vollem Ernst beschäftigen sollten.

Pavel Dektar, Prag

Michael Oppperskalski: Das Problem mit dem 'Demokratischen Sozialismus'⁴

1. Einleitung

Die Diskussionen und leidenschaftlichen Auseinandersetzungen darum, was "demokratischer Sozialismus" ist oder sein soll, sind nicht nur innerhalb der deutschen Linken und Arbeiterbewegung nicht neu, haben nicht nur in Deutschland - verschärft seit dem Sieg der Konterrevolution in den ehemals sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion - Einfluß auf die Debatten der Sozialisten und Kommunisten - im Gegenteil, viele der derzeit in dieser Debatte eingenommenen Positionen gleichen, zum Teil bis in die Wortwahl hinein, jenen, die bereits von verschiedenen Vertretern und Anhängern des Revisionismus und "demo-

⁴ Aus: „offen-siv“ 2-1998, Sonderheft: „Inhaltskonferenzen der Linken , Heft 1“, S. 6-13

kratischen Sozialismus" in scharfen ideologischen und politischen Debatten an historischen Wendepunkten der Geschichte der Arbeiterbewegung eingenommen wurden.

Es soll nicht die Aufgabe dieser Abhandlung sein, die Geschichte dieser Auseinandersetzungen samt all ihrer Inhalte und Etappen detailgetreu nachzuzeichnen oder gar Gleichheitszeichen zwischen damals und heute zu ziehen; der Verfasser legt zudem Wert darauf, festzuhalten, daß es ein abgeschlossenes "ideologisches Gebäude" des "demokratischen Sozialismus" schon nach dem Selbstverständnis seiner Vertreter nicht gibt und nicht geben kann, was unterschiedliche Linien seiner Interpretation mit einschließt. Dennoch ist es bedeutsam, einige Grundpositionen des "demokratischen Sozialismus" herauszuarbeiten und aufzeigen, denn nur so lassen sich Bedeutung, Inhalt und Konsequenzen der heutigen Auseinandersetzungen verstehen. Die Komplexität, Hintergründe, Positionen und Konsequenzen dieser aktuell und zum Teil in herausragender Schärfe geführten Debatten machen zugleich ihre Bedeutung für die Selbstfindung und Reorganisation der sozialistischen wie kommunistischen Kräfte der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung aus.

2. Marx' und Engels' Grundvoraussetzungen des Sozialismus

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels grenzten den von ihnen entwickelten wissenschaftlichen Sozialismus von damals existierenden anderen Sozialismusvorstellungen - gewissermaßen Urväter des "demokratischen Sozialismus" – ab, indem sie im "Manifest der Kommunistischen Partei" die Grundvoraussetzungen für den Sozialismus beschrieben und festhielten, "daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren." Zu den wichtigsten Aufgaben des proletarischen Staates zählen Marx und Engels im "Manifest": "Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan".⁵

Im Gegensatz zu ihren bürgerlichen und kleinbürgerlich-sozialistischen Kritikern, verstanden Marx und Engels den Staat nicht als ein quasi über den gesellschaftlichen Entwicklungen und Klassenkämpfen stehendes "Neutrum": "In Wirklichkeit ist der Staat nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie."⁶

Dementsprechend deutlich beschreiben Marx und Engels die im "Manifest der Kommunistischen Partei" als Grundvoraussetzung für den Sozialismus formulierte politische Herrschaft des Proletariats: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine

⁵ Marx/Engels "Manifest der Kommunistischen Partei, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970, S. 66/67

⁶ Engels in der Einleitung zum "Bürgerkrieg in Frankreich" von Marx, Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd 21, Berlin 1962, S. 167

politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." ⁷

Lenin definiert diese "Diktatur des Proletariats" eindeutig: "Aber die Sache ist die, daß es eine Diktatur der Minderheit über die Mehrheit, einer Handvoll Polizisten über das Volk gibt und daß es eine Diktatur der gigantischen Mehrheit des Volkes über eine Handvoll von Gewalttätern, Räubern und Usurpatoren der Volksmacht gibt." ⁸ "Eis ist natürlich und unvermeidlich, daß uns in der ersten Zeit nach der proletarischen Revolution vor allem die Haupt- und Grundaufgabe beschäftigt - die Überwindung des Widerstandes der Bourgeoisie, der Sieg über die Ausbeuter, die Unterdrückung ihrer Verschwörung (...) Aber neben diese Aufgabe tritt ebenso unvermeidlich - je weiter, desto mehr - die wesentlichere Aufgabe des positiven kommunistischen Aufbaus, der Schaffung neuer ökonomischer Beziehungen, der Errichtung einer neuen Gesellschaft."⁹

Das bedeutet jedoch zugleich, daß das siegreiche Proletariat nicht einfach die alten, bürgerlichen Staatsinstitutionen übernehmen kann; es reicht in diesem Sinne nicht aus, diesen Institutionen lediglich neue Inhalte und Orientierungen "einzupflanzen"; so schreiben Marx und Engels im Vorwort zur deutschen Ausgabe des "Kommunistischen Manifest" in Bezugnahme auf die Erfahrungen der Pariser Kommune: "Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann."¹⁰ Folgerichtig ist es die Aufgabe der proletarischen Revolution, " (...) nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent", schreibt Karl Marx in einem seiner Briefe an Kugelmann aus dem Jahre 1871. ¹¹

"Die proletarische Revolution ist unmöglich ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschine und ohne ihre Ersetzung durch eine neue." ¹²

3. Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze

Aus der marxistischen Kapitalismusanalyse ergibt sich als Konsequenz die Erkenntnis in die Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital, der antagonistische Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

Die aus dieser Erkenntnis resultierende Feststellung lautet, daß dieser Gegensatz unüberbrückbar ist und nur durch die "Expropriation der Expropriateure" aufgehoben werden kann. Diese Aufgabe kann jedoch nur erfolgreich von der Arbeiterklasse - gewissermaßen als Totengräber der Bourgeoisie - vollstreckt werden, aber nur dann, so betonten Marx und Engels

⁷ Karl Marx "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei", zit nach: Marx/Engels, Ausgewählte Werke, Bd IV, Berlin 1977. Seite 397

⁸ Lenin "Geschichtliches zur Frage der Diktatur", Lenin, Werke, Bd 31, Berlin 1974, Seite 339

⁹ Lenin "Die große Initiative", Lenin, Werke, Bd 29. Berlin 1974, Seite 408

¹⁰ Karl Marx/Friedrich Engels, "Manifest der Kommunistischen Partei", Frankfurt/M 1970. S. 10

¹¹ zit. nach J. Stalin, "Fragen des Leninismus", Moskau. 1946, S. 45

¹² W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Berlin (DDR), 1974, Bd 23, S. 434

wiederholt, wenn diese sich die Erkenntnis der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze bewahrt und sich ihrer antagonistischen Stellung in Bezug auf die Bourgeoisie voll bewußt ist.

Gerade deswegen widmeten Marx und Engels viele ihrer Werke der Auseinandersetzung, mit kleinbürgerlichen und bürgerlichen Verfälschungen und Verwässerungen des wissenschaftlichen Sozialismus, um so das Eindringen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Ideologie in die Arbeiterbewegung zu verhindern.

Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts waren es vor allem Eduard Bernstein, Karl Höchberg und Karl August Schramm, die in der Sozialdemokratischen Partei jenen Flügel repräsentierten, der immer offener zur Revision grundlegender Auffassungen des wissenschaftlichen Sozialismus überging, immer einflußreicher und organisierter wurde. Im Zentrum des Angriffs dieser rechten sozialdemokratischer Führer standen Begriff wie Inhalt der marxistischen Auffassung vom Klassenkampf mit dem strategischen Ziel, Klassenkampf - der höchstens noch verbal und als "revolutionäres Lippenbekenntnis" anerkannt wurde - durch Klassenfrieden zu ersetzen. Mit den grundlegenden theoretischen Arbeiten von Eduard Bernstein "Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft" (erschieden 1898) sowie "Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" (erschieden 1899) bekamen jene rechten sozialdemokratischen Führer faktisch ein theoretisches Gerüst, das auf Positionen ruhte, die grundlegende Auffassungen des von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus revidierten. In ihrem Keim richteten sich diese Arbeiten gegen die marxistische Revolutionstheorie mit ihren Auffassungen von der Rolle des Staates, dem Klassenantagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sowie der daraus resultierenden Notwendigkeit einer grundsätzlichen, revolutionären Veränderung der Gesellschaft.

4. Revisionismus und Opportunismus werden innerhalb der Sozialdemokratie dominant

Nach Marx' und Engels' Tod wurden in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (wie in allen Parteien der II. <Sozialistischen/Sozialdemokratischen> Internationale) der Revisionismus - d.h. die Revidierung grundlegender Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus - in der Theorie und der reformistische Opportunismus - d.h. eine praktische Politik der Reformen basierend auf einer Aussöhnung mit der Bourgeoisie - in der Praxis vorherrschend. Nur so ist auch zu verstehen, daß die Parteien der II. Internationale versagten, als es um die Rolle der Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg 1914 ging. Anstatt diesen imperialistischen Krieg mit allen Mitteln des Klassenkampfes zu bekämpfen, unterstützten die Führer der Parteien der II. Internationale ihre jeweilige nationale Bourgeoisie in ihren Kriegsvorbereitungen und Kriegsanstrengungen; sie wurden damit objektiv zu Stützen des imperialistischen Krieges statt entschiedene Kämpfer gegen diesen zu sein... Somit ist es nicht falsch, eine "rote Linie" vom Aufkommen des Revisionismus unter Bernstein und seiner "Vaterlandsverteidigung" des Kolonialismus hin zur "Vaterlandsverteidigung" des imperialistischen I. Weltkrieges der rechten Führer der deutschen - wie internationalen - Sozialdemokratie zu ziehen. (...)

5. Lenins Auseinandersetzungen mit revisionistischen und opportunistischen Auffassungen

In Anknüpfung an die von Marx und Engels geführte Auseinandersetzung mit revisionistischen und opportunistischen Auffassungen in der Arbeiterbewegung war es Lenin, der den Kampf gegen das Eindringen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Positionen in die Arbeiterbewegung in Theorie und Praxis fortsetzte. Er charakterisierte die Vertreter der opportunistischen Richtung die Sozialdemokratie in aller Schärfe: "Der Opportunismus in den Spitzen der Arbeiter-

bewegung ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Die Praxis hat bewiesen, daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selber. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in der Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten."¹³

Inhaltlich stehen diese Vertreter des Opportunismus für: "Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Mißtrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber."¹⁴

Der konsequente Kampf Lenins gegen jede Spielart bürgerlicher Ideologie in der von ihm geleiteten russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei macht es erklärlich, daß diese Partei in ihrer Mehrheit die einzige war, die während des ersten Weltkrieges kein Bündnis mit "ihrer" nationalen Bourgeoisie einging und die es daher verstand, in der durch den imperialistischen Krieg verursachten Situation 1917 die proletarische Revolution zum Sieg zu führen und sie später gegen Konterrevolution und imperialistische Intervention erfolgreich zu verteidigen. Damit wurden die Bolschewiki Lenins zu den konsequentesten Vertretern und Verteidigern des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die junge Sowjetmacht symbolisierte anschaulich den zur Praxis und zum Staat gewordenen wissenschaftlichen Sozialismus, den die rechten, aber auch zentristischen Führer der Sozialdemokratie in Konsequenz bekämpften.

6. Die Aufgaben des „Demokratischen Sozialismus“

Zusammenfassend läßt sich also die Definition des "Kleinen politischen Wörterbuchs" zu den Aufgaben und der Rolle von "demokratischen Sozialismus" bzw. Sozialdemokratismus zitieren: "(Sozialdemokratismus) spezifische Spielart bürgerlich-imperialistischer Ideologie und Politik, die von den rechten sozialdemokratischen Führern praktiziert wird und dem Wechselverhältnis von Imperialismus und Opportunismus entspricht. Der Sozialdemokratismus ist dem Marxismus-Leninismus von Grund auf feindlich. Er zielt darauf ab, die Arbeiterklasse geistig zu entwaffnen, die Spaltung ihrer Reihen zu vertiefen und die Werktätigen in den Fesseln der bürgerlichen Ideologie zu halten. Der Sozialdemokratismus täuscht Wandlungen im Kapitalismus vor und ist zusammen mit dem Antikommunismus eine der Hauptwaffen der imperialistischen Reaktion beim Kampf gegen den Sozialismus. (...) Der Sozialdemokratismus nutzt dabei Reformismus und Revisionismus und propagiert einen 'demokratischen Sozialismus' als angebliche 'Alternative zum Kommunismus' Rechtssozialdemokratische Politik und Ideologie läßt in der sozialdemokratischen Bewegung immer wieder neue Differenzierungen entstehen, die ihre Wurzeln in der unterschiedlichen Lage eines Teils der sozialdemokratischen Mitgliedschaft und der rechtssozialdemokratischen Führung sowie in den daraus resultierenden gegensätzlichen Interessen haben."¹⁵ (11)

¹³ W. I. Lenin, Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale, Werke, Bd 31, S. 219

¹⁴ W. I. Lenin, Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale. LW, Bd. 22, S. 111

¹⁵ zit. nach "Kleines Politisches Wörterbuch". Dietz-Verlag, Berlin. DDR. 1973, S. 757/758

In seinem Bildungsheft "Kautsky - ein Vorläufer des 'demokratischen Sozialismus'" hält der inzwischen an der "Erneuerung" hin zum "demokratischen Sozialismus" eingegangene Marxistische Studentenbund SPARTAKUS (der ehemals existierende, mit der DKP verbündete Studentenverband) in einer früheren Phase noch zu Recht fest: "Er (der 'demokratische Sozialismus') dient der Reformierung des imperialistischen Systems und der Integration der Arbeiterbewegung und der Linkskräfte.

Der 'demokratische Sozialismus' fungiert als 'Konjunktursozialismus' und als Integrationsideologie gegenüber der linken Basis der Sozialdemokratie." ¹⁶

"In ihrer gesamten, mehr als 130jährigen Geschichte war die revolutionäre Arbeiterbewegung gezwungen, sich mit dem Opportunismus auseinanderzusetzen. Er trat in den verschiedensten Formen, immer aber als Einfluß der bürgerlichen Ideologie und Politik in der Arbeiterbewegung in Erscheinung.

Doch erst mit dem Übergang zum Imperialismus entstand jener gesellschaftliche Boden, auf dem sich der Opportunismus über den nationalen Rahmen hinaus auch zu einer internationalen Strömung entwickelte (...)

Als Schrittmacher ihres Einflusses innerhalb der Arbeiterbewegung bedient sie sich vor allem des Opportunismus solcher 'Arbeiterparteien', die eine bürgerliche Politik betreiben. Die Bourgeoisie, schrieb Lenin, kann die Arbeiterbewegung 'jetzt nicht mehr mit einer Handbewegung abtun, man kann sie auch nicht mehr mit brutaler Gewalt unterdrücken. Man muß sie von innen heraus korrumpieren, indem man ihre Oberschicht kauft. Von dieser Notwendigkeit werden das Wesen der Politik, die Strategie der gesamten internationalen Bourgeoisie gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung unter imperialistischen Bedingungen bestimmt. Er (Lenin) nannte die Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie die typischen sozialen Träger des Opportunismus. In den weiteren Etappen der Geschichte haben sich ständig neue, komplexere Beziehungen zwischen Imperialismus und Opportunismus herausgebildet. Die staatsmonopolistische Entwicklung des Kapitalismus begleitete ein Programm, der direkten Verschmelzung der Politik der Arbeiterbürokratie mit der der Unternehmer und des bürgerlichen Staates.

Aus der objektiven Gesetzmäßigkeit des Zusammenhangs von Imperialismus und Opportunismus ergab sich für die Arbeiterbewegung notwendig weiter die Schlußfolgerung, daß sich Ideologie und Politik des Opportunismus reproduzieren, solange der Imperialismus besteht, und daß die Arbeiterklasse deshalb nur in dem Maße in der Lage sein wird, ihre revolutionäre historische Mission zu erfüllen, wie sie sich aus den Fesseln des Opportunismus befreit und erkennt, daß 'der Kampf gegen den Imperialismus ... unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus' (Lenin)."¹⁷

7. In der Tradition des „Demokratischen Sozialismus“

¹⁶ "Kautsky - ein Vorläufer des 'demokratischen Sozialismus'", Bildungsheft des MSB Spartakus zum I. Bildungsthema 1977. S. 12 u. S. 20

¹⁷ "Die Sozialistische Internationale. Ihre Geschichte und Politik", Berlin (DDR). 1977

Die heutigen Führer der Sozialdemokratie stehen in diesen historischen Traditionen des "demokratischen Sozialismus".

EIN EKLEKTISCHES SAMMELSURIMUM

Selbst das theoretische Organ der SPD. "Die Neue Gesellschaft", muß eingestehen, daß es sich beim "demokratischen Sozialismus" um ein eklektisches Sammelsurium bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideen handelt.

PROTESTPOTENTIAL INTEGRIEREN

Wer vom "demokratischen Sozialismus" also übrig bleibt, sind eine "dauernde Aufgabe", "ethnische Werte" sowie einige humanistische Forderungen. Aufgegeben wurde endgültig der Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung, in der der antagonistische Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufgehoben wird. Im Gegenteil, die Abgrenzung zum wissenschaftlichen Sozialismus ist total und eindeutig: "Der demokratische Sozialismus wird auch in Zukunft die politische Alternative zum Kommunismus sein."¹⁸ (14) Diese eindeutige Abgrenzung vom wissenschaftlichen Sozialismus und die Bekämpfung seiner Vertreter schließt für die rechten SPD-Führer zugleich die unterschiedlichsten Versuche ein, kritisches Potential in die Sozialdemokratie und das kapitalistische System zu integrieren, um auf diese Weise den Einfluß des wissenschaftlichen Sozialismus zurückzudrängen.

INTEGRATIONSFÄHIGKEIT DER SPD

Und genau diese Integrationsfähigkeit der SPD - der "traditionellen" Vertreterin des "demokratischen Sozialismus" in Deutschland und in der BRD - ist im Sinne der politischen Stabilisierung des imperialistischen Herrschaftssystem angesichts ihrer immer offener werdenden Rechtstendenzen, aber vor allem auch ihrer tendenziell immer schwächer werdenden Verankerung - im Sinne von Wählerstimmen wie hinsichtlich ihrer Mitgliederstruktur - in ihrer traditionellen politischen und sozialen Basis, der Arbeiterklasse, bedroht.

8. „Demokratischer Sozialismus“ in Aktion

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus hatte nach 1945 gerade in Europa zu einem deutlichen Anwachsen linker und kommunistischer Kräfte im Westen und in Ost-Europa zu national-demokratischen, später sozialistischen Entwicklungen geführt, in denen die Kommunistischen Parteien die gesellschaftlich führende Kraft waren; in manchen dieser Länder kam es gar zu einem organisatorischen Verschmelzungsprozeß der jeweiligen Kommunistischen Partei mit revolutionären sozialdemokratischen Kräften auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

Angesichts dieser Entwicklungen wurden Vertreter und Organisationen des "demokratischen Sozialismus" oder sogenannten "Dritten Weges" von der Bourgeoisie und ihren Sonder- und Geheimdiensten verstärkt eingesetzt, um diese gesellschaftlichen Prozesse aufzuhalten, sie zu beeinflussen und/oder zersetzend zu wirken. (Dieser Teil des Referats beschäftigt sich eingehend sowohl mit den Veränderungen der imperialistischen Strategie - weg vom "Roll

¹⁸ "Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus", hrsg. vom SPD-Parteivorstand, zit. nach Hermann Weber, "Das Prinzip Links", 1973, S. 295

Back" der Anfangsjahre und hin zur Strategie der "friedlichen Einmischung", der Subversion von Innen - als auch und im Zusammenhang damit mit Versuchen, die kommunistische Bewegung und die sozialistischen Staaten von Innen heraus aufzurollen; als Beispiel hierfür werden u.a. die Ereignisse der versuchten Konterrevolution in der CSSR 1968 analysiert).

9. Das „neue Phänomen“ so genannter „postkommunistischer Parteien

Wie wir bereits gesehen haben, entwickelte sich der Revisionismus und damit die Vertretung von Positionen des "demokratischen Sozialismus" innerhalb der kommunistischen Weltbewegung nicht "über Nacht", sie bildeten jedoch die entscheidenden Stützpfiler für die konterrevolutionäre Wende, die seit 1989 die sozialistischen Regime in Ost-Europa hinwegfegte. Seither lassen sich innerhalb der kommunistischen Weltbewegung vier Tendenzen erkennen:

"a) Einige dieser Parteien verwandelten sich ganz offen in sozialdemokratische Formationen, änderten ihren Namen und Strukturen oder lösten sich auf und gründeten sich neu (Beispiele: Polen, Ungarn, Italien) und gingen damit den Weg des Revisionismus konsequent zu Ende;

b) Andere befinden sich nach wie vor in einer Art von Transformationsperiode - voller innerer Widersprüche -, die immer noch in der Anfangsphase steckt oder bereits sehr weit fortgeschritten sein kann. Das Charakteristische dieser Transformationsperiode ist, daß innerhalb dieser Parteien bereits jene drei Grundströmungen vorhanden sind - mehr oder weniger stark, mehr oder weniger organisiert, manchmal gar nur durch Führungspersonlichkeiten repräsentiert -, die die Arbeiterbewegung vor ihrer Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten aufzuweisen hatten, einen rechten Flügel, der bereits recht offen sozialdemokratische Positionen (zumeist als Positionen des 'demokratischen Sozialismus' deklariert) eingenommen hat, einen linken Hügel, der an Grundpositionen des wissenschaftlichen Sozialismus festhält sowie ein Zentrum, das zwischen beiden Polen hin- und herlaviert, in strategischen Fragen und Situationen jedoch in seiner Mehrheit auf Seiten der Rechten operiert. Das Kräfteverhältnis dieser drei Strömungen ist von Partei zu Partei verschieden Beispiele für diese Parteien in der Transformationsperiode sind sicherlich die PDS in Deutschland, die FKP in Frankreich oder die 'Kommunistische Partei der Russischen Föderation' (Sjugarow) in Rußland;

c) Andere Parteien haben - oft nach Abspaltung opportunistischer Kräfte - Lehren aus den konterrevolutionären Ereignissen und ihren Hintergründen gezogen und konsolidieren sich auf marxistisch-leninistischen Grundpositionen (Beispiele: Kommunistische Partei Griechenlands /KKE, Kommunistische Partei Syriens, KP der Slowakei);

d) Einige Parteien sind 'ganz einfach' verschwunden (z.B. SEW in Westberlin) oder existieren faktisch 'nur noch auf dem Papier' (Beispiel: Schwedische Kommunistische Partei)

Eine Art 'Sonderstellung' nehmen dabei jene kommunistischen Parteien ein, die sich (noch) an der Macht befinden und am sozialistischen Entwicklungsweg festhalten wollen. Von besonderer

Bedeutung ist dabei sicherlich der Kampf der KP Cubas zur Verteidigung des Sozialismus vor der Haustür der USA."¹⁹

In diesem Szenario steckt die aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Die PDS lebt in einem Widerspruch: zum einen strebt sie an, die Interessen der von den Annexionsfolgen gebeutelten DDR-Bürgern und deren politische, moralische und kulturelle Identität zu vertreten, zum anderen stellt sie sich bewußt auf die Positionen des "demokratischen Sozialismus" in Abgrenzung zum wissenschaftlichen Sozialismus und zu weiten Teilen der Geschichte der DDR, aus der sie ja selbst hervorgegangen ist. (An dieser Stelle geht das Referat in Einzelheiten auf die Entwicklung der SED hin zur PDS sowie die verschiedenen inhaltlichen Debatten und Positionierungen innerhalb dieses Prozesses ein).

Gerade deshalb muß man davon ausgehen, daß sich die Auseinandersetzungen innerhalb der PDS verschärfen und daß die rechte PDS-Führung alles daransetzen werden, den integrativ ausgerichteten Forderungen der SPD zu entsprechen und dementsprechend aus ihrer Sicht hinderlichen ideologischen, politischen, personellen und evtl. auch organisatorischen "Ballast" weiter abzuwerfen. Die Transformationsperiode der SED über die PDS hin zu einer durchgängig sozialdemokratisierten Formation nähert sich seinem Ende.

Michael Opperskalski, Köln

Anneke Ioannatou: Geschichte und Gegenwart von Revisionismus und 'demokratischem Sozialismus' ²⁰

Liebe Genossinnen und Genossen, seitens des Redaktionsausschusses der Zeitschrift „Kommunistische Revue“, das ist die Zeitschrift der Kommunistischen Partei Griechenlands, eine gerettete Zeitschrift aus einer geretteten Partei, wie der französische Genosse gesagt hat, seitens dieser Zeitschrift (ich bin Mitglied des Redaktionsausschusses), nehme ich mit großem Interesse teil an dieser Inhaltskonferenz, und wir danken der Zeitschrift „Offensiv“ dafür, daß sie uns eingeladen hat.

Die Diskussionsthemen haben mit fundamentalen Fragen der revolutionären Bewegung zu tun und sind natürlich nicht neu. Sie sind aber aktueller geworden und auch schärfer seit dem vorläufigen konterrevolutionären Sieg von 1989-91.

In Griechenland hat eine Diskussion angefangen seit der Publikation des Dokuments „Gedanken über die Faktoren, die bestimmend waren für den Umsturz des sozialistischen Systems in Europa. Aktualität und Notwendigkeit des Sozialismus“ (1995). Die Untersuchungen gehen weiter vor allem in Fragen, die den revolutionären Prozeß betreffen, wenn also die Arbeiterklasse und ihre Partei die Macht hat. Das ist die eine Seite. Die andere Seite hat zu tun

¹⁹ Michael Opperskalski, "Chancen. Grenzen und Perspektiven internationaler Zusammenarbeit" in "offensiv", Hannover/Göttingen, Nr. 10/96, S. 45 ff

²⁰ Aus: „offensiv“ 3-1998,; Sonderheft: „Inhaltskonferenzen der Linken, Heft 2“, S. 23-32

mit der Gegenwart und der Zukunft der revolutionären Bewegung, und das hat wieder mit dem imperialistischen System zu tun und mit dem Zustand, in dem sich jetzt die kommunistische und Arbeiterbewegung befindet, aber auch mit den Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution in jedem kapitalistischen Land. Fragen, die man stellen könnte, sind: Gibt es heute noch so eine Perspektive? Hatten doch Bernstein und Kautsky recht und nicht Marx, Engels und Lenin? Vielleicht haben wir es heute zu tun mit einer Neuerscheinung des bekannten Pseudo-Dilemmas „Reform oder Revolution“? Oder vielleicht ist es das auch nicht mehr?

Es ist mir aufgefallen, daß in den „Offensiv“-Texten, aber auch anderswo, der Ausdruck „demokratischer Sozialismus“ nicht selten in Anführungszeichen steht, und das gefällt uns, denn dieser Ausdruck ist wirklich eine *contradictio in terminis*. Natürlich haben gewisse Verletzungen von dem, was man „sozialistische Ordnung“ nennt, vor allem den Gegnern des Sozialismus Grund gegeben, diesen Terminus so zu nutzen. Das Wort „demokratisch“ dem Begriff „Sozialismus“ hinzuzufügen ist an sich schon eine ideologische Wahl.

Bernstein hat vor 100 Jahren die Beziehung von Demokratie und Sozialismus auf seine eigene Weise festgelegt. Die Kombination von beidem in einem Terminus ist jedoch später gekommen, als nämlich 1959 in Bad Godesberg die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jede Referenz an den Marxismus gestrichen hat und der Ausdruck „demokratischer Sozialismus“ als ideologische und politische Referenz festgelegt wurde.

Was hat Bernstein in seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ vor 100 Jahren gesagt? Daß die Demokratie gleichzeitig Ziel und Mittel sei. Sie sei das Mittel, um den Sozialismus zu bekommen, zu erkämpfen und nach dem Kampf auch die Form, um den Sozialismus zu realisieren. Und er hat gesagt, daß die Demokratie die Universität der Kompromisse sei. Seitdem laufen diese Gedanken Bernsteins wie ein „roter“ Faden (ich sage „rot“ nicht, weil es rot ist, sondern weil Euer Ausdruck in der Sprache so ist) durch alle Programme, Aussprachen, Theorie und Praxis usw. aller Parteien und Bewegungen, die auf den marxistischen Weg verzichtet haben, die auf den Sozialismus und Kommunismus als Endziel verzichtet haben.

Wenn wir die Bernsteinschen Prinzipien und Leitfäden nehmen und sie mit der Terminologie, der Theorie und Praxis von kommunistischen Parteien der letzten Jahrzehnte vergleichen (um mich auf die jüngste Geschichte zu beschränken), können wir feststellen, daß alle Parteien, die den reformistischen Weg gegangen sind, so etwa denselben „Schatz“ von Ausdrücken, von festen, gemeinsamen Komponenten benutzen - bald offen, bald versteckt - die sie vom Vater des Revisionismus übernommen haben - nur hier und da etwas angepaßt oder in verschiedenen Varianten. Ich gebe ein paar Beispiele:

Erstens: - Die Entfernung der Eigentumsfrage aus den Parteiprogrammen. Im Manifest der Kommunistischen Partei steht, daß die Kommunisten „in allen revolutionären Bewegungen gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervorheben.“ Und das ist bestimmt nicht der Passus, der veraltet ist, wenn man Engels' Worte liest in seiner Vorrede zur englischen Ausgabe von 1880.

Zweitens: - Die Entfernung der Diktatur des Proletariats aus den Parteiprogrammen. Obwohl wir verstehen, daß es heute schwierig ist, in manchen Ländern des hochentwickelten Kapitalismus diesen Terminus zu nutzen, ohne zu erklären, wie er verstanden werden soll, - gegen den

Hintergrund der bürgerlichen Diktatur, die nicht von den meisten Menschen als Diktatur, ja nicht einmal als Unfreiheit gefühlt und verstanden wird, so ist das Entfernen dieses Begriffs doch das Streichen eines wichtigen Teils unserer Weltanschauung, denn es geht um die Frage der Macht im empfindlichsten kritischen Moment, in der Übergangsperiode vom Sozialismus zum Kommunismus, wenn die unterdrückte Mehrheit die politische Macht übernimmt. Durch die Entfernung des Begriffs 'Diktatur des Proletariats' wird der Übergang ein bißchen undefiniert, spontan gelassen und in solchen Parteiprogrammen wird oft betont, daß der Sozialismus nicht mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel identifiziert werden darf. Als ob es Kommunisten gibt, die das tun.

Drittens: - Und dann natürlich auch die Preisgabe des Demokratischen Zentralismus. In übergroßer Fülle werden die Begriffe „Selbstverwaltung“, „Selbstorganisation“, „Selbstleitung“ usw. usf. benutzt, wobei man Mißbrauch betreibt mit dem Passus aus dem Kommunistischen Manifest, wo vom Sozialismus als freier Assoziation freier Menschen gesprochen wird. Hierzu gehört auch die Auffassung, daß die kommunistischen Parteien ihre Türen weit öffnen sollten für einen jeden, der bloß sagt, daß er Kommunist sei. Darüber hat der französische Genosse auch gesprochen. Und Martow damals. Also alle, die sich als Kommunist fühlen oder so, die kommen rein, das wird etwa so beschrieben, als ob es eine Assoziation ist von Leuten, die sich als 'Kommunist' fühlen.

Viertens: - Die Begriffe „soziale Gerechtigkeit“, Parlamentarismus, sozialistischer Rechtsstaat, Vielparteiensystem, kreatives Benutzen des Marxismus-Leninismus, - natürlich haben wir nichts dagegen, daß man es kreativ benutzt, aber wie wird dieser Terminus genützt und von wem, das ist die Frage und es sind immer Parteien, die reformistische Wege einschlagen - ein Sammel-surium der pluralistischen Auswahl aus der Schatzkammer des europäischen Denkens mit dem Humanismus, Christianismus oder gar christlichen Humanismus, gemischt mit ethischem Sozialismus oder auch nicht - als wichtigste Komponente.

Fünftens: - Der Sozialismus nicht als Fundament der Produktionsverhältnisse, sondern mit seiner sogenannten moralischen Dimension, das hört man auch überall.

Sechstens: - Eine willkürliche Argumentation um den Begriff Staat (ob er „weniger“ oder „mehr“ wird im Kapitalismus und wann). Und dann natürlich der „Staat des Gesamtvolkes“, um ein Beispiel vom XX. Parteitag in der Sowjetunion zu nennen, noch so eine contradictio in terminis, das geht nicht in einer Gesellschaft, in der das kommunistische Stadium noch nicht erreicht ist, dort hat man keinen Staat des Gesamtvolkes, das geht nicht, denn eine Voraussetzung dafür würde sein, daß man keine Klassengesellschaft mehr hat.

Hat man damals keine Klassengesellschaft mehr gehabt in der Sowjetunion der 50er Jahre? Eine Frage! Deshalb ist die Phrase vom „Staat des Gesamtvolkes“ nicht nur eine contradictio in terminis, sondern auch ein Begriff. Es scheint so zu sein, daß die antidialektische, widersprüchliche Terminus-kombination ein wahres Zeichen des Revisionismus ist.

Siebtens: - In gewissen Fällen wird das Wort „Volk“ vermieden, dafür erscheint das Wort „Bevölkerung“. Ich verstehe, daß das Wort „Volk“ zweierlei beladen ist. Auf der einen Seite ruft es Nazismus-Assoziationen hervor, auf der anderen Seite verweist es in reformistischen Augen zu sehr auf die Massenaktivität, das heißt auf die energische und bewußte Intervention in das historische Geschehen durch breitere Schichten der Unterdrückten und das heißt, es verweist wieder auf die Verbindung von Theorie und Praxis. Das ist eine gefährliche Sache für die

Reformisten. Dies könnte zu dem Gedanken führen, den Kapitalismus zu stürzen - und das soll ja vor allem vermieden werden.

Die Begriffe „Volk“ und „Massen“ werden von Parteien, die den reformistischen Weg eingeschlagen haben, gewöhnlich ersetzt durch den Begriff „Bürger“ oder „Bevölkerung“. Natürlich könnte man an sich nichts gegen die Termini haben, aber leider zeigt die Praxis, daß eine solche Terminologie als Teil des gesellschaftlichen Überbaus der Ausdruck wesentlicher Veränderungen ist.

So könnte man zur Überzeugung gelangen, daß es sich hier um den Versuch handelt, aus dem Gedächtnis der Menschen alles das zu streichen, was mit historischen Phasen zu tun hat, die einen qualitativen Sprung darstellen, Phasen von organisierten Volksaktionen, wie auch in Rußland 1917. Statt dessen geht man lieber zurück bis zur bürgerlichen Revolution, an der Spitze die Französische Revolution, wonach man gleich, schön und humanistisch in den Kommunismus übergehen kann - mit dem 'neuen' Kommunismus, wie es z.B. die Französische Kommunistische Partei sagt.

Die hier genannten Tendenzen haben viele Varianten, man braucht nur die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in verschiedenen kommunistischen Parteien anzuschauen. In der Praxis werden Ideen ausgearbeitet von der spontanen Arbeiterbewegung ohne Marxismus oder Marxismus ohne Arbeiterbewegung, Marxismus ohne historischen Materialismus usw. - auf der Ebene theoretischer, akademischer Diskussionen findet man einen beinlosen Marxismus mit metaphysischen Dimensionen, u.a. bei dem Philosophen Jacques Derrida, vor allem in seinem Buch „Die Gespenster von Marx“.

Entscheidende Bedeutung für die Beurteilung, ob eine Partei sich den „demokratischen Sozialismus“ angeeignet hat (noch immer in Führungsstrichen), haben die folgenden Kriterien (abgesehen von den oben genannten):

- Wie sehen sie die Rolle der Arbeiterklasse heute?
- Wie ist ihre Beziehung zu der Frage Revolution / Reform?
- Wie ist ihre Haltung gegenüber den Errungenschaften in den sozialistischen Ländern?
- Wie ist ihre Haltung zur Oktoberrevolution?
- Wie ist ihre Haltung zu den großen imperialistischen Organisationen (NATO, WEU, EU)?

Das sind immer ziemlich enthüllende Kriterien, um zu wissen, wo eine Partei eben nicht nur taktisch gesprochen, sondern tatsächlich strategisch und ideologisch steht.

Alles, was sich da heute an Reformismus abspielt, ist schon in Bernsteins Arbeit enthalten, zumindest in Ansätzen, wenn auch nicht schon ausgearbeitet, und es ist gut, das zu sehen, denn so kann man feststellen, daß es heute nichts Neues gibt unter der revisionistischen Sonne, daß es nur um neue Ausbesserungen oder alte Renovationen eines Jahrhunderts Revisionismus geht.

Wir betonen, daß es 100 Jahre sind, denn der historische Zeitpunkt des Entstehens der revisionistischen Erosion der Arbeiterbewegung ist kein Zufall. Der Revisionismus erscheint gerade in der Phase, in der der Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium eintritt. Die Erfolge der damaligen sozialdemokratischen Partei, was die Lebens- und Arbeitsumstände in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern angeht (ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalismus - nicht vergessen!), hatten begonnen, bei der Arbeiterklasse Illusionen zu schaffen darüber, daß man wohl sein Ziel auch im Rahmen des bestehenden gesellschaftlichen

Systems erreichen kann, daß der Kapitalismus demokratisierbar sei und daß er der Arbeiterbewegung viele politische und soziale Rechte 'geben' kann. Außerdem hatte es länger als je vorher Frieden gegeben. So konnte die Arbeiterklasse zugänglich werden für die Theorie, daß der Sozialismus auch 'demokratisch' erreichbar ist und daß man keine Gewalt und keine Revolutionen braucht, sondern daß man den Kapitalismus reformierend in eine Gesellschaft mit sozialistischen Produktionsverhältnissen verwandeln kann. Und die Reform-Erfolge der Sozialdemokratie hat Bernstein zum äußersten ausgenutzt, hat gesprochen über eine Bourgeoisie, die schrittweise zurückweicht zugunsten der demokratischen Institutionen. So würde auch die Notwendigkeit von Katastrophen weniger werden, und wer bei der Katastrophentheorie bleibe, müsse dann die Entwicklung bekämpfen, die Entwicklung obstruieren. In Griechenland wird uns manchmal von der bürgerlichen Propaganda vorgeworfen, daß wir „katastrophologisieren“, immer über Katastrophen reden, eine kommunistische Partei könne immer nur über Katastrophen reden - man hört eben überall, sei es auch im Widerhall, die Bernsteinschen Ausdrucksweisen, ohne daß Bernstein auch genannt wird als Name, das natürlich nie!

Reden wir jetzt sehr kurz, denn es ist nicht das Hauptthema dieser Inhaltskonferenz, aber es hat direkt damit zu tun, über die Theorie, die die Arbeiterbewegung seitdem quält, verfolgt und spaltet, eine Theorie, die ihren Ausdruck findet im antidialektischen Dilemma „Reform oder Revolution“, als ob man nur ganz voluntaristisch zu wählen bräuchte im historischen Prozeß, um einen der zwei Wege zum Sozialismus zu haben, wobei natürlich die 'blutdürstigen Kommunisten' nur Revolution und Katastrophen haben wollen - so wird das dargestellt - und die guten Reformatoren Schritt für Schritt leise Veränderungen wollen. Die Beziehung Reform und Endziel ist ja aber keine Antinomie, ist ja keine Konfrontationsbeziehung. Jede Reform ist Teil der Entwicklung. Aber wenn sie abgeschnitten wird vom Endziel - an dem Bernstein überhaupt nicht interessiert war, für ihn hat die Bewegung und nur die Bewegung gezählt, d.h. abgeschnitten vom Umsturz der Verhältnisse der alten Gesellschaft und ihre Ersetzung durch neue, sozialistische, dann bleibt sie ein zielloses Hin- und Herbewegen in der Geschichte, was dann in der Konsequenz doch Stillstand und schließlich Rückgang bedeutet, ein Sich-Einschließen in die bestehende sozialökonomische Formation.

Die Revolution aber ist auch Teil der Entwicklung, eine Unterbrechung des Allmählichen, hat Engels gesagt. Sie ist Entwicklung in hoher Geschwindigkeit. Die Pseudoantinomie „Revolution oder Reform“ ist nicht nur antidialektisch, sie ist auch antihistorisch. Und das ist genau das Kernstück jedes revisionistischen, bürgerlichen Gedankens und seiner Praxis: die gesellschaftliche Reform wird Ziel und nicht Mittel. Diese Pseudo-Antinomie ist der ideologisch-politische Ausdruck der metaphysischen Methode, die nur Brüche sieht und keine dialektische Einheit. Hier sind wir völlig einverstanden mit Rosa Luxemburgs Analyse in „Sozialreform und Revolution“, wo sie betont, daß die Konfrontation von Bernstein und seinen Anhängern nicht die eine oder die andere Kampfweise betrifft, die eine oder andere Taktik, sondern das ganze System der sozialdemokratischen Bewegung.

Um seine Aussagen zu stützen, benutzt Bernstein die aus dem Zusammenhang gerissenen Worte Engels' aus dem Vorwort zu „Klassenkämpfe in Frankreich“, was Engels 1895 geschrieben hat, zurückblickend auf 50 Jahre Taktik in der Arbeiterbewegung. Engels hat da gesagt, daß die Zeit von kleinen bewußten Minderheiten, die unbewußte Massen zu Revolutionen führen, vorbei sei

und daß die Sozialdemokratie viel besser mit gesetzlichen denn mit ungesetzlichen Mitteln und Umstürzen vorangeht.

Auch redet er von einem gewissen Passus im Kommunistischen Manifest, wo über Demokratie als eins der wichtigsten Probleme des militanten Proletariats gesprochen wird. Engels gibt zwar einen kritischen Überblick über 50 Jahre Taktik und sagt zwar, daß man zur damaligen Zeit in Deutschland besser mit gesetzlichen als mit nicht-gesetzlichen Mitteln arbeiten und kämpfen konnte, weil damals in Deutschland die Partei dauernd mehr Stimmen bei den Wahlen bekam, aber Engels hat auch gesagt - und Bernstein hat es herausgelassen -, daß, wenn wir nicht so verrückt sind, uns auf die Barrikaden zu begeben, den etablierten Parteien nichts anderes übrig bleiben wird, als selbst ihre eigene fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen, also: wenn wir zu viel Macht bekommen mit Wahlen und Stimmen, dann werden die etablierten Parteien selber ihre Gesetzlichkeit durchbrechen - aber was nicht paßt, das wird herausgelassen von Herrn Bernstein. Natürlich ist unsere Partei nicht gegen Reformen und kämpft auch dafür zusammen mit den Arbeitern und anderen Berufstätigen, aber nicht ohne zu versuchen, bei ihnen das Bewußtsein zu schaffen, daß ohne Umsturz des Systems, das gerade diese Probleme hervorruft, man nie wirkliche Lösungen finden kann.

Wir haben schon oben gesagt, daß das Entstehen des Revisionismus historisch zusammenfällt mit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium. Es war das erste Mal in der Geschichte, daß so viele politische Rechte von der Arbeiterklasse erobert wurden und daß es eine so lange Friedensperiode gegeben hatte. Heute erleben wir die Abschaffung dieser Errungenschaften - und aufs Neue versucht man, den Revisionismus, den sogenannten „demokratischen Sozialismus“, mit angepaßter Terminologie aber neoliberalen Inhalt wiederzubeleben. In Griechenland stark ausgeprägt als „Zentrum Links“, man redet nicht über ‘demokratischen Sozialismus’, nicht über Reformen, sondern man sagt „Zentrum Links“, aber es sind dieselben Sachen, nur heute immer mit neoliberalen Inhalt. Heute haben wir das „Mitregieren“, Koalitionen wie Olivenbäume usw., und über „Reformismus“ wird nicht mehr gesprochen, das ist zu empfindlich, die Leute kennen das vielleicht. Man braucht neue Termini.

Es sind jetzt 100 Jahre vorbei, und die Geschichte hat uns bis jetzt gelehrt, daß es durch eine Reihe von immer mehr Reformen nirgends einen Umsturz der Macht- und Eigentumsverhältnisse eines kapitalistischen Staates und nirgends einen Übergang zu sozialistischen Verhältnissen gegeben hat. Im Gegenteil: die Grenzen der Reformmöglichkeiten, die Grenzen der demokratischen Umformungen sind festgestellt. Lenin hat einmal gesagt, daß der Kapitalismus und der Imperialismus nicht mit ‘demokratischen’ Transformationen umgestürzt werden können, sondern nur durch einen Umsturz der Ökonomie nach politischer Machtübernahme. Wenn das Proletariat aber nicht erzogen wird in diesem Kampf, dann kann es das nicht wahrnehmen.

Wir haben auch feststellen können, daß das Eindringen des Revisionismus in die revolutionäre Bewegung mit dem Pseudoschema des sogenannten „demokratischen Sozialismus“ die Bewegung so abgeschwächt und in das System inkorporiert hat, daß sie nicht imstande gewesen ist, die kapitalistischen Strukturen umzustürzen. Der Mangel an theoretischem Klassenbewußtsein des Proletariats und der unteren sozialen Schichten war in kritischen Momenten der europäischen Geschichte die fundamentale Voraussetzung dafür, daß die reaktionären Kräfte die sozialen Krisen verwalteten, wie wir jetzt wieder so einen Prozeß miterleben. In dieser Hinsicht kann der Aufstieg des Faschismus zumindest indirekt verbunden werden mit der Verant-

wortlichkeit von Vertretern des „demokratischen Sozialismus“, weil diese sich immer innerhalb breiter Schichten dafür eingesetzt haben, ein Nicht-Klassenbewußtsein zu kreieren.

Hier ist es passend, sich an die Worte Gramscis zu erinnern: „Die sogenannten „spontanen“ Bewegungen zu vernachlässigen und, schlimmer noch, zu verachten, also darauf zu verzichten, ihnen eine bewußte Richtung zu geben, sie auf eine höhere Ebene zu heben, indem man sie in die Politik integriert, kann oft sehr ernste und schwere Konsequenzen haben. Fast immer gesellt sich zu einer „spontanen“ Bewegung der subalternen Klassen eine reaktionäre Bewegung des rechten Flügels der herrschenden Klasse. Eine ökonomische Krise zum Beispiel löst auf der einen Seite Unzufriedenheit in den subalternen Klassen und spontane Massenbewegungen aus, auf der anderen Seite Komplote reaktionärer Gruppen, die von der objektiven Schwächung der Regierung profitieren, um Staatsstriche zu versuchen. Zu den auslösenden Momenten dieser Staatsstriche gehört der Verzicht der verantwortlichen Gruppen, spontanen Bewegungen eine bewußte Richtung zu geben und sie somit zu einem positiven politischen Faktor werden zu lassen.“

Heute haben es in Griechenland alle reformistischen Kräfte auf einen „Erneuerungsversuch“ angelegt, als Regierungsparteien passen sie sich inzwischen dem Neoliberalismus an oder stützen ihn, wenn sie keine Regierungsparteien sind. Das Ganze drückt sich u.a. aus in einer ganzen Welle neuer Terminologien: Umstrukturierung, neues Denken, neue Formen, neue Kräfte, neue Zeiten, neue Definitionen, Modernisierung, Solidarität, progressive Modernisierung und so fort, es ist ein richtiges Bombardement von Terminologien, was auf uns losgelassen wird.

Eine solch große Distanz zwischen Worten und Praxis hat es noch nie gegeben: Der „demokratische Sozialismus“, der Reformismus usw. haben keinen Bestehensgrund mehr. Die Errungenschaften, die unter ihrem Einfluß erreicht wurden, konnten nur erreicht werden, weil es die „anderen“ gegeben hat (1917, das sozialistische Lager und so fort). Was sind die Ursachen dafür, daß die reformistische Strömung so vorherrschen konnte? Und hier befragen wir wieder Lenin. Der Artikel von Lenin „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ (geschrieben 1916) ist wohl hilfreich beim Verstehen der Ursachen, warum die reformistische Strömung so vorherrschen konnte. Wir treffen in diesem Artikel auf folgende Argumente:

1. Die Opportunisten (ich benutze hier die Worte ‘Opportunisten’, ‘Revisionisten’ - es ist natürlich ein Komplex, aber ‘Opportunismus’ ist der globalste Begriff, und die anderen Sachen haben mit revidieren theoretisch, mit Reformen in der Praxis zu tun) handeln zusammen mit der imperialistischen bürgerlichen Klasse in Richtung eines imperialistischen Europas zu Lasten von Asien und Afrika.
2. Die Opportunisten sind ein Teil der kleinbürgerlichen Schichten und gewissen Schichten der Arbeiterklasse, ein Teil, der bestochen worden ist mit Geld aus den imperialistischen Profiten.
3. Durch diese ökonomische Beziehung besteht ein Band der bürgerlichen imperialistischen Klasse mit dem Opportunismus, der damals, 1916, die Oberhand hatte in der Arbeiterbewegung.
4. Ohne die Entfernung von Opportunisten wird die Arbeiterbewegung eine bürgerliche Arbeiterbewegung bleiben.
5. Die beiden Tendenzen -die revolutionäre und die reformistische-, die so klar geworden sind in den Jahren 1914 bis 1916, waren schon von Marx und Engels in England beobachtet worden, ungefähr von 1872 bis 1892. Engels hat schon 1858 an Marx geschrieben, daß das englische

Proletariat immer mehr verbürgerlicht und daß diese bürgerlichste Nation die Sache so weit scheint treiben zu wollen, daß man dort eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat hat. Engels hat nie aufgehört, die Verbürgerlichung des englischen Proletariats zu kritisieren und hat darauf hingewiesen, daß nur eine kleine Minderheit bevorzogter Arbeiter langfristige Vorteile hat und daß die breite Masse von Arbeitern im besten Fall nur Verbesserungen von kurzer Dauer bekommt.

6. Dort, wo der Marxismus unter den Arbeitern populär ist, dort, so sagt Lenin, wird die „bürgerliche Arbeiterpartei“ im Namen Marx schwören, ja, im Namen Marx, denn das braucht sie, um die Unterdrückten zu betrügen.

7. Dieser ökonomischen Basis der imperialistischen Staaten und im allgemeinen der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder werden auch die politischen Institutionen angepaßt: Presse, Parlament, Vereine, Kongresse usw. werden geschaffen, geben den reformistischen und patriotischen Arbeitern und Beamten politische Vorrechte, gut bezahlte Arbeitsplätze usw. in Ministerien, Industrien, Parlamenten, Zeitungen, Gewerkschaften und so weiter und so fort.

8. Die wichtigste Anpassung kam vom „schlauesten“ Teil der Bourgeoisie Anfang des 20. Jahrhunderts: immer mehr wurde durch ihre Ideologen und Politiker die Ideologie der sozialen Reformen gegen die Idee der sozialen Revolution im Namen der Unverletzbarkeit des Privateigentums und der Konkurrenzfreiheit verbreitet.

Warum bleibt dem Opportunismus und Revisionismus noch so viel Einfluß, obwohl ihre Rolle historisch ausgespielt ist? Folgende Faktoren spielen hier wohl eine Rolle, wenn man sich die Leninschen Gedanken vor Augen führt:

- Der „demokratische Sozialismus“ ist fester Bestandteil der vorherrschenden Ideologie geworden, die, wie bekannt, die stärkste ist, weil die älteste, die meist erfahrene und weil sie die stärksten Mittel zu ihrer Verfügung hat.

- Die Umstürze der sozialistischen Systeme sind von den meisten Menschen aufgefaßt worden als das Fehlen einer alternativen gesellschaftlichen Lösung und weite Schichten sind eingeschlossen worden in ein Anpassungsgefühl. Willy Brandt hat 1989 den „Zusammenbruch des realen Sozialismus als den Sieg Bernsteins“ beschrieben. Heute befindet sich die marxistische, revolutionäre Bewegung in einer qualitativ neuen Phase. Vor 1917 handelte sie ohne reales Beispiel, nach 1917 bis 1989 ethisch, ökonomisch und politisch gestützt von einem großen sozialistischen Lager, heute muß sie handeln nach einer riesenhaften Niederlage und mit einer stark verringerten Anwesenheit des Sozialismus auf der Erde.

- Ein wichtiges Element, das so viele Menschen auf einem ideologischen Mittelweg hält, ist das Gefühl des „Erreichbaren“, des Kleinen und Machbaren. Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ und des Revisionismus haben sich immer berufen auf dieses gemeinmenschliche, eigentlich kleinbürgerliche Gefühl, daß nichts extrem sein soll (z.B. Regierungsaufrufe an Streikende usw., daß sie übertreiben, daß sie sich nicht so extrem aufführen sollen, daß man redlich sein soll und das Machbare anstreben müsse.) Die Angst, daß das Proletariat 'übertreiben' wird, ist deutlich da. In Griechenland haben wir im vorigen Jahr - und jetzt fängt es wieder an - richtige Bauernaufstände gehabt, aber natürlich haben die Massenmedien das nicht weitergegeben, vor allem nicht in andere Länder. Und da hat der Premier immer gesagt, das Extreme, das sei nicht richtig, man solle einen Mittelweg, etwas Machbares in der

Gesellschaft anstreben. Das ist immer dasselbe, hundert Jahre und mehr! Das „Realistische“ und „Erreichbare“ der kleinen Verbesserungen bleibt die Losung der Kräfte des „demokratischen Sozialismus“ (der sich zum Teil nicht mehr so nennt), des Reformismus, des Revisionismus, immer in Konfrontation mit den großen qualitativen Sprüngen und immer ohne Endziel.

In Texten von Lenin treffen wir nicht nur die Quintessenz der gesellschaftlichen Entwicklung an, sondern auch eine auskristallisierte Weisheit, was die Psychologie und das Bewußtsein derjenigen angeht, die das Rad der Geschichte anhalten wollen oder gar auch zurückdrehen. So hat Lenin gesagt, daß die Opportunisten sich immer zu rechtfertigen suchen, indem sie sagen, wir seien verpflichtet zu wählen. Man könne nie auf ein Mal etwas erreichen, man müsse für das Kleine, das Erreichbare kämpfen.

Aber: wie kann man, fragte Lenin sich, bestimmen, ob etwas erreichbar ist? Wenn die meisten politischen Parteien einverstanden sind? Oder die meisten „zuverlässigen“ Politiker? Man solle „realistischer“ Politiker sein, und wenn man das Kleine erreiche, erleichtere man den Kampf für das Große, wird von den Revisionisten gesagt. Das Ergebnis ist, daß man überhaupt keine revolutionäre Partei braucht, kein revolutionäres Programm, keine revolutionäre Taktik, aber nur Reformen und Reformen und Reformen. Was ist los mit dieser Theorie, fragte sich Lenin, daß die sozialistische Theorie vom Klassenkampf als einzig wirkliche Triebkraft der Geschichte ersetzt wird von bürgerlichen Theorien der „Solidarität“, der „sozialen Fürsorge“ usw.. Soweit Lenin. Ich habe in die Geschichte zurückgegriffen, denn nur so wird die Zielmäßigkeit einer alten Taktik unter neuen Umständen klar. Der Mißbrauch der Geschichte durch eine selektive Auswahl der Betrachtung bestimmter historischer Strömungen, Gedanken, Bewegungen und Fakten und die nachbeterische Kombination derselben führt nicht selten zu einer Farce. Die Usurpation von Ideen ist heute das wichtigste Merkmal des Revisionismus, nicht nur der verschiedenen Vertreter des „demokratischen Sozialismus“, andere machen's auch. Das menschliche Denken, so sagen sie, spüre neue Visionen auf, die Linken suchen neue Wege, um „sich selbst zu finden“, wird bei uns von manchen Reformisten gesagt. Diese 'Visionen' sollen weiter zurückgehen als 1917 oder gar als 1789, sollen vor Marx oder nach Marx oder im Revidieren von Marx gesucht werden.

Lenin wird immer herausgelassen, ist zu gefährlich, denn das heißt Klarheit über imperialistische Verhältnisse und Umstände, sie nehmen sich lieber Marx, über Marx reden sie wie über einen Philosophen, wie es auch andere Philosophen gegeben hat. Alles außerhalb der revolutionären Erfahrung oder des Geruches von sprunghaften sozialen, umstürzlerischen Entwicklungen wird für wichtig erklärt. Die Akzeptanz von Kompromissen (Ich erinnere: „Die Demokratie ist die Universität der Kompromisse“, hat Bernstein gesagt) stützt sich teilweise auf Illusionen, geprägt durch das Gerede über Hoffnung und Zukunft, teilweise auf den Fatalismus der Menschen, teilweise auf die Angst vor dem Unbekannten (wegen der Ereignisse in den damaligen sozialistischen Ländern, Länder, die für viele die Ideale verkörperten, die nicht falsch waren, aber verraten worden sind).

So ist vorläufig die konkrete Perspektive des Sozialismus weniger attraktiv geworden und die Pseudo-Formation des „demokratischen Sozialismus“ versucht wieder mit einem „neuen“ Gesicht aufzutauchen auf einer wackligeren Basis als je und der Möglichkeit beraubt, „soziale Geschenke“ zu machen. Über Sozialismus wird nicht mehr gesprochen, das fällt auch auf in den Programmen der Parteien, die reformistisch geworden sind oder noch viel schlimmer. Die PASOK in Griechenland, die Panhellenistische Sozialistische Bewegung, hat inzwischen rechte,

ja sogar fast faschistische Ausdrücke und Benehmen angenommen, das passiert immer mehr. Also, man redet nicht mehr über Sozialismus, über Reformen auch nicht mehr, auch nicht als eine „Daueraufgabe“, wie in Bad Godesberg. Inzwischen geht die kapitalistische Realität weiter und stört sich nicht am Verbannen gewisser Terminologien, aber das heißt nicht, daß man damit die Phänomene abbaut, die in der Realität bestehen.

Im Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels gesagt, daß die Kommunisten für die unmittelbaren Ziele und Interessen der Arbeiterklasse kämpfen, aber gleichzeitig auch die Zukunft der Bewegung verteidigen. Lenin hat den revolutionären Parteien und den Kommunisten im allgemeinen geraten, daß sie in Zeiten des Rückgangs und der Reaktion deutsch sprechen sollten, d.h. also langsam, vorsichtig, systematisch, beharrlich, Schritt für Schritt handeln und daß sie in Zeiten revolutionären Aufschwungs französisch lernen sollten, d.h. also solche Losungen projektieren, die in hohem Maße vorwärts führen, die die Aktivität und den Schwung des direkten Massenkampfes stimulieren. Wir glauben, daß russisch dazugefügt werden sollte, denn die Sozialistische Oktoberrevolution hat beide Sprachen sehr gut kombiniert, Genossinnen und Genossen.

Zusammenfassend: Am Anfang des 20. Jahrhunderts hat Rosa Luxemburg gesagt, daß die Theorien Bernsteins nicht eine Frage der Taktik sind, sondern eine Existenzfrage der Sozialdemokratie. Sie wurde ermordet.

Jetzt, am Ende desselben Jahrhunderts, ist bewiesen worden, daß diese Theorien nach der Auflösung des größten Teils des sozialistischen Lagers auch keine vorläufige Existenzberechtigung mehr haben. In Worten lebt die Idee des „demokratischen Sozialismus“ weiter, aber heißt nicht einmal mehr so. In der Praxis wird es immer schwieriger, die rechte, neoliberalistische Politik hinter sozialdemokratischen Termini zu verstecken. Die Diskrepanz zwischen realer Politik und Worten wird immer größer, bis sie platzt und die reale Politik sich auch nicht mehr verstecken kann hinter einem sozialistischen Wortschatz.

Jospin hat die Arbeitslosen vor ein paar Tagen schon „überflüssige Menschen“ genannt. Gorbatschow macht Werbung für Pizzas. Vielleicht ist das letztere die beste Symbolik für das traurige Ende des Revisionismus.

Anneke Ioannatou, Athen

Michael Opperskalski: Entwicklung und Funktion des Revisionismus²¹

Bei Überlegungen zu unserer Vergangenheit und beim Kampf gegen den Revisionismus handelt es sich nicht um eine abstrakt-theoretische „Wortklauberei“ in einer Art Wolkenkuckucksheim fern der gesellschaftlichen Realität. Antworten zu Grundfragen marxistisch-leninistischer Analyse und Theorie haben immer auch ganz konkrete, aktuelle Auswirkungen auf die Politikentwicklung – in taktischer wie strategischer Hinsicht – einer kommunistischen Partei. Oder anders, deutlicher und konkreter formuliert: Mündete nicht u.a. die theoretische Aufgabe des internationalen Klassenkampfes gegen den Imperialismus durch die gorbatschowistische

²¹ Aus: „offen-siv“ 1-2002; Sonderheft: „Das Parteienheft“, S. 21-40

KPdSU in die direkte Kollaboration mit diesem und schließlich in die Liquidation der Partei der sowjetischen Kommunisten als Voraussetzung für die schließlich siegreiche Konterrevolution?

Zu einigen Grundfragen des Marxismus-Leninismus

Einige Genossinnen und Genossen mögen einwenden, dass man dies heute alles etwas „flexibler“ sehen müsse bzw. auch alles ganz anders sehen könne. Sie verkennen dabei meiner Ansicht nach nicht nur die Auswirkung theoretische Analysen und Grundpositionen auf die Ausarbeitung aktueller, konkreter Politik, sie übersehen dabei auch, dass die Existenz- (berechtigung) einer Partei – besonders einer kommunistischen! – in theoretischer, programmatischer Hinsicht nicht nur durch ihrer Eigenständigkeit, sondern zudem auch durch ihre Abgrenzung zu anderen politischen Formationen definiert wird. Der Marxismus-Leninismus ist in seiner wissenschaftlich-theoretischen Gesellschaftsanalyse, seiner Methodologie des revolutionären Handelns sowie in seiner Zielsetzung des Sozialismus/Kommunismus nicht nur eine einzigartige Wissenschaft und zugleich die Waffe des Proletariats im Kampf um die Macht als Voraussetzung einer grundlegenden, revolutionären Veränderung der Gesellschaft, seine Träger, die Kommunisten und ihre Partei, unterscheiden sich damit zudem nicht nur grundsätzlich von bürgerlichen Parteien bzw. bürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen, sondern auch von den Anhängern anderer Sozialismusvorstellungen.

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels grenzten den von ihnen entwickelten wissenschaftlichen Sozialismus von damals existierenden anderen Sozialismusvorstellungen - gewissermaßen Urväter des „demokratischen Sozialismus“ - ab, indem sie im *„Manifest der Kommunistischen Partei“* die Grundvoraussetzungen für den Sozialismus beschrieben und festhielten, *„dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“* Zu den wichtigsten Aufgaben des proletarischen Staates zählen Marx und Engels im „Manifest“: *„Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.“*²²

Im Gegensatz zu ihren bürgerlichen und kleinbürgerlich-sozialistischen Kritikern verstanden Marx und Engels den Staat nicht als ein quasi über den gesellschaftlichen Entwicklungen und Klassenkämpfen stehendes „Neutrum“: *„In Wirklichkeit ist der Staat nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“*²³ Dementsprechend deutlich beschreiben Marx und Engels die im *„Manifest der Kommunistischen Partei“* als Grundvoraussetzung für den Sozialismus formulierte politische Herrschaft des Proletariats: *„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der*

²² Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M 1970, S. 66/67

²³ Engels in der Einleitung zum „Bürgerkrieg in Frankreich“. MEW, Band 21, S. 167

einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“²⁴

Lenin definiert diese „Diktatur des Proletariats“ eindeutig: *„Aber die Sache ist die, dass es eine Diktatur der Minderheit über die Mehrheit, einer Handvoll Polizisten über das Volk gibt und dass es eine Diktatur der gigantischen Mehrheit des Volkes über eine Handvoll von Gewalttätern, Räubern und Usurpatoren der Volksmacht gibt.“²⁵ „Es ist natürlich und unvermeidlich, dass uns in der ersten Zeit nach der proletarischen Revolution vor allem die Haupt- und Grundaufgabe beschäftigt - die Überwindung des Widerstandes der Bourgeoisie, der Sieg über die Ausbeuter, die Unterdrückung ihrer Verschwörung (...). Aber neben diese Aufgabe tritt ebenso unvermeidlich - je weiter, desto mehr - die wesentlichere Aufgabe des positiven kommunistischen Aufbaus, der Schaffung neuer ökonomischer Beziehungen, der Errichtung einer neuen Gesellschaft.“²⁶ Das bedeutet jedoch zugleich, dass das siegreiche Proletariat nicht einfach die alten, bürgerlichen Staatsinstitutionen übernehmen kann; es reicht in diesem Sinne nicht aus, diesen Institutionen lediglich neue Inhalte und Orientierungen „einzupflanzen“; so schreiben Marx und Engels im Vorwort zur deutschen Ausgabe des „*Kommunistischen Manifest*“ in Bezugnahme auf die Erfahrungen der Pariser Kommune: *„Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“²⁷. Folgerichtig ist es die Aufgabe der proletarischen Revolution, „ (...) nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent“*, schreibt Karl Marx in einem seiner Briefe an Kugelmann aus dem Jahre 1871.²⁸ *„Die proletarische Revolution ist unmöglich ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschine und ohne ihre Ersetzung durch eine neue.“²⁹**

Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze

Aus der marxistischen Kapitalismusanalyse ergibt sich als Konsequenz die Erkenntnis in die Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital, der antagonistische Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

Die aus dieser Erkenntnis resultierende Feststellung lautet, dass dieser Gegensatz unüberbrückbar ist und nur durch die „Expropriation der Expropriateure“ aufgehoben werden kann. Diese Aufgabe kann jedoch nur erfolgreich von der Arbeiterklasse - gewissermaßen als Totengräber der Bourgeoisie - vollstreckt werden, aber nur dann, so betonten Marx und Engels wiederholt, wenn diese sich die Erkenntnis der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze bewahrt und sich ihrer antagonistischen Stellung in Bezug auf die Bourgeoisie voll bewusst ist.

²⁴ Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, zit. Nach: Marx/Engels, Ausgewählte Werke, Bd. IV, Berlin 1977, S. 397

²⁵ Lenin: Geschichtliches zur Frage der Diktatur. Lenin Werke, Band 31, Seite 339

²⁶ Lenin: Die große Initiative. Lenin Werke, Band 29, S. 408

²⁷ Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 10

²⁸ zit. Nach: Stalin: Fragen des Leninismus, Moskau 1946, S. 45

²⁹ Lenin Werke, Band 23, S. 434

Gerade deswegen widmeten Marx und Engels viele ihrer Werke der Auseinandersetzung mit kleinbürgerlichen und bürgerlichen Verfälschungen und Verwässerungen des wissenschaftlichen Sozialismus, um so das Eindringen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Ideologie in die Arbeiterbewegung zu verhindern. Ein hervorragendes Beispiel für diese von Marx und Engels geführte ideologische Auseinandersetzung findet sich im „Zirkularbrief“ an Bebel, Liebknecht und andere damalige Führer der deutschen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1879: *„Wenn solche Leute aus anderen Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, dass sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen. Jene Herren aber, wie nachgewiesen, stecken über und über voll bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen (...) Gerät aber solchen Leuten gar die Parteileitung mehr oder weniger in die Hand, so wird die Partei einfach entmannt, und mit dem proletarischen Schneid ist's am End (...) Was uns betrifft können (wir) also unmöglich mit Leuten zusammengehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen.“*³⁰

Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts waren es vor allem Eduard Bernstein, Karl Höchberg und Karl August Schramm, die in der Sozialdemokratischen Partei jenen Flügel repräsentierten, der immer offener zur Revision grundlegender Auffassungen des wissenschaftlichen Sozialismus überging, immer einflussreicher und organisierter wurde. Im Zentrum des Angriffs dieser rechten sozialdemokratischer Führer standen Begriff wie Inhalt der marxistischen Auffassung vom Klassenkampf mit dem strategischen Ziel, Klassenkampf - der höchstens noch verbal und als „revolutionäres Lippenbekenntnis“ anerkannt wurde - durch Klassenfrieden zu ersetzen. Mit den grundlegenden theoretischen Arbeiten von Eduard Bernstein *„Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft“* (erschieden 1898) sowie *„Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“* (erschieden 1899) bekamen jene rechten sozialdemokratischen Führer faktisch ein theoretisches Gerüst, das auf Positionen ruhte, die grundlegende Auffassungen des von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus revidierten. In ihrem Kern richteten sich diese Arbeiten gegen die marxistische Revolutionstheorie mit ihren Auffassungen von der Rolle des Staates, dem Klassenantagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie sowie der daraus resultierenden Notwendigkeit einer grundsätzlichen, revolutionären Veränderung der Gesellschaft. Als „Alternativen“ entwickelt Bernstein hingegen die Theorie von der friedlichen Sozialreform, vom „Hineinwachsen in den Sozialismus“, was immer dies im Bernsteinschen Sinne auch heißen mag, wenn er schreibt: *„Die stetige Erweiterung des Umkreises der gesellschaftlichen Pflichten, d.h. der Pflichten der korrespondierenden Rechte des einzelnen gegen die Gesellschaft, und der Verpflichtungen der Gesellschaft gegen die einzelnen, der Ausdehnung des Aufsichtsrechts der in der Nation oder im Staat organisierten Gesellschaft über das Wirtschaftsleben, die Ausbildung der demokratischen Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz und die Erweiterung der Aufgaben dieser Verbände - alles das heißt für mich Entwicklung zum Sozialismus oder, wenn man es will, stückweise Verwirklichung des Sozialismus. (...) Ich gestehe offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter 'Endziel des Sozialismus' versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Das Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die*

³⁰ Marx/Engels Werke, Band 34, S. 407

*Bewegung alles.*³¹ Noch deutlicher wird Bernstein in seiner Schrift „*Voraussetzungen des Sozialismus*“ nur ein knappes Jahr später, in der sich seine Friedensliebe mit der Bourgeoisie sogar zur „Vaterlandsverteidigung“ des Kolonialismus des deutschen Kaiserreiches steigert: „(...) *die Sozialdemokratie bedroht nicht alle gleichmäßig und niemand als Person, und sie selbst schwärmt in keiner Weise für eine gewalttätige Revolution gegen die gesamte nichtproletarische Welt. (...) Die liberalen Einrichtungen der modernen Gesellschaft unterscheiden sich gerade darin von jenen (gemeint sind die Institutionen in der Periode des Feudalismus, d.Verf.), dass sie biegsam, wandlungs- und entwicklungsfähig sind. Sie brauchen nicht gesprengt, sie brauchen nur fortentwickelt werden.... (...) Sonst liegt wohl Grund vor, bei Erwerbung von Kolonien stets deren Wert und Aussichten streng zu prüfen und die Abfindung und Behandlung der Eingeborenen sowie die sonstige Verwaltung scharf zu kontrollieren, aber kein Grund, solchen Erwerb als etwas von vorneherein Verwerfliches zu betrachten. Ihre, durch das gegenwärtige Regierungssystem gebotene Stellung verbietet der Sozialdemokratie, in diesen Dingen eine andere als kritisierende Haltung einzunehmen (...). Es ist weder nötig, dass Besetzung tropischer Länder den Eingeborenen Schaden an ihrem Lebensgenuss bringt, noch ist es selbst bisher durchgängig der Fall gewesen. Zudem kann nur ein bedingtes Recht der Wilden auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt werden. Die höhere Kultur hat hier im äußersten Fall auch das höhere Recht...*“³². Die Sozialdemokratie als willige Erfüllungsgehilfin der Bourgeoisie, die, um in die Position der Teilhabe an der „Macht“ hineinzuwachen, sogar deren imperialistische Kolonialpolitik unterstützt, das ist der Traum von Bernstein und seinen Anhängern...

Gegen Auffassungen wie diese hatten Marx und Engels schon viel früher in aller Schärfe polemisiert: „*Es sind die Repräsentanten des Kleinbürgertums, die sich anmelden, voll Angst, das Proletariat (...) möge 'zu weit gehen'. Statt entschiedener politischer Opposition - allgemeine Vermittlung; statt des Kampfes gegen Regierung und Bourgeoisie - der Versuch, sie zu gewinnen und zu überreden; statt trotzigem Widerstands gegen Misshandlungen von oben - demütige Unterwerfung und das Zugeständnis, man habe die Strafe verdient. Alle historisch notwendigen Konflikte werden umgedeutet in Missverständnisse, und alle Diskussionen beendet mit der Beteuerung, in der Hauptsache sind wir ja alle einig (...).*“

Ebenso geht's mit dem Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Auf dem Papier erkennt man ihn an, weil man ihn doch nicht wegleugnen kann, in der Praxis aber wird er vertuscht, verwaschen, abgeschwächt. Die sozialdemokratische Partei soll keine Arbeiterpartei sein, sie soll nicht den Hass der Bourgeoisie oder überhaupt irgend jemandes auf sich laden; sie soll vor allem unter der Bourgeoisie energische Propaganda machen; statt auf weitgehende, die Bourgeoisie abschreckende und doch in unserer Generation unerreichbare Ziele Gewicht zu legen, soll sie lieber ihre Kraft und Energie auf diejenigen kleinbürgerlichen Flickenreformen verwenden, die der alten Gesellschaftsordnung neue Stützen und dadurch die endliche

³¹ Eduard Bernstein: Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. In: Die Neue Zeit, Stuttgart, 16. Jahrgang, 1897/98, S. 555/556

³² Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Verlag J.H.Dietz, Hannover 1964, S. 169ff. bzw. 209ff.

Katastrophe vielleicht in einen allmählichen stückweisen und möglichst friedlichen Auflösungsprozess verwandeln können.“³³

Höchst aktuell liest sich zudem und gerade in diesem Zusammenhang Rosa Luxemburgs Polemik gegen Bernsteins revisionistische Positionen, die vor allem auch Ausdruck der scharfen theoretischen Auseinandersetzungen ist, die innerhalb der deutschen Sozialdemokratie - verstärkt seit 1890 - um die Grundfragen sozialdemokratischer Strategie und Taktik, d.h. um Wesen und Inhalt des wissenschaftlichen Sozialismus, geführt wurden:

„Sozialreform oder Revolution? Kann denn die Sozialdemokratie gegen die Sozialreform sein? Oder kann sie die soziale Revolution, die Umwälzung der bestehenden Ordnung, die ihr Endziel bildet, der Sozialreform entgegenstellen? Allerdings nicht. Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf den Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.

Eine Entgegenstellung dieser beiden Momente der Arbeiterbewegung finden wir erst in der Theorie von Ed. Bernstein (...). Diese ganze Theorie läuft praktisch auf nichts anderes als auf den Rat hinaus, die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem Mittel des Klassenkampfes zu seinem Zweck zu machen. Bernstein selbst hat am treffendsten und schärfsten seine Ansichten formuliert, indem er schrieb: 'Das Endziel, was immer es sei, ist nichts, die Bewegung alles.'

Da aber das sozialistische Endziel das einzige entscheidende Moment ist, das die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die ganze Arbeiterbewegung aus einer müßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf gegen diese Ordnung, um die Aufhebung dieser Ordnung, verwandelt, so ist die Frage 'Sozialreform oder Revolution?' im Bernsteinschen Sinne für die Sozialdemokratie zugleich die Frage: Sein oder Nichtsein? In der Auseinandersetzung mit Bernstein und seinen Anhängern handelt es sich in letzter Linie nicht um diese oder jene Kampfweise, nicht um diese oder jene Taktik, sondern um die ganze Existenz der sozialdemokratischen Bewegung.

Doppelt wichtig ist diese Erkenntnis für die Arbeiter, weil es sich gerade um sie und ihren Einfluss in der Bewegung handelt, weil es ihre eigene Haut ist, die hier zu Markte getragen wird. Die durch Bernstein theoretisch formulierte opportunistische Strömung in der Partei ist nichts anderes, als eine unbewusste Bestrebung, den zur Partei herübergekommenen kleinbürgerlichen Elementen die Oberhand zu sichern, in ihrem Geiste die Praxis und die Ziele der Partei umzumodeln. Die Frage von der Sozialreform und der Revolution, vom Endziel und der Bewegung, ist von anderer Seite die Frage vom kleinbürgerlichen oder proletarischen Charakter der Arbeiterbewegung.“³⁴

³³ Marx/Engels Werke, Band 34, S. 405f.

³⁴ Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?, Vulkan-Verlag Leipzig 1919, S. 1ff.

Revisionismus und Opportunismus werden INNERHALB DER SOZIALDEMOKRATIE dominant

Nach Marx' und Engels' Tod wurden in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (wie in allen Parteien der II. <Sozialistischen/Sozialdemokratischen> Internationale) der Revisionismus - d.h. die Revidierung grundlegender Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus - in der Theorie und der reformistische Opportunismus - d.h. eine praktische Politik der Reformen basierend auf einer Aussöhnung mit der Bourgeoisie - in der Praxis vorherrschend. Nur so ist auch zu verstehen, dass die Parteien der II. Internationale versagten, als es um die Rolle der Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg 1914 ging. Anstatt diesen imperialistischen Krieg mit allen Mitteln des Klassenkampfes zu bekämpfen, unterstützten die Führer der Parteien der II. Internationale ihre jeweilige nationale Bourgeoisie in ihren Kriegsvorbereitungen und Kriegsanstrengungen; sie wurden damit objektiv zu Stützen des imperialistischen Krieges statt entschiedene Kämpfer gegen diesen zu sein... Somit ist es nicht falsch, eine „rote Linie“ vom Aufkommen des Revisionismus unter Bernstein und seiner „Vaterlandsverteidigung“ des Kolonialismus hin zur „Vaterlandsverteidigung“ des imperialistischen I. Weltkrieges der rechten Führer der deutschen - wie internationalen - Sozialdemokratie zu ziehen. So heißt es, nur konsequent, in der Erklärung Hugo Haases zur Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914: *„Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. (...) Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. (...) Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“*³⁵

Wie eindeutig die rechte Führung der Sozialdemokratie zu einer Agentur der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung - nicht nur in der Frage des imperialistischen Krieges, aber besonders in ihr! - verkommen war, zeigt auch die Tatsache, dass eben jene rechten Sozialdemokraten kriegsmüde Arbeiter mit sozialchauvinistischen Parolen in öffentlichen Veranstaltungen zur Unterstützung des imperialistischen Mordens aufriefen. Nichts kann deutlicher die Verbindungslinie aufzeigen, die vom Verrat an den Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus hin zur offenen Kollaboration mit der Bourgeoisie führt, zur „Teilhabe an der Macht“ bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse, kolonialer Ausbeutung und der Führung imperialistischer Kriege, als folgende Ausschnitte aus einer Rede des SPD-Reichstagsfraktionsmitgliedes Wolfgang Heines: *„Für den Frieden vertrauen wir zunächst auf die deutschen Waffen! Vertrauen wir auf die deutschen Feldherrn, auf das deutsche Volk, das da draußen Heldenhaftes leistet, das seinen Mut nicht wanken läßt, trotz der furchtbaren Mühen und Entbehrungen, das treu und fest unsere Grenzen schirmt und den Feind zurückwirft. Heute ist das Heer das Volk und das Volk das Heer! Vertrauen wir auch auf die Friedensliebe und den Friedenswillen des Kaisers. (...) Kein Sozialdemokrat denkt daran, sich anzubiedern bei hohen Herren. Stolz und frei stehen wir auch den deutschen Fürsten gegenüber wie Mann dem Manne, aber auch nicht mit dem kleinlichen Groll und der heimlichen Angst, die eine Knechtseele dem*

³⁵ Erklärung Hugo Haases im Namen der SPD-Reichstagsfraktion zur Bewilligung der Kriegskredite in der Reichstagssitzung vom 4. August 1914. In: Dokumente und Materialien der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Band 1, Dietz-Verlag Berlin 1958, S. 22/23

Herrn gegenüber empfindet. Auch die Fürsten tun mit Aufopferung und Hingabe ihre Schuldigkeit in der Verteidigung des Vaterlandes, auch ihre Kinder und Brüder fallen vor dem Feind, auch sie sind Glieder dieses deutschen Volkes, dessen Kraft und Treue sich jetzt so herrlich bewähren....“³⁶

Eine Minderheit innerhalb der Führung der deutschen Sozialdemokratie (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin) versuchte - zunächst nach wie vor innerhalb der Partei - , an den revolutionären Traditionen der deutschen Sozialdemokratie anknüpfend, die deutsche und internationale Arbeiterklasse im Klassenkampf gegen den imperialistischen Weltkrieg zu mobilisieren. Stellvertretend hierfür sei aus einem Flugblatt Karl Liebknechts („*Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*“) vom Mai 1915 zitiert: „*Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde.*

Der Hauptfeind jedes Volkes steht im eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Land gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk - nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzern und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volks. Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der getretenen Menschheit willen! (...)

Proletarier aller Länder, folgt dem heroischen Beispiel eurer italienischen Brüder! Vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“³⁷

Zum notwendigen, offenen Bruch zwischen diesen Vertretern des marxistischen, linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie und ihrer rechten, opportunistischen Führung musste es also zwangsläufig 1917/18/19 kommen, als es u.a. um die Einschätzung der Oktoberrevolution in Russland und die Rolle der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution in Deutschland ging. Diese beiden historischen Wendepunkte für die Arbeiterbewegung mussten die bereits schon seit Jahren mit zunehmender Intensität geführten politischen und ideologischen Auseinandersetzungen zum offenen Ausbruch, zum objektiv notwendig gewordenen Schisma zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, führen.

„Während der revolutionären Nachkriegskrise (1919-1923) setzte der Imperialismus alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ein, um die junge Sowjetmacht zu vernichten, die revolutionären

³⁶ Wolfgang Heine, SPD-Reichstagsfraktion, zit. aus zwei Reden, gehalten auf einer öffentlichen Veranstaltung am 22. Februar 1915 in Stuttgart; zit. nach: Herrmann Weber: Das Prinzip Links – Eine Dokumentation. Beiträge zur Diskussion des Demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847-1973, Fackelträger-Verlag 1973, S. 124

³⁷ Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze in zwei Bänden, Band 2, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M 1972, S. 25

Erhebungen der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und die antikolonialen Aufstände in Asien und Afrika zu ersticken. Dem ersten sozialistischen Staat gegenüber versuchte er seine Ziele zunächst vornehmlich mittels der militärischen Intervention, der Anheizung des Bürgerkrieges und der Diversion zu erreichen. In dem Maße jedoch, wie sich der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat behauptete und zu einem wesentlichen Faktor in der Weltpolitik wurde, ging das internationale Monopolkapital mehr und mehr zu den Methoden der außenpolitischen Isolierung und des wirtschaftlichen Boykotts über. Mit militärischer Gewalt und brutalen Terrorakten, aber auch mit Hilfe sozialer und politischer Demagogie gelang es ihm, den revolutionären Aufschwung außerhalb Sowjetrusslands abzufangen, die revolutionäre Bewegung zeitweilig zurückzudrängen.

In dieser konterrevolutionären Strategie, mit der der Imperialismus auf die historische Niederlage antwortete, die er durch die Oktoberrevolution erlitten hatte, spielte die rechte Führung der internationalen Sozialdemokratie eine wichtige Rolle. Überall in der Welt ergriffen die Arbeiter leidenschaftlich für die russische Revolution Partei. Es schien so, als würden sie, angefeuert durch das Beispiel der Oktoberrevolution, die von rechtsopportunistischen und zentristischen Führern zwischen ihnen errichteten Schranken hinwegfegen und in einheitlicher, breiter Front den Sturm auf die imperialistischen Machtzentren beginnen.

Während sich die rechten Führer der Sozialdemokratie 1914 in den Dienst der Interessen 'ihrer' nationalen Bourgeoisie gestellt hatten, bemühten sie sich nun in dieser für den Weltimperialismus äußerst kritischen Situation, den von der sozialistischen Revolution bedrohten Imperialismus im internationalen Maßstab zu retten. Sie ergriffen offen Partei für die Feinde Sowjetrusslands, beteiligten sich an der Niederwerfung der revolutionären Bewegungen in den imperialistischen Ländern und verteidigten, zumeist unter der demagogischen Losung, die 'Demokratie' vor der 'kommunistischen Diktatur' zu retten, die Machtgrundlagen des Kapitalismus. (...) Der 'dritte Weg' bestand in der Praxis darin, daß der Sozialreformismus den realen Sozialismus und die internationale Arbeiterbewegung ablehnte und wütend bekämpfte, das kapitalistische Gesellschaftssystem aber prinzipiell verteidigte und lediglich Kritik an einzelnen seiner Erscheinungsformen übte bzw. bestimmte Verbesserungen innerhalb dieses Systems mit dem Anspruch anstrebte, auf diesem Wege die klassenlose Gesellschaft zu schaffen. Das Konzept des 'dritten Weges' war somit eine dem Wesen nach bürgerliche Gesellschaftskonzeption, die fortan vom Sozialreformismus in der Arbeiterklasse propagiert wurde."³⁸

Diese Rolle der rechten Führung der Sozialdemokratie prägte die Gründungsgeschichte der jungen kommunistischen Bewegung: „Die kommunistische Bewegung entstand bekanntlich als Antwort auf die revisionistische Verfaulung der II. Internationale.

Wie jede junge revolutionäre Bewegung neigte sie eher zur Kinderkrankheit des Radikalismus als zur entgegengesetzten Krankheit des feigen Opportunismus.

An der Gründung der kommunistischen Bewegung waren Revolutionäre verschiedener Generationen beteiligt, mit unterschiedlichen Erfahrungen im Klassenkampf.

³⁸ Sozialistische Internationale – Ihre Geschichte und Politik. Berlin 1977, S. 18/19

Die Generation der Älteren - Lenin, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck u.a. - verfügte über den reicheren Erfahrungsschatz; sie hatte nicht nur die revisionistische Entartung der Sozialdemokratie, sondern auch deren heroische, revolutionäre Zeit erlebt; sie wusste aus eigener Kampferfahrung um die Stärken und Schwächen der verschiedenen Kampfformen und kannte die Gefahren einer einseitigen Festlegung auf eine einzige von ihnen.

Die Generation der Jüngeren - Stalin, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Georgi Dimitroff, um nur die hervorragendsten von ihnen zu nennen -, war geprägt von zwei Grunderlebnissen: dem Verrat der Sozialdemokratie und deren Übergang auf die Seite des Imperialismus zum einen, vom Sieg der Oktoberrevolution zum anderen.

Die Grundlehren, die sich diesen kommunistischen Führern wie auch den einfachen Mitgliedern der jungen kommunistischen Parteien eingebrannt hatten, waren

erstens: Der Sieg der Oktoberrevolution hat bewiesen, dass auf der Tagesordnung der Menschheitsgeschichte der Sturz des Kapitalismus, die proletarische Revolution steht;

zweitens: die Rolle der Sozialdemokratischen Parteien und ihrer Führer hat 1914, 1917/18 bewiesen, dass die Sozialdemokratie zu einer konterrevolutionären Kraft, zu einer Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung geworden ist; und die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Herbst 1923 infolge des Paktierens der Brandler-Thalheimer-Führung der KPD³⁹ mit den linken Sozialdemokraten hat bewiesen, dass ein Paktieren mit der Sozialdemokratie, selbst mit ihrem linken Flügel, zur Niederlage führen muss;

drittens: Der Sieg über den Imperialismus kann nur errungen werden, wenn der Einfluss der Sozialdemokratie auf die Mehrheit der Arbeiterklasse gebrochen ist.“⁴⁰

Um möglichen - gewollten oder ungewollten - Missverständnissen vorzubeugen, sei an dieser Stelle etwas näher darauf eingegangen, was Genosse Gossweiler unter „Paktieren mit der Sozialdemokratie“ in seinem historischen Kontext versteht; dies bedeutet vor allem die strategische Unterscheidung zwischen prinzipienlosem Paktieren mit der Sozialdemokratie und revolutionärer Orientierung auf eine - entsprechend den historischen Bedingungen und Notwendigkeiten entwickelte - „Einheitsfrontpolitik“.

In den Jahren 1922 und 1923 verschärfte sich die politische und ökonomische Krise des deutschen Kapitalismus bei dramatischer Zuspitzung der inneren Widersprüche in derartiger Schnelligkeit und Intensität, dass zum einen die Tendenzen der herrschenden Klasse, eine offen terroristische Diktatur einzurichten, wuchsen, zum anderen die revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterklasse an Entschlossenheit zunahm. „Aus Furcht vor der herannahenden revolutionären Krise hatte die Stresemann-Regierung vor Frankreich kapituliert und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung der revolutionären Bewegung gerichtet.

³⁹ Heinrich Brandler und August Thalheimer waren bis ca. 1924 Führungspersönlichkeiten der KPD; sie repräsentierten in ihr einen rechtsopportunistischen Flügel, der in vielen grundlegenden Fragen mit Positionen des „demokratischen Sozialismus“ übereinstimmen. Beide verließen die KPD bzw. wurden ausgeschlossen und gehörten seit 1928/29 zu den Gründungsmitgliedern der so genannten KPDO (KPD-Opposition).

⁴⁰ Kurt Gossweiler: Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus. Referat, gehalten am 2. Mai 1993 auf dem internationalen Seminar der „Parti du Travail Belgique“ (PTB) in Brüssel; zit. nach: Streitbarer Materialismus, Nr. 18, Januar 1994

Für die Arbeiterklasse gab es nur zwei Wege: entweder Duldung der Stresemann-Politik, das heißt Wiedererstarben des deutschen Imperialismus - Not, Versklavung und Krieg, oder Kampf für die soziale und nationale Befreiung und Errichtung einer Arbeiter - und Bauernregierung, das heißt wirkliche Demokratie und Frieden.

In den Massen wuchs der Wille zum entscheidenden Kampf. Sie wollten nicht mehr in der bisherigen Weise leben. (...)

In dieser Situation forderten die klassenbewußten Arbeiter die Bewaffnung. Am 27. September erklärte Ebert (SPD-Reichskanzler, d.Verf.) den militärischen Ausnahmezustand, und die volziehende Gewalt ging faktisch an Seeckt und seine Generäle über.⁴¹ Erneut hatte also die SPD-Führung - wie bereits 1918/19 - bewiesen, dass sie sich im Fall einer die Grundlagen des Systems erschütternden Krise auf Seiten der herrschenden Kreise, selbst der reaktionärsten von ihnen, zu schlagen bereit ist, um gemeinsam mit ihnen eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse zu verhindern und, falls notwendig, blutig niederzuschlagen. Während sich auf der einen Seite die Kräfte der Reaktion - unter tatkräftiger Hilfe der SPD-Führung -formierten, um der Krise Herr zu werden, ergaben sich, insbesondere in Sachsen und Thüringen, für die Arbeiterklasse die Möglichkeiten, revolutionäre Gegenpositionen aufzubauen. „In Sachsen und Thüringen waren die objektiven Voraussetzungen vorhanden, um einen Brückenkopf für den siegreichen Kampf der Arbeiterklasse zu schaffen. In Sachsen waren mehr als ein Drittel aller proletarischen Hundertschaften (bewaffnete, revolutionäre Formationen der Arbeiterklasse, d.Verf.) konzentriert. Die sächsischen Arbeiter hatten durch ihr geschlossenes Auftreten der Bourgeoisie schon einige Zugeständnisse abgerungen. Die Regierung bestand aus Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten übten im sächsischen Landtag ihren Verrat mit einer ganz besonderen Raffiniertheit aus. Die sächsische Regierung mit Zeigner an der Spitze erließ einige Gesetze zur Durchführung von Reformen, um die revolutionären Massen zu beruhigen und sie vom Kampf um die Macht abzulenken.

Die Arbeiter erzwangen jedoch durch ihren einheitlichen Kampf in Sachsen eine ‘Arbeiterregierung’, das heißt eine Koalition der ‘linken’ Sozialdemokratie und Kommunisten. Daraufhin wurde eine ähnliche Koalitionsregierung in Thüringen gebildet. Die revolutionären Massen erwarteten von den kommunistischen Ministern entschlossene Aktionen. Aber statt die richtige Politik der Kommunistischen Internationale in der Frage der Einheitsfrontpolitik durchzuführen, statt die Massen zum Kampf zu mobilisieren, Massendemonstrationen und Streiks zu organisieren, das Proletariat zu bewaffnen und die Bourgeoisie zu entwaffnen sowie die Kontrolle der Produktion zu übernehmen, praktizierten Brandler und seine Clique eine verräterische Politik. (...)

Die Mitglieder der Zentrale der KPD, die in die sächsische Regierung eintraten, verwandelten sich in bürgerliche Minister, die erklärten, ‘dass sie die Verantwortung ausschließlich vor dem Landtag und der Verfassung tragen.’⁴²

Eine nüchterne, wissenschaftliche Analyse der Rolle und des Charakters der Sozialdemokratie berührt damit für die Kommunisten als Träger und Verteidiger des wissenschaftlichen

⁴¹ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1953, Band 1, S. 130ff.

⁴² ebenda, S. 136/137

Sozialismus strategische Grundfragen wie die Einschätzung der möglichen Bedingungen und Voraussetzungen für die Schaffung der „Einheitsfront der Arbeiterklasse“, für „Einheitsfront-“ und „Arbeiterregierungen“, der Verbindung zwischen demokratischem und sozialistischem Kampf sowie der Frage von möglichen „Übergangsformen“ zum Sozialismus. In Anknüpfung und sich stützend auf Lenin⁴³⁴⁴ [23] sowie die bisherigen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung - insbesondere auch angesichts des sich ausbreitenden Faschismus - auswertend, formulierte der Bericht des Genossen Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der „Kommunistischen Internationale“ strategische Analysen dieser Grundfragen kommunistischer Politik; dabei spielten auch die Auswertung der bereits erwähnten „Arbeiterregierungen“ in Thüringen und Sachsen eine wichtige Rolle:

„Wenn man uns fragt, ob wir Kommunisten nur im Kampf für die Teilforderungen auf dem Boden der Einheitsfront stehen oder ob wir auch bereit sind, die Verantwortung selbst dann zu teilen, wenn es sich um die Bildung einer Regierung auf dem Boden der Einheitsfront handelt, so werden wir in vollem Verantwortungsbewusstsein sagen: Jawohl, wir ziehen in Betracht, dass eine solche Lage eintreten kann, wo die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern im Interesse des Proletariats auch notwendig sein wird. In diesem Fall werden wir, ohne zu zögern, für die Bildung einer solchen Regierung eintreten. (...)

Das ist vor allem eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion. Das muss eine Regierung sein, die infolge der Einheitsfrontbewegung entstanden ist und in keiner Weise die Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen der Arbeiterklasse einschränkt, sondern im Gegenteil entschiedene Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Finanzmagnaten und ihre faschistischen Agenten trifft.

Im geeigneten Moment wird die Kommunistische Partei des gegebenen Landes, gestützt auf die anschwellende Einheitsfrontbewegung, für die Bildung einer solchen Regierung auf der Basis einer bestimmten antifaschistischen Plattform eintreten.

Unter welchen objektiven Voraussetzungen wird die Bildung einer solchen Regierung möglich sein? Auf diese Frage kann man ganz allgemein antworten: unter den Voraussetzungen einer politischen Krise, wenn die herrschenden Klassen nicht mehr imstande sind, mit dem mächtigen Aufschwung der antifaschistischen Massenbewegung fertig zu werden. Doch ist das nur die allgemeine Perspektive, ohne die in der Praxis die Bildung einer Regierung der Einheitsfront kaum möglich sein wird. Nur das Vorhandensein bestimmter besonderer Voraussetzungen kann die Frage der Bildung einer solchen Regierung als politische Aufgabe auf die Tagesordnung setzen. Mir scheint, dass hierbei folgende Voraussetzungen die größte Aufmerksamkeit verdienen:

erstens, wenn der Staatsapparat der Bourgeoisie bereits genügend desorganisiert und lahm gelegt ist, so dass die Bourgeoisie nicht imstande ist, die Bildung einer Regierung des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus zu verhindern;

⁴³ vgl. dazu u.a. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der deutschen revolution, Lenin Werke, Band 9; Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Lenin Werke, Band 31; Über Kompromisse, Lenin Werke, Band 25

zweitens, wenn die breitesten Massen der Werktätigen, besonders die Massengewerkschaften, stürmisch gegen Faschismus und Reaktion auftreten, aber noch nicht bereit sind, sich zum Aufstand zu erheben, um unter der Führung der Kommunistischen Partei für die Errichtung der Sowjetmacht zu kämpfen;

drittens, wenn die Differenzierung und Radikalisierung in den Reihen der Sozialdemokratie und der anderen Parteien, die an der Einheitsfront teilnehmen, bereits dazu geführt haben, daß ein bedeutender Teil derselben rücksichtslose Maßnahmen gegen die Faschisten und andere Reaktionäre fordert, mit den Kommunisten gegen den Faschismus kämpft und offen gegen den reaktionären, dem Kommunismus feindlichen Teil seiner eigenen Partei auftritt. (...)

Ihr erinnert Euch, Genossen, dass auf unserem IV. Kongress 1922 die Frage der Losung der Arbeiterregierung oder der Arbeiter-und-Bauern-Regierung erörtert wurde. Hierbei handelt es sich um eine Frage, die der von uns heute gestellten analog ist. Die Debatten, die damals in der Kommunistischen Internationale über diese Frage geführt, und insbesondere die politischen Fehler, die dabei begangen wurden, haben auch heute noch Bedeutung für die Verschärfung unserer Wachsamkeit gegenüber der Gefahr, in dieser Frage nach rechts oder 'links' von der bolschewistischen Linie abzuweichen. Aus diesem Grunde will ich kurz auf einige dieser Fehler hinweisen, um aus ihnen die für die heutige Politik unserer Parteien unerlässlichen Lehren zu ziehen.

Die erste Gruppe von Fehlern war gerade dadurch bedingt, dass die Frage der Arbeiterregierung nicht klar und fest damit verbunden wurde, ob eine politische Krise besteht oder nicht. Dadurch konnten die Rechtsopportunisten die Sache in dem Sinne auslegen, dass die Bildung einer von der Kommunistischen Partei unterstützten Arbeiterregierung in jeder beliebigen, sozusagen 'normalen' Situation anzustreben sei. Die Ultralinken dagegen anerkannten lediglich eine Arbeiterregierung, die ausschließlich durch den bewaffneten Aufstand, nach dem Sturz der Bourgeoisie geschaffen werden kann. Das eine wie das andere war falsch. Um die Wiederholung ähnlicher Fehler zu vermeiden, verleihen wir der genauen Beurteilung der besonderen konkreten Situation der politischen Krise und des Aufschwungs der Massenbewegung, unter denen die Bildung einer Regierung der Einheitsfront sich als möglich und politisch notwendig erweisen kann, eine so große Bedeutung.

Die zweite Gruppe von Fehlern war dadurch bedingt, dass die Frage der Arbeiterregierung nicht mit der Entwicklung der Massenbewegung der Einheitsfront des Proletariats verbunden wurde. Deshalb hatten die Rechtsopportunisten die Möglichkeit, die Frage zu entstellen, indem sie sie auf die prinzipienlose Taktik der Blockbildung mit den sozialdemokratischen Parteien auf der Basis rein parlamentarischer Kombinationen reduzierten. Die Ultralinken dagegen schriegen: 'Keinerlei Koalitionen mit der gegenrevolutionären Sozialdemokratie!' und betrachteten im Grunde alle Sozialdemokraten als Gegenrevolutionäre.

Das eine wie das andere war falsch, und wir unterstreichen jetzt einerseits, dass wir keineswegs eine 'Arbeiterregierung' wollen, die einfach eine erweiterte sozialdemokratische Regierung wäre. Wir ziehen es sogar vor, auf die Bezeichnung 'Arbeiterregierung' zu verzichten und von einer Regierung der Einheitsfront zu sprechen, die ihrem politischen Charakter ganz anderes, grundsätzlich anderes ist als alle sozialdemokratischen Regierungen, die sich gewöhnlich 'Arbeiterregierungen' zu nennen pflegen. Während die sozialdemokratische Regierung ein Werkzeug der klassenmäßigen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie im Interesse der Erhaltung

des kapitalistischen Systems darstellt, ist die Regierung der Einheitsfront ein Organ der Zusammenarbeit der revolutionären Vorhut des Proletariats mit anderen antifaschistischen Parteien im Interesse des gesamten werktätigen Volkes, eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion. Es ist klar, dass dies zwei grundverschiedene Dinge sind.

Andererseits betonen wir, dass es notwendig ist, zwischen den zwei verschiedenen Lagern der Sozialdemokratie zu unterscheiden. Wie ich bereits sagte, existiert ein reaktionäres Lager der Sozialdemokratie, es existiert und wächst aber zugleich das Lager der linken Sozialdemokraten (ohne Anführungsstriche), der sich revolutionierenden Arbeiter. Der entscheidende Unterschied zwischen ihnen besteht praktisch in ihrer Einstellung zur Einheitsfront der Arbeiterklasse. Die reaktionären Sozialdemokraten sind gegen die Einheitsfront; sie verleumdete die Einheitsfrontbewegung, sabotieren und zersetzen sie, denn sie durchkreuzt ihre Politik des Kompromisses mit der Bourgeoisie. Die linken Sozialdemokraten sind für die Einheitsfront, sie verteidigen, entwickeln und stärken die Einheitsfrontbewegung. Da diese Einheitsfrontbewegung eine Kampfbewegung gegen den Faschismus und die Reaktion ist, wird sie die ständige Triebkraft der Regierung der Einheitsfront gegen die reaktionäre Bourgeoisie sein. Je besser diese Massenbewegung von unten organisiert ist, je umfassender das Netz der außerparteilichen Klassenorgane der Einheitsfront in den Betrieben, unter den Erwerbslosen, in den Arbeitervierteln, unter den kleinen Leuten in Stadt und Land ist, um so größer werden die Garantien für eine eventuelle Entartung der Politik der Einheitsfrontregierung sein.

Die dritte Gruppe von falschen Ansichten, die in den früheren Debatten zum Ausdruck kamen, betraf die praktische Politik der 'Arbeiterregierung'. Die Rechtsopportunisten waren der Ansicht, dass die 'Arbeiterregierung' sich an den 'Rahmen der bürgerlichen Demokratie' halten müsse und folglich keine Schritte unternehmen dürfe, die über diesen Rahmen hinausgehen. Die Ultralinken verzichteten dagegen faktisch auf jeden Versuch, eine Regierung der Einheitsfront zu schaffen.

Im Jahre 1923 konnte man in Sachsen und Thüringen ein anschauliches Bild von der rechtsopportunistischen 'Arbeiterregierung' erhalten. Der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung mit den linken Sozialdemokraten (Zeigner-Gruppe) war an und für sich kein Fehler. Im Gegenteil, dieser Schritt wurde durch die revolutionäre Situation in Deutschland vollauf gerechtfertigt. Aber die Kommunisten, die sich an der Regierung beteiligten, hätten ihre Position vor allem zur Bewaffnung des Proletariats ausnützen müssen. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, dass viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie gewöhnliche parlamentarische Minister 'im Rahmen der bürgerlichen Demokratie'. Das war bekanntlich das Ergebnis der opportunistischen Politik Brandlers und seiner Gesinnungsgenossen.

Das Endergebnis war ein solcher Bankrott, dass wir auch heute noch gezwungen sind, die sächsische Regierung als klassisches Beispiel dafür anzuführen, wie sich Revolutionäre in der Regierung nicht verhalten dürfen.

Genossen! Wir verlangen von jeder Einheitsfrontregierung eine ganz andere Politik. Wir verlangen von ihr, dass bestimmte, der Situation entsprechende revolutionäre

Grundforderungen verwirklicht werden, so zum Beispiel Produktionskontrolle, Kontrolle über die Banken, Auflösung der Polizei, ihren Ersatz durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw. (...)

Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, 'Formen des Übergangs oder Herantretens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen'. Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als einer der wichtigsten Übergangsformen erweisen. Die 'linken' Doktrinäre haben stets diesen Hinweis Lenins umgangen. Als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom 'Ziel' gesprochen, ohne sich um die 'Übergangsformen' zu kümmern. Die Rechtsopportunisten dagegen versuchen, ein besonderes 'demokratischen Zwischenstadium' zwischen der Diktatur des Proletariats zu konstruieren, um in der Arbeiterbewegung die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive 'Zwischenstadium' nannten sie gleichfalls 'Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herantretens an die 'proletarische Revolution', das heißt an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Diktatur. (...)

Darum fassen wir die Möglichkeit ins Auge, dass unter den Voraussetzungen der politischen Krise eine Regierung der antifaschistischen Einheitsfront gebildet wird. Sofern eine solche Regierung wirklich den Kampf gegen die Volksfeinde führt, der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei Aktionsfreiheit einräumt, werden wir als Kommunisten sie in jeder Weise unterstützen und als Soldaten der Revolution in der vordersten Feuerlinie kämpfen. Wir sagen den Massen aber offen: Die endgültige Rettung kann diese Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen, und kann daher die Gefahr einer faschistischen Gegenrevolution nicht endgültig beseitigen. Folglich muss man sich auf die sozialistische Revolution vorbereiten! Die Rettung wird einzig und allein die Sowjetmacht bringen!"⁴⁵

Lenins Auseinandersetzungen mit revisionistischen und opportunistischen Auffassungen

In Anknüpfung an die von Marx und Engels geführte Auseinandersetzung mit revisionistischen und opportunistischen Auffassungen in der Arbeiterbewegung war es Lenin, der den Kampf gegen das Eindringen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Positionen in die Arbeiterbewegung in Theorie und Praxis fortsetzte. Er charakterisierte die Vertreter der opportunistischen Richtung der Sozialdemokratie in aller Schärfe: „*Der Opportunismus in den Spitzen der Arbeiterbewegung ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Die Praxis hat bewiesen, dass die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selber. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in der Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten.*"⁴⁶ Inhaltlich stehen diese Vertreter des Opportunismus für: „*Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion,*

⁴⁵ zit. nach: Georgi Dimitroff: Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale am 2. August 1935, Ausgewählte Werke, Frankfurt/M 1976, Band 2, S. 68ff.

⁴⁶ Lenin: Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale. Lenin Werke, Band 31, S. 219

*rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Misstrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber.*⁴⁷

Der konsequente Kampf Lenins gegen jede Spielart bürgerlicher Ideologie in der von ihm geleiteten russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei macht es erklärlich, dass diese Partei in ihrer Mehrheit die einzige war, die während des ersten Weltkrieges kein Bündnis mit „ihrer“ nationalen Bourgeoisie einging und die es daher verstand, in der durch den imperialistischen Krieg verursachten Situation 1917 die proletarische Revolution zum Sieg zu führen und sie später gegen Konterrevolution und imperialistische Intervention erfolgreich zu verteidigen. Damit wurden die Bolschewiki Lenins zu den konsequentesten Vertretern und Verteidigern des wissenschaftlichen Sozialismus. Die junge Sowjetmacht symbolisierte anschaulich den zur Praxis und zum Staat gewordenen wissenschaftlichen Sozialismus, den die rechten, aber auch zentristischen Führer der Sozialdemokratie in Konsequenz bekämpften: *„(...) Hier erhebt sich nun die Frage: Ist das überhaupt Sozialismus und ist ein despotischer Sozialismus möglich, wenigstens in Russland? Diese Frage muss ich verneinen (...). Selbst das zugegeben, so folgt daraus, dass dem Bolschewismus der demokratische Sozialismus als Kampffparole entgegengestellt werden muss. (...) Wir haben die russische Entwicklung nicht nur dauernd aufmerksam zu verfolgen, sondern, soweit es unsere Kräfte gestatten, sie im Sinne des demokratischen Sozialismus zu beeinflussen.“*⁴⁸ *„Nicht theoretische Meinungsverschiedenheiten und Haarspaltereien, sondern die Realitäten der Diktatur mit ihren unentrinnbaren Konsequenzen bilden das große Hindernis, das jedes Zusammengehen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten unmöglich macht.*

*Noch ist nicht abzusehen, wann und wie einmal dieses Hindernis fallen wird. Fällt es einmal, verzichten die Kommunisten auf die Diktatur, ob freiwillig oder gezwungen, dann hört die Scheidung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auf, eine Notwendigkeit zu sein. Dann ist die Wiedervereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten nur noch eine Frage der Zeit.“*⁴⁹

Den theoretischen Unterbau für die soeben zitierte Polemik hatte der Theoretiker der Sozialdemokratie, Karl Kautsky, bereits in seiner in Wien 1918 erschienenen Broschüre *„Die Diktatur des Proletariats“* geliefert. Die Polemiken, die in der Folgezeit zwischen Lenin und Kautsky über Grundfragen des wissenschaftlichen Sozialismus „ausgetauscht“ wurden, machen zugleich ein Charakteristikum deutlich, das für die Sozialdemokratie vor allem in jener Periode noch galt, als sie sich noch selbst als „Arbeiterpartei“ definierte und eine entsprechende soziale Zusammensetzung und Unterstützung sowie mehr oder weniger starke politische Programmatik aufzuweisen hatte: das Vorhandensein von drei Grundströmungen innerhalb der Sozialdemokratie: eines offen rechten Flügels, der, an Bernsteins politischen Positionen anknüpfend, offen alle Grundprinzipien des Marxismus verwirft, einen linken Flügel, der an den marxistischen Traditionen der Sozialdemokratie - mehr oder weniger konsequent - festhalten möchte

⁴⁷ Lenin: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale. Lenin Werke, Band 22, S. 111

⁴⁸ Otto Jossen: Bolschewismus oder Demokratischer Sozialismus?. In: Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft, 1. Jahrgang, Nummer 2 vom 20. 11. 1931, S. 56-59

⁴⁹ Karl Kautsky: Kommunismus und Sozialdemokratie. In: Die Gesellschaft, 9. Jahrgang, Nr. 3, März 1932, S. 276-278

und eine zentristische Strömung, deren Vertreter und Theoretiker zwischen den rechten und linken Polen der Sozialdemokratie hin- und herlavieren, Kompromisse schließen, heute einige marxistische Positionen verteidigen, diese morgen jedoch wieder relativieren oder ganz verwerfen, vor allem für den Zusammenhalt der Sozialdemokratie „um jeden Preis“ kämpfen und sich, in ihrer Mehrheit jedenfalls, immer wieder an historischen Entscheidungspunkten für die Arbeiterbewegung in aller Konsequenz auf Seiten der offen rechten Führer der Sozialdemokratie und damit auf Seiten der Bourgeoisie (!) geschlagen haben. Welche objektive Rolle jene zentristische Strömung innerhalb der Sozialdemokratie hat, beschreibt ein sozialdemokratischer Autor unter dem Pseudonym „Molitor“ bereits im April 1915 - also noch vor dem historischen Schisma der Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten! - in seltener und dankenswerter Offenheit in einem Strategieorgan der Bourgeoisie: *„Ihr (der Sozialdemokratie) Charakter als Arbeiterpartei mit sozialistischen Idealen muss von ihr behütet werden, denn an dem Tage, an dem sie diesen Aufgaben würde, entstünde eine neue Partei, die das verleugnete Programm in radikalerer Fassung zu dem ihrigen machen würde.“*⁵⁰ „Molitor“ warnt also - von der Kanzel eines Strategieorgans der Bourgeoisie (!) aus - die Führer der Sozialdemokratie davor, zu sehr „nach rechts abzudriften“, zu offen die Positionen der Bourgeoisie zu vertreten, denn so verlören sie ihre soziale Basis und könnten ihrer objektiven Rolle als Bewahrs des Burgfriedens zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie nicht mehr gerecht werden. *„(...) der Kampf gegen diese Strömungen ist Pflicht der Partei des Proletariats, die der Bourgeoisie die von ihr betörten Kleinproduzenten und die Millionen der in mehr oder weniger kleinbürgerliche Lebensverhältnisse versetzten Werktätigen entreißen muss.“*⁵¹

„Umgekehrt“ formuliert Karl Kautsky, einer der wichtigsten theoretischen Köpfe dieser zentristischen Strömung der Sozialdemokratie, in seiner bereits erwähnten Broschüre *„Die Diktatur des Proletariats“* den *„Gegensatz der beiden sozialistischen Richtungen (gemeint ist zur damaligen Zeit der Gegensatz zwischen den rechten und zentristischen Führern der Sozialdemokratie einerseits und den den wissenschaftlichen Sozialismus verteidigenden Bolschewiki andererseits, d.Verf.)“* und dies sei *„der Gegensatz zweier grundverschiedener Methoden: der demokratischen und der diktatorischen.“*⁵² Er wirft den Bolschewiki die *„Verachtung der Demokratie“*⁵³ vor, die - als bürgerliche - wichtige Errungenschaften, z.B. den Minderheitenschutz etc., aufzuweisen hätte.

Lenin entlarvt den antisozialistischen Charakter der Argumentation Kautskys in der ihm eigenen, zuspitzenden Polemik: *„Man kann ohne Übertreibung sagen, dass das die wichtigste Frage des ganzen proletarischen Klassenkampf ist. (...) Die Frage der Diktatur des Proletariats ist die Frage nach dem Verhältnis des proletarischen Staates zum bürgerlichen Staat, der proletarischen Demokratie zur bürgerlichen Demokratie. (...)“*⁵⁴ *„Um aus der liberalen und verlogenen Behauptung, die Kautsky aufgestellt hat, eine marxistische und wahre Behauptung zu machen, muss man sagen: Diktatur bedeutet nicht unbedingt die Aufhebung der Demokratie*

⁵⁰ Preußische Jahrbücher, 1915, Nr. 4, S. 50/51. Zit. nach: Lenin: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, Ausgewählte Werke, Band II, a.a.O., S. 635

⁵¹ Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Lenin Werke, Band 22, S. 197

⁵² Karl Kautsky: Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918, S. 3

⁵³ ebenda, S. 11

⁵⁴ Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Lenin Werke, Band 28, S. 229/230

für die Klasse, die diese Diktatur über die anderen Klassen ausübt; sie bedeutet aber unbedingt die Aufhebung der Demokratie (oder ihre äußerst wesentliche Einschränkung, was auch eine Form der Aufhebung ist) für die Klasse, über welche oder gegen welche die Diktatur ausgeübt wird.“⁵⁵ „Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die erobert wurde und aufrechterhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.“⁵⁶ „Die proletarische Revolution ist unmöglich ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch eine neue, die nach den Worten von Engels ‘schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr ist’“.⁵⁷ „Darum wird auch der demokratische Staat, solange es Ausbeuter gibt, die über die ausgebeutete Mehrheit herrschen, unvermeidlich eine Demokratie für die Ausbeuter sein. Der Staat der Ausgebeuteten muss sich von einem solchen Staat von Grund auf unterscheiden, er muss eine Demokratie für die Ausgebeuteten und Unterdrückung für die Ausbeuter sein, die Unterdrückung einer Klasse bedeutet aber, dass diese Klasse nicht gleichberechtigt ist, dass sie aus der ‘Demokratie’ ausgeschaltet wird.“⁵⁸

Eine weitere scharfe Trennungslinie zwischen den rechten Führern der Sozialdemokratie und den Anhängern des wissenschaftlichen Sozialismus bestand in der Einschätzung der Entwicklung des Kapitalismus seit Ende des vergangenen Jahrhunderts. Auf der Kapitalismusanalyse von Marx und Engels aufbauend, war es Lenin, der diese Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus herausarbeitete.⁵⁹ „Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müsste man sagen, dass der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. (...) Doch sind allzu kurze Definitionen zwar bequem, denn sie fassen das wichtigste zusammen, aber dennoch unzulänglich, sobald sie aus ihnen speziell die wesentlichen Züge der zu definierenden Erscheinung abgeleitet werden sollen. Deshalb muss man (...) eine solche Definition des Imperialismus geben, die folgende fünf seiner grundlegenden Merkmale enthalten würde: 1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‘Finanzkapitals’; 3. Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“⁶⁰ Damit ist Lenins Imperialismustheorie eine direkte Fortsetzung

⁵⁵ ebenda, S. 233

⁵⁶ ebenda, S. 234

⁵⁷ ebenda, S. 236

⁵⁸ ebenda, S. 249

⁵⁹ siehe dazu ausführlich: Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Ausgewählte Werke, Band II, a.a.O., S. 644 f.

⁶⁰ ebenda, S. 729ff.

und Weiterentwicklung⁶¹ der von Karl Marx in seinem historischen, dreibändigen Werk „*Das Kapital*“ entwickelten Kapitalismusanalyse unter den sich seit Ende des vergangenen Jahrhunderts vollzogenen ökonomischen Veränderungen des Kapitalismus. Die Konsequenzen des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus liegen daher für Lenin auf der Hand. Eine Grundeigenschaft des Imperialismus ist seine Aggressivität, sind Annexion und Krieg, die ihre unmittelbare und allgemeine ökonomische Ursache im Streben der Monopole nach Absatzmärkten, Einflussphären, Kapitalanlagemöglichkeiten, Rohstoffquellen etc. haben. Damit bedeutet der Imperialismus politisch Reaktion auf der ganzen Linie: das Streben nach Beseitigung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten, insbesondere auch nach Unterdrückung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen mit der Option, offen reaktionäre bis terroristische Herrschaftsformen zu errichten.

Ein weiterer grundlegender Aspekt des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus ist die Tatsache der immer stärkeren Konzentration der Produktion und des Kapitals im Form der Entwicklung zum monopolistischen (und später staatsmonopolistischen) Kapitalismus. Gleichzeitig verschärft der Imperialismus jedoch alle Widersprüche im Kapitalismus: *„Wie sehr der monopolistische Kapitalismus alle Widersprüche des Kapitalismus verschärft hat, ist allgemein bekannt. Es genügt, auf die Teuerung und auf den Druck der Kartelle hinzuweisen. Diese Verschärfung der Gegensätze ist die mächtigste Triebkraft der geschichtlichen Übergangsperiode, die mit dem endgültigen Sieg des internationalen Finanzkapitals ihren Anfang genommen hat.*

*Monopole, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Zahl kleiner oder schwacher Nationen - all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus kennzeichnen zu lassen.“*⁶² Dies alles schafft die objektiven Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus, mehr noch, sie machen ihn objektiv notwendig.

Zugleich schafft das imperialistische Stadium des Kapitalismus ökonomisch die Bedingungen für die Existenz und die Entwicklung der verschiedenen Spielarten des Opportunismus (so auch des „demokratischen Sozialismus“!) innerhalb der Arbeiterbewegung: *„Dadurch, dass die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herausschlagen, bekommen sie die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Antagonismus zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verschärft. So entsteht der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus (...). Manche Schriftsteller (...) möchten sich über die Tatsache, dass Imperialismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung zusammenhängen - eine Tatsache, die jetzt ganz besonders in die Augen springt - gern hinwegsetzen, und zwar mit dem ‘amtlichen Optimismus’ (im Geiste Kautskys und Hhysmans’) von Betrachtungen folgender Art: Die Sache der Gegner des Kapitalismus wäre hoffnungslos, wenn gerade der fortgeschrittene Kapitalismus zur*

⁶¹ Zu den Aspekten der Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin vgl. ausführlich: *Dialektischer und historischer Materialismus*, Berlin 1974, S. 66ff.

⁶² Lenin: *Der Imperialismus...*, a.a.O., S. 766

Verstärkung des Opportunismus führte oder wenn gerade die bestbezahlten Arbeiter zum Opportunismus neigten u. dgl. m. Man darf sich über die Bedeutung eines solchen 'Optimismus' nicht täuschen: es ist ein Optimismus hinsichtlich des Opportunismus, es ist ein Optimismus, der der Verhüllung des Opportunismus dient. In Wirklichkeit ist die besonders schnelle und besonders widerwärtige Entwicklung des Opportunismus keineswegs eine Garantie für seinen dauerhaften Sieg, wie auch die schnelle Entwicklung eines bösartigen Geschwürs die Befreiung des Organismus von diesem beschleunigen kann. Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, dass der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.“⁶³

Aus seiner Analyse des Imperialismus heraus begründete Lenin die Notwendigkeit der „Partei neuen Typs“, die einzig in der Lage ist, die Arbeiterklasse zum Sieg in der proletarischen Revolution zu führen.⁶⁴

Diese Imperialismustheorie wurde - in all ihren Konsequenzen - natürlich von den rechten und zentristischen Theoretikern der Sozialdemokratie abgelehnt. Karl Kautsky, einer ihrer bedeutendsten Theoretiker - definierte den Imperialismus wie folgt: „*Der Imperialismus ist ein Produkt des hoch entwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches (von Kautsky hervorgehoben! d.Verf.) Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird.“⁶⁵) Mit dieser Imperialismus-Definition entkleidet Kautsky den Imperialismus seines ökonomischen Kerns und beschränkt ihn letztlich auf eine rein politische Bestrebung, eine Form der Politik der höher entwickelten kapitalistischen Staaten; zudem begrenzt er diese „Politik“ auf die Expansionsbestrebungen in „agrarischen Gebieten“. Das bedeutet jedoch konkret, zu leugnen, dass der Imperialismus ökonomisch die höchste Stufe des Kapitalismus, dass er von seiner ökonomischen Natur her prinzipiell aggressiv (nach innen wie außen!) ist und die Aufteilung der Welt vor allem nach ökonomischen - und nicht nach rein agrarischen! - Gesichtspunkten her plant und durchführt. Die rein politische und beschränkte Definition des Imperialismus durch Kautsky schließt somit logisch die Möglichkeit ein, auch eine andere, friedlichere Politik unter kapitalistischen Bedingungen durchzuführen, sozusagen „friedlich auf Expansion und Aggression verzichten zu können“, da der Imperialismus - nach Kautsky - nur eine Möglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise - und eben kein Charakteristikum der neuen Stufe des monopolistischen Kapitalismus! - sei. Mehr noch, auf Basis dieser Imperialismus-Definition entwickelte Kautsky die Theorie vom so genannten „Ultraimperialismus“, dem er einen prinzipiell friedlichen Charakter bescheinigte, da sich der Kapitalismus in eine Richtung entwickeln könne, in der die immer stärker werdende Tendenzen zur Kartell- und Monopolbildung die Außenpolitik der imperialistischen Staaten im Sinne einer „*heiligen Allianz der Imperialisten*“ bei der Internationalisierung der Märkte und Produktion bzw. deren immer stärker werdenden gegenseitigen Abhängigkeiten beeinflussen werde, in deren Konsequenz eine Absicherung des Friedens in einer immer noch kapitalistischen Welt*

⁶³ ebenda, S. 767/768

⁶⁴ Zu den Wesensmerkmalen der „Partei neuen Typs“ vergleiche ausführlich: Wissenschaftlicher Kommunismus, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin 1976, S. 56ff.

⁶⁵ Die Neue Zeit, 11. 9. 1914, S. 909

folge. Diese angenommene, mögliche Friedensfähigkeit des Imperialismus hatte natürlich auch Konsequenzen für die politischen Strategien der rechten Führer der Sozialdemokratie.⁶⁶

Identität der Kommunisten

Ich glaube, mit diesen etwas umfangreicheren Ausführungen wurde deutlich, dass – ob in den Fragen Krieg und Frieden, der Rolle des Staates, der Imperialismusanalyse, der Revolutionstheorie und –praxis etc. – die Identität der Kommunisten unmittelbar mit dem Kampf gegen Revisionismus und jegliche Formen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung (wie auch in den eigenen Reihen) verbunden ist. Ja, die Gründung der Kommunistischen Parteien als eigenständige revolutionäre Formation der Arbeiterbewegung ist ohne diese permanente Auseinandersetzung überhaupt nicht erklärlich (und historisch notwendig gewesen). Anders formuliert: ohne diese Auseinandersetzung, verknüpft mit der Verteidigung der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, ist die Existenz von kommunistischen Parteien objektiv überflüssig, ihre Existenzberechtigung stirbt förmlich ab...

Michael Opperskalski, Köln

Gerald Hoffmann: Der Revisionismus als kleinbürgerliches Element im Marxismus ⁶⁷

Obgleich der Revisionismus die revolutionäre Ideologie der Arbeiterklasse preisgibt und so deren einheitliches Handeln im Klassenkampf gefährdet, tritt er bei subjektiv von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugten, bei sich als Kommunisten verstehenden und kommunistischen Parteien angehörenden Menschen auf – also *innerhalb* dieser Parteien. Je mehr der Revisionismus in den führenden Kreisen der proletarischen Bewegung um sich greift, desto gefährlicher ist er. Dies ist ein Grund für die Zersetzung der kommunistischen Parteien und war eine Bedingung für die vorläufige Niederlage des Sozialismus. Die Überwindung des Revisionismus in den führenden Positionen der sozialistischen/kommunistischen Parteien und Gruppierungen der BRD ist Bedingung für die Herausbildung einer einheitlichen proletarischen Kampfpartei der Arbeiterklasse mit Masseneinfluss.

Der Revisionismus bleibt trotz seiner vielfältigen Äußerungsformen *dem Wesen nach* derselbe, daher kann und muss gelernt werden, ihn zu bekämpfen, um seinen Einfluss auf die an der gesellschaftlichen Umgestaltung am meisten interessierten und dazu befähigten Teile der Gesellschaft – die Arbeiterklasse und ihre Partei – zu brechen. D.h. der Revisionismus kann geschlagen werden und seine Ausschaltung ist selbst ein wesentlicher Schritt zur Meisterung des Marxismus-Leninismus. Das bedeutet, dass der Kampf gegen revisionistische Verfälschungen zwar mit aller Schärfe geführt werden muss, aber durch Überzeugung der breiten Mehrheit der für Frieden und Sozialismus Kämpfenden von der Wahrheit des Marxismus-Leninismus, und nicht durch polemische Verzettelung und hitzige Wortgefechte über geschichtliche Einzelfragen

⁶⁶ An dieser Stelle sei nur kurz angerissen, dass wesentliche Elemente von Kautskys „Ultraimperialismustheorie“ bei den Thesen des XX. Parteitagess der KPdSU und auch teilweise – und ganz aktuell – bei einigen Theoretikern der modernen „Neoliberalismustheorie“ Pate gestanden haben.

⁶⁷ Aus: „offen-siv“ 2-2004; Sonderheft: „Der Revisionismus“, S. 73-79

oder persönliche Eitelkeiten. Es kommt darauf an, *Funktion* (Ergebnis) und *Ziel* (Absicht, Wille, Motiv, Glaube) des Revisionismus zu unterscheiden. Der Kampf gegen Revisionismus kann nicht wirkungsvoll geführt werden aufgrund der Unterstellung „falscher“ (schlechter, konterrevolutionärer usw.) *Motive*. Subjektive Motivationen bestimmter Personen sind sekundär, *entscheidend* ist, was in Theorien *ausgesagt* wird, wie sie die Realität *widerspiegeln* und wie sie auf das *Handeln* der Menschen einwirken. – Umgekehrt ist der Revisionist stets beleidigt, wenn ihm sein konterrevolutionäres Wesen vorgehalten wird, weil es „ja“ ganz anders „*gemeint*“ sei. Dieses „Meinen“ ist aber gegenüber dem Gesagten ebenso unwesentlich wie der „gute Wille“ gegenüber dem tatsächlichen Tun.

Das Hauptaugenmerk im ideologischen Klassenkampf muss auf der *Gefahr* liegen, dass bestimmte Theoreme unbemerkt die gemeinsame Handlungsgrundlage der Kommunisten (den Marxismus-Leninismus) infrage stellen oder eine falsche „gemeinsame“ Handlungsgrundlage vorspiegeln und so ebenfalls die auf Überwindung des Privateigentums gerichtete Praxis untergraben.

Die Kritik der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie ist ein *Wesenszug* des Marxismus, weshalb er in der Auseinandersetzung besonders mit dem kleinbürgerlichen Sozialismus gewachsen ist. Wenngleich das klassische bürgerliche Denken in Philosophie und politischer Ökonomie Quelle des Marxismus wurde, nimmt dessen Auseinandersetzung mit dem kleinbürgerlichen Sozialismus einen größeren Raum ein als etwa die Kritik der Philosophie Hegels. Dies liegt daran, dass kleinbürgerliches Denken dem Sozialismus näher steht als die bürgerliche Ideologie und mehr entwicklungsfähige Keime birgt, andererseits aber die größere Tendenz hat zur *Verfälschung* des Marxismus, denn das Kleinbürgertum möchte seinen „eigenen“ Marxismus.

Bezüglich der vorimperialistischen Epoche des Kapitalismus im 19. Jahrhundert, als der Marxismus sich in der Arbeiterbewegung noch nicht durchgesetzt hatte, kann man beim kleinbürgerlichen Utopismus noch nicht von *Revisionismus* sprechen, da solche unwissenschaftliche/idealistische Konzeptionen der Gesellschaftsveränderung sich *noch* nicht „marxistisch“ (aber immerhin schon „wissenschaftlich“) drapierten. Nichtsdestotrotz ist das Wesen *jeglicher* Sozialismuskonzeptionen Ausdruck des Schwankens kleinbürgerlicher Schichten der kapitalistischen (oder sozialistischen) Gesellschaft zwischen den Hauptklassen der Gesellschaft (Bourgeoisie und Arbeiterklasse). Das Kleinbürgertum neigt zum Sozialismus, aber „kritisiert“ den Kapitalismus/Imperialismus vom Standpunkt des Privateigentums; „die *grundlegende* Eigentümlichkeit seiner [des Kleinbürgertums] Lage machen es zu irgendeinem selbstständigen Handeln unfähig.“ (LW 29, S. 301) Dessen Ideologen vollziehen daher ebenfalls nicht den Übergang zur *proletarischen* Weltanschauung:

„Was sie [die Ideologen] zu Vertretern des Kleinbürgers macht, ist, dass sie im Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen, worüber jener nicht im Leben hinauskommt, dass sie daher zu denselben Aufgaben und Lösungen getrieben werden, wohin jenen das materielle Interesse und die gesellschaftliche Lage praktisch treiben. Dies ist überhaupt das Verhältnis der politischen und literarischen Vertreter einer Klasse zu der Klasse, die sie vertreten.“

Darin, dass der Marxismus sich durchgehend im schonungslosen Kampf gegen kleinbürgerlich-subjektivistische Auffassungen entwickelte (nicht nur Marx'/Engels', sondern auch später Lenins gegen die russischen Menschewiki, Bernstein, Plechanow oder Kautsky sowie Stalins

gegen die „linke“ und rechte Abweichung in der KPdSU), verdeutlicht sich das Ausschließungsverhältnis von Revisionismus und Marxismus. Die Durchsetzung des Marxismus gegenüber kleinbürgerlichen Vorstellungen war und ist nie endgültig zu leisten, sondern blieb und bleibt stets Aufgabe des ideologischen Klassenkampfes (auch im Sozialismus).

Geschichtlich wuchs der Marxismus in der ideologischen Auseinandersetzung mit (klein)bürgerlichen Theorien als einer Bewusstseinsform, welche – wie oben dargelegt – *formal* die Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung reflektiert, aber in äußerlicher, die reale Bewegung nicht ausdrückender Weise (und daher nicht bis zum *Wesen* der gesellschaftlichen Bewegung vordringt). Deswegen schließt die Kritik des Revisionismus den Aufweis seiner Widersprüchlichkeit in gesellschaftstheoretischen Fragen ein, das heißt, dass er gerade an den entscheidenden Punkten, den Wendepunkten der Geschichte, im Widerspruch verharrt, nicht zur Widerspiegelung der Realwidersprüche der gesellschaftlichen Basis vordringt und *kein adäquates Bewusstsein dieser Widersprüche und des Weges ihrer praktischen Überwindung hervorzubringen imstande ist*.

In seinem Artikel „Marxismus und Revisionismus“ (LW 15, S. 19-28) legt Lenin dar, dass der Marxismus als ideologische Waffe der Arbeiterklasse notwendig die Lebensinteressen der Bourgeoisie verletzt, die *deswegen* nichts unversucht lässt, den Marxismus zu „widerlegen“. Marxisten müssen also die eifernde Gereiztheit oder alberne Überheblichkeit, mit welcher der Marxismus gewöhnlich als „veraltet“ erklärt wird, als mehr oder minder bewussten Angriff gegen die Interessen der Arbeiterklasse entlarven. Der Marxismus entwickelte sich nicht zufällig in Marx' und Engels' unermüdlichem Kampf zunächst gegen die „Kritischen Kritiker“ des Junghegelianismus, später gegen Proudhons kleinbürgerliche Utopien, dann gegen die Anarchisten (Bakunin) und schließlich gegen Dühring und Mühlberger. Nachdem der Marxismus sich aber als wissenschaftliche Organisationsgrundlage in der revolutionären Arbeiterbewegung durchgesetzt hatte, widmeten sich die Gegner des Marxismus als „Marxisten“ verkleidet ihrem früheren „kritischen“ Geschäft, der Zerstörung des Marxismus. So entstand innerhalb des Marxismus der *Revisionismus* als Rückfall in vormarxistischen Sozialismus. Betrachten wir mit Lenin anhand der drei Bestandteile des Marxismus, worin die Abkehr des Revisionismus vom Klassenkampf besteht.

A.) In der *Philosophie* segelt er im Kielwasser der professoralen Wissenschaft, erklärt den Materialismus für „überholt“ und ersetzt ihn durch irgendeine Variante des Idealismus (aber einen flacheren, seichteren als den objektiven Idealismus Hegels.) Zweitens wird die Dialektik für „unzureichend“ erklärt und durch evolutionistische Entwicklungskonzepte „ergänzt“, wonach man sich an das Gegebene, die „konkreten Bedingungen“ usw. zu halten habe. Es ist klar, dass mit der Ersetzung des dialektischen Materialismus in der Philosophie (durch „Korrekturen“ an Marx anhand der „neuesten Ergebnisse“ der Naturwissenschaften) das Erkenntnisfundament des Marxismus (die dialektisch-materialistische Widerspiegelungstheorie) preisgegeben wird. Da die marxistische Philosophie (als Einheit von Dialektik, Logik und Erkenntnistheorie und allgemeine Lehre der Entwicklung in Natur, Gesellschaft und menschlichem Denken) die *Methode* für alle anderen Wissensgebiete des wissenschaftlichen Kommunismus begründet, lassen sich Abweichungen vom Marxismus generell auf erkenntnistheoretische Fragen zurückführen. Daraus folgt, dass der Marxismus zuerst *auf dieser Ebene* (Erkenntnis objektiver Gesetze) seinen revolutionären, handlungsleitenden Charakter verliert

und zum Dogma (Fixpunkt, Vorstellung usw.) wird. Umgekehrt: kein Revisionismus ohne Angriff auf die marxistische Philosophie und ihre Quellen.

B.) Auf dem Gebiet der *Ökonomie* ist für den Revisionismus erstens charakteristisch, dass er den Imperialismus nicht als höchstes und unmittelbar an die sozialistische *Revolution* heranführendes Stadium des Kapitalismus begreift, noch weniger als die *materielle Vorbereitung des Sozialismus*. Vielmehr wird der Imperialismus auf „militaristische“, „neoliberale“, „sozialreaktionäre“ bürgerliche Politik reduziert. Zweitens leugnet der Revisionismus die allgemeine Krise des Kapitalismus durch Postulierung seiner „Wandlungsfähigkeit“, „Anpassungsfähigkeit“ („Ultraimperialismus“). Die umgekehrte Variante davon ist die Verniedlichung des Imperialismus, wobei der Staat zum Instrument der „Regulation“ des Kapitalismus gemacht wird und die Krisen entweder ignoriert, oder jedenfalls nicht als Krisen kapitalistischer Produktions- und Austauschweise begriffen werden. Drittens ist für den Revisionismus charakteristisch die Verabsolutierung des „Wertes“, d.h. insbesondere die Relativierung oder Leugnung der Wichtigkeit des Kleinbürgertums für die beständige Erzeugung des Kapitalismus und die Verkennung des tendenziell konterrevolutionären Charakters der Warenproduktion im Sozialismus (dazu weiter unten.)

C.) Aus der Verabsolutierung der Warenproduktion auf ökonomischem Gebiet erwächst in der *Politik* die Revision der Lehre vom Klassenkampf und die Anbetung „reiner“ (über den Klassen stehender) Demokratie. Dabei wird übersehen, dass jede Demokratie *Klassenherrschaft* ist und bürgerliche wie sozialistische Demokratie Mittel und Formen sind, um Klasseninteressen durchzusetzen. Schon Engels bemerkte, dass die „reine Demokratie“ das letzte Rückzugsgebiet der „Gesamtreaktion“ beim revolutionären Sturm der Massen auf die Bastionen kapitalistischer Klassenherrschaft ist. (MEW 36, S. 252f) Lenin fügte hinzu, dass die Fortentwicklung der *bürgerlichen* Demokratie gerade das Machtinstrument der Bourgeoisie, ihren Staat und dessen Institutionen, *vervollkommnet* und eine drastische *Zuspitzung* der ökonomischen Klassenunterschiede erlaubt (LW 28, S. 244, 246): Proletariat und Kleinbürgertum dürfen sozusagen über ihre wachsende Entrechtung „mitbestimmen“. Anstatt solche „Mitbestimmung“ als Verrat an den Interessen der arbeitenden Massen zu brandmarken, verfällt der rechte Revisionismus in seiner Überschätzung des Imperialismus darauf, die unendliche „Weiterentwicklung“ der bürgerlichen Demokratie und „Verbesserung“ der bürgerlichen Gesellschaft auf dem „Weg der kleinen Schritte“ (Reformen) an die Stelle des revolutionären Endziels der Arbeiterbewegung zu setzen. Der „linke“ Revisionismus hingegen lehnt aufgrund der ihm eigenen Unterschätzung des Imperialismus die *Ausnutzung* der bürgerlichen Demokratie zum Zwecke des Sturzes der Monopolbourgeoisie rundweg ab und begibt sich damit ebenfalls auf das Gebiet der „unbefleckten“ Praxis und der „revolutionären“ Phrase.

Das internationale Hervortreten des Revisionismus in allen entwickelten kapitalistischen Staaten gründet darin, dass die Arbeiterklasse generell sich einerseits zunehmend mit proletarisierten Kleinbürgern anreichert und andererseits bedeutende Teile der Arbeiterklasse durch imperialistische Monopolprofite materiell „privilegiert“ und ideologisch korrumpiert werden, wodurch sich kleinbürgerliche Sozialismusvorstellungen in der Arbeiterbewegung ausbreiten und unvermeidlich eine Spaltung in revolutionäre und revisionistische Kräfte (hier wieder: links- und rechtsopportunistischen Charakters) erzeugen.

Schon Marx und Engels sagten, dass aufgrund des Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Ökonomie „sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung“ rekrutiert (MEW 4, S. 469).

Da aber weder die Klassenzusammensetzung des Proletariats „verändert“ werden kann (damit wieder das „reine“ Industrieproletariat der Bourgeoisie entgegentrete?), noch durch veränderte *Zusammensetzung* der Arbeiterklasse deren allgemeine, objektive *Interessen* sich ändern, liegt die größte Wichtigkeit auf der *ideologischen* Bekämpfung des Revisionismus. Die Aufgabe der Theoretiker der Arbeiterbewegung (als bewusste ideologische Vertreter des Proletariats) besteht somit darin, im Interesse der Gesamtbewegung die kleinbürgerlichen Vorstellungen in der Arbeiterklasse als konterrevolutionär zu entlarven. Marx/Engels schrieben im Zirkularbrief an Liebknecht, Bebel, Bracke: „Wenn solche Leute aus andern Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, dass sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen. Jene Herren [u.a. Bernstein] aber...stecken über und über voll bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen. In einem so kleinbürgerlichen Land wie Deutschland haben diese Vorstellungen sicher ihre Berechtigung. Aber nur außerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.“ (MEW 19, S. 165) Also auch innerhalb der fortgeschrittensten Partei der Gesellschaft ist der ideologische Klassenkampf nicht aufgehoben. Vielmehr ist der Kampf gegen kleinbürgerliche Ideen darin *fortzuführen*.

Gerald Hoffmann, Berlin

Hermann Jacobs: Der Marxismus ist in der Revisionismusfrage unentwickelt ⁶⁸

Man sollte eine Konferenz ins Auge fassen des Themas Revisionismus in der Arbeiterbewegung. Wir schlagen uns im Grunde mit keinem anderen Problem herum. Wobei wir die neue Dimension beachten müssen: Es geht nicht mehr nur um die Staatsfrage, sondern sie ist erweitert um die Ökonomiefrage.

Wir hatten eine sozialistische Gesellschaft gehabt. Sie ist sowohl in der Beziehung Staat als in der Beziehung Eigentum revidiert, wieder aufgehoben worden, dem Revisionismus liegt also eine ziemlich starke Kraft inne, hier Revision, Aufhebung gewesen zu sein. Jedenfalls ist durch diese Erweiterung zum Eigentumsverhältnis, also zur Ökonomiefrage der Arbeiterbewegung, die Revisionismusfrage als gesellschaftliche abgerundet worden.

Das "Parteienheft" von "Offensiv" reflektiert das Thema unter dem Gesichtspunkt der Widerspiegelung in DKP, KPF der PDS und der KPD ostdeutsche Länder der BRD, also in drei Organisationen, von denen wir noch eine Kritik an der neuen Revisionismus-Dimension erwarten.

Andere Parteien entsprechen allerdings der Revision des Sozialismus direkt. D.h. es sind aus dem Revisionismus in seiner höchsten geschichtlichen Erscheinung, seiner Revision des realen Sozialismus, sozialdemokratische Parteien ebenfalls neuer Art und Dimension hervorgegangen. Sie spiegeln die dem Revisionismus eigene Kritik des Sozialismus direkt wider, in einem gesellschaftlichen Gegensatz, d.h. in der Form einer anderen Gesellschaft. Diesem Unterschied von direkter und indirekter Widerspiegelung des auf Revisionismus beruhenden Reformismus

⁶⁸ Aus: „offen-siv“ 4-2002; Heft März-April des Jahres, S. 45/46

muß auch eine wiederum marxistische Kritik am Revisionismus aller Arten Rechnung tragen; sie muß doppelt operieren, zwei Arten von Kritik entwickeln. Bedingt durch die Dimension des Revisionismus ins Gesellschaftliche des Sozialismus hinein, machen wir die eigentliche Verantwortlichkeit für ihn nicht in den nur widerspiegelnden Parteien von heute aus, sondern datieren wir sie in die Geschichte des realen Sozialismus zurück.

Für die Entwicklung des modernen, also gesellschaftlich völlig entwickelten Revisionismus in der Arbeiterbewegung trägt die Arbeiterbewegung des realen Sozialismus die Verantwortung. An ihr, die durchaus eine Kritik am modernen Revisionismus entwickelt hatte, liegt es, die Frage für alle zu beantworten, warum sie nicht widerstand. Wenn ich mir das erlauben darf: Es gibt drei große Themenkreise, in denen der Revisionismus gegenständlich geworden ist und die bisher von der marxistischen Revisionismus-Kritik auch thematisiert worden *sind*:

die Staatsfrage, die Ablehnung eines proletarischen Staatsbegriffs; sie beginnt quasi mit der Kritik an Marx und ist ihr ältester, bis in den Kapitalismus reichender geschichtlicher Gegenstand, hier konnte der Revisionismus auch erfolgreich überwunden werden, aber ohne letzte geschichtliche Garantie - wie sich nunmehr zeigt;

die sowjetische Außenpolitik seit N.S. Chruschtschow, sie macht als bereits in den realen Sozialismus fallender Gegenstand den größten Inhalt des modern genannten Revisionismus aus, ist am stärksten auch von marxistischen Kritikern bearbeitet und historisiert worden - wenn auch nie mit Erfolg; es handelt sich um begleitende, bestenfalls nachgereichte Kritik;

der ökonomische Revisionismus, die Wiederinfragestellung der Aufhebung des Privateigentums im realen Sozialismus; dieser Gegenstand des Revisionismus ist der zuletzt entwickelte und hat viele Gesichter, ist aber am wenigsten in der marxistischen Kritik thematisiert; hier gehen die Meinungen, was überhaupt revolutionär, was revisionistisch, bis zum Gegensatz auseinander.

Dass im modernen Revisionismus der Revisionismus als ein Recht (als eine Antwort auf die Geschichte) empfunden wird - und der Reformismus sogar eine Art Legitimation erfahren hat -, ist darauf zurückzuführen, dass sich die sozialistische Revolution nicht eindeutig entschieden hat, welches ökonomische System sein revolutionäres ist. Dass folglich die Revisionismusfrage solche Bedeutung in der Arbeiterbewegung erlangt, verdankt sie nicht ihrem eigenen Recht, sondern der Unentschiedenheit der Revolution. Nicht von allen genannten Gebieten ist daher die Auffassung geteilt, dass es sich hier auch um Revisionismus, Revision des Marxismus oder revolutionären Anliegens der Arbeiterbewegung handelt, es handelt sich auch um solche Auffassungen, dass Revision Revolution wiederherstellt. Die Kritik am Revisionismus als marxistische kann keineswegs als eine geschlossene betrachtet werden. Man kann nicht von einer völligen Übereinstimmung in der Thematisierung und Wertung genannter Gebiete als revisionistisch durch Marxisten sprechen.

Der Marxismus ist. in der Revisionismusfrage unentwickelt, nicht auf seinem höchsten, also gegenwärtig notwendigen geschichtlichen Stand. Das führt dazu, dass in dieser Frage von noch keinen vollständig marxistischen Parteien gesprochen werden kann. Es gibt den Marxismus in dieser Frage nur in Momenten in kommunistischen Parteien, die dadurch nicht, gegenüber dieser Frage nicht, vollständig kommunistisch oder revolutionär entwickelte Parteien sein können bzw. sind.

Der Marxismus in dieser Frage kann also nicht an Parteien gemessen werden, es entsteht eine Verantwortlichkeit von Personen gegenüber diesen Parteien, d.h. es ist die Initiative von Wissenschaftlern notwendig. Ein Maß - auch für Parteien - kann erst entstehen. Wir brauchen einen Marxismus der werbenden Art.

Ich wollte dies also zu bedenken geben gegenüber einem Anfang, der gemacht werden mußte und gemacht wurde, ohne sich schon auf die Form seiner reifen Kritik berufen zu können. Das ist gar nicht verlangbar, ist Anfangen verlangt.

Hermann Jacobs, Berlin

***Kurt Gossweiler: Die antisozialistische Doppelstrategie des Imperialismus und der historische Wechsel von der Konfrontationspolitik zur - schließlich erfolgreichen - 'indirekten Strategie'* ⁶⁹**

Den Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung führt die Bourgeoisie schon seit den Zeiten von Marx und Engels auf den Linien einer Doppelstrategie, deren eine Linie der offensive Kampf mit allen Mitteln bis zur brutalen Verfolgung und Unterdrückung ist, deren andere Linie der Versuch der inneren Zersetzung und Aufweichung mit den vielfältigsten Mitteln - Korruption, Erpressung, Entfachung innerer Auseinandersetzungen, Einschleusung von Agenten und anderes mehr - ist.

Mit der gleichen Doppelstrategie bekämpfte die Weltbourgeoisie die Sowjetmacht vom ersten Tage ihrer Existenz an.

Eine Doppelstrategie ist dies, weil sie den Kampf ständig auf beiden Linien führt, wobei je nach den Umständen die eine oder andere den Vorrang hat. Auf die Interventionskriege⁷⁰ folgte die Phase der Anerkennung der Sowjetunion mit den Versuchen der Sabotage des wirtschaftlichen Aufbaus und der Förderung der inneren Opposition, auf das Scheitern der Strategie, die Sowjetunion durch Nazideutschland umbringen zu lassen, erst der Kalte Krieg, dann die Politik des "Wandels durch Annäherung", vom DDR-Außenminister Otto Winzer völlig zutreffend als "Konterrevolution auf Filzlatschen" gekennzeichnet. Aber nie setzte die Bourgeoisie nur auf die eine Linie, immer wurde die gerade dominierende strategische Linie ergänzt durch parallel laufende Aktivitäten auf der zweiten Linie.

Es war keinesfalls Zufall, daß der Imperialismus stets scheiterte, wenn er auf die Linie der Konfrontation und Gewalt als Hauptlinie setzte: so unwahrscheinlich dies auch sowohl 1918-1920 wie 1941-45 zunächst erschien - der sozialistische Staat erwies sich selbst unter den ungünstigsten Ausgangspositionen immer als stark und unbesiegbar, wenn seine Feinde ihn offen und frontal angriffen. Der Sozialismus erlag dem Imperialismus nicht im offenen Kampf, nicht der bewaffneten Konterrevolution, sondern der Filzlatschen-Konterrevolution. Deren Geschichte muß erst noch geschrieben werden. Einen Anfang dazu hat Sahra Wagenknecht mit ihrem Buch "Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzungen. Zwei

⁶⁹ Aus: „offensiv“ 6-1999; Heft September-Oktober des Jahres, S. 37-49.

⁷⁰ Krieg gegen die junge Sowjetmacht 1918-1920, zu dem sich die wichtigsten kapitalistischen Länder trotz des gerade gegeneinander geführten I. Weltkrieges sofort zusammenfanden. (Red. Offensiv)

Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt" gemacht. Und Wesentliches dazu hat auch Genosse Polikeit in seinem heutigen Referat ausgeführt.

Bei Sahra Wagenknecht findet sich die Feststellung (S.9): *"Die indirekte Strategie"* - also das, was Winzer als 'Konterrevolution auf Filzlatschen' bezeichnete - *"war der entscheidende Hebel, vermittelt dessen die Niederwerfung des ersten Sozialismus gelang. Wir haben daher allen Grund, und sehr detailliert mit ihr auseinanderzusetzen."* Allerdings setzen Sahra Wagenknecht wie Genosse Polikeit den Zeitpunkt des Übergangs von der vorrangigen Anwendung der Politik des Knüppels zur vorrangigen 'indirekten Strategie' zu spät an; so lesen wir bei Wagenknecht (S.8): *"Die Strategie des Frontalangriffs ... bestimmte in den fünfziger und beginnenden sechziger Jahren das antisozialistische Vorgehen des imperialistischen Blocks."* So ähnlich vorhin auch Genosse Polikeit.

Ich kann heute nur an einigen wenigen Beispielen deutlich machen, daß der Übergang zur indirekten Strategie bereits in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eingeleitet, in der zweiten Hälfte der Fünfziger bereits dominierend wurde, jedoch ohne daß die Strategie des Knüppels etwa beiseite gelegt worden wäre.

In den Jahren 1945 bis 1947 unternahmen die imperialistischen Politiker der USA und Englands das nicht ganz einfache Geschäft, der eigenen Bevölkerung im Westen das tiefsitzende Gefühl der Freundschaft und Bewunderung für die Sowjetunion auszutreiben und an seine Stelle Furcht und Feindschaft treten zu lassen, wie sie bisher mit vollem Recht gegenüber Hitlerdeutschland empfunden und gepflegt wurden. Den Startschuß dafür gab der alte Sowjethasser Winston Churchill (der während des Zweiten Weltkrieges, wenn er von Stalin sprach, gerne die Worte "my friend Joe" benutzt hatte), in einer Rede, die er am 5. März 1946 in Fulton, USA, hielt, eine Rede, die nicht zu Unrecht als die Eröffnung des Kalten Krieges in die Geschichtsbücher eingegangen ist. In dieser Rede übernahm er ein Goebbels-Wort vom "Eisernen Vorhang", um die Notwendigkeit zu begründen, an die Stelle der Antihitlerkoalition mit der Sowjetunion nunmehr ein zweiseitiges Bündnis USA-England treten zu lassen, da *"auf die Russen am meisten das Argument der Stärke"* wirke.⁷¹

Auf diese Rede folgte der Marshall-Plan 1947, die Gründung der NATO 1949, der erste Versuch des militärischen Roll-Back gegen Nord-Korea 1950 und am 27. Januar 1953 eine Rede des frischgebackenen neuen Außenministers der gerade ins Amt getretenen Eisenhower-Administration, John Foster Dulles, in der die Sowjetunion als der gefährlichste Feind der USA in deren ganzer Geschichte an die Wand gemalt wurde: *"Wir haben Feinde"*, führte er aus, *"die unsere Vernichtung planen. Diese Feinde sind die sowjetischen Kommunisten und ihre Verbündeten in anderen Ländern....Diese Bedrohung hat einen todernsten Charakter. Präsident Eisenhower hat erst vor kurzem erklärt, daß die Vereinigten Staaten in größerer Gefahr schweben als jemals zuvor in ihrer Geschichte."*⁷² Dies also ist das Schreckensbild, das Eisenhower und Dullas im Januar 1953 von der Sowjetunion und ihren Verbündeten malten.

Das ändert sich aber in auffälliger Weise schon zwei Monate später - nach Stalins Tod am 5. März 1953. Zu diesem Ereignis ließ sich Dulles wie folgt vernehmen: *"Die Ära Eisenhower*

⁷¹ Gerhard Kade, Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der 'Gefahr aus dem Osten', Berlin 1982, S.119f,

⁷² Keesing's Archiv der Gegenwart (künftig: AdG) v. 27.1.1953, S. 3840

*beginnt, während die Ära Stalins zu Ende gegangen ist...nunmehr ist Stalin tot. Er kann sein Prestige niemandem vererben. Gleichzeitig ist mit Präsident Eisenhower der Mann zum Präsidenten unserer großen Republik geworden, der Westeuropa befreit hat. Sein Ansehen ist einmalig in der Geschichte, eine neue Ära beginnt."*⁷³

Am 16. März 1953 hatte der neue sowjetische Ministerpräsident, Malenkow, seine Regierungserklärung abgegeben und darin den Friedenswillen der Sowjetunion bekräftigt. Vier Tage später, am 20. März, reagierte Eisenhower auf Malenkow mit der Erklärung, seine Regierung werde jedwedem ernstlichen sowjetischen Friedensvorschlag *"mindestens auf halbem Wege entgegenkommen, aber er finde keinen Anhaltspunkt für einen Wechsel in der russischen Politik."*⁷⁴ War diese Erklärung auch noch sehr distanziert, so unterschied sie sich doch sehr deutlich von den vorherigen Feindbild-Beschwörungen und enthielt unübersehbar ein Angebot für den Fall eines sowjetischen Entgegenkommens.

Dieses Angebot wurde noch viel nachdrücklicher wiederholt und zugleich verdeutlicht, welche Schritte des Entgegenkommens von der Sowjetunion als Vorbedingung erwartet wurden. In einer Rede am 16. April 1953 ließ sich Eisenhower wie folgt hören: *"Die Welt weiß, daß mit dem Tode Stalins eine Epoche zu Ende ging....Jetzt ist eine neue Führergeneration in der Sowjetunion an die Macht gekommen. Die sie mit der Vergangenheit verknüpfenden Bande mögen auch noch so stark sein, sie bedeuten jedoch keine feste Bindung für sie. Die Gestaltung der Zukunft hängt weitgehend von ihrem Willen ab....Die neuen sowjetischen Führer haben somit eine einmalige Gelegenheit, sich....darüber klar zu werden, welchen Grad der allgemeinen Gefährdung wir ("wir"!) erreicht haben, und daß sie das ihre tun müssen, den Lauf der Geschichte zu wenden."*⁷⁵

Ist das nicht schon auf einen Ton gestimmt, als hoffe er darauf, auf der anderen Seite einen Partner zu finden, der die "allgemeinmenschlichen Interessen" über die marxistische Klassenkampf-Doktrin stellt? Diesem Ton treubleibend fuhr Eisenhower fort: *"Werden sie das tun? Wir wissen es heute noch nicht. In letzter Zeit scheinen gewisse Erklärungen und Gesten der sowjetischen Führung dafür zu sprechen, daß man sich dort dieses kritischen Augenblicks bewußt sein mag. Schon einige wenige klare und eindeutige Taten....würden ein eindrucksvolles Zeichen für das Vorhandensein einer ehrlichen, ernstgemeinten Absicht darstellen....Der erste Schritt auf diesem Wege muß der Abschluß eines ehrenhaften Waffenstillstands in Korea sein" sowie "die Unterzeichnung eines österreichischen Staatsvertrages durch die Sowjetunion."*

Diese Eisenhower-Erklärung ist ein erster, aber höchst beachtenswerter Hinweis darauf, daß die imperialistische Seite für möglich hält und darauf hofft, daß sich in der "neuen Führergeneration" der Sowjetunion Leute finden, die "keine feste Bindung" an die Prinzipien haben, denen die sowjetische Politik bisher gefolgt ist, Leute, die nicht am Grundsatz des Anti-Imperialismus festhalten, sondern bereit sind zur Kooperation mit den imperialistischen Mächten zur Beseitigung der "allgemeinen Gefährdung die wir erreicht haben", die also bereit sind überzugehen von der Position des Klassenkampfes zur Position der Klassenzusammenarbeit.

⁷³ AdG v. 9. März 1953, S. 3902

⁷⁴ AdG v. 19. März 1953, S. 3916

⁷⁵ AdG v. 16. April 1953, S. 3953

Noch deutlicher wird diese hoffnungsvolle Erwartung von Churchill ausgesprochen in einer Rede, die er am 11. Mai 1953 im Unterhaus hielt und in der er zugleich auch Hinweise dafür gab, welche Taktik angewendet werden sollte, um Vertreter solcher Tendenzen in der Sowjetführung zu ermutigen, auf ihrem Wege weiterzugehen: *"Das wichtigste Ereignis" - so Churchill - "ist ...natürlich die Änderung der Haltung und, wie wir alle hoffen, des Geistes, die im Sowjetbereich und insbesondere im Kreml seit dem Tode Stalins stattgefunden hat.... Es ist die Politik der (britischen, K.G.) Regierung, es durch jedes Mittel in ihrer Macht zu vermeiden, etwas zu tun oder zu sagen, das irgendeine günstige Reaktion hemmen könnte, die sich ergeben könnte, sowie jedes Zeichen einer Verbesserung in unseren Beziehungen mit Rußland zu begrüßen. Wir sind durch eine Serie freundlicher Gesten seitens der neuen Sowjetregierung ermutigt worden...Es würde, glaube ich, ein Fehler sein anzunehmen, daß mit der Sowjetunion nichts geregelt werden kann, sofern und solange nicht alles geregelt wird....So mögen z.B. Frieden in Korea oder der Abschluß des Österreich-Vertrages zu einer Erleichterung in unseren Beziehungen führen....Es würde bestimmt keinen Schaden verursachen, wenn jeder Saat für eine Zeit sich nach Dingen umsehen würde, die zu tun angenehm statt unangenehm für den Partner ist. Vor allem würde es ein Malheur sein, wenn wir durch unser natürliches Verlangen, eine allgemeine Regelung in der internationalen Politik zu erzielen, jedwede spontane und heilsame Evolution hindern würden, die sich innerhalb Rußlands abspielen könnte."⁷⁶ (Unterstreichung: K.G.)*

Dies ist die erste mir bekannte Formulierung des Konzepts der Strategie des "Wandels durch Annäherung", ausgesprochen von dem Mann, der wohl am klarsten erkannt hat, daß, da es nicht gelang, das Kind der Oktoberrevolution in der Wiege zu ersticken und auch nicht, es durch die Armeen des deutschen Imperialismus auslöschen zu lassen, ein ganz anderer, "friedlicher" Weg der Zersetzung der politischen und ideologischen Grundlagen des Sowjetstaates und der Sowjetgesellschaft versucht werden mußte zu gehen. Churchill beendete seine das Verhältnis zur Sowjetunion betreffende Redepassage mit dem Vorschlag einer Konferenz der führenden Mächte "auf höchster Ebene". Eine solche Konferenz fand schließlich im Juli 1955 in Genf statt. Sie war der Auftakt zu dem, was als "Entspannungspolitik" bezeichnet wurde und schließlich zur Gipfeldiplomatie führte, deren Hauptkennzeichen darin bestand, daß sie die Volksmassen zu passiven Zuschauern der auf diesen "Gipfeln" öffentlich aufgeführten Schaukämpfe degradierte, sie aber von den wirklich entscheidenden Verhandlungen und Abmachungen hinter den verschlossenen Türen ausschloß, die also ihrem Wesen nach unter neuem Namen eine Rückkehr zur Geheimdiplomatie alten Stiles waren.

Das Jahr 1955 brachte dann gleich mehrere Ereignisse, die Eisenhower, Dulles, Churchill und ihresgleichen in ihrer Hoffnung auf eine ihnen wohlgefällige Entwicklung der sowjetischen Politik zu bestärken geeignet waren, nachdem der von Eisenhower und Churchill 1953 als vorrangiges Zeichen guten Willens geforderte Waffenstillstand in Korea schon im gleichen Jahre zustande gekommen war. In der alljährlichen Botschaft des amerikanischen Präsidenten an den Kongress "zum Stand der Union" am Jahresbeginn traf Präsident Eisenhower - nach den gewohnten Sentenzen über die kommunistische Gefahr und der Versicherung der ausreichenden eigenen militärischen Fähigkeit zur Abschreckung des kommunistischen Aggressors - die bemerkenswerte Feststellung: *"Dies ist natürlich eine Art von Patt in der Welt."* Diese Einsicht

⁷⁶ AdG v. 15. Mai 1953, S. 3992

in die Unmöglichkeit, den Sozialismus mit militärischer Gewalt aus der Welt zu schaffen, zugleich aber auch die seit dem Frühjahr 1953 registrierten Anzeichen eines sich anbahnenden Wandels in der Politik der sowjetischen Führung waren die entscheidenden Faktoren dafür, daß in der imperialistischen Doppelstrategie die Linie der indirekten Strategie stetig an Gewicht gewann.⁷⁷

Mit Genugtuung dürften in Washington und London die Absetzung des Stalin-Vertrauten Malenkow als Regierungschef und seine Ersetzung durch einen Militär, den bisherigen Verteidigungsminister Bulganin, verzeichnet worden sein, wurde doch dessen Nachfolger als Verteidigungsminister Grigorij Shukow. Dieser Wechsel in der Regierung der Sowjetunion fand am 8. Februar 1955 statt, aber schon am 7. Februar hatte der Chef eines der größten US-Pressekonzerne, Hearst jun, mit Shukow ein langes Interview. Shukow beklagte die gegenwärtig schlechten Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern und ließ keinen Zweifel daran, daß die Verantwortung dafür allein bei den USA lag. Zugleich aber sagte er: *"Mein aufrichtiger Wunsch ist es, daß sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern verbessern. Ich möchte die Vereinigten Staaten besuchen, und bei einer Verbesserung der Beziehungen würde ich das mit Vergnügen tun Vor allem bitte ich, Präsident Eisenhower meine besten Wünsche zu übermitteln. Ich denke oft an die Zeit, als wir gemeinsam im Kontrollrat in Berlin arbeiteten. Damals haben wir viel Nützliches geleistet, und unsere guten Beziehungen haben zum guten gegenseitigen Verständnis zwischen unseren Ländern beigetragen. Ich möchte Präsident Eisenhower meinen Wunsch übermitteln, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern wieder hergestellt werden."*⁷⁸

Auf einer Pressekonferenz am 27. April 1955 ging Eisenhower indirekt auf dieses Interview ein, als er sagte, *"Daß das Gefühl bei ihm vorherrsche, daß die Beziehungen mit der kommunistischen Welt sich im Aufschwung befänden, wenn auch jede Entwicklung, die eine Verringerung der Spannung andeute, durch negative Momente aufgewogen werden könne....Präsident Eisenhower enthüllte auch, daß er in einem privaten Briefwechsel mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Marschall Grigorij Shukow stehe, der auf der alten Freundschaft zwischen ihm und Shukow aus dem Jahre 1945 beruhe, als beide alliierte Kommandanten in Berlin waren."*⁷⁹

Das zweite Zeichen guten Willens der Sowjetunion, das Eisenhower und Churchill nach der Zustimmung zum Waffenstillstand in Korea in ihren Reden gefordert hatten, war der Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich. In ihm verpflichtete sich bekanntlich Österreich zu ewiger Neutralität und erhielt dafür seine volle Souveränität zurück sowie den Abzug aller Besatzungstruppen. Seitens der USA-Politiker wurde die Zustimmung der Sowjetunion zum österreichischen Staatsvertrag sofort als ein Erfolg der Politik der Stärke ausgegeben und daraus die Schlußfolgerung gezogen, jetzt müsse man den Druck auf die UdSSR verstärken, damit sie gezwungen wird, auch einer Neutralisierung der mit ihr verbündeten osteuropäischen Länder zuzustimmen. In einem Bericht über eine Fernsehrede des US-Außenministers J. F. Dulles am 17. Mai 1955 hieß es, Dulles habe *"mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Russen im Falle Österreich zum ersten Male zurückgewichen seien, was von erheblicher Bedeutung für die*

⁷⁷ AdG v. 6. Januar 1955, S. 4946

⁷⁸ AdG v. 14. Februar 1955, S. 5016f.

⁷⁹ AdG v. 29. April 1955, S. 5139

*anderen Staaten Osteuropas so z.B. Ungarns und der Tschechoslowakei sein werde....Die gegenwärtige Entwicklung könnte einen Wendepunkt der Geschichte bedeuten. Die Politik der Stärke beginne ihre Früchte zu tragen."*⁸⁰

Eine ganz andere Schlußfolgerung hatte der sowjetische Außenminister Molotow aus Anlaß der Unterzeichnung des Staatsvertrages gezogen; er mahnte an, nunmehr zur Regelung der deutschen Frage nach dem Vorbild des österreichischen Staatsvertrages überzugehen durch die Herstellung eines neutralen Gesamtdeutschland und Beendigung des Besatzungsregimes.⁸¹ Diese Schlußfolgerung stieß auf geradezu wütende Ablehnung durch die USA-Politiker. In der Herald Tribune war zu lesen: *"Ein Regierungssprecher erklärte, daß man sich nur schwer vorstellen könne, daß die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Alliierten einem Vorschlag zustimmen würden, der die durch Jahre unternommenen diplomatischen und politischen Bemühungen hinsichtlich Westdeutschlands zunichte mache und der Sowjetunion die Vorteile eines militärischen Vakuums bieten würde. Die deutsche Mitgliedschaft bei der NATO müsse intakt bleiben."*⁸²

In der gleichen Zeitung war in einem den oben zitierten Dulles-Bericht kommentierenden Leitartikel vom 16. Mai 1955 zu lesen, *"daß selbst freie Wahlen in ganz Deutschland keine für den Westen befriedigende Lösung wären, solange die Russen die Länder Osteuropas kontrollieren. Eine Bedingung für die Ermöglichung von Verhandlungen über ein neutralisiertes Deutschland wäre, daß die Satellitenstaaten von dem verderblichen sowjetischen Druck befreit würden."*⁸³ Noch im Mai bekräftigte Dulles die nicht mehr rückgängig zu machende Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO und die Richtung, in der die Sowjetunion zu weiterem Zurückweichen gezwungen werden sollte mit den Worten, *"Deutschland gehört unumgänglich zum Westen. Denkbar sei aber ein neutraler Korridor östlich von Deutschland."*⁸⁴ Damit machte Dulles die Hauptstoßrichtung der Versuche deutlich, das sozialistische Lager aufzulösen: die Sowjetunion sollte durch äußeren Druck und durch Entfaltung von Loslösungsbewegungen in den sozialistischen Ländern dazu gebracht werden, die Restauration der bürgerlichen Ordnung dort hinzunehmen. Wer solche Pläne entwickelte, der mußte mit Kräften in der sowjetischen Führung rechnen, die bereit waren, eine solche "Evolution" zuzulassen oder gar zu unterstützen.

Ein weiteres, geradezu eine Zäsur schaffendes Ereignis dieses Frühjahrs 1955 war geeignet, solche Erwartungen und Hoffnungen zu verstärken: Die Aussöhnung der Sowjetführung mit Tito im Mai-Juni 1955. Um deren Bedeutung für die künftigen Ereignisse und Entwicklungen voll einschätzen zu können, muß an einige Fakten der Vor- und Nachgeschichte dieser Aussöhnung erinnert werden.

Diese Aussöhnung ging bekanntlich so vor sich, daß Chruschtschow der Sowjetunion die alleinige Schuld für die Entzweiung auflud, erklärte er doch wahrheitswidrig: *"Wir haben das Material, worauf die schweren Beschuldigungen und Beleidigungen beruhen,....sorgfältig geprüft. Die Tatsachen zeigen, daß dieses Material von den Feinden des Volkes, den verachtungswürdigen Agenten des Imperialismus, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen*

⁸⁰ AdG v. 22. Mai 1955, S. 5179

⁸¹ AdG v. 15. Mai 1955, S. 5164

⁸² AdG v. 22. Mai 1955, S. 5179

⁸³ ebenda

⁸⁴ AdG v. 6. Juni 1955, S. 5194

haben, fabriziert worden ist..." ⁸⁵ (Der gleiche Chrustschow erklärte 3 Jahre später auf einem Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei: *"Im Jahre 1948 nahm die Konferenz des Informationsbüros eine Resolution über die Lage in der KP Jugoslawiens an, die eine berechtigte Kritik an der Tätigkeit der KP Jugoslawiens in einer Reihe von Fragen enthielt. Diese Resolution war im wesentlichen richtig und entsprach den Interessen der revolutionären Bewegung."*⁸⁶

Zum Abschluß des Staats- und Parteibesuches der sowjetischen Delegation unterzeichneten Tito und Bulganin eine Erklärung, über die man in den westlichen Hauptstädten sehr zufrieden gewesen sein dürfte, bot sie doch eine Handhabe dafür, die Forderung an die Sowjetunion, der Neutralisierung der mit ihr verbündeten Staaten zuzustimmen, als Einlösung dessen auszugeben, was sie in dieser Erklärung unterschrieben haben. Diese Erklärung enthielt nämlich folgenden Passus: *"Beide Regierungen gehen von folgenden Prinzipien aus: gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Einmischung weder aus wirtschaftlichen, noch aus politischen, ideologischen oder sonstigen Gründen, da die Fragen der inneren Einrichtung, des Unterschiedes in den Gesellschaftssystemen und des Unterschiedes in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder sind."*⁸⁷

Etwa drei Wochen nach der sowjetischen Delegation reisten Delegationen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu Verhandlungen nach Belgrad, 24. - 27. 6. 1955. Die Abschlusserklärung über diese Verhandlungen brachte die Zufriedenheit der Westmächte über die Ergebnisse der jugoslawisch-sowjetischen Verhandlungen *"im Hinblick auf die positiven internationalen Ereignisse in der letzten Zeit"* zum Ausdruck. Sie unterstrich *"die volle Achtung und Anerkennung des Rechts aller Länder auf Unabhängigkeit, Gleichheit, Selbstverteidigung und kollektive Sicherheit"*⁸⁸, worunter die Teilnahme am imperialistischen Paktsystem verstanden wurde, worauf die lobende Erwähnung des Balkanpaktes hinwies, dem - im Widerspruch zur Behauptung der Blockfreiheit Jugoslawiens durch seine Führer - außer den beiden NATO-Partnern Griechenland und Türkei eben auch Jugoslawien als Gründungsmitglied angehörte. Durch diesen Pakt war Jugoslawien eingebunden in das von den USA geleitete imperialistische Paktsystem, und beabsichtigte dies auch nach der "Aussöhnung" mit der Sowjetunion zu bleiben, sagte doch Tito über Jugoslawiens Zugehörigkeit zum Balkanpakt am 3. August 1955 wörtlich: *"Das Abkommen ist nicht vorübergehender Natur"*⁸⁹

Hatte die USA-Reaktion auf die sowjetische Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Österreich schon gezeigt, daß die Führer der Vereinigten Staaten dazu neigten, auf sowjetische Zugeständnisse mit Verstärkung des Drucks zu reagieren, so wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 erkennbar, daß diese Neigung durch das Ausbleiben geforderter und erwarteter Zugeständnisse seitens der Sowjetunion erst recht gestärkt wurde. Vom 18. - 23. Juli 1955 hatte in Genf die von Churchill angeregte Konferenz der westlichen Regierungschefs mit dem der

⁸⁵ Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie! Organ des Kommunistischen Informationsbüros, Nr. 21/1955

⁸⁶ Neues Deutschland, Berlin, 5.6.1958

⁸⁷ Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S. 606

⁸⁸ AdG v. 29./30. Juni 1955, S. 5232

⁸⁹ AdG v. 3. August 1955, S. 5292

Sowjetunion stattgefunden. Eisenhower und Dulles hatten ihrem Stattfinden nur widerwillig zugestimmt und waren mit ihrem Ergebnis keineswegs zufrieden, hatte sie doch die bestehenden Verhältnisse eher akzeptiert denn eine Handhabe zu ihrer Veränderung zugunsten des Westens geliefert. In den folgenden Monaten hielten Eisenhower und Dulles mehrere Ansprachen, in denen sie diese ihre Unzufriedenheit unverhohlen aussprachen und mit scharfmacherischen Forderungen die West-Ost-Spannungen anheizten.

Am 24. August 1955 wurde in der Presse über eine Rede Eisenhowers in Philadelphia berichtet, *"in der er drei Einschränkungen zu der bei der Genfer Viererkonferenz inaugurierten Politik der friedlichen Koexistenz hervorhob: 1. Keine Verewigung des Status Quo für versklavte Völker; 2. Die Teilung Deutschlands kann nicht durch das Interesse der Sicherheit gerechtfertigt werden; 3. gegen die subversive kommunistische Ideologie."* Wörtlich sagte er: *"Der Wunsch, den Krieg zu verhindern,...kann zu Vereinbarungen führen, die direkt oder indirekt die Fehler und Ungerechtigkeiten der Gegenwart für die Zukunft verewigen. An solchen falschen Vereinbarungen dürfen wir nicht teilnehmen."*⁹⁰

Schnörkellos lautet die in diesem Satz enthaltene Botschaft: 'Es gibt Höheres als die Erhaltung des Friedens - nämlich den Sieg über den Kommunismus - notfalls auch durch Krieg!'

Am 10. Oktober 1955 führte Dulles in einer Rede vor der militanten "Amerikanischen Legion" aus, *"daß die Weltmeinung die Sowjetunion zwingen werde, ihre Beherrschung der Satelliten in Osteuropa zu mildern und die Wiedervereinigung Deutschlands zu gestatten..."* Weiter heißt es in dem Bericht über diese Rede: *"Dulles warnte davor, die neuen Freundschaftsbeteuerungen der Sowjets ohne sorgfältige Prüfung hinzunehmen. Die Vereinigten Staaten hätten Pläne für beide Eventualitäten vorliegen, ob es sich nun bei der neuen russischen Politik um einen echten Friedenswillen oder aber um ein betrügerisches Manöver handle."*⁹¹

Noch scharfmacherischer und aggressiver trat Dulles in einer Rede vor dem Industriellenverband von Illinois auf, in der er zur weltpolitischen Lage nach der Genfer Außenministerkonferenz (27.10.-4.11. und 8.11.-16.11.1955) Stellung nahm: *"Wir befinden uns in einer neuen Phase des Kampfes zwischen dem internationalen Kommunismus und der Freiheit. Seit dem letzten Frühling hat es den Anschein, als sei die Phase der Gewalt und der Gewaltdrohung vorüber. Aber wir müssen in unserem Handeln von der Annahme ausgehen, daß in der gegenwärtigen Sowjetpolitik nicht ein Wechsel der Zielsetzungen, sondern der Taktik eingetreten ist. Die freie Welt muß daher die Politik beibehalten, welche die Sowjetunion veranlaßt hat, von der Taktik der Gewalt abzugehen. Es ist dies die Politik der klaren Warnung, daß eine bewaffnete Aggression durch eine kollektive Aktion beantwortet würde und daß man bereit wäre, dieser politischen Warnung mit der abschreckenden Wirkung der Vergeltung Nachdruck zu verleihen. Das Programm der Abschreckung der Aggression durch den Aufbau einer Vergeltungsmacht ist nun Wirklichkeit geworden. Wir haben mit unseren Alliierten ein kollektives System großer Macht aufgebaut, das flexibel in jedem nötigen Ausmaß zur Anwendung kommen kann, um einen Angriff für den Gegner verlustreich zu machen. Unsere Fähigkeit zur Vergeltung muß massiv sein, um von allen Formen der Aggression abzuschrecken."*

⁹⁰ AdG v. 24. August 1955, S. 5320

⁹¹ AdG v. 10. Oktober 1955, S. 5402

Sollten wir jedoch von dieser Möglichkeit Gebrauch machen müssen, dann würde dies selektiv und in Anpassung an die Gegebenheiten geschehen."⁹²

Schließlich beschloß Präsident Eisenhower das Jahr 1955 mit einer "Weihnachtsbotschaft", die über den berüchtigten Kalten-Kriegs-Sender 'Freies Europa' nach Osteuropa ausgestrahlt wurde, in der er verkündete: *"Es ist mein Wunsch, Euch in der Weihnacht wissen zu lassen, daß das amerikanische Volk die schweren Prüfungen würdigt, unter welchen ihr leidet, sich mit Euch in Eurem Streben bei der Wiederherstellung der Freiheit des Individuums und der politischen Freiheiten vereint und Euren Glauben teilt, daß das Recht schließlich obsiegen wird, indem Ihr wiederum in den Kreis der freien Nationen der Welt zurückkehrt.*"⁹³

Das neue Jahr 1956 war kaum angebrochen, da gab Außenminister Dulles der amerikanischen Zeitschrift 'Life' ein Interview, dem zu entnehmen war, daß er sich für das neue Jahr noch eine Steigerung der kriegstreiberischen Kampagne gegen die Sowjetunion und darüber hinaus auch gegen die Volksrepublik China vorgenommen hatte. Er führte aus, die USA seien nicht nur bereit gewesen, im Falle des Abbruchs der Waffenstillstandsverhandlungen zur Beendigung des Korea-Krieges durch die Kommunisten den Krieg in Korea wieder aufzunehmen, *"sondern ihn darüber hinaus durch Luftbombardements der Mandschurei und durch die Verwendung atomarer taktischer Waffen"* auszuweiten. Wegen dieser Drohungen habe China die Verhandlungen fortgesetzt. Dulles lobte die USA und ihren Präsidenten dafür, daß sie sich nicht gescheut hätten, während der letzten Jahre *"bis an die Schwelle des Krieges"* zu gehen, und das dreimal, in den Fällen Korea, Indochina und Formosa.⁹⁴ Da er im Interview auch behauptet hatte England sei mit der geplanten Intervention einverstanden gewesen, erfolgte umgehend ein inoffizielles Dementi dieser Behauptung durch den politischen Korrespondenten der "Times", die britische Regierung und ihr Außenminister Eden hätten zu keinem Zeitpunkt einer Intervention zugestimmt.⁹⁵

Wie sehr Dulles und Eisenhower von der Genfer Viererkonferenz enttäuscht gewesen waren, ließ Dulles in seinem Interview erkennen, als er wissen ließ, er habe nach dieser Konferenz ein Memorandum verfaßt, das im Nationalen Sicherheitsrat als Hauptmaßstab für die Beurteilung der sowjetischen Handlungsweise angesehen werde, und worin es heiße: *"Wir müssen annehmen, daß die Sowjetführer ihren kürzlichen Wechsel in der Politik als eine Anwendung des klassischen kommunistischen Manövers betrachten, das als Zick-Zack bekannt ist. Wir dürfen uns durch ein solches Manöver nicht fangen lassen."*

Gegen die Darstellung im Dulles-Interview, als hätten die USA durch ihre Kriegsbereitschaft einen Sieg über die Sowjetunion und Volkschina errungen, wandte sich einer der klügsten amerikanischen politischen Kommentatoren, Walter Lippmann, in einer sehr treffenden Analyse des beiderseitigen Kräfteverhältnisses in einem Artikel in der "New York Herald Tribune"⁹⁶, in dem es u.a. hieß: *"Bisher gibt es keine plausible Erklärung, warum Herr Dulles den Artikel im Life-Magazin über sich schreiben ließ. Die außergewöhnliche Tatsache bei diesem Artikel ist, daß er vorgibt, die innere Wahrheit unserer kürzlichen Politik im Fernen Osten zu enthüllen,*

⁹² AdG v. 9. Dezember 1955, S. 5512

⁹³ AdG v. 25. Dezember 1955, S. 5534

⁹⁴ AdG v. 14. Januar 1956, S. 5565

⁹⁵ ebenda

⁹⁶ AdG v. 19. Januar 1956, S. 5577f.

aber eine grundsätzlich falsche Darstellung liefert. Das Falsche liegt darin, daß Herr Dulles das, was in Korea, Indochina und der Straße von Formosa geschah, als einseitige Abschreckung seitens der Vereinigten Staaten beschreibt. Was wirklich geschah war, daß beide Seiten und alle Betroffenen in einem Verhältnis gegenseitiger Abschreckung gehalten wurden. Wenn es daher zweifellos wahr ist, daß die Kommunisten aus Furcht vor unserem Rückschlag abgeschreckt wurden, so ist es ebenso unzweifelhaft wahr, daß Dr. Syngman Rhee, General Tschiang Kaischek, Admiral Redford und jene, die in Indochina intervenieren wollten, aus Furcht vor einem sowjetischen Rückschlag abgeschreckt worden sind. Das Bestehen eines militärischen 'Patt' erklärt - was die einseitige Darstellung des Herrn Dulles nicht tut - die politische Situation in dem strittigen Gebiet in der Nachbarschaft Chinas.

Das tatsächliche Verhältnis gegenseitiger Abschreckung oder eines militärischen 'Patt' ist zuerst von Churchill erkannt worden, als er die Resultate des Versuchs mit der Wasserstoffbombe erfuhr. Bald darauf wurde vom Präsidenten die Schlußfolgerung hieraus in seiner berühmten Erklärung gezogen, Daß es keine Alternative zum Frieden gibt. Diese Erklärung, der die Russen seither beipflichten, war es, die zur Genfer Konferenz führte und ihr Herzstück war. Wenn es aber keine Alternative zum Frieden gibt, so kann niemand an die Schwelle des Krieges in dem Sinne schreiten, daß er mit einem Kriege droht. Wenn der Krieg keine Alternative ist, so ist jeder, der mit einem Kriege droht, entweder ein Verrückter oder ein Bluffer. Wenn der Krieg keine Alternative ist, dann müssen strittige Fragen durch einen Ausgleich beigelegt werden. Wenn, wie der Artikel des Herrn Dulles es vorgibt, obzwar er selbst es besser wissen muß, wir die einseitige Abschreckung im Fernen Osten gewesen wären, so würden wir eine militärische Überlegenheit genossen haben, die hingereicht hätte, die Kommunisten zu einem Nachgeben bei den Streitfällen in unserem Sinne zu veranlassen. Alles, was wir aber in der Tat zu erlangen in der Lage waren, war ein Friede auf der Basis des militärischen Status Quo. Beide Seiten hatten einen Frieden ohne Sieg zu akzeptieren.

Herr Dulles muß wohl der erste Außenminister sein, der jemals kriegslüsterner erscheinen wollte, als er wirklich war. Das Life-Magazin hat das Bild eines wagemutigen und drohenden Mannes gemalt, der den Gegner in Furcht gesetzt hat. Tatsache ist, daß jeder in Furcht gesetzt wurde. Die Kommunisten sind von einer Aggression über die Linie des Status Quo hinaus abgeschreckt worden; wir sind von einer Befreiung über diese Linie hinaus abgeschreckt worden. Um diese Linie aufrechtzuerhalten. Um diese Linie aufrecht zu erhalten und zu stabilisieren, an welcher beide Seiten abgeschreckt sind, haben wir nicht nur bekannt gegeben, daß wir kämpfen würden, wenn diese Linie durch bewaffnete Kräfte überschritten würde, sondern wir haben auch Zusicherungen gegeben, diese Linie nicht in der umgekehrten Richtung zu überschreiten."

Die wichtigste Feststellung in diesem Lippmann-Kommentar war die vom militärischen Patt, das keine Alternative zum Frieden lasse, wie ja Eisenhower selbst schon eingeräumt habe. Aber offenbar fiel es den Kalten Kriegern vom Schlage Eisenhower und Dulles schwer, diese Konsequenz zu akzeptieren. Doch je nachdrücklicher sich die Situation des militärischen Patt bestätigte und je mehr Signale aus dem sozialistischen Lager kamen, daß dort ein Prozeß des "inneren Wandels" vor sich ging, um so sicherer mußte die Politik der "Konterrevolution auf Filzlätschen", auf die Eisenhower und Churchill nach dem Tode Stalins vorsichtig abwägend eingeschwenkt waren, zur dominierenden Linie imperialistischer Strategie im Kampf gegen den Sozialismus werden.

Daher war der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 Ausgangspunkt für die Durchsetzung der "indirekten Strategie" der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zur Hauptlinie in der Doppelstrategie des Imperialismus gegen den Sozialismus. Der Bruch, der dort mit der bolschewistischen Vergangenheit, mit der marxistisch-leninistischen Theorie vollzogen wurde, überstieg sicherlich selbst die kühnsten Hoffnungen, die man sich in den westlichen Führungsstäben des antikommunistischen Kampfes gemacht haben mochte. Sahra Wagenknecht brachte diesen Bruch auf die kurze Formel: *"1. undifferenzierte und pauschale Vergangenheitsabrechnung...und gleichzeitige Revision grundlegender Thesen des Marxismus-Leninismus (etwa die Akzeptanz eines parlamentarischen Weges zum Sozialismus...); 2. Die ausdrückliche Anerkennung des jugoslawischen Weges (zu dessen Grundposition die Ablehnung einer einheitlichen Gesamtstrategie des sozialistischen Lagers gehörte) als rechtmäßigem Weg des sozialistischen Aufbaus; 3. Die ersatzlose Auflösung des Kominformbureaus im Jahre 1956, damit der einzigen Institution, die wenigstens den Anspruch auf eine einheitliche Gesamtstrategie der sozialistischen Weltbewegung noch zum Ausdruck brachte;..."*⁹⁷

Es war kein Zufall, daß die erste westlich Stimme, die nach dem XX. Parteitag eine Änderung der Politik gegenüber der Sowjetunion forderte, aus Frankreich kam. Sein Außenminister Pineau übte vor Vertretern der anglo-amerikanischen Presse in einer Rede am 2. März in Paris scharfe Kritik an der amerikanischen und britischen Politik in Nordafrika, im Nahen Osten, in Vietnam und gegenüber der Sowjetunion. Zu diesem letzten Punkt äußerte er: *"Gegenüber dem Ostblock gäbe es nur zwei Arten der Haltung: 'Entweder, man führt mit ihm einen totalen Krieg - eine Politik, die aufgegeben wurde, worüber ich glücklich bin - oder man muß erforschen, wie die Koexistenz beschaffen sein soll.' Pineau meinte, daß die westliche Welt über eine rein statische Konzeption der Koexistenz hinausgehen sollte. Solange der gegenwärtige Zustand währt, werde eine westliche Propaganda in den kommunistischen Ländern ausgeschlossen, während die eigenen Ländern einer kommunistischen Propaganda ausgesetzt seien. Wenn man aber den Eisernen Vorhang senke, so würden die kommunistischen Länder gegen die Propaganda der Freiheit nicht unempfindlich bleiben. Deshalb werde die französische Politik systematisch auf einen kulturellen Austausch zwischen Ost und West gerichtet werden."*⁹⁸(27)

Am 21. April berichtete die Presse über eine Rede Eisenhowers zu den Richtlinien der USA-Politik "angesichts der Änderungen des Sowjetregimes". Diese Rede machte eigentlich nur deutlich, daß man dabei blieb, auf jede in gewünschter Richtung vor sich gehende Änderung in der Sowjetunion den Forderungskatalog mit noch größerem Nachdruck vorzubringen: *"Wir müssen mit jedem friedlichen Mittel erstreben, den Sowjetblock zu veranlassen, bestehende Ungerechtigkeiten zu korrigieren und auf echte Art friedlich Ziele in seinen Beziehungen mit anderen Nationen zu verfolgen....Eine Sowjetregierung, die diesen Zielen wahrhaft verhaftet ist, kann freundschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und der freien Welt haben, wenn sie es will. Wir werden diesen Tag begrüßen"*⁹⁹ (28) - also den Tag der freiwilligen Unterwerfung unter die Richtlinien der USA!

⁹⁷ Sahra Wagenknecht, Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzungen. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Bonn 1995, S. 34

⁹⁸ AdG v. 3. März 1956, S. 5657

⁹⁹ AdG v. 21. April 1956, S. 5736

Am 23. April berichtete die amerikanische Presse über eine Rede von John Foster Dulles, nach der zu urteilen dieser erstaunlicherweise ein besseres Empfinden dafür erkennen ließ, daß der XX. Parteitag der KPdSU möglicherweise einen tiefen Einschnitt bedeuten könnte als sein Präsident. *"Der Kalte Krieg",* sagte er, *"ist in eine neue Phase eingetreten....Die freie Welt kann aus der Tatsache Befriedigung schöpfen, daß man heute innerhalb Rußlands Anzeichen von Licht erblicken kann, die das Heraufdämmern dieses neuen Tages ankündigen."* Er sprach von einem "New Look" der sowjetischen Politik: *"Es ist wichtig, abzuschätzen, was diese Änderungen bedeuten und auch, was sie nicht bedeuten....Sie müssen auch bedeuten, daß liberale Kräfte innerhalb des Sowjetblocks am Werke und mächtig genug sind, um einige Reaktionen herbeizuführen oder mindestens den Anschein solcher Reaktionen zu entwickeln. All dies ist von unermeßlicher Bedeutung. Es ist mehr, als die freie Welt vor ein paar Jahren zu hoffen wagte. Unsere Befriedigung darüber muß aber zurückhaltend sein...."*¹⁰⁰

Die weiteren Auswirkungen des XX. Parteitages in der Sowjetunion und in den europäischen sozialistischen Ländern - z.B. die provokatorischen Ausschreitungen in Poznan - bestärkten Dulles in seinen Hoffnungen auf einen baldigen Umsturz der Machtverhältnisse so sehr, daß er in einer Pressekonferenz um den 10. Juli 1956 voraussagte, *"daß Kräfte der Freiheit, die nunmehr hinter dem Eisernen Vorhang am Werke seien, sich als unwiderstehlich erweisen und die internationale Szenerie bis zum Jahre 1965 umändern könnten. Die Sowjetführer hätten durch die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm eine Kettenreaktion ausgelöst, die sie auf lange Sicht nicht aufhalten könnten."* Dulles sagte weiter: *Aus diesem Grund verfolgt die ganze Welt aufmerksam das wirkliche Resultat der gegenwärtigen Entwicklungen. Wenn diese Entwicklungen vertrauenerweckende Änderungen in der inneren und äußeren Politik der Sowjetunionzeitigen sollten, dann würden sie fruchtbare Veränderungen der Weltlage herbeiführen. Wir warten hoffnungsvoll auf diesen Tag."*¹⁰¹ Die vom XX. Parteitag ausgelöste "Kettenreaktion" hat den erhofften Tag zwar nicht in neun Jahren, bis 1965, herbeigeführt, aber schließlich traten ab 1985 die erwarteten "vertrauenerweckenden Änderungen" unter dem Namen von Perestroika in rasantem Tempo ein - die Strategie der "Konterrevolution auf Filzlatschen", die indirekte Strategie des "Wandels durch Annäherung" hatte 1989/90 endlich zum Erfolg geführt.

Epilog: Nicht nur John Foster Dulles hatte an den XX. Parteitag der KPdSU und seine Auswirkungen große Hoffnungen geknüpft - es waren vor allem die Kommunisten in der ganzen Welt, die voller Vertrauen die von der Tribüne dieses Parteitages verkündeten Verheißungen über den nicht mehr fernen Sieg des Sozialismus über den Imperialismus aufnahmen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Als der vielen von Euch noch gut bekannte Josef Schleifstein einmal gefragt wurde, ob er - wegen der Enthüllungen über Stalin - den XX. Parteitag als Belastung oder als Befreiung empfunden habe, antwortete er: *"In beiden Richtungen,...doch überwog in meinen Gedanken und Gefühlen von Anfang an das Moment der Befreiung, der neuen Möglichkeiten und Perspektiven, die er für die Entwicklung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, für die kommunistische und antiimperialistische Bewegung überall in der Welt eröffnete."*¹⁰²(31)

¹⁰⁰ AdG v. 23. April 1956, S. 5739f.

¹⁰¹ AdG v. 11. Juli 1956, S. 5873

¹⁰² Deutsche Volkszeitung v. 14.2.1986

John Foster Dulles und Josef Schleifstein, der wütende Antikommunist und Spitzenvertreter des US-amerikanischen Imperialismus und der glühende Kommunist und Kämpfer gegen den Imperialismus - beide erhofften sich von der Anti-Stalin-Kampagne und dem Liberalisierungsprogramm des XX. Parteitages daß sie ihre total entgegengesetzte, konträre Sache zum Erfolg führen würden.

Es lohnt sich nicht nur, sondern ist dringend geboten, darüber nachzudenken und nachzuforschen, weshalb sich die Prognose und die Hoffnungen des Imperialismus erfüllten, die Hoffnungen des Kommunisten dagegen als irrig erwiesen.

Kurt Gossweiler, Berlin

Kurt Gossweiler: Gemeinsamkeiten und Unterschiede von „altem“ und „modernem“ Revisionismus ¹⁰³

Gemeinsam ist dem alten wie dem neuen, dem „modernen“ Revisionismus, dass beide innerhalb der revolutionären marxistischen bzw. marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung den revolutionären Antikapitalismus und Anti-Imperialismus zu verdrängen und zu ersetzen suchten durch eine Ideologie und Praxis des Reformismus, der Klassenzusammenarbeit, und dass beide sehr bald zu Agenturen der Bourgeoisie, zu Instrumenten der bourgeoisen Konterrevolution wurden.

Ein Grund dafür ist, dass die Bourgeoisie ein wachsames Auge auf alle politischen Organisationen wirft, ein ganz besonders wachsames auf die kommunistischen Parteien, und dass sie die ihr gefährlich erscheinenden Organisationen nicht nur durch Repression, sondern auch durch Diversion bekämpft. Mit größter Aufmerksamkeit verfolgen ihre dafür zuständigen Organe innerparteiliche Auseinandersetzungen in den kommunistischen Parteien, und jede innerparteiliche Opposition besitzt eine magische Anziehungskraft auf Mitarbeiter dieser Organe. Auf allen möglichen und unmöglichen Wegen suchen sie Kontakt zu solchen Oppositionellen, aber nicht nur Kontakt, sondern die Möglichkeit, auf solche Oppositionsgruppen – sei es von außen, noch besser aber von innen – Einfluss zu nehmen und schließlich sie in eine gewünschte Richtung zu steuern.

Aber die Aufgabe, die sich der alte Revisionismus der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien stellte, und jene, vor die sich der moderne Revisionismus in den regierenden kommunistischen und Arbeiterparteien gestellt sah, waren trotz Einigkeit im Ziel geradezu gegensätzlich:

Der **alte Revisionismus** hatte zum Ziel, den revolutionären Sturz der bestehenden Ordnung, des Kapitalismus, zu verhindern, also die bestehende Ordnung, ein bisschen reformiert, zu erhalten.

Der **moderne Revisionismus** hatte und hat zum Ziel, die bestehende Ordnung, den Sozialismus, zu beseitigen, durch „Liberalisierung“ und schrittweise Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen.

¹⁰³ Aus: „offen-siv“ 10-2003; Sonderheft: „Die Ursprünge des modernen Revisionismus“, S. 75-80

Der „alte“ und der „moderne“ Revisionismus sind auch auf unterschiedliche Weise entstanden. Zwar sind beide aus dem Boden des Imperialismus erwachsen, aber auf doch recht unterschiedliche Weise und unter ganz unterschiedlichen Bedingungen.

Der alte Revisionismus entstand, wie schon oben abgehandelt, als ideologische und politische Strömung der vom Imperialismus privilegierten Oberschichten der Arbeiterklasse, die ihren Frieden mit der gegebenen kapitalistischen Ordnung gemacht hatten. Diese Strömung und ihre Ideologen und Wortführer in der Spitze der Sozialdemokratie fanden die kräftige Unterstützung der klügsten Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie. Wo die revisionistischen Führer die Partei in die Hand bekamen, wandelten sie diese um in Parteien, für die Kurt Tucholsky das treffende Bild vom Radieschen fand: außen rot und innen weiß. Im ersten Weltkrieg erwies sich, dass diese Parteien bereits zu bürgerlichen Arbeiterparteien und damit Stützen der imperialistischen Ordnung, zu Agenturen des Imperialismus in der Arbeiterklasse, geworden waren.

Anders entstand der moderne Revisionismus.

Ich rechne die linken und rechten Strömungen, die es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung und vor allem in der KPdSU in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg gab, nicht dem modernen Revisionismus zu, sondern zu seinen Vorläufern. Dies deshalb, weil sie nie zur Formulierung eines solch umfassenden Gegenprogramms gelangten, wie es das in ersten Grundzügen von Browder verfasste, dann aber von den jugoslawischen Revisionisten unter Führung Titos weiterentwickelte Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens war, dessen Kerngehalt in der Erklärung der internationalen Moskauer Beratung vom November 1957 beschrieben, und das - systematisiert und kodifiziert - 1958 auf dem Ljubljanaer Parteitag der Tito-Partei als Gegenprogramm gegen das noch auf dem Marxismus-Leninismus beruhenden Programm der KPdSU angenommen wurde.

Die Besonderheit der Entstehung des modernen Revisionismus besteht nun darin, dass bereits seine ersten Schritte sich des erwartungsfrohen Segens des USA-Imperialismus erfreuten: Wir erinnern an die Begründung des Weißen Hauses, mit der Browder aus dem Gefängnis entlassen wurde – die Entlassung liege „im Interesse der Einheit der nationalen Front“ - und daran, dass es der Vertrauensmann von Allan Dulles, Noel Field war, der für die Verbreitung der Browder-Thesen unter den Mitgliedern der europäischen kommunistischen Parteien, insbesondere unter den deutschen, tschechischen, polnischen und ungarischen kommunistischen Emigranten, sorgte.

Bei der Geburt der Urform des modernen Revisionismus, des „Browderismus“, waren also US-Staatsorgane wenn nicht Geburtshelfer, so doch Pate und Entwicklungshelfer. Und dabei blieb es nicht nur, sondern diese Sorge der imperialistischen Geheimdienste um das Wohl und Wehe und Gedeihen des modernen Revisionismus wurde vor allem nach der Bildung antifaschistisch-demokratischer und sozialistischer Staaten im Osten Europas immer intensiver.

Browders „nationale Einheitsfront“-Thesen waren zum einen das Produkt des enormen Drucks des amerikanischen Kapitalismus und seines Staates auf die kommunistische Bewegung (Verbotsdrohung!) und auf ihn selbst, (Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis), zum anderen des ganz ungewöhnlichen und vorher für unmöglich gehaltenen Bündnisses der imperialistischen Führungsmacht USA mit der so lange verfemten und zum Reich des Bösen erklärten sozialistischen Sowjetunion in der Anti-Hitler-Koalition und schließlich der Bemühungen des

US-Geheimdienstes, die Bindung der Kommunistischen Partei der USA an die Sowjetunion und die Komintern zu lösen und sie zu einer das System mittragenden reformistischen Organisation umzuwandeln..

Browders Wirken als Generalsekretär der KP USA nach seiner Haft-Entlassung lag ganz auf der Linie der Erfüllung der Wünsche der Herrschenden: Auflösung der KP und ihre Verwandlung in einen Verein, Loslösung nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch-ideologisch von der Komintern und der KPdSU, Verkündung der Zurückstellung der sozialistischen Zielsetzung zugunsten der Bildung einer dauerhaften klassenübergreifenden nationalen Einheitsfront, dies mit der Begründung, das sei der Beitrag der Kommunisten der USA zur Fortführung der Zusammenarbeit USA – UdSSR auch nach dem Kriege und damit zur Sicherung des Friedens.

Als es Browder zunächst gelang, die Mehrheit der Parteimitglieder für seinen „nationalen Weg“ und für die Umwandlung der Partei in einen „politischen Verein“ zu gewinnen, erkannten die us-amerikanischen Spezialisten für die Bekämpfung des Kommunismus sehr schnell, dass der „Browderismus“, wenn es gelang, ihn zu internationalisieren und in alle kommunistischen Parteien zu implantieren, insbesondere in jene, die im Osten Europas voraussichtlich bald Regierungsparteien sein würden, geeignet war, neben dem Trotzismus eine neue wirkungsvolle Waffe zur Schwächung und Zersetzung der kommunistischen Bewegung von innen zu werden. Welche praktischen Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden, haben wir am Beispiel des Wirkens von Noel und Hermann Field gesehen.

Mit den Ergebnisse der Bemühungen von nur zwei Jahren, also bis zum Jahr 1946, um das Einpflanzen von Keimen des modernen Revisionismus in weitere kommunistische Parteien konnten Field und Dulles hochzufrieden sein:

Die inzwischen zur regierenden Partei gewordene Kommunistische Partei Jugoslawiens wurde ausschließlich von Verfechtern des modernen Revisionismus beherrscht.¹⁰⁴ Jugoslawien wurde von den Führern der KPJ mit dem Spitzentrio Tito, Kardelj und Rankovic in Koordinierung mit dem britischen und us-amerikanischen Geheimdienst zu einem Gegenzentrum gegen die Sowjetunion ausgebaut, während die KPJ selbst die Rolle eines Trojanischen Pferdes des Imperialismus in der Festung der Kommunistischen Parteien und zugleich die Rolle eines Leitzentrums des modernen Revisionismus für die Stützpunkte in anderen kommunistischen Parteien übernahm.

Noch während die kommunistischen Parteien im Osten Europas im Kampfe gegen die faschistischen Okkupanten standen, war es in einigen von ihnen Funktionären, die auf nationalistischen, antisowjetischen, prowestlichen, also auf Browder- und Tito-Positionen standen, gelungen, Schlüsselpositionen zu besetzen:

In der Polnischen Arbeiter-Partei war seit 1943 Erster Sekretär Wladylaw Gomulka, auf den Tito große Hoffnungen setzte, dass es ihm gelingen werde, die PAP zu einer Partei nach dem Vorbild der KPJ umzugestalten.¹⁰⁵

¹⁰⁴ Belege dazu in den bereits zitierten Bänden zu den Prozessen in Budapest und Prag und in dem Band: Traitscho Kostoff und seine Gruppe, Berlin 1951, über den Kostoff-Prozess in Sofia. Siehe auch meinen Vortrag: Die Entfaltung des Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung; in: Auferstanden aus Rinen, Hannover 2000, S. 164 und 176-178

¹⁰⁵ Auferstanden aus Ruinen, a.a.O., S. 159-161

In der Kommunistischen Partei Ungarns war es Laszlo Rajk¹⁰⁶- Mitglied der Kommunistischen Partei seit Anfang der 30er Jahre, 1931 Verhaftung durch die Horthy-Polizei, freigekommen, nachdem er eine Bereitschaftserklärung zur Zusammenarbeit mit der Polizei unterzeichnet hatte, 1937 mit Auftrag der Polizeibehörde nach Spanien zum Rákosi-Bataillon, dort im Juni 1938 aus der Partei ausgeschlossen, 1939 in Frankreich im Lager Vernet interniert, dort Anschluss an eine Gruppe jugoslawischer Trotzisten und Besuch auch von Noel Field, 1941 zur Arbeit nach Deutschland verbracht, von dort im August 1941 nach Budapest zurückgekehrt - dem es gelang - da den Genossen nichts von allem ihn Belastenden bekannt war - zunächst Sekretär der Budapester Parteiorganisation zu werden, und nach dem Sturz des faschistischen Szalasi-Regimes und der Bildung der ersten kommunistisch geführten Regierung der Ungarischen Republik im Februar 1946 sogar zum Innenminister in der Regierung aufzusteigen, die von Imre Nagy als Ministerpräsident geleitet wurde - auch dieser ein – wie sich zehn Jahre später zeigen sollte – Parteigänger Titos.¹⁰⁷

In der Kommunistischen Partei Bulgariens wurde Traitscho Kostoff im März 1945 1. Sekretär des ZK und damit der Stellvertreter Georgi Dimitroffs in Bulgarien bis zu dessen Rückkehr aus Moskau Ende 1945. Kostoff arbeitete mit dem englischen und dem jugoslawischen Geheimdienst zusammen.¹⁰⁸

In der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bekleidete den Posten des Generalsekretärs Rudolf Slansky, seit 1921 Mitglied und schon seit den späten zwanziger Jahren leitender Funktionär der Partei. Er benutzte seine Machtvollkommenheit, um Leute in Schlüsselpositionen im Staats- und Wirtschaftsapparat einzubauen, von denen ihm bekannt war, dass sie eine feindliche, antikommunistische und antisowjetische, prowestliche und pro-titoistische Einstellung hegten, und auch solche, deren Verbindung zu imperialistischen Geheimdiensten und feindlichen, darunter auch zionistischen Organisationen ihm bekannt waren. Auf diese Weise wurde er, wie es die Anklage formulierte, zum Leiter eines staatsfeindlichen Verschwörerzentrums.¹⁰⁹ An dieser Stelle sei an den Bericht Leo Bauers über sein Begegnung mit Slansky, Clementis und André Simone im Sommer 1948 erinnert, in dem er deren große Unzufriedenheit über „den Druck aus Moskau“ zur Zurückziehung der Zustimmung zum Marshall-Plan und über „den Bruch des Kominform mit Tito“ beschrieb. (S.42)

In der Deutschen Demokratischen Republik hatten viele von Fields Freunden und der von ihm in der Emigration Betreuten wichtige Funktionen in der Partei, im Staatsapparat, in den Massenorganisationen und im Kultur- und Medien-Bereich inne. Der, mit dem Field die engsten Beziehungen unterhalten hatte, Paul Merker, war erwartungsgemäß Mitglied im Politbüro der SED geworden, ebenfalls Franz Dahlem, den Field auch aus dessen Internierung in Frankreich kannte.

Field selbst kehrte nach dem Ende des Krieges nur für kurze Zeit in die Staaten zurück, suchte jedoch, wie wir schon gesehen haben, in der DDR oder in der Tschechoslowakei eine Anstellung zu finden. Wie schon aus dem Matern-Bericht zitiert, wurde Field, „um ihn in die

¹⁰⁶ Laszlo Rajk und Komplizen, Berlin 1949, S. 41-67

¹⁰⁷ Auferstanden aus Ruinen, a.a.O., S. 167-174

¹⁰⁸ ebenda, S. 174-178, sowie Traitscho Kostoff und seine Gruppe, a.a.O., S. 82-141

¹⁰⁹ Prozess gegen die Leitung..., (Slansky-Prozess), S. 7-109, auch: Auferstanden aus Ruinen, a.a.O., S. 161-163

Deutsche Demokratische Republik einzubauen,...wegen Unterstützung der Kommunisten von seiner amerikanischen Dienststelle entlassen. Um ihm eine Grundlage in der CSR zu schaffen, wird er vom unamerikanischen Komitee öffentlich als kommunistischer Agent angeklagt.“

Der wirkliche Grund für sein Bleiben in Europa war, dass die eigentliche Arbeit für ihn ja jetzt erst begann: nun, da seine „Schützlinge“ hohe und höchste Funktionen in den kommunistisch regierten Ländern innehatten, wurde die Verbindung zu ihnen erst richtig wertvoll und von größter Wichtigkeit. Das Netz in der Emigration zu knüpfen – das war nur Vorbereitungsarbeit gewesen. Jetzt stand der wichtigere Teil bevor: dieses Netz zum Einsatz zu bringen, mit ihm zu arbeiten und es nach Möglichkeit durch Gewinnung neuer Adressen noch dichter zu machen! Diese Arbeit konnte keinem anderen übertragen werden – ihr Erfolg beruhte ganz auf dem Vertrauensverhältnis, das Field zu seinen „Schützlingen“ aufgebaut hatte.

Von Fields Bemühungen, neue zusätzliche Adressen zu gewinnen, hatten wir schon im Matern-Bericht Kenntnis erlangt. Diese Bemühungen hat auch Kießling erwähnt. Field hatte durch Vermittlung von Walter Bartel Franz Dahlem in Bartels Wohnung getroffen. *„Ein Ergebnis der Begegnung Dahlems mit Field war zweifellos, dass zwischen Field und der VVN, (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, K.G.) vertreten durch Helmut Bock, Spenden des USC vereinbart wurden.“* (Kießling, S.132).

Kießling ist zu dieser Auffassung offenbar durch die Darstellung im Beschluss des ZK der SED vom 20.Dezember 1952 gekommen, in dem ausgeführt wurde: *„Er (Field) versuchte mehrmals Listen von Opfern des Faschismus zu erhalten und wandte sich deshalb an das Zentralsekretariat der SED. Da er hier jedoch abgewiesen wurde, knüpfte er durch fingierte Telefonanrufe eine Verbindung zum Berliner Hauptausschuss der Opfer des Faschismus an, wo es ihm tatsächlich gelang, nach mehreren Besprechungen eine Liste mit 25 Namen zu erhalten.“*

Beide Darstellungen stimmen so nicht. Als mir Helmut Bock, mit dem ich befreundet war, einmal von dieser Begegnung mit Field erzählte, bat ich ihn, das doch aufzuschreiben. Das tat er. Hier sein Bericht vom 17.7.1992: *„Nach meiner nicht mehr genauen Erinnerung, es kann in der wärmeren Jahreszeit im Jahr 1948 gewesen sein, auf jeden Fall war es noch vor der Spaltung, da erhielt ich in meiner Dienststelle (ich war damals Leiter des Hauptamtes Opfer des Faschismus im Berliner Magistrat) einen Anruf von der Amerikanischen Militärregierung. Der Mann am Apparat stellte sich als Noel Field vor, und er bestellte mich zu einer Unterredung in die Wohnung von Walter Bartel, der damals in Schöneberg wohnte, Straße weiß ich nicht mehr. Als ich zum verabredeten Zeitpunkt im Treppenhaus emporstieg, kam mir von oben ein großer, sehr schlanker Mann entgegen, der zu mir sagte, er wäre Field, bei Bartels wäre niemand zu Hause, er bat mich, in seinem Straßenkreuzer Platz zu nehmen, und auf der Fahrt fand dann ein Gespräch statt: Er sei Mitarbeiter einer Hilfsorganisation der amerikanischen Militärregierung, und sie wollen Opfer des Faschismus materiell unterstützen. Es wurde ein Termin vereinbart, an dem ich mich, wenn ich wollte, mit einem meiner Mitarbeiter, in einem Büro der amerikanischen Besatzungsmacht einfinden sollte. Das geschah dann auch, mit meiner Kameradin Ilse Haak (lebt nicht mehr) ging ich dorthin (an den Ort des Büros kann ich mich nicht mehr erinnern). Field empfing uns und verwies uns an eine Frau in mittleren Jahren, und kümmerte sich dann nicht mehr um uns, saß irgendwo hinten im Raum an einem Schreibtisch. Die Frau sagte uns, dass sie die Opfer des Faschismus mit wertvollen Lebensmitteln unterstützen möchten (Carepakete), nicht nur die Berliner, sondern auch die OdF im Bereich der sowjetischen Besatzungszone. Wenn es uns möglich wäre, sollten wir ihr doch eine entsprechende*

Adressenliste zur Verfügung stellen. Zunächst waren wir angenehm berührt von dieser, wie wir meinten humanen Geste. Im Gespräch mit Genossen des ZK wurden wir aber gewarnt, die Amerikaner könnten hinterhältige Zwecke damit verbinden, und der Bitte der amerikanischen Frau wurde nicht stattgegeben. Adressenlisten sind nicht übergeben worden.“

Jedenfalls nicht von Helmut Bock. Field hat offenbar nach dem Fehlschlag bei Helmut Bock mit Hilfe seiner einflussreichen Freunde andere Wege gefunden, an neue Adressen heranzukommen. Es verdient übrigens Beachtung, dass der angeblich in den USA als Kommunistenfreund angeklagte Field in Berlin als Angehöriger der US-Militärregierung mit der Sammlung von Adressen von Opfern des Faschismus, die ja größtenteils Kommunisten waren, beauftragt war!

Kurt Gossweiler, Berlin

Ulrich Huar: Über Spaltungen, Vereinigungen und Neugründungen von Kommunistischen Parteien ¹¹⁰

In der Geschichte der kommunistischen Bewegung seit dem Bund der Kommunisten 1847 sind Spaltungen, Vereinigungen, Neugründungen von Kommunistischen Parteien keine Seltenheit. Man kann darüber streiten, ob Spaltungen/Vereinigungen allgemeine Bewegungsformen in der geschichtlichen Entwicklung Kommunistischer Parteien sind oder zu den Ausnahmen gehören.

Die Klassenspaltung der kapitalistischen Gesellschaft so wie die ständigen Veränderungen der Struktur der Arbeiterklasse werden ideologisch und organisatorisch innerhalb der Partei reflektiert. Die Geschichte der Kommunistischen Parteien ist auch eine Geschichte der Auseinandersetzungen als Form des theoretischen Klassenkampfes, die in vielen Fällen zu organisatorischen Spaltungen geführt haben – oder zu deren Zerstörung. Insofern sind organisatorische Fragen auch ideologische.

Die Arbeiterklasse ist in der kapitalistischen Gesellschaft homogen bezüglich ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln als Nichteigentümer, als Verkäufer ihrer Arbeitskraft, als Ausgebeutete, zugleich in sich differenziert, heterogen nach Berufen, - Facharbeiter, angelernte, ungelernete Arbeiter -, demzufolge nach Einkommen, relativ sicherem Arbeitsplatz, „Stammpersonal“ oder Leiharbeiter, nach weltanschaulichen Überzeugungen, Erziehung, Schulbildung, nach Nationalitäten, nach Betrieben, ob Großbetrieb, mittelständischer Betrieb oder kleiner Handwerksbetrieb; auch das „kommerzielle Proletariat“ gehört zur Arbeiterklasse sowie die unteren Gruppen der Angestellten. Demzufolge hat die Arbeiterklasse neben ihrem gemeinsamen Klasseninteresse, ihrem politischen Interesse, in ihrer Differenziertheit auch spezifische Interessen, die von den einzelnen Gruppen als Gruppeninteressen artikuliert werden. Diese soziale Differenziertheit der Arbeiterklasse ist auch in den Kommunistischen Parteien vorhanden, die von ihren Mitgliedern verlangen, ihre spezifischen Interessen dem Klasseninteresse, dem politischen Interesse, unterzuordnen. In die Kommunistischen Parteien gelangen nicht nur Angehörige der Arbeiterklasse, sondern auch Kleinbürger, Handwerker, Bauern, einfache Warenproduzenten und, nicht zuletzt, Intellektuelle, Literaten, Künstler, Lehrer, Ärzte, etc. In der differenzierten sozialen Zusammensetzung Kommunistischer Parteien existiert ein objektiv

¹¹⁰ Aus: „offen-siv“ 1-2002; Sonderheft: „Das Parteienheft“, S. 4-9, Auszüge

bestimmter Boden für die Akzeptanz bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologie. Die bürgerliche Ideologie in ihren vielen Erscheinungsformen ist in der kapitalistischen Gesellschaft die herrschende, und es wäre geradezu ein Wunder, wenn sie nicht auch in die Kommunistischen Parteien hineinwirken würde.

Verfolgt man die Parteibildungsprozesse seit 1848, so zeigt sich ein permanenter Prozeß von Bildung von Parteien, Auseinandersetzungen, Spaltungen, Auflösungen, Neugründungen und Vereinigungen. Dies nicht nur in West- und Mitteleuropa; ab 1898 auch in Russland, in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die mannigfaltigen Strömungen in den Parteien lassen sich auf die beiden Grundlinien reduzieren: die proletarisch-revolutionäre und die bürgerlich-reformistische. Obwohl beide Ideologien nicht miteinander vereinbar sind, treten sie in der gesellschaftlichen Praxis selten in „reiner Form“ auf. Neben der bürgerlich-reformistischen gibt es noch Anarchismus, linksextremen Revolutionarismus, Sektierertum als kleinbürgerliche Strömung; in letzter Konsequenz erweisen sich auch diese Ideologien als aparte Bestandteile der bürgerlichen Ideologie.

Für das 19. Jahrhundert sei hier auf die Auseinandersetzung zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern, auf den Vereinigungsparteitag in Gotha 1875, die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie verwiesen, desgleichen auf die ideologischen Kämpfe in der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) und der II. Internationale. In diesen Kämpfen konnten sich bis zur Jahrhundertwende die proletarisch-revolutionären Kräfte gegen die bürgerlich-opportunistischen und die anarchistischen Strömungen durchsetzen, endete diese Geschichtsperiode mit dem Sieg des Marxismus in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus und Imperialismus, Veränderungen in der Klassenstruktur der imperialistischen Gesellschaft, auch in der Arbeiterklasse, setzte mit dem Revisionismus eine neue Strömung der bürgerlich-reformistischen Linie in der Arbeiterbewegung ein, die die sozialdemokratischen Parteien zu zersetzen begann. Bekanntlich gilt Bernstein als Stammvater des Revisionismus. Das Neue im Revisionismus war, dass sich deren Verfechter auf Marx beriefen, den Marxismus „weiterentwickelten“, ihn auf die neuen Bedingungen „anwandten“. Die wirklichen Marxisten, d.h. die proletarisch-revolutionären Kräfte in den Parteien, wurden als „Dogmatiker“, als „Orthodoxe“ bezeichnet.

In seiner Broschüre „Kurze Darlegung der Meinungsverschiedenheiten in der Partei“ vom Mai 1905 setzte sich Stalin mit revisionistischen Auffassungen der Menschewiki auseinander, von denen einer behauptete, dass der „Leninismus dem Marxismus von Grund aus widerspricht“. (Stalin Werke, 1/94) Diese heutzutage geradezu „moderne“ These vom „Leninismus als Bruch mit dem Marxismus“ ist mittlerweile nun schon hundert Jahre alt.

Wie die Revisionisten um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert sich auf Marx beriefen, so Chruschtschow und Gorbatschow sowie deren Anhänger auf Lenin, die „Wiederherstellung“ der Leninschen Normen der Partei gegen deren „Verfäschung“ durch den „Stalinismus“, sekundiert von alten und neuen Trotzlisten. Die Ergebnisse dieses „neuen Denkens“ sind inzwischen hinreichend bekannt.

Die Erscheinungsweisen bürgerlicher Ideologien in der Kommunistischen Bewegung waren entsprechend den konkret-historischen Bedingungen in Raum und Zeit unterschiedlich, so auch die Art und Weise des Kampfes zwischen den Repräsentanten der proletarisch-revolutionären und der bürgerlich-reformistischen und anarchistischen Strömungen innerhalb der Parteien.

Im Deutschland des 19. Jahrhunderts fanden diese Kämpfe nach der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution 1849 zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb des „Bundes der Kommunisten“, wie auch zwischen verschiedenen Gruppierungen außerhalb des Bundes statt, ab 1863 im „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV), sowie in den Arbeiterbildungsvereinen, die noch ganz unter dem Einfluß bürgerlicher Demokraten standen, von dem sich die fortgeschrittensten Arbeiter allmählich zu lösen verstanden, die unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 die „Sozialdemokratische Deutsche Arbeiterpartei“ (SDAP) gründeten. Zwischen den Arbeitern des ADAV und der SDAP fanden harte Auseinandersetzungen statt, die auch mal mit Knüppeln ausgetragen wurden.

1875 kam es zur Vereinigung der beiden Parteien mit dem bekannten, von Marx und Engels ob seiner opportunistischen Phrasen scharf kritisierten „Gothaer Programm“. Der Kampf zwischen den beiden ideologischen Linien wurde nun innerhalb einer Partei weitergeführt, in dem sich bis zur Jahrhundertwende der Marxismus durchsetzen konnte. Diese ideologischen Klassenkämpfe waren ebenfalls kennzeichnend für die 1864 gegründete „Internationale Arbeiterassoziation“ (IAA) sowie für die 1889 gebildete Zweite Internationale. Dies theoretischen Klassenkämpfe wurden zwar in den nationalen Parteien geführt, trugen aber stets internationalen Charakter. So trugen die Auseinandersetzungen mit dem Opportunismus in seinen linken und rechten Erscheinungsformen im 19. Jahrhundert von Marx und Engels, im 20. Jahrhundert von Lenin und Stalin, internationalen Charakter und hatten somit neben spezifisch-nationalen Zügen auch allgemeingültige Bedeutung, lassen sich nicht auf nationale „Besonderheiten“ reduzieren.

In all diesen Auseinandersetzungen spielten die Personen, die sie führten, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Zusammenschluß oder Spaltungen von Parteien hingen nicht zuletzt vom Charakter der jeweiligen Führungspersönlichkeiten der Parteien. Fraktionen, Gruppierungen ab.

Für die 60er und 70er Jahre des 19. Jahrhunderts sei hier auf die Auseinandersetzung zwischen Bebel und Schweitzer verwiesen, um die Rolle von Persönlichkeiten auf die Frage Spaltung oder Einheit einer Partei zu verdeutlichen. Bebel widmete in seinen Erinnerungen dem Wirken Schweitzers ein ganzes Kapitel von immerhin 137 Seiten nach dessen Tode: „Mit Schweitzer schied eine Persönlichkeit aus dem politischen Leben, die, wenn sie zu ihren sonstigen Eigenschaften auch die Eigenschaft gehabt hätte, die der Führer einer Arbeiterpartei unbedingt haben muß, Selbstlosigkeit, Ehrlichkeit und volle Hingabe an die zu vertretende Sache, unbestreitbar der erste Führer der Partei bis an sein Lebensende geblieben wäre...“ Man dürfe aber nicht die „großen Fehler seiner Persönlichkeit“ übersehen. „Unter den damaligen Verhältnissen wäre er der gegebene Mann gewesen. Viele Jahre erbitterter Kämpfe, in denen Zeit, Kraft, Gesundheit und Geld zur Freude der gemeinsamen Gegner verschwendet und verpufft wurden, was wieder ungezählte Kräfte abhielt, sich der Bewegung anzuschließen, wären unmöglich gewesen. Die Saat, die Schweitzer gesät, trug auch weiter ihre Früchte...“ Schweitzer habe aber, trotz Verdiensten, politisch „Unheil gesät, den Fanatismus großgezogen und durch den Apfel der Zwietracht eine dauernde Spaltung und damit die Schwächung der

Arbeiterbewegung aufrecht zu erhalten versucht.“ (August Bebel, Aus meinem Leben. Zweiter Teil. Stuttgart 1911, S. 131.)

Trifft die Charakteristik, die Bebel über Schweitzer gab, nicht in dieser oder jener Form auch auf Parteifunktionäre des 20. Jahrhunderts, bis in die Gegenwart, zu? „Für die Rolle, die Schweitzer spielte, war aber auch unumgänglich notwendig, dass er frei und unabhängig nach eigenem Gutdünken mit dem Verein schalten und walten konnte, an dessen Spitze er stand. Dazu gehörte die Diktatur,... die ihn jeder Kontrolle entzog, die ihm erlaubte, ganz nach seinem Gutdünken zu handeln, ohne dass er nötig hatte, andere in seine Machenschaften einzuweihen oder gar ihre Zustimmung einholen zu müssen...“ (Ebd., S. 132f.)

Eine Parteigründung, -entwicklung, -spaltung oder auch Vereinigung ist ohne handelnde Subjekte, also Persönlichkeiten, ein Unding. Insofern kommt den Charaktereigenschaften von Parteifunktionären – nicht nur von Parteiführern – eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Der Revisionismus hat seine sozialen Wurzeln im kapitalistischen System. Nach der Herausbildung des Monopolkapitals konnte die Bourgeoisie aus ihren Extraprofiten Teile des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse korrumpieren, wie die „Arbeiteraristokratie“. Die Mehrheit der lohnabhängigen Werktätigen steht unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie, wie w.o. bereits erwähnt. Hier geht es nun darum, nachzuweisen, dass der Revisionismus seit seinem Aufkommen Ende des 19. Jahrhunderts zur Spaltung von Kommunistischen Parteien bis in die Gegenwart geführt hat, und, wo er nicht bekämpft wird, auch weiterhin führen wird. Weltgeschichtlich sichtbar wurde das erstmalig in der Zersetzung der einst größten Sozialdemokratischen Partei, der deutschen, durch den Revisionismus, zunächst in der Bildung einer rechten, einer zentristischen und einer linken Gruppierung, noch innerhalb der Partei, letztendlich in ihrer Spaltung, für die, um dies unmissverständlich zu sagen, die Revisionisten die Verantwortung tragen. Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914, dem Übergang zum Sozialchauvinismus, auf Positionen des deutschen Imperialismus, war die einst marxistische Partei zerstört. Dem Beispiel folgten bis auf die Bolschewiki in Russland auch die anderen europäischen Parteien.

Mit der Gründung der KPD begann ein neues Kapitel von Parteigründungen, Spaltungen und Vereinigungen. Die Gründung der KPD war einmal Ergebnis der Trennung des Spartakusbundes von der USPD und zum anderen der Vereinigung mit linken Gruppierungen in Bremen, Hamburg, Hannover und anderen Städten, die sich ihrerseits in der Gruppe „Internationale Kommunisten Deutschlands“ zusammengeschlossen hatten. Die „Bremer Linken“ unter Führung von Johann Knief hatten bedeutend früher als die Spartakusgruppe/-bund zur Trennung von der USPD und zur Bildung einer Kommunistischen Partei aufgerufen, wobei sie allerdings linksextreme Auffassungen vertraten, die sie mit in die KPD einbrachten: Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung, „Raus aus den reformistischen Gewerkschaften“! Die Auseinandersetzungen unter den Kommunisten mussten in der gerade gegründeten Partei weitergeführt werden. Die scharfen Klassenkämpfe nach der Novemberrevolution, die Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter gegen die Kapp-Putschisten im März 1920 führten auf dem Vereinigungsparteitag im November 1920 zur Vereinigung der KPD mit der linken Mehrheit der USPD, die von Thälmann geführt wurde, zur Gründung der „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“ (VKPD). „Zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung hatte in einem industriell

hochentwickelten Land der gemeinsame Kampf zweier Arbeiterparteien zur Vereinigung in einer Partei auf revolutionärer Grundlage geführt.“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 310) Die Durchsetzung des Leninismus in der VKPD verlief nicht konfliktlos. Es kam mehrfach zu Abspaltungen linksradikaler und rechter Gruppierungen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.

Aus dem gemeinsamen antifaschistischen Widerstandskampf kam es nach der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee mit den verbündeten Truppen der Antihitlerkoalition zur Annäherung von KPD und dem linken Flügel der SPD, die im April 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone zu ihrer Vereinigung in der SED auf marxistischer Grundlage führte. In den Westzonen wurde die Vereinigung durch die Besatzungsmächte verboten. Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus, zur marxistisch-leninistischen Partei, war nicht von vornherein als eine Art Automatismus oder auf „Befehl“ der sowjetischen Besatzungsmacht gegeben. Die Entwicklung hätte auch in Richtung einer Sozialdemokratisierung gehen oder in einer erneuten Spaltung enden können.

Letzteres gelang erst, nachdem sich in den 80er Jahren die immer latent vorhandenen revisionistischen Kräfte, besonders unter Einfluß Gorbatschows – nicht nur als äußerer, sondern auch als innerer Faktor – durchsetzten, die SED zersetzten und schließlich durch Putsch zerstören konnten. Damit kam es zu einer erneuten Spaltung, in die PDS, die sich zu einer sozialdemokratischen Partei entwickelte – die in ihr verbliebenen Kommunisten einschließlich der Kommunistischen Plattform ändern daran gar nichts – und der KPD, in der die marxistisch-leninistischen Traditionen bewahrt blieben.

Auch in Russland vollzog sich der Parteibildungsprozeß seit Gründung der SDAPR 1898 unter andren Bedingungen, in ähnlicher Form. Auch hier stand ein proletarisch-revolutionärer Flügel einer bürgerlich-reformistischen Gruppierung gegenüber, die Bolschewiki den Menschewiki, wobei auf Differenzierungen hier verzichtet werden kann. Die ideologische Spaltung der Partei führte in der bürgerlich-demokratischen Revolution 1905 zu einer ausschließenden Strategie, so in der Frage nach dem Hegemon in der Revolution, der Agrarfrage, der Stellung zur Duma und dem Verhältnis gegenüber den bürgerlichen Parteien. In der Parteitheorie ging es um die Frage der Mitgliedschaft, der „Freiheit der Kritik“, d.h. um den Charakter der Partei, ob proletarisch-revolutionär oder bürgerlich-reformistisch. Die Werke „Was tun?“, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der bürgerlichen Revolution“ von Lenin sind hinreichend bekannt, die Schriften Stalins zu diesen Fragen weniger, wenn überhaupt.

Im Verlauf der Revolution, der Notwendigkeit der Schaffung einer einheitlichen Kampfpartei zur Führung des Klassenkampfes, fand im April 1906 der IV. Parteitag der SDAPR in Stockholm statt, der als „Vereinigungsparteitag“ in die Geschichte eingegangen ist. Lenin schätzte die Ergebnisse des Parteitages sehr positiv ein, wenn er schrieb: „Die Spaltung hat aufgehört.“ (Lenin Werke, Bd.10, S. 379) Die organisatorischen Meinungsverschiedenheiten seien „fast restlos überwunden“. (Ebd.) Er meinte, „...in einer einheitlichen Partei darf dieser ideologische Kampf die Organisation nicht spalten, darf er die Aktionseinheit des Proletariats nicht stören. Das ist ein in der Praxis unserer Partei noch neues Prinzip, und man wird viel Arbeit aufwenden müssen, um es richtig in die Tat umzusetzen.“ (Lenin Werke, Bd. 10, S. 384) Glaubte Lenin 1906 noch, dass die zwei entgegengesetzten ideologischen Strömungen in einer

Partei möglich sind? Lenin verzichtete keineswegs auf den ideologischen Kampf innerhalb der Partei, wobei er wahrscheinlich überzeugt war, dass er durch den Kampf die proletarisch-revolutionäre Richtung durchsetzen konnte.

Ach Stalin meinte: „...der Parteitag hat friedlich geendet, die Partei hat die Spaltung vermieden, die Verschmelzung der Fraktionen ist formal besiegelt und damit ist das Fundament gelegt worden, auf dem die Partei zu einer politischen Macht werden kann.“ (Stalin Werke, Bd. 1, S. 219) Stalin arbeitete jedoch die unterschiedlichen Positionen der beiden Fraktionen stärker heraus als Lenin.

Wichtig in unserem Kontext ist, dass die Frage, ob eine proletarisch-revolutionäre und eine bürgerlich-reformistische, ob marxistische und revisionistische Theorie und Ideologie in einer Partei organisatorisch vereinigt sein können, praktisch in Russland gestellt war.

Der V. Parteitag der SDAPR, Mai 1907 in London, schien diese Möglichkeit zu bestätigen, wobei die Bolschewiki die Mehrheit bildeten und ihre Auffassungen stärker durchsetzen konnten. Aber diese Einheit sollte nicht lange aufrecht erhalten bleiben. Auf der gesamt-russischen Konferenz im Dezember 1908 gab es den „Versuch eines gewissen Teils der Parteintellectualen, die bestehende Organisation der SDAPR zu liquidieren...“, wie Lenin schrieb. (Lenin Werke, Bd. 17, S. 472) Die ideologischen Gegensätze brachen auf und führten auf der bekannten VI. Parteikonferenz in Prag im Januar 1912 zur Spaltung. Die Bolschewiki und die Menschewiki konstituierten sich als selbständige Parteien.

„Es ist verständlich“, schrieb Stalin später, „dass nach so ernsten Meinungsverschiedenheiten die SDAPR sich in der Tat als in zwei Parteien gespalten erwies, in die Partei der Bolschewiki und die Partei der Menschewiki. Der IV. Parteitag änderte nichts an der tatsächlichen Lage der Dinge innerhalb der Partei...“ (Stalin, Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Berlin 1946, S. 114).

Die Prager Parteikonferenz beantwortete praktisch die Frage: proletarisch-revolutionäre und bürgerlich-reformistische Linien sind in einer Partei organisatorisch dauerhaft nicht zu vereinen. Unter besonderen Bedingungen können sie zeitweilig möglich sein.

Die Trennung der Bolschewiki von den Menschewiki war die entscheidende politische und theoretische Voraussetzung für den Sieg der Bolschewiki in der Oktoberrevolution, die verspätete Trennung des Spartakusbundes von der USPD von entscheidender Bedeutung für die Niederlage der revolutionären Arbeiter in der Novemberrevolution in Deutschland.

Analoge Entwicklungen im Parteibildungsprozeß lassen sich auf allen fünf Kontinenten in Geschichte und Gegenwart nachweisen. Spaltungen/Vereinigungen sind besonders nach Niederlagen der Fall.

In denjenigen kommunistischen Parteien, in denen sich die marxistisch-leninistischen Kräfte in den vielschichtigen Kämpfen gegen Revisionisten und linke Opportunisten durchsetzen konnten, am Marxismus-Leninismus als theoretischer Grundlage festhielten, ihn auf ihre konkreten nationalen Bedingungen anwandten und ihren Beitrag zur Weiterentwicklung dieser Theorie leisteten, wie in der VR China, Kuba, Vietnam und der VDRK, konnten sie trotz gewaltiger Schwierigkeiten und komplizierter Probleme, die zum großen Teil Hinterlassen-

schaften der halbkolonialen Vergangenheit sind, unter den Bedingungen imperialistischer Aggressionen politische Stabilität und Fortschritte auf den ersten Schritten in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft bewahren.

Ulrich Huar, Berlin

Die Sowjetunion

Kurt Gossweiler: Die Entfaltung des Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung ¹¹¹

Ich möchte einige Vorbemerkungen machen: als erstes möchte ich mich dem Dank anschließen, der gestern für die Veranstaltung gesagt wurde. Soweit ich das übersehe, ist das die einzige Veranstaltung zum Geburtstag der DDR, die wirklich rückhaltlos zur DDR - einschließlich aller ihrer Organe, das MfS eingeschlossen - steht, damit also eine Veranstaltung, die ihresgleichen sucht. (*Beifall*) Zu dem Dank gehört auch die Aufmachung dieses Raumes - es ist also eine besondere Freude, mal wieder unter einer DDR-Fahne zu sprechen. (*Heiterkeit, Beifall*) Und dann möchte ich mich auch bei meinem Vorredner, bei Michael Opperskalski, bedanken, vor allem, weil er die Vorbemerkung machte, daß das Thema so umfassend ist, daß er es eigentlich gar nicht vollständig behandeln kann - das trifft für meins auch zu! Wir wollen hier vor allem über die DDR sprechen, aber die Ursachen des Untergangs der DDR werden ja von vielen Leuten sehr gerne in der DDR selbst gesucht. Meiner Überzeugung nach kann man die Ursachen des Unterganges der DDR nicht verstehen, wenn man nicht sehr genau die Verhältnisse in der Sowjetunion und im sozialistischen Lager studiert. Deshalb wird das hier zunächst mein Schwerpunkt sein.

Beginnen möchte ich mit einem Zitat aus einem Artikel von Gerhard Feldbauer in der Oktober-Nummer des wohl den meisten Anwesenden nicht unbekanntem "Rotfuchs": *"Für die Vorbereitung einer neuen sozialistischen Offensive ist die marxistisch-leninistische Analyse der Ursachen und Gründe der Niederlage dringend erforderlich. Wir werden diese Lehren nicht ziehen können, wenn wir nicht das entscheidende Kettenglied - den Opportunismus und Revisionismus in seinen verschiedenen Ausprägungen - dabei erfassen"*.

Es geht also nicht um eine geburtstagsfeierliche Rückschau auf die DDR, sondern um die gedankliche Vorbereitung einer neuen sozialistischen Offensive auf eine neue, diesmal gesamtdeutsche Demokratische Republik. Die aber wird nicht gelingen ohne Klarheit über die Rolle des Revisionismus bei der Zerstörung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten Europas.

¹¹¹ Aus: „offen-siv“ (Hrsg): „Auferstanden aus Ruinen – Über das revolutionäre Erbe der DDR“, Protokollband der gleichnamigen Veranstaltung von „offen-siv“ am 20./21. November 1999 in Berlin; Eigenverlag offen-siv, Hannover Jan. 2000, S. 148-184, Auszüge.

Was macht den Revisionismus aus, was ist sein Kerngehalt?

In der marxistischen Arbeiterbewegung wird seit den Zeiten von August Bebel, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die "theoretische" Begründung der rechtsopportunistischen Ersetzung des proletarischen Klassenkampfes zum Sturz der Kapitalherrschaft durch die Ideologie und Praxis der Klassenversöhnung als verfälschende Revision des Marxismus, als Revisionismus, bezeichnet.

Die angebliche Notwendigkeit einer solchen Revision des Marxismus wurde von den Revisionisten, von Bernstein bis Tito, Chruschtschow und Gorbatschow, und wird auch heute - scheinbar marxistisch - damit begründet, angesichts der Veränderungen der objektiven Bedingungen und des Klassenkräfteverhältnisses müsse der Marxismus weiterentwickelt werden, indem veraltete Leitsätze über Bord geworfen und durch neue, den veränderten Bedingungen Rechnung tragende, ersetzt werden.

Schaut man aber genau hin, dann läuft es bei ihresgleichen immer auf die Behauptung hinaus, die Marxsche These von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze sei angesichts der gewachsenen Stärke der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Kräfte und der Veränderung im Kapitalismus überholt, und nunmehr der friedliche Weg zum Sozialismus in Zusammenarbeit mit dem bisherigen Klassenfeind möglich.

Der rechte Opportunismus und seine "theoretische" Rechtfertigung, der Revisionismus, sind ebenso wie ihr Gegenstück, der linke Opportunismus, das Sektierertum und der "linke Radikalismus", unvermeidliche Strömungen oder Tendenzen in der Arbeiterbewegung und beim Aufbau des Sozialismus, weil sie ihre soziale Grundlage in der Vielschichtigkeit der Arbeiterklasse und der sozialistischen Gesellschaft zum einen, und den ungeheuren Schwierigkeiten des Kampfes gegen eine noch für längere Zeit an Stärke überlegenen Gegner zum anderen, haben.

Es ist unvermeidlich - und deswegen könnte man es eine Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfes nennen, - daß bei auftretenden Schwierigkeiten Meinungsverschiedenheiten bis zu scharfen Fraktionierungen darüber auftreten, wie weiter vorzugehen sei: die Schwierigkeiten durch Kampf überwinden, oder sie zu umgehen, oder - drittens - sie durch einen Kompromiß mit dem Gegner vermeintlich aus der Welt zu schaffen. Je größer und gefahrbedrohender die Schwierigkeiten, desto größer die Versuchung, durch einen opportunistischen Kompromiß den riskanten Kampf zu vermeiden. Wer dieser Versuchung im Klassenkampf erliegt, erliegt früher oder später auch dem Gegner; wer ihr widersteht, erstarkt und legt damit den Grund für künftige Siege.

Nun, nachdem wir das Ergebnis konsequent zu Ende geführter revisionistischer Politik von Chruschtschow 1953 bis zu Gorbatschow 1989/90 kennen, können und müssen wir den Kerngehalt des Revisionismus noch präziser als eingangs geschehen, benennen, etwa so: Wenn Ziel und Inhalt sozialdemokratischer Revisionismus war und ist, den revolutionären Sturz des Kapitalismus mit dem Märchen zu verhindern, es gäbe auch einen friedlichen Reformweg zum Sozialismus, dann war und ist der Inhalt und Ziel des "modernen" Revisionismus in den sozialistischen Ländern, durch "Reformen", die angeblich dazu dienen, den Sozialismus besser und "humaner" zu gestalten, die sozialistische Ordnung durch einen "Umbau" (Perestroika, von Alexander Sinowjew treffend als "Katastroika" bezeichnet), zu demontieren und der Restauration der bürgerlichen Ordnung den Weg zu bereiten. Die Revisionisten sind - ob sie das

wollen oder nicht, wissen oder nicht - die Handlanger des Imperialismus bei der Verteidigung und/oder Restauration des Kapitalismus.

War der Sieg des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung wegen des Kräfteübergewichts des Imperialismus unvermeidlich?

Unvermeidlich war und ist der Sieg und die Vorherrschaft des rechten Opportunismus und seiner theoretischen Rechtfertigung, des Revisionismus, wie die Geschichte zeigt, dort und so lange, wie in der Arbeiterbewegung der hochentwickelten kapitalistischen Staaten ein relativ großer Teil der Arbeiter ihre Situation durchaus nicht mit den Worten des Kommunistischen Manifests richtig beschrieben sehen, sie hätten nichts zu verlieren als ihre Ketten.

Dagegen kann in den revolutionären, marxistisch-leninistischen Parteien und in den sozialistischen Staaten von einer Unvermeidlichkeit des Sieges des Revisionismus keine Rede sein. Ein solcher Sieg wird nur dann und dort unvermeidlich, wo der ständig zu führende Kampf gegen jede Abweichung vom Marxismus-Leninismus abgeschwächt oder gar eingestellt wird - wie in der KPdSU nach dem Tode Stalins. Der neue Generalsekretär der KPdSU, Chruschtschow, steuerte - zunächst kaum merklich und dabei ständig lauthals seine unverbrüchliche Treue zu den Lehren Lenins betuernd - zwar nicht geradlinig, sondern im Zick-Zack-Kurs, aber zielbewußt und hartnäckig - das Partei- und Staatsschiff immer weiter in das Fahrwasser des Revisionismus.¹¹² Dies schon von Anfang an, also seit 1953. Aber als scharfe Zäsur wurde in der breiten Öffentlichkeit erst der XX. Parteitag der KPdSU empfunden. Aber diese Zäsur wurde ihr vorgeführt nicht als das, was sie war, nämlich das Verlassen des Leninschen Kurses, sondern umgekehrt, als Rückkehr zu ihm. Mit dieser Behauptung begann Chruschtschow schon im Jahre 1953 sich in das Vertrauen der Partei und der Bevölkerung einzuschleichen, wie beim Studium der Materialien des Juli-Plenums der KPdSU von 1953 deutlich wird.¹¹³

Der heutige Zeitrahmen läßt nur zu, die Hauptlinien und die wichtigsten Fakten dieser Kursänderungen zu nennen und die Quellen anzugeben, in denen ausführlichere Informationen darüber zu finden sind.

Sahra Wagenknecht kennzeichnet "einige Eckpunkte" der "wachsenden opportunistischen Tendenzen in der sowjetischen Politik" wie folgt:

" 1. Die undifferenzierte und pauschale Vergangenheitsabrechnung, wie sie sich mit dem XX. KPdSU-Parteitag verbindet, und die gleichzeitige Revision grundlegender Thesen des Marxismus-Leninismus (etwa die Akzeptanz eines parlamentarischen Weges zum Sozialismus, ... usw.);

2. Die ausdrückliche Anerkennung des jugoslawischen Weges (zu dessen Grundposition die Ablehnung einer einheitlichen Gesamtstrategie des sozialistischen Lagers gehörte) als rechtmäßigem Weg des sozialistischen Aufbaus.

¹¹² Ausführliches dazu im Abschnitt "Wider den Chruschtschow-Revisionismus" in meinem Buche "Wider den Revisionismus", Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung - Stefan Eggerdinger Verlag, München 1997, S. 37ff.

¹¹³ Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU, Juli 1953, Berlin, 1993, bes. ab S. 331.

3. *Die ersatzlose Auflösung des Kominformbureaus im Jahre 1956, damit der einzigen Institution, die wenigstens den Anspruch auf eine einheitliche Gesamtstrategie der sozialistischen Weltbewegung noch zum Ausdruck brachte...*"¹¹⁴

In verschiedenen Aufsätzen gesammelt in dem Buche "Wider den Revisionismus", habe ich als Hauptlinien und Hauptfakten des Chruschtschow-Revisionismus die folgenden benannt und beschrieben:

- *Klassenversöhnung statt Klassenkampf*
- *Propagierung des (USA) - Imperialismus als Vorbild für die Gestaltung des Sozialismus*
- *Der Austausch von Freund- und Feindbild*
- *Die Zerstörung des kommunistischen Parteibewußtseins*¹¹⁵
- *Preisgabe des Internationalismus*
- *Verzicht auf die Gestaltung einer eigenständigen sozialistischen Gesellschaft*
- *Preisgabe einer wissenschaftlich fundierten Wirtschaftsplanung*¹¹⁶
- *Verfälschung der marxistisch-leninistischen Politik der friedlichen Koexistenz*
- *Dämpfung des antiimperialistischen Kampfes und des Kampfes um Sozialismus*
- *Schwächung des Sozialismus durch Spaltung des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung* ¹¹⁷

Heute möchte ich mich vor allem mit der Frage beschäftigen, welche Auswirkungen der Kurswechsel zu einer revisionistischen Politik durch die neue Partei- und Staatsführung nach Stalin auf die anderen sozialistischen Länder Europas, insbesondere auf die DDR, hatte, und wie die SED-Führung versuchte, diesen Auswirkungen entgegenzuwirken.

Voranstellen muß ich dem aber den Versuch einer Antwort auf eine umfassendere, aber mit der erstgenannten eng zusammenhängende andere Frage, die mir immer wieder gestellt wird und die etwa so lautet: "Wenn es stimmt, daß die Ursachen unserer Niederlage die Eroberung der Führung der Partei Lenins durch Revisionisten und deren Umsteuern der Partei und des Sowjetstaates auf einen revisionistischen Kurs war, wieso war ihnen das überhaupt möglich und wie erklärt sich, daß sie nicht davon gejagt wurden, sondern ihnen offenbar das Partei- und Sowjetvolk widerstandslos folgten?"

Als erstes muß dazu gesagt werden, daß der Schein einer widerspruchs- und widerstandslosen Gefolgschaft der ganzen Partei von oben bis unten ein trügerischer Schein ist; natürlich gab es heftige Auseinandersetzungen und sogar Machtkämpfe in der Führung, von denen aber - ganz im Gegensatz zur Stalin-Zeit -, die Öffentlichkeit nur ausnahmsweise, - z.B. bei der Ausstoßung Molotows und Kaganowitschs aus der Parteiführung im Juli-Plenum 1957, - etwas erfuhr.

¹¹⁴ Sahra Wagenknecht: Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1995, S. 34.

¹¹⁵ Vortrag am 2. Mai 1993: Stärken und Schwächen der SED gegen den Revisionismus, in: Kurt Gossweiler, "Wider den Revisionismus", S. 341ff

¹¹⁶ Vortrag am 12.1.1991: Hatte der Sozialismus nach 1945 keine Chance? In: Wider den Revisionismus, S. 289ff.

¹¹⁷ Kurt Gossweiler: Bemerkungen zu Fred Müllers "Würdigung und Schluss der Debatte" in 'Offensiv' 1/99", in "offensiv" 4/99 (irrtümlich "4/98" ausgedruckt), S. 39ff.

Aber dennoch ist es Tatsache, daß der Kurs der Chrustschow-Gruppe von 1953 an bis zum Sturz Chrustschows im Oktober 1964 der Kurs der KPdSU blieb, und selbst danach wurde seine Absetzung nicht damit begründet, daß er eine falsche, dem Marxismus-Leninismus zutiefst zuwiderlaufende Politik betrieben hatte, - was der Wahrheit entsprochen hätte und notwendig gewesen wäre, wenn man auf den Leninschen Kurs hätte zurückkehren wollen. Aber als Grund für die Ablösung wurde angegeben: "Das Plenum des ZK der KPdSU kam dem Ersuchen des Genossen N.S. Chrustschows nach, ihn im Hinblick auf sein hohes Alter und die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes von den Obliegenheiten des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, des Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU und des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR zu entbinden." (ND v. 16.10.1964). In den folgenden Tagen wurde von der Parteiführung, - an deren Spitze mit Leonid Breshnew der Mann gestellt worden war, den schon Chrustschow selbst als seinen Nachfolger ins Auge gefasst hatte -, nachdrücklich betont, daß sich die Partei weiterhin von den Beschlüssen des XX. Parteitages und der nachfolgenden Parteitage, - die alle den Stempel Chrustschows trugen! - leiten lassen werde. Später geübte Kritik an Chrustschow beschränkte sich auf den Vorwurf des "Subjektivismus" und der "Tendenzen des Personenkults".

Zu erklären bleibt also schon, wie es überhaupt zur Übernahme der Partei- und Staatsführung durch eine antileninistische Gruppierung kommen konnte, und wieso in all den Jahrzehnten seit 1953 die marxistisch-leninistischen Kräfte die Partei nicht wieder auf den richtigen Kurs zu bringen vermochte; wieso es den revisionistischen Kräften der KPdSU vielmehr gelang, auch international die meisten Parteien der kommunistischen Weltbewegung zur Billigung ihres Kurses zu bringen.

Unanfechtbare, auf Dokumente gestützte Antworten auf diese Fragen wird man erst geben können, wenn es möglich ist, die einschlägigen Akten der KPdSU und aller betroffenen Parteien in vollem Umfange einzusehen. Aber auch die bereits bekannten Tatsachen erlauben, erste begründete Antworten zu geben.

Auf einige dieser Antworten können übrigens all jene Genossen, die alt genug sind und schon in den fünfziger Jahren als Kommunisten das politische Geschehen verfolgten, selber kommen, wenn sie sich fragen: Weshalb habe ich damals eine Politik Chrustschows für richtig gehalten?

Sie werden sich mit ziemlicher Sicherheit die Antwort geben: weil ich diese Politik als richtig, als in Übereinstimmung mit den Lehren von Marx und Lenin ansah. Das hatte seine Gründe:

- Ein erster und elementarer - und offenbar noch immer nachwirkender - Grund dürfte gewesen sein, daß es für einen Kommunisten einfach das absolut Udenkbare war, auch nur den Gedanken zuzulassen, an der Spitze der Partei Lenins könne ein anderer als ein absolut zuverlässiger, vertrauenswürdiger Leninist stehen. Das war für mich zunächst genauso undenkbar wie für alle anderen Genossen. Daß es bei mir nicht dabei blieb, liegt daran, daß ein untrennbarer Bestandteil meines marxistischen Denkens die Maxime war: Tatsachen sind die höchste Instanz bei der Wahrheitsfindung und stehen höher als jede noch so autoritative Äußerung, von wem diese auch kommen möge. Chrustschows Worte und Taten gaben mir in den Jahren von 1953 bis Ende 1956 immer unerklärlichere und beunruhigendere Beispiele krasser Widersprüche zu den unbestreitbaren Tatsachen und zu den Prinzipien marxistisch-leninistischer Politik, Beispiele von Handlungen und Erklärungen, die unserer Sache nichts nützen, sondern ihr offenkundigen Schaden zufügten und unsere Gegner zu Beifallsstürmen

veranlaßten, so daß mein bisheriges selbstverständliches Vertrauen ins Wanken geriet und ich mich schließlich gezwungen sah, sogar das Undenkbare in Erwägung zu ziehen, nämlich, daß mit Chrustschow und Co. es einem verkappten Gegner gelungen ist, - dank einer jahrelang gut gespielten Rolle als der Partei treu ergebener Spitzenfunktionär - die Spitzenposition der Partei Lenins zu usurpieren. Eine nochmalige gründliche Betrachtung seiner Handlungen seit 1953 ließ bei mir am Ende des Jahres 1956 keinen Zweifel mehr zu, daß dem wirklich so war. Mit dieser Einschätzung Chrustschows blieb ich aber im Kreise meiner Genossen sehr allein. Für sie blieb das Undenkbare, was auch immer geschah, weiterhin undenkbar.

Und selbst nicht wenige von denen, die durch Gorbatschow lernen mußten, daß das Undenkbare eben doch Wirklichkeit geworden war, wollen es für Chrustschow noch immer nicht gelten lassen und halten an ihrem alten positiv gefärbten Chrustschow-Bild fest. Dieses Bild konnte entstehen und sich halten auch durch einige Praktiken, wie die folgend beschriebenen:

- Chrustschow und seine Leute traten nicht etwa als Kritiker und Revisoren des Leninismus auf, sondern als dessen treue Verteidiger und schöpferische Weiterentwickler. Indem Chrustschow Stalin - dem das Verdienst nicht abgesprochen werden kann, Lenins programmatische Aussagen in die Tat umgesetzt zu haben -, der vorsätzlichen und willkürlichen Mißachtung der Leninschen Normen des Partei- und Staatslebens beschuldigte, schuf er - der zu Lebzeiten Stalins sich als einer seiner "getreuesten Gefolgsmänner" gebärdete und an sehr verantwortlichen Stellen die Politik der damaligen Partei- und Staatsführung maßgeblich mitbestimmt und durchgeführt hat -, ein geschichtsfälschendes Kontrastbild, das Stalin als bösewichtigen Verfälscher der Lehre Lenins abbildete, vor dessen dunklem Hintergrund er sich umso leuchtender als Gralhüter der reinen Lehre und deren Wiederhersteller abheben konnte. Der dabei wohl am stärksten und am dauerhaftesten wirkende Faktor war und ist noch bis heute, daß Chrustschow sich den Ruf eines mutigen Kämpfers gegen begangenes Unrecht zu erwerben verstand, daß in den Jahren ab 1936 bei den sogenannten Säuberungen auch viele Unschuldige verfolgt, eingesperrt, zum Tode verurteilt worden und in Lagern zu Tode gekommen sind, und daß ihre Rehabilitierung durch ihn eingeleitet wurde. Das hätte rückhaltlose Anerkennung verdient, wäre nicht schon damals für aufmerksame Beobachter erkennbar gewesen, daß es Chrustschow offenbar weniger um die Wiedergutmachung begangenen Unrechts als darum ging, möglichst emotional wirksames Anklagematerial gegen seinen Vorgänger Stalin zusammenzutragen, dessen Autorität und Ansehen im Lande und in der kommunistischen Weltbewegung noch immer so groß waren, daß es dem bisher noch hatte Rechnung tragen müssen. So verschwieg er in seiner Rede völlig, daß die Repressalien und Säuberungen von der Partei- und Staatsführung beschlossen worden waren, um angesichts der immer bedrohlicheren Gefahr eines Überfalls des von den imperialistischen Westmächten dazu ermunterten faschistischen Deutschland von Anfang an die Bildung einer Fünften Kolonne im Inneren des Landes unmöglich zu machen. Er stellte sie vielmehr als die willkürlichen Taten des einen Mannes Stalin hin. Mit völligem Schweigen übergang er seine eigene Rolle als ein besonders eifriger und gefürchteter "Trotzkistenjägers" während seiner Zeit als Erster Sekretär der KP der Ukraine. Das von Chrustschow gegebene Bild wurde in den nachfolgenden Jahrzehnten seit 1956 unaufhörlich und nachdrücklich als das wahre, von Legenden befreite Bild vorgeführt, und von dem Zerstörer der Sowjetunion, Gorbatschow, in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der KPdSU in den grellsten Farben ausgemalt, daß es noch heute von den meisten Kommunisten in Deutschland und weit darüber hinaus für daß

richtige Bild von Stalin und Chruschtschow gehalten und gegen jede Richtigstellung verteidigt wird.

- Chruschtschow vermied es sorgfältig, seine revisionistischen Thesen den ihnen widersprechenden Thesen des Marxismus-Leninismus entgegenzustellen. Er stellte sie vielmehr dar als eine durch die veränderten Bedingungen möglich und erforderlich gewordene Ergänzung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, durch welche die alten Lehrsätze keineswegs ihre Gültigkeit verloren hätten. Nehmen wir als ein Beispiel für die dabei angewandte Methode seine auf dem XX. Parteitag vorgetragene These von der Möglichkeit des parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Das ging so:

*"In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, ob es möglich ist, auch den parlamentarischen Weg für den Übergang zum Sozialismus auszunutzen. Für die russischen Bolschewiki... war ein solcher Weg ausgeschlossen... Seitdem sind jedoch in der historischen Lage grundlegende Veränderungen vor sich gegangen, die es gestatten, an diese Frage auf neue Art und Weise heranzugehen. In der ganzen Welt sind die Kräfte des Sozialismus ... unermesslich gewachsen, der Kapitalismus dagegen ist um vieles schwächer geworden. ...Unter diesen Umständen hat die Arbeiterklasse ... die Möglichkeit, ...eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu verwandeln. In einem solchen Fall kann diese für viele hochentwickelte kapitalistische Länder traditionelle Institution zum Organ einer wahren Demokratie für die Werktätigen werden... Gewiß, in den Ländern, in denen der Kapitalismus noch stark ist, wo sich in seinen Händen ein gewaltiger Militär- und Polizeiapparat befindet, ... wird sich der Übergang zum Sozialismus unter den Bedingungen eines scharfen Klassenkampfes, eines revolutionären Kampfes, vollziehen."*¹¹⁸

Obwohl der Widerspruch dieser Aussage zu den elementaren Erkenntnissen von Marx bis Lenin über die Unmöglichkeit der Einführung des Sozialismus durch einen parlamentarischen Mehrheitsbeschluß offenkundig war, schien sie selbst Skeptikern unter den Kommunisten harmlos und ungefährlich zu sein, wandte sie sich doch nicht gegen das Beschreiten des revolutionären Weges in all den Fällen, in denen ein anderer nicht möglich ist. Aber es sollte sich bald zeigen, daß die Formel vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus gerade deshalb eingeführt worden war, um diesen Weg als den einzig zeitgemäßen, normalen Weg zu propagieren und die praktische Politik der kommunistischen Parteien darauf einzustellen, wie das Beispiel Chile bewies. Aber wie es gar nicht anders sein konnte, bestätigte die chilenische Tragödie von 1973 die alte marxistische Wahrheit, daß das Beschreiten des Weges des Reformismus in die Katastrophe und zum Triumph der Konterrevolution führt. Weil die Bedeutung dieses Menetekels von den echten Kommunisten der Sowjetunion und ihrer Bruderstaaten nicht verstanden wurde, folgte auf die lokale Katastrophe in Chile anderthalb Jahrzehnte später, 1989/90, die kontinentale Katastrophe in der Sowjetunion und in Osteuropa.

- Chruschtschows Revisionismus in der Außenpolitik bestand vor allem in der Ersetzung des Kampfes gegen den Imperialismus mit dem Ziel seiner Überwindung im Weltmaßstabe, wie es in Lenins Formel vom Kampf "Wer - Wen" seine prägnante Zielstellung erhalten hat, durch eine

¹¹⁸ N.S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S. 46.

Politik der auf Dauer berechneten "friedlichen Koexistenz" und der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den imperialistischen Mächten, vor allem mit dem USA-Imperialismus. Es gelang der Chruschtschow-Führung, diese Politik als die einzig mögliche Politik der Sicherung des Friedens zu verkaufen, weil sie - demagogisch die Atomkriegsfurcht schürend und die Friedenssehnsucht der Völker ausnutzend - behauptete, das atomare Inferno könne durch die sowjetischen Atombewaffnung alleine nicht verhindert werden, notwendig sei die Zusammenarbeit der beiden Atommächte Sowjetunion und USA, der Friede könne nicht gegen, sondern nur gemeinsam mit den USA gesichert werden. Mit dieser These wurde stillschweigend die Leninsche Erkenntnis, daß Imperialismus Krieg bedeutet, verworfen und durch die These von der Friedensfähigkeit des Imperialismus ersetzt, deren Konsequenz durch Gorbatschow vor aller Welt offenbart wurde. Aber nicht nur in diesem Fall liegt die Wurzel des "Gorbatschowismus" im "Chruschtschowismus". Der Chruschtschowismus ist der Gorbatschowismus der fünfziger und sechziger Jahre, wie der Gorbatschowismus der Chruschtschowismus der achtziger / neunziger Jahre ist.

- Es gelang Chruschtschow ebenfalls, seine bei genauer Prüfung destruktive, allen ökonomischen Gesetzen erfolgreichen sozialistischen Aufbaus widersprechende, die Grundlagen der sowjetischen Wirtschaft unterminierende und die Fortsetzung ihres bisherigen raschen, proportionalen und stabilen Wachstums verhindernde und in die Stagnation führende Wirtschaftspolitik glaubhaft zu machen als eine Politik, die sich die Erfüllung des nur zu berechtigten Wunsches des Sowjetvolkes zum Ziel setzt, nach so vielen Jahrzehnten angespanntester Arbeit zur Erfüllung der Fünfjahrespläne und nach den Leiden und Entbehrungen in den Kriegsjahren nun auch die Früchte dieser Anstrengungen und des Sieges über den faschistischen Aggressor ernten zu können.

Mit der Begründung, die Versorgung mit Konsumgütern rasch verbessern zu wollen, wurde vom Prinzip des vorrangigen Wachstums der Produktionsgüterindustrie gegenüber der Konsumgüterindustrie abgegangen und die Akkumulation zugunsten des Verbrauchs eingeschränkt - und das zu einer Zeit, da zum Mithalten mit den entwickelten kapitalistischen Ländern auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dringend eine Stärkung der Akkumulation notwendig war.

Nicht weniger desaströs war Chruschtschows Landwirtschaftspolitik. Mit der Abschaffung der Maschinen-Traktoren-Stationen wurden die Kolchosen gezwungen, die bisher zu niedrigen Tarifen von den MTS zur Verfügung gestellten landwirtschaftlichen Maschinen selbst zu kaufen, wodurch sie sich immer tiefer verschuldeten, zugleich die Wartung der Maschinen im notwendigen Maße nicht mehr gewährleistet war. Am verheerendsten aber war die groß herausgestellte "Neulandgewinnung" in Kasachstan, durch die nach Chruschtschows großmäuliger Versprechungen "das Getreideproblem ein für allemal gelöst" werden würde. Dieses gigantische Schädlingsprojekt wurde gegen den Widerstand von Fachleuten und auch Mitgliedern des Politbüros, wie Molotow, durchgepaukt, mit dem Ergebnis, daß viele Milliarden Rubel, - die, in den alten fruchtbaren und klimatisch günstigen Landwirtschaftsgebieten Rußlands, der Ukraine und Belorusslands für die Intensivierung des Anbaus ausgegeben, die Erträge um ein vielfaches erhöht und an das mitteleuropäische Niveau herangeführt hätten -, verschleudert wurden, das Getreideproblem aber infolge ständiger Ernteverluste in den Neulandgebieten - durch Frostschäden des Saatguts im Winter und Dürre im Sommer - prekärer denn je vorher und das Land von Jahr zu Jahr abhängiger von Getreideeinfuhren aus dem Ausland wurde.

Zieht man die Bilanz der Leistungen Chruschtschows in den elf Jahren an der Spitze der KPdSU, dann muß man ihm zugestehen, daß er ein vorher unvorstellbares Maximum an Zerstörungsarbeit geleistet hat; er hat geschafft, was 1953 niemand für möglich gehalten hätte.

1. Er hat geschafft, das Bild Stalins als des Erbauers des Sozialismus und des Führers zum Sieg über die faschistischen Aggressoren aus dem Bewußtsein der Menschen zu verdrängen und an seine Stelle das Bild von Stalin als eines blutgierigen Massenmörders und Verderbers der Sowjetmacht in die Köpfe zu pflanzen.

2. Er hat geschafft, daß die KPdSU und die anderen kommunistischen Parteien zuließen, daß er die Tito-Partei, - dieses "Trojanische Pferd des Imperialismus", wie er selbst sie bezeichnet hatte! - in die eigene Festung hereinholte und verlangte, ihm die Referenz als echte kommunistische Bruderpartei zu erweisen.

3. Er hat erreicht, daß die KPdSU in diesen elf Jahren aus der führenden marxistisch-leninistischen Partei in ein Führungszentrum der revisionistischen Zersetzung der kommunistischen Weltbewegung verwandelt wurde, deren gesunde marxistisch-leninistischen Kräfte nicht mehr die Kraft aufbrachten, nach Chruschtschows Sturz die Partei wieder auf den Weg Lenins zurückzuführen.

4. Er hat erreicht, daß die Wirtschaft des Sowjetlandes auf ihren beiden Beinen - Industrie und Landwirtschaft - zu lahmen begann und die Versorgungslage immer schwieriger, die Menschen immer gleichgültiger und unzufriedener, ihre emotionale Bindung an die Sowjetmacht und den Sozialismus und ihr Vertrauen zur Partei immer schwächer wurden. Diese Abwärtsentwicklung wurde zeitweise überdeckt durch die euphorische Begeisterung über die Pionierrolle der Sowjetunion in der Weltraumfahrt mit dem Sputnik und mit Gagarin als erstem Menschen im All; Chruschtschow versäumte natürlich nicht, diese Erfolge als Ergebnisse seiner Führung feiern zu lassen; aber er erntete nur, wofür der Grund vor ihm gelegt worden war. Auf sein Konto geht, daß die Führung, die die Sowjetunion auf diesem Gebiet errungen hatte, wieder verloren ging.

5. Er hat erreicht, die bis 1953 bestehende, auf der einheitlichen Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie beruhende monolithene Einheit der kommunistischen Weltbewegung und des sozialistischen Lagers zu zerstören und beide in sich heftig bekämpfende Lager zu spalten.

Das waren keine zufälligen Ergebnisse. Wie er sie erreicht hat, bezeugt, daß er zielbewußt und hartnäckig auf sie hingearbeitet hat, unter anderem auch durch eine bestimmte Kaderpolitik. Denn er wußte: War erst einmal die revisionistische Linie gegeben, entschieden die Kader alles.

An der Spitze der KPdSU und der Bruderparteien standen Persönlichkeiten, die in der Kommunistischen Internationale zu fähigen, standhaften, erprobten marxistisch-leninistischen Führern der Massen und zu Kämpfern gegen alle opportunistischen Abweichungen in den eigenen Reihen herangewachsen waren und auch im Kampf gegen den Revisionismus vorangingen.

Maurice Thorez und Jaque Duclos als Führer der KP Frankreichs.

Thorez hat in seiner Ansprache an den XX. Parteitag der KPdSU - trotz der bereits im Plenum des Parteitages noch vor Chruschtschows Geheimrede von etlichen sowjetischen Rednern vorgebrachten Verdammungen Stalins - als einziger Redner überhaupt - Stalin gewürdigt, indem er ausführte: *"Die Kommunistische Partei der Sowjetunion war stets das Vorbild der*

Prinzipienfestigkeit, der unerschütterlichen Treue zu den großen Ideen von Marx, Engel, Lenin und Stalin."

Am 27. März 1956 erschien in der "Humanite" ein Artikel von Thorez "Über einige vom XX. Parteitag gestellten Hauptfragen". Darin würdigte er Verdienste des XX. Parteitages, sprach aber auch vom Vermächtnis Lenins, "an das Stalin so oft erinnerte". Und er schrieb darin auch: *"Was die Kommunisten betrifft, so nimmt es sie nicht wunder, wenn sie erneut auf das klassische Manöver der Trotzlisten und anderer Agenten der Reaktion stoßen: eine begründete Kritik, die im Zusammenhang mit einer richtigen Generallinie geübt wurde, dazu auszunutzen, um erneut diese Linie in ihrer Gesamtheit anzuzweifeln."*

Wenige Monate nach dem XX. Parteitag, am 19. Juni 1956, veröffentlichte das Politbüro der Kommunistischen Partei Frankreichs eine Erklärung, die insgesamt die Ergebnisse des XX. Parteitages positiv einschätzte, die aber auch in einigen Passagen Kritik übte: *"Das Politische Büro beklagt..., daß auf Grund der Bedingungen, unter denen der Bericht des Genossen Chrustschow vorgelegt und enthüllt wurde, die bürgerliche Presse in der Lage war, Tatsachen zu veröffentlichen, die die französischen Kommunisten nicht kannten. Eine solche Gegebenheit ist nicht günstig für die normale Diskussion dieser Probleme in der Partei. Sie begünstigt im Gegenteil die Spekulationen und die Manöver der Feinde des Kommunismus."* (Über die hier angesprochene "Gegebenheit" wird noch im Teil II berichtet werden.)

In der Erklärung des Politbüros heißt es weiter: *"Die bis zur Stunde gegebenen Erklärungen über die Fehler Stalins, ihre Herkunft und die Bedingungen, unter welchen sie sich ereigneten, sind nicht befriedigend. Eine tiefgehende marxistische Analyse ist unentbehrlich, um die Gesamtheit der Bedingungen festzulegen, unter denen die persönliche Macht Stalins ausgeübt werden konnte. Es war falsch, zu Lebzeiten Stalins ihm überschwengliches Lob und das ausschließliche Verdienst aller Erfolge zuzusprechen, die durch die Sowjetunion dank einer allgemeinen richtigen Linie im Dienste des Aufbaus des Sozialismus errungen wurden. Diese Haltung trug dazu bei, den Personenkult zu entwickeln und die internationale Arbeiterbewegung in einem schlechten Sinne zu beeinflussen."*

Heute ist es nicht richtig, Stalin allein alles zuzusprechen, was negativ in der Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war. Stalin spielte eine positive Rolle während einer ganzen historischen Periode. Mit anderen nahm er aktiv an der Sozialistischen Oktoberrevolution, dann am siegreichen Kampf gegen die ausländische Intervention, gegen die Konterrevolution teil. Nach dem Tode Lenins bekämpfte er die Feinde des Marxismus-Leninismus und kämpfte für die Anwendung des leninistischen Planes des Aufbaus des Sozialismus. In einem großen Umfang trug er zur Bildung der Kommunistischen Partei bei." (Bayrisches Volks-Echo v. 22.6.1956.)

Palmiro Togliatti, der Führer der italienischen Kommunisten.

Togliatti veröffentlichte - ebenfalls im Juli 1956 - in der "Unita" einen umfangreichen Artikel über Probleme des XX. Parteitages, in dem er diesen Parteitag insgesamt positiv beurteilte, aber auch kritische Feststellungen traf, die in die gleiche Richtung gingen wie jene der KP Frankreichs: Chrustschows Erklärung dafür, daß solche wie die von ihm geschilderten Fehler Stalins überhaupt und so lange Zeit über begangen werden konnten, *"kompliziert und erschwert zugleich die Tatsachen. Man muß dann zugeben, daß entweder die Fehler Stalins der großen Masse und den führenden Kadern des Landes und des Volkes nicht bekannt waren - das scheint*

unwahrscheinlich -, oder man muß feststellen, daß diese von der großen Masse der Kader und von der öffentlichen Meinung nicht als Fehler betrachtet wurden. Viel richtiger scheint mir zu sein, anzuerkennen, daß trotz seiner Fehler Stalin die Zustimmung der großen Mehrheit des Landes, vor allem führender Kader fand. Das war die Folge der Tatsache, daß Stalin nicht nur Fehler beging, sondern auch 'sehr viel für die Sowjetunion tat', 'der überzeugteste und stärkste Marxist war'. Das hat Chruschtschow in einer Erklärung zugegeben und damit den merkwürdigen, aber verständlichen Fehler korrigiert, der meiner Meinung nach auf dem XX. Parteitag gemacht wurde, nämlich diese Verdienste Stalins zu verschweigen. ... Hier ist es notwendig, offen und ohne Zögern zuzugeben, daß einerseits der XX. Parteitag einen ungeheuren Beitrag zur Aufrollung und Lösung vieler ernster und neuer Probleme der demokratischen und sozialistischen Bewegung leistete, ... daß jedoch andererseits die Haltung, die auf dem Kongreß im Zusammenhang mit den Fehlern Stalins und ihren Ursachen und Bedingungen, die sie ermöglichten, eingenommen wurden und heute in der sowjetischen Presse breit entwickelt wird, nicht als befriedigend betrachtet werden kann. Die Ursache für alles soll im Personenkult, im Kult einer Person gelegen sein, die bestimmte schwere Fehler hatte, der es an Bescheidenheit fehlte, die die persönliche Macht anstrebte und auch aus Unfähigkeit Fehler beging, die in den Beziehungen mit anderen führenden Männern nicht loyal war, die größenwahnsinnig, übertrieben, egoistisch, bis zum Äußersten mißtrauisch war und schließlich durch die Ausübung der persönlichen Macht so weit kam, daß sie sich vom Volk entfernte und sogar an einer Art Verfolgungswahn litt. Die gegenwärtigen sowjetischen Führer haben Stalin besser gekannt als wir, (vielleicht werde ich ein andermal Gelegenheit finden, von einigen persönlichen Zusammenkünften mit ihm zu reden), und wir müssen ihnen daher glauben, wenn sie uns das heute auf diese Weise schildern. Wir können uns nur denken, daß - wenn es so war - sie ... zumindest in der öffentlichen und feierlichen Verherrlichung der Eigenschaften dieses Mannes, an die sie uns gewöhnt hatten, vorsichtiger hätten sein können. Es ist wahr, daß sie sich heute kritisieren, und das muß ihnen hoch angerechnet werden; aber mit dieser Kritik geht zweifellos etwas von ihrem Ansehen verloren. Aber ganz abgesehen davon: solange man dabei stehen bleibt, im Grunde für alles die persönlichen Fehler Stalins verantwortlich zu machen, bleibt man immer noch im Bereich des 'Personenkults'. Früher kam alles Gute von den übermenschlichen Eigenschaften eines Mannes; jetzt wird alles Böse seinen ebenfalls außergewöhnlichen und sogar verblüffenden Fehlern zugeschrieben. Im einen wie im anderen Falle sehen wir uns außerhalb der dem Marxismus eigenen verstandesmäßigen Urteilskraft."¹¹⁹ (Alle Unterstreichungen von mir, K.G.) Togliatti hat mit diesen Ausführungen deutlich erkennen lassen, daß er am Wahrheitsgehalt dessen, was Stalin in der Chruschtschow-Rede alles zugeschrieben worden war, seine Zweifel hatte und hat angekündigt, seine eigenen Erfahrungen bei Gelegenheit bekannt zu geben. Dazu ist es leider nie gekommen.

Boleslaw Bierut, Vorsitzender der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP).

Die Kommunistische Partei Polens war im August 1938 auf Beschluß des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) wegen Durchsetzung ihrer Führung mit Agenten des polnisch-faschistischen Pilsudski-Regimes aufgelöst worden. (NB: Bei meinen Studien zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland hatte ich im Jahre

¹¹⁹ Erster Teil aus: Togliatti über Probleme des XX. Parteitages, in: Bayrisches Volksecho v. 25.Juni 1956; der letzte Teil aus: Palmiro Togliatti zur Stalin-Frage, in UZ (Unsere Zeit) v. 6. Oktober 1988.

1955 im sozialdemokratischen "Vorwärts" aus dem Jahre 1932 eine Notiz gefunden, die besagte, die Führung der polnischen Kommunistischen Partei sei mit Spitzeln der Pilsudski-Geheimpolizei durchsetzt.). Im Januar 1942 wurde die Partei neu gegründet als Polnische Arbeiter-Partei (PAP). Ihr erster Sekretär, Marian Nowotko, wurde im November 1942 ermordet. Sein Nachfolger, Pawel Finder, wurde im November 1943 verhaftet. An seine Stelle trat Wladyslaw Gomulka. Bald kam es innerhalb der neugegründeten Partei zu Auseinandersetzungen zwischen einem rechten Flügel, zu dessen Hauptvertreter sich Gomulka entwickelte, und einem die rechten und nationalistischen Tendenzen bekämpfenden Flügel, der von Boleslaw Bierut geführt wurde. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand die Frage, ob in die Leitung der patriotischen Front des Kampfes gegen die deutsch-faschistischen Okkupanten auch Parteigänger der scharf antikommunistischen und antisowjetischen Londoner Exilregierung Mikolajczyks aufgenommen werden sollten oder nicht. Am 22. Juli 1944 gründete sich das nach seinem Sitz im von der Roten Armee befreiten Lubliner Gebiet "Lubliner Komitee" genannte Führungsgremium des patriotischen Kampfes, das Polnische Nationale Befreiungskomitee, das den Grundstein legte für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Polen, mit Boleslaw Bierut an der Spitze. Am 31. Dezember 1944 wurde die erste - provisorische - Regierung gebildet unter der Leitung von E. Osobka-Morawski und W. Gomulka. Nach dem Sieg über das faschistische Deutschland wurde sie am 28. Juni 1945 erweitert zur "Regierung der nationalen Einheit" mit Osobka-Morawski als Ministerpräsidenten und mit Gomulka und dem bisherigen Chef der Londoner Exil-Regierung, dem Exponenten der polnischen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer, S. Mikolajczik, als stellvertretende Ministerpräsidenten. Mikolajcziks Ziel - die Wiederherstellung eines bürgerlichen Polens - erwies sich nach dem Wahlsieg der beiden Arbeiterparteien PAP und PPS - der Polnischen Sozialistischen Partei - in den Sejm-Wahlen am 19. Januar 1947 als nicht mehr erreichbar. Mikolajczik mußte die Regierung verlassen, Osobka-Morawski wurde als Ministerpräsident abgesetzt, neuer Ministerpräsident wurde Jozef Cyrankiewicz (PPS); Boleslaw Bierut wurde zum Präsidenten der Polnischen Republik gewählt. Gomulka blieb Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei; in dieser Eigenschaft versuchte er immer mehr, die Partei auf einen rechten, nationalistischen Weg zu drängen. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen erreichten 1948 auf mehreren Plenartagungen des Zentralkomitees der PAP vom Juni an einen Höhepunkt und gipfelten in der Absetzung Gomulkas als Generalsekretär der Partei auf dem Septemberplenium 1948. Als neuen Generalsekretär wählte das Zentralkomitee Boleslaw Bierut. Gomulka gab zum Abschluß eine Erklärung ab, in der er die an ihm geübte Kritik restlos als berechtigt anerkannte.¹²⁰ In diesem Zusammenhang greife ich etwas vor, indem ich eine Passage über Gomulka aus der Aussage des im Budapester Rajk-Prozeß September 1949 angeklagten jugoslawischen Legationsrats Lazar Brankow zitiere. Über die Hoffnungen, die die jugoslawische Führung auf Gomulka setzte, sagte er aus: *"Ich erinnere mich, daß damals, als sich in Polen der Fall Gomulka ereignete, große Hoffnungen gehegt wurden, daß Gomulka die Gedankengänge Titos in Polen verwirklichen werde. Man nahm einen abwartenden Standpunkt ein. Ich erinnere mich auch daran, daß man nicht unmittelbar eingreifen, sich nicht einschalten wollte, man war der*

¹²⁰ Zusammengestellt aus: Karl Peters, Polen und der Weg zum Sozialismus, in Einheit, Theoretische Zeitschrift der SED, Nr. 11/1948, S. 1058 ff. Ferner: Informationsbulletin des Zentralkomitees der PVAP Auslandsabteilung Nr. 1-2, Januar-Februar 1952, Artikel v. Franciszek Jozwiak-Witold: Zum 10. Jahrestag der Gründung der Polnischen Arbeiterpartei.

*Meinung, daß diese Aktion Gomulka in der Polnischen Kommunistischen Partei gelingen würde. Aber wie bekannt, führte Gomulka sein Vorhaben nicht durch, er gab zu, eine unrichtige Linie verfolgt zu haben, und Rankowitsch beklagte sich einmal auch darüber, daß in Polen alles von vorne begonnen werden müsse."*¹²¹

Um die Sache abzurunden. hier gleich noch ein weitere Vorgriff. Nachdem es dank Chrustschows Hilfe Gomulka im Oktober 1956 gelungen war, sich wieder an die Spitze der polnischen Partei zu setzen und dort eine Politik zu betreiben, mit der Tito nun endlich doch ganz und gar zufrieden sein konnte, gab der nun auch Gomulka das hochverdiente Lob in einer Rede, die er am 11. November 1956, nach der schließlichen Niederschlagung der ungarischen Konterrevolution, in Pula hielt; er führte dort aus: *"Dank der Tatsache, daß in Polen trotz aller Verfolgungen und Stalinschen Methoden... dennoch ein Kern mit Gomulka an der Spitze geblieben ist, der auf dem VIII. Plenum die Dinge in seine Hände zu nehmen und mutig einen neuen Kurs einzuschlagen vermochte..., - dank dieser Tatsache konnten in Polen die reaktionären Kräfte nicht zum Tragen kommen ... Es ist dem reifen Verständnis und dem Verhalten der sowjetischen Staatsführung, die es rechtzeitig unterließ, sich einzumischen, zu verdanken, daß sich in Polen die Dinge stabilisiert und bis jetzt auch gut entwickelt haben. Ich kann nicht sagen, daß diese positive Entwicklung in Polen, die der unseren sehr ähnlich ist, in den anderen Ländern des 'sozialistischen Lagers' irgendwelche Freude ausgelöst hätte. Nein, sie wird kritisiert... Bei diesen Ländern hat Polen nicht das gleiche Maß an Unterstützung gefunden wie bei den sowjetischen Staatsmännern, die einer solchen Haltung Polens zustimmten. Bei dieses verschiedenen führenden Leuten in einzelnen Ländern des 'sozialistischen Lagers', aber auch bei einigen kommunistischen Parteien im Westen hat Polen kein Verständnis gefunden, weil dort noch stalinistische Elemente sitzen. ... Ebenso notwendig ist es, daß wir in engstem Kontakt mit der polnischen Regierung und Partei arbeiten und ihnen helfen, soviel wir können. Gemeinsam mit den polnischen Genossen werden wir gegen solche Tendenzen kämpfen müssen, die in den verschiedenen anderen Parteien in den Ostländern oder im Westen auftreten. Dieser Kampf wird schwer und langwierig sein, denn jetzt geht es wirklich darum, ob in den kommunistischen Parteien ein neuer Geist siegen wird, der in Jugoslawien seinen Ausgang genommen hat und für den in den Beschlüssen vom XX. Kongreß der KPdSU ziemlich viele Elemente geschaffen wurden. Es geht jetzt darum, ob dieser Kurs siegen wird, oder ob wieder der stalinistische Kurs siegen wird."*¹²²

Daß der Mann, der 1948 vermocht hatte, Titos Hoffnungsträger Gomulka aus dem Sattel zu heben - Boleslaw Bierut -, in Titos und Chrustschows Augen ein "reaktionäres Element" war, versteht sich von selbst.

Klement Gottwald, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) und Präsident der Tschechischen Republik.

Gottwald gehörte 1921 zu den Mitbegründern der KPC und wurde 1929 zu ihrem Generalsekretär gewählt. Das Ansehen und der Einfluß der Partei wurden gewaltig gestärkt durch ihren konsequenten Kampf für die Unabhängigkeit des Landes, gegen den Verrat der Westmächte im Münchner Abkommen, aber auch durch die Haltung der Sowjetunion, die - anders als der

¹²¹ Laszlo Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht, Dietz Verlag Berlin 1949, S. 156.

¹²² Titos Pula-Rede ist nachzulesen in: Archiv der Gegenwart vom 19. November 1956, S. 6105-6110.

Hauptverbündete der Tschechoslowakei, Frankreich, das seinen Verbündeten schmäählich im Stich ließ und mithalf, ihn an Deutschland auszuliefern -, erklärte, sie werde zu ihren Bündnisverpflichtungen stehen, falls die Tschechoslowakei Deutschland bewaffneten Widerstand leiste.

Nach der Befreiung des Landes wurde Gottwald in der ersten Regierung stellvertretender Ministerpräsident des Landes. Präsident wurde der aus dem englischen Exil zurückgekehrte letzte Präsident der bürgerlichen Republik vor dem Münchner Abkommen, Eduard Benesch. Aus den Parlamentswahlen vom 26. Mai 1946 ging die KPC mit 38 Prozent als stärkste Partei hervor; Klement Gottwald wurde nun, am 8. Juni 1946 - Ministerpräsident der aber immer noch aus bürgerlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Ministern zusammengesetzten Regierung. Am 21. Februar 1948 wollten die bürgerlichen Minister die Kommunisten aus der Regierung verdrängen, indem sie geschlossen zurücktraten, um damit Benesch die Möglichkeit zu geben, die gesamte Regierung zu entlassen und eine neue, "kommunistenfreie" Regierung einzusetzen. Dieser "legale" Putschversuch schlug aber total fehl: die Massen verteidigten ihre kommunistischen Minister und Ministerpräsidenten mit gewaltigen Demonstrationen und einem Generalstreik. Am 25. Februar hatte das Volk gesiegt, die Tschechoslowakei beschritt den Weg zum Arbeiter- und Bauerstaat. Am 9. Mai 1948 gab sich das Land eine neue Verfassung, Benesch trat zurück und am 14. Juni wurde Klement Gottwald Präsident der Republik, zugleich blieb er der Vorsitzende der KPC.

Generalsekretär der Partei war Ruldof Slansky. Einige Jahre später, 1951, wurde aufgedeckt, daß der diese seine Funktion dazu benutzt hatte, Gottwald zu isolieren und ein zweites, konspiratives Leitungszentrum in der Partei aufzubauen. Auf einem ZK-Plenum im Februar 1951 hatte Gottwald sich schon mit der Rolle Tito-Jugoslawiens und einiger Parteimitglieder beschäftigt, denen Parteiverrat vorgeworfen wurde; (Otto Sling, Sekretär der KPC-Kreiskomitees Brünn, Marie Svermova, Vladimir Clementis, ehemaliger Außenminister). Dabei nahm Gottwald grundsätzlich zu den Versuchen der Bourgeoisie Stellung, in die Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung einzudringen und sie zu zersetzen. In seinem Referat führte Gottwald zu Jugoslawien unter anderem aus: *Kurz - im großen Weltkampf um den Frieden unter der Führung der Sowjetunion ist die Tito-Rankovic-Clique vollkommen auf die Seite der Kriegshetzer, geführt vom amerikanischen Imperialismus, übergegangen. ... Es ist durchaus kein Zufall, daß überall dort, wo ein Spion und Diversant der westlichen Imperialisten entdeckt wird, gewöhnlich auch neben und mit ihm ein Spion und Diversant des titoistischen Jugoslawiens entlarvt wird.*"

Zur Problematik der in der Partei wirkenden feindlichen Kräfte ist bei Gottwald zu lesen: *"Wenn der Klassenkampf - sozusagen - normal ist und die Entwicklung ziemlich ruhig vor sich geht, da duckt sich die Agentur des Klassenfeindes in der Kommunistischen Partei, versteckt sich und paßt sich an. Sobald sich aber der Klassenkampf verschärft, sobald die Bourgeoisie eine Position nach der anderen verliert, dann versucht der Klassenfeind natürlich die letzte, aber auch wichtigste Karte auszuspielen. Das heißt, daß er seine Agentur in der Kommunistischen Partei mobilisiert. ... Einige Genossen fragen, warum wir diese Feinde nicht schon früher entlarvt haben. ... Wir müssen uns dessen bewußt sein, ...daß der Spionagedienst auf lange Sicht arbeitet. Er setzt Leute ein und ... leitet sie so, daß sie Vertrauen gewinnen und so arbeiten, daß sie Erfolge haben, und erst dann hervortreten, wenn es nötig ist, zum Beispiel im Krieg und ähnlichem. Das heißt, daß ein solcher Agent nicht nur lauter schädliche Dinge macht. Da wäre*

*es sehr leicht, ihn zu entlarven. Da würden wir ihn rasch vor die Türe setzen, wie jeden Saboteur und Schädling. Ein solcher Agent muß unbedingt auch irgendwelche guten Dinge tun, damit er sich mit ihnen ausweisen kann, damit er Vertrauen gewinnen, noch höher klettern und dann im gegebenen Falle den großen, strategischen Plan seiner Auftraggeber erfüllen kann. Wir wissen zwar theoretisch, daß der Feind in die Partei dringt, daß er versucht, ständig höher zu kommen und daß er sich bemüht, die Politik der Partei zu beeinflussen. ... Wir wiederholen dies ständig von neuem, aber wenn es sich um eine konkrete Person handelt, die wir ... lange kennen, zögern wir, auf den ersten Blick zu glauben, daß es ein feindlicher Agent ist, wanken selbst, denken nach, führen alle möglichen Gründe für und gegen an usw. Vom theoretischen Begreifen des Problems des Klassenschädling innerhalb der Partei bis zur Entlarvung - wenn es um eine konkrete Person geht - ist bei uns noch ein weiter Weg. Weiter schließen wir oft die Augen vor verschiedenen unbolschewistischen Äußerungen und glauben, sie seien Zufall. Die Erfahrung lehrt, daß dies besonders bei hohen Parteifunktionären in der Regel nicht der Fall ist, daß sich hinter einem ähnlichen "Zufall" die Teufelsklaue Renegatentum und Verrat versteckt."*¹²³

Im September 1951 wurde der Generalsekretär Slansky aus dieser Funktion abberufen und in eine Funktion im Regierungsapparat eingesetzt, einige Zeit später in Untersuchungshaft genommen und im Dezember 1951 aus der Partei ausgeschlossen.¹²⁴

Im November 1952 fand der Prozeß gegen Slansky und 13 Mitangeklagte statt, von denen Slansky und 10 weitere Angeklagte zum Tode, die übrigen zu lebenslangem Freiheitsentzug verurteilt wurden.¹²⁵

Matyas Rakosi, Vorsitzender der Partei der Ungarischen Werktätigen.

Mitbegründer der Kommunistischen Partei Ungarns und führend an der Ungarischen Räteregierung von 1919 beteiligt, dafür vom faschistischen Horthy-Regime nach seiner Rückkehr aus der österreichischen Emigration nach Ungarn 1926 verhaftet und zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt, auf Intervention der Sowjetunion unter der Bedingung der sofortigen Ausreise in die Sowjetunion 1940 nach vierzehnjähriger Haft freigelassen.

Mit dem Kampf und dem Schicksal Rakosis und seiner Partei werde ich mich im folgenden ausführlich beschäftigen, weil sie exemplarisch sind für die Bedingungen, denen die kommunistische Bewegung insgesamt seit 1953 ausgesetzt war, und weil ohne die Kenntnis dieser Rahmenbedingungen auch die Entwicklung in der DDR und deren schließlicher Untergang nicht zu verstehen sind.

Rakosi war wohl der von den Revisionisten meistgehaßte und meistverleumdete Parteiführer der Länder der Volksdemokratie, und das mit gutem Grund, scheiterte doch selbst nach dem XX. Parteitag die KPdSU zunächst noch alle ihre Versuche, die Partei und das Land auf die Tito-Linie zu führen, an seinem unbeirrbar Festhalten an der marxistisch-leninistischen

¹²³ Klement Gottwald, Bericht auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei am 22. Februar 1951, Dietz Verlag Berlin 1951, S. 10, 32, 37 ff.

¹²⁴ Klement Gottwald, Zu einigen innerparteilichen Fragen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Rede auf der Tagung des ZK der KPC vom 6. Dezember 1951, Dietz Verlag Berlin, 1952, S. 3f, 15.

¹²⁵ Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörungszentrums mit Rudolf Slansky an der Spitze, Gerichtsprotokoll. Justizministerium der CSR, 1953, S. 663 ff.

Orientierung der Politik der Partei. Mit besondere Wut erfüllte alle Feinde des Sozialismus der im September 1949 in Budapest durchgeführte Prozeß gegen Laszlo Rajk und andere, - der erste der drei großen Prozesse, die in den volksdemokratischen Ländern Ungarn, Bulgarien und Tschechoslowakei gegen führende Partei- und Staatsfunktionäre wegen Hochverrats und Vorbereitung des Sturzes der sozialistischen Ordnung durchgeführt wurden.

Diese Prozesse haben eine Vorgeschichte, in deren Mittelpunkt die Änderung der Politik der Führer der kommunistischen Partei Jugoslawiens gegenüber der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern steht. Bis in das Jahr 1948 hinein galt in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, und auch bei uns, der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, Jugoslawien als ein Land, das auf dem Wege zur Errichtung einer sozialistischen Ordnung am weitesten vorangekommen war und der Sowjetunion am nächsten stand.¹²⁶

Aber Ende 1947 - Anfang 1948 nahm die Führungsgruppe der KP Jugoslawiens eine verhängnisvolle Änderung ihres bisherigen Kurses vor. Diese Änderung lief darauf hinaus, im sozialistischen Lager ein zweites, ein Gegenzentrum gegen die Sowjetunion zu bilden - mit Jugoslawien als Hegemon. Das Ganze wurde begründet mit der Notwendigkeit, die Balkanländer zu einer Föderation zusammenzuschließen. Tito nutzte dabei den Umstand aus, daß die kommunistischen Parteien der Balkanländer schon zu Zeiten der Kommunistischen Internationale der imperialistischen Politik des Gegeneinanderhetzens der Balkanvölker die Forderung nach einem solidarischen Zusammenschluß in einer Balkanföderation entgegen-gestellt hatten. Deshalb stimmte zunächst auch Georgi Dimitroff dem Vorschlag der Tito-Führung zu, nach dem Sieg über die Faschisten und nach der Verjagung der reaktionären Regierungen der Balkanstaaten nun die alte Idee der Balkanföderation zu verwirklichen. Als jedoch erkennbar wurde, daß hinter Titos Vorschlag die Absicht der Angliederung Bulgariens als Teilrepublik an Jugoslawien und die Schaffung eines antisowjetischen Zentrums steckte, nahm Dimitroff seine Zustimmung zurück und sprach sich gegen dieses Projekt aus.

Umso mehr drängte die Belgrader Führung jetzt - im Frühjahr 1948 - darauf, daß der andere, kleinere und - wie sie meinte -, leicht zu vereinnahmende Nachbar Albanien sich Jugoslawien anschloß.¹²⁷ Die Belgrader Führer konnten damit umso eher rechnen, als sie in der Führung der albanischen Partei Vertrauensleute wußten, - wie den Organisationssekretär des ZK der albanischen Partei und Innenminister Koci Xoxe und andere -, die auf Titos Weisung hin auch einen Staatsstreich in Tirana unternehmen würden, falls anders das Ziel nicht zu erreichen sein sollte. Dazu kam es indessen nicht, weil die Kritik des Informationsbüros an der Politik der KP Jugoslawiens vom Juni 1948 Tito zur Zurückhaltung zwang, zum anderen diese Kritik auch zur Aufdeckung der Machenschaften der Verbündeten Titos in der albanischen Führung beitrug. Sie führte schließlich zur Verhaftung Koci Xoxes und seiner Mitverschwörer und der Eröffnung eines Gerichtsprozesses gegen sie, der vom 11. Mai bis zum 10. Juni 1949 in Tirana durchgeführt

¹²⁶ A.Y. Wyschinski, stellv. Außenminister der UdSSR, im Sommer 1948 über die Beziehungen Jugoslawiens zur Sowjetunion: "Nach dem Sieg über Hitlerdeutschland wurden zwischen der Sowjetunion und Jugoslawiens die brüderlichsten Beziehungen hergestellt, es wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, Jugoslawien wirtschaftlich, militärisch und politisch in der internationalen Arena zu helfen, das wir als einen unserer treuesten und ideologischen Verbündeten betrachteten." Zitiert in: Enver Xoxha, Die Titoisten, Tirana 1983, S. 587.

¹²⁷ Ausführlich dazu: Enver Xoxha, Die Titoisten, S. 301-556.

wurde und mit einem Todesurteil für Koci Xoxe sowie Freiheitsstrafen von 5 bis zu 20 Jahren für die vier anderen Angeklagten abgeschlossen wurde.¹²⁸

Es ist übrigens bemerkenswert, daß ungefähr im gleichen Zeitraum, in dem die Belgrader Führung ihren neuen antisowjetischen Kurs verschärfte, in den USA der "Nationale Sicherheitsrat" die Direktive 10/2 vom 18. Juni 1948 erließ, die zum Inhalt die Ausdehnung verdeckter Aktionen der CIA auch auf das Ausland hatte; in dieser Direktive hieß es u.a.: *Unter dem in dieser Direktive verwendeten Terminus 'geheime Operation' sind alle Aktivitäten ... zu verstehen, die von dieser Regierung gegen feindliche ausländische Staaten oder Gruppen oder zur Unterstützung befreundeter ausländischer Staaten oder Gruppen geleistet oder gefördert werden, die jedoch so geplant und geleitet werden, daß nach außen hin ihr Urheber - die Regierung der USA - auf keine Weise in Erscheinung tritt und im Falle ihrer Aufdeckung die Regierung der USA völlig glaubwürdig jede Verantwortlichkeit für sie plausibel leugnen kann.*"

Als "geheime Aktivitäten" wurden genannt: *Propaganda, Wirtschaftskrieg, direkte Präventivhandlungen einschließlich Sabotage ..., Wühlarbeit gegen feindliche Staaten, einschließlich Hilfe für die illegalen Widerstandsbewegungen im Untergrund, für Guerillas sowie die Unterstützung von antikommunistischen Elementen in bedrohten Ländern der freien Welt.*"¹²⁹

Was im Rajk-Prozeß aufgedeckt wurde, ging sicher zu einem erheblichen Teil schon auf das Konto der Arbeit dieser Direktive. Dazu gehört vor allem der Plan zum Sturz der bestehenden Regierung, in dem Laszo Rajk, dem ungarischen Außenminister, von seinen jugoslawischen und amerikanischen "Beratern" die Hauptrolle zugeordnet war. Über diesen Plan und seine Väter sagte der ehemalige Leiter der Kaderabteilung der Kommunistischen Partei Ungarns, Tibor Szönyi: *"Der Plan der Verschwörung zum Sturz der ungarischen volksdemokratischen Regierungssysteme diente selbstverständlich den Interessen derjenigen, die den Plan ausgearbeitet hatten, die die intellektuellen Urheber des Planes waren, das heißt, die Verschwörung war ein Teil der gemeinsamen amerikanischen und jugoslawischen Pläne. ... Wir erhielten ein konkretes Versprechen in Bezug auf eine wirtschaftliche, finanzielle Hilfe Ungarns von seiten der Vereinigten Staaten, nach Ausführung des Putsches; ferner ... würden die Vereinigten Staaten Ungarn Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen ... unterstützen."*

Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, welche wesentlichen Änderungen für den Fall des Gelingens der Verschwörung in der Innen- und Außenpolitik vorgesehen gewesen seien, gab Szönyi zur Antwort:

"In erster Reihe die Bildung einer neuen Regierung. Wir planten ferner, die politische Struktur des Landes in dem Sinne zu ändern, wie das Rajk mit den führenden jugoslawischen Politikern besprochen hatte und wir hätten dazu die jugoslawische innenpolitische Lage als Vorbild genommen, das heißt eine Änderung, welche die Rolle der Parteien, in erster Reihe der Partei der Ungarischen Werktätigen im politischen Leben des Landes in den Hintergrund hätte drängen sollen, und an Stelle dieser hätte eine Volksfront mit verbreiteter Grundlage treten müssen, als eine Organisation, die das politische Leben des Landes lenkt. Die Verbreiterung

¹²⁸ Ausführlich dazu: Ebenda, S. 557-632.

¹²⁹ Zitiert aus: Klaus Steiniger, Tops und Flops. Die Geschäfte der USA-Geheimdienste, Berlin 1998, S. 38f. (Unterstreichungen von mir, K.G.)

*wäre in dem Sinne geschehen, daß wir dem Kulakentum innerhalb der Volksfront zu politischer Vertretung verholfen hätten. Auf wirtschaftlichem Gebiet war in erster Reihe davon die Rede, daß wir stufenweise - freilich nicht auf einmal - alle wichtigen Errungenschaften der Volksdemokratie von neuem vernichten, das heißt die Fabriken, die Banken, die Bergwerke den Kapitalisten zurückgeben, die Errungenschaften der Bodenverteilung teilweise vernichten sollten. In der taktischen Ausführung des Planes dachten wir freilich nicht daran, alles mit einem Schlag zu verwirklichen, sondern stufenweise, langsam, der Lage entsprechend. Ähnliche langsame, progressive Änderungen wurden auch in außenpolitischer Hinsicht geplant. Unsere Zielsetzung, Ungarn von der Seite der Sowjetunion und der befreundeten Volksdemokratien an die Seite der Vereinigten Staaten zu stellen, wollten wir auch stufenweise, langsam ausführen."*¹³⁰

Die Anklagen wie auch die Geständnisse der Angeklagten waren so ungeheuerlich und ungewöhnlich, daß es verständlich erscheint, wenn die späteren Behauptungen und Erklärungen, die Anklagen seien zu Unrecht erfolgt und die Angeklagten zu Unrecht verfolgt worden, ihre Geständnisse seien durch Folter, Drogen und falsche Versprechungen erpreßt und erschlichen worden, ja, wenn sogar solch absurde Behauptungen, die Drehbücher für die Aussagen und Geständnisse der Angeklagten seine in Moskau von Stalin und Berija entworfen worden und hätten dann von den Angeklagten auswendig gelernt und in den Verhören vorgetragen werden müssen, Glauben fanden und sogar mit einer gewissen Erleichterung darüber aufgenommen wurden, daß die Angeklagten ehrliche Kommunisten geblieben und unfähig gewesen waren, die ihnen zur Last gelegten Verbrechen zu begehen. Allerdings mußte man dafür nun für möglich halten, daß Rakosi und alle anderen für diese Prozesse Verantwortlichen noch viel schlimmere Ungeheuer waren, als den nunmehr Rehabilitierten je zugeschrieben war.

Man muß sich einmal vorstellen, was es für eine politische Bewegung bedeuten muß, wenn ihren Anhängern heute eine Gruppe ihrer Führer als Verräter und Verbrecher, morgen ihnen jedoch die gleichen Führer als quasi Heilige, die von den denkbar schlimmsten Verbrechern, nämlich ihren gestrigen Richtern, unter erfundenen Beschuldigungen grundlos ermordet wurden. Das alles machte die kommunistische Bewegung in den wenigen Jahren zwischen 1949 und 1956 durch! Eine Bewegung, die daran nicht zugrunde geht, muß einen sehr gesunden Organismus haben und zur Vertretung der Lebensinteressen der Klassen, deren politisches Führungsorgan sie ist, trotz alledem als unentbehrlich empfunden werden. Aber unvermeidlich stellen sich Viele die Frage: Wie kann man sich da noch zurechtfinden? Wer lügt? Wo ist die Wahrheit? Die Antwort ist: Die Wahrheit ist nur in den geschichtlichen Tatsachen zu finden, sogar dann, wenn Beweisdokumente noch fehlen. Die geschichtlichen Tatsachen aber besagen: Das, was Rajk und Komplizen als ihre Absicht vorgeworfen und wofür sie - bevor sie diese in die Tat umsetzen konnten - verurteilt wurden, das wurde nach der Rehabilitierung Rajks und seiner Mitangeklagten von anderen Führern der ungarischen Partei gleich zweimal nun tatsächlich begangen: zum ersten Male von Imre Nagy im Herbst 1956, zum zweiten Male von Gyula Horn ab 1989.

Wylko Tscherwenkoff, Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens, enger Mitarbeiter Georgi Dimitroffs. Tscherwenkoff wurde nach dem Tode Dimitroffs zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens gewählt.

¹³⁰ Zitiert aus: Laszlo Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht, Berlin 1949, S. 193, 195 ff.

Dimitroffs Tod - er starb am 2. Juli 1949 - war ein schwerer Verlust für die Partei und für die ganze kommunistische Weltbewegung. Sein weltweites Ansehen als der Held von Leipzig, der als Gefangener der Nazifaschisten diesen ihre erste Niederlage beibrachte, seine riesigen Klassenkampf Erfahrungen und seine unanfechtbare Autorität als eine der größten Führungspersönlichkeiten der kommunistischen Bewegung, fehlten gerade jetzt, da es galt, den Kampf um die Liquidierung der revisionistischen Agentur in der bulgarischen - und wie sich nur zu bald zeigen sollte, sogar in der sowjetischen! - Partei erfolgreich zu Ende zu führen. Für den Erfolg dieses Kampfes im eigenen Lande hatte Dimitroff auf dem letzten Parteitag der bulgarischen Partei, den er noch erlebte, ein festes Fundament gelegt.

Der V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei - auf ihm wurde die Umbenennung in Kommunistische Partei Bulgariens beschlossen - wurde am 19. Dezember 1948 eröffnet, also ein halbes Jahr nach der 2. Beratung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien und deren Resolution "Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens". Diese Resolution trug neben der Unterschrift Tschewenkoffs auch die von Traitscho Kostoff als Vertreter der bulgarischen Partei (ebenso wie die Slanskys und Germinders, der Verurteilten im Slansky-Prozeß, als Vertreter der KP der Tschechoslowakei). In seinem Referat ging Dimitroff mit keinem Wort auf diese Resolution ein, erwähnte auch mit keinem Wort Tito und Jugoslawien. Dennoch enthielt dieses Referat an mehreren Stellen eindeutige Verurteilungen der politischen Linie der Tito-Partei. Dies allein schon durch die mehrfache Erwähnung von Ausführungen Stalins als richtungsweisend für die bulgarischen Kommunisten. Vor allem aber durch seine Ausführungen zum Charakter und zu den Aufgaben der Volksdemokratien und zu den internationalen Aufgaben Bulgariens. Zu diesen Fragen führte er u.a. aus: *"Der volksdemokratische Staat wird in Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Sowjetunion geschaffen. Ebenso wie die Befreiung des Landes ... setzt auch die weitere Entwicklung unserer Volksdemokratie die Aufrechterhaltung sowohl enger Beziehungen wie auch aufrichtiger Zusammenarbeit, gegenseitiger Hilfe und Freundschaft unseres Landes mit dem großen Sowjetstaat voraus. Jede Tendenz zur Schwächung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ist gegen die Existenzgrundlagen der Volksdemokratien in unserem Lande selbst gerichtet.*

Der volksdemokratische Staat gehört zum demokratischen, antiimperialistischen Lager. Nur durch die Teilnahme an dem einigen, demokratischen, antiimperialistischen Lager, an dessen Spitze der mächtige Sowjetstaat steht, kann jedes Land der Volksdemokratie seine Unabhängigkeit, Souveränität und Sicherheit vor den Angriffen imperialistischer Kräfte gewährleisten. ... Die Volksdemokratien kämpfen für den Internationalismus. ... Nationalismus ist mit Volksdemokratie unvereinbar. ... Die Erziehung im Geiste des proletarischen Internationalismus und der Treue zur eigenen Heimat heißt vor allem, das Bewußtsein von der entscheidenden Wichtigkeit der festgefühten Einheitsfront der Länder der Volksdemokratie und der großen Sowjetunion zum Kampf gegen die Offensive aggressiver Kräfte der internationalen Reaktion und des Imperialismus zu entwickeln und zu festigen. Die ganze Zukunft unseres Volkes hängt einerseits von der Macht der Sowjetunion und andererseits von der Bereitschaft und Fähigkeit unseres Volkes ab, im Falle einer kapitalistischen Aggression seine Pflicht im allgemeinen Kampf würdig zu erfüllen. Im Zusammenhang damit bedeutet die Erziehung im Geiste des proletarischen Internationalismus auch die Stärkung der Einsicht, wie wichtig die völlige Übereinstimmung der Handlungen der Kommunistischen Parteien und die führende Rolle der KPdSU(B) ist. Denn die kommunistischen Parteien haben eine einheitliche Theorie als

Anleitung zum Handeln, die Theorie des Marxismus-Leninismus, sie haben ein einmütiges Ziel in ihrer Politik, es gibt die große Partei Lenins, die führende Partei der internationalen Arbeiterbewegung. ... Das Verhältnis zur Sowjetunion ist gegenwärtig der entscheidende Trennungsstrich zwischen dem Lager der Demokratie und dem der Reaktion in der internationalen Arena, zwischen den Kriegsbrandstiftern und den Anhängern eines dauerhaften demokratischen Friedens."¹³¹

Wegen seiner Krankheit, die ihn im März 1949 aus der aktiven Arbeit herausriß, war Dimitroff an den Vorbereitungen des Prozesses gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens, Traitscho Kostoff und seine Gruppe nicht mehr beteiligt. Durch den Prozeß erfuhr die Öffentlichkeit, daß ebenso wie in Albanien und Ungarn englische und amerikanische Geheimdienste und die Belgrader Tito-Leute ein Agentennetz bis in die Partei- und Staatsführung hinein geknüpft hatten; mit seiner Hilfe sollte die Volksmacht gestürzt und Bulgarien als "7. Republik" an Jugoslawien angeschlossen werden.

Der Hauptangeklagte Traitscho Kostoff konnte 1944, nach der Befreiung des Landes, in der nunmehr legalen und führend an der Macht beteiligten Kommunistischen Partei in eine Führungsposition aufsteigen, weil er - als leitender Funktionär der illegalen Partei, der 1942 zusammen mit sechs weiteren Genossen von der faschistischen bulgarischen Partei verhaftet, mit seinen Genossen vor Gericht gestellt und mit ihnen zum Tode verurteilt worden war -, als vermeintlich im Kampf bewährter Genosse das Vertrauen der Partei besaß. Dabei hatte sich damals offenbar keiner die Frage gestellt, wie es dazu kam, daß alle damals zum Tode Verurteilten auch hingerichtet wurden - außer ihm, der, obwohl er von allen die höchste Funktion in der illegalen Partei innegehabt hatte, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war. Er hatte der Partei verheimlicht, was jetzt im Prozeß ans Tageslicht gefördert wurde, daß er nämlich, um den Mißhandlungen und dem Todesurteil zu entgehen, sich schriftlich verpflichtet hatte, mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Diese Verpflichtung wurde von den bulgarischen faschistischen Behörden an die Engländer, mit denen sie schon in Kriegszeiten geheime Kontakte geknüpft hatten, weitergegeben und von dem britischen Geheimdienstmann im Stabe der Alliierten Kontrollkommission für den Waffenstillstand mit Bulgarien, Oberst Bailey, im November 1944 dazu benutzt, Kostoff zur Zusammenarbeit mit ihm anzuwerben.¹³²

Der Prozeß begann am 7. Dezember 1949. Wie im Rajk-Prozeß in Budapest waren auch hier Pressevertreter aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern und von bürgerlichen Presse-Agenturen als Prozeßbeobachter zugelassen; darüber hinaus wurde der Prozeß in Bulgarien auch durch Rundfunk übertragen. Die bürgerlichen Korrespondenten konnte ihren Redaktionen gleich am ersten Tage eine Sensation berichten: Der Hauptangeklagte Kostoff widerrief jene Teile seiner Aussagen in der Voruntersuchung, in denen er zugegeben hatte, mit der faschistischen bulgarischen Polizei, mit Tito und mit dem englischen Geheimdienst zusammengearbeitet zu haben. Nach der Urteilsverkündung am 14. Dezember widerrief er jedoch seinen Widerruf und bat in einem Gnadengesuch um die Umwandlung des Todesurteils in lebenslängliche Haft.¹³³ Natürlich wurde und wird bis heute von allen, die diese Prozesse als von den "Stalinisten"

¹³¹ Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Db. 3, Berlin 1958, S. 567 f., 601 f., 605 f.

¹³² Traitscho Kostoff und seine Gruppe, Berlin 1951, S. 35 f., 93 f.

¹³³ ebenda, S. 76-82, 639 f., 653 f.

inszenierte "Schauprozesse" hinstellen, Kostoffs Widerruf als Beweis für die Richtigkeit dieser ihrer Darstellung angeführt.

Wir aber halten uns daran, die Aussagen und Geständnisse der Angeklagten an den Tatsachen zu überprüfen; und da kommt das gleiche Ergebnis heraus wie schon im Fall des Rajk-Prozesses. Das soll hier nur an einem Beispiel, den Aussagen Kostoffs über die jugoslawischen Absichten hinsichtlich der Nachkriegsgestaltung des Verhältnisses zur Sowjetunion, vorgeführt werden. Über ein Gespräch mit Eduard Kardelj, dem zweiten Mann nach Tito in der jugoslawischen Führung, Ende November 1944, berichtet Kostoff: *"Kardelj teilte mir vertraulich mit, die Engländer und Amerikaner hätten den jugoslawischen Partisanen während des Krieges unter der Bedingung Waffen und Munition geliefert, daß Tito nach Kriegsende Jugoslawien von der UdSSR fernhalten und nicht zulassen werde, daß die Sowjetunion ihrem Einfluß in Jugoslawien, ja auf dem Balkan überhaupt, Geltung verschaffe. ... Kardelj erklärte, die jugoslawische Regierung beabsichtige, die UdSSR zu bitten, daß die Sowjettruppen Jugoslawien verlassen sollten, so bald die Kampfhandlungen auf seinem Gebiet abgeschlossen sein würden. 'Dies ist aber nicht ausreichend', so sagte mir Kardelj, 'die Sowjettruppen müssen auch Bulgarien verlassen, denn die Amerikaner und die Engländer sind außerordentlich daran interessiert, daß sich der sowjetische Einfluß südlich der Donau nicht durchsetzt.' Kardelj bemerkte, daß Tito und überhaupt die ganze jugoslawische Leitung einen sofortigen Anschluß Bulgariens an Jugoslawien als bestes Mittel zur Erreichung dieses Ziels ansähen, wobei die unter den Völkern Jugoslawiens und Bulgariens äußerst populäre Idee einer Föderation der Südslawen im Interesse der jugoslawischen Leitung ausgenutzt werden könnte. 'Dann', so erläuterte mir Kardelj, 'wird Bulgarien nicht länger als feindlicher Staat angesehen werden, es wird zum Bestandteil einer alliierten Macht werden, und die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf seinem Territorium wird sich als überflüssig, als durch nichts gerechtfertigt erweisen.' ... Kardelj unterstrich, daß man sich auch aus anderen Gründen beeilen müsse, solange G. Dimitroff noch nicht nach Bulgarien zurückgekehrt sei, da uns seine Rückkehr zusätzliche Schwierigkeiten bereiten würde. 'Georgi Dimitroff wird selbstverständlich entschieden gegen die erwähnte außenpolitische Orientierung des Einheitsstaates sein. Außerdem', so betonte Kardelj, 'sind die Jugoslawen unbedingt dafür, daß Tito in dem zusammengefaßten Staat sowohl der politische als auch der militärische Führer sein wird, da sie einen Nationalhelden in ihm sehen, der auch in Bulgarien populär ist. Es wird besser sein', so fügte Kardelj hinzu, 'wenn Dimitroff in Moskau bleibt.'"*¹³⁴

Über ein Gespräch mit dem britischen Geheimdienstoberst Bailey auf einem Empfang am Neujahrstag 1945 berichtete Kostoff: *"Im Zusammenhang damit sagte mir Bailey, daß schon während des Krieges eine Vereinbarung über die Nachkriegspolitik Jugoslawiens zwischen Tito und den Engländern mit Zustimmung der Amerikaner getroffen worden sei. Tito habe die Verpflichtung übernommen, Jugoslawien von der UdSSR und deren Freunden in Ost- und Südosteuropa fernzuhalten und eine Politik durchzuführen, die den besonderen politischen und strategischen Interessen des englisch-amerikanischen Blocks auf dem Balkan entspreche. 'Als Gegendienst', so erklärte Bailey, 'hat Tito während des Krieges großzügige Unterstützung von*

¹³⁴ Ebenda, S. 96 ff.

den Engländern und den Amerikanern erhalten und wird ebensolche Unterstützung auch in Zukunft bekommen."¹³⁵

Und nun vergleichen wir diese Aussagen mit folgenden Ausführungen eines C.F. Melville in der britischen Zeitschrift "The Fortnightly", Nr. 935 vom November 1944 (S. 293 f.) in einem Artikel, überschrieben "The Future of Yugoslavia" ("Die Zukunft Jugoslawiens"). Melville gehörte offenbar zu den ja nicht gerade seltenen Auslandskorrespondenten, die über einen direkten Draht zu den Geheimdiensten verfügen und deshalb Dinge "voraussagen" können, deren Grundlagen im Dunkeln bleiben müssen. Bei Melville können wir lesen: *"Die Idee einer eventuellen Föderation zwischen Jugoslawien und Bulgarien unter russischer Ägide auf der Grundlage einer großen Südslawischen Föderation, regiert von einem linksorientierten agrarischen politischen System ('Left-wing agrarian political regime') ist nicht unmöglich. Aber es ist keinesfalls unvermeidlich. Viel wahrscheinlicher ist, daß es eine enge Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und Jugoslawien geben wird und daß die Bewegung in Richtung Einheit bis zu einer Zollunion gehen wird. Aber die Idee eines großen jugoslawisch-bulgarischen Blocks als einer spezifisch russischen Interessensphäre ... ist eine, die den neuen jugoslawischen Führern nicht empfehlenswert ist ('is one which is not likely to commend itself to the new leaders of Yugoslavia'). ... Marschall Tito und seine Genossen und das neue Jugoslawien, das sie schaffen, haben natürlich tiefe Sympathie für das neue Rußland. Die Beziehungen zwischen beiden werden unvermeidlich enge und freundschaftliche sein. Aber das kräftige Gefühl der Unabhängigkeit, das jeden Jugoslawen erfüllt, wird es sicherlich nicht zulassen, daß das Land ein reiner Satellit Rußlands wird. Das wird viel wahrscheinlicher mit Bulgarien als mit Jugoslawien der Fall sein. Die neuen Führer Jugoslawiens wollen eine Politik verfolgen, die auf Zusammenarbeit mit beiden, mit Rußland und mit England beruht, und wahrscheinlich auch mit dem neuen Frankreich. Nach meiner Ansicht wäre es ein großer Fehler unsererseits, davon auszugehen, daß, während Griechenland natürlich unser Freund auf dem Balkan bleiben wird, wir uns mit einem Jugoslawien unter russischer Vormundschaft abfinden müßten. Wir brauchen beide, Jugoslawien und Griechenland, als unsere Freunde auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer. Und es kann gesagt werden, daß weit vorausschauende Leute in Jugoslawien in gleicher Weise die Notwendigkeit der Freundschaft Großbritanniens empfinden. Nach dem Kriege wird Britannien viel tun können, um die Freundschaft zu pflegen und zu entwickeln, die durch die Waffenbrüderschaft zementiert wurde."*

Der Artikel Melvilles schildert im großen Überblick die Entwicklung der Zusammenarbeit Titos mit der militärischen und politischen Führung Englands und ist damit eines der frühesten publizistischen Zeugnisse dafür, wie stark der Einfluß der Briten und Churchills persönlich bereits damals auf die politischen Entscheidungen Titos war. Der Kostoff-Prozeß hat das, was bei Melville nur andeutungsweise erkennbar ist, in Gänze ans Tageslicht gebracht.

Wylko Tscherwenkoff hat mit dem Kostoff-Prozeß im Sinne Dimitroffs die sozialistische Ordnung Bulgariens verteidigt, sich damit aber - wie Rakosi - den unversöhnlichen Haß Titos und von dessen Freunden und Beschützern zugezogen. Am 16. April 1956 mußte er seinen Rücktritt als Ministerpräsident erklären! Weshalb? Natürlich "wegen Fehlern"!

¹³⁵ Ebenda, S. 105

Zu den führenden hervorragenden Persönlichkeiten der internationalen Kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten gehören unbedingt auch Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Über ihre Rolle - vor allem diejenige Walter Ulbrichts - im Kampf gegen den Revisionismus wird in den Abschnitten des 2. Teils¹³⁶ zu sprechen sein, die sich mit der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigen.

Solange - wie noch 1953 - eine solche Phalanx hervorragender Führer kommunistischer Parteien gegen ein Abweichen der kommunistischen Bewegung vom marxistisch-leninistischen Kurs stand, mußten Chrustschows Ziele unerreichbar bleiben. Er mußte deshalb nach Wegen suchen, sie von ihren Führungspositionen zu verdrängen, und zwar sowohl in der eigenen Partei als auch in den Bruderparteien. In der KPdSU trat nach Stalins Tod die neue Führung zunächst als ein Kollektiv auf, mit der Begründung, kein einzelner von ihnen könne die Nachfolge der überragenden Persönlichkeit Stalins antreten, das könnte nur ein Führungskollektiv. In diesem ursprünglichen Kollektiv der wichtigsten Politbüro-Mitglieder rangierte Chrustschow erst an vorletzter Stelle, hinter dem Ministerpräsidenten G.N. Malenkow, der auf dem letzten, dem XIX. Parteitag 1952, anstelle Stalins den Rechenschaftsbericht gegeben hatte; auch hinter L. P. Berija, 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Innenminister, und hinter W.M. Molotow ebenfalls 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Außenminister. Erst dann kam Chrustschow als Sekretär des Zentralkomitees und als letzter N. A. Bulganin, stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Aber es dauerte nur fünf Jahre, und von der "kollektiven Führung" war nur noch Chrustschow übriggeblieben. Die Stufen zu seiner Ein-Mann-Führung sahen so aus:

Sommer 1953: Auf Initiative vor allem Chrustschows wurde Berija verhaftet und auf dem Juli-Plenum des ZK von 1953 in seiner Abwesenheit beschuldigt, ein imperialistischer Agent und Spion zu sein, es wurde beschlossen, ihn aus der KPdSU auszuschließen und dem Gericht zu übergeben. Das ist nach offiziellen Angaben geschehen und endete im Dezember 1953 mit einem Todesurteil und seiner Erschießung.

Nächste Stufe: Im Februar 1955 wird Malenkow als Ministerpräsident "wegen Mängeln in der Arbeit" abgesetzt. Sein Nachfolger wird der bisherige Verteidigungsminister Bulganin. Aber auch er bleibt nicht lange Chef der Regierung.

Letzte Stufe, März 1958: Bulganin wird als Ministerpräsident von Chrustschow abgelöst. Der vereinigt jetzt in seinen Händen die Führung der Partei und des Staates, verfügt also über eine Machtfülle wie vor ihm nur Stalin. Er konnte nun - was die Situation im Innern betraf - davon ausgehen, daß ihm niemand mehr unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen konnte, zumal seine gefährlichsten Gegner, Molotow und Kaganowitsch, ihm durch einen Versuch, ihn durch einen Mehrheitsbeschluß des Parteipräsidiums abzusetzen, die Möglichkeit gegeben hatten, den Spieß umzudrehen. Zunächst hatte die Präsidiumsmehrheit in einer Sitzung im Juni 1957 in der Tat Chrustschow für abgesetzt erklärt; aber eine sofort von dessen Leuten einberufene ZK-Tagung hatte nun ihrerseits seinem Antrag auf Ausschluß Molotows und Kaganowitschs aus dem Politbüro und dem ZK zugestimmt. Chrustschow ließ 1961 beide auf dem XXII. Parteitag auch aus der Partei ausschließen.

¹³⁶ Dieser 2. Teil der Arbeit von Kurt Gosswiler wird, wie schon oben erwähnt, als Sonderheft der Offensiv erscheinen.

Chruschchows Wünschen, auch mögliche harte Gegner seines Kurses an der Spitze der Bruderparteien durch Leute seiner Wahl ersetzt zu sehen, kam das Schicksal - oder wie man das bezeichnen mag -, durch einige plötzliche Todesfälle entgegen.

Am 14. März 1953 starb im Alter von 57 Jahren Klement Gottwald an den Folgen einer Erkältung, die er sich in Moskau bei den Trauerfeierlichkeiten für Stalin zugezogen hat, wie es in einer offiziellen Verlautbarung hieß. (ND vom 15.3.1953)

Am 12. März 1956 starb im Alter von 66 Jahren Boleslaw Bierut in Moskau, wo er am XX. Parteitag teilgenommen hat, an einem Herzinfarkt. (Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie, Nr. 11, 1956.) Damit wurde der Weg frei für die Rückkehr Gomulkas an die Spitze der Partei, die er schon einmal bis 1948 als Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei inne gehabt hatte.

Am 11. Juli 1964 starb Maurice Thorez im Alter von 64 Jahren an Bord des sowjetischen Schiffes "Litwa" auf einer Urlaubsreise an Herzschlag. (ND vom 13.7.1964).

Am 24. August 1964 starb Palmiro Togliatti im Alter von 71 Jahren nach seiner Ankunft in Jalta, wo er an einer Konferenz teilnehmen wollte, für die er ein umfangreiches Memorandum ausgearbeitet hatte zu den Fragen, die auf der Konferenz behandelt werden sollten. Darin sprach er sich auch ausdrücklich gegen die Absichten aus, die KP Volkschinas aus den Reihen der kommunistischen Parteien auszuschließen. Das richtete sich, ohne ihn zu nenne, gegen Chruschschow, zu dessen Konferenzzielen es gehört hatte, die Zustimmung aller anderen teilnehmenden Parteien zum völligen Bruch mit der KP Volkschinas zu erlangen. Die KP Italiens veröffentlichte das Memorandum Togliattis und fügte ihm eine Erklärung an, in der es unter anderem hieß: *"Das Memorandum ... wurde vom Genossen Togliatti wenige Stunden, bevor ihn die tödliche Krankheit für immer niederwarf, fertiggestellt. ... Auch seine letzte Schrift ... bezeugt, daß sich Genosse Togliatti bis zum letzten Augenblick mit Kraft und Klarheit der Arbeit widmete. Nichts läßt das Eintreten der schrecklichen Krankheit vorausahnen..."*¹³⁷

Im März 1953 waren noch alle diese hervorragenden kommunistischen Führer auf ihren Posten, und es ist schon sehr bezeichnend, daß das erste Land und der erste Mann, die zu spüren bekamen, daß aus Moskau jetzt ein anderer Wind wehte, das Land war, das von seinem imperialistischen Nachbarn als sein eigenes Staatsgebiet beansprucht und damit am meisten gefährdet war, nämlich die Deutsche Demokratische Republik, und der Mann, der von den Feinden der DDR am meisten gehaßt und ihren massivsten Angriffen ausgesetzt war - Walter Ulbricht, weil er der härteste Widersacher aller Versuche war, die DDR vom Wege des Sozialismus abzudrängen. Er stand damit - wie sich zeigte - auch jenen Leuten in Moskau im Wege, deren Exponent damals, einer Auskunft Molotows zufolge, Berija war. Molotow berichtet über eine Besprechung im Politbüro der KPdSU im Frühjahr 1953 über die Situation in der DDR. Dort habe Berija den Standpunkt vertreten: *"Wozu muß man in der DDR Sozialismus machen, wenn sie nur ein friedliches Land ist, genügt uns das; was für ein Land, das ist dann unwichtig."* Molotow trat - seinem Bericht zufolge - Berija entschieden entgegen und erklärte, er halte es für sehr wichtig, welchen Weg die DDR beschreite, sie sei ein hochentwickeltes kapitalistisches Land im Zentrum Europas und obwohl nur ein Teil Deutschlands, hänge vieles von ihr ab. Deshalb müsse fester Kurs auf den Aufbau des Sozialismus gehalten werden, jedoch

¹³⁷ Neues Deutschland vom 12. 9. 1964

ohne sich zu übereilen.¹³⁸ Dieser Besprechung im Politbüro der KPdSU folgte eine Einladung an Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Fred Ölsner zu einer "Beratung" nach Moskau. Bei dieser "Beratung", die in Wahrheit einem Befehlsempfang gleichkam,¹³⁹ wurde den Genossen aus Berlin ein fertiges Dokument in die Hand gedrückt mit der Überschrift: "Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik", in dem alle Maßnahmen der Partei und der Regierung der DDR der letzten Monate, - die zu einem großen Teil auf Empfehlungen und Forderungen der Sowjetischen Kontroll-Kommission (SKK) zurückgingen! - für falsch und fehlerhaft erklärt wurden, und verlangt wurde, sie rückgängig zu machen. Verlangt wurde auch, alle landwirtschaftlichen Genossenschaften aufzulösen, "die sich als lebensunfähig gezeigt haben", in der DDR seien nur einfache Formen der Genossenschaften lebensfähig, in der der Boden gemeinsam bearbeitet würde, "ohne daß die Produktionsmittel vergesellschaftet werden". Die Forderung nach Auflösung der "lebensunfähigen" Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurde in der DDR dank Walter Ulbrichts und der Mehrheit des ZK der SED nicht durchgeführt; - diese Forderung aber entsprach genau dem, was Gomulka in Polen praktizierte, nachdem er im Oktober 1956 mit Chruschtschows Hilfe an die Macht gehievt worden war; er hat damit neun Zehntel der bestehenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften liquidiert und die Landwirtschaft Polens mit der Verewigung zwerghafter Familienbetriebe so sehr auf den Hund gebracht, daß die jetzigen konterrevolutionären Regierungen Polens mit dieser Landwirtschaftsstruktur die allergrößten Schwierigkeiten haben mit der "Europäischen Union". Aber was Gomulka 1956 an konterrevolutionärer Landwirtschaftspolitik betrieb, das war - wie das sowjetische Dokument von 1953 zeigt -, durchaus kein original polnisches Gewächs, sondern der allgemeingültige revisionistische Weg zur Verhinderung des Sozialismus in der Landwirtschaft, den die Chruschtschow-Führung den sozialistischen Ländern aufzuzwingen versuchte.

Doch zurück zur DDR. Nach ihrer Rückkehr aus Moskau stand die Führung der SED vor der aufgezwungenen Aufgabe, den Moskauer Forderungen entsprechende Maßnahmen durchzuführen und sie dem Partei- und dem Staatsvolk plausibel zu erklären. Aber auch dafür ließen ihnen die neuen Männer in Moskau keinen Freiraum. Der am 27. Mai 1953 - nach Auflösung der SKK - zum "Hohen Kommissar" der Sowjetunion in der DDR ernannte W.S. Semjonow verlangte von der SED-Führung einen Wortlaut des Kommunique, mit dem der "neue Kurs" verkündet werden sollte, von dem der zu seiner Abfassung verurteilte Rudolf Herrnstadt sagte: obwohl er es nach den gegebenen Anweisungen selbst geschrieben habe, könne er seiner Veröffentlichung nicht zustimmen; es würde "eine nicht zu verantwortende Schockwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit hervorrufen, die Partei desorientieren und erbittern und dem Gegner die Flanke öffnen". Walter Ulbricht und Otto Grotewohl, denen er seine Bedenken mitteilte, waren genau der gleichen Ansicht. In einer Unterredung mit Semjonow sagte Herrnstadt dem dann auch: "So darf man den Kurswechsel nicht einleiten. Das Kommunique kann nur Verwirrung stiften." Darauf Semjonow: "Das Kommunique *muß* morgen in der Zeitung stehen." Herrnstadt hatte dennoch versucht, Semjonow umzustimmen, indem er ihm sagte: "Geben Sie uns 14 Tage, und wir können den Kurswechsel so überzeugend und fortreibend begründen, daß *wir* mit ihm in die Offensive gehen und nicht der Gegner." Darauf gab Semjonow "sehr scharf und von oben herab" die geradezu ungeheuerliche Antwort: "In 14

¹³⁸ Feliks Tschujew, 140 Gespräche mit Molotow, (russ.), Moskau 1991, S. 332 - 336

¹³⁹ siehe dazu: Kurt Gossweiler, Hintergründe des 17. Juni 1953, in: Wider den Revisionismus, S. 47 ff.

Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben."¹⁴⁰ So erschien das Kommuniqué dann am 11. Juni 1953 und tat genau die von Herrstadt, Ulbricht und Grotewohl vorhergesehene und befürchtete Wirkung: es "desorientierte und erbitterte die Partei und öffnete dem Gegner die Flanke". Diese Vorgänge und die zitierte Antwort Semjonows sind ein deutlicher Hinweis darauf, daß es bereits zu diesem frühen Zeitpunkt, nur drei Monate nach Stalins Tod, in der neuen Führung Leute gab, die mit dem Gedanken spielten, die DDR der BRD preiszugeben - gegen entsprechende Gegenleistungen, versteht sich.

Und wenn schon das nicht gelang, dann sollte der 17. Juni wenigstens dazu ausgenutzt werden, Walter Ulbricht zu stürzen. In den heftigen Diskussionen im Politbüro und im Zentralkomitee wurde von verschiedenen Genossen sein Rücktritt gefordert, und Herrstadt brachte den Vorschlag ein, als neuen 1. Sekretär Wilhelm Zaisser, damals Minister für Staatssicherheit, zu wählen. Dieser Vorschlag war offenbar mit einigen Leuten im Moskauer Politbüro abgestimmt, war doch Berija als Chef der sowjetischen Staatssicherheit Zaisers sowjetischer übergeordneter Amtskollege. Heinz Brandt, zur Zeit des 17. Juni 1953 noch Sekretär für Agitation und Propaganda in der Bezirksleitung Berlin der SED, später Überläufer und eines der für manchen noch so sehr notwendigen Beispiele dafür, daß einer ein Feind sein und dennoch jahrelang im Parteiapparat in hoher verantwortlicher Position unerkannt bleiben und als zuverlässiger Genosse gelten kann, - dieser durch seine Funktion gut informierte Heinz Brandt schrieb in einem Buch über die Situation im Juni 1953: *"Der Kreml verlangte ultimativ, daß die bisherige SED-Politik liquidiert werde, er verlangte sogar einen Wechsel in der Führung, er war bereit, die DDR eventuell sogar aufzugeben, um über Churchills Mittlerrolle zu einem Agreement mit den USA zu gelangen. Es hatte sich eine einmalige Konstellation für die demokratische und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ergeben, für die katastrophenlose Liquidierung des unseligen 'sozialistischen' DDR-Abenteuers."*¹⁴¹ Der gleiche Heinz Brandt ließ am 23. April 1981 in einer Sendung des RIAS mit dem Titel "Die DDR vor der Mauer" wissen, daß Semjonow am 9. Juni schon eine neue Liste für das Politbüro fertig hatte, mit Herrstadt an der Spitze. Dieser erste, aber keineswegs letzte Versuch, Walter Ulbricht zu stürzen, schlug fehl, nicht zuletzt deshalb, weil sein damaliger Hauptbetreiber in der sowjetischen Parteiführung, der Inspirator und Schutzherr Zaisers, Berija, gerade in diesen Tagen in Moskau selbst gestürzt wurde. Kurzum, so früh hatten wir es schon mit dem ersten Fall der Bereitschaft der neuen Führung in Moskau zur Preisgabe der DDR und mit dem Versuch, Ulbricht zu stürzen, zu tun. Das ist wichtig zu wissen, um den weiteren Verlauf der Dinge in der DDR besser zu verstehen.

Zwei Jahre später, im Mai 1955, führte Chruschtschow einen Streich, der sich gegen die gesamte kommunistische Bewegung richtete und darauf abzielte, vom Tito-Revisionismus den Stempel der Abtrünnigkeit zu entfernen, der ihm zurecht mit dem Beschluß des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1948 aufgedrückt worden war und der sich als eine wirksame Schutzimpfung gegen die Ausbreitung der revisionistischen Krankheit bewährt hatte. Dieser Strich war ferner darauf berechnet, den revisionistischen Kräften in den kommunistischen Parteien und in den sozialistischen Ländern, deren Wirkungsmöglichkeiten durch

¹⁴⁰ Rudolf Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, hgg. von Nagja Stultz-Herrstadt, rororo aktuell, 1990, S. 72-74

¹⁴¹ Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West. Frankfurt/M, 1985, S. 208

diesen Beschluß sehr eingeengt worden waren, nun ungehinderte Betätigungsmöglichkeiten und womöglich noch - als "zu Unrecht Verfolgten" - eine privilegierte Position zu verschaffen. Dieser Streich kam also einer vorsätzlichen Infizierung des kommunistischen Organismus mit einer lebensgefährlichen Krankheit gleich.

Es handelt sich dabei um die Erklärung, mit der Chruschtschow bei seinem Besuch Jugoslawiens an der Spitze einer sowjetischen Delegation im Mai 1955 die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Jugoslawien begründete. Er tat das mit einer Erklärung, die - wie er das immer wieder zu tun beliebte - von dem ihm Aufgetragenen in einer Weise abwich, durch die schädliche, aber ohne schwerwiegende Komplikationen kaum wieder zurückzunehmende Fakten geschaffen wurden; in diesem Falle mit einer Erklärung über die Ursachen des Zwistes zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion, die die Wahrheit dreist auf den Kopf stellte.

In seiner Begrüßungsansprache auf dem Flugplatz in Belgrad am 26. Mai erklärte er nämlich dem "Teuren Genossen Tito", daß diese Entzweiung ganz allein von der sowjetischen Seite ausgegangen sei; wörtlich: *"Wir haben eingehend die Materialien überprüft, auf denen die schweren Anschuldigungen und Beleidigungen beruhten, die damals gegen die Führer Jugoslawiens erhoben wurden. Die Tatsachen zeigen, daß diese Materialien von Volksfeinden, niederträchtigen Agenten des Imperialismus, fabriziert waren, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen hatten."*¹⁴² Das wagte er zu sagen, obwohl er und die ganze Welt wußte, daß der "Teure Genosse Tito" sein Land 1953 in den imperialistischen Balkanpakt hineingezogen hatte und Jugoslawien mitten im Kalten Krieg der USA gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten von den USA mit Waffen beliefert wurde, natürlich nicht, ohne daß die sich die Kontrolle über deren Verwendung vorbehielten.¹⁴³ Seine Flugplatzerklärung war eine wohlberechnete Lüge, welche die "Schutzimpfung" der Erklärung von 1948 wirkungslos machen sollte und in der Tat - wie wir schon gesehen haben - auch gemacht hat.

Wie gewissenlos dieser Mann an der Spitze der KPdSU diese für die sozialistische Welt lebensgefährliche Lüge vorbrachte, wird besonders deutlich durch die Selbstwiderlegung, zu der er sich drei Jahre später gezwungen sah, um seine Position zu behaupten, nachdem sich Tito als Mitinitiator der Konterrevolution in Ungarn 1956 erwiesen hatte und dadurch in der ganzen kommunistischen Bewegung der Revisionismus als die Hauptgefahr erkannt worden war. Jetzt, zum Aussprechen der Wahrheit gezwungen, hörte man von ihm auf dem VII. Parteitag der KP Bulgariens im Juni 1958 dies: *"Besonders gefährlich für die revolutionäre Bewegung sind diejenigen, die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen, in Wirklichkeit aber, ob sie es wollen oder nicht, die Rolle einer Agentur des Klassenfeindes in der Arbeiterbewegung spielen."* Damit hatte er - natürlich ohne das zu beabsichtigen - ein treffendes Selbstportrait gezeichnet! Sein Text geht dann wie folgt weiter: *"Der moderne Revisionismus ist eine Art trojanisches Pferd. Die Revisionen versuchen, die revolutionären Parteien von innen zu zersetzen, die Einheit zu unterminieren und Verwirrung und Durcheinander in die marxistisch-leninistische Ideologie zu tragen. ... Im Jahre 1948 nahm die Konferenz des Informbüros eine Resolution 'Über die Lage in der KP Jugoslawiens' an, die eine berechtigte Kritik an der Tätigkeit der KP Jugoslawiens in*

¹⁴² Siehe: Kurt Gossweiler, Wider den Revisionismus, S. 362

¹⁴³ Siehe: Kurt Gossweiler, Einige Daten zur Rolle Tito-Jugoslawiens zwischen West und Ost, in: Offensiv 7/99, S. 39 f.

einer Reihe prinzipieller Fragen enthielt. Diese Resolution war im wesentlichen richtig und entsprach den Interessen der revolutionären Bewegung."¹⁴⁴

Chruschtschow konnte sich nun, im Juni 1958, zu dieser Selbstwiderlegung umso leichter bereit finden, als er sicher sein konnte, daß dadurch die mit der Lüge von 1955 beabsichtigten und erreichten verhängnisvollen Folgen nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten, nämlich die Besetzung der Spitzen der polnischen und der ungarischen Partei mit neuen Führern nach Chruschtschows und Titos Wahl in der Person Gomulkas, Imre Nagys und Kadars, sowie die Erzeugung einer Massenstimmung des Mißtrauens gegen die alten Führer, ohne die es der Konterrevolution 1956 in Polen und Ungarn nicht gelungen wäre, große Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen.

Wir sagten vorhin, daß Chruschtschows Unschuldserklärung für Tito von 1955 darauf berechnet war, die Schranken gegen das Eindringen des Revisionismus in die Reihen der wirklichen kommunistischen Parteien niederzulegen. Jeder Mensch, der über normales Denkvermögen verfügt, mußte sich nach dieser Erklärung sagen: Wenn Tito zu Unrecht beschuldigt wurde, ein Agent des Imperialismus zu sein, dann sind auch alle jene zu Unrecht beschuldigt, denen "Titoismus" vorgeworfen wurde oder die als Tito-Agenten vor Gericht gestellt und zu Zuchthaus oder gar zum Tode verurteilt wurden, wie Rajk in Ungarn, Kostoff in Bulgarien, Slansky in der Tschechoslowakei und Koci Xoxe in Albanien. Und dann sind die in diesen Ländern an der Spitze der Partei und des Staates stehenden Führer - die Bierut, Gottwald, Rakosi, Tschewenkoff und Hodscha und weitere - nicht mehr vertrauenswürdig, sondern des Mordes an Unschuldigen schuldig.

All diese Verdächtigungen und Beschuldigungen hätten nie erhoben werden können, hätte Chruschtschow nicht erst 1958, sondern schon 1955 die Wahrheit über die Rolle Titos und des Revisionismus als trojanisches Pferd des Imperialismus ausgesprochen. Aber was hatte er 1958 so treffend über die Absichten der Revisionisten ausgeführt?

"Die Revisionisten versuchen, die revolutionären Parteien von innen zu zersetzen, die Einheit zu unterminieren und Verwirrung und Durcheinander in die marxistisch-leninistische Ideologie zu tragen." Wer hätte das präziser formulieren können als er selbst, der Meister dieses schmutzigen Handwerks! (*Starker Beifall*)

Kurt Gossweiler, Berlin

Ulrich Huar: Die Bucharigruppe ¹⁴⁵

Die Tätigkeit der Bucharigruppe unterschied sich von der trotzkistisch-sinowistischen Opposition dadurch, daß sie ihre Angriffe gegen die Mehrheit des ZK vorwiegend auf ökonomischem Gebiet führte, während die Trotzkisten vor allem auf politischem Gebiet gegen die Partei und Sowjetmacht agierten. In der Konsequenz mußten beide unterschiedlichen Richtungen zur Zerstörung der Einheit der KPdSU (B) und der Sowjetmacht führen. Die Kennzeichnung der Bucharigruppe als "rechte" Abweichung, die der Trotzkisten als "linke" trifft nur sehr allgemein zu, aus dem damaligen Sprachgebrauch und Begriffsgefüge erklärbar.

¹⁴⁴ Kurt Gossweiler, Wider den Revisionismus, S. 363. Hervorhebung von mir, K.G.

¹⁴⁵ Aus: „offen-siv“ 4-2003, Sonderheft: „Stalins Beiträge zur Parteitheorie, Heft II“, S. 37-40

Auf Bucharin wurde bereits ausführlich in den Arbeiten Stalins zur Politischen Ökonomie des Sozialismus verwiesen.¹⁸⁹⁾

In einer "kurzen Niederschrift" über die Bucharingruppe, die Äußerungen Stalins aus Reden enthalten, die er in einer gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK der KPdSU (B) Ende Januar/Anfang Februar 1929 gehalten hat, ist die ökonomische Konzeption von Bucharin, Tomski und Rykow kurz zusammengefaßt: Verlangsamung des Entwicklungstempos der Industrie, Einschränkung des Aufbaus der Sowjet- und Kollektivwirtschaften, volle Freiheit für den privaten Handel, Verzicht auf die regulierende Rolle des Staates.¹⁹⁰⁾

Zugleich wandte sich Bucharin gegen die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen gegen die Kulaken, gegen deren "übermäßige Besteuerung", Bucharin, Rykow und Tomski drohten mit Niederlegung ihrer Funktionen, wenn die Partei ihre Politik nicht ändere.¹⁹¹⁾ Stalin verwies darauf, "daß Bucharin im Auftrag der Gruppe hinter den Kulissen Verhandlungen mit Kamenew führte, um einen Block der Bucharinleute mit den Trotzlisten gegen die Partei und ihr ZK zu organisieren..."¹⁹²⁾ Dieses Komplott zwischen Bucharin und Kamenew ist im "Sotsialitscheski Westnik vom 22. März 1929, ein in Berlin erscheinendes Organ deutscher Trotzlisten, belegt.¹⁹³⁾ Desgleichen findet die subversive Verschwörertätigkeit in der Zeitschrift der französischen Trotzlisten "Contre le Courant ihre Bestätigung, die auch in "Gegen den Strom", Organ der KPD (Opposition), Berlin, Nr. 17, 27. April 1929, S. 8, veröffentlicht wurde.¹⁹⁴⁾ Aus diesen trotzkistischen Blättern geht eindeutig hervor, daß Bucharin, Tomski und Rykow mit Kamenew gegen Stalin und Molotow, gegen die Mehrheit des ZK intrigiert haben. Danach hat Bucharin gegenüber Kamenew geäußert:

"Wir sind der Meinung, daß die Linie Stalins vernichtend für die ganze Revolution ist. Mit dieser Linie geraten wir in den Abgrund. Die Differenzen zwischen uns und Stalin sind viel, viel ernsthafter als alle Differenzen, die zwischen uns und Ihnen bestanden haben.

Ich, Rykow und Tomski schätzen die Situation übereinstimmend folgendermaßen ein: >Es wäre viel besser, wenn wir im Politbüro anstelle von Stalin jetzt Sinowjew und Kamenew hätten.< Darüber habe ich mit Rykow und Tomski ganz offenherzig gesprochen; mit Stalin spreche ich schon einige Wochen nicht mehr; er ist ein prinzipienloser Intrigant, der alles der Aufrechterhaltung seiner Macht unterordnet..."¹⁹⁵⁾

Auch wenn trotzkistischen Blättern gegenüber Vorsicht geboten ist, der Sachverhalt stimmt mit anderen Quellen überein.

Die Absprachen zwischen Bucharin und Kamenew verdeutlichen, daß es nicht mehr um die Diskussion unterschiedlicher ökonomischer Theorien ging, sondern daß die Bucharingruppe auf den Sturz des ZK hinarbeitete. Bucharin befürchtete nicht zu unrecht, daß sie im ZK keine Mehrheit für ihre Politik finden würden, denn "der mittlere ZK-Funktionär" begreift "noch nicht die Tiefe der Meinungsverschiedenheiten, ..." ¹⁹⁶⁾ Nun ist das Komplott Bucharins mit Kamenew zum Sturz Stalins als gewähltem Generalsekretär wohl nicht nur eine "Meinungsverschiedenheit".

In der Resolution des gemeinsamen Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU (B) (16. - 23. April 1929) wurden die Auffassungen der Bucharingruppe ausführlich analysiert, als falsch und

schädlich zurückgewiesen, ihre geheimen Versuche, einen fraktionellen Block gegen das ZK zu organisieren, verurteilt.¹⁹⁷⁾ Politbüro und ZKK fassten den Beschluß:

- a) das Verhalten Bucharins und Sokolnikows (die Unterredung mit Kamenew) als fraktionellen Akt zu verurteilen, der von der völligen Prinzipienlosigkeit Bucharins und Sokolnikows zeugt und außerdem den elementarsten Forderungen der Gewissenhaftigkeit und einfachen Anständigkeit widerspricht
- b) das Verhalten Rykows und Tomskis, die dem ZK und der ZKK die Tatsache der ihnen bekannten geheimen Verhandlungen Bucharins mit Kamenew verheimlichten, als ganz und gar unzulässig zu erklären.¹⁹⁸⁾

Die Grundzüge der Bucharinschen Wirtschaftskonzeption¹⁹⁹⁾ bestanden in einer Überbewertung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus (die 1929 mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ohnehin zu Ende ging, UH), im Versöhnertum gegenüber der Sozialdemokratie, der Ablehnung des Kampfes gegen den "linken" Flügel der Sozialdemokratie, der die Arbeiter hinderte, sich von der Sozialdemokratie zu lösen, in der These, daß sich der Klassenkampf in der UdSSR gegen die Kapitalisten in der NÖP-Periode in dem Maße abschwäche, wie der sozialistische Aufbau vorankomme, daß die Kulaken in den Sozialismus hineinwachsen würden. Der wachsende Widerstand der Kapitalisten in der UdSSR ergäbe sich aus Unzulänglichkeiten der Organe der Sowjetmacht, als Reaktion auf das Versagen des Staatsapparates. Mit Verbesserung des Apparates würde der Widerstand der Kapitalisten aufhören.

Stalin meinte dazu, daß damit "die Schädlingearbeit der bürgerlichen Intellektuellen in Schachty, die eine Form des Widerstands der bürgerlichen Elemente gegen die Sowjetmacht und eine Form der Verschärfung des Klassenkampfes ist, sich nicht aus dem Wechselverhältnis der Klassenkräfte, nicht aus dem Wachstum des Sozialismus, sondern aus der Untauglichkeit unseres Apparats erklären."²⁰⁰⁾ Dies sei "keine Erklärung, sondern Hohn auf eine Erklärung. Das ist keine Wissenschaft, sondern Afterwissenschaft."²⁰¹⁾

Bucharin wolle den Markt, der durch die regulierende Hand des Sowjetstaates in Grenzen gehalten wurde, von diesen "Fesseln" befreien, eine "Normalisierung" des Marktes herbeiführen, die letzten Endes "eine Ära der vollen Freiheit des privaten Handels eröffnen" würde.²⁰²⁾ Letztendlich sollte das Tempo der Industrialisierung gedrosselt, die Schaffung von Genossenschaften und Sowjetwirtschaften gebremst, die Kulaken nicht zu hoch besteuert werden. Stalin resümierte, daß zwei verschiedene Pläne der Wirtschaftspolitik bestünden, der Plan der Partei und der Plan Bucharins.

Der Plan der Partei sah ein schnelles Entwicklungstempo der Industrie vor als Schlüssel für die Rekonstruktion der Landwirtschaft. Ohne Industrie keine Kollektivierung, keine Mechanisierung der Landwirtschaft als Bedingung für die Steigerung der Getreideproduktion. Ohne Steigerung der Getreideproduktion keine Erweiterung der Viehwirtschaft, ohne Erweiterung der Viehwirtschaft keine bessere Versorgung der Arbeiter mit Fleisch- und Molkereiprodukten. Zu dieser Zeit wurde von den Kulaken noch immer das meiste Getreide angebaut, war die Sowjetmacht noch immer abhängig von den dem Sozialismus feindlich eingestellten Kulaken, die das Getreide horteten, um Wucherpreise zu erzwingen. Aber ohne Industrialisierung, ohne Übergang zu Kollektiv- und Sowjetwirtschaften konnte sich die Sowjetmacht nicht gegenüber

den Kulaken und der NÖP-Bourgeoisie behaupten. Industrialisierung oder Restauration des Kapitalismus, so stand die Frage.

Bucharin dagegen wollte das freie Spiel des Marktes, die Kulaken nicht zu hoch besteuern, die Kollektivierung verlangsamen, die Industrialisierung bremsen, das Getreidedefizit durch Kauf von Getreide aus dem Ausland beseitigen, wodurch Valuta gebunden wurden, die für den Ankauf von Industrieanlagen vorgesehen waren. Bucharin setzte auf die Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft, was die Kulaken als die stärksten Einzelwirtschaften stärken mußte, damit den Kapitalismus. Die kleinen und mittleren Einzelbauern waren nicht mehr in der Lage, mit den bisherigen Bearbeitungsmethoden die Getreideproduktion wesentlich zu erhöhen.²⁰³⁾

Im Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag (26. Juni - 13. Juli 1930) verwies Stalin auf die Folgen, wäre die Partei der Konzeption Bucharins gefolgt und verglich sie hinsichtlich ihrer Ergebnisse mit der Konzeption der Gruppe Trotzki-Sinowjew: „Was wäre geschehen, wenn wir auf die Rechtsopportunisten aus der Gruppe Bucharins gehört hätten, wenn wir auf die Offensive verzichtet, das Entwicklungstempo der Industrie gedrosselt, die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften gehemmt und uns auf die individuelle Bauernwirtschaft gestützt hätten? Wir wären unweigerlich mit unserer Industrie gescheitert, hätten die Sache der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft zugrunde gerichtet, wären ohne Getreide geblieben und hätten der Vorherrschaft des Kulakentums den Weg geebnet. Wir säßen jetzt vor einem Scherbenhaufen. Was wäre geschehen, wenn wir auf die 'linken' Opportunisten aus der Gruppe Trotzki-Sinowjew gehört und die Offensive 1926/27 eröffnet hätten, als wir keine Möglichkeit besäßen, die kulakische Produktion durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen? Wir hätten dabei unweigerlich Fiasko erlitten, hätten unsere Schwäche demonstriert, die Position des Kulakentums und der kapitalistischen Elemente überhaupt gestärkt, den Mittelbauern dem Kulaken in die Arme getrieben, wir hätten unseren sozialistischen Aufbau vereitelt und wären ohne Getreide geblieben. Wir säßen jetzt vor einem Scherbenhaufen. Die Resultate wären die gleichen.“²⁰⁴⁾

Sechzig Jahre später hat Gorbatschow diese Einschätzung Stalins auf seine Weise als richtig bestätigt. Die Übereinstimmung der Wirtschaftspolitik Gorbatschows mit der Konzeption Bucharins ist unübersehbar, was Walter Lagueur veranlasste, von einer "Kontinuität" von Bucharin zu Gorbatschow zu sprechen. Gorbatschow hat es geschafft, in Umsetzung der Bucharinschen Konzeption die Sowjetunion in einen "Scherbenhaufen" zu verwandeln.

Ulrich Huar, Berlin

Andrea Schön: Geschichtslügen: Fundamente des Anti-"Stalinismus"¹⁴⁶

Die wichtigsten Forschungsergebnisse nach Öffnung der Kreml-Archive

Der Anti-"Stalinismus", das trojanische Pferd in der kommunistischen Bewegung, steht und fällt mit dem Begriff des Stalinismus, d.h. einer aus der Personalisierung erwachsenen begrifflichen Verallgemeinerung "unsozialistischer" Phänomene - vulgo: In der Stalinzeit wurde heftig von "sozialistischen Prinzipien" abgewichen, und daran ist vor allem Stalin schuld. Verstanden wird dabei im abstrakt-revisionistischen Sprachgebrauch ein mehr oder minder kohärenter "Politiktyp" einer auf sozialistischer Ökonomie basierenden Gesellschaft, der auf Elementen wie "Überzentralisierung" in den Strukturen von Partei und Gesellschaft, administrativ-bürokratischen Methoden anstelle von kollektiven Entscheidungsprozessen bis hin zu "Kommandostrukturen" insbesondere in der Wirtschaft etc. beruht, zur Entfremdung des einzelnen vom kollektiven Eigentum, zu gesellschaftspolitischer Passivität und schließlich zur Abstumpfung der Massen zu unkritischen Befehlsempfängern führt. Damit einher geht die Kritik, daß jener "Politiktyp" sich außerstande erwiesen habe, die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution (Gewaltenteilung, bürgerliche Freiheitsrechte, Pluralismus etc.) positiv aufzuheben, d.h. ihre progressiven Aspekte in die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft einzubeziehen. Noch weiter zugespitzt, wird in geschichtsphilosophischer Manier in Anlehnung an den Verlauf der französischen Revolution ein "Thermidor" in der Sowjetunion ausgemacht, d.h. die angebliche Vernichtung der Avantgarde der Revolution zugunsten der Herrschaft einer privilegierten bürokratischen Kaste.

Obwohl diese Ansätze sich marxistischer Begrifflichkeiten befleißigen, zeigt sich beim näheren Hinsehen, wie wenig die Dialektik zwischen Ökonomie und Politik im Sozialismus und damit einhergehend der Zusammenhang zwischen nationalem und internationalem Klassenkampf unter den konkret-historischen Bedingungen beachtet wird. Die Thematik ist allerdings zu komplex, um sie in einem kleinen Artikel auch nur ansatzweise sinnvoll zu behandeln. Es sind dazu auch schon viele wertvolle Analysen in der offensiv und in der Zeitschrift Rotfuchs erschienen und werden sicherlich auch noch in Zukunft erscheinen.

Ich möchte mich in diesem Artikel auf jene Zahlen und Fakten konzentrieren, die als "Hintergrundstrahlung" der vorgenannten "Stalinismus"-Debatte immer mitschwingen – ob man sich auf sie explizit bezieht oder nicht: Es handelt sich um die "Opfer des Stalinismus", deren vermutete Zahl den zumeist völlig unreflektierten Ausgangspunkt einer solchen Debatte bildet; unreflektiert deshalb, weil es an erster Stelle die Frage des Gegners ist, an der man (Kommunist) sich abarbeitet, dabei unmerklich bis unweigerlich in eine völlig metaphysische, d.h. ahistorisch moralisierende Diskussion gerät - und in jene Defensive, in die eigentlich der Gegner gehört, der es bis heute nicht verwinden kann, daß die Sowjetunion unter Stalin dem imperialistischen Lager seine bisher größten und schmachvollsten Niederlagen beigebracht hat.

Man stelle sich z.B. vor, Stalin hätte mit seinem Team in nur einem Jahrzehnt die Sowjetunion aus dem Mittelalter in die Neuzeit navigiert, anschließend die Hitlerarmee zerschmettert und im

¹⁴⁶ Aus: „offen-siv“ 7-2002; Ausgabe Juli-August des Jahres, S. 57-67

Anschluß daran das Land binnen fünf Jahren wieder auf Vorkriegsniveau gebracht – und das Ganze ohne eine "Unzahl" von Opfern, die natürlich ein riesiges Ausmaß annehmen muß, damit auch der skrupelloseste Genosse, moralisch bis ins Mark erschüttert, niemals mehr aus der Frage entlassen wird: "War das die Sache wert??"

Nach Vernachlässigung des ideologischen Phrasengeflechts um den Stalinismus-Begriff bleibt als Kern: die Anzahl der Opfer. Im folgenden möchte ich mich mit dem hierzu vorliegenden Datenmaterial beschäftigen, wie es insbesondere von Mario Sousa, Parteimitglied der schwedischen KPML(r), in seinem Artikel "Lies concerning the history of the Soviet Union" (Lügen in Bezug auf die Geschichte der Sowjetunion) zusammengetragen wurde.

Nach Öffnung der Archive des Zentralkomitees der KPdSU erschienen im Jahre 1990 einige wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema, die in der Weltöffentlichkeit kaum Beachtung fanden – anders als etwa das berühmte "Schwarzbuch des Kommunismus" (Stephane Courtois et al., Frankreich 1997), das die "Stalin-Opfer" auf bis zu 20 Millionen hochrechnet (pikanterweise entspricht diese Zahl den russischen Kriegsoffern im Zweiten Weltkrieg) oder ähnlich illustre Literatur, die nach dem "Wer bietet mehr?"-Paradigma operiert.

Nazis lancieren Opfer-Legende

Bevor die aufgedeckten statistischen Daten genauer betrachtet werden, sei zunächst ein kurzer Blick auf die Entstehungsgeschichte der Opferlegende geworfen.

Wie bereits 1925 in Hitlers "Mein Kampf" angekündigt, galt die Ukraine als die "Kornkammer" für das "Volk ohne Raum" und damit als eines der wichtigsten Kriegsziele des deutschen Faschismus im Osten. Um den kriegerischen Feldzug propagandistisch vorzubereiten, startete Göbbels eine Hetzkampagne gegen die Bolschewiken der Ukraine, die angeblich ihr Volk einer bewußt von Stalin provozierten Hungerkatastrophe auslieferten. Die Kampagne erwies sich allerdings als allzu durchsichtig im Hinblick auf die dahinter stehenden faschistischen Kriegsziele.

Unterstützung nahte jedoch von William Hearst, dem Gründer der Regenbogenpresse in den USA, dem in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts 25 Tageszeitungen, 24 Wochenzeitungen, 12 Radiostationen, eine der ersten Fernsehstationen und 2 Nachrichtenagenturen gehörten. Die Gesamtauflage der Zeitungen betrug 13 Millionen Exemplare pro Tag und wurde von einem Drittel der erwachsenen Bevölkerung in den USA gelesen. 1934 wurde der ultra-konservative Nationalist und Antikommunist Hearst von Hitler als Gast und Freund empfangen. Nach diesem Besuch waren Hearsts Zeitungen plötzlich voll von Horrorstories über die Sowjetunion – von angeblichem Völkermord über Fälle von Sklaverei, einer im Luxus schwelgenden Führung etc. Das Material lieferte die Gestapo.

Zu den ersten Kampagnen gehörte die besagte über die ukrainische Hungersnot: "6 Millionen Menschen sterben Hungers in der Sowjetunion", titelte die Chicago American am 18.2.1935 und lancierte Berichte, wonach diese von den Bolschewiki absichtlich herbeigeführt worden sei. (Nebenbei: Der dafür bezahlte Lohnschreiber nannte sich Thomas Walker, ein angeblich weitgereister Journalist, der jahrelang die Sowjetunion durchquert hatte. Wir kommen auf ihn noch zurück.)

Tatsächlich wissen wir, daß der Beginn der dreißiger Jahre von heftigen Klassenausinandersetzungen auf dem Lande geprägt war: Arme, landlose Bauern revoltierten gegen die

Kulaken, reiche Landbesitzer, um die Bildung von Kolchosen (Genossenschaften) durchzusetzen. Ein großer Teil der Kulaken wiederum versuchte seinerseits die Einbringung seines riesigen Privateigentums an Boden und Landwerkzeugen in die Kolchosenwirtschaft zu verhindern – indem er sein Vieh abschlachtete, durch Sabotageaktionen oder durch gezielte Unterwanderung der Kolchosen. Insgesamt waren 120 Millionen Bauern in diese heftigen Klassenkämpfe verwickelt. Die Partei hatte dabei die extrem schwierige Aufgabe, die Massenbewegung zur Enteignung der Kulaken in geordnete Bahnen zu lenken und zugleich die Landfrage als Klassenfrage grundsätzlich zu lösen (d.h. die Enteignung der Kulaken durchzusetzen). Insbesondere die Zusammenstöße mit rechten Nationalisten in der Ukraine führten zu heftigen Nahrungsmittelengpässen. Aber es war gerade diese reaktionäre Clique, die die Nazis während der Besatzung in ihrem Völkermord an den Juden unterstützte und nach dem Zweiten Weltkrieg im U.S.-amerikanischen Exil zynischerweise die Mähr vom "ukrainischen Holocaust" in die Welt setzte, der auch noch der Opferzahl der Juden entsprach: 6 Millionen (vgl. dazu Martens, S. 129 ff).

Opfer-Legende zum Zweiten

Die Lügen der Nazis überstanden den Zweiten Weltkrieg, indem sie vom amerikanischen und vom britischen Geheimdienst (CIA und MI5) kultiviert wurden und immer einen bevorzugten Platz in der Propaganda gegen die Sowjetunion einnahmen. Auch McCarthys Hexenjagd in den fünfziger Jahren basierte auf den Märchen der Millionen Hungertote in der Ukraine. 1953 erschien in den USA ein Buch mit dem Titel "Black Deeds of the Kremlin" (Die schwarzen Taten des Kreml), finanziert von in die USA geflüchteten ukrainischen Nazi-Kollaborateuren. Während der US-Präsidentschaft von Ronald Reagan in den Achtzigern wurde dieselbe Propaganda-Platte erneut aufgelegt, und 1984 erhielt diese durch das Buch eines Harvard-Professors mit dem Titel "Human Life in Russia" (Leben in Rußland) wissenschaftliche Weihen. Im Jahre 1986 erschien ein weiteres Buch zum Thema, diesmal von einem ehemaligen Mitglied des britischen Geheimdienstes, Robert Conquest, seines Zeichens Professor an der Stamford University in Kalifornien, mit dem Titel "Harvest of Sorrow" (in deutscher Übersetzung: Ernte des Todes). Für dieses Werk erhielt Robert Conquest 80.000 US-Dollar von der faschistischen Ukraine National Organisation, die 1942 in der Ukraine eine Partisanenarmee zur Unterstützung der Nazis aufbaute und deren Mitglieder zum größten Teil als Polizisten, Hinrichtungskommandos, Partisanenjäger und örtliche Verwaltungsbeamte für die Gestapo oder die SS gearbeitet hatten (vgl. Martens, S. 127). Diese Organisation finanzierte im übrigen auch 1986 einen Film mit dem Namen "Harvest of Despair" (wörtlich: Ernte der Verzweiflung), der u.a. auf Conquests Material basiert. Zu jenem Zeitpunkt hatten die angeblichen Hungertoten der Ukraine bereits eine stattliche Zahl von 15 Millionen erreicht.

Ein Lichtblick in dem immer wieder neu aufgelegten Lügengespinnst ist die Veröffentlichung von Douglas Tottle, einem kanadischen Journalisten, dessen Buch mit dem Titel "Fraud, Famine and Fascism, The Ukrainian Genocide Myth from Hitler to Harvard" (Fälschung, Hunger und Faschismus, Der Mythos vom ukrainischen Völkermord von Hitler bis Harvard) 1987 in Toronto erschien und materialreich die hartnäckig konservierte Lügenpropaganda widerlegte. Unter anderem konnte er nachweisen, daß diverse Autoren, darunter Conquest, Fotos von hungernden Kindern verwendet haben, die nachweislich aus dem Jahre 1922 stammen - Folgen des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion! Des weiteren weist Tottle nach, daß Thomas Walker, jener Journalist, der für die Horrorberichte der Ukraine verantwortlich zeichnete, in Wirklichkeit

auf den Namen Robert Green hörte, ein entlaufener Strafgefangener aus dem Staatsgefängnis von Colorado war und vor Gericht zugab, niemals in der Ukraine gewesen zu sein. Und ausgerechnet die Berichte des eigentlichen Moskau-Korrespondenten der Hearst-Presse, Lindsay Parrott, z.B. über die ausgezeichnete Ernte in der Sowjetunion im Jahre 1933 und die erzielten Fortschritte in der Ukraine, seien nie veröffentlicht worden. Parrott hielt sich 1934 in der Ukraine auf und konnte nach dem erfolgreichen Erntejahr keinerlei Anzeichen einer Hungersnot bemerken (Tottle; zit. n. Martens, S. 116).

Conquest und Solschenizyn - Opferlegende zum Dritten

Nach wie vor zu den berühmtesten Autoren über Millionentote in der Sowjetunion gehört Robert Conquest, der eigentliche Schöpfer aller Mythen und Lügen, die nach dem Zweiten Weltkrieg Verbreitung fanden. Seine bekanntesten Bücher sind "The Great Terror" (Der große Terror) von 1969 und "Harvest of Sorrow". Danach sind nicht nur Millionen Menschen in der Ukraine Hungers gestorben, sondern ebenso in den Arbeitslagern des Gulag und im Zuge der Moskauer Prozesse 1936-38. Die Quellen von Conquest sind exilierte Ukrainer in den USA, eine illustre Gesellschaft, die den rechtsten Parteien angehörte und die Nazis im Zweiten Weltkrieg unterstützte. Viele der Helden von Conquest sind bekannt als Kriegsverbrecher, die am Genozid an der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine 1942 beteiligt waren, darunter der verurteilte Kriegsverbrecher Mykola Lebed, Sicherheitschef in Lwow während der Besatzung. Er wurde unter die Fittiche der CIA genommen, der er als "Informations"quelle zur Verfügung stand.

Conquests Vergangenheit als ehemaliger Agent in der Desinformationsabteilung (Information Research Department (IRD)) des britischen Geheimdienstes – zuständig für das gezielte Lancieren von "Informationen" in der ausländischen Presse - wurde am 27.1.1978 in einem Artikel des Guardian enthüllt. Das IRD wiederum erhielt traurige Berühmtheit durch seine Verstrickung in den Rechtsextremismus, weshalb es seine Tätigkeit 1977 einstellen mußte. Bis dahin gelang es ihm, mehr als 100 der bekanntesten Journalisten Großbritanniens - von der Financial Times, The Times, dem Economist, dem Daily Mail und Daily Mirror, The Express, The Guardian etc. - mit Desinformationsmaterial zu versorgen. Robert Conquest arbeitete für den IRD bis 1956 mit der Aufgabe, zur sogenannten "schwarzen Geschichte" der Sowjetunion beizutragen. Auch nachdem Conquest offiziell den Dienst verlassen hatte, schrieb er seine Bücher mit dessen Unterstützung. So bestand "The Great Terror" im wesentlichen aus Material, das er in seiner Zeit beim Geheimdienst gesammelt hatte, und erschien mit Unterstützung des IRD. Conquests Hauptadressaten waren nützliche Idioten wie Universitätsprofessoren und Medienleute, die seinen Lügen ein breitestmögliches Publikum bescherten.

Ein weiterer berühmter "Gulag"-Autor ist der hinlänglich bekannte Alexander Solschenizyn, der wegen konterrevolutionärer Aktivitäten in Form von Verbreitung antisowjetischer Propaganda 1946 zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt worden war. Er vertrat die Ansicht, daß der Krieg gegen Nazideutschland durch einen Kompromiß mit Hitler zu verhindern gewesen wäre, und klagte die sowjetische Regierung und Stalin an, angesichts der schrecklichen Kriegsfolgen eine noch schlimmere Rolle als Hitler gespielt zu haben. Solschenizyn machte keinen Hehl aus seinen Nazisympathien. Mit Zustimmung und Hilfe Chruschtschows begann er 1962 mit der Veröffentlichung seiner Bücher, 1970 erhielt er für seinen "Archipel Gulag" den Nobelpreis für Literatur, 1974 emigrierte er in die Schweiz und anschließend in die USA. Dort wurde er gerne als Vortragsreisender herumgereicht, u.a. zum AFL-CIO Gewerkschaftskongreß im Jahre 1975

geladen und am 15.7.1975 sogar vor den US-Senat zur Einschätzung der Weltlage. Er agitierte für eine erneute Intervention in Vietnam (nach der Niederlage der USA!) zur Befreiung der angeblich Tausenden von gefangenen und versklavten U.S.-Soldaten sowie für einen amerikanischen Einmarsch in Portugal angesichts der sogenannten Nelken-Revolution 1974. Konsequenterweise betrauerte er die Befreiung der portugiesischen Kolonien in Afrika und propagierte die weitere Aufrüstung der USA gegen eine Sowjetunion, die angeblich über fünf- bis siebenmal so viele Panzer und Flugzeuge verfügte und über zwei- bis drei-, wenn nicht fünfmal so viele Atomwaffen. Besonders pikant: Im spanischen Fernsehen warnte er 1976 vor demokratischen Liberalisierungen u.a. mittels Verweis auf die 110 Millionen Opfer des russischen Sozialismus. Solschenizyns Sympathie für das ehemalige Zarenregime, die russisch-orthodoxe Kirche und seine pro-faschistischen Äußerungen ließen ihn als antisozialistischen Propagandisten schließlich in den Augen kapitalistischer Meinungsmacher erheblich an Wert verlieren (vgl. Sousa).

Die statistischen Methoden der Opferzähler

Conquest, Solschenizyn sowie der ebenfalls hinlänglich bekannte "Antistalinist" Roy Medwedew verwendeten für ihre Opferzählungen statistisches Material aus der Sowjetunion, z.B. nationale Volkszählungen. Auf diese wurde ungeachtet der konkreten Situation im Lande noch ein statistischer Bevölkerungszuwachs geschlagen. Daraus ergab sich eine Soll-Einwohnerzahl für die jeweils betreffenden Jahre. Die Differenz zu den Ist-Zahlen bedeutete danach entweder Tod oder Gefangenschaft. Tottle beschreibt diese Methode an folgendem Beispiel: "Nimmt man die Angaben der Volkszählung des Jahres 1926 (...) und diejenigen der Erfassung vom 17. Januar 1939 (...) sowie einen jährlichen Wachstumsdurchschnitt vor der Kollektivierung (2,36%), so kann errechnet werden, daß die Ukraine (...) im Zwischenzeitraum dieser beiden Volkszählungen 7,5 Millionen Menschen verloren hat" (zit. n. Martens, S. 122). Es ist klar, daß jeder halbwegs ernst zu nehmende westliche Wissenschaftler sich gegen eine solche Methode verwahren würde – ginge es nicht um die Sowjetunion. (Die Ukraine hatte im Jahre 1939 nicht einmal die gleichen Grenzen wie 1926, abgesehen von weiteren Faktoren wie Geburtenrückgang infolge des Interventionskrieges, Wechsel von eingetragener Nationalitätszugehörigkeit, Migrationen etc.)

Conquest errechnete auf diese Weise 1961 6 Millionen Hungertote in der Sowjetunion zu Beginn der 30er Jahre und erhöhte diese Zahl 1986 auf 14 Millionen. Für die Moskauer Prozesse allein errechnete er sieben Millionen Gefangene 1937-38 und eine Gesamtzahl von 12 Millionen politischen (!) Gefangenen in den Arbeitslagern im Jahre 1939 (im Jahre 1950 soll es abermals 12 Millionen politische Gefangene in der SU gegeben haben). Die gewöhnlichen Kriminellen haben nach Conquest diese Zahl noch bei weitem übertroffen, so daß in den Arbeitslagern angeblich 25-30 Millionen Gefangene saßen. Von den politischen Gefangenen seien zwischen 1937 und 1939 eine Million ermordet worden, weitere zwei Millionen seien Hungers gestorben. Einschließlich "statistischer Anpassungen" kam Conquest auf insgesamt 12 Millionen getötete politische Gefangene zwischen 1930 und 1953. Zusammen mit den Hungertoten der dreißiger Jahre ergibt das 26 Millionen Todesopfer auf das Konto der Bolschewiken (Stalin).

Die Phantasiezahlen erschienen in der bürgerlichen Presse der sechziger Jahre als Fakten, die angeblich auf wissenschaftlich-statistischen Methoden beruhen, und – obwohl maßgeblich aus dem Hause CIA/MI5 stammend - wurden bzw. werden sie bis heute von weiten Teilen der westlichen Bevölkerung (einschließlich der Linken) als bare Münze genommen. Gerade von

jenen sich als links, progressiv, marxistisch etc. verstehenden Kreisen sollte man annehmen, daß sie die Quellen jeder Berichterstattung über die SU schon aus Prinzip unter die Lupe nehmen anstatt zwanghaft jeden Horrorbericht (insbesondere über die "Stalinzeit") nachzuäffen.

Doch die Situation verschlimmerte sich noch wesentlich unter Gorbatschow. Bis 1990 konnten Figuren wie Solschenizyn, Sacharow und Medwedew in der Sowjetunion niemanden mit ihren Hirngespinnsten beeindrucken. Als dann aber die "freie Presse" eröffnet wurde, galt alles Oppositionelle und gegen den Sozialismus Gerichtete plötzlich als positiv und berichtenswert – mit desaströsen Folgen: Eine unglaubliche Inflation der angeblich Verhafteten und Getöteten setzte ein, und nach dem Motto "Wer bietet mehr?" verstieg man sich schon bald in die zig Millionen "Opfer der Kommunisten". Die Hysterie der von Gorbatschow protegierten "freien Presse" spülte wieder die Lügen von Conquest und Solschenizyn an die Oberfläche und forderte die Öffnung der Archive.

Gorbatschow öffnet die Archive und die Opferlegende zerbricht. Der offizielle Bericht über das sowjetische Strafsystem

Als im Jahre 1990 schließlich Gorbatschow die Archive des Zentralkomitees der KPdSU für historische Studien öffnen ließ, geschah etwas sehr Merkwürdiges: Die so lange Zeit ersehnte Öffnung der Archive, die allen Todesopferspekulanten die endliche Bestätigung ihrer mühsamen Rechnereien verheißen hatte, wurde plötzlich mit völligem Desinteresse und Grabesstille in den Medien quittiert.

Die Forschungsergebnisse, die die russischen Historiker W.N. Zemskow, A.N. Dugin und O.W. Xlewnjuk (Schreibweise aus dem Englischen übertragen!) seit 1990 in wissenschaftlichen Fachzeitschriften vortrugen, blieben völlig unbeachtet. Die Forschungsergebnisse gelangten nie über die engen professionellen Kreise der Fachzeitschriften hinaus und waren damit unfähig, die allgemeine Opferhysterie der großen Medien auch nur anzukratzen.

Auch im Westen wurden die Ergebnisse der Archivöffnung ignoriert und fanden sich weder in den großen Blättern der Printmedien noch in irgendeinem Fernsehsender. Die linke Presse dokumentierte ebenfalls wenig sichtbares Interesse an den Forschungsergebnissen, nicht zu reden von offizieller Revidierung bis dato unkritisch kolportierter Schauermärchen zum Thema "Verbrechen des Stalinismus". Was war geschehen?

Der offizielle Bericht über das sowjetische Strafsystem umfaßt beinahe 9.000 Seiten. Es haben viele Autoren daran mitgearbeitet, zu den bekanntesten zählen die genannten russischen Historiker Zemskow, Dugin und Xlewnjuk. Im Westen wurde der Bericht als Ergebnis der Zusammenarbeit von Forschern aus verschiedenen westlichen Ländern vorgestellt. Die Daten, auf die sich Mario Sousa bezieht und die wie eingangs erwähnt das eigentliche Thema dieses Artikels sind, wurden im Jahre 1993 veröffentlicht:

- in der französischen Zeitschrift "L'Histoire" (Die Geschichte) von Nicholas Werth, Forschungsleiter des französischen Forschungszentrums Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS – Nationales wissenschaftliches Forschungszentrum)
- in der Zeitschrift "American Historical Review" (Amerikanische Geschichtsbetrachtung) von J. Arch Getty, Geschichtspräsident an der Universität von Kalifornien, Riverside, zusammen mit G.T. Rettersporn, einem CNRS-Forscher, sowie dem russischen Wissenschaftler Zemskow vom Institut für russische Geschichte an der russischen Akademie der Wissenschaften

Mario Sousa weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, daß keiner der beteiligten Forscher dem sozialistischen Lager zuzurechnen ist, es sich vielmehr um bürgerliche, zum Teil offen reaktionäre Forscher handelt – mit dem entscheidenden Unterschied allerdings, daß diese ihre wissenschaftliche Integrität über jede ideologische Befangenheit stellen, d.h. keine Datenfälschung im Interesse ihrer ideologischen Orientierung bzw. ihres Geldbeutels betreiben.

So geben die Daten reichhaltig Auskunft zu den folgenden Fragestellungen:

- Bestandteile des sowjetischen Strafsystems
- Anzahl der politischen und nicht-politischen Gefangenen-Anzahl der Todesopfer in den Arbeitslagern
- Anzahl der Todesurteile vor 1953, insbesondere in den Säuberungen der Jahre 1937-38
- durchschnittliche Dauer der Gefängnisstrafen

Der Gulag

Ab 1930 zählten zum sowjetischen Strafsystem Gefängnisse, die Arbeitslager und Arbeitskolonien des Gulag sowie spezielle offene Bereiche und Geldstrafen.

Die Untersuchungshaft fand in den normalen Gefängnissen statt. Die Strafen bei einem Schuldspruch reichten von einer Geldstrafe in Form eines bestimmten Prozentsatzes vom Lohn für einen definierten Zeitraum über eine Haftstrafe bis hin zum Todesurteil.

In die Arbeitslager wurden jene geschickt, die ein schweres Verbrechen begangen hatten (Mord/Totschlag, Raub, Vergewaltigung, Wirtschaftskriminalität etc.), sowie ein großer Teil der wegen konterrevolutionärer Aktivitäten Verurteilten. Auch jene, die zu mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurden, konnten in Arbeitslager geschickt werden. Umgekehrt konnten Gefangene nach einer bestimmten Zeit im Arbeitslager in eine Arbeitskolonie oder in einen speziellen offenen Bereich überführt werden.

1940 gab es 53 Arbeitslager, in denen die Inhaftierten in großen Gebieten unter strenger Aufsicht arbeiteten.

Es gab 425 Arbeitskolonien, d.h. viel kleinere Einheiten als die Arbeitslager, mit einem freieren Reglement und weniger Aufsicht. Hierhin kamen Gefangene mit kürzeren Haftstrafen, deren Verbrechen bzw. politische Vergehen weniger schwerwiegend waren. Sie arbeiteten als gleichberechtigte Bürger in Fabriken oder auf dem Land und bildeten einen Teil der Zivilgesellschaft. In den meisten Fällen gehörte der gesamte Arbeitslohn dem Gefangenen, er war damit seinen Kollegen gleichgestellt.

Die speziellen offenen Bereiche waren in der Regel landwirtschaftliche Gebiete, in die Kulaken verbannt wurden, die im Zuge der Kollektivierung enteignet worden waren. Außerdem kamen dorthin auch Gefangene, die minderschwere Verbrechen begangen hatten.

454.000 sind nicht 9 Millionen!

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die in den jeweiligen Lagern bzw. Gefängnissen zwischen 1934 und 1953 Inhaftierten, darunter den Anteil der wegen politischer Verbrechen Verurteilten sowie alle Todesopfer:

Januar	Arbeitslager	Politische Gefangene	Anteil in %	Gestorben	Anteil in %	Vorzeitig Entlassene	Entkommen	Arbeitskolonie	Gefängnisse	Häftlinge insgesamt
34	510307	135190	26,5	26295	5,2	147272	83490			510307
35	725438	118256	16,3	28328	3,9	211035	67493	240259		965697
36	839406	105849	12,6	20595	2,5	369544	58313	457088		1296494
37	820881	104826	12,8	25376	3,1	364437	58264	375488		1196369
38	996367	185324	18,6	90546	9,1	279966	32033	885203		1881570
39	1317195	454432	34,5	50502	3,8	223622	12333	355243	350538	2022976
40	1344408	444999	33,1	46665	3,5	316825	11813	315584	190266	1850258
41	1500524	420293	28,7	100997	6,7	624.276	10.592	429.205	487.739	2.417.468
42	1415596	407988	29,6	248877	18	509.538	11.822	360.447	277.992	2.054.035
43	983974	345397	35,6	166967	17	336.135	6.242	500.208	235.313	1.719.495
44	663594	268861	40,7	60.948	9,2	152.113	3.586	516.225	155.213	1.335.032
45	715506	283351	41,2	43.848	6,1	336.750	2.196	745.171	279.969	1.740.646
46	600.897	333833	59,2	18.154	3,0	115.700	2.642	956.224	261.500	1.818.621
47	808.839	427653	54,3	35.668	4,4	194.886	3.779	912.794	306.163	2.027.796
48	1.108.057	416156	38,0	27.605	2,5	261.148	4.261	1 Mio 091.478	275.850	2.475.385
49	1.216.361	420696	34,9	15.739	1,3	178.449	2.583	1 Mio 140.324		2.356.685
50	1.416.300	578912	22,7	14.703	1,0	216.210	2.577	1Mio 145.051		2.561.351

51	1.533.767	475976	31,0	15.587	1,0	254.269	2.318	994.379		2.528.146
52	1.711.202	480766	28,1	10.604	0,6	329.446	1.253	793.312		2.504.514
53	1.727.970	465256	26,9	5.825	0,3	937.352	785	740.554		2.468.524

Quelle: "Custodial Population 1934-1953" (Bevölkerung in Gewahrsam in der UdSSR 1934-1953), *The American Historical Review*

Aus diesen Zahlen läßt sich eine Reihe von Schlußfolgerungen ableiten:

Zunächst kann man sie mit den Daten von Robert Conquest vergleichen. Wir erinnern uns, daß nach Conquests Behauptung im Jahre 1939 12 Millionen politische Gefangene in den Arbeitslagern gewesen und davon 3 Millionen in der Zeit von 1937 bis 1939 ums Leben gekommen sind.

Und Conquest spricht in diesem Zusammenhang ausschließlich von politischen Gefangenen!

Im Jahre 1950 gab es nach Conquest ebenfalls 12 Millionen politische Gefangene. Wie man nun ersehen kann, stimmen seine Daten nicht einmal entfernt mit den recherchierten Archivdaten überein. 1939 betrug die Gesamtzahl aller Gefangenen in allen Formen des Gewahrsams insgesamt 2 Millionen. Von diesen waren 454.000 politischer Verbrechen für schuldig befunden – nicht 12 Millionen wie Conquest behauptet, und rund 165.000 starben zwischen 1937 und 1939 im Arbeitslager – nicht etwa 3 Millionen; das sind in diesem Zeitraum 5,3% aller Arbeitslagerinsassen. Zum leichteren Überblick:

Im Zeitraum	nach Behauptung Conquests	nach Archivdaten
1939	12 Mio. politische Gefangene in Arbeitslagern	454.432
1937-39	3 Mio. tote politische Gefangene	166.424 Tote insgesamt
1950	12 Mio. politische Gefangene	578.912

Insgesamt lebten im angegebenen Zeitraum 2,5 Millionen Sowjetbürger in Gefangenschaft, d.h. 2,4% der erwachsenen Bevölkerung - sicherlich keine geringe Zahl und ein Indikator für die noch bestehenden Widersprüche in der Gesellschaft. Trotzdem lag die Zahl noch unter der imperialistischen Hauptmacht. Ein Vergleich mit den Daten aus den USA: 1996 gab es im reichsten Land der Welt 5,5 Millionen Gefangene, d.h. 2,8% der erwachsenen Bevölkerung.

Nun zur Frage der Todesopfer. Der prozentuale Anteil der im Arbeitslager Verstorbenen variiert im angegebenen Zeitraum zwischen 0,3% und 18%. Die Todesursachen waren im wesentlichen auf die allgemeine Mangelsituation im Lande zurückzuführen, insbesondere die medizinische Versorgungslage zur Bekämpfung von Epidemien. Das betraf damals allerdings wie erwähnt nicht nur die Sowjetunion, sondern auch alle entwickelten Länder. Erst mit der Erfindung des Penicillin während des Zweiten Weltkrieges wurde ein wirksames Mittel gegen ansteckende Krankheiten geschaffen. Tatsächlich waren es wiederum die Kriegsjahre, in denen die Hälfte aller Todesfälle im untersuchten Zeitraum zu verzeichnen war. Nicht zu vergessen die 25 Millionen Todesopfer, die "in Freiheit" starben. Der systematische Rückgang der Todesopfer nach dem Zweiten Weltkrieg (nominal und prozentual) ist denn auch auf die verbesserte medizinische Versorgung zurückzuführen.

Todesurteile und Hinrichtungen

Robert Conquest behauptet, die Bolschewiken hätten 12 Millionen politische Gefangene in den Arbeitslagern zwischen 1930 und 1953 getötet. Davon sei 1 Million bei den Säuberungen 1937 und 1938 umgekommen. Solschenizyn spricht gar von zig Millionen Toten in den Arbeitslagern, davon 3 Millionen allein 1937/38. Diese Zahl wurde im Zuge der "Wer bietet mehr?"-Kampagne unter Gorbatschow noch weit übertroffen. So nennt die Russin Olga Schatunowskaja etwa 7 Millionen Tote während der 1937/38 Säuberungen.

Die Daten aus diversen Archiven sprechen hingegen eine andere Sprache: Man muß dabei berücksichtigen, daß die Forscher sich verschiedener Quellen bedienten und diese miteinander abglich. Dabei waren Doppelzählungen sicherlich nicht zu vermeiden. So wurden beispielsweise nach Dimitri Wolkogonow, von Jeltzin als Verantwortlicher für die Sowjetarchive ausersehen, 30.514 Personen bei Militärtribunalen in den Jahren vom 1.10.1936 bis 30.9.1938 zum Tode verurteilt. Eine andere Zahl stammt vom KGB: Nach Informationen, die im Februar 1990 der Presse freigegeben wurden, sind in den 23 Jahren zwischen 1930 und 1953 786.098 Menschen wegen Verbrechen gegen die Revolution zum Tode verurteilt worden, davon 681.692 in den Jahren 1937 und 1938. Diese Zahlen bedürfen allerdings noch der Überprüfung. Nach den vorliegenden Daten aus den Archiven schätzt Mario Sousa die Zahl der tatsächlich vollstreckten Todesurteile 1937-38 auf ca. 100.000. Viele Todesurteile seien in Haftstrafen umgewandelt worden bzw. basierten auf Verbrechen wie Mord oder Vergewaltigung.

Schließlich bleibt noch die Frage nach der durchschnittlichen Dauer der Strafe in einem Arbeitslager. Die antikommunistischen Propagandisten erwecken den Eindruck, daß ein Strafgefangener normalerweise das Arbeitslager nicht überlebte bzw. endlos lange gefangen gehalten wurde. Es zeigt sich jedoch, daß die Strafzeit in der Stalinzeit für den größten Teil der Gefangenen maximal 5 Jahre betrug. So erhielten nach der American Historical Review 82,4% der gewöhnlichen Kriminellen im Jahre 1936 Haftstrafen von bis zu 5 Jahren und 17,6% zwischen 5 und 10 Jahren. Von den politischen Gefangenen erhielten 44,2% Haftstrafen bis zu 5 Jahren und 50,7% zwischen 5 und 10 Jahren. Für 1939 liegen von sowjetischen Gerichten folgende Zahlen vor: 95,9% bis zu 5 Jahre, 4% zwischen 5 und 10 Jahre und 0,1% über 10 Jahre.

Was die Kulaken betrifft, so wurden 381.000 Familien, d.h. 1,8 Millionen Menschen im Zuge der Enteignung in die Verbannung geschickt, wovon der kleinere Teil Arbeit in den Lagern oder

Kolonien verrichten mußte. Aufgrund heftiger Klassenauseinandersetzungen zwischen den Kulaken und den ärmeren Bauern, die schließlich darin gipfelten, daß die Großbauern Kolchosfarmen überfielen, Bauern und Parteiarbeiter töteten, Felder anzündeten und Vieh abschlachteten, um Hungersnöte zu provozieren, wurden schließlich 1,8 Millionen der 10 Millionen Kulaken verbannt oder verurteilt. Bei diesen Klassenzusammenstößen waren wie erwähnt 120 Millionen Menschen involviert, so daß mit Sicherheit in diesem Zusammenhang auch manche Ungerechtigkeiten geschehen sind.

Die Säuberungen von 1937

Die Moskauer Prozesse waren der Endpunkt langjähriger Auseinandersetzungen mit Trotzki und seinen Anhängern, die die Beschlüsse des ZK kritisierten, umgingen, sabotierten und grundsätzlich nicht die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse akzeptierten. Das führte schließlich zu Kampfmitteln jenseits offizieller Diskurse: Industriesabotage, Spionage für den potentiellen Kriegsgegner (Deutschland, Japan) und schließlich Landesverrat (Vereinbarungen zwischen Leo Trotzki und der deutschen Reichswehr bzw. Reichsregierung über die Abtretung großer Landesteile der Sowjetunion im Falle einer Naziinvasion, Umsturz der bestehenden und Ersetzung durch eine trotzkistische Regierung); vgl. u.a. Kahn & Sayers, Drittes Buch, S. 215 ff. Die Untersuchung der Umstände der Ermordung Kirows brachten nach und nach das verschwörerische Netzwerk ans Tageslicht.

Eine weitere Verschwörung fand in der Armee um Marschall Tuchatschewski statt, die eine Säuberung in der Roten Armee nach sich zog. Auch hierzu liegen von Conquest Horrorzahlen vor: Danach wurden 15.000 Offiziere und 20.000 Kommissare (d.h. die Hälfte der angeblich 70.000 Offiziere und politischen Kommissare der Roten Armee) gefangen genommen und entweder hingerichtet oder zu lebenslanger Haft in den Arbeitslagern verurteilt. Der Historiker Roger Reese gibt in seiner Arbeit "The Red Army and the Great Purges" (Die Rote Armee und die großen Säuberungen) hingegen folgende Fakten: Im Jahre 1937 gab es 144.300 Offiziere und politische Kommissare in Armee und Luftwaffe und 282.300 im Jahre 1939. Während der Säuberungen 1937/38 wurden 34.300 Offiziere und Kommissare aus politischen Gründen entlassen. Bis zum Mai 1940 wurden allerdings 11.596 rehabilitiert und wieder in ihre Posten eingesetzt. Das heißt, zu den Entlassenen zählten 22.705 Offiziere und Kommissare (davon 13.000 Armeeeoffiziere, 4.700 Luftwaffenoffiziere und 5.000 politische Gefangene). Das sind insgesamt 7,7% aller Offiziere und Kommissare, wovon wiederum nur ein geringer Teil als Verräter verurteilt wurde, während der Rest ins zivile Leben zurückkehrte.

Insgesamt wird die Verfolgung der Konterrevolution als Klassenfrage unter anderem anhand der Zugehörigkeit politischer Gefangener zu bestimmten Berufsgruppen deutlich. So nennt Medwedew u.a.: Juristen, Verwalter im Erziehungswesen, Biologen, technische Intelligenz, Betriebsleiter, Chefingenieure, Maler, Schauspieler, Musiker, Architekten und Filmschaffende – klein- bis großbürgerliche Intelligenz. Das Wesen der "Repression" hat sich demnach von Lenin zu Stalin nicht geändert – daher im übrigen auch der Hinweis bürgerlicher Kritiker, bereits Lenin habe Verrat an den marxistischen Prinzipien begangen, Stalin habe das Ganze nur noch ins Monströse gesteigert. Tatsächlich war und ist die Bekämpfung der Konterrevolution die zentrale Klassenfrage, die Machtfrage der proletarischen Revolution, die Frage von Sein oder Nichtsein einer sozialistischen Gesellschaft. Sie ist mithin keine moralische Frage, zumal eine Revolution der denkbar ungünstigste Zeitpunkt ist, metaphysische Überlegungen über den Wert eines Menschenlebens anzustellen. Das mag zynisch klingen, ist darum aber weder weniger

wahr noch wirklich: Der Imperialismus tötet täglich in der Dimension von Millionen; kein Mittel darf daher gescheut werden, diese Mordmaschinerie WIRKSAM außer Kraft zu setzen – damit die Menschheit endlich ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen kann und alsbald KEINE Opfer mehr zu zählen sind.

Andrea Schön, Dortmund

P.S. Noch ein Hinweis von Kenneth Neill Cameron, ehemaliger Professor an der New York University: In der Pariser Commune von 1870 war die Arbeiterklasse sich noch nicht der Brutalität bewußt, mit der die Bourgeoisie versucht, die verlorene Macht zurück zu gewinnen - wenn's sein muß, mit Hilfe ihrer erbitterten Feinde. Das Ergebnis: 30.000 Leichen säumten die Straßen von Paris, Bürgertum und Monarchie triumphierten. Dieser Erfahrung sollte man sich auch in Zukunft bei einem erneuten "Anlauf" wieder erinnern.

Andrea Schön, Essen

Literatur:

Cameron, Kenneth Neill: "Stalin - Man of Contradiction" (Stalin - Mann der Widersprüche), NC Press Limited, Toronto 1987
 Martens. Ludo: "Stalin anders betrachtet", EPO VZW Verlag, Berchem/Belgien 1998
 Sayers, Michael und Kahn, Albert E.: "Die große Verschwörung", Verlag Volk und Welt, 1949
 Sousa, Mario: "Lies concerning the history of the Soviet Union", in: Proletären (Schweden), April 1998

KP Chinas: Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns ¹⁴⁷

(...) Tatsache ist, daß die ganze Reihe prinzipieller Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung bereits vor mehr als sieben Jahren aufkamen. Konkret gesprochen begannen sie mit dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956. Der XX. Parteitag der KPdSU war der erste Schritt der Führer der KPdSU auf dem Weg zum Revisionismus. (...)

Der XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956

Wir sind seit jeher der Meinung, daß viele der auf dem XX. Parteitag der KPdSU über den gegenwärtigen internationalen Kampf und die internationale kommunistische Bewegung aufgestellten Gesichtspunkte falsch sind und dem Marxismus-Leninismus widersprechen. Insbesondere die völlige Negierung der Rolle Stalins unter dem Vorwand "Kampf gegen den Personenkult" und die These des friedlichen Übergangs zum Sozialismus auf "parlamentarischem Weg" sind zwei grobe, prinzipielle Fehler. (...)

In der im April 1956 veröffentlichten Schrift "Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats" stellen wir fest: "Wenn Stalin die Unterstützung des Sowjetvolkes gewonnen und eine große Rolle in der Geschichte gespielt hat, so vor allem deswegen, weil er zusammen mit den anderen Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Leninsche Linie der

¹⁴⁷Aus: „offen-siv“ 4-2000 und 5-2000, Ausgaben März-April und Mai-Juni des Jahres, S. 44-53 bzw. 35-42

Industrialisierung des Sowjetlandes und der Kollektivierung der Landwirtschaft verteidigte. Die Einhaltung dieser Linie durch die KPdSU führte dazu, daß in der Sowjetunion die sozialistische Ordnung siegte, schuf die Voraussetzung für den Sieg der Sowjetunion im Krieg gegen Hitler. All diese Siege des Sowjetvolkes entsprechen den Interessen der Arbeiterklasse der ganzen Welt und der ganzen fortschrittlichen Menschheit. Es ist deswegen ganz natürlich, daß der Name Stalin in der ganzen Welt hohen Ruhm genoß."

Es war notwendig, Stalins Fehler zu kritisieren. Aber in seinem Geheimbericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU hat Genosse Chruschtschow Stalin völlig negiert und damit die Diktatur des Proletariats, das sozialistische System, die große Kommunistische Partei der Sowjetunion, die große Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung verunglimpft. Weit davon entfernt, die Methode von Kritik und Selbstkritik einer revolutionären proletarischen Partei anzuwenden und sorgfältig und seriös die historischen Erfahrungen der proletarischen Diktatur zu analysieren und zusammenzufassen, behandelte Chruschtschow Stalin wie einen Feind. (...)

Unter dem Vorwand, daß in der Welt "grundlegende Veränderungen" vor sich gegangen seien, stellte Chruschtschow in seinem Bericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU die These des sogenannten "friedlichen Übergangs" auf. Er sagte, der Weg der Oktoberrevolution wäre unter "unter jenen historischen Bedingungen" der "einzig richtige Weg" gewesen. Aber da sich jetzt die Lage geändert hätte, bestünde heute die Möglichkeit, "den parlamentarischen Weg" für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu benutzen. Diese falsche Ansicht ist ihrem Wesen nach eine offene Revision der Lehre des Marxismus-Leninismus über Staat und Revolution und eine klare Verleugnung der allgemeingültigen Bedeutung der Oktoberrevolution.

Chruschtschow gebrauchte in seinem Bericht den gleichen Vorwand, nämlich, daß "grundlegende Veränderungen in der Welt vor sich gegangen" seien, um die fortdauernde Gültigkeit von Lenins Lehren über Imperialismus und über Krieg und Frieden in Frage zu stellen: Chruschtschow sah in der Regierung der USA und ihrem Staatschef Leute, die den kriegstreiberischen Kräften Widerstand leisten, und nicht Vertreter der imperialistischen kriegstreiberischen Kräfte. Er sagte, daß "die Anhänger kriegerischer Lösungen in den USA noch starke Positionen behaupten, und daß diese Leute immer noch einen starken Druck auf den Präsidenten und die Regierung ausüben." Er erklärte weiter, die Imperialisten begännen zuzugeben, daß die Politik der Stärke bankrott sei und daß sich bei ihnen "Anzeichen einer gewissen Ernüchterung bemerkbar machten". Das bedeutet also, es wäre für die Regierung der USA und ihren Staatschef möglich, nicht die Interessen der Monopolbourgeoisie der USA zu vertreten, auf ihre Aggressions- und Kriegspolitik zu verzichten und eine Kraft zur Erhaltung des Friedens zu sein!

Chruschtschow erklärte: "Wir wollen Freundschaft und Zusammenarbeit mit den USA auf dem Gebiet des Kampfes für Frieden und Sicherheit der Völker sowie auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet." Gerade dieser falsche Standpunkt hat sich später zur Linie der "Lösung von Weltfragen durch Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und USA" entwickelt.

Chruschtschow entstellte Lenins richtiges Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und machte die friedliche Koexistenz zur "Generallinie der Außenpolitik" der Sowjetunion. Das bedeutete die Abtrennung der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit unter den sozialistischen Staaten und ihrer Unterstützung der unterdrückten Völker und Nationen im revolutionären Kampf von der Generallinie ihrer Außenpolitik; oder, daß all das der sogenannten Politik der "friedlichen Koexistenz" untergeordnet wurde.

Die ganze Reihe von Fragen, die von der Führung der KPdSU auf ihrem XX. Parteitag aufgeworfen wurde, insbesondere die Stalinfrage und die Frage des sogenannten "friedlichen Übergangs", sind auf keinen Fall Fragen, die lediglich die inneren Angelegenheiten einer Partei, der KPdSU, betreffen, sondern lebenswichtige Fragen für alle Bruderparteien. Ohne irgendwelche vorherigen Beratungen mit den Bruderparteien zog die Führung der KPdSU ihre eigenmächtigen Schlußfolgerungen, zwang die Bruderparteien, vollendete Tatsachen anzunehmen, und schützte den "Kampf gegen den Personenkult" vor, um sich aufs Größte in die inneren Angelegenheiten der Bruderparteien und Bruderstaaten einzumischen und deren Führung zu stürzen. Die Entwicklung in der Folgezeit zeigt mit immer größerer Deutlichkeit, daß die Abkehr vom Marxismus-Leninismus und seine Revision, die Abkehr vom proletarischen Internationalismus durch die Führung der KPdSU aus den oben erwähnten Fehlern erwachsen. (...)

Es wird den Führern der KPdSU nicht gelingen, mit der Hand den Himmel zuzudecken. Lassen wir Tatsachen sprechen. Tatsache ist, daß führende Genossen des ZK der KP Chinas nach dem XX. Parteitag der KPdSU wiederholt während interner Besprechungen die Fehler der Führer der KPdSU ernsthaft kritisiert haben: Im April 1956, d.h. knapp zwei Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU, brachte Genosse Mao Tse-tung in seinen Gesprächen mit Mikojan, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, und mit dem Botschafter der Sowjetunion in China unsere Meinung zur Stalin-Frage zum Ausdruck. Genosse Mao Tse-tung wies nachdrücklich darauf hin, daß die "Verdienste Stalins größer als seine Fehler sind", und daß man Stalin "konkret analysieren" und "allseitig einschätzen müsse".

Am 23. Oktober 1956, als Genosse Mao Tse-tung den Botschafter der Sowjetunion in China empfing, stellte er fest: "Stalin muß kritisiert werden. Aber über die Form der Kritik sind wir verschiedener Meinung. Es gibt da auch einige Fragen, in denen wir nicht einverstanden sind."

Am 30. November 1956, als Genosse Mao Tse-tung den Botschafter der Sowjetunion wieder empfing, wies er nochmals darauf hin: "Der grundsätzliche Kurs und die Linie, als Stalin die Führung inne hatte, waren richtig; man darf gegen die eigenen Genossen nicht Methoden wie gegen Feinde anwenden." (...)

Auch zu Fragen des friedlichen Übergangs haben die führenden Genossen des ZK der KP Chinas während interner Gespräche mit den Genossen der KPdSU mehrmals unsere von der ihren abweichende Meinung dargelegt. Im November 1957 legte das ZK der KP Chinas dem ZK der KPdSU schriftlich eine "Übersicht der Anschauungen zur Frage des friedlichen Übergangs" vor, in der der Standpunkt der Kommunistischen Partei Chinas vollständig und eindeutig dargelegt wurde. (...)

Natürlich ist es auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir damals, der Einheit gegenüber dem Feind zuliebe und auch mit Rücksicht auf die schwere Lage der Führer der KPdSU, keine offene Kritik an den Fehlern des XX. Parteitags der KPdSU übten, denn wir bedachten, daß der Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder die Fehler des XX. Parteitags der KPdSU zu einer wütenden Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, gegen die Kommunisten und gegen die Völker benutzten, auch waren die Führer der KPdSU damals noch nicht so weit vom Marxismus-Leninismus abgegangen, wie es heute der Fall ist. Zu jener Zeit hofften wir auch noch aus ganzem Herzen, daß die Führer der KPdSU ihre Fehler korrigieren würden. Deshalb

bemühten wir uns stetig, die positiven Faktoren dieses Parteitages herauszufinden, und unterstützten ihn vor der Öffentlichkeit, wie es angemessen und notwendig war. (...)

Wer nicht vergeßlich ist, wird sich erinnern, daß die Fehler des XX. Parteitages der KPdSU keinesfalls "hervorragende" oder "großartige Ergebnisse" nach sich gezogen haben. Im Gegenteil, sie haben das Ansehen der Sowjetunion, das Ansehen der Diktatur des Proletariats, das Ansehen des Sozialismus und Kommunismus geschädigt; sie haben den Imperialisten und Reaktionären sowie allen anderen Feinden des Kommunismus eine Chance gegeben und für die internationale kommunistische Bewegung äußerst ernste und böse Folgen gezeitigt.

Damals jubilierten die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder. Sie entfachten in der ganzen Welt eine antisowjetische, antikommunistische und volksfeindliche Kampagne. Für die USA-Imperialisten war das Auftreten der Führer der KPdSU gegen Stalin etwas "Beispielloses, das unseren Zielen entgegenkam"¹⁴⁸. Sie lärmten, Chruschows Geheimbericht sei eine "Waffe, um das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Bewegung zu vernichten"¹⁴⁹, und rühmten sich der Gelegenheit für die "friedliche Umwandlung"¹⁵⁰ der Sowjetunion. (...)

Die Moskauer Beratung der Bruderparteien vom Jahr 1957

Die Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 wurde nach der Zerschlagung des massiven Angriffs der Imperialisten und Reaktionäre aller Länder gegen die internationale kommunistische Bewegung einberufen (gemeint sind die Probleme in Polen und die Konterrevolution in Ungarn; d. Red.).

Auf der Beratung der Bruderparteien im Jahr 1957 wurden in vielen wichtigen prinzipiellen Fragen die falschen Gesichtspunkte des XX. Parteitages der KPdSU abgelehnt oder korrigiert.

In der bekannten Deklaration von 1957, die von der Moskauer Beratung angenommen wurde, sind die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung zusammengefaßt, werden den kommunistischen Parteien gemeinsame Kampfaufgaben gestellt, wird die allgemeingültige Bedeutung des Wegs der Oktoberrevolution anerkannt, werden die für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau allgemeingültigen Gesetze umrissen und die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten festgelegt. Die auf dieser Beratung festgelegte gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung verkörpert die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus und steht im Gegensatz zu den falschen, vom Marxismus-Leninismus abweichenden Ansichten des XX. Parteitages der KPdSU. (...)

Während dieser Beratung stand die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Mittelpunkt der Diskussionen zwischen uns und der Delegation der KPdSU. Die Führung der KPdSU bestand in ihrem ursprünglichen Deklarationsentwurf darauf, die falschen Anschauungen ihres XX. Parteitages über den friedlichen Übergang in die Deklaration hineinzuzwängen. In diesem Entwurf wurde nur der friedliche Übergang erwähnt, der nichtfriedliche Übergang dagegen überhaupt nicht; der friedliche Übergang wurde sogar beschrieben als "im Parlament die Mehrheit erringen und das Parlament aus einem Werkzeug der Diktatur der

¹⁴⁸ Rundfunkrede von T.C. Strebart, Direktor der USIA, 11. Juni 1956

¹⁴⁹ "Die kommunistische Krise", Leitartikel der 'New York Times' vom 23. Juni 1956

¹⁵⁰ J.F. Dulles, Erklärung auf der Pressekonferenz am 3. April 1956

Bourgeoisie zu einem Werkzeug der echten Volksmacht zu verwandeln." Das hieß in Wirklichkeit, den Weg der Oktoberrevolution durch den sogenannten "parlamentarischen Weg" zu ersetzen, wie ihn die Opportunisten der II. Internationale vorgeschlagen hatten und die Grundtheorien des Marxismus-Leninismus über Staat und Revolution zu revidieren.

Die KP Chinas wandte sich entschieden gegen die in dem von der Führung der KPdSU vorgelegten Deklarationsentwurf enthaltenen irrigen Ansichten. Wir legten unsere Meinung zu den beiden vom ZK der KPdSU unterbreiteten Entwürfen dar und machten eine Reihe wichtiger, prinzipieller Änderungen, die wir als unseren Abänderungsvorschlag vorlegten. Auf Grund unseres Abänderungsvorschlags fanden mehrere Diskussionen zwischen den Delegationen der KP Chinas und der KPdSU statt, und es wurde dann den Delegationen der anderen Bruderparteien ein "von der KPdSU und der KP Chinas gemeinsam abgefaßter Deklarationsentwurf" zur Diskussion vorgelegt.

Die dank der gemeinsamen Bemühungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen der anderen Bruderparteien auf der Beratung schließlich angenommenen Deklaration weist im Vergleich zum ersten Entwurf der Führung der KPdSU zwei wichtige Abänderungen in der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf. Erstens wird in der Deklaration neben der Möglichkeit des friedlichen Übergangs auch auf den Weg des nichtfriedlichen Übergangs hingewiesen und betont: "Der Leninismus lehrt und die historische Erfahrung bestätigt, dass die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten." Zweitens, während von der "Erringung einer stabilen Mehrheit im Parlament" die Rede ist, wird betont, daß es notwendig ist, "einen umfassenden außerparlamentarischen Massenkampf zu entfalten, den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen und die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Verwirklichung der sozialistischen Revolution zu schaffen."

Trotz der genannten Abänderungen erschien uns die in der Deklaration enthaltene Formulierung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus noch immer nicht zufriedenstellend. Nur aus Rücksicht auf die von den Führern der KPdSU wiederholt zum Ausdruck gebrachten Hoffnung, die Formulierung möge eine gewisse Verbindung mit der ihres XX. Parteitages zeigen, gaben wir schließlich in diesem Punkt nach.

Aber schon damals überreichten wir dem ZK der KPdSU eine ausführliche und deutliche Zusammenfassung der Ansichten der KP Chinas zur Frage des friedlichen Übergangs. In dieser Zusammenfassung war folgendes betont:

"In der gegenwärtigen Situation der internationalen kommunistischen Bewegung ist es, vom taktischen Gesichtspunkt ausgehend, vorteilhaft, den Wunsch nach dem friedlichen Übergang zu erwähnen. Aber es wäre nicht angebracht, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zu sehr zu betonen." "Man muß stets bereit sein, plötzlichen konterrevolutionären Überfällen Widerstand zu leisten und im kritischen Augenblick der Revolution, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht an sich reißt, die Bourgeoisie mit Waffengewalt niederzuschlagen, wenn diese versucht, die Volksrevolution mit Waffengewalt zu ersticken, was - allgemein gesagt - unvermeidlich ist." "Die Mehrheit im Parlament zu gewinnen bedeutet nicht das gleiche, wie die alte Staatsmaschine (hauptsächlich die bewaffneten Streitkräfte) zu zerschmettern und eine neue Staatsmaschine (hauptsächlich bewaffnete Streitkräfte) zu errichten. Solange die militärische und bürokratische Staatsmaschine der Bourgeoisie noch nicht zerschmettert ist, ist eine Mehrheit

im Parlament für das Proletariat und seine zuverlässigen Verbündeten entweder unmöglich oder unverlässlich."

Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen der anderen Bruderparteien korrigierte die Deklaration von 1957 die von der Führung der KPdSU auf ihrem XX. Parteitag aufgestellten falschen Ansichten über den Imperialismus und die Frage von Krieg und Frieden und fügte einer ganzen Reihe von prinzipiellen Fragen wichtige Ergänzungen hinzu. Die wichtigsten dieser Ergänzungen waren: die USA-Imperialismus ist das Zentrum der Weltreaktion und der schlimmste Feind der Volksmassen; die Imperialisten würden ihren eigenen Untergang heraufbeschwören, wenn sie einen Weltkrieg vom Zaun brächen; die allgemeingültigen Gesetze für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau; das Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus in den verschiedenen Ländern; die Wichtigkeit der Anwendung des dialektischen Materialismus in der praktischen Arbeit; die Machtergreifung ist für die Arbeiterklasse erst der Beginn der Revolution und nicht deren Vollendung; die Lösung der Frage: Wer wird siegen - der Kapitalismus oder der Sozialismus? wird eine ziemlich lange Zeitspanne erfordern; der bürgerliche Einfluß ist die innere Quelle des Revisionismus, das Kapitulantentum gegenüber dem Druck des Imperialismus seine äußere Quelle, usw. usf.

Gleichzeitig ging die Delegation der KP Chinas auch einige notwendige Kompromisse ein. Neben der Formulierung der Frage des friedlichen Übergangs waren wir mit dem Hinweis auf den XX. Parteitag der KPdSU nicht einverstanden und legten Abänderungsvorschläge vor. Aber mit Rücksicht auf die schwierige Lage, in der sich die Führung der KPdSU damals befand, bestanden wir nicht auf diesen Änderungen. Niemand konnte erwarten, daß diese Zugeständnisse, die wir mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen machten, später von der Führung der KPdSU als Vorwand genommen würden, um die Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung zu verschlimmern und Spaltungen herbeizuführen.

Jetzt werden vom ZK der KPdSU die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU immer wieder mit der Deklaration von 1957 gleichgesetzt - im Versuch, die gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung durch die falsche Linie des XX. Parteitages der KPdSU zu ersetzen. Wir haben schon vor langem darauf hingewiesen und halten es jetzt für notwendig, nochmals darauf hinzuweisen: Entsprechend dem Prinzip, daß alle Bruderparteien unabhängig und gleichberechtigt sind, hat niemand das Recht, von anderen Bruderparteien zu verlangen, die Parteitagsbeschlüsse oder dergleichen irgendeiner Bruderpartei anzunehmen; und die Beschlüsse eines Parteitages gleich welcher Partei können nicht als die gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung aufgefaßt werden und sind für andere Bruderparteien nicht bindend. Nur der Marxismus-Leninismus und die von den Bruderparteien einmütig angenommenen Dokumente sind für uns und alle anderen Bruderparteien bindend und sind die für uns und alle Bruderparteien allgemeingültigen Prinzipien des Handelns.

Die Entwicklung des Revisionismus der Führerschaft der KPdSU

Nach der Moskauer Beratung vom Jahr 1957 mit ihrer von allen Bruderparteien einmütig angenommenen Deklaration hofften wir, daß die Führerschaft der KPdSU der in dieser Deklaration festgelegten Linie folgen und ihre Fehler korrigieren würde. Wir bedauern sagen zu müssen, daß, wider unser Erwarten, wider die Erwartungen aller marxistisch-leninistischen

Bruderparteien, die Führer der KPdSU sich immer schwererer Verletzungen der revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten schuldig gemacht haben und immer weiter von der Bahn des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus abgegangen sind. Der Revisionismus der Führerschaft der KPdSU hat sich immer weiter entwickelt. Diese Entwicklung verschärfte die Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung und brachte sie auf eine neue Stufe.

In völliger Mißachtung der in der Deklaration von 1957 gemeinsam gezogenen Schlußfolgerung, daß der USA-Imperialismus der Feind der Völker der ganzen Welt ist, habe die Führer der KPdSU mit leidenschaftlichem Eifer die Zusammenarbeit mit den USA-Imperialisten und eine Lösung der Weltfragen durch die Staatschefs der Sowjetunion und der USA gesucht. Besonders vor und nach den Gesprächen in Camp David im September 1959 lobte Chruschtschow Eisenhower in den Himmel und nannte ihn einen Mann, der "das absolute Vertrauen seines Volkes genießt"¹⁵¹ und "genau wie wir um die Erhaltung des Friedens besorgt ist"¹⁵². Genossen in der KPdSU machten laute Reklame für den sogenannten "Geist von Camp David", von dem Eisenhower selbst nichts wissen wollte, und behaupteten, das Treffen in Camp David sei eine "neue Epoche in den internationalen Beziehungen"¹⁵³ und ein "Wendepunkt in der Geschichte"¹⁵⁴.

Die Führerschaft der KPdSU kümmerte sich überhaupt nicht um die revolutionäre Linie der Deklaration von 1957, und in den Reden Chruschtschows sowie in Zeitungsartikeln wurde ihre revisionistische Linie der "friedlichen Koexistenz", des "friedlichen Wettbewerbs" und des "friedlichen Übergangs" mächtig propagiert. Die "Vernunft" und "der gute Wille" der Imperialisten wurde gepriesen, sie predigten "eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege"¹⁵⁵ könne Wirklichkeit werden, auch wenn noch der größte Teil der Welt der Herrschaft und Kontrolle des Imperialismus untersteht. Es wurde gepredigt, die allgemeine und vollständige Abrüstung könne "für die ökonomische Entwicklung von Asien, Afrika und Lateinamerika eine wahrhaft neue Epoche eröffnen"¹⁵⁶ usw.usf. (...)

Die Führer der KPdSU betrachteten die KP Chinas, die sich auch weiterhin an den Marxismus-Leninismus hielt, als Hindernis bei der Durchführung ihrer revisionistischen Linie. (...) Im Juni 1959 zerriß die sowjetische Regierung einseitig das zwischen China und der Sowjetunion im Oktober 1957 unterzeichnete Abkommen über neue Technik in der Landesverteidigung und weigerte sich, China das Baumuster einer Atombombe und die technischen Daten zu ihrer Herstellung zur Verfügung zu stellen. Bald darauf, am 9. September, gab die Führung der KPdSU, kurz vor der Reise Chruschtschows nach den USA, trotz mehrmaligen Einspruchs von chinesischer Seite, durch TASS eine übereilte Erklärung über die Vorfälle an der Chinesisch-

¹⁵¹ Chruschtschows Rede auf einer Massenkundgebung in Moskau, 28. September 1959

¹⁵² Chruschtschow auf einer Pressekonferenz in Washington, 27. September 1959

¹⁵³ Gromyko, Rede in der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Oktober 1959

¹⁵⁴ Neujahrstelegramm von N.S. Chruschtschow und K.J. Woroschilow an D.D. Eisenhower, 1. Januar 1960

¹⁵⁵ Chruschtschow, Antworten auf Fragen des Direktors der argentinischen Zeitung "El Clain", R. Noble, 30. Dezember 1959

¹⁵⁶ Chruschtschows Rede in der UNO-Vollversammlung am 18. September 1959

indischen Grenze ab, mit der sie sich auf die Seite der indischen Reaktionäre stellte. Damit brachten die Führer der KPdSU die Differenzen zwischen der KP Chinas und der KPdSU vor die Weltöffentlichkeit.

Das Zerreißen des Abkommens über neue Technik in der Landesverteidigung und die Erklärung über die Zusammenstöße an der chinesisch-indischen Grenze waren das Geschenk, das die Führer der KPdSU am Vorabend von Chruschtschows Reise nach den USA Eisenhower darbrachten, um die USA-Imperialisten für sich einzunehmen und den "Geist von Camp David" ins Leben zu rufen.

Die Führer der KPdSU und die sowjetische Presse richteten auch eine Reihe giftiger Attacken gegen die Innen- wie Außenpolitik der KP Chinas. Bei fast jeder dieser Attacken war Chruschtschow der Anführer. Er ließ durchblicken, daß der sozialistische Aufbau in China ein ganzes "Stadium zu überspringen" versuche und "gleichmacherischer Kommunismus"¹⁵⁷ sei, und griff die chinesischen Volkskommunen als "in Wirklichkeit reaktionär"¹⁵⁸ an. (...)

Die revisionistische und spalterische Linie der Führung der KPdSU hat in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung große Verwirrung hervorgerufen. Der USA-Imperialismus sollte bereits nicht mehr der schlimmste Feind aller Völker der Welt sein, und Eisenhower wurde von manchen Kommunisten als "Friedensbote" gefeiert. Der Marxismus-Leninismus und die Moskauer Deklaration von 1957 schienen bereits überholt.

Unter diesen Umständen und um den Marxismus-Leninismus zu verteidigen, die Moskauer Deklaration von 1957 zu wahren und die ideologische Verwirrung in der internationalen kommunistischen Bewegung zu beseitigen, veröffentlichte die KP Chinas im April 1960 den Artikel "Es lebe der Leninismus!" und zwei weitere Artikel. Entsprechend unserem konsequenten Standpunkt: Befolgung der Prinzipien und Wahrung der Einheit, legten wir in diesen drei Artikeln nachdrücklich die revolutionären Auffassungen der Deklaration von 1957 und die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus über Imperialismus, über Krieg und Frieden, über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats dar. Die in diesen drei Artikeln vorgebrachten Ansichten sind das gerade Gegenteil der vielen falschen Auffassungen, wie sie von der Führung der KPdSU propagiert wurden. Mit Rücksicht auf höhere Interessen übten wir aber auch damals keine offene Kritik an Genossen der KPdSU, sondern richteten unsere Spitze gegen die Imperialisten und die jugoslawischen Revisionisten. (...)

Anfang Juni 1960 schlug das ZK der KPdSU vor, die Gelegenheit des II. Parteitags der Arbeiterpartei Rumäniens, der für Juni in Bukarest geplant war, zu einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder und zum Meinungsaustausch über die internationale Lage nach dem Fehlschlag der Gipfelkonferenz der vier Großmächte durch die Schuld der USA zu benutzen. Die Kommunistische Partei Chinas war mit der Idee einer so eilig einberufenen Beratung nicht einverstanden, ebensowenig mit der Idee einer Beratung nur von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten. Wir machten den positiven Vorschlag, eine Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt einzuberufen und betonten, daß gründliche

¹⁵⁷ Chruschtschows Rechenschaftsbericht auf dem XXI. Parteitag der KPdSU, Januar 1959

¹⁵⁸ Chruschtschow, Gespräch mit dem amerikanischen Senator H.H. Humphrey, 1. Dezember 1958

Vorbereitung nötig wäre, um eine solche internationale Beratung zu einem Erfolg zu machen. Unser Vorschlag fand die Zustimmung der KPdSU. Beide Parteien erklärten sich einverstanden, daß die am II. Parteitag der Arbeiterpartei Rumäniens teilnehmenden Vertreter der Bruderparteien zur Vorbereitung dieser internationalen Konferenz zuerst nur über Zeit und Ort der Konferenz ihre Meinung austauschen, aber keine Beschlüsse fassen sollten.

In Bukarest jedoch brachen die Führer der KPdSU urplötzlich ihr Wort und, statt die Spitze ihres Kampfes gegen den USA-Imperialismus zu richten, machten sie einen Überraschungsangriff auf die KP Chinas. Die Bukarester Beratung von Vertretern der Bruderparteien fand vom 24. bis 26. Juni statt. Die in dem Offenen Brief des ZK der KPdSU enthaltene Beschreibung dieser Beratung als "kameradschaftliche Hilfe" für die KP Chinas ist eine platte Lüge. (...)

Auf der Beratung übernahm Chruschtschow die Führung, um den allseitigen Angriff auf die KP Chinas zu organisieren. In seiner Rede beschimpfte Chruschtschow die KP Chinas als "Wahnsinnige", als "begierig, einen Krieg zu entfesseln", als Leute, die "die Fahne der internationalen Monopolbourgeoisie erhoben haben", in der chinesisch-indischen Grenzfrage "rein nationalistisch" aufträten und gegen die KPdSU mit "trozkistischen Methoden" vorgingen. Manche Vertreter von Bruderparteien, den Winken Chruschtschows gehorsam, folgten ihm mit einem Großangriff auf die KP Chinas, wobei sie mit Bezeichnungen wie "Dogmatiker", "linke Abenteurer", "Pseudorevolutionäre", "Sektierer" und "schlimmer als Jugoslawien" usw. usf. um sich warfen. (...)

Das war eine von den Führern der KPdSU vorbereitete chinafeindliche Inszenierung, ein ernster und grober Verstoß gegen die Prinzipien, wie sie in der Deklaration von 1957 für die Beziehungen zwischen Bruderparteien festgelegt worden waren. Es war die Großoffensive der durch die Führer der KPdSU vertretenen Revisionisten gegen eine marxistisch-leninistische Partei. Mit Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen unterzeichnete die Delegation der KP Chinas auf der Konferenz in Budapest das Kommuniqué der Konferenz und veröffentlichte zugleich - auf Anweisung des ZK der KP Chinas - am 26. Juni 1960 eine schriftliche Erklärung. Die Delegation der KP Chinas wies in dieser Erklärung darauf hin, welch äußerst bedenklichen Präzedenzfall Chruschtschow mit seiner Handlungsweise auf dem treffen in Bukarest für die internationale kommunistische Bewegung geschaffen hatte. Die Delegation erklärte feierlich:

"Es bestehen Differenzen zwischen uns und Genossen Chruschtschow in einer Reihe von Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus." "Das Schicksal der internationalen kommunistischen Bewegung wird durch die Forderungen und Kämpfe der Völker und dadurch bestimmt, daß sie sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt; es wird nie und niemals vom Befehlsstab gleich welchen Mannes entschieden werden." "Unsere Partei glaubt und folgt nur der Wahrheit des Marxismus-Leninismus und wird sich niemals vor falsche Auffassungen, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderlaufen, beugen."

Die Führer der KPdSU fanden sich nicht damit ab, daß sie sich in Bukarest die KP Chinas nicht gefügig machen konnten. Anschließend an das Bukarester Treffen dehnten die Führer der KPdSU die ideologischen Differenzen zwischen der KP Chinas und der KPdSU durch eine Reihe von Schritten auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus, um weiteren Druck auf China auszuüben.

Im Juli 1960 beschloß die Sowjetregierung plötzlich einseitig, innerhalb eines Monats alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurückzurufen und zerriß damit Hunderte von Abkommen

und Kontrakten. Einseitig wurde von sowjetischer Seite her das beiderseitige Abkommen über die Herausgabe der Zeitschrift "Drushba" durch China und der Zeitschrift "Sowjetisch-Chinesische Freundschaft" durch die Sowjetunion sowie über deren Vertrieb annulliert, ohne Grund wurde von der chinesischen Regierung die Abberufung eines Mitarbeiters der chinesischen Botschaft in der Sowjetunion verlangt, und an der chinesisch-sowjetischen Grenze wurden Unruhen provoziert. KP Chinas, Red. 'Renmin Ribao', und 'Hongqi', Peking, 22. 10. 1963

Kampf zweier Linien auf der Beratung der Bruderparteien von 1960

In der zweiten Hälfte des Jahres 1960 entbrannte in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung ein heißer Kampf rund um die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. Es war ein Kampf zwischen der Linie des Marxismus-Leninismus und der Linie des Revisionismus, zwischen der Linie der Einhaltung der Prinzipien und Wahrung der Einheit einerseits und der Politik der Preisgabe der Prinzipien und Spaltung andererseits.

Schon vor der Beratung der Bruderparteien gab es allerlei Anzeichen, dass die Führer der KPdSU hartnäckig auf ihrem falschen Standpunkt bestanden und bemüht waren, der internationalen kommunistischen Bewegung ihre eigene falsche Linie aufzuzwingen. Die Kommunistische Partei Chinas nahm diese Differenzen sehr ernst. Im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung machten wir große Anstrengungen und hofften, die Führer der KPdSU würden nicht zu weit auf ihrem falschen Weg weitergehen.

Am 10. September 1960 beantwortete das ZK der KP Chinas das Informationsschreiben des ZK der KPdSU vom 21. Juni. In dieser Antwort, die die Tatsachen klarstellte und alles gründlich argumentierte, wurde der Standpunkt des ZK der KP Chinas systematisch anhand einer Reihe wichtiger, grundsätzlicher Fragen der Weltlage und der internationalen kommunistischen Bewegung erläutert. Die Angriffe der Führung der KPdSU auf uns wurden zurückgewiesen, ihre falschen Ansichten wurden kritisiert, wobei dem ZK der KPdSU auch noch, um die Differenzen beizulegen und zur Einheit zu gelangen, fünf positive Vorschläge unterbreitet wurden. (Über diese fünf Vorschläge: siehe Anhang!)

Im Anschluß daran entsandte das ZK der KP Chinas im September eine Delegation nach Moskau, um mit der Delegation der KPdSU zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen wies die Delegation der KP Chinas darauf hin, dass die Führer der KPdSU den USA-Imperialismus beschönigten, während sie China mit Schmähungen bedachten, womit sie die ideologischen Differenzen beider Parteien auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übertrugen und Feinde wie Brüder, Brüder wie Feinde behandelten. Immer wieder ermahnte die Delegation der KP Chinas die Führer der KPdSU, ihren falschen Standpunkt zu ändern und zu den Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten zurückzukehren, die Einheit zwischen den Parteien Chinas und der Sowjetunion und den beiden Staaten zu festigen und so den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Aber die Führer der KPdSU zeigten nicht die mindeste Bereitschaft, ihre Fehler zu korrigieren.

Ein heftiger Kampf wurde dadurch unvermeidlich. Dieser Kampf begann vorerst im Redaktionsausschuß, in dem die Vertreter von 26 Bruderparteien saßen, und der die Dokumente für die Beratung der Bruderparteien vorbereitete. Danach erreichte der Kampf auf der Beratung von Vertretern der einundachtzig Bruderparteien beispiellose Heftigkeit.

Bei den Sitzungen des Redaktionsausschusses in Moskau im Oktober versuchten die Führer der KPdSU, ihren eigenen Entwurf für die Erklärung der Beratung durchzudrücken, der eine ganze Reihe falscher Ansichten enthielt. Dank dem prinzipienfesten Kampf der Delegationen der KP Chinas und einiger anderer Bruderparteien nahm der Redaktionsausschuß nach hitziger Debatte eine Reihe wichtiger und prinzipieller Abänderungen an dem von der KPdSU vorgelegten Erklärungsentwurf vor. In den meisten Punkten des Erklärungsentwurfes wurde Übereinstimmung erreicht. Aber in ihrem Bestreben, die Debatte fortzusetzen, lehnten die Führer der KPdSU ein Übereinkommen über einige noch ausstehende wichtige Differenzen ab, und als Chruschtschow von New York zurückkehrte, verwarf er sogar die bereits getroffenen Vereinbarungen zu manchen Fragen.

Im November 1960 fand die Beratung der einundachtzig Bruderparteien in Moskau statt. Ohne den Wunsch der Delegationen der KP Chinas und vieler anderer Bruderparteien nach Beilegung der Differenzen und Festigung der Einheit zu berücksichtigen, verteilte die Führung der KPdSU am Vorabend der Beratung unter den in Moskau versammelten Vertretern der Bruderparteien einen Brief von über 60.000 Wörtern, in dem die Kommunistische Partei Chinas noch wüster als je angegriffen wurde. Damit wurde eine noch schärferer Streit provoziert.

In einer derart anormalen Atmosphäre tagte also die Beratung von Vertretern der einundachtzig Bruderparteien. Durch ihre verabscheuungswürdige Handlungsweise brachten die Führer der KPdSU die Beratung an den Rand des Abbruchs. Da sich jedoch die Delegationen der KP Chinas und einiger anderer Bruderparteien zu den Prinzipien bekannten, standhaft kämpften und die Einheit aufrecht erhielten, da auch die Mehrheit der Delegationen der Bruderparteien für Einheit und gegen Spaltung waren, wurden auf dieser Beratung letzten Endes Übereinstimmung erzielt und positive Resultate gezeitigt. (...)

Tatsache ist, daß viele der falschen Ansichten im Erklärungsentwurf der KPdSU abgelehnt wurden. Hier einige Beispiele: Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, die friedliche Koexistenz und der wirtschaftliche Wettbewerb seien die Generallinie der Außenpolitik aller sozialistischen Staaten, wurde abgelehnt. Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, daß durch die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb eine neue Etappe in der allgemeinen Krise des Kapitalismus hervorgerufen wird, wurde abgelehnt. Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU von der immer größeren Möglichkeit des friedlichen Übergangs wurde abgelehnt. Die falsche Stellungnahme der Führung der KPdSU gegen ein "Einzelgängertum" der sozialistischen Länder, die in Wirklichkeit gegen die Politik der sozialistischen Staaten, sich beim Aufbau in erster Linie auf die eigene Kraft zu verlassen, gerichtet ist, wurde abgelehnt. Die falsche Stellungnahme der Führung der KPdSU gegen sogenannte "Cliquentätigkeit" und "Fraktionstätigkeit" innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung wurde abgelehnt. In Wirklichkeit wurden damit von den Bruderparteien Gehorsam dem Befehlsstab der Führung der KPdSU gegenüber und Verzicht auf das Prinzip der Selbständigkeit und Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen Bruderparteien sowie auf das Prinzip der Einstimmigkeit durch Konsultationen, an deren Stelle die Praxis der Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit treten sollte, gefordert. Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, die die ernste Gefahr des modernen Revisionismus unterschätzte, wurde abgelehnt. (...)

Die Ansichten, daß sich das Wesen des Imperialismus nicht geändert hat; daß der USA-Imperialismus der Feind der Völker der ganzen Welt ist; daß gegen den USA-Imperialismus die breiteste Einheitsfront errichtet werden muß; Daß die nationale Befreiungsbewegung ein

wichtiger Faktor bei der Verhütung eines Weltkriegs ist; daß die national-demokratische Revolution in den neuen unabhängigen Ländern resolut zu Ende geführt werden muß; daß die sozialistischen Staaten und die internationale Arbeiterbewegung den nationalen Befreiungskampf unterstützen müssen; daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen in bestimmten entwickelten kapitalistischen Ländern, die unter der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft des USA-Imperialismus stehen, den Hauptstoß gegen diese Herrschaft sowie gegen das Monopolkapital und die anderen Kräfte der inneren Reaktion, die die Interessen der Nation verraten, richten müssen; daß unter Bruderparteien das Prinzip gelten muß, durch Konsultationen zur Übereinstimmung zu gelangen; daß der Revisionismus, der den Marxismus-Leninismus seines revolutionären Geistes beraubt, bekämpft werden muß; daß die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens am Marxismus-Leninismus Verrat geübt haben usw. - all diese Ansichten wurden durch Annahme der Meinungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen einiger anderer Bruderparteien in die Erklärung aufgenommen.

Natürlich muß man auch erwähnen, daß auch die Delegation der KP Chinas und die Delegationen einiger anderer Bruderparteien gewisse Zugeständnisse machten, nachdem die Führer der KPdSU damit einverstanden waren, ihre falschen Ansichten fallen zu lassen und die richtigen Ansichten der Bruderparteien anzunehmen. So zum Beispiel gingen unsere Meinungen über die Frage des XX. Parteitags der KPdSU und über die Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auseinander, aber mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der KPdSU und einiger anderer Bruderparteien gaben wir unsere Zustimmung, in diesen zwei Fragen die gleiche Formulierung wie in der Deklaration von 1957 zu gebrauchen. (...)

Das Ergebnis des Kampfes auf dieser Beratung war, daß die revisionistische Linie und die revisionistischen Anschauungen der Führer der KPdSU im wesentlichen zurückgewiesen wurden, und daß die marxistisch-leninistische Linie einen großen Sieg errang. Die revolutionären Prinzipien, die in der auf dieser Beratung angenommenen Erklärung festgelegt wurden, sind für die Bruderparteien der ganzen Welt eine scharfe Waffe im Kampf gegen den Imperialismus, für den Weltfrieden, die nationale Befreiung, die Volksdemokratie und den Sozialismus, gleichzeitig auch eine scharfe Waffe für die Marxisten-Leninisten aller Länder in ihrem Kampf gegen den modernen Revisionismus. (...)

Der Revisionismus der Führung der KPdSU wird zum System

Kaum war die Tinte auf den Unterschriften unter der Erklärung von 1960 trocken geworden, begannen die Führer der KPdSU, diese Erklärung zu sabotieren. Nach der Beratung der einundachtzig Bruderparteien wurde die Führung der KPdSU immer unverfrorener in ihrer Sabotage gegen die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960. Einerseits behandelte die Führung der KPdSU den USA-Imperialismus, der in der Erklärung von 1960 als Feind aller Völker verurteilt wurde, als ihren Freund, befürwortete die "Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion" und erklärte sich bereit, gemeinsam mit Kennedy "dauerhafte Brücken des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft zu bauen"¹⁵⁹. Andererseits behandelten sie einige Bruderparteien und Bruderstaaten wie Feinde und verschlechterten die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien drastisch.

¹⁵⁹ Glückwunschtelegramm von N.S. Chruschtschow und L.I. Breshnew an J.F. Kennedy anlässlich des 185. Geburtstages der Unabhängigkeit der USA, 4. Juli 1961

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 trieb die Führung der KPdSU ihre Hetzkampagne gegen den Marxismus-Leninismus, zur Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu einem neuen Höhepunkt voran. Das war ein Meilenstein in der völligen Systematisierung des Revisionismus, den die Führung der KPdSU seit dem XX. Parteitag allmählich entwickelt hatte. Auf diesem Parteitag startete die Führung der KPdSU einen massiven, offenen Angriff gegen die Partei der Arbeit Albanien. In seiner Rede rief Chruschtschow sogar offen zum Sturz der führenden Genossen Enver Hoxha und Mehmet Shehu auf. Damit schuf die Führung der KPdSU den traurigen Präzedenzfall, daß der Parteitag einer Partei zu offenen Angriffen auf Bruderparteien benutzt wurde. (...)

Das neue Programm der KPdSU, das auf diesem Parteitag bestätigt wurde, war der konzentrierte Ausdruck des Revisionismus der Führung der KPdSU. Selbst bei flüchtigem Studium des Programms der KPdSU und Chruschtschows Bericht dazu ist es nicht schwer festzustellen, daß die Führung der KPdSU ein durch und durch revisionistisches Programm aufgestellt hat, das den Grundtheorien des Marxismus-Leninismus und den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung völlig widerspricht. Dieses Programm steht in vielen wichtigen, prinzipiellen Fragen zur Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 in Widerspruch. Viele falsche Ansichten der Führung der KPdSU, die auf der Beratung der Bruderparteien im Jahre 1960 zurückgewiesen wurden, tauchen im Programm der KPdSU erneut auf. Um Beispiele zu nennen: Die friedliche Koexistenz wird als das Hauptprinzip der Außenpolitik bezeichnet, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs wird einseitig betont, die Richtlinie der sozialistischen Staaten, sich beim Aufbau hauptsächlich auf die eigene Kraft zu verlassen, wird als "Einzelgängertum" verurteilt usw.

Durch dieses Programm wird die falsche Linie der Führung der KPdSU seit ihrem XX. Parteitag immer mehr in ein System gebracht. Den Hauptinhalt dieses Programms bilden die sogenannte "friedliche Koexistenz", der "friedliche Wettbewerb" und der "friedliche Übergang". In diesem Programm wird die Lehre über die proletarische Revolution, über die Diktatur des Proletariats und die Partei des Proletariats - der Kern des Marxismus-Leninismus - aufs gröbste revidiert und erklärt, daß die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion bereits nicht mehr notwendig sei, daß sich der Charakter der KPdSU als Vortrupp des Proletariats bereits geändert habe. Im Programm wird die absurde These über den "Staat des ganzen Volkes" und die "Partei des ganzen Volkes" aufgestellt. In diesem Programm wird die marxistisch-leninistische Lehre über den Klassenkampf durch den Humanismus und das Ideal des Kommunismus durch die bürgerlichen Losungen: "Freiheit", "Gleichheit" und "Brüderlichkeit" ersetzt. Dieses Programm richtet sich gegen die Revolution der zwei Drittel der Gesamtbevölkerung der Welt, die immer noch unter dem imperialistischen und kapitalistischen System leben. Es hindert das andere Drittel der Gesamtbevölkerung der Welt, das bereits den Weg des Sozialismus gegangen ist, an der Durchführung der Revolution bis zum Endsieg. Es ist ein revisionistisches Programm für die Beibehaltung und Restauration des Kapitalismus. (...)

Eine Strömung gegen den Marxismus-Leninismus, die die internationale kommunistische Bewegung spaltet

Um ihre eigene systematisch revisionistische Linie, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderläuft, durchzusetzen, hat die Führerschaft der KPdSU seit dem XXII. Parteitag tatsächlich noch willkürlicher gegen die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten verstoßen und eine Politik des Großmacht-Chauvinismus, des

Sektierer- und Spaltertums verfolgt. Das hat eine weitere Verschlechterung in den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion mit sich gebracht und die Geschlossenheit der Bruderparteien und -staaten schwer geschädigt. Die folgenden sind die wichtigsten Tatsachen, wie die Führerschaft der KPdSU seit dem XXII. Parteitag die Einheit Chinas mit der Sowjetunion, die Geschlossenheit der Bruderparteien und -staaten zerstört hat:

ERSTENS: Die Führer der KPdSU haben versucht, ihre eigene falsche Linie der internationalen kommunistischen Bewegung mit Gewalt aufzuzwingen und die Deklaration und die Erklärung durch ihr eigenes revisionistisches Programm zu ersetzen. Ihre eigene falsche Linie beschreiben sie als "die Gesamtheit der leninistischen Politik in der internationalen kommunistischen Bewegung der letzten Jahre"¹⁶⁰, ihr revisionistisches Programm nennen sie "ein wahres Kommunistisches Manifest unserer Epoche"¹⁶¹ und "das gemeinsame Programm der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Völker der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft"¹⁶².

Jede Bruderpartei, die die falsche Linie und das falsche Programm der Führung der KPdSU zurückweist, die sich an die marxistisch-leninistischen Grundtheorien und die revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung hält, wird von der Führung der KPdSU als Feind betrachtet, den man mit allen Mitteln bekämpfen, angreifen und schädigen kann, dessen Führung man zu stürzen sucht.

ZWEITENS: Die Führung der KPdSU scheut nicht davor zurück, die diplomatischen Beziehungen mit dem sozialistischen Albanien abubrechen, eine Handlungsweise, die in den Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten beispiellos ist.

DRITTENS: Die Führung der KPdSU übt weiter Druck auf China aus und fährt mit heimtückischen Angriffen gegen die KP Chinas fort. In seinem Brief vom 22. Februar 1962 an das ZK der KP Chinas klagt das ZK der KPdSU uns an, einen "besonderen Standpunkt" zu vertreten, eine andere Linie als die gemeinsame Richtlinie der übrigen Bruderparteien zu verfolgen und rechnet uns auch unsere Unterstützung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit Albaniens als Verbrechen an. (...)

VIERTENS: Das ZK der KPdSU wies den Vorschlag der Bruderparteien Indonesiens, Vietnams und Neuseelands ab, eine Beratung von Vertretern aller Bruderparteien einzuberufen, ebenso die fünf positiven Vorschläge zu Vorbereitungen für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien, die im Brief des ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU vom 7. April 1962 enthalten waren. Im Antwortschreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas vom 31. Mai 1962 wurde sogar als Vorbedingung für die Verbesserung der sowjetisch-albanischen Beziehungen und als Vorbedingung für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien gefordert, die albanischen Genossen müßten ihren Standpunkt aufgeben.

FÜNFTENS: Im April und Mai 1962 entfaltete die Führerschaft der KPdSU in der Gegend um Ili mit Hilfe ihrer Organe und ihres Personals im chinesischen Gebiet Sinkiang eine breite

¹⁶⁰ J. Andropow, "Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems", "Prawda" vom 2. Dezember 1961

¹⁶¹ N.S. Chruschtschow, Rede auf der Konferenz der landwirtschaftlichen Funktionäre Usbekistans und anderer Unionsrepubliken, 16. November 1961

¹⁶² "Die Einheit und Geschlossenheit vervielfacht die Kraft des Kommunismus", Leitartikel der "Prawda" vom 25. August 1961

subversive Tätigkeit, bei der Zehntausende chinesischer Staatsbürger in die Sowjetunion gelockt oder unter Zwang hinübergebracht wurden. Trotz wiederholter Proteste und Vorstellungen der chinesischen Regierung hat es die sowjetische Regierung unter dem Vorwand der "sowjetischen Gesetzlichkeit"¹⁶³ und "Humanität"¹⁶⁴ abgelehnt, diese chinesischen Staatsbürger zu repatriieren. Diese Angelegenheit ist bis heute noch nicht erledigt. Das ist ein wirklich erstaunlicher, in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern unerhörter Vorfall.

SECHSTENS: Im August 1962 informierte die sowjetische Regierung China offiziell, die Sowjetunion würde mit den USA ein Abkommen zur Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen abschließen. Das war ein Komplott der Sowjetunion und der USA, um ihr Kernwaffenmonopol zu erhalten und China des Rechts zu berauben, sich Kernwaffen zur Verteidigung gegen die nuklearen Drohungen der USA zu verschaffen. Die chinesische Regierung legte dagegen wiederholt Protest ein.

SIEBENTENS: Die Führerschaft der KPdSU ist immer eifriger darauf bedacht, mit den USA-Imperialisten politische Geschäfte zu machen. (...)

ACHTENS: Die Führer der KPdSU sind immer eifriger dabei, mit den indischen Reaktionären gemeinsame Sache zu machen. Sie sind nach Kräften bemüht, mit Nehru ein reaktionäres Bündnis gegen das sozialistische China einzugehen. Die Führer der KPdSU und ihre Presse haben sich offen auf die Seite der indischen Reaktionäre gestellt, China für seinen gerechten Stand im chinesisch-indischen Grenzkonflikt verurteilt und die Nehru-Regierung in Schutz genommen. Zwei Drittel der wirtschaftlichen Hilfe, die die Sowjetunion Indien gewährt hat, datieren nach dem Zeitpunkt, an dem die indischen Reaktionäre die chinesisch-indischen Grenzzusammenstöße provozierten. Selbst nachdem die bewaffneten Zusammenstöße an der chinesisch-indischen Grenze im Herbst 1962 bereits ein riesiges Ausmaß angenommen hatten, gab die Führerschaft der KPdSU Indien auch weiterhin militärische Hilfe.

NEUNTENS: Die Führer der KPdSU sind immer eifriger bemüht, mit der jugoslawischen Tito-Clique gemeinsame Sache zu machen. (...) Nach ihrem XXII. Parteitag unternahm die Führerschaft der KPdSU eine Reihe von Schritten, um die Tito-Clique zu rehabilitieren, und zerriß so ganz offen die Erklärung von 1960.

ZEHNTENS: (...) Unter dem Diktat der Führer der KPdSU wurden die Parteitage der Bruderparteien in fünf Ländern - Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei, Italien und DDR - zur Bühne für chinafeindliche Ausfälle, und über 40 Bruderparteien veröffentlichten Beschlüsse, Erklärungen und Artikel, die gegen die KP Chinas und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien zu Felde zogen.

Was besagen die Tatsachen der letzten sieben Jahre?

(...) Die Tatsachen der vergangenen sieben Jahre zeigen deutlich: Die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung sind Differenzen in der Frage des Festhaltens an der marxistisch-leninistischen Linie oder an der revisionistischen Linie. Weiter handelt es sich um die Frage, ob man eine revolutionäre Linie oder eine

¹⁶³ Memorandum, das dem chinesischen Außenministerium von der Sowjetbotschaft in China am 9. August 1962 überreicht wurde

¹⁶⁴ ebenda

nichtrevolutionäre und konterrevolutionäre Linie befolgen soll, ob man die antiimperialistische Linie oder die Linie der Kapitulation vor dem Imperialismus einhalten soll, ob man weiter auf dem proletarischen Internationalismus oder auf Großmacht-Chauvinismus, Sektierer- und Spaltertum bestehen soll. Die Tatsachen der letzten sieben Jahre zeigen weiter deutlich: Der Weg, den die Führer der KPdSU beschritten haben, ist der Weg des Zusammengehens mit den Imperialisten. (...)

Die Kommunistische Partei Chinas hat stets die Wichtigkeit der Einheit zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei, zwischen unseren beiden Staaten betont. Die KP Chinas hat die vom großen Lenin gegründete Kommunistische Partei der Sowjetunion stets hoch geachtet. Wir hegen die größte proletarische Zuneigung zur großen KPdSU und zum großen Sowjetvolk. Wir freuen uns über jeden Erfolg, den die KPdSU und das Sowjetvolk erringen und sind durch alle von der Führung der KPdSU begangenen Fehler, die dem sozialistischen Lager und der internationalen kommunistischen Bewegung schaden, schmerzlich berührt. (...) Die internationale kommunistische Bewegung macht jetzt eine bedeutsame Periode durch. Die gegenwärtige Debatte hat für die Zukunft der proletarischen Weltrevolution und das Schicksal der Menschheit die größte Bedeutung.

KP Chinas, Redaktionen von 'Renmin Ribao' und 'Hongqi', Peking, 22. 10. 1963

Frank Flegel: Wir müssen an die ökonomischen Grundlagen! ¹⁶⁵

Bei unserem Ziel, dem Sozialismus, der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, handelt es sich ja bekanntlich um einen gesellschaftlichen – und damit vor allem ökonomischen – Epochenwechsel, der nicht weniger tiefgreifend ist als beispielsweise jener, der das Römische Reich untergehen ließ oder derjenige, der die Herrschaft von Klerus und Adel beseitigte. Es geht um eine neue Produktionsweise.

Wir haben in „offen-siv“ schon seit längerem Beiträge zu ökonomischen Problemen veröffentlicht. Wir haben in unserem marxistisch-leninistischen Fernstudium der Ökonomie ein ganzes Jahr gewidmet. Inzwischen haben wir die Situation, dass nach einem mehr als zehnjährigen Schweigen doch der Beginn einer Diskussion über die ökonomischen Grundlagen sowohl des Kapitalismus/Imperialismus als auch des Sozialismus spürbar wird. Wir begrüßen das sehr, denn ohne ein klares sozialistisches und damit auch gesellschaftlich-ökonomisches Ziel wird die Bestimmung des Weges dorthin nicht entschieden werden können.

Die ökonomische Debatte bezieht sich vor allem auf ein grundlegendes Problem: das Wertgesetz. Hier scheiden sich aktuell heute und auch schon so lange, wie es eine sozialistische Bewegung gibt, die Geister. Die Frage ist: Ist das Wertgesetz der konzentrierte Ausdruck der kapitalistischen Ökonomie und muss es deshalb im Sozialismus überwunden werden – oder ist das Wertgesetz von grundsätzlicher, überhistorischer Bedeutung, also eine Grundlage allen menschlichen Wirtschaftens und muss es deshalb im Sozialismus respektiert werden? Man tue diese Frage nicht als spitzfindig oder scholastisch ab! Die Antwort auf diese Frage entscheidet das Schicksal der angestrebten neuen Epoche der Menschheit, des Sozialismus. Deshalb muss sie beantwortet werden.

¹⁶⁵ Aus: „offen-siv“ 3-2007; Sonderheft „Die Wertform und ihre Negation“, S. 3-9, Auszüge

Zurück zur aktuellen Debatte: Ergänzend und zum Teil komplementär zu den Diskussionen, die bei uns stattfanden, hat sich in der jüngeren Vergangenheit auch die Zeitschrift „RotFuchs“ mit dem Thema der politische Ökonomie des Sozialismus befasst. Das bereichert die Diskussion. Zwar findet noch kein direkter Austausch der Argumente statt, immerhin aber werden die unterschiedlichen Auffassungen und Sichtweisen deutlich. So behaupten die in der Zeitschrift „RotFuchs“ veröffentlichten Arbeiten zum Thema „sozialistische Ökonomie“ die überhistorische Geltung des Wertgesetzes und kritisieren dementsprechend „voluntaristische“ Versuche, dies auszuhebeln oder zu wenig zu beachten. Die bei uns veröffentlichten Arbeiten hingegen gehen eher in die Richtung, Ware, Wertgesetz und Geld als historisch zu betrachten. Nun gab es Ware und Geld schon vor der bürgerlichen Gesellschaft – und beides wird es auch noch nach der bürgerlichen Gesellschaft geben, denn eine Übergangsperiode, darin sind sich alle Kontrahenten einig, wird es nach dem Sieg einer sozialistischen Revolution mit Sicherheit geben müssen. Aber die Frage steht: was dann? Wie ist die Zielbestimmung? Nach welchen ökonomischen Prinzipien funktioniert der Kommunismus in seiner ersten Phase, dem Sozialismus, und wie entwickelt er sich weiter?

Wir sind der Auffassung, dass die Geltung des Wertgesetzes einer sozialistischen Gesellschaft widerspricht und die Behauptung, das Wertgesetz gehöre wesentlich in die Ökonomie des Sozialismus, einen der wesentlichen Bausteine der revisionistischen Entartung in der ökonomischen Theorie und Praxis darstellt. Uns ist durchaus bewusst, dass wir wegen dieser Stellungnahme wieder einmal Gefahr laufen, als „ultralinks“, „voluntaristisch“, „sektiererisch“ und gleichzeitig auch noch als Anhänger des „administrativ-zentralistischen“ und damit „stalinistischen“ Sozialismusmodells bezeichnet bzw. beschimpft zu werden. Nun gut, das ist dann so. Wir sehen trotzdem nur in einer sozialistischen Planwirtschaft (und nicht in einer sozialistischen Marktwirtschaft) eine Zukunft für die Menschheit.

Aber das Ganze ist nicht zu entscheiden ohne ausreichende wissenschaftliche Überlegungen. Zur Verdeutlichung der Problematik präsentieren wir Euch hier kurz unterschiedliche Auffassungen in Originalziten.

Wolfgang Hoss schreibt in einem Beitrag für „offen-siv“¹⁶⁶: *Wenn Hermann Jacobs sagt "In der Tat sind wir, ist der Marxismus außerstande, die Frage des Revisionismus ... aufzuwerfen, würde es nicht dieses Schwanken im Verhältnis zu den ökonomischen Mechanismen der Warenproduktion gegeben haben, würde es nicht die Reform gegeben haben, den ersten, den neuen Mechanismus wieder gegen den zweiten, alten auszutauschen" ("offensiv", Heft 15/03, S. 48), und wenn man die Aussage so formuliert, daß das Schwanken zwischen der Warenproduktion als Grundlage der sozialistischen Wirtschaft und einer neuen nicht auf Warenproduktion gegründeten Ökonomie und schließlich die Entscheidung für die "sozialistische Warenproduktion" eine der wichtigsten Ursachen für die Revision des Marxismus und das Scheitern des Sozialismusversuchs in den Ostblockländern waren, dann*

¹⁶⁶ Wolfgang Hoss: Zum Beitrag von Kurt Gossweiler "Bemerkungen zur Diskussion über die politische Ökonomie des Sozialismus – insbesondere zu den Beiträgen von Hermann Jacobs"; in: offen-siv März-April 2007

vertritt man nur die Position des unverfälschten Marxismus. Die Aussagen von Marx und Engels in dieser Hinsicht sind eindeutig:

"Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt ... " (Friedrich Engels, MEW, Bd.19, S.226)

"Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus, ..." (Karl Marx, MEW, Bd.19, S.19).

"Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind." (Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 87).

Es besteht kein Zweifel, daß es sich hier nicht um Mißverständnisse oder um Widersprüchlichkeiten in Marxens Werk handelt. Hören wir weiter:

"In der Gesamtheit der verschiedenartigen Gebrauchswerte oder Warenkörper erscheint eine Gesamtheit ebenso mannigfaltiger, nach Gattung, Art, Familie, Unterart, Varietät verschiedner nützlicher Arbeiten - eine gesellschaftliche Teilung der Arbeit. Sie ist Existenzbedingung der Warenproduktion, obgleich Warenproduktion nicht umgekehrt die Existenzbedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung. In der altindischen Gemeinde ist die Arbeit gesellschaftlich geteilt, ohne daß die Produkte zu Waren werden. Oder, ein näher liegendes Beispiel, in jeder Fabrik ist die Arbeit systematisch geteilt, aber diese Teilung nicht dadurch vermittelt, daß die Arbeiter ihre individuellen Produkte austauschen. Nur Produkte selbstständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber." (Karl Marx, das Kapital, Erster Band, S. 56/57).

Andrea Schön und Gerald Hoffmann zitieren in Ihrem Beitrag "Die Crux mit dem Wertgesetz - zum Revisionismus in der politischen Ökonomie des Sozialismus" Marx zum Teil an gleicher Stelle und in gleichem Sinne und stellen fest: "Nicht die Arbeitsteilung ist das wesentliche oder gar einzig konstituierende Element der Warenproduktion, sondern das Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Warenproduktion verleiht der gesellschaftlichen Arbeitsteilung lediglich ihren spezifischen, auf Tausch von Produkten privater Produzenten basierenden, Charakter." (A. Schön, G. Hoffman, "offensiv", Heft 13/03)

Tony Cliff hat die faktische Aufhebung der Warenproduktion in Bezug auf die russische Wirtschaft der Stalin-Ära bereits in den siebziger Jahren klar ausgesprochen: "Formal erfolgt die Verteilung der Produkte zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen über den Austausch; aber da eine Institution, der Staat, Eigentümer aller Unternehmen ist, gibt es keinen realen Warenaustausch." ¹⁶⁷

Also nach der Theorie von Marx und Engels wird die Warenproduktion aufgehoben, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben wird. Da die VEB-Betriebe in der DDR keine Privatunternehmen waren, und da man in der DDR die Warenproduktion als Grundlage der sozialistischen Produktion deklariert hatte – die Kennziffer Steigerung der Warenproduktion war eine der wichtigsten Kennziffern für die Jahresendprämie der VEB-Betriebe – ergibt sich bereits in diesem fundamentalen Grundsatz eine Diskrepanz zur

¹⁶⁷ Cliff, Tony, Staatskapitalismus in Rußland, S.204, Frankfurt am Main 1975

Theorie von Marx und Engels. Wer aber hat sich in diesem Punkt geirrt, Marx und Engels oder die Theoretiker des letzten Sozialismusversuchs? Jedenfalls stellt die Entscheidung für die Warenproduktion als Grundlage der sozialistischen Wirtschaft eine radikale Revision des Marxismus bzw. eine grundlegende Verfälschung der marxistischen Sozialismustheorie dar.

Das hat ganz entscheidende Konsequenzen. Engels formuliert die Konsequenz der Nichtaufhebung der kapitalistischen Warenproduktion wie folgt: "Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen; damit wird die kapitalistische Aneignungsweise ... ersetzt durch die in der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Aneignungsweise der Produkte: einerseits direkt gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andererseits direkt individuelle Aneignung als Lebens- und Genußmittel. Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung, bei Strafe des Untergangs, zu vollziehen genötigt ist." (Friedrich Engels, MEW Bd. 20, S. 261)

Hier wird von Marx, Engels und einigen anderen sehr klar dargelegt, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln und nicht die Arbeitsteilung die Grundlage für die Warenwirtschaft bildet und dass Warenwirtschaft und Wertgesetz im Sozialismus ihre Geltung verlieren müssen – „bei Strafe des Untergangs“, wie Engels formuliert. Ganz im Gegensatz dazu schreibt Prof. Dr. Matho in der Zeitschrift „RotFuchs“:

„Unter den Bedingungen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und selbständiger Wirtschaftseinheiten werden die arbeitsteilig erzeugten Produkte und Leistungen zu Waren, die auf einem Markt ausgetauscht werden müssen. Die Waren haben einerseits einen Gebrauchswert, nämlich die Nützlichkeit, ein gesellschaftlich relevantes Bedürfnis zu befriedigen, und andererseits einen Wert, der den Arbeitsaufwand für die Ware verkörpert. (...) Die Notwendigkeit, daß sich beim Austausch die Wertgrößen der Waren entsprechend der gesellschaftlich notwendigen Arbeit – nicht der individuell aufgewandten – verhalten müssen, damit die Reproduktion gewährleistet ist, bezeichnen wir als Wertgesetz. Sein Wirken über den Marktpreismechanismus übt vor allem zwei wichtige Funktionen aus: erstens als Regulator der Produktion – also was und wie viel zu produzieren ist – und zweitens als Motor der Produktivkraftentwicklung – also wie groß der Arbeitsaufwand für die einzelne Ware sein darf, was von der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität abhängt. Dieses Wertgesetz kann man nicht „wegplanen“ oder überlisten, wie in der Planwirtschaft des realen Sozialismus z. T. geglaubt wurde. Man kann es aber im Verein mit einer volkswirtschaftlichen Rahmen- und Strukturplanung bewusst ausnutzen. (...)

Ware-Geld-Beziehungen und Wertgesetz sind also keine Ärgernisse, vielmehr wichtige Errungenschaften hochspezialisierter gesellschaftlicher Produktion, die den Menschen großen Nutzen bringen. Das ins Stammbuch einiger Überschlauer, die das „ultralinks“ negieren, es ideologisch gar verteufeln wollen und meinen, sich sogar auf Karl Marx stützen zu können. (...) Vielmehr muß das große schöpferische Potential der Marxschen Werttheorie voll ausgenutzt werden, was z. B. einschließt, relativ verselbständigte Produzenten unter gesellschaftlichem Eigentum im Sozialismus als echte Warenproduzenten anzusehen. Dazu

tragen auch weiter existierende private Betriebe bei, was zugleich eine gesunde Konkurrenz belebt.

In der DDR waren hinsichtlich Warenproduktion und Wertgesetz Licht und Schatten zu verzeichnen. Es gab durchaus Ansätze einer wirtschaftlichen Rechnungsführung als grundlegendes Prinzip, nach dem die Betriebe mit hohen Umsätzen und niedrigsten Kosten Gewinne und damit Mittel für die erweiterte Reproduktion eigenerwirtschaften sollten. (...) Und dabei erwies sich das gutgemeinte System der sogenannten zweiten Lohntüte (unentgeltliche staatliche Leistungen und Preissubventionen) als wenig leistungsfördernd, weil es als selbstverständlich angesehen wurde. Was man nicht zu bezahlen braucht, wirkt eben viel weniger leistungsanregend als das Mehr im Portemonnaie. (...)

Ob und wie künftig eine voll ausgebildete sozialistische Marktwirtschaft auf der Basis einer gesellschaftlichen Rahmen- und Strukturplanung möglich sein wird, muß in der Praxis noch bewiesen werden. (...) Fehler der Unterschätzung oder gar Verletzung dieser wichtigen ökonomischen Beziehungen und Gesetze dürfen sich nicht wiederholen. Besondere Lehren und Hinweise werden in wachsendem Maße vom chinesischen Marktsozialismus zu erwarten sein.“ (Prof. Dr. Fred Matho, „Gilt das Wertgesetz auch im Sozialismus?“ in: RotFuchs Nr 3-2006, S. 10)

Knapp ein Jahr später bringt der RotFuchs inhaltlich Ähnliches im Zusammenhang mit seiner Sicht auf die Gründe der Niederlage des Sozialismus in Europa, formuliert von Dr. Dr. Ernst Albrecht: *„Eine erhebliche Vernachlässigung in der Erschließung materieller Triebkräfte trat mit dem vom VIII. Parteitag eingeleiteten „Kurs der Hauptaufgabe“ ein. Nun wurde eine Sozialpolitik forciert, die jedem Bürger der DDR – unabhängig von seinen Leistungen für die Gesellschaft – Vorteile brachte. ... Damit wurde ihre Triebkraftfunktion stark beeinträchtigt. Das Wertgesetz unterlag erheblichen Manipulationen. Die Masse der Konsumgüter wurde für einen staatlich festgelegten Preis zur Verfügung gestellt, der oft die Produktionskosten erheblich unterschritt. Diese Preissubventionen deformierten geradezu das Wertgesetz. ... Materielle und ideelle Triebkräfte müssen in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft viel stärker miteinander verknüpft werden. Es geht vor allem darum, voluntaristische Verletzungen des Wertgesetzes und die Untergrabung des Prinzips der materiellen Interessiertheit unbedingt zu vermeiden.“ (Dr. Dr. Ernst Albrecht, RotFuchs, März 07, Innenblatt, RF-Extra. S. II)*

Und im gleichen Heft wird auf einer eher Stimmung machenden denn inhaltlich argumentierenden Basis nachgeschoben: *„Prof. Dr. Matho hat sich sehr intensiv mit dem Wertgesetz beschäftigt. Von uns wurde sein objektives Wirken gröblichst negiert.“ (Horst Franzkowiak, RotFuchs März 07, S. 7)*

Hier finden wir also die Position, das Wertgesetz sei ein Resultat der Arbeitsteilung (und nicht des Privateigentums an den Produktionsmitteln), das Wertgesetz sei nicht das Gesetz der kapitalistischen Ökonomie, sondern habe überhistorische Bedeutung, wirke auch im Sozialismus und das nicht anzuerkennen sei ein schwerer Fehler. Und Dr. Dr. Ernst Albrecht scheint der Auffassung zu sein, dass sozialpolitische Maßnahmen (und Sozialpolitik heißt nach meiner Auffassung unter anderem: Bildung, Erziehung, Kultur, Gesundheitssystem, Sozialfürsorge) im Sozialismus als „Triebkraft“ eingesetzt werden müssten. Was kann das anderes heißen, als daraus eine Art Belohnungs- bzw. Strafsystem zu machen? Ich weiß, dass man als Kommunist

nicht die Moral zur Richtschnur eines Urteils machen soll, aber eine gewisse Empörung über einen solchen menschenverachtenden Vorschlag kann ich nicht verhehlen.

Nach diesen kurzen Einblicken in die Theorie sollten wir noch einen Blick in die Praxis werfen. Wir schauen am besten in eine Epoche des Sozialismus, die eher von Erfolg als von Niedergang gekennzeichnet war. Bei Stalin findet man mit dem Datum des 28. September 1952 in der Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ u.a. folgendes: *„In der Tat ist der Wirkungsbereich des Wertgesetzes in unserer ökonomischen Ordnung streng begrenzt, sind diesem Wirkungsbereich Grenzen gesetzt. Es wurde bereits gesagt, dass der Wirkungsbereich der Warenproduktion in unserer Ordnung begrenzt ist und ihm Schranken gesetzt sind. Das gleiche muss über den Wirkungsbereich des Wertgesetzes gesagt werden. Ohne Zweifel muss das Fehlen des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande den Wirkungsbereich des Wertgesetzes und seine Einwirkung auf die Produktion einschränken.*

In der gleichen Richtung wirkt das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, das an die Stelle des Gesetzes der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion getreten ist.

In der gleichen Richtung wirken unsere Jahres- und Fünfjahrespläne und überhaupt unsere ganze Wirtschaftspolitik, die sich auf die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft stützen.

Das alles zusammengenommen führt dazu, dass der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns streng begrenzt ist und das Wertgesetz in unserer Ordnung nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen kann. (...)

Man sagt, das Wertgesetz sei ein ständiges Gesetz, das für alle Perioden der historischen Entwicklung unbedingt gültig sei, das Wertgesetz bleibe, auch wenn es in der Periode der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft seine Kraft als Regulator der Tauschbeziehungen verliert, in dieser Entwicklungsphase doch in Kraft als Regulator der Verhältnisse zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, als Regulator der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen.

Das ist völlig falsch. Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwindet auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz.

In der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft wird die Menge der für die Herstellung der Produktion aufgewandten Arbeit nicht auf einem Umweg bemessen werden, nicht vermittelt des Wertes und seiner Formen, wie es in der Warenproduktion der Fall ist, sondern direkt und unmittelbar – durch die zur Herstellung der Produkte verausgabte Menge der Zeit, Menge der Stunden. Was die Verteilung der Arbeit anbelangt, so wird die Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen nicht durch das Wertgesetz reguliert werden, das zu dieser Zeit seine Kraft verlieren wird, sondern durch das Wachstum des Bedarfs der Gesellschaft an Produkten. Das wird eine Gesellschaft sein, in der die Produktion durch die Bedürfnisse der Gesellschaft reguliert werden und die Erfassung der Bedürfnisse der Gesellschaft für die Planungsorgane erstrangige Bedeutung erlangen wird.

Völlig falsch ist auch die Behauptung, dass in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung, in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, das

Wertgesetz angeblich die „Proportionen“ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.

Wenn das stimmt, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel, und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.

Wenn das stimmt, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den „nötigen Effekt“ zeigt, nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werden, in denen die Arbeit der Arbeiter einen „größeren Effekt“ zeitigen könnte.

*Wenn das stimmt, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben, nicht in rentablere Bereiche überführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die „Proportion“ der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen reguliert.“ (J.W. Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin 1952, Dietz Berlin, S. 22-24*)*

Da kommt uns Dr. Dr. Ernst Albrecht doch recht mutig vor, wenn er der Führung derjenigen Epoche des sozialistischen Aufbaus, die Russland im Zeitalter des Hakenpfluges übernahm und im Besitz der Atombombe hinterließ (wie Churchill es formulierte) und zwischendurch die Welt vom Hitlerfaschismus befreite und den Zweiten Weltkrieg gewann, „voluntaristische Verletzungen des Wertgesetzes“ ankreidet. Was, wenn es nur deshalb ging? Was, wenn der Niedergang des Sozialismus in Europa etwas mit dem immer größer werdenden Gewicht der Warenproduktion und Warenzirkulation innerhalb seiner Ökonomie zu tun hat?

Wir müssen an die ökonomischen Grundlagen.

Das Marxsche „Kapital“ stellt im ersten Abschnitt des Bandes I die logische Entwicklung dar und zeigt, wie die Ware aus sich selbst heraus das Geld gebiert und wie aus den Bedingungen der Warenzirkulation die Verwandlung von Geld in Kapital resultiert; oder kurz gesagt: dass aus der Ware das Kapital folgt. Wenn das stimmt, dann kann und darf die Warenproduktion und die Warenzirkulation kein bestimmendes Element des Sozialismus sein, denn dann legte der Sozialismus, indem er diese kapitalistischen Wesenszüge zu seiner eigenen Grundlage machte, sich selbst in sein Zentrum den Keim der Verwesung, der Konterrevolution, der Niederlage.

Frank Flegel, Hannover

Ulrich Huar: Stalin zur Perspektive von Wertgesetz und Warenproduktion ¹⁶⁸

Breiten Raum, insgesamt 25 Seiten einschließlich der Antwort an Genossen, widmete Stalin Fragen der Warenproduktion und der Wirkungsweise des Wertgesetzes im Sozialismus. Die

¹⁶⁸ Aus: „offen-siv“ 8-2002; Sonderheft: „Stalins Beiträge zur Politischen Ökonomie des Sozialismus“, S. 66-73, Auszüge

Frage nach dem Wertgesetz im Sozialismus war und ist vom ersten Tag nach der Oktoberrevolution an bis in die Gegenwart über den Zeitpunkt der Konterrevolution 1989/90 hinaus das wohl am heftigsten umstrittene Thema in der politökonomischen Diskussion unter Kommunisten, wobei sich alle Teilnehmer auf Marx beriefen und berufen.

Sozialismus und Warenproduktion seien miteinander unvereinbar, Warenproduktion erzeuge wieder Kapitalismus, ja, Warenproduktion wird sogar als innere Ursache verstanden, daß die Konterrevolution 1989/90 siegen konnte. Das ist der Standpunkt der einen Richtung. Sozialismus schließe Warenproduktion nicht aus, sie sei unvermeidlich im Sozialismus als Übergangsstadium zum Kommunismus, Voraussetzung für die Schaffung eines Überflusses an Produkten, um zum Produktaustausch in der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation übergehen zu können, die andere Richtung.

Hinzu kommt der Streit über die Anwendung von Kategorien wie „Mehrarbeit“, „Mehrprodukt“, „Mehrwert“ im Sozialismus, und wenn schon Ware - Geld - Beziehungen, dann nur zwischen unterschiedlichen Warenproduzenten, staatliche - genossenschaftliche - einfache Warenproduzenten, oder auch zwischen staatlichen Betrieben, die den Werktätigen als Eigentümern gehören?¹⁶⁹

In der Sowjetunion wurde von den Ökonomen, die Ware - Geld - Beziehungen für unvermeidlich hielten, diese auf die NÖP-Periode bezogen; aber wie weiter? Das war die Fragestellung Ende der 40-er, Anfang der 50-er Jahre, unter der die Arbeit Stalins zu betrachten ist. Es ist klar, diejenigen Ökonomen, die Warenproduktion mit Sozialismus für unvereinbar halten, werden Stalins Position ablehnen, aber auch die Ökonomen der anderen Richtung werden widersprüchliche Aussagen bei Stalin finden. Die kritische Reflektion seiner Auffassungen kann nur unter der Sicht Anfang der 50-er Jahre erfolgen.

Mitte der 30-er Jahre meinten nicht wenige sowjetische Ökonomen, daß es im Sozialismus keine Widersprüche zwischen Produktion und Konsumtion gäbe. So meinte K. Butajew, daß der Widerspruch zwischen Akkumulation und Konsumtion in der UdSSR verschwinde. So sei die Marx'sche Reproduktionstheorie auf die sowjetische Wirtschaft nicht mehr anwendbar. Wenn die Arbeiterklasse Eigentümer der Produktionsmittel sei, könne das neu geschaffene Produkt nicht mehr in ein notwendiges Produkt und in ein Mehrprodukt zerfallen, der Arbeitstag nicht mehr in notwendige Arbeit und Mehrarbeit geteilt werden. Selbst der bedeutende sowjetische Ökonom Wosnessenski meinte, daß die Kategorien der Marx'schen Reproduktionstheorie nur Ausbeutungsverhältnisse reflektierten, die in der sozialistischen Volkswirtschaft nicht existierten. Das war etwa der Stand der sowjetischen ökonomischen Forschung bis zum Krieg. Erst Ende der 40-er Jahre begannen die Diskussionen um diese Probleme aufs Neue. Von diesem Stand der theoretischen Forschung ging Stalin aus.

Er polemisierte gegen die Behauptung einiger Ökonomen, daß Warenproduktion unter allen Umständen zum Kapitalismus führen müsse. Dies wäre nur dann der Fall, wenn Privateigentum an Produktionsmitteln bestehe, wenn die Arbeitskraft auf dem Markt als Ware verkauft werde. Unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen müsse die Warenproduktion nicht unbedingt zum Kapitalismus führen. Er begründete die Warenproduktion im Sozialismus aus der Existenz

¹⁶⁹ Siehe hierzu: Ulrich Huar, Wertgesetz und Sozialismus, in: Weißenseer Blätter Heft 1, 2, 3, 1998

zweier grundlegender Eigentumsformen, dem staatlichen und dem kollektivwirtschaftlichen bzw. genossenschaftlichen Eigentum.

Erst wenn „an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer ‘Geldwirtschaft’ als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden.“¹⁷⁰ Interessant in diesem Zusammenhang ist die Auseinandersetzung Stalins mit Notkin. Notkin betrachtete die Produktionsmittel und Produktionsinstrumente, die in staatlichen Betrieben produziert wurden, ebenfalls als Waren.

Stalin argumentiert dagegen, daß beim Verkauf einer Ware der Verkäufer das Eigentumsrecht an ihr verliert, der Käufer aber Eigentümer dieser Ware wird. Wenn der Sowjetstaat als Eigentümer der Produktionsmittel an diesen oder jenen staatlichen Betrieb Produktionsmittel übergibt, verliert er nicht das Eigentumsrecht an diesen. Die Direktoren der Betriebe seien nicht Eigentümer der Produktionsmittel, sondern seien als Beauftragte des Sowjetstaates zur Ausnutzung dieser Produktionsmittel eingesetzt. Da also kein Wechsel der Eigentumsrechte erfolgt, seien die Produktionsmittel keine Waren.

Anders im Außenhandel, weil dort der Eigentümer wechselt, behielten die in staatlichen Betrieben hergestellten Produktionsmittel „sowohl dem Wesen nach als auch formal die Eigenschaften von Waren...“ während sie im „wirtschaftlichen Umlauf innerhalb eines Landes die Eigenschaften von Waren verlieren, ... aus dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes heraustreten, wobei sie die äußere Hülle von Waren (Kalkulation und dgl.) behalten.“¹⁷¹

Demnach band Stalin die Warenproduktion ausschließlich an die Existenz von unterschiedlichen Eigentumsformen, den staatlichen, genossenschaftlichen und einfacher Warenproduzenten. Diese Argumentation entbehrt nicht der Logik und wurde von vielen Ökonomen geteilt. Notkin ging offenbar über diese Auffassungen hinaus.

Diese Problematik war auch Gegenstand heftiger Diskussionen zwischen Ökonomen in der DDR.¹⁷² Ende der 50-er Jahre wandte sich die den alten DDR-Ökonomen bekannte Professorin, Dr. Eva Altmann, ehemalige Rektorin der Hochschule für Planökonomie, später Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“, gegen die Auffassung sowjetischer und DDR-Ökonomen, die den Standpunkt Notkins teilten, wonach Warenproduktion und damit die Wirkung des Wertgesetzes auch im Austausch zwischen Betrieben des volkseigenen Sektors existierten. Sie schrieb: „In der Lieferung von Produkten des einen volkseigenen Betriebes an den anderen, gleich, ob direkt auf der Grundlage des Staatsplanes oder nur in Vollzug einer vertraglichen Verpflichtung, realisieren sich nicht gesellschaftliche Beziehungen von Warenproduzenten zueinander, findet also kein Warenaustausch statt. Hier vollzieht sich die Verteilung der Produktionsmittel unter die staatlichen Betriebe nur in der Form des Warenaustausches, ohne dem ökonomischen Inhalt nach Warenaustausch zu sein. Die Produktionsmittel, die zwischen

¹⁷⁰ Stalin Werke, Band 15, S. 307

¹⁷¹ ebenda, S. 342ff.

¹⁷² Siehe: Ulrich Huar, a.a.O., Teil 2, Heft 2/1998

den staatlichen Betrieben kursieren, sind also in dieser Bewegung keine Waren."¹⁷³ In Übereinstimmung mit Stalins Auffassung trennte sie Warenproduktion und -austausch von der Form des Warenaustausches, den „ökonomischen Inhalt“ von seiner Form.

In der DDR setzte sich im Zuge der Ausarbeitung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖSPL) die Auffassung durch, wonach das Wertgesetz auch innerhalb der Beziehungen unter volkseigenen Betrieben wirksam ist. „Die qualitative und quantitative Bestimmung des Wertes als eine wesentliche gesellschaftliche Beziehung ist ein grundlegendes Gesetz der sozialistischen Produktionsweise. In der Einheit der qualitativen und quantitativen Seiten existiert das Wertgesetz... . Das Wertgesetz bestimmt die Austauschfähigkeit, das heißt die ökonomische Qualität der Waren als gesellschaftliche Beziehungen planmäßig produzierender sozialistischer Warenproduzenten, die ihre Produkte durch die von Ausbeutung befreite Arbeit der Werktätigen für die Befriedigung der gesellschaftlichen und persönlichen Bedürfnisse herstellen. Das Wertgesetz ist die Grundlage zur Bestimmung der Austauschgröße, das heißt die ökonomische Quantität der Waren. Die für sie aufgewandte Arbeit wird im Maße der gesellschaftlich notwendigen Arbeit äquivalent ersetzt.

Stalin hielt es für „notwendig“, einige Kategorien aus dem „Kapital“ von Marx „über Bord zu werfen“, die den sozialistischen Verhältnissen nicht entsprechen. Er nannte unter anderem Begriffe wie „notwendige“ Arbeit und „Mehr“arbeit, „notwendiges“ Produkt und „Mehr“produkt, „notwendige“ Arbeitszeit und „Surplus“arbeitszeit.¹⁷⁴

Er begründete dies wie folgt: die Arbeiterklasse als Eigentümer der Produktionsmittel könne die Arbeitskraft nicht an sich selbst verkaufen, auch die Unterscheidung von „notwendiger“ und „Mehr“arbeit sei sonderbar. Was für die Gesellschaft geleistet werde, wie Erweiterung der Produktion, für Bildungswesen, Gesundheitsschutz, Verteidigung usw. sei für die machtausübende Arbeiterklasse ebenso notwendig wie die Arbeit für die Deckung des persönlichen Bedarfs des Arbeiters und seiner Familie. Stalin berief sich dabei auf die entsprechende Passage aus der „Kritik des Gothaer Programms“ nach der in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft die Arbeit, die für die Gesellschaft geleistet werde, von Marx als genauso notwendig bezeichnet werde, wie die Arbeit zur Deckung des Konsumbedarfs der Arbeiterklasse.¹⁷⁵

Soweit Stalin im Februar 1952. Drei Monate später, im Mai, korrigierte er seine obigen Auffassungen in Polemik gegen Auffassungen von Jaroschenko: „Gewiß spiegelt die Marxsche Reproduktionstheorie... das Spezifische der kapitalistischen Produktion wider und ist natürlich in die Form der warenkapitalistischen Wertbeziehungen gekleidet... . Aber in der Marxschen Reproduktionstheorie nur diese Form sehen und ihre Grundlage übersehen, ihren Hauptinhalt übersehen, der nicht nur für die kapitalistische Gesellschaftsformation gilt, heißt von dieser Theorie nichts verstehen.“ Es sei eine „offenkundige Wahrheit..., daß die Marxschen Reproduktionsschemata sich keineswegs darauf beschränken, das Spezifische der kapitalistischen Produktion zu widerspiegeln, sondern daß sie zugleich eine ganze Reihe von Grundthesen der Reproduktion enthalten, die für alle Gesellschaftsformationen, darunter ins-

¹⁷³ Eva Altmann: Warenproduktion und Wert in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft, 5. Jahrgang, Heft 8, Nov-Dez. 1957, S. 1204

¹⁷⁴ Stalin Werke, Band 15, S. 308f.

¹⁷⁵ ebenda, S. 309. Vgl.: Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, S. 19

besondere auch für die sozialistische Gesellschaftsformation, Geltung haben. Solche Grundthesen der Marxschen Re-produktionstheorie, wie die These von der Teilung der gesellschaftlichen Produktion in Produktion von Produktionsmitteln und Produktion von Konsumtionsmitteln; die These vom vorrangigen Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln bei der erweiterten Reproduktion; die These von dem Verhältnis zwischen Abteilung I und Abteilung II; die These vom Mehrprodukt als der einzigen Akkumulationsquelle; die These von der Bildung und Bestimmung der gesellschaftlichen Fonds; die These von der Akkumulation als der einzigen Quelle der erweiterten Reproduktion - alle diese Grundthesen der Marxschen Reproduktionstheorie sind eben Thesen, die nicht nur für die kapitalistische Formation Geltung haben und ohne deren Anwendung keine sozialistische Gesellschaft bei der Planung der Volkswirtschaft auskommen kann."¹⁷⁶ Also ließen sich doch nicht die genannten Kategorien so einfach „über Bord“ werfen.

Die kapitalistische Ausbeutung besteht nicht in der Teilung von „notwendigem“ und „Mehrprodukt“, sondern in der privaten Aneignung des Mehrprodukts. In der sozialistischen Wirtschaft kann das Mehrprodukt nicht mehr privat angeeignet werden, wird der Antagonismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung aufgehoben. Mehrarbeit war nach Marx in den Ausbeutergesellschaften „ihrem Wesen nach immer Zwangsarbeit...“. Diese Mehrarbeit stellt sich dar im Mehrwert, und dieser Mehrwert existiert in einem Mehrprodukt. Mehrarbeit überhaupt, als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus, muß immer bleiben...“. Ein bestimmtes Quantum Mehrarbeit ist erheischt durch die Assekuranz gegen Zufälle, durch die notwendige, die Entwicklung der Bedürfnisse und dem Fortschritt der Bevölkerung entsprechende, progressive Ausdehnung des Reproduktionsprozesses."¹⁷⁷ Und an anderer Stelle schreibt Marx: „...streift man sowohl dem Arbeitslohn wie dem Mehrprodukt, der notwendigen wie der Mehrarbeit den spezifisch kapitalistischen Charakter ab, so bleiben eben nicht diese Formen, sondern nur ihre Grundlagen, die allen gesellschaftlichen Produktionsweisen gemeinschaftlich sind."¹⁷⁸

Inkonsequenzen zeigten sich bei Stalin auch in seinen Ausführungen über die Wirkungsweise des Wertgesetzes im Sozialismus. Er meinte, daß sich der Wirkungsbereich des Wertgesetzes „vor allem auf die Warenzirkulation“ erstrecke. Auf diesem Gebiet behielte das Wertgesetz „in bestimmten Grenzen“ die Rolle eines Regulators.¹⁷⁹

Die Wirkungen des Wertgesetzes erstreckten sich auch auf die Produktion. Die Konsumgüter, die für die Deckung des Aufwandes an Arbeitskraft im Produktionsprozeß notwendig seien, würden als Waren erzeugt und realisiert, unterlägen also der Wirkung des Wertgesetzes. Damit begrenzte er die Wirkung des Wertgesetzes auf die Produktion. Es hätte jedoch auch Bedeutung für die wirtschaftliche Rechnungsführung, die Rentabilität, die Selbstkosten, die Preise und dergleichen.¹⁸⁰ Also doch auch auf die Produktion?

Dies bedeute jedoch nicht, daß das Wertgesetz im Sozialismus Regulator der Produktion sei, womit er recht hatte. Als Gründe dafür verwies er auf die Vergesellschaftung der

¹⁷⁶ Stalin Werke, Band 15, S. 371f.

¹⁷⁷ Karl Marx: Das Kapital, Band III, in: MEW 25, S. 827

¹⁷⁸ ebenda, S. 883. Siehe auch: Friedrich Engels, Anti-Dühring, in: MEW 20, S. 180

¹⁷⁹ Stalin Werke, Band 15, S. 310

¹⁸⁰ ebenda

Produktionsmittel in Stadt und Land, auf die Wirkungen des Gesetzes der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft sowie auf Jahres- und Fünfjahrpläne.¹⁸¹ Nicht verbal, aber dem Kontext nach betrachtete Stalin den Plan als den Regulator der sozialistischen Wirtschaft, das Wertgesetz spielte dabei eine untergeordnete Rolle.

Wert und Wertgesetz seien historische Kategorien, die „mit der Existenz der Warenproduktion verbunden“ seien. „Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwinden auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz.“¹⁸²

Manche Genossen seien der Meinung, daß mit dem Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft das Prinzip der Rentabilität der Produktion aufgehoben sei. Dies sei falsch. Stalin wiederholte hier einen schon früher geäußerten Sachverhalt, wonach die Frage der Rentabilität nur vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren betrachtet werden darf, einzelne Betriebe anfänglich unrentabel sein können und auch Betriebe, die volkswirtschaftlich unverzichtbare Erzeugnisse herstellen, die nicht rentabel sein müssen. In einem solchen Falle müsse der Staat diese Betriebe subventionieren.¹⁸³

Dies trifft übrigens auch für den Kapitalismus zu, nur mit dem Unterschied, das staatliche Subventionen - aus dem Steueraufkommen des Volkes! - in Betriebe geleitet werden, die Privateigentum sind, oder, wenn es sich um staatliche oder kommunale Betriebe handelt, die unverzichtbare Güter produzieren oder solche Dienstleistungen bringen, die für das Privatkapital keine Profite abwerfen, also „unrentabel“ sind, aber den privatkapitalistischen Unternehmen insgesamt für ihre Mehrwertproduktion zugute kommen. Mit anderen Worten, daß die Werktätigen mit ihren Steuern über die Subventionen die Profite der Privateigentümer finanzieren. Letzteres hält aber die bürgerlichen Ideologen nicht davon ab, über die „Unrentabilität“ der sozialistischen Wirtschaft lauthals zu zetern.

Subventionen sind also auch im Sozialismus erforderlich. Die Kehrseite der Subventionspolitik besteht darin, daß Betriebsdirektoren verleitet werden können, sich auf den Subventionen auszuruhen und die Frage der Rentabilität ihres Betriebes auf den Sanktnimmerleinstag zu verschieben. Auch die zweifellos begrenzte Wirkung des Wertgesetzes im Sozialismus hat noch so ihre Tücken.

Den Gegensatz zwischen Stadt und Land verstand Stalin als einen „Interessengegensatz“ im Kapitalismus, der mit der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln aufgehoben sei. Es blieben aber noch wesentliche Unterschiede bestehen, die im Sozialismus aufgehoben werden müssen. Dies bedeute jedoch nicht, daß alle Unterschiede beseitigt werden könnten. Durch Unterschiede zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion würden immer Unterschiede bleiben.

Ähnlich verhielte es sich mit dem Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit. Dieser Gegensatz wäre durch die sozialistische Umgestaltung beseitigt worden, aber es blieben noch wesentliche Unterschiede, die durch das ererbte unterschiedliche kulturelle Niveau verursacht seien. Die wesentlichen Unterschiede können und müssen beseitigt werden, aber, analog zum Unterschied zwischen Stadt und Land, würden auch hier Unterschiede bestehen bleiben, die sich

¹⁸¹ ebenda, S. 312

¹⁸² ebenda, S. 313

¹⁸³ ebenda, S. 315

aus den Unterschieden in der Industrieproduktion ergäben, wie Bergbau oder Produktion in einer Fabrikhalle, Unterschiede in den Arbeitsbedingungen zwischen leitendem Personal und Arbeitern in den Betrieben. Die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit ließen sich aufheben. Das wäre eine dringende Aufgabe der Zukunft, aber es ließe sich nicht jeder Unterschied beseitigen. Stalin räumte ein, daß es auch von ihm früher ungenaue Formulierungen gegeben habe, in dem Sinne, auf die Beseitigung dieser Unterschiede zu orientieren, ohne die erwähnte Einschränkung, daß es sich um Beseitigung der „wesentlichen“ Unterschiede handele.¹⁸⁴

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Stalin nicht mehr erlebte, nimmt der Anteil der geistigen Arbeit im Produktionsprozeß ständig zu, während die schwere körperliche Arbeit zurückgedrängt wird. Aber dies ist auch nur in den technisch hochentwickelten kapitalistischen Ländern der Fall. Ob schwere körperliche Arbeit - die für die Mehrheit der Menschheit noch immer existent ist - einmal ganz verschwinden wird, bleibt abzuwarten; unter kapitalistischen Verhältnissen sicher nicht, da dort der Einsatz von Technik oder körperlicher Arbeit unter Profitaspekt entschieden wird.

Bereits Anfang der 30-er Jahre hatten sowjetische Ökonomen die Frage nach dem ökonomischen Grundgesetz der kommunistischen Produktionsweise gestellt. Marx konnte das ökonomische Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise zu einer Zeit entdecken, als diese in England bereits vollständig ausgeprägt und entwickelt war. Davon konnte bezüglich des Kommunismus in der Sowjetunion nicht die Rede sein, auch 1952 noch nicht, als Stalin eine Formulierung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus - sehr vorsichtig, in Konjunktivform - vorschlug. Wie aber unter den Bedingungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, und in Grenzen der Entwicklung des Sozialismus als der niederen Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, deren ökonomisches Grundgesetz entdecken, d.h., desjenigen Gesetzes, das in der gesamten Formation wirken sollte?

Abgesehen von Auffassungen, nach denen im Sozialismus keine ökonomischen Gesetze wirken, somit auch kein Grundgesetz, gab es verschiedene Interpretationen eines ökonomischen „Bewegungsgesetzes“ des Sozialismus:

1. das sei der Plan;
2. das Gesetz der erweiterten Reproduktion der sozialistischen Produktionsverhältnisse;
3. das Gesetz der sozialistischen Vergesellschaftung und schließlich
4. die Diktatur des Proletariats, die bewußt die sozialistische Wirtschaft leite.

Der sowjetische Ökonom L. Gatowski faßte 1932 das Grundgesetz als Grundlage eines Systems von Gesetzen auf, das mit den inneren Widersprüchen und dem Ziel der ökonomischen Entwicklung verbunden sei. Das war ein bedeutender Erkenntnisfortschritt.¹⁸⁵ Unter diesem theoretischen Vorlauf schlug Stalin seine Definition vor: „Die wesentlichen Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus könnten etwa folgendermaßen formuliert werden: Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und

¹⁸⁴ ebenda, S. 316-320

¹⁸⁵ L. Gatowskij: Über einige Fragen der Theorie der sowjetischen Wirtschaft. In: Problemy ekonomiki, Ausgabe 8, S. 39

kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik."¹⁸⁶

Diese Definition entsprach dem Erkenntnisstand der Sowjetwissenschaft Anfang der 50-er Jahre. Sie fand in späteren Definitionen des ökonomischen Grundgesetzes von Ökonomen der sozialistischen Staaten ihren Niederschlag; allerdings, entsprechend dem gewachsenen Kenntnisstand, in abgewandelter Form.

In dem 1969 in der DDR erschienenen Buch „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR“ wurde das ökonomische Grundgesetz als allgemeines Bewegungsgesetz der sozialistischen Gesellschaftsformation verstanden, als „ständige Erweiterung, Vervollkommnung und Intensivierung der sozialistischen Produktion und Reproduktion auf der Basis des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zur Stärkung der sozialistischen Ordnung, der ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger, der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer gesellschaftlichen Beziehungen.“¹⁸⁷

Die inhaltliche Bestimmung des ökonomischen Grundgesetzes bezog sich auch hier nur auf eine, die niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation. Allerdings wurde 1969 der Sozialismus von Walter Ulbricht als eine „relativ selbständige Gesellschaftsformation“ verstanden, eine Bestimmung, die schon damals und auch heute noch umstritten ist. Das ökonomische Grundgesetz der kommunistischen Gesellschaftsformation als Ganzes konnte zum Zeitpunkt einer historisch noch unausgereiften sozialistischen Gesellschaft nicht entdeckt werden.

Aus heutiger Sicht müsste man fragen, ob „ununterbrochenes Wachstum“ unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die natürliche Umwelt aufrechterhalten werden kann. Aber das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie war 1952 noch kein Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung.

A.W. Sanina und W.G. Wensher schlugen vor, die wichtigsten Maschinen der MTS an die Kollektivwirtschaften zu verkaufen und damit den Staat von Investitionen in die Landwirtschaft zu entlasten.¹⁸⁸ Stalin wandte sich zunächst aus zeitbedingten ökonomischen Gründen dagegen, da die Kollektivwirtschaften noch nicht in der Lage wären, die Technik zu übernehmen, zu warten und zu ergänzen, weil ihnen dazu noch die finanziellen Mittel fehlten. Wichtiger waren Stalins politökonomischen und sozialen Gründe, die er gegen Sanina/Wensher anführte. Die Kollektivwirtschaften würden Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente werden. Damit würde sich der Abstand zwischen Kollektivwirtschaften und allgemeinem Volkseigentum vergrößern. Es würde eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation geben, was nicht die Entwicklung zum Kommunismus fördere. Die Warenzirkulation im Sozialismus sei mit der Perspektive des Übergangs zum Kommunismus unvereinbar. Der Boden, den die Kollektivwirtschaften bearbeiten, sei längst allgemeines Volkseigentum. Auch die Hauptproduktionsinstrumente, mit denen die Kollektivwirtschaften arbeiteten seien allgemeines

¹⁸⁶ Stalin Werke, Band 15, S. 120

¹⁸⁷ Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, a.a.O., S. 237

¹⁸⁸ Stalin Werke, Band 15, S. 378

Volkseigentum. Die Kollektivwirtschaften verfügen nur über ihre Erzeugnisse als Eigentum. Ein erheblicher Teil der Erzeugnisse, die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion, gelange auf den Markt und auf diese Weise in das System der Warenzirkulation. Dies sei der Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des Volkseigentums hinderlich. Es gäbe noch kein entwickeltes System des Produktaustausches, aber „wir haben Keime des Produktaustausches“ in Form von „Waren“lieferungen für landwirtschaftliche Produkte. Diese Keime seien in allen Zweigen der Landwirtschaft zu fördern, indem man „Schritt für Schritt den Wirkungsbereich der Warenzirkulation einengt und den Wirkungsbereich des Produktaustausches erweitert.“¹⁸⁹

Mag zu diesem Zeitpunkt der Hinweis auf die Perspektive verfrüht erscheinen, strategisch war die Orientierung richtig. Stalin ging es um die Weiterführung der sozialistischen Umgestaltung, um das Heranführen an den Übergang zum Kommunismus, und insofern war die Auflösung der MTS und die Übergabe der Maschinen an die Genossenschaften ein Rückschritt, mußte die Genossenschaften als spezifische Eigentümer stärken. Offenbar hatte Stalin verstanden, daß ein Stehenbleiben auf Erreichtem zur Stagnation, zu ernstesten Rückschlägen führen kann. Eine Revolution, die auf halbem Wege stehen bleibt, endet unzweifelhaft in der Konterrevolution. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung nur vergleichbar mit dem vor Tausenden von Jahren vollzogenen Übergang von der klassenlosen zur Klassengesellschaft. War sich Stalin dieser welthistorischen Tragweite der sozialistischen Umgestaltung bewußt? Ohne in Mystizismus zu verfallen und einer historisch ausgewogenen Einschätzung Stalins entgegenzuwirken - das Ziel, die Errichtung einer klassenlosen, der kommunistischen Gesellschaft, hat er, dem Kontext seiner Schriften zufolge, zu keiner Zeit aus den Augen verloren.

Vergleicht man Schriften und Handlungen Stalins auf dem Gebiet der Ökonomie mit denen eines Chruschtschows und eines Gorbatschows, eines Gaidars, Jelzins oder Putins mit den entsprechenden Resultaten, kann man dem Leser das Urteil überlassen, ob Stalin nun von Ökonomie etwas verstand oder nicht. Wenn Deutscher, der zu den prominenten Anti-Stalin-Autoren gehört, eingestehen muß, daß es der Sowjetunion gelang, „die industriellen Hauptziele, die sich Stalin gesteckt hatte, zu erreichen, und dies sogar früher als geplant“, so kann man ihm ausnahmsweise zustimmen.¹⁹⁰

Ulrich Huar, Berlin

Gerald Hoffmann: Die Idealisierung der NÖP ¹⁹¹

Jegliche „antistalinistische“ Denkhaltung ist mit einer *Idealisierung der NÖP* verbunden. Woher kommt aber diese (nachträgliche) Verherrlichung z.B. von Lorenz bzw. das (damalige) Beharren auf ihr seitens Trotzki oder Bucharin?

Zunächst war die NÖP ein *Rückzug*, ein zeitweiliges *Zugeständnis* der Sowjetmacht, ein *Kompromiss* mit den kapitalistischen Elementen im Lande, da ohne sie nach dem Bürgerkrieg die

¹⁸⁹ ebenda, S. 85

¹⁹⁰ Isaac Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1990, S. 724

¹⁹¹ Aus: „offen –siv“ 2-2004; Sonderheft: „Der Revisionismus“, S. 73-79, Auszüge

Basis für den sozialistischen Aufbau nicht zu errichten war.¹⁹² Die NÖP war daher von vornherein für einen gewissen Zeitraum anvisierte wirtschaftspolitische *Übergangsstrategie*, die beendet wurde, als einerseits die kapitalistischen Elemente in der Wirtschaft zu große Macht zu erlangen drohten, andererseits die Industrie so weit wieder hergestellt war, dass eine *sozialistische Produktion* auf Basis kollektiven Staatseigentums und mittels Entwicklung neuer Produktivkräfte, Eingliederung aller Arbeitslosen, sozialistischen Wettbewerbs usw. möglich war *und* die kulakische Warengetreideproduktion durch die kollektivwirtschaftliche *ersetzt* werden konnte. Die NÖP *überlebte* sich also oder trieb über sich selbst hinaus, weil sie ein in sich unlösbarer Widerspruch war: *Kapitalismus im (Rahmen des) Sozialismus* – dies ist aber geradezu das *Ideal* und der *Wunschtraum* „selbstständiger“ Kleinrentner und Intellektueller: gewissermaßen die *real existierende* „freie Marktwirtschaft“¹⁹³: Privateigentum und Bereicherung, ohne dabei vom Monopolkapital zerquetscht zu werden. Dieses Phänomen war während der NÖP für einige Jahre tatsächlich vorhanden. Dass die sozialistische Staatsmacht in der zweiten Phase der NÖP, anstatt wie bisher Gewerbe und Handel durch ihr Außenhandels- und Verkehrsmonopol zu *schützen* und ihr damit freie Hand zu lassen, sie durch Steuern und gesetzliche Einschränkungen aus der Sphäre der Volkswirtschaft zu *verdrängen* begann, bedeutet nichts anderes als die Überleitung der NÖP in die Phase des planwirtschaftlichen Sozialismus. Sich dabei in seiner „Freiheit“ (d.h. Existenz als Kleinrentner) bedroht zu sehen, sowie die daraus resultierende Feindschaft gegenüber der Sowjetmacht gründet also in der realen Umwälzung gesellschaftlicher Produktions- und Eigentumsverhältnisse. Das (u.a. Bucharinsche) Plädoyer für ein „langsam“, „gleichmäßiges“, „organisches“ „Hineinwachsen in den Sozialismus“ (auf Basis des Privateigentums?) war unter den gegebenen Bedingungen ein verdecktes „Zurückwollen“, damit *objektiv konterrevolutionär*; es „übersah“ den qualitativen Unterschied zwischen sozialistischer und kapitalistischer Produktion. Der Übergang von einer Produktionsweise zu einer qualitativ höheren macht sich aber nicht „von selbst“, sondern muss bewusst vollzogen werden. Lorenz' Idealisierung der NÖP beginnt denn auch genau bei der Aufhebung der NÖP zugunsten des forcierten sozialistischen Aufbaus.

Dass der Übergang von der NÖP zum ersten Fünfjahrplan einen „Bruch“ mit der sozialistischen Entwicklung bedeutete, wie es z.B. aus Lorenz' Darstellung hervorgeht, ist indessen nicht nachzuweisen. Meyer (1978b, 206/216) weist darauf hin, dass die Sowjetgesellschaft während der Industrialisierung weder in antagonistische Produktionsverhältnisse zurückfiel, noch sich in dieser Zeit eine neue Herrschaftsklasse herausbildete, sondern dass ein (wenn auch unter großen Schwierigkeiten) im Wesentlichen stetiger *sozialistischer* Entwicklungsprozess stattfand, mit

¹⁹² Stalin schreibt dazu: „Die NÖP ist die Politik der proletarischen Diktatur, gerichtet auf die Überwindung der kapitalistischen Elemente und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft vermittle des Marktes. ... Können die kapitalistischen Länder, zumindest die entwickeltsten unter ihnen, beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne die NÖP auskommen? Ich denke, sie können das nicht. In diesem oder jenem Grade ist die NÖP mit ihren Marktbeziehungen und der Ausnutzung dieser Marktbeziehungen in der Periode der Diktatur des Proletariats für jedes kapitalistische Land absolut unerlässlich.“ (Stalin Werke, Band 11, S. 128)

¹⁹³ Dies mag ein Hinweis darauf sein, wieso die spätbürgerliche Ideologie der kapitalistischen Restauration um 1990 ohne die Phrase „freie Marktwirtschaft“ nicht auskam, was zugleich eine unbewusste Reminiszenz an die gesellschaftlichen Zustände des fortschrittlichen Frühkapitalismus gewesen sein dürfte.

einer (durchaus beabsichtigten) deutlichen Differenz zur vorhergegangenen Periode der NÖP, aber unter Wahrung der Kontinuität zur Oktoberrevolution.

Dabei waren die Erfolge der Kollektivierung und Industrialisierung – Abschaffung des Privateigentums, stabiler und umfassender Ausbau der Industrie, Heranbildung einer technisch versierten und kulturell hochstehenden Bevölkerung – untrennbar verbunden mit der Funktion Stalins (als Generalsekretär der regierenden Partei), der in der Bevölkerung Vertrauen genoss und „in seinen Äußerungen viele komplexe Probleme der sich in einem Umwälzungsprozess befindlichen Gesellschaft auf einen einfachen und überschaubaren Nenner zu bringen [schien]“¹⁹⁴ (Meyer ebd. 204) Unter der Führung Stalins bewältigte die Bevölkerung der SU den umfassendsten gesellschaftlichen Aufbauprozess, den jemals eine Gesellschaft in so kurzer Zeit vollzogen hat, trug die SU die Hauptlast am Sieg über den Faschismus, trat sie aus der internationalen Isolation heraus und gestaltete sich ihr Leben – ein Novum der Weltgeschichte – allseitig ohne Grundlage des Privateigentums. Diese Jahre waren die praktische Widerlegung des Pessimismus und der Zweifel (auch vieler Bolschewiki), ausgedrückt etwa in der trotzkistischen These, dass der Sieg des Sozialismus in *einem* Lande unmöglich sei. Zudem: Bei aller antikommunistischer Verunglimpfung des Sowjetstaates in der „öffentlichen Meinung“ des westlichen Kapitalismus bezweifelte die Bourgeoisie keineswegs (vgl. obigen Exkurs zur Außenpolitik), dass in der SU ihr ärgster Feind, der Sozialismus, erstarkte. Insofern ist Stalin der *Repräsentant* für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, und die Desavouierung des sozialistischen Aufbaus ist – wenn auch nicht immer *Ziel* – so doch mindestens *Resultat* jeglichen „Antistalinismus“.

Für Feinde des Sozialismus liegt natürlich nichts näher, als die (angesichts der Aufgabe und der Bedingungen ihrer Lösung unvermeidbaren) Fehler, Übereilungen, Fehlschläge, Umwege etc. im Prozess des sozialistischen Aufbaus *einer Person* anzulasten, und damit den Blick von den (in der marxistischen Gesellschaftstheorie formulierten) *Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen*

¹⁹⁴ Meyers Vorbehalt („schien“) verschwindet zudem, wenn man sich die *Aufgaben* vergegenwärtigt, welche die Stalinschen Reden und Schriften lösen sollten und die *Bedingungen* dieser Lösung: einerseits galt es die Vermittlung einer qualitativ neuen, revolutionären Weltanschauung in einem kulturell rückständigen und begrenzt alphabetisierten Lande, andererseits die politisch-praktische Orientierung auf die brennendsten Probleme der Gegenwart. Für die *Heranführung* breiter Kreise der Bevölkerung an die Weltanschauung der Arbeiterklasse und die revolutionäre Praxis der proletarischen Partei sind sie methodisch wie auch inhaltlich geradezu *beispielhaft* – und keineswegs eine *Dogmatisierung/Simplifizierung/Kanonisierung* etc. des Marxismus (vgl. Holz, 1998). Bemerkenswert in dem Zusammenhang auch Klaus Holzkamps Gedanke: „Zwar ist der Marxismus die Grundlage des historischen Realwerdens des Sozialismus und damit ... in die Struktur der Produktions- und Lebensweise selbst eingegangen. Die Tatsache, dass die historische Kontinuität des Sozialismus noch nicht gesichert ist, dass er sich seit seinem Bestehen permanent gegen äußere und innere Kräfte behaupten muss, die – wenn sie sich durchsetzen – ihn wieder von der Landkarte tilgen würden, charakterisiert indessen auch die Rahmenbedingungen der Entfaltung marxistischer Wissenschaft im Sozialismus. So lange nämlich noch „Sein oder Nichtsein“ des Sozialismus die Frage ist, muss es hier wesentlich darum gehen, den Kernbestand der marxistischen Lehre als Basis der neuen sozialistischen Lebensform immer wieder gegen alle Tendenzen seiner Verfälschung und Aufweichung zu verteidigen; eine existenzielle Grundsituation, in der zu viel auf dem Spiel steht, als dass man das (eigene und fremde) Recht auf Irrtum ... immer hinreichend zugestehen könnte.“ (Holzkamp, 1983, S. 54)

Aufbaus abzulenken. Die negativen Erscheinungen der sozialistischen Entwicklung überzubetonen, das Positive und Neue zu „übersehen“ (oder einfach als selbstverständlich hinzunehmen) und die gesamte revolutionäre Praxis in der jungen SU mit der Elle der kapitalistischen Gesellschaft und der bürgerlichen Gesellschaftstheorie (insbesondere der Ideologie „individueller Freiheit“) zu messen – dies ist die ganze „Methode“ der „Anti-stalinisten“, welche nicht verstehen, auf welchen gesellschaftlichen Kräften dieser historisch erstmalige Schritt zum Kommunismus basierte und welche immensen Entwicklungsmöglichkeiten er – trotz schwierigster Bedingungen – freisetzte.

Es kann hier nicht untersucht werden, warum die SU-Führung schließlich diesen Kurs verließ und unter ständiger Verkündung des Herannahens des Kommunismus zwischen 1956 und 1991 sämtliche Positionen der proletarischen Diktatur zugunsten der Restauration kapitalistischer Verhältnisse preisgab. Nur so viel sei bemerkt: unter dem Mantel der Bekämpfung des „Stalinismus“ (ein undifferenziertes Schlagwort bereits der „linken“ Opposition, die einst gegen Stalin um die Staatsführung kämpfte) wurden nicht etwa „Personenkult“, „Dogmatismus“, „befehlsadministrative Bürokratie“ o.ä. beseitigt, sondern im Laufe von ca. 30 Jahren *sämtliche Errungenschaften der Oktoberrevolution aufgegeben*.

Daraus ergeben sich für die heutige kommunistische Politik brennende Fragen, z.B.: welche Auswirkungen hatten und haben die Phrasen von „Erneuerung“, „Demokratisierung“, „Verbesserung“, „Humanisierung“ usw. des Sozialismus auf die Werktätigen und Intellektuellen (nicht nur der SU)? *Warum* wurde die revisionistische Politik in dieser Weise vorgetragen? (Ansätze hierzu bei Gossweiler 1997 und Brar 1991) – und nicht zuletzt: Wieso wird auch *heute noch* so vehement gegen die sowjetische Politik und Ideologie in der sozialistischen *Aufbauphase* polemisiert, während z.B. mit der Perestroika Gorbatschows in der *Niedergangsphase* des ersten sozialistischen Staatensystems kaum jemand Probleme hat?

Gerald Hoffmann, Berlin, Februar 2003

Harpal Brar: Die Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion von Mitte der 50er Jahre bis zum Ende - Grundrisse der ökonomischen Zerstörung des Sozialismus in der UdSSR ¹⁹⁵

UdSSR 1952: „Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion: die staatliche, volkseigene, und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann. In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und die Erzeugnisse der Produktion allgemeines Volkseigentum. In den kollektivwirtschaftlichen Betrieben hingegen sind, obwohl die Produktionsmittel (Boden, Maschinen) auch dem Staat gehören, die Erzeugnisse der Produktion jedoch Eigentum der einzelnen Kollektivwirtschaften, da es sich in den Kollektivwirtschaften sowohl um eigene Arbeit als auch um eigenes Saatgut handelt, während die Kollektivwirtschaften über den Boden ... faktisch wie über ihr Eigentum verfügen, obwohl sie ihn weder verkaufen noch kaufen, weder verpachten noch verpfänden dürfen.“

¹⁹⁵ Aus: „offen-siv“ 5-2007, Ausgabe Mai-Juni des Jahres, S. 38-54

Dieser Umstand führt dazu, daß der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen. Aber die Kollektivwirtschaften wollen ihre Produkte nicht anders als in Form von Waren veräußern, für die sie im Austausch die von ihnen benötigten Waren erhalten wollen. Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen, als Austausch durch Kauf und Verkauf sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar. (...)

Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer 'Geldwirtschaft' als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden." (Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, StALIN Werke, Bd. XV, Seiten 268-69)

Mit dem weiteren Wachstum des Sozialismus muß die Warenzirkulation durch ein System des Produktaustauschs ersetzt werden. „Wir haben noch kein entwickeltes System des Produktaustauschs“, sagt Stalin, „aber wir haben Keime des Produktaustauschs... Die Aufgabe besteht darin, diese Keime des Produktaustauschs in allen Zweigen der Landwirtschaft zu fördern, sie zu einem weitverzweigten System des Produktaustauschs zu entwickeln, damit die Kollektivwirtschaften für ihre Erzeugnisse nicht nur Geld, sondern vor allem die notwendigen Erzeugnisse erhalten. Ein solches System erfordert eine gewaltige Steigerung der von der Stadt an das Dorf gelieferten Produktion, deshalb sollte man es ohne Überstürzung, entsprechend der Anhäufung der von der Stadt hergestellten Erzeugnisse, einführen. *Einführen muß man es jedoch unentwegt, ohne zu schwanken, indem man Schritt für Schritt den Wirkungsbereich der Warenzirkulation einengt und den Wirkungsbereich des Produktaustauschs erweitert.*“ (ebd., S. 342-43, Herv. d. H.B.)

Warum war Stalin gegen den Verkauf der grundlegenden Produktionsinstrumente an die Kolchosen ?

Im folgenden beantworten wir die Frage, warum Stalin sich gegen den Vorschlag von Sanina und Wensher (zwei versteckt revisionistische Ökonomen, die nach 1956 offen Farbe bekannnten) sträubte, die in den Maschinen-Traktoren-Stationen zusammengefaßten grundlegenden Produktionsinstrumente an die Kolchosen zu verkaufen und sie damit in deren Eigentum übergehen zu lassen, den Staat so von notwendigen Kapitalinvestitionen in die Landwirtschaft zu entlasten und die Verantwortung für den Unterhalt und die Entwicklung der Maschinen-Traktoren-Stationen den Kolchosen selbst zu übertragen.

Stalins Argumente gegen den Vorschlag, die Maschinen-Traktoren-Stationen staatlicherseits an die Kolchosen zu verkaufen, sollte man sich angesichts ihrer Tragweite ins Gedächtnis rufen, denn erstens erlebte die sowjetische Landwirtschaft nach Stalins Tod eine erhebliche Schwächung und zweitens eine Rückentwicklung, die Degenerierung zum Kapitalismus - und nicht etwa die Anhebung der niederen Stufe des Kommunismus auf seine zweite, höhere Stufe.

Stalin betonte mit Nachdruck, daß - angesichts der Kollektivbewegung und der Aufbauentwicklung der Kolchosen - der einzige Weg zur Sicherstellung einer höheren Expansionsrate der Kolchosproduktion über die Konzentration der Produktionsinstrumente in den Händen des Staates führt. So äußerte er sich zu diesem Punkt:

„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, daß die Technik nicht auf der Stelle treten darf - sie muß sich ständig vervollkommen -, daß die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muß. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar, sind weder die hohen Erträge noch der Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten denkbar. Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er - und nur er - ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er - und nur er - ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, daß die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zufügen und sie ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabsetzen.

Daraus folgt: Mit ihrem Vorschlag, die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen, machen die Genossen Sanina and Wensher einen Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen." (ebd., Seiten 338-39)

„Nehmen wir einen Augenblick lang an, daß wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert und damit begonnen hätten, den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die Hauptproduktionsinstrumente, die Maschinen- und Traktorenstationen, zu übereignen. Was würde sich daraus ergeben?

Daraus würde sich ergeben, daß erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten. Womit ließe sich diese Sonderstellung der Kollektivwirtschaften begründen, mit welchen Argumenten des Fortschritts und der Weiterentwicklung? Kann man etwa sagen, daß eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, daß sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem Volkseigentum nur vergrößern und nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, daß man sich von ihm entfernt?

Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten. Was denken die Genossen Sanina und Wensher: Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation unsere Entwicklung zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?

Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, daß sie die Rolle und die Bedeutung der Warenzirkulation im Sozialismus nicht begreifen, nicht begreifen, daß die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist. Sie glauben anscheinend, daß man auch bei der Warenzirkulation vom Sozialismus zum Kommunismus übergehen könne, daß die Warenzirkulation das nicht verhindern könne. Das ist ein großer Irrtum, der dadurch entstanden ist, daß man den Marxismus nicht verstanden hat.“

Und hier Stalins marxistisch-leninistischer Plan für die Hebung des Kollektiveigentums auf die Gemeineigentumsstufe, die ihrerseits die Grundlagen für die Eliminierung des Marktes schafft (für das Absterben der Warenproduktion und Warenzirkulation, des Wertes und seiner Formen sowie des Wertgesetzes):

„Was muß nun letzten Endes unternommen werden, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben?

Die Kollektivwirtschaft ist kein gewöhnlicher Betrieb. Die Kollektivwirtschaft arbeitet auf Boden und bearbeitet Boden, der schon längst allgemeines Volkseigentum und nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum ist. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer des von ihr bearbeiteten Bodens.

Weiter: Die Kollektivwirtschaft arbeitet mit Hauptproduktionsinstrumenten, die nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum, sondern allgemeines Volkseigentum sind. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente.

Weiter: Die Kollektivwirtschaft ist ein genossenschaftlicher Betrieb, bedient sich der Arbeit ihrer Mitglieder und verteilt die Einkünfte unter die Mitglieder nach Tagewerken, wobei die Kollektivwirtschaft über eigenes Saatgut verfügt, das jährlich erneuert und für die Produktion verwendet wird.

Es fragt sich: Was besitzt die Kollektivwirtschaft eigentlich, welches ist das kollektivwirtschaftliche Eigentum, über das sie völlig frei, nach eigenem Ermessen verfügen kann? Ein solches Eigentum sind die Erzeugnisse der Kollektivwirtschaft, die Erzeugnisse der kollektivwirtschaftlichen Produktion: Getreide, Fleisch, Fett, Gemüse, Baumwolle, Rüben, Flachs usw., nicht gerechnet die Gebäude und die persönliche Wirtschaft der Kollektivbauern auf dem Hofland. *Es ist so, daß ein erheblicher Teil dieser Erzeugnisse, die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion, auf den Markt gelangen und auf diese Weise in das System der Warenzirkulation einbezogen werden. Eben dieser Umstand ist es jetzt auch, der der Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums hinderlich im Wege steht. Deshalb muß man gerade von dieser Seite her die Arbeit zur Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums entfalten.*

Um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, muß man die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion aus dem System der Warenzirkulation herausziehen und in das System des Produktaustauschs zwischen der staatlichen Industrie und den Kollektivwirtschaften einbeziehen. Das ist das Wesentliche." (ebd., Seiten 341-42, Herv. d. H.B.)

Nach dem Tode Stalins übergaben die Chruschtschow-Revisionisten die Maschinen-Traktoren-Stationen aufgrund der Vorschläge Wenshers den Kolchosen, was mit einem Schlag die sowjetische Landwirtschaft durch die verlangsamte Produktionsentwicklung der Kolchosen, wie Stalin voraussagte, untergrub und die Sphäre der Warenzirkulation in riesigem Umfang ausdehnte. Dabei wurde „eine gigantische Masse landwirtschaftlicher Produktionsinstrumente“ in Umlauf gebracht, eben wie Stalin im voraus warnte. Diese revisionistische Maßnahme drehte das Rad der Geschichte wahrhaftig zurück; die imperialistische Bourgeoisie war vollauf befriedigt (so auch die käuflichen Trotzlisten, ihres Zeichens „Markt-Sozialisten“) - und sie äußerte ihre Befriedigung mit hämischer Schadenfreude.

Während Stalin die orthodoxe marxistische Position behauptete, die Unvereinbarkeit der Warenproduktion und Warenzirkulation sowie des Marktes mit dem Kommunismus und daher die Abschaffung des Marktes als eine der wesentlichen Aufgaben des Sozialismus vertrat, glaubte der Revisionismus - im Kielwasser solcher bürgerlicher Ökonomen wie von Mises und Brutzkus - ganz im Gegenteil an einen „Markt-Sozialismus“. Nach der revisionistischen Theorie ist die fortdauernde Existenz der Warenbeziehungen unter dem Sozialismus nicht bloß ein Erbe des Kapitalismus, das die unvollkommene Kapitalismusedwicklung in einer der Arbeiterklasse überkommenen Ökonomie darstellt, sondern eine der sozialistischen Ökonomie innewohnende Notwendigkeit, welche nicht bloß das Weiterbestehen des Marktes erfordert, sondern auch dessen Expansion. Während der orthodoxe Marxismus die Auffassung vertritt, daß der Kapitalismus die höchste Form der Warenproduktion ist, tragen die revisionistischen Ökonomen die Ansicht vor, daß der Kapitalismus lediglich die Warenproduktion vererbe und es die Aufgabe des Sozialismus sei, die Warenproduktion auf den höchsten Entwicklungsstand anzuheben, um den Markt von den Verzerrungen, die ihm unter dem Kapitalismus widerfahren seien, zu „reingen“ und zu „befreien“.

Bürgerliche Ansichten zur politischen Ökonomie wurden hauptsächlich in sowjetischen Fachzeitschriften für Ökonomie geäußert, überdies in einer gleichzeitig weitschweifigen und schwerfälligen Sprache - jedenfalls bis mit dem Erscheinen Gorbatschows die Quantität der Zeit ihren qualitativen Umschlag erfuhr, bürgerliche Ideen nunmehr in allen Sphären des Lebens offener, freimütiger, häufiger und massenhaft zum Ausdruck kamen (das Feld der politischen Ökonomie eingeschlossen). In der Zeit vor Gorbatschow bildeten tschechische revisionistische Theoretiker, hier besonders Ota Sik, eine Ausnahme von dieser Regel. Ohne Umschweife und offen verbreiteten sie ihre bürgerlichen Ideen. Ihr Eintreten für einen „Markt-Sozialismus“ unterscheidet sich aufgrund der (zu jener Zeit) größeren Ausdehnung des Marktes in der Tschechoslowakei durch seine Ausdrucksklarheit von demjenigen ihrer sowjetischen Ebenbilder, die mit ganz besonderer Vorsicht und zitternder Hand zu Werke gehen mußten, weil die damalige offizielle Ideologie noch der Marxismus war. Deshalb die obskure Sprache der revisionistischen Wirtschaftstheoretiker in der Sowjetunion der späten 50er und 60er Jahre - eine Sprache, die nur von ihren Schöpfern verstanden werden kann.

In diesem Falle beginnen wir mit einem Zitat von Ota Sik, dem man es schließlich lassen muß, von all diesen Wirtschaftstheoretikern des Revisionismus die wohl gründlichste Auslegung des „Markt-Sozialismus“ gegeben zu haben. Sik sagt, daß Stalin „schwerwiegende theoretische Fehler... begangen hat, die in hohem Maße dem damaligen Zustand der Ökonomie entsprungen ... Er stellte die Theorie auf, daß Ware-Geld-Beziehungen ihrem Wesen nach ein fremdes Element in einer sozialistischen Ökonomie darstellten, welche sie nur deswegen erdulden müsse, weil ihre Existenz ihr durch die kooperativen Formen des sozialistischen Eigentums [d.h. durch die kollektiven Landwirtschaften] aufgezwungen sei; und welche er als niedere Formen betrachtete, in denen sozialistische Prinzipien unzulänglich verkörpert seien.

Er glaubte, daß es für das Rechnen mit und Registrieren von Werten im sozialistischen Staatssektor nur hinsichtlich äußerer Beziehungen Raum geben könne (mit Kooperativen und anderen Ländern) und daß zwischen sozialistischen Staatsbetrieben keine wirklichen Ware-Geld-Beziehungen existieren könnten ... Diese Theorie Stalins, an der zu seinen Lebzeiten strikt festgehalten wurde und die immer noch weitestgehend praktiziert wird, wurde zu einem tief verwurzelten Dogma mit schweren Konsequenzen für das sozialistische Wirtschaftswachstum." (Ota Sik, *Socialist Market Relations and Planning* included in: *Socialism, Capitalism and Economic Growth: Essays Presented to M. Daub* [Sozialistische Marktbeziehungen und Planung, aus: *Sozialismus, Kapitalismus und Wirtschaftswachstum*], Cambridge University Press, 1967)

Gemäß diesem Gelehrten des Revisionismus wäre also der Markt *nicht* nur eine Hinterlassenschaft des Kapitalismus und es sei auch *nicht* die Aufgabe des Sozialismus, ihn zu beseitigen. Im Gegenteil, so sagt er, gäbe es „in einer sozialistischen Ökonomie“ eine „objektive Notwendigkeit für die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen und den Markt“, und zwar wegen der „Unmöglichkeit, ökonomische Konflikte zu lösen, wenn diese Beziehungen durch die alte Methode der administrativen Planung beschränkt oder unterdrückt werden. Marktverhältnisse erklären sich durch ... die inneren Widersprüche sozialistischer Arbeit auf einer gegebenen Stufe der Produktivkraftentwicklung - und deshalb“ sei „im Rahmen der sozialistischen Planung der Markt eine notwendige ökonomische Form zur Lösung dieser Widersprüche.“ (ebd., S. 148)

Siks Ebenbilder in der Sowjetunion hatten ähnliche Ansichten in den 50er und 60er Jahren geäußert. Der dem verehrten Leser bereits wohlbekannte Wensher schrieb 1958:

„Sozialistische Warenproduktion ist eine Warenproduktion besonderer Art, deren Entwicklung direkt mit der Stärkung und Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen und mit dem allmählichen Absterben der natürlichen ökonomischen Verhältnisse verbunden ist. Wegen der gesellschaftlichen Vielgestaltigkeit behält die Arbeit unter dem Sozialismus ihren Doppelcharakter, und die durch die Arbeit erschaffenen Güter werden gemäß der in ihnen vergegenständlichten Summe abstrakter Arbeit ausgetauscht. Deswegen besitzen *alle Produkte* eine Warenform.

Sozialistische Produktion ist im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft geplante Warenproduktion auf hoher Stufenleiter.

Sozialistischer Austausch wird auf der Basis des Wertgesetzes realisiert.“ (Warenproduktion im Sozialismus und die Kollektivwirtschaften, *Woprosy Ekonomiki*, August 1958)

„Unter dem Sozialismus werden Produkte und Dienstleistungen ebenfalls als Waren hervor- gebracht und gleichfalls für Geld verkauft.“ (B.G. Liberman, *Flirten wir mit dem Kapitalismus? Nutzen und „Profite“*, Sowjetisches Leben, Juli 1965)

Die Schriften dieser revisionistischen Ökonomen - Wenshers, Libermans, Siks und etlicher mehr - sind nichts anderes, als die in ‚Marxscher‘ Ausdrucksweise wiederholten Behauptungen bürgerlicher politischer Ökonomie (einschließlich derjenigen der Trotzlisten), daß effiziente ökonomische Rechnungsführung ohne Markt undenkbar sei. Da wir wissen, daß der Marxsche Sozialismus - und es gibt keinen anderen Sozialismus - die Aufhebung des Marktes, die Aufhebung der Warenproduktion und Warenzirkulation anstrebt, ist dies nur ein anderer Weg zu sagen, der Marxsche Sozialismus sei eine utopische Unmöglichkeit, der Kapitalismus hingegen die höchste Stufe menschlicher Gesellschaftsentwicklung und unmöglich nur eine vorübergehende Gesellschaftsform.

Um ihre Theorie von einem „Markt-Sozialismus“ unter die Leute bringen zu können, mußten sich revisionistische Wirtschaftstheoretiker einer vollständigen Entstellung und Revision der Marxschen politischen Ökonomie widmen, insbesondere der Marxschen Lehre vom Charakter der Waren und der Warenproduktion; die Angriffe auf Stalin dienten nur als eine Ablenkung von dieser Verfälschung.

Engels definiert Waren als Gegenstände, „die innerhalb einer aus Privatproduzenten bestehenden Gesellschaft, von diesen Privatproduzenten für Privatrechnung produziert und gegeneinander ausgetauscht werden.“ (Anti-Dühring, BML, S. 183)

„Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind.“ (MEW, Bd. XXIII, S. 87)

Mit Blick auf die obigen Zitate wird völlig klar, daß nach der marxistischen Lehre die Produkte sich nur dann in Waren verwandeln, wenn sie von Privatproduzenten hergestellt werden, und zwar „nicht für den Selbstverbrauch, sondern für den Verbrauch durch andre, also für den gesellschaftlichen Verbrauch. Sie treten ein in den gesellschaftlichen Verbrauch durch den Austausch“. Da es nach Marx und Engels die Aufgabe des Sozialismus ist, die Warenproduktion zu beseitigen, leuchtet es ein, daß sie nicht etwa die Theorie eines „Markt-Sozialismus“ stützten - also eines Sozialismus, der auf der Warenproduktion basieren soll. Sie wandten sich vehement gegen die Vertreter dieser Theorie, namentlich gegen Proudhon und Dühring (siehe Marx, „Das Elend der Philosophie“ in Widerlegung des ersteren und Engels, „Anti-Dühring“ in Widerlegung des zweiten).

Folgendes sagte Engels zu diesem Punkt:

„Die unmittelbar gesellschaftliche Produktion wie die direkte Verteilung schließen allen Warenaustausch aus, also auch die Verwandlung der Produkte in Waren (wenigstens innerhalb der Gemeinde), und damit auch ihre Verwandlung in *Werte*.“

Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer

Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der *Zeit*." (ebd., S. 288, Herv. wie im Original)

„...jede auf Warenproduktion beruhende Gesellschaft hat das Eigentümliche, daß in ihr die Produzenten die Herrschaft über ihre eignen gesellschaftlichen Beziehungen verloren haben ... Aber die Warenproduktion, wie jede andre Produktionsform, hat ihre eigentümlichen, inhärenten, von ihr untrennbaren Gesetze; und diese Gesetze setzen sich durch, trotz der Anarchie, in ihr, durch sie. Sie kommen zum Vorschein in der einzigen fortbestehenden Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs, im Austausch, und machen sich geltend gegenüber den einzelnen Produzenten als Zwangsgesetze der Konkurrenz. Sie sind diesen Produzenten also anfangs selbst unbekannt und müssen erst durch lange Erfahrung nach und nach von ihnen entdeckt werden. Sie setzen sich also durch ohne die Produzenten und gegen die Produzenten, als blindwirkende Naturgesetze ihrer Produktionsform. Das Produkt beherrscht die Produzenten." (Anti-Dühring, S. 253)

Wie der „Markt-Sozialismus" das Konzept der „sozialistischen Werts" als grundlegende Komponente benötigt, so braucht er das Konzept des „sozialistischen Werts" und des „sozialistischen Wertgesetzes", das in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft durch die Kategorien der „sozialistischen" Rente, Zins und Profit unterstützt wird.

„'Ware', 'Geld', 'Preis', 'Profit' und andere Kategorien der sozialistischen Ökonomie ... sind sozialistischen Produktionsverhältnissen inhärent, sind unveräußerlich mit ihnen verbunden." Jedoch: „Unter dem Sozialismus sprechen wir von einem Gesetz der Ware-Geld-Beziehungen und von einem Wertgesetz - mit einem gesellschaftlichen Inhalt und einer gesellschaftlichen Rolle, die sich gänzlich von denen unter dem Kapitalismus unterscheiden, von einem Wertgesetz und Ware-Geld-Beziehungen, derengleichen niemals zuvor in der Geschichte existierten." (Sowjetskije Nowosti, Nr. 9, April 1964, Nachdruck aus der Prawda)

Liberman schrieb:

„Die Bedeutung des Profits in der Sowjetunion wurde aufgrund einer gewissen Mißachtung des Wertgesetzes unterschätzt. Manche sowjetischen Ökonomen hielten das Gesetz fälschlicherweise für eine unangenehme Hinterlassenschaft des Kapitalismus und meinten, wir müßten es so schnell wie möglich loswerden." Aber das ..Wertgesetz ist nicht ein Gesetz des Kapitalismus, sondern das Gesetz jeglicher Warenproduktion, einschließlich der geplanten Warenproduktion im Sozialismus."

Der einzige Unterschied zwischen diesem „sozialistischen Wertgesetz" und demjenigen, welches unter dem Kapitalismus wirkte, bestünde darin, so wird uns erklärt, daß das erstere frei von den Verzerrungen des „kapitalistischen Wertgesetzes" sei. Dieses gereinigte „sozialistische Wertgesetz" sei Marx und Engels völlig bekannt gewesen. Hier nun das, was Engels zu diesem Punkte im „Anti-Dühring" zu sagen hatte:

„Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des wahren Werts', heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des 'wahren' Papstes

oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eigenes Produkt ist." (ebd., S. 289)

„... das Wertgesetz, ist das Grundgesetz grade der Warenproduktion, also auch der höchsten Form derselben, der kapitalistischen Produktion. Es setzt sich in der heutigen Gesellschaft durch in derselben Weise, in der allein ökonomische Gesetze einer Gesellschaft von Privatproduzenten sich durchsetzen können: als in den Dingen und Verhältnissen liegendes, vom Wollen oder Laufen der Produzenten unabhängiges Indem Herr Dühring dies Gesetz zum Grundgesetz seiner Wirtschaftskommune erhebt und verlangt, daß diese es mit vollem Bewußtsein durchführen soll, macht er das Grundgesetz der bestehenden Gesellschaft zum Grundgesetz seiner Phantasiegesellschaft. Er will die bestehende Gesellschaft, aber ohne ihre Mißstände. Er bewegt sich dabei ganz auf demselben Boden wie Proudhon. Wie dieser will er die Mißstände, die aus der Entwicklung der Warenproduktion zur kapitalistischen Produktion entstanden sind, beseitigen, indem er ihnen gegenüber das Grundgesetz der Warenproduktion geltend macht, dessen Betätigung grade diese Mißstände erzeugt hat. Wie Proudhon will er die wirklichen Konsequenzen des Wertgesetzes aufheben durch phantastische, (ebd., S. 291)

Stalin vertrat die Marxsche Position des Wertgesetzes und sagte:

„Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwinden auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz." (Die Frage des Wertgesetzes im Sozialismus, Ökonomische Probleme ..., Werke, Bd. XV, S. 274)

„Ökonomische Reformen", welche die Revisionisten nach Stalins Tod in Kraft setzten, wurden in ähnlicher Art auch zu Lebzeiten Stalins vertreten und man suchte sie auch zu verwirklichen. Der Staranwalt dieser Reformen - obwohl nicht der einzige - war Nikolaj Wosnessenski, der 1947 ein Buch unter dem Titel „Die Kriegsökonomie der UdSSR während der Periode des Großen Vaterländischen Krieges" veröffentlichte. In diesem Buch behauptete er, daß das Wertgesetz als ein Regulator der Produktion in der UdSSR funktioniere (er meinte zumindest, es müsse funktionieren), soll heißen, daß es die Verteilungsverhältnisse der Arbeit zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen bestimme - je rentabler ein Betrieb, desto mehr Arbeit und Investitionen würde angezogen werden. Er trat deshalb dafür ein, daß die Warenpreise ihren Wert widerspiegeln sollten (die Produktionspreise), und bei der Organisation der Produktion legte er großen Wert auf „Kostenrechnung", die auf der Rentabilität individueller Betriebe und Industrien beruhen sollte, desgleichen auf materiellen Anreizen wie Zuschläge und höhere Löhne für die Belegschaften in einzelnen Betrieben.

Wosnessenskis Thesen waren durchaus nicht nur von akademischem Interesse. Er nutzte seine Position als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und erfreute sich beträchtlicher Rückendeckung seitens höchster Ränge in Partei und Staat sowie einer erklecklichen Zahl hoher Ökonomen wie Gatowski und Leontjew, die öffentlich seine Behauptungen stützten (und die gleichfalls durch die energische Unterstützung der Thesen Libermans an der Durchführung ähnlicher „ökonomischer Reformen" während der Breshnew-Jahre mitwirkten). Wosnessenski ging daran, eine „ökonomische Reform" einzuführen, um seinen Thesen Taten folgen zu lassen. Unter dieser „Reform", die am 1. Januar 1949 in Kraft trat, wurden die Großhandelspreise zwecks Anpassung an ihre Werte (oder Produktionspreise - Kostpreis plus einer Durch-

schnittsprofitorate) neu festgesetzt - mit dem Resultat, daß sich die Preise vieler grundlegender Produkte über Nacht verdoppelten oder verdreifachten. Innerhalb weniger Wochen nach Einführung der „ökonomischen Reformen“ von Wosnessenski schlugen seine Opponenten unter der Führung Stalins zurück. Anfang März 1949 wurde Wosnessenski seines Amtes als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission enthoben und im Juli 1949 auch aus der Partei ausgeschlossen. Ende 1949 wurde Wosnessenski übrigens zusammen mit ein paar anderen verhaftet und 1950 in seinem Fall unter anderem angeklagt, geheime Papiere der Staatlichen Plankommission an einen fremden Staat weitergegeben zu haben. Einige der Angeklagten im Zusammenhang mit dieser später als „Leningrader Affaire“ bekannt gewordenen Sache, darunter Wosnessenski, wurden zum Tode verurteilt und am 30. September hingerichtet. Wosnessenskis „ökonomische Reform“ aus dem Jahre 1949 wurde in zwei Stufen zurückgenommen - am 1. Januar und am 1. Juli 1950.

Stalin widerlegte die Behauptungen Wosnessenskis öffentlich, ohne ihn namentlich zu erwähnen; in seinem letzten, unsterblichen Werk tat er dies mit folgenden Worten:

„Mitunter wird die Frage gestellt: Besteht und wirkt bei uns, in unserer sozialistischen Ordnung, das Wertgesetz?

Ja, es besteht und wirkt. Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muß es auch das Wertgesetz geben.“ (ebd., S. 271) (...)

Bedeutet dies alles jedoch, daß die Wirkungen des Wertgesetzes bei uns den gleichen Spielraum haben wie im Kapitalismus, daß das Wertgesetz bei uns der Regulator der Produktion ist? Nein, das bedeutet es nicht. In der Tat ist der Wirkungsbereich des Wertgesetzes in unserer ökonomischen Ordnung streng begrenzt, sind diesem Wirkungsbereich Schranken gesetzt. Es wurde bereits gesagt, daß der Wirkungsbereich der Warenproduktion in unserer Ordnung begrenzt ist und ihm Schranken gesetzt sind. Das gleiche muß über den Wirkungsbereich des Wertgesetzes gesagt werden. Ohne Zweifel muß das Fehlen des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande den Wirkungsbereich des Wertgesetzes und seine Einwirkung auf die Produktion einschränken.“ (ebd., S. 273)

„Völlig falsch ist auch die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen Ordnung... das Wertgesetz angeblich die 'Proportionen' der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie ... nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werden ...

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe übergeführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die 'Proportion' der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen reguliert. (...)

(D)as Wertgesetz [kann] nur im Kapitalismus ... Regulator der Produktion sein.(...)

Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern." (ebd., Seiten 275-76)

Bald nach der Veröffentlichung von Stalins Schrift „Ökonomische Probleme ...“ erschien ein von Michail Suslow verfaßter Artikel in der Prawda. Die Zeitung zitierte zum erstenmal aus einem Beschluß des Zentralkomitees, der drei Jahre zuvor im Zusammenhang mit der „Leningrader Affaire“ gefaßt wurde - und in dem (wiederum zum erstenmal) bei namentlicher Erwähnung Wosnessenskis Thesen als revisionistisch gebrandmarkt wurden:

„Diese Broschüre von Wosnessenski [„Die Kriegsökonomie der UdSSR...“] verfehlte völlig die Lösung der Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus und stellte ein Durcheinander voluntaristischer Anschauungen bezüglich der Rolle dar, welche die Pläne und der Staat in der sowjetischen Gesellschaft zu spielen hätten, sowie einen Wertgesetz-Fetischismus, nach dem das Wertgesetz angeblich die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft der UdSSR beherrsche.“ (M. Suslow in der Prawda vom 24. Dezember 1952)

Der Artikelveröffentlichung von Suslow folgte eine intensive ideologische Kampagne, die gegen die Thesen Wosnessenskis gerichtet war. Vom 9. - 11. Januar kamen annähernd 1000 Ökonomen zu einer Konferenz zusammen, auf der die Irrtümer jener Berufskollegen verurteilt wurden, welche die Behauptungen Wosnessenskis unterstützt hatten. Ein Leitartikel in der Prawda verglich den Kampf gegen die Wosnessenski-Thesen mit jenem, der gegen „... die trotzistische Abenteuerer und die rechten Kapitulanten“ geführt wurde. (Prawda, 12. Januar 1953)

Am 28. Januar benannte die Zeitschrift „Kommunist“ eine Reihe von Ökonomen und Philosophen und rügte sie öffentlich, da sie die Wosnessenski-Thesen unterstützt hatten.

Nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 kam die Kampagne gegen die Thesen Wosnessenskis zu einem abrupten Stillstand. Auf dem XX. Parteitag, vier Jahre nach Stalins Tod, fühlten sich Chruschtschow-Revisionisten stark genug, Stalin der „Ermordung“ vieler „guter Kommunisten“ zu beschuldigen, charakterisierten Wosnessenski und Kusnezow als „... talentierte und bedeutende Führer“ und rehabilitierten die Verurteilten der „Leningrader Affaire“, welche selbst wiederum als Fälschung dargestellt wurde (siehe Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag).

Ökonomen wie Evsei Liberman wurden darauf angesetzt, eine Kampagne für „Wirtschaftsreformen“ zu betreiben, die in wachsendem Maße Beifall von offizieller Seite bekamen. Abgesehen von der oben bereits erwähnten Übergabe der Maschinen-Traktoren-Stationen an die Kollektivwirtschaften und dem damit verbundenen breiten Anwachsen der Warenzirkulationssphäre durch das Einbringen riesiger Mengen landwirtschaftlicher Produktionsinstrumente in den Umlauf, führte die Chruschtschow-Administration 1964 ein Pilotprojekt ein,

durch welches man die „ökonomischen Reformen“ auf experimenteller Basis auf zwei Bekleidungsfabriken anwandte.

Obwohl Chruschtschow im Oktober 1964 gestürzt wurde und seine Nachfolger - Breshnew und Kossygin - ihn auf eine Null reduzierten, warfen sie dennoch nicht die „ökonomischen Reformen“ über Bord, die während der Chruschtschow-Jahre eingeleitet wurden. Sie wurden im Gegenteil in großem Umfange intensiviert und untergruben zu gegebener Zeit die sozialistische Grundlage der sowjetischen Gesellschaft durch die systematische Anwendung bürgerlicher Normen: Profit als Produktionsregulator, die Preisreform, durch welche die Preise in erhöhtem Maße die Werte (Produktionspreise) widerspiegeln sollten, die verstärkte Betonung materieller Anreize und die Rentabilität und „Unabhängigkeit“ individueller Betriebe, die für den Markt produzierten und deren Produkte sich im Markt als Waren gegenüberstanden. Dies untergrub die Zentralplanung und machte sie mit der Zeit bedeutungslos. Sobald in der Produktion der Warenform die Vorherrschaft überlassen wird, sind die einzigen ökonomischen Gesetze und Kategorien, die noch irgendeinen ökonomischen Sinn machen, diejenigen der Gesetze und Kategorien des Kapitalismus. Jedes Produktionssystem hat seine eigenen, von ihm untrennbaren Gesetze. Wenn man davon ausgeht, daß der Sozialismus ein System der Warenproduktion ist, wie es die Revisionisten tun, bekommen die Advokaten der „Reformen“ Recht und einen vernünftigen Grund für die Realisierung eines funktionierenden Marktes. In der UdSSR jedoch, mit ihrer fünfundzwanzigjährigen Geschichte der Wirtschaftsplanung, konnte 1956 ein voll funktionsfähiger Markt nicht plötzlich entstehen. Das wäre nicht nur ein politisches Ding der Unmöglichkeit gewesen, sondern auch eine ökonomische Unmöglichkeit. Wäre die umfassend zentralisierte Planwirtschaft über Nacht abgeschafft und wären alle Beschränkungen für den Markt aufgehoben worden, wäre das Ergebnis der ökonomische Kollaps gewesen - und nicht ein funktionierender Markt. Um also einen funktionierenden Markt hervorzubringen, mußte der Markt umsichtig wiederaufgebaut werden:

„In einem derart umfangreichen und komplizierten Organismus wie der sowjetischen Volkswirtschaft wäre es ausgeschlossen,... radikale Änderungen im Preisbildungssystem einzuführen, bis nicht ein neues System in allen Einzelheiten ausgearbeitet und getestet worden ist. Und vielleicht sollte der gesamte Übergang allmählich vollzogen werden, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen und die Bedingungen dafür reif sind.“ (S. Perwuschkin, Das Wertgesetz und die Preise, Planwirtschaft, 1961, Nr. 7)

Mit diesem Ziel im Hinterkopf machten sich die Revisionisten an die Arbeit, um stufenweise die Bedingungen für einen funktionierenden Markt zu schaffen. Während sie vorgaben, ihre „Wirtschaftsreformen“ zielten auf die Konsolidierung der Zentralplanung ab, eröffneten die Revisionisten ein wahres propagandistisches Sperrfeuer und denunzierten die zentrale Wirtschaftsplanung als „bürokratisch“, „restriktiv“, „veraltet“ und - natürlich - als Resultat der „Stalinschen Verzerrung des Sozialismus“:

„Diese Unzulänglichkeiten in der Wirtschaftsleitung sollten nicht dadurch beseitigt werden, daß die Planung weiter verkompliziert, detaillierter und noch zentralistischer wird, sondern durch Entwicklung der ökonomischen Initiative und Unabhängigkeit der Betriebe ... Den Betrieben muß eine breitere Initiative ermöglicht werden; sie dürfen nicht durch kleinliche Gängelei und bürokratische Planungsmethoden durch das Zentrum gefesselt werden.“ (E.G. Liberman, Kostenrechnung und materieller Anreiz für Industriebelegschaften, Woprosy Ekonomiki, Nr. 6, 1955)

„Stalin ... der ökonomische Instrumente der Wirtschaftsleitung durch nackte Befehlsverwaltung ersetzte ... Die Vorschriften für die finanzielle Ressourcen Verwendung der Betriebe sollten dort aufgehoben werden, wo sie ausufern und ins einzelne gehen, und den Betrieben sollte mehr Gelegenheit gegeben werden, mit diesen Ressourcen zu manövrieren." (L. Gatowski, Die Rolle des Profits in einer sozialistischen Ökonomie, Kommunist, Nr. 18, 1962)

Die „Wirtschaftsreform" von 1965 und die Unterminierung der Zentralplanung Nach diesem Propagandafeuer gegen die Zentralplanung beschloß das Zentralkomitee offiziell die „Wirtschaftsreform" vom September 1969:

„Ein ernster Mangel der industriellen Leitung ist die Tatsache, daß an die Stelle ökonomischer Notwendigkeiten administrative Methoden getreten sind ... Die Befugnisse der Betriebe hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit sind begrenzt.

Die Arbeit der Betriebe ist durch zahlreiche Vorgaben reglementiert, die die Selbständigkeit und Initiative der Betriebsbelegschaften einschränken und ihr Verantwortungsgefühl für die Verbesserung der Produktionsorganisation verringern ...

Es wurde für zweckmäßig erachtet, den Überregulierungen der Betriebsaktivitäten ein Ende zu setzen und die Zahl der den Betrieben von oben auferlegten Planvorgaben zu reduzieren." (Zentralkomitee der KPdSU, Beschluß „Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion")

Es handelte sich jedoch nicht nur um die Erweiterung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und Initiative der Betriebe - sowie um die Reduzierung der „den Betrieben von oben auferlegten Planvorgaben", sondern um die Verkürzung der noch verbliebenen Vorgaben auf simple „Richtlinien". Es gab also keine für die Betriebe verbindlichen Anweisungen mehr, sondern ausschließlich „Richtlinien", welche die Betriebe befolgen oder allesamt ignorieren konnten:

„Planziffern werden ... in allgemeiner, geschätzter Form aufgestellt und an die Wirtschaftssektoren vergeben. In derselben Form werden sie an die Betriebe weitergegeben, nicht als genaue Direktiven, sondern mehr als Richtlinien für ihre Planaufstellung." (E.G. Liberman, Plan, Direktbindungen und Rentabilität, Prawda, 21. November 1965)

Nachdem die Betriebe unter das Regime des so „reformierten" Systems gebracht wurden, begannen diese ihre eigene Produktion zu planen; dabei bestimmten sie sogar die Art und die Qualität der zu produzierenden Güter. Das Ganze wurde dann von den revisionistischen Ökonomen „Planung von unten" genannt, und unter den vorherrschenden Bedingungen dieser Art „Planung" nahm die „zentrale" Wirtschaftsplanung nun vollständig die Form der Gesamtheit der Wirtschaftspläne all dieser individuellen Betriebe an; und weil die einzelnen Betriebe im Verlauf einer „Planungsperiode" häufig ihre Pläne änderten, daher der zentrale Wirtschaftsplan von vornherein nicht die geringste Ähnlichkeit mit den Endresultaten aufwies, überrascht es wenig, daß führende Köpfe unter den revisionistischen Ökonomen selbst sagen mußten: „Es ist schier unmöglich, einen Fünfjahrplan zusammenzustellen." (A. Komin, Probleme in der Methodologie und Praxis der Preisgestaltungsplanung, Planowoje Chosjajstwo, Nr. 9, 1972)

Da die umfassende zentrale Wirtschaftsplanung demontiert und durch die „Planung von unten" ersetzt wurde, reduzierte sich die Rolle des Staates ausschließlich auf die Aufstellung von Richtlinien und auf Versuche, durch verschiedene ökonomische Hebel wie Kreditvergabe, Zinsrate u.s.w. auf die einzelnen Betriebe einzuwirken. An die Stelle der vom vereinten

Proletariat übernommenen Produktion, an die Stelle der gesellschaftlichen Verteilung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln in den verschiedenen Produktionszweigen - so wie es früher der Fall war - trat die im Anschluß an die „Wirtschaftsreformen“ eingerichtete Produktion, die (gesellschaftlich) aufgebrochen und zersplittert, in wachsendem Maße Privatproduktion wurde, d.h. Warenproduktion. Und wenn Warenproduktion einmal die allgemeine Form der Produktion angenommen hat, kann dies nur kapitalistische Produktion bedeuten. Dies „sozialistische Warenproduktion“ zu nennen, ändert die Sache keinen Deut.

„Wir müssen dem Profit und der Rentabilität mehr Bedeutung verleihen“, sagte Nikita Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag. Die „Wirtschaftsreform“ Breshnews und Kossygin erhöhte die Bedeutung des Profits noch weiter als „eines der ökonomischen Instrumente des Sozialismus. Eine beträchtliche Erhöhung seiner Rolle in der sozialistischen Ökonomie ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Kostenrechnungssystem.“ (Leitartikel „Ökonomische Politik und Arbeit für den Kommunismus“, Prawda, 14. Januar 1966)

Und Kostenrechnung (Chosrastschot) wird als Leitungsmethode definiert, um die Rentabilität jedes einzelnen Betriebes zu erreichen. Tatsächlich wird der Profit unter diesem System der Kostenrechnung' zu einem „Kriterium, das den höchsten Wirkungsgrad des Betriebes darstellt.“ (Trapesnikow, Zur flexiblen ökonomischen Leitung der Betriebe, Prawda, 17. August 1964)

Ein anderer revisionistischer Ökonom fügt noch hinzu: „Das Kostenrechnungssystem veranlaßt jeden Betrieb, einen größeren Profit zu erlangen.“ (Gatowski)

Das Effektivitätskriterium unter dem „Kostenrechnungssystem“ fand seinen Ausdruck in dem, was sowjetische Ökonomen euphemistisch „Rentabilitätsindex“ nannten, d.h. die in einem Prozentsatz auf die gesamten Vermögenswerte berechneten jährlichen Profite eines Betriebes. In gewöhnlicher Sprache nennt sich das „Profitrate“ - ein Ausdruck, der von revisionistischen Ökonomen zu jener Zeit wegen seiner offensichtlich kapitalistischen Assoziationen und Begriffsinhalte vermieden wurde - und mit denen sie als Erbauer des „Kommunismus“ natürlich nichts zu tun haben konnten! Doch die „sozialistische Profitrate“ der einzelnen Betriebe - in „Rentabilitätsindex“ umgetauft - das war eine ganz andere Sache!

Mit der Durchsetzung der „Wirtschaftsreformen“ sollte - langsam aber sicher - die umfassend zentralisiert geplante Produktion durch die Privatproduktion einzelner Betriebe, die für den Markt produzierten und deren Produkte sich im Markt gegenüberstanden, ersetzt werden. Der Profit (das Wertgesetz, welches ein Gesetz der Warenproduktion darstellt und unter dem Kapitalismus als ein Produktionsregulator fungiert) wurde zu einem Regulator der Produktion in der UdSSR.

Bis in die 50er Jahre wurden den Betrieben die Produktionsmittel zugeteilt, die sie in Übereinstimmung mit den vom Staat erstellten Plänen verwendeten. Entsprechend gingen die Produktionsmittel nicht in die Warenkategorie ein. Darüber hinaus gehörten die Produkte (abgesehen von den Kolchosprodukten) ebenfalls dem Staat. Somit hatten die Betriebe kein Verfügungsrecht über das Produkt.

In einem solchen System, welches das vorherrschende System zu jener Zeit in der UdSSR war, konnte die Profitrate eines Betriebes sich kaum verwirklichen. Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, fuhren die Wirtschaftstheoretiker des Revisionismus eine Kampagne, deren Forderung

darin bestand, daß die Betriebe für ihre Vermögenswerte, d.h. die Produktionsmittel, zahlen sollten:

„Die Zeit ist reif für die Beseitigung einer Situation, in der allen möglichen Produktionseinheiten zur Verfügung gestellte fixe Vermögenswerte überhaupt nicht in Rechnung gestellt werden.“ (W.S. Nemtschikow, Das Planziel und der materielle Anreiz, Prawda, 21. September 1962)

Das Zentralkomitee der KPdSU billigte die Grundsatzentscheidung, daß die Betriebe für die Produktionsmittel zu zahlen hätten.

„Es ist notwendig, zugunsten des Staatsbudgets Abzüge von den Profiten der Betriebe einzuführen, die dem Wert der ihnen überlassenen fixen und zirkulierenden Vermögenswerte entsprechen; mit diesen Abzügen, die als Abgaben aus Produktionsguthaben betrachtet werden...

In Zukunft stellen Vermögensabgaben den wichtigsten Teil des Staatseinkommens, während andere Zahlungen, einschließlich die Umsatzsteuer, entsprechend an Bedeutung verlieren werden.“ (A.N. Kossygin, Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion, Iswestija, 28. September 1965)

Die Notwendigkeit der Kreditaufnahme für die Betriebe zur Begleichung ihrer Produktionskosten ergab einen mächtigen Stimulus für ein gewaltiges Aufblähen der Bankkredite und damit die steigende Bedeutung der Zinsrate.

Sogar schon 1965 wurden 40% der zirkulierenden Masse der Betriebsvermögen durch Bankkredite finanziert und dieser Anteil wuchs auf 50% im Jahre 1976.

„Derzeit stammt jeder zweite Rubel des zirkulierenden Industrievermögens aus Krediten, zusammen mit dem Kreditanteil der Landwirtschaft, des Handels und anderer Zweige ist dieser Betrag sogar noch höher.“ (A.N. Kossygin, Richtlinien zur volkswirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1976-1980, XXV. Parteitag der KPdSU, Moskau, 1976, Seiten 42-43)

So wurde Schritt für Schritt das frühere System, in dem der Staat Eigentümer der Produktionsmittel war und den verschiedenen Betrieben als staatliche Vertretungen (und nicht als Eigentümer) unentgeltlich diese Produktionsmittel zur Nutzung überließ, durch ein System ersetzt, in dem die Betriebe für ihr Produktionsvermögen zahlen mußten und schließlich zu Eigentümern dieser Werte wurden.

Unter den „Wirtschaftsreformen“ wurden die Produktionsmittel in die Warensphäre erhoben. Nachdem ihre Käufer - die individuellen Betriebe - für sie gezahlt hatten, erwarben sie sich damit die Verfügungsgewalt über diese Produktionsmittel. Bereits im September 1965 versprühte Premier Kossygin sein Lob auf fünf Transportorganisationen, die überzählige Lastkraftwagen und überflüssiges Zubehör verkauft hatten. Er fügte hinzu:

„Durch die Verwendung ... des aus dem Verkauf überschüssiger Ausrüstungen und anderer materieller Werte erworbenen Geldes werden sich die Betriebe breiterer Machtbefugnisse erfreuen können.“ (A.N. Kossygin, Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion, op. cit.)

„Der sozialistische Markt für Produktionsmittel ist die Sphäre ..., wo die ökonomischen Beziehungen direkt als Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage wirken und im Akt des

Kaufs und Verkaufs von Produktionsmitteln aufgehen." (W. Budaragin, The Price Mechanism and Circulating of the Means of Production in: Scientific Reports of Higher Schools: Economic Science [Preismechanismus und Zirkulation der Produktionsmittel, in: Wissenschaftsbericht der Hochschulen: Ökonomische Wissenschaft], Nr. 11, 1971, aus: Probleme der Ökonomie, Bd. XV, Nr. 3, Juli 1972, S. 74)

In der Folge der „Wirtschaftsreformen“ wurde der Ankauf und Verkauf von Produktionsmitteln über Jahre hinweg Großhandelsorganisationen übertragen - und 1971 repräsentierten zwei Drittel des durch den Markt vermittelten Gesamthandelsumsatzes der UdSSR Produktionsmittel (siehe Budaragin, op. cit.)

Laut „Satzung über den Sozialistischen Staatlichen Produktionsbetrieb“ wurden die Eigentumsrechte am Betrieb nun auch seinem Direktor übertragen, der „... ohne Vollmacht im eigenen Namen handeln und über das Eigentum sowie das Vermögen des Betriebes verfügen darf.“

Und nun ein – exemplarischer – Blick auf die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion zur Zeit Gorbatschows am Beispiel der Landwirtschaft:

Die im Juni 1988 abgehaltene 19. Parteikonferenz markiert eine wichtige Etappe auf dem Weg, die sozialistische Planwirtschaft zu diskreditieren und sie durch eine Marktwirtschaft zu ersetzen. Es sind nun nicht mehr die Tacken auf Bürokratie und überzentralisierte Leitung, obschon sie manchmal noch als Deckmäntelchen für die Einschleusung bürgerlicher „Reformen“ Erwähnung finden. Wir entdecken aber zum ersten Mal in einer Rede Gorbatschows das offene Eingeständnis, dass seine Reformen nicht nur auf die Verbesserung der Leitung und der Verwaltungsstrukturen der landwirtschaftlichen Staats- und Kollektivbetriebe abzielen sollen, sondern auf die Veränderung der „Produktionsverhältnisse unter den landwirtschaftlichen Betrieben“ – das ist etwas Grundsätzliches und berührt die Klassenstruktur der sowjetischen Landbevölkerung. Lassen wir Gorbatschow sprechen:

„Kurz, Genossen, die aktuelle Agrarpolitik besteht im wesentlichen darin, die Produktionsverhältnisse unter den landwirtschaftlichen Betrieben zu ändern. Wir müssen das ökonomische Gleichgewicht zwischen Stadt und Land wieder herstellen und das Potential der landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe durch Förderung diverser Vertrags- und Pachtsysteme außerordentlich entfalten. Wir müssen die Entfremdung zwischen dem Bauern und dem Land überwinden.“

Nur ein Eklektiker, ein Heuchler oder ein Befürworter der kapitalistischen Restauration kann die Behauptung aufstellen, dass „das Potential der landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe“ ausschließlich durch „Förderung diverser Vertragssysteme“ entfaltet werden könne; in Wahrheit untergräbt die eine Form die andere.

Gorbatschow verlangt in seinem Bericht die Annahme eines „Sondergesetzes“ über Pachtbesitz und fügt hinzu, dass diese Pachtungen „langfristiger Natur sein sollten und für einen Zeitraum von etwa 25 – 30 und sogar 50 Jahren überlassen werden sollten. Allgemein müsste das Problem so gestellt werden: Niemand hat das Recht, Menschen die Möglichkeit vorzuenthalten, auf Pachtvertragsbasis zu arbeiten.“ (Zeitungsbeilage zur Moskowskije Nowosti, Nr. 33, 1988) So würde der Staat zum fiktiven Eigner des Landes werden, der Pächter zum tatsächlichen Beizter. Zum ersten Mal seit Ende der NEP gab es die Erlaubnis zur Anwendung von Lohnarbeit; damit

war die Tür zur Zerstörung von Staats- und Kollektivwirtschaften und ihre Ablösung durch eine private Landwirtschaft weit geöffnet.

Die Dikreditierungsversuche in Bezug auf das System der Kollektivwirtschaften, der staatlichen Landwirtschaft und der zentral geplanten sozialistischen Industrie nahmen 1988/89 an Häufigkeit und Intensität zu. Inzwischen gaben sich höchste sowjetische Regierungsfunktionäre nicht einmal mehr die Mühe, ihre Plattformen und Programme für die allseitige Restauration des Kapitalismus unter rituellen Lippenbekenntnissen zu verstecken, so wie es Dr. Leonid Abalkin, Leiter der sowjetischen Kommission für Wirtschaftsreformen und stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR 1990 in einem Interview tat:

„Nur ein paar Worte über einige grundsätzliche Maßnahmen der Reform und ihr Konzept.

Erstens, es ist eine radikale Reform. Es ist keine Verschönerung eines heruntergekommenen Hauses, sondern der Abriss eines administrativen Kommandosystems und seine Ersetzung durch ein qualitativ neues Modell für die sozialistische Wirtschaft.

Zweitens kann die Wirtschaftsreform nur in Verbindung mit Veränderungen in der politischen Sphäre des Lebens effektiv sein.

Drittens, die Reform betrifft die eigentlichen Grundlagen des ökonomischen Systems.

Sie ist darauf ausgelegt, die Eigentumsverhältnisse in ihrer Gesamtheit zu erneuern.“ (Morning Star, 11.5.1990)

Der Revisionismus entstand weder im Jahr 1956 noch im Jahr 1989 plötzlich und auch nicht auf einmal. Im imperialistischen Kampf gegen den Sozialismus auf dem Feld der ökonomischen Theorie spielte vor allem ein Argument eine wachsende Hauptrolle, nämlich, dass eine leistungsfähige Ökonomie ohne Markt nicht möglich sei. Und weiter – so die Argumentation – müsse der Sozialismus mit seinem Ziel der Abschaffung des Marktes in immer größerer Ineffizienz und Bürokratie enden, die wiederum Bedingungen für eine unheilbare Krise schafften, in welcher sich der Markt erneut durchsetzen würde. Dies ist aber nur ein anderer Weg zu behaupten, dass das kapitalistische Produktionssystem keine historisch bedingte, vorübergehende Phase der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist, sondern die Endstufe der Gesellschaftsentwicklung. Die Entstehung des Revisionismus und seine weitere Entwicklung wird durch diese Behauptung erklärt – und der Revisionismus selbst misst diesem Argument größte Bedeutung bei.

Und die Fakten? W. L. Makarow, Direktor des Zentralinstitutes für Ökonomie und Mathematik der sowjetischen Akademie der Wissenschaften (und Gorbatschow-Anhänger) musst am 29. Mai 1988 in der New York Times zugeben:

„Von 1928 bis 1955 war die Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft relativ hoch (zwischen 5 und 10 Prozent), und innerhalb dieses Zeitraums wurde die Sowjetunion in ökonomischer Hinsicht zur zweitgrößten Macht der Welt. Zur selben Zeit gab es deutliche Fortschritte im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Menschen: man konnte ihnen ökonomische Stabilität, Vollbeschäftigung und Sicherung des Einkommensniveaus garantieren. Wir bekamen den Eindruck, dass wir alles erreicht hatten, was wir uns wünschen konnten.

Es gab jedoch eine Abschwächung derjenigen Faktoren, die zu langfristigem Wirtschaftswachstum beitrugen. Während der letzten 15 oder 20 Jahre sank die Wachstumsrate beständig,

die Qualität und die Vielfalt der Konsumgüter nahm ab, die Leute standen dem politischen und wirtschaftlichen Leben immer gleichgültiger gegenüber und es gab weniger Anreize für sie, hart zu arbeiten oder an schwierigen Unternehmungen mitzuwirken.“

Harpal Brar, London

Hermann Jacobs: Der Unterschied zwischen der 1. und der 4. Auflage des Lehrbuches "Politische Ökonomie" - Die Desavouierung J. W. Stalins in der Politischen Ökonomie des Sozialismus ¹⁹⁶

Bevor ich auf den Kern der Frage - die Desavouierung der Position Stalins in der sozialistischen Ökonomie (theoretisch, aber zum Teil auch praktisch), dargestellt am Unterschied zwischen der 1. und der 4. Auflage des Lehrbuches "Politische Ökonomie" der Akademie der Wissenschaften der UdSSR - zu sprechen komme, muß klargestellt werden, dass sich das ökonomische Verhältnis des Sozialismus/Kommunismus rein aus der geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterklasse ableitet.

Alle Verhältnisse des Sozialismus zum Eigentum, zu geschichtlich früher entwickelten Formen sozialer Verhältnisse, ergeben sich aus dem Entwicklungsverhältnis der Lohnarbeiter, des Proletariats zu diesen Verhältnissen. Würde es eine sozialistische Revolution demnach nur mit Arbeitern zu tun haben, würde es nur um dieses allgemeine sozialistische Verhältnis, worin nur der Arbeiter gesellschaftlich bedacht¹⁹⁷, gehen.

Hat es aber die sozialistische Revolution an ihrem Beginn noch mit anderen sozialen Verhältnissen auf Seiten der Arbeit zu tun, oder entschließt sie sich - aus welchen Gründen auch immer - zu Kompromissen in der Aufhebung von Verhältnissen des privaten Eigentums, so gilt das allgemeine Verhältnis des Sozialismus nicht etwa nicht, sondern bedarf es spezifischer Formen der Umsetzung dieses Verhältnisses in Bezug auf die anderen sozialen Klassen.

Diese Vorbemerkung ist notwendig, um im Sozialismus ein Verhältnis von Allgemeinem und Besonderen zu bestimmen. Aus dem Besonderen - was gemeint, ist klar gesagt (andere soziale Schichten, Kompromisse) - leiten sich keine allgemeinen Formen von Verhältnissen ab, sondern erscheint das Allgemeine, was sich aus der gesellschaftlichen Position der Arbeiter ableitet, in besonderer Weise. D.h. das Allgemeine erscheint immer, egal ob direkt oder spezifisch vermittelt; es kann nicht umgekehrt sein, Umkehrung ist bürgerliche Restauration, deren möglicher Beginn.

Es ist damit klar, dass das Wesen der *sowjetischen ökonomischen neuen Politik* nach der Revolution zunächst nicht im Verhältnis zu den Bauern bestimmt ist oder mit der NÖP beginnt, sondern zu den Arbeitern Sowjetrußlands gesetzt ist, dass die eigentliche Neue ökonomische Politik der herrschenden Arbeiterbewegung im Volkseigentum (Staatseigentum) erscheint und einer eigenen Analyse bzw. Darlegung bedarf unabhängig von allem anderen. Erst nachdem dies

¹⁹⁶ Aus: „offen-siv“ 11-2003, Ausgabe Juli-August des Jahres, S. 41-48

¹⁹⁷ D.h. mit Verhältnissen bedacht; für den Sozialismus resp. Kommunismus gilt hier dasselbe, was für den Kapitalismus gilt: dort sind alle Verhältnisse funktionale Formen des Kapitals, der Kapitalisierung des Tauschwertes.

geschehen, stellt sich die Frage - für die Theorie wie praktische Politik -, inwieweit dieses sozialistische Verhältnis übersetzt und umgesetzt erscheint auch schon in Verhältnissen zu den Bauern,

a), solange diese privatarbeitende Bauern waren (NÖP im Rahmen der NÖP¹⁹⁸), b) zu sozialistischen genossenschaftlichen Verhältnissen zur Arbeit übergangen.

Das kann nicht dasselbe sein!¹⁹⁹

Aber es wäre die *Entwicklung* einer selben Form zu erkennen, würde von vornherein klar gewesen sein, dass es immer der sozialistische Staat, das allgemeine neue proletarische Verhältnis gewesen sein muß, das sich hier dominant, herrschend, auch gegenüber privatem Eigentum durchgesetzt hatte. In der höheren Entwicklung (der Privaten zur Genossenschaft, und unter volkseigener allgemeiner Bedingung) wäre zu unterstellen, dass das sozialistische Element nicht mehr von außen in das private Verhältnis einzudringen hätte, sondern aus ihm auch hervorgehen könnte.

Die Desavouierung Stalins (das Verlassen, im Stich lassen Stalins) setzt in der zweiten Hälfte der 50er Jahre ein, als seine Auffassung von einer Warenproduktion besonderer Art im Sozialismus²⁰⁰ in die Kritik geriet und er in Bezug auf zwei Aussagen, die er getroffen, des Dogmatismus bezichtigt wurde. Dogma, also nicht schöpferisch, nicht der realen gesellschaftlichen Entwicklung entsprechend, sei 1. seine Aussage, dass die zwischen den volkseigenen Betrieben zirkulierenden Mittel der Produktion keine Waren seien ("da sie einer Verteilung durch die Gesellschaft unterlägen"), 2. die Warenform der Produktion nur noch wegen zweier Eigentumsformen im Sozialismus unerlässlich sei (unerlässlich im Verhältnis zwischen der volkseigenen Industrie und den Bauern wie auch den bäuerlichen Genossenschaften ("da hier mit dem Wechsel der Arbeitsprodukte Eigentümerwechsel stattfände")).²⁰¹

¹⁹⁸ Bauern-NÖP des sozialistischen Staates im Rahmen der Arbeiter-NÖP des sozialistischen Staates.

¹⁹⁹ Stalin, die KPdSU der Dreißiger Jahre, standen tatsächlich vor einer neuen geschichtlichen Situation; ihm oder dieser Partei den Vorwurf zu machen, mit der NÖP (Lenins) gebrochen zu haben, ist unseriös. Man unterstellte von sozialistischer bäuerlicher Genossenschaftswirtschaft z.B., dass sie nach wie vor Privatarbeit leistete, verlangte man von ihr, dass sie die NÖP fortsetzte, wie sie gegenüber privatarbeitenden Bauern bestimmt worden ist. Dann ist in der Tat die Genossenschaft nichts Neues, aber dann ist auch die assoziierte Arbeit nichts Anderes. Es gibt also eine Kritik am Sozialismus, die die Augen verschließt vor der Möglichkeit, dass Eigentum etwas anderes sein kann als Privateigentum, und Arbeit etwas anderes als Privatarbeit. Weil die Menschheit aus Individuen besteht, müssen sie Individuen entgegen der Menschheit sein; die Menschheit ist nichts - soll wohl die Botschaft lauten.

²⁰⁰ Stalins Auffassungen, die die sowjetische ökonomische Wissenschaft zunächst teilte, bedürfen auch für sich einer Analyse resp. Überprüfung. Dass ein meines Erachtens marxistischer Standpunkt die spätere Kritik an Stalin zurückweisen muß, bedeutet wiederum nicht, dass nicht auch eine Kritik an Stalin möglich ist - jedoch der anderen Art.

²⁰¹ Es gibt noch die dritte Aussage Stalins zur Charakterisierung der Warenproduktion besonderer Art im Sozialismus, sie betrifft das gegen Geld getauschte Produkt der individuellen Konsumtion; in diesem Fall sprach auch Stalin von Waren (Übereignung gegen Geld oder Entgelt = Ursache von Warenform des Produkts). Da dieser von Stalin eingenommene Standpunkt auch der seiner Kritiker ist, entfällt er für die Festschreibung eines Dogmatismus Stalins.

Stalin hatte seine Auffassungen in seinem Buch "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" dargelegt. Noch im (von Stalin initiierten) Lehrbuch "Politische Ökonomie Kapitalismus/Sozialismus", 1. Auflage 1954 (DDR 1955), herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR/Institut für Ökonomie, ist diese Position Stalins voll übernommen. Hier heißt es

zu 1: "Die Produktionsmittel, die innerhalb des Landes auf die staatlichen Betriebe verteilt werden, sind ihrem Wesen nach keine Waren; aber sie behalten die Warenform bei, werden in Geld bewertet, was für die Rechnungslegung und die Kalkulation notwendig ist" (dazu PS) (S. 503);

und zu 2: "Die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus entspringt der Existenz der beiden Grundformen des sozialistischen Produktion: der staatlichen und der kollektivwirtschaftlichen Form. In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und Produkte Volkseigentum. In den Kollektivwirtschaften sind die Produktionsmittel ... sowie die ... Produkte Gruppeneigentum, kollektivwirtschaftlich-genossenschaftliches Eigentum. ... Da die Produkte der staatlichen Betriebe dem sozialistischen Staat, die kollektivwirtschaftlichen Produkte aber den Kollektivwirtschaften gehören, ist der Austausch durch Kauf und Verkauf die unerlässliche Form der wirtschaftlichen Verbindung zwischen der Industrie und der Landwirtschaft". (501)

Aber in der zweiten Hälfte der 50er Jahre kam es in der Sowjetunion zu einer ausgiebigen Debatte über die Warenproduktion, deren Gründe bzw. Ursachen im Sozialismus, über die Anwendung ihrer Kategorien, in deren Verlauf sich ein Paradigmenwechsel in der Grundlage einstellte. In dem 8 Jahre später (1962 UdSSR, 1965 DDR) erschienenen, inhaltlich überarbeiteten Lehrbuch, 4. Auflage, war ein Fazit dieser Debatten theoretisch verarbeitet worden:

"Stalin hat bekanntlich die Notwendigkeit der Warenbeziehungen in der UdSSR einseitig nur dadurch erklären wollen, dass die Kollektivbauern keine andere Form der ökonomischen Verbindung mit der Industrie akzeptierten, und hieraus den Schluß gezogen (*nein, hieraus nicht, das ist eine spezifische Fehldeutung Stalins, J.*), dass die innerhalb des staatlichen Sektors zirkulierenden Produktionsmittel keine Waren seien, der Wirkung des Wertgesetzes nicht unterlägen und nur die äußere Hülle von Waren besäßen. Auf Grund dieser falschen Konzeption vertrat er die Ansicht, dass die Warenproduktion mit dem Übergang zum Kommunismus unvereinbar sei". (537)

Und dann wird festgeschrieben: "Im Sozialismus ist die Warenproduktion und -zirkulation die Form der ökonomischen Beziehungen zwischen den vereinigten sozialistischen Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaften, Genossenschaften) sowie zwischen den staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben und der Bevölkerung". (541)

Der Vergleich zeigt, dass Stalin (die KPdSU, die sowjetische Wissenschaft 1954) vom Volkseigentum nicht als Warenproduktion sprach, auch nicht vom Volkseigentum als Warenproduktion besonderer Art - das dürfen wir unter keinen Umständen übersehen²⁰² -, aber

²⁰² Der Hinweis ist deshalb so wichtig, weil sich nun natürlich die Frage erhebt, was denn der *linke Radikalismus* (z.B. Trotzismus) in dieser Beziehung ist? Diese Position Stalins und der KPdSU bis 1954 doch wohl nicht. Aber nach dem Paradigmenwechsel bis 1962 *wurde* es diese Position Stalins und der KPdSU, Stalin wurde der Linksradikalist (und Trotzki - etwas spät zwar - ein "zu bedenkender

er sprach (resp. sie sprachen) von der ökonomischen Beziehung dieses Volkseigentums zu der anderen sozialistischen Produktionsform, der kollektivwirtschaftlichen, als einer Warenbeziehung besonderer Art.²⁰³

Umgekehrt lautet die Kritik an Stalin - 10 Jahre später - nicht, dass diese *besondere* Beziehung keine warenökonomische sei, sondern dass das *Volkseigentum* noch eine Form der Warenökonomie sei.

Das heißt die Umbestimmung in der Theorie besteht darin, dass von einem Verhältnis *zwischen* einem Allgemeinen und einem Besonderen zu einer Bestimmung *für* das Allgemeine als solches übergegangen wird; das Allgemeine erfährt eine Umwertung, nicht das Verhältnis des Allgemeinen zum Besonderen. Die Prioritäten werden umgekehrt, hier zunächst in der Theorie auf der höchsten Ebene, der des Verhältnisses zur Arbeit, zum Eigentum. Das ist die eigentliche, maßgebliche Veränderung, die die sowjetische ökonomische Schule in den rd. 10 Jahren seit dem Tode Stalins, seit den Debatten, die sie seither geführt hatte, zu treffen sich berufen sah. Stalin verneint, aber seine Kritiker bejahen. Die Veränderung in der Position ist gegenüber dem Volkseigentum ausgedrückt, dem *allgemeinen* Verhältnis oder Eigentum in dieser Frage. Mit der Begründung einer Warenproduktion im Sozialismus aus dem Volkseigentum selbst heraus wurde die Begründung mit einer doppelten Eigentumsform an sich überflüssig, überholt. Und damit war dann auch klar, dass die Frage, wie lange Sozialismus Warenproduktion bleibe, offen wurde; theoretisch bis in den Kommunismus hinein. In diesem Sinne wurde Stalin ja auch kritisiert.

Mit der Kritik an Stalin wurde aus der Revolution das Tempo herausgenommen und wurde eine zweigleisige Geschichte des Sozialismus wieder möglich.

Der Sozialismus, der Kommunismus, wurden wieder als Warenökonomien deklariert, es stand der Theorie wieder frei, ihre ökonomischen Subjekte zu bestimmen, d.h. die "Dezentralität" wieder - und nun im Dissens zur "Zentralität" - zu entdecken und zu bestimmen, dem ökonomischen Verhältnis nach, versteht sich. Die Abgrenzung vom Kapitalismus, vom Privateigentum war noch eine des Staates, der "äußeren Macht" (von Staat und Partei), aber war keine

Reformer"). Nur, die ganze Arbeiterbewegung ging damals mit der neuen Position der neuen KPdSU mit - ihr erschien das *richtig*. Man kann sich immer nicht vorstellen, dass eine ganze Partei die Richtung einer Revision des Programms einschlägt, obwohl wir doch eines Besseren belehrt sein müßten. (Man muß allerdings von einer Revision der besonderen Art sprechen, Stalins usw. Position ist in der *Praxis* nie völlig abgelegt worden, so dass sich "die Wende" mehr in der Theorie, Ideologie abspielte, weshalb es der Marxismus nicht einfach hat, zum Bewußtsein "über das Sowjetische" zu gelangen.)

²⁰³ Die NÖP zu privat arbeitenden Bauern, wie in den 20er Jahren, spielt in dieser entwickelten Auffassung keine Rolle mehr. Die Definition gilt auch nicht dieser ersten NÖP (für sie existiert überhaupt keine). Nur zur Erinnerung führe ich an, dass der sozialistische Staat seine Überwindung der originären Warenproduktion resp. die Anwendung seiner Prinzipien in der NÖP für Bauern darin zum Ausdruck brachte, dass er in seiner Insistierung auf *nichtäquivalente Preise* (übrigens in beiderlei Richtung) zwar nicht die Form des Wertes, der Erstattung der eigenen Arbeit in der Form der anderen Arbeit ablehnte, aber sich damit nicht a priori, per Gesetz (per Ideologie, per Theorie), zur Äquivalenz der Erstattung verpflichtet hatte. Nichtäquivalenz statt Äquivalenz ist aber die erste Form der Aufhebung einer Kategorie als Verhältnis, also als Eigentum; Recht (!) auf Nichtäquivalenz, wie es der erste sozialistische Staat praktizierte, zeigt, dass dieser Staat frei vom Eigentum ist, dass *er* das Eigentum beherrscht, nicht umgekehrt das Eigentum ihn.

der ökonomischen Verkehrsform mehr. Dem Neuen, "Äußeren", Zentralen, wurde eine *systematische* Form abgesprochen, und dass diese im Volkseigentum bereits gesetzt war, Planung der Produktion wurde das *Unsystematische* (Gewollte, Subjektive, "Voluntaristische", letztlich Anarchische, sich Verselbstständigende gegen das "Objektive der Produktion", gegen die - *Innovativen*).

Statt sich über die ökonomischen Beziehungen, die innerhalb des Volkseigentums entstanden waren, theoretisch im Klaren zu werden, das Neue, das Revolutionäre wirklich zu begreifen - auch in den "Ware-Geld-Beziehungen" des Volkseigentums selbst -, *sie sachlich zu verteidigen*, ging die ganze Initiative dahin, die Reform zu finden, in der das "Unklare", das "Ungewisse", "Diffuse" dieser neuen Beziehungen wieder *ins Reine*, wieder in die *klare Form*, wieder *zur Sache* gebracht werden könne; die Rückversicherung an die geschichtliche Vergangenheit begann. Die ganze Initiative - in Praxis wie Theorie - ging dahin, wieder *richtig Warenökonomie* zu machen, alles, was darüber im Überbau und in den (staatlichen) Rechten erschienen, abzubauen und dem "Stalinschen Dogma" den Garaus zu bereiten. Dabei war es kein Stalinsches Dogma, sondern nur das, was der sowjetische Staat, Lenin, im Verhältnis zu den enteigneten Kapitalisten Rußlands, nur in diesem Verhältnis zu den bisherigen Lohnarbeitern, aufgebaut hatte. Und daran hielt Stalin natürlich fest.

Heute, wo wir eine ganze Geschichte des Sozialismus überschauen und theoretisch zu verarbeiten haben, insbesondere diese Wende zur bürgerlichen Restauration in ihr, haben wir uns der Frage zu stellen, ob das, was im allgemeinen in der Arbeiterbewegung als eine Entwicklung zum Richtigen, zum besseren Verständnis des Übergangs von der bürgerlichen Gesellschaft zur sozialistischen empfunden wurde (und heute noch so empfunden wird), und worin das bürgerliche Mittel Ware und Wert an eine dominante Stelle zu rücken schien, nicht eine Abkehr von der richtigen Entwicklung, eine Aufhebung der Dominanz von Volkseigentum (= nicht mehr Eigentum) war, also wir das Gegenteil von dem geglaubt und auch gemacht haben, was wir hätten denken, hätten machen sollen. Also nicht die Inkonsequenz, sondern die Konsequenz - der Revolution - entwickeln sollen.

Letzte Frage: War Stalin ganz ohne Problem? Nein. Der Marxismus, der es mit dem Marxschen, dem Leninschen, dem Stalinschen Erbe, und mit der sozialistischen Praxis zu tun hat, wird an dem Punkt ansetzen, wo Stalin *offensichtlich* hinter Lenin zurückfällt, und das ist an dem Punkt, wo er vom *Volkseigentum* im Verhältnis zur bäuerlichen sozialistischen Genossenschaft (Kolchos) als *Eigentum* spricht. Volkseigentum ist nicht Eigentum, sondern ist seine Aufhebung. Es kann nur als das Gegenteil von Eigentum deklariert werden, und das erscheint in seinem inneren Verhältnis, und das erscheint auch in seinem "Außen"verhältnis. D.h. das erscheint sowohl in einem solchen Verhältnis, wo Außen noch ein privates Eigentum ist, also in Sowjetrußland während der NÖP, als dann natürlich verstärkt, entwickelt im Verhältnis zu den Bauern, die sich als Eigentum, als Arbeit auf den Weg zum Volkseigentum, d.h. zur Aufhebung der Eigentumsform gemacht haben. Stalin definiert etwas für das Volkseigentum, was nicht mehr des Volkseigentums ist: Eigentum.

Während Lenin angesichts der NÖP, des Austausches zu den Bauern, den berühmten Satz spricht, dass das Produkt der sozialistischen Fabrik "schon keine Ware mehr im Sinne der Politischen Ökonomie sei", dass es "nicht Ware ist, bereits keine Ware mehr ist, dass sie aufhört, Ware zu sein", was ja nur so zu erklären ist, dass die inneren Beziehungen der sozialistischen Fabriken keine Beziehungen mehr des Eigentums untereinander sind, Lenin also eine Definition

für das Volkseigentum trifft, erhebt Stalin das im Verhältnis zu den Bauernkollektiven agierende Volkseigentum zum Eigentum. Er tut etwas im Grunde Überflüssiges. Er spricht in dieser Beziehung zwischen Volkseigentum und neuer Kollektivwirtschaft vom Volkseigentum wie Eigentum.

Und das ist der Fehler.

Nie ist Volkseigentum Eigentum, das kann in der neuen Beziehung zur Kollektiven Arbeit nur stärker, nur unverhüllter erscheinen als noch in einer Beziehung zwischen Volkseigentum und Privateigentum. Und war folglich zu betonen. Es schützt Stalin jetzt bereits nicht mehr, dass er noch wie Lenin - in anderen Worten - davon spricht, dass zwischen sozialistischen Betrieben zirkulierende Produktionsmittel keine Waren mehr sind. Er hat den Eigentumscharakter des Volks"eigentums" betont, und damit in der Voraussetzung, Abstraktion, dem Verhältnis zur Arbeit nach, bestimmt, dass des Volkseigentums Produkte eigentlich Waren sein würden, eigentlich Waren zu sein hätten, und dies ganz unabhängig davon, dass er die Produkte der Kollektivwirtschaften als solche bestimmt hatte bzw. die Produkte des Volkseigentums im Austausch mit diesen der Kollektivwirtschaften ebenfalls als Waren bestimmt. Es war immer umgekehrt zu bestimmen, dass sich der Nichtwarencharakter der Produktionsmittel der volkseigenen Wirtschaft dahingehend auswirkt, dass auch die Produktionsmittel der genossenschaftlichen Arbeit Nichtwarencharakter annehmen, sie ihrem Verhältnis nach übergehen zu dem Charakter der Produkte des Volkseigentums.

In der NÖP sind die Produkte der Bauern noch Waren, reduzierte ihrem Recht nach, aber Waren, und sind die Produkte der Arbeiter keine Waren mehr im Sinne der Politischen Ökonomie²⁰⁴. Bei Wechsel nun der Bauern (Handwerker, Kapitalisten auch) von der privaten zur genossenschaftlichen Arbeit, was erste Form des Übergangs der Privaten zum Volkseigentum ist, nehmen die Produkte der Privaten auch nur die erste Form einer Ware *nicht* mehr im Sinne der politischen Ökonomie an. Ist *das* nicht logisch? Warum soll umgekehrt logisch sein, dass jetzt die Produkte der assoziierten Arbeit wieder die erste Form einer Ware *im Sinne* der Politischen Ökonomie annehmen? Wo die einen Produkte aufhören Waren zu sein (immer im Sinne der Pol-Ök.), hören die anderen Produkte auf, Nichtwaren zu sein? Was für ein Blödsinn. Im Augenblick, wo sich die Privatarbeit aufhebt zum Volkseigentum, hebt sich das Volkseigentum auf zur Privatarbeit. Wir müssen - natürlich nur im Nachhinein - diejenigen, die von einer Logik dieses Schrittes der KPdSU überzeugt sind, auf die innere Unlogik dieses Schrittes aufmerksam machen - sonst wird der Paradigmenwechsel der 60er Jahre in der Ökonomie des Sozialismus, mindestens der Theorie nach, nicht klar.

Stalin ist sich der Auswirkung auf die allgemeine Theorie nicht im Klaren, wenn er das Volkseigentum zum Eigentum erhebt, und zwar erhebt in dieser Abstraktion als Verhältnis als solchem. Und in der Beziehung zu einem wirklichen Eigentum, das sich auf den Weg zu einem Nichteigentum, also einem Volkseigentum gemacht hatte. Damit war das Verhältnis ausdeutbar, war seine innere Bestimmtheit/Dialektik von Allgemeinem - und Nichteigentum - und einem Besonderen - Eigentum auf dem Wege zum Nichteigentum - umzukehren, weil dieser Nichteigentumscharakter des Volkseigentums in Frage gestellt, zur Disposition gestellt worden

²⁰⁴ Warum, was das ist, bedarf immer einer genauen Erklärung, d.h. es muß sich um reales praktisches Verhalten handeln - soviel an dieser Stelle. Bei Lenin ist das nur erst gesagt, nicht erklärt.

war. Wenn in einem Verhältnis zum Besonderen auch das Allgemeine ein Besonderes werden kann, ist das Allgemeine nicht das Allgemeine, sondern nur ein Besonderes, dann kann der Charakter des Allgemeinen ebensogut aus dem Besonderen, ebensogut wie ein Besonderes bestimmt werden, dann treten sich in diesem Sozialismus nicht der Arbeiter und der Bauer, die Aufhebung des Eigentums und das Eigentum gegenüber, sondern zwei Eigentumsformen, und ist das Volkseigentum noch nicht seine Aufhebung als Eigentum - weil es noch privatem Eigentum gegenüber zu treten hat, und das macht seinen Charakter *besonders*; d.h. zum Eigentum sagen wir Nr. 15 in der Geschichte. Volkseigentum hat also keinen Charakter, sondern er ist jeweils der, der entsteht, wenn es anderem gegenübertritt. Was also bestimmt was, wer bestimmt wen? Wenn das Volkseigentum Eigentum - in dem jeweiligen Verhältnis, das entsteht, wenn es anderem Verhältnis gegenübertritt -, dann ist es nichts, ist es selber nichts, nichts an sich, resp. ist es - Eigentum, dann bedeutet Volk in seinem Begriff nichts im Verhältnis zu Eigentum in diesem.

Das Problem ist doch so, dass wir entweder ein Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem bestimmen, also eine Ungleichheit, oder wir auf etwas Gleiches reduzieren, worin der Unterschied, ein Verhältnis erloschen resp. von diesen abgesehen ist - wie eben bei der Ware, wo in der Reduktion auf die Abstraktion gleiche Arbeit vom Unterschied als konkrete abgesehen ist. Hier ist - in der Definition alles und jeden auf Eigentum - für Eigentum definiert, was dort für die Arbeit. Ich hoffe, alle Leser verstehen, was gemeint ist. Wenn Warenproduktion, dann deklariert das Volkseigentum seinen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit bei der genossenschaftlichen Arbeit, und umgekehrt die genossenschaftliche Arbeit den ihren bei der volkseigenen. Aber Aufhebung von Eigentum, was Volkseigentum *ist*, bewegt anders als nach dem Gesichtspunkt von Anteilen an der abstrakten Arbeit. Es bewegt anteilig gesehen nach den Anforderungen, die an die Arbeit ausgehend vom Bedarf an Gebrauchsgütern, deren Wechseln gestellt werden. Das sind andere quantitative anteilige Rechte, die dadurch für die Betriebe an die Arbeit (auch als abstrakte, zeitlich geltende) entstehen, und sind auch nicht mehr dadurch bestimmbar, dass sie in der Form der abstrakten Arbeit auftreten, sondern unmittelbar in der Form der konkreten Arbeit.²⁰⁵

Stalin hätte ein Dogma gesetzt - mit dem Nichtwarencharakter der Produktionsmittel der sozialistischen Betriebe -, das zu überwinden war. Richtig, er war selbst die abstrakte Voraussetzung dafür, als Dogma erkannt zu werden. Wenn das Volkseigentum Eigentum, dann ist es nur logisch, dass es, wenn es auf nicht volkseigenes Eigentum, also privates Eigentum trifft - und sei dieses tausendmal auf dem Wege zum "Volkseigentum" befindlich -, sich auch wie Eigentum verhält, d.h. zu seinen Produkten als Waren verhält. Dagegen hätte Stalin also nur zu sagen gehabt, dass sich der Nichtwarencharakter der Produkte des Volkseigentums aus dem Nichteigentumscharakter des Volkseigentums ergibt - dann wäre alles gut gewesen, dann hätten alle begriffen. Aber so begriffen alle: Volkseigentum ist Eigentum, aber Ware nur nach außen, im Austausch mit anderem Eigentum - das ist doch unlogisch (für die Produkte), inkonsequent - ergo: Dogma! Dogma gegen das Volkseigentum. Inkonsequenz zwischen dem Verhältnis der Produkte und den Produkten des Verhältnisses. Ergo: Das Dogma muß gegen das

²⁰⁵ Es ist nicht einfach, dieses andere ökonomische Denken denjenigen zu vermitteln, die die Ökonomie nur aus der Aneignung der abstrakten Arbeit, der Aneignung der Arbeit als eigenen Beitrag betrachten. Wir sind des Kommunismus ungewöhnt.

Volkseigentum gebrochen werden, was nach außen, gilt auch nach innen, was für das Verhältnis, auch für die Produkte. - Man muß ein Dogma überwinden, das Stalinsche vom Eigentumscharakter des Volkseigentums. Nur dieses; das andere, von den Produkten, nicht - denn dass sie nicht Waren, ist kein Dogma, sondern eine Wahrheit.

*

PS. Stalins Auffassung vom Arbeitsprodukt als keiner Ware mehr, ihrer notwendigen Geldform andererseits, lädt zu Überlegungen ein. Geld müßte etwas anderes sein können als die Erscheinungsform des Wertes, wenn von den Produkten der Arbeit gesagt würde, dass sie ihrem Wesen nach keine Waren mehr seien. Sonst wäre Stalins Definition ein Widerspruch in sich selber. Man hat ihm daher auch entgegengehalten, eine Form ohne Inhalt (ein Geld, das den Wert nicht ausdrückt) sei ein Unsinn. So dass sich rückwirkend die Auffassung entwickelte, aus dem Geld, dieser Form, auf den Inhalt, den Wert, und damit auf die Ware zu schließen. In der Tat stützt sich die Kritik an Stalin, die in der volkseigenen Wirtschaft zirkulierenden Produktionsmittel würden keine Waren mehr sein, auf die allgemein gültige Geldform. D.h., dass das gemeinsame Eigentum wie der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit die Begründung für eine Warenform der Produkte nicht mehr hergibt, darüber war man sich im allgemeinen, in beiden Lagern der sozialistischen Wissenschaft im Klaren.

Den nunmehr einsetzenden Versuch, dem Volkseigentum im Sozialismus wie dem Charakter der assoziierten Arbeit einen unentwickelten Status unterzujubeln - wie man verbreitet lesen kann -, halte ich nicht für seriös; hier wird mit der Wurst nach der Speckseite geworfen, d.h. man will eine Kritik an Stalin mit aller Gewalt begründen - und verrennt sich. Es gibt aber einen viel gewichtigeren Grund, worin Stalins scheinbarer Widerspruch eine Aufklärung findet (obwohl er selbst sie nicht anbietet, d.h. man muß sich Stalin auch erklären): Trotz der allgemeinen Geldform kann sich die Theorie von der allgemeinen Warenform nicht auf einen beständig wirkenden Mechanismus stützen, über den die *Veränderung* der Werte in Preise resp. in Geldmengen auch umgesetzt ist.

D.h. Preise blieben Festpreise angesichts mobiler Wertgrößen. Feste Preise sind aber die einzigen Preise, worin die Aneignung von Arbeitsgütern an die Naturalform gebunden bleibt, d.h. es kann nicht - über die Veränderung der Preise - zu Veränderungen der Kaufkraft des Geldes kommen, zu ganz anderen Güteraneignungen als denjenigen, die geplant waren. Festpreise setzen also die Planung um, die anhand der naturalen Vorgaben die Produktion bestimmt. Geld ist zwar allgemeine Form, aber auch seine Form ist nicht mehr die des Geldes, das den Wert ausdrückt, sondern es ist ein "Schein", der zum "Kauf" von per Plan verteilten Gütern berechtigt. Geld ist an den Plan gebunden. Damit fällt auch die Möglichkeit, aus dem Geld - obwohl es aller Güter Form ist und Güter nur über Geld (gegen Geld als Entgelt) angeeignet werden können - auf die Ware im Sozialismus zu schließen; wegen dieses anderen Verhaltens zum Geld ist das nicht machbar.

Hermann Jacobs, Berlin

Kurt Gossweiler: Warum Rückgriff auf „Die Zwiebel Gorbatschow“? Einleitende Bemerkungen zur Wiederveröffentlichung - 15.3.06 ²⁰⁶

Ist der Michail Gorbatschow seit Veröffentlichung seines Artikels im „Spiegel“ im Januar 1993 - (s.. „Zwiebel“, Punkt VIII) - , spätestens jedoch seit Veröffentlichung seines Vortrages in Ankara im Oktober 1999 (s. Punkt IX) in der Zeitung der DKP „Unsere Zeit“ vom 8. September 2000 nicht längst von allen Kommunisten und Sozialisten dahin befördert worden, wohin solche Leute gehören – auf den Müllhaufen der Geschichte?

Davon war ich bisher fest überzeugt, aber das war – wie ich zu meiner maßlosen Überraschung feststellen mußte, ein Irrtum. Maßlos war meine Überraschung deshalb, weil sie mir von einer Zeitung und einem ihrer Mitarbeiter bereitet wurde, von der ich solches nie erwartet hätte – nämlich von der einzigen konsequent antiimperialistischen Tageszeitung in Deutschland – der „Jungen Welt“ - und ihrem Mitarbeiter Werner Pirker, der mir bislang mit seinen Beiträgen fast immer aus dem Herzen gesprochen hatte.

Ausgerechnet zum 50. Jahrestag jenes Parteitages der KPdSU, der als erster Parteitag dieser Partei die Feinde der Sowjetunion und des Sozialismus mit erwartungsvoller Hoffnung erfüllte, die kommunistische Bewegung jedoch in eine sich ständig vertiefende Krise stürzte, - also zum XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, - und zum 20. Jahrestag des Parteitages dieser Partei, der den Auftakt zur Endkrise der Sowjetunion und ihrer europäischen Verbündeten gab, - also zum 27. Parteitag im Februar 1986 - erschien die „Junge Welt“ mit mehreren Ausgaben und mehreren Artikeln aus der Hand von Werner Pirker zur positiven Würdigung dieser Parteitage und ihrer Organisatoren, Chruschtschow und Gorbatschow.

An dieser Stelle soll nur von Gorbatschow die Rede sein. Seine von Pirker vorgenommene unbegreifliche Ehrenrettung in den Artikeln in der „Jungen Welt“ vom 28. Februar und 1. März d. J. kann um der historischen Wahrheit willen nicht unwidersprochen bleiben

Im ersten Artikel zum 27. Parteitag - in der „Jungen Welt“ vom 28. Februar -, stellt Pirker an den Anfang gleich die These, mit der alle Verrats-Beschuldigungen pauschal vom Tisch gewischt werden: *„Die KPdSU war nicht dem Ansturm feindlicher Kräfte erlegen, sondern ist an sich selbst zugrunde gegangen“.*

Gorbatschow hatte in seinem Ankara-Vortrag offen heraus gesagt: „Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus“.

Das weiß Pirker aber besser. Über Gorbatschows Auftreten auf dem 27. Parteitag belehrt er uns: *“Michail Gorbatschow versuchte erst gar nicht, die Delegierten mit einem radikal erneuerten Parteiprogramm zu konfrontieren. Weil er nicht den Mut aufbrachte, den Chruschtschow 1956 bewiesen hatte? Oder weil er – Perestroika hin, Glasnost her – die Delegierten über seine wirklichen Absichten in Unklarheit lassen wollte? Am wahrscheinlichsten ist die Annahme, dass er selbst noch nicht wusste, wohin die Reise zu gehen hat“.* (Meine Unterstreichung, K.G.)

Gorbatschow, - so weiß es Pirker- ist im Grunde ein Opfer des „bürokratischen Sozialismusmodells:“ Die Probleme des bürokratischen Sozialismusmodells lagen zu Beginn der Gorbatschow-Ära offen zutage und waren im Grunde bereits übermächtig geworden

²⁰⁶ Aus.: „offen-siv 4-2006; Ausgabe März-April des Jahres, S. 36-62

In seinem bürokratischen Korsett vermochte der Sozialismus keine ihm adäquate demokratische Öffentlichkeit hervorzubringen. Der Strukturkonservatismus korrespondierte mit der sozialen Trägheit der Massen“

Also die Trägheit der Massen war es, - nach Pirker - die Gorbatschow daran hinderte, das Nötige zu tun!

Was Gorbatschow in Wahrheit hinderte, seine Absichten kurz entschlossen zu realisieren, war nicht „die soziale Trägheit der Massen“, sondern seine Furcht vor dem Widerstand der Massen gegen die Demontage der sozialistischen Ordnung.

Wie Gorbatschow deshalb die Massen an der Nase herumführte und über seine wahren Absichten vorsätzlich täuschte, hat er in seinem Spiegel-Interview ausgeplaudert. Der Spiegel-Reporter zu Gorbatschow zum Verlauf der „Perestroika“: „Den einen ging es zu langsam, den anderen war alles zu radikal“.

Dazu Gorbatschow: *„Und Gorbatschow musste das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man noch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war.“* (Meine Unterstr., K.G.)

Pirker knüpft an seine Bemerkung über die „Trägheit der Massen“ die folgende Betrachtung an:

„So gesehen war der Gedanke, die Verhältnisse durch ein neues System gesellschaftlicher Offenheit aufzubrechen, der Situation durchaus angemessen. In seinem Parteitage referat sagte Gorbatschow ‚Ohne Glasnost gibt es keine Demokratie, und kann es sie auch nicht geben...Man braucht Glasnost im Zentrum, doch ebenso sehr, vielleicht sogar noch mehr an der Basis, dort wo der Mensch lebt und arbeitet.‘

Das brachte noch eine Vorstellung von Demokratie zum Ausdruck, wie sie sich nur auf der Grundlage sozialistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse entwickeln kann. Und eine Vorstellung von Offenheit, die nicht den bürgerlichen Parlamentarismus zum Vorbild hat, sondern auf eine breite gesellschaftliche Debatte abzielt, die Fehlentwicklungen aufdeckt, die Untertanenmentalität zurückdrängt, Formen der Volkskontrolle aktiviert und so das Kreativpotential der Basisschichten freisetzt. Darin bestand die Philosophie der frühen Perestroika, die sich in der Formel: ‚Mehr Demokratie, mehr Sozialismus‘ ausdrückte.“

An dieser Stelle müssen Pirker allerdings Bedenken gekommen sein, ob er mit dieser Lobpreisung des Gorbatschow zum sozialistischen Musterdemokraten nicht doch dem Leser etwas zuviel zugemutet hat, denn er relativiert sie mit dem nächsten Satz: *„So hatte es zumindest den Anschein.“*

Nachdem Pirker uns vorgeführt hat, dass Gorbatschow eigentlich auf dem richtigen Wege zur wirklichen sozialistischen Demokratie war, kommt er nicht umhin, zu erklären, weshalb er dennoch *„scheiterte“*.

Dafür führt er persönliche Eigenschaften Gorbatschows an: *„Seine geringe Volksverbundenheit und seine soziale Arroganz.“* Sie seien der Grund dafür gewesen, dass er *„nie zu großer Popularität gelangt“* sei – was wir für die Jahre 1985 bis 1987 ganz anders in Erinnerung haben! - , und das habe auch *„die Grundlage für den Aufstieg seines größten Rivalen Boris Nikolajewitsch Jelzin“* gelegt.

Auch das ist eine erstaunliche Fehleinschätzung: Wo Pirker nur Rivalität sieht, herrschte in den ersten Jahren zwischen Gorbatschow und Jelzin über das Ziel völliges Einvernehmen und eine vereinbarte Arbeitsteilung, deren Inhalt ich im Punkt IV der „Zwiebel“ geschildert habe: Gorbatschow spielt die Rolle des Verteidigers des richtigen Mittel-Kurses gegen die linke und rechte Opposition, Jelzin spielte die Rolle eines oppositionellen Drängers in die Richtung viel weitgehenderer Reformen, war damit aber nur der Wegbereiter auf dem Wege zum gemeinsamen Ziel beider – der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion.

Das aber war auf direktem Wege, ohne Verschleierung durch vorgespelte Richtungskämpfe, nicht zu erreichen.

Zum Konkurrenzkampf zwischen Gorbatschow und Jelzin kam es erst und konnte es erst kommen, nach dem das Ziel schon so gut wie erreicht war.

Einen weiteren Grund für das „Scheitern“ Gorbatschows hat Pirker darin „erkannt“, dass Gorbatschow zu dumm war, um die Ziele des Imperialismus zu erkennen. Er entdeckte bei Gorbatschow eine „*Verkennung des grundsätzlich aggressiven Charakters des Imperialismus*“. Ein Zeugnis dieses „*Verkennens*“ ist für Pirker die „*Kernthese des Neuen Denkens*“ von der „*Priorität allgemein-menschlicher gegenüber Klasseninteressen.*“

Sollte es Pirker nicht zu denken geben, dass diese „Kernthese des neuen Denkens“ – allerdings noch in Keimform – schon von Chruschtschow angesprochen wurde? Der ließ sich auf dem XXI. Parteitag der KPdSU (1959) nämlich schon so vernehmen: „*Wenn sich die amerikanischen Politiker und Militärs von allgemein-menschlichen Überlegungen leiten ließen und nicht von egoistischen Absichten, wäre das für alle besser.*“ (Zitiert mit Quellenangabe in der „*Taubenfußchronik*, Bd. II, S.235) Der gleiche Chruschtschow hat ja dann bei seinem Besuch des USA-Präsidenten Eisenhower (1959) entdeckt, dass der wirklich die friedliche Koexistenz mit der Welt des Sozialismus anerkannt habe! Die „*Verkennung des grundsätzlich aggressiven Charakters des Imperialismus*“ ist also schon bei Gorbatschows Vorläufer Chruschtschow stark ausgeprägt – was Pirker allerdings entgangen zu sein scheint.

Seine Studien zum XX. und XXVII. Parteitag der KPdSU haben offenbar nicht ausgereicht, ihm die Erkenntnis zu vermitteln, dass die ideologische Leitlinie dieser Parteitage der moderne Revisionismus war, und dass zu einem der Hauptmerkmale dieses Revisionismus die Ersetzung des Kampfes gegen den Imperialismus durch die Versöhnung und Zusammenarbeit mit diesem gehört.

Von einer solchen Erkenntnis scheint Pirker weit entfernt; auf jeden Fall aber will er offenbar seine Leser von einer solchen Erkenntnis fernhalten, indem er das Bild eines Gorbatschow malt, der ziemlich konzeptlos war und sich von den Ereignissen treiben ließ, der aber auf keinen Fall bewusst darauf hingearbeitet hat, das Ende der Sowjetmacht herbeizuführen:

„*Je mehr die Perestroika in der Praxis auf der Stelle trat, desto radikaler wurde die Theorie der Perestroika. Sie schien die Verhältnisse von links außen umwerfen zu wollen. ‘Dem Volke die Macht, den Arbeitern die Fabriken, den Bauern das Land.’, deklarierte das Machtzentrum um den General-sekretär. Das verhiess mehr und nicht weniger Sozialismus. Eine über die Verstaatlichung der Produktionsmittel hinausgehende reale Vergesellschaftung war angesagt. Es wird wohl immer ein Geheimnis bleiben, von welchen Ideen der Führungsstab der Perestroika damals wirklich bewegt wurde.*“

Hätte Pirker die Rede Gorbatschows vor Vertretern der Massenmedien vom 29. März 1989 gründlich gelesen und als Marxist analysiert, dann hätte er daraus ersehen können, dass Gorbatschow nicht nur sehr genau wusste, wohin er wollte, sondern es sogar – wenn auch nicht direkt und unverhüllt – ankündigte: zur Wiedereinführung des Privateigentums an Produktionsmitteln! (S. dazu Punkt IV).

Aber schon vor dieser Rede war - worauf Pirker in dem letzten Abschnitt seines Artikels in der j.w. vom 28. 2., sogar unter der Überschrift „Bereichert Euch“!, ausdrücklich hinweist – im Dezember 1986 ein „Gesetz über individuelle Erwerbstätigkeit“ und ein zweites Gesetz, das „Gesetz über die Genossenschaften“, verabschiedet worden, Gesetze, die Pirker erstaunlicherweise so kommentiert: *„Schwer zu sagen, ob es sich dabei um theoretische Konfusion handelte oder ob bereits die Absicht dahintersteckte, das Gesellschaftseigentum zu zersetzen.“*

Woher bloß solche Zweifel, hat doch Gorbatschow für sie mit seiner klaren Aussage sowohl im Spiegel wie in seinem Ankara-Vortrag keinen Raum gelassen? O-Ton Gorbatschow im Spiegel-Interview 1993 auf die Frage, ob er noch Kommunist sei: *„Wenn Sie meine Aussagen nehmen, dann wird Ihnen klar, dass meine politischen Sympathien der Sozialdemokratie gehören und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland.“*

Und Gorbatschow in Ankara 1999: *„Als ich den Westen persönlich kennengelernt hatte, war meine Entscheidung unumkehrbar. Ich musste die gesamte Führung der KPdSU und der UdSSR entfernen. Ich mußte auch die Führung in allen sozialistischen Staaten beseitigen. Mein Ideal war der Weg der sozialdemokratischen Parteien.“*

Hätte Pirker nicht allen Grund, Gorbatschow dankbar dafür zu sein, dass er ihn aller Zweifel über seine, Gorbatschows, Ziele und Motive enthoben hat? Aber nein! Er möchte offenbar an seinen Zweifeln festhalten, und er möchte darüber hinaus, dass seine Leser diese teilen: *„Man sollte“*, schreibt er, *„Michael Sergejewitsch vor seiner Selbstverleumdung, gegen den Sozialismus konspiriert zu haben, in Schutz nehmen“*.

Wieso denn das? Dazu Pirker: Gorbatschow *„dürfte damals noch überhaupt keinen Plan gehabt haben. Als das Scheitern des sozialistischen Erneuerungsprojekts absehbar war, ließ er die Dinge laufen, wie sie liefen.“*

Kommunisten, wie z.B. Rolf Vellay, bedurften keiner Bekenntnisse Gorbatschows, wie die zitierten, um in ihm einen bewußten Feind des Sozialismus zu erkennen. Auf der sog. Perestroika-Konferenz des Frankfurter IMSF der DKP im Jahre 1987 erklärte Vellay hellsichtig: *„Gorbatschow als Generalsekretär – das ist die Konterrevolution an der Spitze der KPdSU! Gorbatschow als Präsident der UdSSR – das ist das Ende des Sozialismus in der Sowjetunion! ‚Neues Denken‘ – das ist die Paralyse des revolutionären Gehalts der kommunistischen Weltbewegung.“*²⁰⁷

Wie ist es zu erklären, dass sich ein Werner Pirker, den die Leser der „Jungen Welt“ doch über Jahre hinweg als einen scharfsichtigen Analytiker imperialistischer Mächtschaften kennengelernt haben, sich in den Fällen Chruschtschow und Gorbatschow mit dem Erkennen der Wahrheit nicht nur schwer tut, sondern die offen zutage liegende Wahrheit als nicht vorhanden

²⁰⁷ Rolf Vellay, *Ausgewählte Aufsätze, Briefe und Vorträge*, Heft 83, Berlin, Mai 2002 der Schriftenreihe für marxistisch-leninistische Bildung der KPD.

erklärt? Die Antwort darauf ist einfach genug: Pirker „weiß“ doch schon längst und hat es auch uns doch gleich am Anfang des Artikels wissen lassen: *„Die KPdSU ist nicht dem Ansturm feindlicher Kräfte erlegen, sondern ist an sich selbst zugrunde gegangen.“*

Wenn dem Tatsachen entgegenstehen – umso schlimmer für die Tatsachen! Da die KPdSU - nach Pirkers Entscheidung - nicht zugrunde gerichtet wurde, sondern an sich selbst zugrunde ging, können Gorbatschows Bekenntnisse nur Erfindungen sein, bestenfalls eine „Selbstverleumdung“, vor der man ihn schützen sollte....

Pirkers merkwürdiges Augen-Verschließen vor längst erwiesenen Tatsachen hat seinen Grund darin, dass für ihn wie für alle Anti-Leninisten vor ihm – von Kautsky, über Trotzki und Tito bis zu Gysi, Brie und Bisky - das von Lenin begründete und von Stalin gefestigte „Sowjetsystem“, das „sowjetische Modell“, das „Leninsche Partei- und Machtmodell“, „der Staatssozialismus“, „das bürokratische Kommandosystem“ - von allem Anfang an den Todeskeim in sich trug und irgendwann einmal unbedingt scheitern bzw. „sich selbst zerstören“ musste. In dieser Auffassung befindet er sich in einer verblüffenden Übereinstimmung mit Robert Steigerwald. Steigerwald sagt ähnlich wie Pirker: *„Hauptursache des historischen Niedergangs ist also ein Organisationstypus....Die Gorbatschow-Gruppe war mit dieser Sackgassen-Konstellation konfrontiert. Heute brüsten sich ihre wichtigsten Vertreter dessen, bewußt und mit Anleihen bei der Sozialdemokratie den Weg der Zerstörung der Sowjetunion eingeschlagen zu haben. Ich halte sogar das noch für Schwindel, den sie erfinden, um ihr Fiasko als ihr Verdienst hinzustellen und sich im Westen lieb Kind zu machen.“*²⁰⁸

Die Konsequenz solcher Auffassungen besteht in der Schlußfolgerung: von diesem gewesenen Sozialismus-Modell gibt es nichts zu lernen, außer – wie man es nicht machen darf! Die schlimmen Folgen einer solchen Auffassung sind unter anderem am Schicksal der französischen und österreichischen KP und am Programm-Entwurf der DKP zu studieren.

Wir fragten in der Überschrift: Warum dieser Rückgriff auf die „Zwiebel Gorbatschow?“ Die Antwort ist: Wenn die einzige konsequent antiimperialistische Tageszeitung Deutschlands und einer ihrer zu recht geschätztesten Mitarbeiter so deutlich erkennen lassen, dass sie auf dem Gebiet historisch-materialistischer Analyse geschichtlicher Tatsachen Hilfestellung benötigen, dann sollte jeder, der dazu etwas beitragen kann, sie ihnen und ihren Lesern nicht vorenthalten.

Kurt Gossweiler, 15.3.06, Berlin

Kurt Gossweiler: Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow ²⁰⁹

I. Die äußere Schale: Auf dem Wege der Machterschleichung

1. Aus der Rede M. G.s auf dem Trauermeeting anlässlich des Todes seines Vorgängers K. U. Tschernenko (ND v. 14. 3. 85): „Unter seiner (Tschernenkos) Leitung wurden vom Zentralkomitee und vom Politbüro des ZK wichtige Beschlüsse zu Grundproblemen *der ökonomischen und sozialpolitischen Entwicklung des Landes* sowie zur kommunistischen Erziehung der Massen gefaßt und verwirklicht. Konstantin Ustinowitsch tat viel für die

²⁰⁸ Robert Steigerwald, Kommunistische Stand- und Streitpunkte, GNN Verlag, Schkeuditz, '02, S.34 f.

²⁰⁹ Aus:: „offen-siv 4-2006; Ausgabe März-April des Jahres, S. 36-62

Verwirklichung des Leninschen Kurses unserer Partei – des Kurses zur Festigung der Stärke unserer Heimat sowie zur Erhaltung und Festigung des Weltfriedens. Heute erklären die Kommunistische Partei, ihr Zentralkomitee und das Politbüro des ZK vor dem sowjetischen Volk nachdrücklich ihre unerschütterliche Entschlossenheit, der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus, der Sache des Friedens, des sozialen Fortschritts und des Glücks der Werktätigen treu zu dienen.”

2. Aus einem Interview, das M. G. am 4. Februar 1986 der KPF-Zeitung “l’Humanité” gab: *“Frage: In verschiedenen Kreisen des Westens wird häufig die Frage gestellt: Sind in der Sowjetunion die Überbleibsel des Stalinismus überwunden? Antwort: Stalinismus ist ein Begriff, den sich die Gegner des Kommunismus ausgedacht haben und der umfassend dafür genutzt wird, die Sowjetunion und den Sozialismus insgesamt zu verunglimpfen. 30 Jahre sind vergangen, da auf dem XX. Parteitag die Frage der Überwindung des Personenkults um Stalin gestellt und ein Beschluß des ZK der KPdSU dazu gefaßt worden ist. Sagen wir es offen, dies waren keine leichten Beschlüsse für unsere Partei. Dies war eine Prüfung für die parteiliche Prinzipienfestigkeit, für die Treue zum Leninismus. Ich meine, wir haben sie würdig bestanden und aus der Vergangenheit die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen.”*

Kommentar: Diese Antwort ist bereits gekennzeichnet von der Undeutlichkeit und doppelten Auslegbarkeit, die auch die künftigen Äußerungen G.s für lange Jahre auszeichnen sollten: Worin bestand die parteiliche Prinzipienfestigkeit? Darin, daß diese Beschlüsse gefaßt wurden, oder darin, daß dem Druck nach “Zuendeführung der Abrechnung mit Stalin” nicht nachgegeben wurde?

Im gleichen Interview ein weiteres Beispiel für die bewußte, auf Irreführung berechnete Doppeldeutigkeit seiner Orakel:

“Im Atomzeitalter kann man nicht – zumindest nicht lange – mit der Psychologie, den Gewohnheiten und Verhaltensweisen der Steinzeit leben.”

Jeder Kommunist, der das las, freute sich: “Jetzt hat er es den Imperialisten aber gegeben!” Sehr bald aber mußten sie feststellen – wenn sie genau hinhörten und hinsahen – daß er die gar nicht gemeint hat, sondern die eigenen Leute, die am “alten”, nämlich marxistischen, Leninschen Denken festhielten.

Das Gleiche mit der zündenden Parole von der Notwendigkeit “Neuen Denkens”: Natürlich sahen wir das an als eine Aufforderung an die imperialistische Seite vor allem: *Unsere* Seite hatte doch vom Anbeginn des eigenen Atomwaffenbesitzes an das Verbot, die Ächtung aller Atomwaffen verlangt; *wir* haben der anderen Seite doch unentwegt unseren Wunsch nach friedlicher Koexistenz, nach *friedlichem* Austrag unserer Differenzen angeboten, *sie* waren es doch, die stets und ständig das eine wie das andere abgelehnt hatten. Von *ihnen* mußte “Neues Denken” gefordert werden, sollte die notwendige Systemauseinandersetzung nicht zum Kriege führen.

Aber es sollte nicht lange dauern, und es wurde deutlich, daß G. gar nicht die Imperialisten, sondern uns gemeint hatte: Steinzeitdenken – das war *unser* Festhalten an der Grunderkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß der Krieg vom Imperialismus ausgeht, und daß der Frieden umso sicherer ist, je stärker der Sozialismus ist. *Er* brachte die Mehrheit unserer Leute dazu, diese Grunderkenntnis als “altes Denken” anzusehen und ihre “Überwindung” und Ersetzung

durch sein “Neues Denken” als notwendig und unabweisbar anzunehmen. Sein “Neues Denken” und die ihm entsprechende Politik bestand in der selbstmörderischen Logik, daß der Friede umso sicherer sei, je weiter wir vor dem Imperialismus zurückwichen.

Diese Logik stellte wahrhaftig alle Tatsachen auf den Kopf: Nicht der Imperialismus bedrohte die sozialistischen Länder, sondern umgekehrt, die Militärmacht des Warschauer Paktes bedrohte angeblich den Westen! Kein anderer als Marschall Achromejew brachte das zum Ausdruck! (ND v. 13./14. 4. 1991: Achromejew, “Berater von Präsident Gorbatschow”, sprach sich “für die Auflösung der Militärstruktur der NATO aus”. Begründung: “*Die sowjetischen Streitkräfte würden keine Gefahr für Europa mehr darstellen und der Warschauer Pakt sei aufgelöst.*”)

Aber 1986 – da blieb es noch bei der *Doppeldeutigkeit*, die so formuliert wurde, daß *wir* sie als marxistisch-leninistische Eindeutigkeit aufnahmen – denn wir *wünschten* doch, daß Gorbatschow endlich der Mann sei, der den Sozialismus aus der Sackgasse auf neue Höhen führt, und genau das versprach er doch unentwegt.

3. Der 27. Parteitag, Februar 1986. (ND v. 26. 2. 1986):

Kennzeichnend für den 27. Parteitag ist rückblickend, daß er – wie wir heute wissen – die Wiederaufnahme der Zielsetzungen des 20. und des 22. Parteitages der KPdSU *begann*, daß dies aber nur durch eine Äußerlichkeit zu vermuten war, in seinem Verlauf aber dafür nur kaum erkennbare Zeichen festgestellt werden konnten.

Die Äußerlichkeit: Auf den Tag genau dreißig Jahre nach dem 20. Parteitag wurde dieser erste Parteitag unter dem Generalsekretär Gorbatschow eröffnet, am 25. Februar 1986. Solche Äußerlichkeiten sind aber keine Zufälligkeiten, sondern haben “programmatische” Bedeutung.

Aber dieses Datum blieb der einzige Hinweis auf eine etwa beabsichtigte Kontinuitätsherstellung zwischen diesen beiden Parteitagen. Leute, die eine direkte Anknüpfung an den 20. Parteitag erwartet und gewünscht hatten, wurden enttäuscht. Man darf vermuten, daß Gorbatschow eine solche Anknüpfung beabsichtigt hatte, aber dazu vom damaligen Politbüro kein Placet erhielt. Noch war seine Position schwach, noch beherrschte er nicht das ZK, erst recht nicht den Parteitag. Noch wäre es für jene aus der Führung, die den Ausschlag für seine Wahl gegeben hatten – wie etwa Gromyko – ein Leichtes gewesen, eine Mehrheit gegen ihn zustande zu bringen. Dieser Parteitag mußte ihm erst zu einer eigenständigen Machtposition verhelfen, die ihm erlauben würde, eine neue Führung zu bilden die aus *seinen* Leuten bestand. Damit waren die Plenen nach dem Parteitag sowie die 19. Parteikonferenz beschäftigt, und die nachfolgenden Änderungen in der Parteiführung machten seine Position so unangreifbar, daß er immer deutlicher aussprechen konnte, wohin sein Kurs zielte.

Aber auf dem 27. Parteitag war es noch nicht so weit. Er war noch sehr bemüht, an seiner Treue zum Leninismus keinen Zweifel aufkommen zu lassen, und beschränkte sich nur auf Andeutungen beabsichtigter Kursänderungen. Dafür nur ein Beispiel aus seinem Referat: “*Marx verglich den Fortschritt in der Ausbeutergesellschaft mit jenem scheußlichen heidnischen Götzen, ... der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte ... Die historische Weitsicht, Treffsicherheit und Tiefgründigkeit von Marx’ Analyse sind erstaunlich. In Bezug auf die bürgerliche Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts ist sie wohl noch aktueller als im 19. Jahrhundert!*” (!!! Sehr bald wird er uns aber belehren, daß das 19. Jahrhundert und damit Marx

uns nichts mehr lehren können, weil seine Lehren antiquiert seien!) *“Einerseits eröffnet die stürmische Entwicklung der Wissenschaft und Technik nie dagewesene Möglichkeiten, die Naturkräfte zu beherrschen und die Lebensbedingungen der Menschheit zu verbessern. Andererseits aber ist das ‚aufgeklärte‘ 20. Jahrhundert in die Geschichte mit solchen Ausgeburten des Imperialismus eingegangen wie blutigsten Kriegen, hemmungslosem Militarismus und Faschismus, Völkermord, Verelendung von Millionen. Ignoranz und Obskurantismus existieren in der Welt des Kapitals zusammen mit großen Errungenschaften der Wissenschaft und Kultur.”*

Auf den ersten Blick könnte man meinen: eine marxistische Analyse! Bei genauem Hinsehen wird man feststellen, daß von *Analyse* keine Rede sein kann: es werden nicht innere Zusammenhänge bloßgelegt, sondern einfach ein Nebeneinander von Gut und Schlecht registriert. Und das erlaubt ihm dann, statt der Schlußfolgerung des Kampfes gegen den Imperialismus eine scheinbare Banalität auszusprechen, in der aber die Abkehr von Marx und Lenin und der Verzicht auf Kampf um Frieden durch Mobilisierung der Völker gegen den Imperialismus versteckt sind:

“Und eben das ist jene Gesellschaft, neben der wir zu leben haben und mit der wir Zusammenarbeit und gegenseitige Verständigung anstreben müssen.” Warum müssen wir das? *“Das hat die Geschichte so gewollt.”*

Das kommt bei ihm immer wieder: Er beruft sich nicht auf den lieben Gott – noch nicht, das kommt aber noch! – aber er gibt *seine* Entscheidungen immer als *Schicksalsentscheidungen* aus – die entweder “die Geschichte” oder “das Leben” verlangten.

Also – alles, was später kommt, ist hier in nuce schon angedeutet.

II. Die erste Schale fällt: Die Macht ist gefestigter, die Vorstöße zur Liberalisierung werden deutlicher

Rede G.s auf der Festsitzung zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution (ND v. 3. 11. 1987):

Die Rede besteht eigentlich aus zwei ganz gegensätzlichen Einschätzungen der Geschichte der Sowjetunion. Der erste Teil ist eine Würdigung vom Standpunkt eines Kommunisten: Dieser Teil ist ihm vom Politbüro aufgetragen. Darin befinden sich Aussagen, die er durch das, was er im zweiten Teil ausführt, der sich vor allem mit der Stalinzeit befaßt, wieder aufhebt. Damit folgt diese Rede der Anlage des 20. Parteitages, dessen offizieller und öffentlicher Teil der gesamten Sowjetgeschichte im Großen und Ganzen Gerechtigkeit widerfahren ließ und eine relativ moderate Kritik an Stalin übte, während der zweite, hinter verschlossenen Türen und nur für einen ausgewählten Kreis von Parteitagsteilnehmern durchgeführte Teil mit Chruschtschows Geheimrede (die bis vor kurzem nur als westliche Publikation vorlag, die weder von Chruschtschow noch von der KPdSU als echt bestätigt wurde) eine mit Erfindungen und haltlosen Vermutungen gespickte Entstellung der Geschichte der KPdSU unter Stalins Führung darbot.

Aus dem ersten Teil der Gorbatschow-Rede seien einige bemerkenswerte Passagen zitiert – bemerkenswert vor allem im Hinblick auf spätere Gorbatschow-Ausführungen, die ihnen kraß widersprechen.

“Das Jahr 1917 zeigte, daß die Wahl zwischen Sozialismus und Kapitalismus die wesentlichste gesellschaftliche Alternative unserer Epoche ist, daß man im 20. Jahrhundert nicht voran-

kommt, wenn man nicht zu einer höheren Form der gesellschaftlichen Organisation – zum Sozialismus – schreitet. Diese grundlegende Leninsche Schlußfolgerung ist heute nicht weniger aktuell als damals ... Das ist die Gesetzmäßigkeit der vorwärtsgerichteten gesellschaftlichen Entwicklung.”

“Die Geschichte stellte der neuen Gesellschaftsordnung ein hartes Ultimatum: entweder in kürzester Frist ihre sozialökonomische und technische Basis zu schaffen, zu überleben und somit der Menschheit erste Erfahrungen einer gerechten Organisation der Gesellschaft zu vermitteln oder unterzugehen ... Die Periode nach Lenin ... nahm in der Geschichte des Sowjetstaates einen besonderen Platz ein. In nur anderthalb Jahrzehnten wurden grundlegende gesellschaftliche Veränderungen vollzogen.”

“Der Trotzismus ... stellte dem Wesen nach eine Attacke gegen den Leninismus an der gesamten Front dar. Es ging praktisch um das Schicksal des Sozialismus in unserem Lande, um das Schicksal unserer Revolution. Unter diesen Bedingungen mußte dem Trotzismus vor dem ganzen Volke der Nimbus genommen, mußte sein antisozialistisches Wesen entlarvt werden. Die Situation gestaltete sich noch komplizierter dadurch, daß die Trotzisten in einem Block mit der neuen Opposition unter der Führung G. J. Sinowjews und L. B. Kamenews agierten.”

“Somit behauptete der führende Kern der Partei unter Leitung J. W. Stalins den Leninismus im ideologischen Kampf, formulierte Strategie und Taktik der Anfangsetappe des sozialistischen Aufbaus, und ihr politischer Kurs fand die Billigung der meisten Parteimitglieder und Werktätigen.”

Nach einer solchen Würdigung folgten dann die Passagen, in denen massiver als bisher die allseits bekannten Vorwürfe gegen Stalin erhoben werden. Eigentlich beginnt damit die Kampagne, die dann von allen Medien, besonders aber von “Moskowski Nowosti”, unter dem Schlagwort der Aufarbeitung der “weißen Flecken” die totale Schwärzung der Sowjetgeschichte, zunächst nur der Jahre unter Stalin, dann aber auch der gesamten Sowjetperiode, betrieben und damit die Konterrevolution vorbereiteten.

Aber noch wichtiger sind jene Passagen in G.s Rede, die man rückschauend als Wegweiser in die Richtung der späteren Politik der hartnäckig vorangetriebenen Demontage der sozialistischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft erkennen kann, die man aber auch bereits damals als in die falsche Richtung weisend erkennen konnte, so man “Gorbi” gegenüber nicht jeden kritischen Blick für überflüssig, wenn nicht gar für blasphemisch hielt.

Solche Wegweiser waren:

Erstens: die einseitige, Lenin verfälschende und zu einem “Dutzend- Liberalen” degradierende Auswahl von Lenin-Zitaten. Damit sollten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: die ständige Berufung auf Lenin sollte Gorbatschow als zuverlässigen Leninisten ausweisen; die von ihm angeführten Zitatfetzen hingegen sollten seine antileninistische Politik durch die Autorität Lenins gegen Angriffe abdecken. Buchstäblich jedes angeführte Lenin-Zitat, mit dem Gorbatschow seine “Reform-Politik” begründet, erweist sich bei Überprüfung als gröblichst mißbraucht: Liest man nach, besagt die entsprechende Passage, aus der das Zitat herausgezielt wurde, das Gegenteil dessen, was Gorbatschow mit ihm sanktionieren will; *bei Lenin* ist der Kern der Aussage *immer* die Begründung der Notwendigkeit des unversöhnlichen *Klassen-*

kampfes; Gorbatschow mißbraucht seine Zitatfetzen immer als Beleg für die Übereinstimmung seiner Absage an den Klassenkampf mit Leninschem Denken.

Zweitens: die bevorzugte Hinwendung zu den letzten Schriften Lenins aus dem Jahr 1922/1923. Dies nicht nur wegen des sogenannten "Testaments" (das im übrigen immer nur unvollständig zitiert und absolut einseitig ausgelegt wird), sondern um Lenins Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Sowjetorgane als Weisungen auszudeuten, die jetzt durch die Gorbatschow-Reformen, durch die "Perestroika", ihre Verwirklichung fänden. Dabei scheuen die Gorbatschow-Journalisten und -Propagandisten auch nicht davor zurück, in diese Leninschen Schriften hineinzudeuten, daß Lenin sich schon mit Zweifeln geplagt habe, ob "das sozialistische Experiment" in Rußland zu Ende geführt werden könne.

*Drittens: die besondere Vorliebe Gorbatschows und seiner Schreiber- Garde für die NÖP-Periode. Sie wird entgegen der eindeutigen Aussage Lenins nicht als zeitweiliger Rückzug, sondern als die Methode des sozialistischen Aufbaus dargestellt, die von Stalin fälschlicherweise abgewürgt wurde, zu der man aber jetzt zurückkehren müsse, um das Land aus der Stagnation herauszuführen. Die besondere Begeisterung der Gorbatschow-Leute ruft die NÖP wegen der Zulassung verschiedener Eigentumsformen hervor; sie ist damit geeignet, die Propagierung der Zulassung von *privatem Eigentum an Produktionsmitteln* neben dem sozialistischen Eigentum als Rückkehr zu Leninscher Politik zu deklarieren. Diese Wegweisung wird im Referat zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution schon sehr deutlich.*

"Die Führung der Partei demonstrierte (in der Zeit vom Februar bis Oktober 1917) ihre Fähigkeit zum kollektiven schöpferischen Suchen, zum Verzicht auf Stereotypen und auf Losungen, die noch gestern, in einer anderen Situation, unanfechtbar und die einzig möglichen zu sein schienen." (Schien, sagt er, nicht: waren!) "Man kann sagen, daß die Leninsche Denkweise ... ein außerordentlich markantes Beispiel von antidogmatischem, wirklich dialektischem und folglich neuem Denken war. So und nur so denken und handeln echte Marxisten-Leninisten, insbesondere in Zeiten des Umbruchs, in kritischen Zeiten, in denen die Geschicke der Revolution und des Friedens, des Sozialismus und des Fortschritts entschieden werden."

"Von der zutiefst revolutionären Dialektik war auch der Beschluß über die Neue Ökonomische Politik durchdrungen, die die Horizonte der Vorstellungen über den Sozialismus und über die Wege zu seiner Errichtung wesentlich erweitert hat."

"Wir wenden uns jetzt immer öfter den letzten Arbeiten Lenins, den neuen Leninschen Ideen der Neuen Ökonomischen Politik zu und versuchen, diesen Erfahrungen alles für uns heute Wertvolle und Notwendige zu entnehmen. Natürlich wäre es falsch, ein Gleichheitszeichen zwischen der NÖP und dem zu setzen, was wir derzeit ... tun ... Doch die NÖP hatte auch ein noch weiter gestecktes Ziel. Es stand die Aufgabe ..., ,mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung ...', die neue Gesellschaft aufzubauen."

Wie später deutlich werden wird, hat Gorbatschow dieses Zitat nicht wegen des darin angesprochenen "revolutionären Enthusiasmus", auch nicht wegen der "wirtschaftlichen Rechnungsführung", sondern wegen der Erwähnung der "*persönlichen Interessiertheit*" vorgeführt.

Das Fehlen dieser persönlichen Interessiertheit bei den Produzenten in den staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben wird von Gorbatschow registriert und als Argument benutzt

nicht für Überlegungen, wie diese Interessiertheit im Rahmen der sozialistischen Betriebe wiederhergestellt werden könnte, sondern für den Vorschlag, zu einer "Konkurrenz der Eigentumsformen" überzugehen, zu "sozialistischer Marktwirtschaft"; gemeint war und realisiert wurde die Wiederbelebung von Privateigentümergeistern.

Doch das erfolgte erst nach weiterer Häutung der Zwiebel. Hier, auf der Festsetzung zum 70. Jahrestag, wurden nur die ersten Töne des künftigen Leitmotivs angeschlagen, aber das Motiv selbst noch nicht entfaltet. Aber diese ersten Töne waren da, wenngleich die Mehrheit der Zuhörer und Leser dieser Rede ihnen keine Beachtung geschenkt haben dürften.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik erfolgte bereits eine weitere Entfaltung des Leitmotivs, das die Umwandlung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz aus einer Politik des Kampfes gegen den Imperialismus mit friedlichen Mitteln in eine antileninistische Politik der Kungelei mit dem Imperialismus als angeblichem Weg zur Abwendung der Atomkriegsgefahr zum Inhalt hat und dessen erster Akkord, angeschlagen auf dem 27. Parteitag der KPdSU, bereits zitiert wurde. Aber noch wurde der prinzipielle Positionswechsel, die Absage an den Klassenkampfinhalt der Politik der friedlichen Koexistenz, getarnt, geleugnet:

"Die Leninsche Konzeption der friedlichen Koexistenz hat natürlich Veränderungen erfahren ... Als Fortsetzung der Klassenpolitik des siegreichen Proletariats jedoch wurde die friedliche Koexistenz im weiteren, insbesondere im nuklearen Zeitalter, zur Voraussetzung für das Überleben der ganzen Menschheit."

"Der 27. Parteitag entwickelte umfassend eine neue außenpolitische Konzeption. Ihr Ausgangspunkt ist bekanntlich folgender Gedanke: ungeachtet der tiefen Widersprüchlichkeit der Welt von heute und der grundlegenden Unterschiede der sie repräsentierenden Staaten, ist die Welt wechselseitig miteinander verbunden, voneinander abhängig und bildet ein bestimmtes Ganzes."

Mit einer marxistischen Beschreibung des damaligen Weltzustandes hat diese Aussage nichts zu tun, da geflissentlich Inhalt und Charakter der "tiefen Widersprüchlichkeit" und der "grundlegenden Unterschiede" undefiniert bleiben.

Immerhin – die KPdSU ist zu diesem Zeitpunkt doch noch mehr vom Leninschen als vom "Neuen Denken" Gorbatschows erfüllt, darum kommt er nicht umhin, sich mit einigen Elementar-Erkenntnissen von Marx und Lenin auseinanderzusetzen.

"Wir arbeiten jetzt, an der neuen Wende der Weltgeschichte, die Perspektiven des Vorwärtsschreitens zu einem stabilen Frieden theoretisch aus. Mit Hilfe des neuen Denkens haben wir die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit unter den Bedingungen der Abrüstung grundsätzlich begründet. Jetzt muß bewiesen werden, daß es notwendig und real ist, auf dieses Ziel zuzugehen und es zu erreichen."

Um diesen "Beweis" zu führen, ist es notwendig, die Elementarsätze des Leninismus als nicht mehr gültig "nachzuweisen", also erstens die Frage nach dem Wesen des Imperialismus, in dem, "wie bekannt, die größte Kriegsgefahr wurzelt", auf "neue Art" zu beantworten.

Das Gleiche für die beiden weiteren Fragen:

"Ist der Kapitalismus in der Lage, sich vom Militarismus frei zu machen, kann er ohne ihn ökonomisch funktionieren?"

“Kann das kapitalistische System ohne Neokolonialismus auskommen?”

“Mit anderen Worten, es geht darum, ob der Kapitalismus imstande ist, sich den Bedingungen einer kernwaffenfreien und abgerüsteten Welt, den Bedingungen einer neuen, gerechten Wirtschaftsordnung, den Bedingungen ehrlichen Wettstreits der geistigen Werte zweier Welten anzupassen.”

Wer diese Fragen so stellt, der tut das, weil er sie für sich schon mit einem eindeutigen “Ja” beantwortet hat. Ohne Wenn und Aber kann Gorbatschow das zu diesem Zeitpunkt dem Parteitag der KPdSU jedoch noch nicht zumuten, daher erst einmal:

“Die Antworten wird das Leben geben.”

Aber dann gibt er gleich zu, daß seine Politik auf der Grundlage einer positiven Beantwortung obiger Fragen aufgebaut ist: *“Worauf rechnen wir also, wissend, daß man eine sichere Welt zusammen mit den kapitalistischen Ländern aufbauen muß?”*

Also, da ist es heraus: man kann die *sichere* Welt *nicht* gegen den Imperialismus *erkämpfen*, man *muß* sie *“zusammen mit ihm aufbauen”*! Am Ende einer willkürlichen Interpretation ebenso willkürlich ausgewählter Beispiele kommt Gorbatschow zu dem gewünschten Ergebnis, daß sich die imperialistischen Widersprüche *“modifizieren lassen”*.

“Die Situation sieht nicht unlösbar aus ... wir stehen vor einer historischen Wahl, die diktiert wird durch die Gesetzmäßigkeiten einer in vieler Hinsicht miteinander verbundenen und einheitlichen Welt.”

Die Welt – *“gesetzmäßig einheitlich”*, der Kapitalismus bei Strafe des Unterganges zur friedlichen Koexistenz mit dem Sozialismus gezwungen:

“Entweder Zusammenbruch oder gemeinsame Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung, in der die Interessen sowohl der einen als auch der anderen wie auch die Dritter auf gleichberechtigter Basis berücksichtigt werden. Der Weg zur Errichtung einer solchen Ordnung scheint sich jetzt abzuzeichnen” – das ist die *“freudige Botschaft”*, die der *“Neudenker”* Gorbatschow der von Atomkriegsängsten geschüttelten Menschheit verkündet. *“Neues Denken”*? Uralte, sozialdemokratisch-pazifistische Seichbeutelei, die nur zu einem gut ist: Die Menschen zur politischen Passivität zu veranlassen in dem Glauben, *“die da oben”* würden’s schon richten!

Um ganz zu begreifen, welches Verführungsstück auf dieser Festsitzung von Gorbatschow gespielt wurde, muß man erstens die fixe Wende von der Predigt der Systemzusammenarbeit zu den vertrauten und Vertrauen einflößenden klassenkämpferischen Tönen, mit denen er seine Rede abschließt, richtig einzuschätzen wissen, und dies wird man erst richtig und dann wohl ohne Schwierigkeit können, wenn man diese Treueerklärung zum Klassenkampf mit den im Weiteren dokumentierten Auslassungen unseres *“Friedensretters”* konfrontiert.

“Die KPdSU zweifelt nicht an der Zukunft der kommunistischen Bewegung – des Trägers der Alternative zum Kapitalismus, der Bewegung der mutigsten und konsequentesten Kämpfer für den Frieden, für Unabhängigkeit und Fortschritt ihrer Länder, für die Freundschaft zwischen allen Völkern der Erde ... Die Festigung der Freundschaft und die allseitige Entwicklung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern hat in der internationalen Politik der Sowjetunion Vorrang! ...

Wie wird die Welt sein, wenn sie den 100. Jahrestag unserer Revolution begeht, wie wird der Sozialismus sein, welchen Reifegrad wird die Weltgemeinschaft (!) der Staaten und Völker erreicht haben? ...

Im Oktober 1917 haben wir die alte Welt unwiderruflich hinter uns gelassen. Wir gehen einer neuen Welt entgegen, der Welt des Kommunismus. Von diesem Weg werden wir niemals abweichen!”

III. Die dritte Schale: Offener Bruch mit dem Leninismus in der Außenpolitik – “zur Rettung des Friedens” natürlich! (ND v. 8. 12. 88)

Im Oktober 1988 übernahm Gorbatschow auch das Amt des Staatspräsidenten; er löste Gromyko als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets ab. Am 7. Dezember 1988 sprach er vor der UNO-Vollversammlung in New York und bekräftigte dort den Bruch mit der Leninschen Konzeption der friedlichen Koexistenz, den sein Außenminister Schewardnadse einige Wochen vorher dem gleichen Forum, der 43. Tagung der UNO-Vollversammlung, mit folgenden Worten verkündet hatte:

“Die Führung der Sowjetunion (hat) sich bemüht, die im Marxismus von Anfang an verankerte Idee der Wechselbeziehung zwischen dem Klassenmäßigen(!) und dem Allgemeinmenschlichen mit Sinn zu erfüllen, wobei den gemeinsamen Interessen aller Völker Priorität eingeräumt wird.

Wir sehen die friedliche Koexistenz als universelles Prinzip zwischenstaatlicher Beziehungen und nicht als besondere Form des Klassenkampfes.”

Gorbatschows Rede variiert diese Feststellung und umgibt sie mit einem Kranz von Begründungen, die alle auf der Prämisse beruhen, die Sowjetunion und die Kommunisten hätten es nunmehr mit einem geläuterten, vom menschenfressenden Untier zum lammfrommen Vegetarier konvertierten Imperialismus zu tun, der schon dabei ist, seine Absicht, den Sozialismus vom Erdball auszutilgen, zu begraben. Dabei zollt er besonders hohes Lob den Führern des stärksten und bedenkenlosesten Imperialismus, nämlich denen der USA. Wir können dort also Dinge lesen, von denen heute sicher viele sich fragen werden: wie konnte ich – als gelernter Marxist – nur in solchen Sprüchen eine ernstzunehmende Analyse der Situation sehen!

“Die Weltwirtschaft wird zu einem einheitlichen Organismus, außerhalb dessen sich heute kein einziger Staat normal entwickeln kann ...”

Die *Wirklichkeit* müßte allerdings so beschrieben werden: “Die Weltwirtschaft ist dabei, zu einem einheitlichen Organismus gepreßt zu werden, innerhalb dessen sich kein einziger Staat mehr normal entwickeln kann.”

Doch weiter Gorbatschow: *“Es wäre naiv zu glauben, daß die Probleme, die die Menschheit heute quälen, mit Mitteln und Methoden gelöst werden können, die früher angewendet oder als tauglich betrachtet wurden. ... Diese (bisher von der Menschheit gemachten, d.V.) Erfahrungen stammen aus Praxis und Antlitz einer Welt, die bereits Vergangenheit sind oder werden.”*

Glaube keiner, daß damit vor allem die Praktiken des Imperialismus gemeint sind! Nein, gemeint ist vor allem die Erfahrung mit der Revolution als Weg zur Lösung sozialer Probleme!

“Heute aber ersteht vor uns eine andere Welt, für die andere Wege in die Zukunft gesucht werden müssen. ... Wir sind jetzt in eine Epoche eingetreten, in der dem Fortschritt die

universellen Interessen der gesamten Menschheit zugrunde liegen werden. Diese Erkenntnis macht es erforderlich, daß auch die Weltpolitik von der Priorität der allgemeinemenschlichen Werte bestimmt wird.”

Der Marxismus geht davon aus, daß die Arbeiterbewegung die allgemeinemenschlichen Interessen vertritt, weil sich die Arbeiter von Ausbeutung nur befreien können, indem sie die Menschheit von Ausbeutung befreien. Gorbatschow aber predigt uns die Interessengemeinsamkeit von Arbeiter, Ausgebeuteten der Dritten Welt und imperialistischen Ausbeutern.

“Es geht um die Zusammenarbeit, die man exakter als ‚gemeinsame Entwicklung‘ bezeichnen sollte.”

“Es ist zum Beispiel offensichtlich, daß Gewalt und Androhung von Gewalt keine Instrumente der Außenpolitik mehr sein können und dürfen ... Von allen, vor allem von den Stärksten, wird eine Selbstbeschränkung und völlige Ausschließung der Gewaltanwendung von außen verlangt.”

Manche Leute haben sich darüber gewundert, daß Gorbatschow trotz solch wortgewaltiger Verdammung der Gewaltanwendung dennoch seine Truppen in Litauen intervenieren ließ und dem Golfkrieg der Amerikaner den Weg frei machte, indem er seinen UNO-Vertreter anwies, vom Vetorecht der Sowjetunion keinen Gebrauch zu machen. Diese Leute habe noch nicht gelernt, den verborgenen Sinn Gorbatschowscher Orakelsprüche zu erkennen: Mit der Betonung der “völligen Ausschließung der Gewalt von außen” hat er nur noch einmal deutlich gemacht, daß die Sowjetunion *unter seiner Führung* keinen Finger rühren und keinen Sowjetsoldaten in Marsch setzen wird, wenn noch einmal in einem sozialistischen Lande ein konterrevolutionärer Putsch unternommen würde. Wenn die Forderung “global” an *alle* gerichtet gewesen wäre, dann hätte die Sowjetunion doch wohl ihr Veto gegen den Golfkrieg einlegen müssen, oder?

“Eine Forderung der neuen Etappe ist die Entideologisierung der Beziehungen zwischen den Staaten.”

Er hat diese “Entideologisierung” konsequent betrieben: Kein böses Wort mehr gegen “Imperialisten”, nur noch *Vertrauenswerbung* für sie, etwa wie folgt: *“Unserer Meinung nach gibt es recht optimistische Perspektiven für die nächste und die weitere Zukunft. Schauen Sie, wie sich unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika verändert haben. Nach und nach bildet sich gegenseitiges Verständnis heraus, entstanden Elemente des Vertrauens, ohne die man in der Politik nur schwer vorankommen kann.”*

Also, da müssen wir doch mal fragen, wer in der Politik vorangekommen ist: die “vertrauensvolle” Sowjetunion – oder die keineswegs vertrauensvollen – (aber auch keineswegs vertrauenswürdigen!) – USA? Also Gorbatschowsche inhaltlose, irreführende Phrasen!

“An der Bewegung zu einer größeren Einheit der Welt müssen alle teilnehmen.”

An wen kann dieser Appell wohl gerichtet sein? Etwa an die imperialistischen Führungsmächte? Nicht nötig: Ihr Ziel war und bleibt die Vereinheitlichung der Welt unter ihrer Führung!

Also an wen dann? Es bleiben nur jene, die nicht so vertrauensvoll an die guten Absichten der Imperialisten glauben, etwa ein Honecker, oder ein Fidel Castro, oder Staatsmänner in der “Dritten Welt”, die sich nicht gerne per Weltbank und Weltwährungsfonds “vereinheitlichen”

lassen. Gorbatschow also als Werbeagent des Weltkapitals! Verleumdung, böswillige Entstellung seiner Absichten? “Schaut auf diesen Mann – heute!” Reicht das nicht?

Gorbatschow zur UNO: *“Leider befand sie sich seit ihrer Gründung unter dem Druck des ‚Kalten Krieges‘. Für lange Jahre wurde sie der Austragungsort propagandistischer Schlachten und zur Stätte der Kultivierung politischer Konfrontation.”*

Ist bei diesen Worten niemand stutzig geworden, ist niemandem eingefallen, welche Weisung Lenin den Sowjetdiplomaten erteilte? Jede Gelegenheit, jedes Forum zu benutzen, um die Betrügereien und die Heuchelei der Imperialisten zu entlarven, ihre Brutalität gegenüber den unterdrückten Klassen und Völkern anzuprangern?

Ist es denn so schwer, hinter diesen Worten Gorbatschows den schändlichen Kotau des Vertreters der Sowjetmacht vor den Imperialisten zu erkennen, die schmähliche Entschuldigung für das “unziemliche” Verhalten der Vor-Gorbatschowschen Sowjetdiplomaten, die “leider” nicht davor zurückscheuten, den Klassenkampf sogar in die heiligen Hallen am East-River zu tragen!?

Natürlich weiß Gorbatschow, welches Befremden, ja welche Empörung seine Rede bei vielen Kommunisten in der Sowjetunion und überall in der Welt hervorrufen wird. Und – wenn wir in Betracht ziehen, daß er selbst ja eine solide Schulung in Marxismus-Leninismus hinter sich hat und über eine überdurchschnittliche Intelligenz verfügt – dann dürfen wir auch davon ausgehen, daß er sich über den illusionären Charakter seiner hoffnungsvollen Zukunftsbilder einer friedlichen vertrauensvollen Zusammenarbeit von Imperialismus und Sozialismus völlig im klaren ist. Verständlich daher sein Bedürfnis, dem nur allzu berechtigten Skeptizismus seiner utopischen “Friedensvision” gegenüber schon im vorhinein entgegenzutreten:

“Ist hier nicht eine gewisse Romantik im Spiel, werden hier nicht die Möglichkeiten und die Reife des gesellschaftlichen Bewußtseins in der Welt überbewertet? Derartige Zweifel und Fragen bekommen wir sowohl bei uns zu Hause als auch von einigen westlichen Partnern zu hören. Ich bin davon überzeugt, daß wir nicht wirklichkeitsfremd sind. In der Welt haben sich bereits Kräfte formiert, die auf diese oder jene Art eine Friedensperiode einleiten wollen ...”

Wer damals sich von solchem Sirenengesang einlullen ließ, weil er seiner Sehnsucht nach Abwendung der riesengroß ausgemalten Atomkriegsgefahr entsprach, wer also an die Stelle rationaler Wirklichkeitsanalyse Wunschdenken setzte, der muß aber doch wenigstens heute, nachdem die Gorbatschowschen Seifenblasen zerplatzt sind und die Welt sich genau in den Bahnen bewegt, die bestimmt werden von den von Marx und Lenin erkannten und nicht von den von Gorbatschow behaupteten “neuen objektiven” Gesetzmäßigkeiten, sich eingestehen, daß Gorbatschow – um das *Wenigste* zu sagen – einem fatalen *Irrtum* unterlegen ist.

Und dann müßte sich eigentlich eine nachdenkliche Frage aufdrängen: Wieviel zigtausende Mal wurde Stalin für schuldig erklärt und verdammt, weil er die Warnungen vor dem genauen Datum des Überfalles der deutsch-faschistischen Armee nicht geglaubt und damit – so wird recht leichtfertig behauptet – viele Tausende oder Hunderttausende Sowjetsoldaten (wenn es darum geht, Stalins Schuldkonto zu verlängern, bleibt die Skala nach oben offen) sinnlos geopfert habe?

Wie schwer aber wiegt erst der “Irrtum” Gorbatschows, ein Irrtum, der nicht nur Rückschläge verschuldete, sondern die Ergebnisse von 70 Jahren sozialistischer Staatlichkeit verspielte, damit

alle Opfer von Revolution, Bürgerkrieg und zweitem Weltkrieg umsonst gebracht werden ließ, ein Irrtum der all die Tausende Menschenopfer der Kriege zwischen den Völkern der ehemaligen Sowjetunion, die Opfer der jugoslawischen Tragödie, die Opfer aller, die in der Dritten Welt deshalb sterben, weil es kein sozialistisches Lager mehr gibt, nach sich zog?

Warum ist der Irrtum des einen, der dennoch den größten weltgeschichtlichen Sieg des Sozialismus nicht verhinderte, ein Grund zur ewigen Verdammnis, und warum ist der "Irrtum" des anderen, der die schwerste, nie für möglich gehaltene opferreichste Niederlage der Arbeiterbewegung und aller fortschrittlichen Kräfte im Gefolge hatte, nicht einmal der Erwähnung wert?

IV. Die vierte Zwiefelschale: Der offene Angriff auf die ökonomische Grundlage des Sowjetstaates – das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln

Dieser Angriff wurde vorgetragen vor allem auf dem Treffen Gorbatschows mit leitenden Vertretern der Massenmedien am 29. März 1989 (ND v. 1./2. 4. 1989).

Wer diese Rede nur flüchtig liest, wird der Behauptung heftig widersprechen, in ihr werde der offene Angriff gegen die Grundlagen des Sozialismus geführt, denn diese Rede ist zugleich ein Musterbeispiel für die Kunst der Irreführung und Täuschung, die Gorbatschow meisterhaft beherrscht. Er ist kein Alleindarsteller. Er hat sehr genau untersucht, woran sein Vorbild und geistiger Vater Chruschtschow gescheitert ist. (In seinen Reden kommt er mehrfach darauf zu sprechen, daß "wir" genau diese Frage untersucht haben.) Als einen der Gründe hat er erkannt, daß Chruschtschow einen schweren taktischen Fehler begangen hat. Er stand immer an der vordersten Spitze der "Reform-Bewegung" und hat deshalb alle Angriffe der sog. "Konservativen" auf sich konzentriert. Das sollte Gorbatschow nicht passieren. Er würde das schlauer angehen: er durfte nicht der Vorderste sein, sondern der "Mittler", derjenige, der die Partei zusammenhält gegen die "Extreme" zu beiden Seiten; um die "Mitte" zu repräsentieren, brauchte er eine Opposition von zwei entgegengesetzten Seiten. Die Opposition von links, von denen, die seinem aufweichenden Liberalisierungskurs entgegentraten, brauchte er nicht zu besorgen; er mußte nur darum bemüht sein, daß sie nie die Mehrheit der Entscheidungsgremien auf ihre Seite ziehen konnten. Das würde umso leichter gelingen, wenn er eine Opposition zur Rechten hätte, die zwar genau in der von ihm selbst gewünschten Richtung drängt, aber mit Forderungen, die in der jeweiligen Situation als weit überzogen erscheinen, mit einem Ultra-Radikalismus, demgegenüber man sich wohlthuend als gemäßigter Reformier und Verteidiger dessen abheben kann, was im allgemeinen Bewußtsein noch als unantastbar gilt. Diese Rolle des "Drängers" übernahm nur zu gerne Jelzin. Beide waren sich darüber, wohin die Reise gehen sollte, wie sie selbst viele Male zugaben, durchaus einig. Was allerdings, wie Gorbatschow noch erfahren sollte, nicht hieß, daß Jelzin sich ewig mit der Rolle des von der Nr. 1 zurückgehaltenen Heißsporns zufrieden geben würde. Vorläufig aber funktionierte das Gespann ausgezeichnet: Ligatschow kritisierte Gorbatschow von links, Jelzin warf ihm umgekehrt vor, er sei ein "Zauderer", und Gorbatschow wies den ersten schroff zurück als "Konservativen" und Vertreter der verknöcherten, selbstsüchtigen, nur um ihre Pfründe besorgten "Nomenklatura", spielte sich aber Jelzin gegenüber zugleich als entschlossener Verteidiger sozialistischer Positionen auf und erschien so als der Mann, ohne dessen ausgleichendes Wirken die Partei dem Zerfall ausgeliefert sein würde.

Wenn z.B. Jelzin forderte, man müsse den Artikel aus der Verfassung streichen, in dem die führende Rolle der Partei festgeschrieben ist, dann reagierte Gorbatschow zunächst mit einem empörten: “Nein, niemals!” Danach schwächte er sein “Nein” ab: “Nein, nicht unter den jetzigen Bedingungen”, um dann binnen kurzem bei der Begründung der Notwendigkeit der Abschaffung eben dieses Artikels zu landen. So auch bei der Forderung nach Abschaffung des Einparteiensystems und in vielen anderen Fällen. Das wird zum eingespielten, zuverlässig funktionierenden Ritual der “Perestroika”.

Da aber in der Arbeiterbewegung, und besonders in den Kommunistischen Parteien, in der politischen Geographie “Links” positiv, “Rechts” aber negativ besetzt sind, darf es nicht dabei bleiben, daß die linke Opposition links und die rechte Pseudo-Opposition rechts bleibt. Und so wird zur Verblüffung sicher vieler im Lande, aber auch außerhalb der Sowjetunion aus Jelzin ein “Linksoppositioneller”, aus Ligatschow aber ein “Rechter”. Denn: will Ligatschow nicht das Bestehende erhalten, ist also “konservativ”, und damit, wie Konservative überall, ein Rechter? Und ist Jelzin nicht einer, der stürmisch auf Veränderung drängt, also ein Revolutionär, und somit, wie alle Revolutionäre, ein Linker? Na also!

Und so ergibt sich denn das seltene Schauspiel, daß die “Linken” in der Sowjetunion jene sind, denen die Herrschenden und ihre Medien in den Hauptstädten des Kapitals Beifall klatschen, während die “Rechten” dort eine ganz schlechte Presse haben.

Diese Umpolung der Begriffe “rechts” und “links” ist natürlich nicht ohne das Zutun Gorbatschows erfolgt. Er hat den Hauptanteil daran, daß von den “Radikalreformern” das brandmarkende Etikett “Rechte” entfernt und seinen wirklichen Widersachern, den echten Linken, den Verteidigern des Sozialismus, aufgeklebt wurde.

Nur wer diese Inszenierung der Moskauer Politmaskerade kennt, ist imstande, die Verschlüsselung der Gorbatschow-Reden aufzulösen. Nun also dazu, was Gorbatschow den Medienleuten für eine Direktive auf den Weg gibt:

“Wir gingen davon aus, daß die Perestroika ohne Lösung des Lebensmittelproblems, ohne Ausarbeitung einer modernen(!) Agrarpolitik nicht an Kraft gewinnt und nicht vorankommt. Allerdings waren wir uns zugleich bewußt, daß man auch im Agrarsektor kaum mit tiefgreifenden Veränderungen rechnen kann, wenn sie nicht mit tiefgreifenden Veränderungen in der gesamten Gesellschaft einhergehen.”

“Eben diese objektive Sicht auf die Situation haben die radikale Wirtschaftsreform notwendig gemacht. Eben deshalb brauchten wir auch eine politische Reform.”

“Die Lebensmittel sind das Grundproblem unserer Wirklichkeit. Lösen wir dieses, so ist das ein kolossaler Gewinn nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im sozialen Bereich und auf politischer Ebene. Gelingt es uns nicht, dieses Problem zu lösen, können wir, offen gesagt, die ganze Perestroika abbrechen, und es kommt zu einer ernsthaften Destabilisierung der Gesellschaft.”

Die Perestroika wurde *nicht* abgebrochen – die bereits eingetretene Destabilisierung der Gesellschaft ging gerade deshalb weiter.

Natürlich war das Lebensmittelproblem zwar ein ganz wichtiges, aber *nicht* das *Grundproblem* der sowjetischen Wirklichkeit. Das Grundproblem war die Entfesselung der antisozialistischen, nationalistischen, monarchistischen und antisemitischen Kräfte, die durch die immer heftiger

werdenden Angriffe der Medien auf den Partei- und Staatsapparat geradezu angespornt wurden. Das Grundproblem war die Gefährdung des Sozialismus in der Sowjetunion und damit in allen europäischen sozialistischen Staaten.

Die Vorschläge, die Gorbatschow den Medienvertretern vortrug, waren derart, daß diese Gefährdung eine gewaltige Steigerung erfahren mußte.

“Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, daß zum erstenmal seit vielen Jahren ein Plenum eine radikale Änderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Lande, den Übergang zu neuen Formen der Wirtschaftsführung und eine grundsätzliche Änderung der Leitungsmethoden zum Kernstück der Lösung von Wirtschaftsproblemen gemacht hat. ... Ich habe im Blick, daß es sich dabei um eine grundlegende Wandlung unserer Einstellung sowohl zur Entwicklung im Agrarsektor als auch in der gesamten Wirtschaft handelt.

Deshalb gehen die Ergebnisse des Plenums, seine politischen Schlußfolgerungen und Zielstellungen über den Rahmen der Agrarfrage hinaus, sind von prinzipieller, allgemeintheoretischer, allgemeinpolitischer und allgemeinökonomischer Bedeutung.”

“Der Agrarsektor wird die Rolle eines Wegbereiters, eines Pioniers bei der Aneignung entsprechender Formen des Wirtschaftens und der Leitung erfüllen. ...

Wenn sich die Massenmedien nicht ernsthaft bemühen und das Volk die Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, nicht begreift, wird die Sache schwer vorankommen ...

Natürlich prallen hier unterschiedliche Interessen aufeinander ...” Und welche Beschlüsse wurden gefaßt, um zu einer “modernen” Landwirtschaft zu kommen? Man sollte es nicht glauben, aber es ist wahr: Die Wiederbelebung der unproduktivsten, die Bauern, insbesondere die Bauernfrauen, am meisten versklavende Form bäuerlichen Wirtschaftens, des kleinbäuerlichen Familienbetriebs! Das ist so ungeheuerlich, daß er nicht wagt, das Wesen der Sache klipp und klar und ungeschminkt darzustellen, sondern unendlich viel leeres Stroh drischt, bevor er wenigstens in Andeutungen zu erkennen gibt, worum es sich handelt.

“Das Plenum hat sich dafür ausgesprochen, durch eine innere Umgestaltung der Kolchose und Sowchose mit Hilfe der Pacht und der Gründung von Genossenschaften ihr riesiges Potential freizulegen. Das Plenum hat sich aber auch für die Unterstützung der Agrarfirmen und Agrarkombinate, der Bauernwirtschaften, der individuellen Nebenwirtschaften, der Pachtverträge nicht nur innerhalb der Kolchose und Sowchose, sondern auch außerhalb derselben ausgesprochen. ...

Anders gesagt, Genossen, keinerlei Dogmatismus, sondern ein Maximum an Unterstützung für alles, was die Selbständigkeit, das Gefühl, Herr auf Grund und Boden zu sein, festigt.”

Wer damals beim Lesen dieser Ausführungen noch nicht wahrhaben wollte, daß diese “Reform” auf die Beseitigung des gesellschaftlichen Eigentums, auf die Rückkehr zur privaten Landwirtschaft, damit zur Bildung einer neuen Kulakenklasse bei Verurteilung der Masse der Bauern zu einem Elendsdasein hinausläuft, den sollte doch wohl die weitere Entwicklung davon überzeugt haben, daß er einer von gutem Glauben diktierten Fehleinschätzung zum Opfer fiel.

Die folgende Passage seiner Rede zeigt, daß die Gorbatschow-Riege entschlossen war, jeden Widerstand gegen ihre Restaurationspolitik mit allen Mitteln aus dem Wege zu räumen. Zunächst versuchten sie es aber mit der moralischen Verleumdung all derer, die sich dieser

Politik in den Weg stellten und die Formen sozialistischer, gesellschaftlicher Produktion verteidigten:

“Das Administrieren sitzt in vielen Leitern von Kolchosen und Sowchosen und in vielen Fachleuten noch tief drin. Deshalb paßt ihnen auch die Pacht nicht.” (Mit der Pacht sind die durch die Beschlüsse zugelassenen und von Gorbatschow und den Medien propagierten bäuerlichen Familienbetriebe auf dem von den Kolchosen und Sowchosen zur Verpachtung abzugebenden Boden gemeint.)

“Sie möchten die Anweisungen und Aufträge erteilen und kommandieren, um die Leute von sich abhängig zu machen. Aber Pacht heißt Partnerbeziehungen, gegenseitige Verpflichtungen und Nichteinmischung. Das ist Selbständigkeit. ...”

Wichtig ist zum Abschluß dieses Abschnittes, noch einmal daran zu erinnern, daß Gorbatschow ausdrücklich davon sprach, daß der Landwirtschaft eine Pionierrolle zukomme bei der Einführung neuer Wirtschafts- und Eigentumsformen. Dies war ein ausreichend deutlicher Hinweis darauf, in welcher Richtung die sog. “Wirtschaftsreform” auch in allen anderen Wirtschaftszweigen vorangetrieben werden würde.

V. Fünfte Schale: Der offene Verzicht auf sozialistischen Internationalismus durch Propagierung des “Gemeinsamen Europäischen Hauses” (ND v. 7. 7. 1989)

In der Praxis und Theorie hatte Gorbatschow den sozialistischen Internationalismus schon lange aufgegeben, obwohl er ihn ab und an in seinen Reden noch beschwor.

Auch seine Rede vor der UNO hatte bereits deutlich gemacht, daß ihm das herzliche Einvernehmen mit den Führern der imperialistischen Staaten, insbesondere der USA, bei weitem das wichtigste außenpolitische Anliegen war. Obwohl der Zustand der “Gemeinschaft” der sozialistischen Länder jammervoll war, hat ihn das nie veranlaßt, etwa mit konstruktiven Vorschlägen zu einer wirklich effektiven Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten zu kommen. Er hat auch nie etwa eine Formel vom “gemeinsamen *sozialistischen* Haus” gefunden, weil ihm das baufällige, im Verfall befindliche Haus keine schlaflosen Nächte – wie vielen einfachen Kommunisten! – verursachte. Was seine Gedanken unaufhörlich beschäftigte und ihn schließlich zur Prägung der Formel vom “gemeinsamen europäischen Haus” veranlaßte, war die Frage, wie er den eigenen Leuten im Lande seine Linie der “vertrauensvollen” Zusammenarbeit mit dem Imperialismus eingängig und anziehend machen konnte. Das wichtigste Mittel dazu waren sichtbare Erfolge seiner “Entspannungspolitik”. Das fiel allerdings nicht leicht. Obwohl weder die Dame Thatcher noch die Präsidenten Reagan und Bush an Gorbatschows politischer Zuverlässigkeit in ihrem Sinne zweifelten und ihm unentwegt Erfolg bei seinem Unternehmen Perestroika wünschten, zweifelten sie doch sehr lange daran, daß er bei diesem wahrlich beispiellosen, halbsbrecherischen Unternehmen imstande sei, die inneren Widerstände zu überwinden und die Partei der Bolschewiki tatsächlich zu dauerhafter Gefolgschaft zu veranlassen. Deshalb waren sie lange nicht bereit, die zahllosen einseitigen Abrüstungsschritte Gorbatschows durch entsprechende eigene Maßnahmen oder den Abschluß von Abrüstungsabkommen zu honorieren. Erst als sie ziemlich sicher waren, daß kaum noch Gefahr bestand, daß er von “konservativen” Kräften gestürzt werden könnte, gaben sie diese reservierte Haltung auf, zwar nicht völlig, aber auf Teilgebieten.

So kam es dann, daß ihm zur Belohnung für sein für den Westen so segensreiches Wirken die Ehre zuteil wurde, vor dem Europarat in Strasbourg eine Rede halten zu dürfen. In dieser Rede trägt er sein Konzept des "gemeinsamen europäischen Hauses" vor, und entwirft – wie schon in der UNO – ein in den schönsten Farben gemaltes Bild vom künftigen friedlichen, atomwaffenfreien, harmonisch zusammenarbeitenden Europa. (ND v. 7. 7. 1989)

Wieder spricht er vom "Aufbau einer neuen Welt", von der "Weltgemeinschaft", die sich "am Wendepunkt ihres Geschicks" befinde, von der "neuen Etappe der Weltgeschichte".

"Die Idee der europäischen Einigung muß von vornherein gemeinsam, im Prozeß des gemeinsamen Wirkens aller Nationen ... aufgearbeitet werden ... Die Schwierigkeit besteht ... in der überaus verbreiteten Überzeugung oder sogar dem politischen Standpunkt, bei denen man unter der Überwindung der Spaltung Europas die Überwindung des Sozialismus versteht. Dies ist aber ein Kurs auf Konfrontation, wenn nicht auf etwas noch Schlechteres. ... Die Zugehörigkeit der Staaten Europas zu unterschiedlichen sozialen Systemen ist eine Realität, und die Anerkennung dieser historischen Tatsache ... ist die wichtigste Voraussetzung eines normalen europäischen Prozesses."

So weit, so gut. Aber mit dem nächsten Absatz tröstet Gorbatschow seine Zuhörer: so, wie es ist, muß es ja nicht bleiben!

"Die soziale und politische Ordnung in diesem oder jenem Land hat sich in der Vergangenheit verändert und kann sich auch in Zukunft ändern."

Angesichts der Veränderungen, die er in der UdSSR bereits eingeleitet hatte, mußten diese Worte in den Ohren seiner Zuhörer wie eine Verheißung klingen.

"Dies ist aber ausschließlich Angelegenheit der Völker selbst und deren Wahl. Jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten und alle Versuche, die Souveränität der Staaten einzuschränken, seien das Freunde und Verbündete oder nicht, sind unzulässig."

Dies war nochmals eine nachdrückliche Versicherung an die westliche Adresse, daß seitens der Sowjetunion keinem der Verbündeten mehr verwehrt werden würde, z.B. aus dem Warschauer Pakt auszutreten und ins andere Lager überzugehen, wie das Imre Nagy 1956 versucht hatte und wofür in Ungarn und Polen wieder starke Kräfte, die bis in Regierungskreise reichten, wirkten.

Diese Versicherung ist ihm so wichtig, daß er sie gleich noch einmal abgibt: *"Die philosophische Konzeption des gesamteuropäischen Hauses schließt die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation aus, ja selbst die Möglichkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, vor allem von militärischer – Bündnis gegen Bündnis oder innerhalb eines Bündnisses – wo auch immer."*

Gorbatschow tritt hier bereits als Anwalt US-amerikanischer Interessen auf, was schon ein Schritt auf dem Wege ist, der ihn im Golfkrieg 1990/91 dahin führte, sich zum Hilfs-Sheriff der USA zu erniedrigen:

"Die Realitäten des heutigen Tages und die Perspektiven für die absehbare Zukunft liegen auf der Hand: Die UdSSR und die Vereinigten Staaten sind ein natürlicher Teil der europäischen internationalen politischen Struktur."

All denen im Strasbourger Parlament, die noch immer Zweifel hegen mochten, ob es ihm, Gorbatschow, gelingen werde, sich zu halten und seine Reformen bis an das von ihnen erhoffte Ende zu führen, müssen seine Worte Zuversicht eingeflößt haben:

“Die Perestroika verändert unser Land, führt es zu Neuem. Dieser Prozeß wird weiter fortschreiten, sich vertiefen und die sowjetische Gesellschaft in jeder Beziehung verändern: in der Wirtschaft, im sozialen, politischen und geistigen Bereich, in allen inneren Angelegenheiten und in den Beziehungen zwischen den Menschen.

Diesen Weg haben wir entschlossen und unwiderruflich eingeschlagen.”

Das *“unwiderruflich”* hörte man in Strasbourg sicherlich besonders gern. Und sie werden heute feststellen: Gorbatschow hat ihnen nicht zuviel versprochen!

VI. Der Zwiebel sechste Schale: Absage an die Oktoberrevolution im Gewand eines Bekenntnisses zu ihr

Am 26. November 1989 erschien in der *“Prawda”* ein zweiseitiger Artikel Gorbatschows mit der bezeichnenden Überschrift: *“Die sozialistische Idee und die revolutionäre Umgestaltung”*. (ND v. 28. 11. 1989)

Bezeichnend deshalb, weil schon nicht mehr vom *“Sozialismus”* sondern nur von der *“sozialistischen Idee”* die Rede war – ein Erkennungszeichen für Revisionisten und Revisionismus: ihre tiefste Überzeugung ist, daß der Sozialismus im Grunde *“nicht machbar”* sei, daß aber das Gerede über die *“sozialistische Idee”*, die *“sozialistische Vision”* nicht aufhören dürfe.

Dieser Gorbatschow-Artikel ist denn auch wirklich ein *“Manifest des Revisionismus”*. Es würde sich schon lohnen, dies an vielen Passagen nachzuweisen. Glücklicherweise ist das nicht nötig, weil es in diesem *“Revisionistischen Manifest”* eine Passage gibt, die den Revisionismus des Ganzen in nuce enthält, so daß es genügt, diese Passage zu zitieren, um zu wissen, wes Geistes Kind der Verfasser ist.

In dieser besagten Passage spricht Gorbatschow nämlich aus, daß für ihn die *bürgerlich-demokratische Republik* das erstrebenswerte Ziel gesellschaftlicher Organisation ist und nicht etwa der Sozialismus.

Aber natürlich konnte der Generalsekretär der KPdSU dieses konterrevolutionäre Bekenntnis nicht *“pur”*, unverbrämt zu Papier bringen. Es muß ihn – und wahrscheinlich auch einige seiner Berater – einige Zeit und Geistesakrobatik gekostet haben, bis ihnen die geniale Idee kam, die *Absage an den Sozialismus* in die Form eines *Bekenntnisses zur Oktoberrevolution* einzuhüllen; in eine Formulierung also, von der man ziemlich sicher sein konnte, sie werde von den *“eigenen”* Leuten *richtig* verstanden, von den anderen dagegen gutgläubig im gewünschten Sinne *mißverstanden*. Diese Formulierung ging so:

“Je weiter wir zum Wesen unserer eigenen Geschichte vordringen, um so offenkundiger wird heute, daß die Oktoberrevolution kein Fehler war, denn die reale Alternative zu ihr war durchaus keine bürgerlich-demokratische Republik, wie uns heute mancher einzureden versucht, sondern ein anarchischer Putsch und eine blutige Militärdiktatur, die Errichtung eines reaktionären, volksfeindlichen Regimes.”

Wer lesen kann und die einfachsten Regeln der Logik beherrscht, der kann nicht leugnen, daß dieser Text besagt: *“Die Oktoberrevolution wäre ein Fehler gewesen, wenn es eine reale Alternative: bürgerlich-demokratische Republik gegeben hätte.”*

Da aber Gorbatschow genau so gut und besser als jeder “einfache” Kommunist weiß, daß die Oktoberrevolution gegen eine bestehende bürgerlich-demokratische Regierung, nämlich die russischen Ebert/Scheidemänner, Kerenski u. Co., durchgeführt wurde (der Kornilow-Putsch war bereits gescheitert); daß Lenin im Gegensatz zu ihm, Gorbatschow, in der bürgerlichen Demokratie die Diktatur der Bourgeoisie sah, die es zu stürzen galt, um die Diktatur des Proletariats zu errichten, bedeutet seine Formulierung in Wahrheit: *“Da die Oktoberrevolution gegen eine bürgerlich-demokratische Regierung durchgeführt wurde, war sie ein Fehler.”*

Wer so denkt, für wen die bürgerliche Demokratie höher steht als die sozialistische Revolution – und niemand kann daran vorbei, daß genau dies der Kern des zitierten Absatzes ist! – von dem ist nichts anderes zu erwarten, als daß er, wenn ihm die Macht ausgeliefert wird, diese dazu gebraucht, den “Fehler” zu korrigieren und eine Perestroika, einen Umbau der bestehenden antikapitalistischen in eine bürgerliche Ordnung in Gang zu setzen.

Nach einer solchen Aussage wie der zitierten dürfte es unter gelernten Marxisten keine Zweifel darüber geben,

- daß Gorbatschow, also der Generalsekretär der KPdSU, kein Kommunist, sondern ein bürgerlicher Liberaler, bestenfalls ein Sozialdemokrat ist;
- daß eine Partei mit einem solchen Manne an der Spitze aufgehört hat, eine kommunistische, eine Partei Lenins zu sein;
- daß ein Land, dessen Staatsoberhaupt ein Antikommunist ist und die Macht gegen die Kommunisten im Lande behauptet, kein sozialistisches Land mehr ist, sondern ein Land auf dem Wege der kapitalistischen Restauration;
- daß sich niemand darüber zu wundern braucht, daß diesem Manne die Sympathie und Dankbarkeit der Häuptlinge des Imperialismus zuflog und sie ihm erlaubten, herzliche Duz-Freundschaften zu demonstrieren.

VII. Schon fast am Zwiebelkern: Genugtuung am erreichten Ziel und verdiente Belohnung

Im Oktober 1990 entschied das Nobelpreiskomitee, den Friedensnobelpreis Michael Gorbatschow zu verleihen. Es gab auch einen anderen Kandidaten auf der Vorschlagsliste: Nelson Mandela.

Das Komitee blieb seiner Tradition treu, mit dem Friedensnobelpreis vorzugsweise Persönlichkeiten auszuzeichnen, die sich Verdienste im Kampf gegen den Sozialismus erworben haben; um nur zwei der letzten zu nennen: Sacharow und Walesa.

Zutreffend begründete das Komitee seine Entscheidung damit, Gorbatschow habe “viele und entscheidende Beiträge zum Umbruch in Osteuropa” geleistet.

Der Vorsitzende des Komitees machte auch einen anderen Aspekt der Verleihung klar: mit dieser Verleihung sollte die schon sehr brüchig gewordene Autorität Gorbatschows in seinem eigenen Lande gefestigt werden: “Wir hoffen”, sagte Giske Andersen, der Vorsitzende, “daß der

Preis seine Handlungsmöglichkeiten stärkt, an der Schaffung einer neuen Weltordnung mitzuwirken.“

Vielleicht hat er das wirklich getan. Auf jeden Fall hat Gorbatschow im Golfkrieg schon kräftig an der Schaffung der “neuen Weltordnung” mitgewirkt.

Bei der Preisverleihung persönlich teilzunehmen war Gorbatschow nicht vergönnt. Deshalb sandte er seine Dankesbotschaft schriftlich. Darin stellte er voller Genugtuung fest, das Jahr 1990 markierte “das Ende der widernatürlichen Spaltung Europas”.

Wiederum: kein wirklicher Kommunist hat die Existenz sozialistischer Staaten in Europa neben kapitalistischen je als “widernatürlich” betrachtet, ebenso wenig wie etwa im 18. und 19. Jahrhundert Demokraten die Existenz bürgerlicher Staaten neben Feudalstaaten in Europa als “widernatürlich” betrachtet haben. Umgekehrt: das Entstehen sozialistischer Staaten war das *natürliche* Ergebnis der Entfaltung des Kapitalismus, wie der Kapitalismus das natürliche Ergebnis der Entfaltung der Warenproduktion im Feudalismus war.

Aber: die Genugtuung Gorbatschows über das Ende der Spaltung Europas durch das Verschwinden des Sozialismus ist – wie aus allem vorher zitierten eindeutig hervorgeht – kein plötzlicher Sinneswandel, sondern nur die “natürliche” Freude eines Mannes, der auf dieses Ergebnis mit aller Kraft hingearbeitet hat und sich nun am Ziel seiner Bemühungen sieht.

Und so ist es denn auch kein “Ausrutscher” oder ein “ganz neuer Gorbatschow”, sondern genau der, der er schon 1985 war, wenn er *am Tage der Auflösung der UdSSR* durch Kündigung des Unionsvertrages von 1922 am *12. Dezember 1991* den Journalisten verkündete: “Die Hauptsache meines Lebens ist in Erfüllung gegangen. Ich tat alles was ich konnte.”

Das wird man ihm nicht streitig machen können! Im Zerstören des Sozialismus war er erfolgreicher als alle offenen Feinde des Sozialismus, von Churchill bis Hitler.

Aber – am Zwiebelkern sind wir damit noch nicht! Den hat erst der “Spiegel” von der letzten Hülle befreit und bloßgelegt.

VIII. “Das also ist der Zwiebel Kern: ein Sozialdemokrat!”

Wer immer seine “Gorbimanie” als Kommunist oder Sozialist noch nicht überwunden hat, dem muß man das Spiegel-Interview (Spiegel v. 18. 1. 1993) als Therapie verordnen.

Hier folgen nur einige der aussagekräftigsten Ausschnitte. Zunächst ein sehr wichtiges Eingeständnis: “*Was immer heute*” (in der ehemaligen Sowjetunion) “*geschieht, hängt damit zusammen, was ich 1985 begonnen habe. Die Ära Gorbatschow ist nicht zu Ende, sie fängt jetzt erst richtig an.*”

Also: Er ist kein Geschlagener, kein Gestrandeter, er hat jetzt die Verhältnisse erreicht, in der seine Ära erst richtig beginnen kann!

“*Spiegel*: Den einen ging es zu langsam, den anderen war alles zu radikal.

Gorbatschow: Und Gorbatschow mußte das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man doch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war. ... Man mußte Geduld zeigen, bis die Parteibürokratie so entmachtet war, daß sie das Rad der Geschichte (!) nicht mehr zurück (!) drehen konnte.

Spiegel: Michael Sergejewitsch, Sie sind kein Kommunist mehr?

Gorbatschow: Wenn Sie meine Aussagen nehmen, dann wird ihnen klar, daß meine politischen Sympathien der Sozialdemokratie gehören und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland.”

Was hier mit dieser Chronik von 1985 an nachgewiesen wird – im “Spiegel” bestätigt es Gorbatschow: Ganz falsch ist die Ansicht der Leute, die glauben, Gorbatschow habe den Sozialismus verbessern wollen, aber dafür nicht das richtige oder gar kein Konzept gehabt. Er *hatte* ein Konzept, und das hat er konsequent und *erfolgreich* verfolgt und verwirklicht; nur war es kein *Konzept* des sozialistischen Aufbaus, sondern *der Demontage des Sozialismus*.

Gelingen konnte ihm das allerdings nur, weil durch die Vorarbeit Chruschtschows die kommunistische Bewegung in der Sowjetunion und international schon so tief im Sumpfe des Revisionismus steckte und ideologisch schon so sehr abgerüstet und ent-leninisiert war, daß nur wenige noch aus den Aussagen Gorbatschows herauslasen, was an Konterrevolution in ihnen enthalten war. Wieso es dahin kommen konnte – das ist zwar die *wichtigste*, aber eine neue Frage. Die kann aber nur richtig beantworten, wer von der “Gorbimanie” geheilt ist.

IX. Das Innerste des Kerns: Ein Hilswilliger (HiWi) des Westens

M. Gorbatschow hielt im Herbst 1999 in Ankara in der Technischen Universität des Mittleren Ostens (ODTÜ) eine interessante und – obwohl veröffentlicht in den Zeitschriften „Prawda Rossii“ aus Rußland, „Usvit“ aus der Slowakischen Republik (Nr. 24/1999), „Dialog“ aus der Tschechischen Republik (Nr. 146, Oktober 1999), „UZ“ der DKP (8. 9. 2000) und „Die Rote Fahne“ der KPD - vielleicht nicht genügend beachtete Rede:

„Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus, der eine unerträgliche Diktatur über das Volk ist. In dieser Haltung hat mich meine Ehefrau unterstützt und bestärkt, die diese Meinung schon früher als ich hatte. Am meisten konnt ich dafür in den höchsten Funktionen tun. Deswegen empfahl meine Frau Raissa mir, mich um immer höhere Funktionen zu bemühen. Als ich den westen persönlich kennen gelernt hatte, war meine Entscheidung unumkehrbar. Ich musste die gesamte Führung der KPdSU und der UdSSR entfernen. Ich musste auch die Führung in allen sozialistischen Staten beseitigen. Mein Ideal war der Weg der sozialdemokratischen Parteien. Die Planwirtschaft hat die Fähigkeiten der Völker so gebunden, dass sie sich nicht entfalten konnten. Nur der Markt kann zu ihrer Entfaltung führen. Ich fand für die selben Ziele Mitarbeiter. Es waren vor allem Jakowlew und Schewardnadse, die gewaltige Verdienste an der Niederwerfung des Kommunismus haben.

Eine Welt ohne Kommunisten wird besser sein. Nach dem Jahr 2000 kommt die Zeit des Friedens und Aufblühens der Menschheit. Es besteht hier jedoch eine große Belastung, die den Weg zu Frieden und Wohlstand der Menschen bremsen wird. Das ist der Kommunismus in China. Ich war in Peking zur Zeit der Studentenunruhen 1989, als es schon den Anschein hatte, dass der Kommunismus in China zusammenbricht. Ich wollt zu den Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens sprechen und ihnen sagen, dass sie durchhalten sollen, dass wir mit ihnen sympathisieren und dass es auch in China eine Perestroika geben muss. Die chinesische Führung wünschte das nicht. Das war ein unermesslicher Schaden. Wäre der Kommunismus in China gefallen, wäre die Welt weiter auf dem Weg zu Frieden und Gerechtigkeit.

Ich hatte den Wunsch, die UdSSR in den bestehenden Grenzen zu erhalten, das aber mit einer anderen Bezeichnung, als demokratischer Staat. Das ist mir nicht gelungen. Jelzin strebte krankhaft nach der Macht. Von einem demokratischen Staat hatte er keine Vorstellungen. Er löste die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf, und dadurch entstanden Wirren und alle möglichen Schwierigkeiten. Rußland ist ohne die Ukraine, Kasachstan und die kaukasischen Staaten keine Weltgroßmacht. Dort wird ein fortdauerndes Chaos bestehen. Es sind Staaten ohne Ideen. Hier müssten die Ideen der westlichen Staaten herrschen – der Markt, Demokratie, Menschenrechte.

Als Jelzin die UdSSR auflöste und ich aus dem Kreml schied, meinten Hunderte von Journalisten, dass ich weinen werde. Aber ich habe nicht geweint, denn das Hauptziel meines Lebens, d.h. die Vernichtung des Kommunismus in Europa war erreicht. Aber der Kommunismus muss auch in Asien zerschmettert werden, denn er bremst in der ganzen Welt den Weg der Menschheit zu den Idealen der Freiheit.

Der Zerfall der Sowjetunion ist auch für die USA nicht vorteilhaft. Sie haben in der Welt keinen Partner und dieser könnte nur eine einheitliche demokratische SSSR sein. Deswegen erwog ich die Umbenennung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSSR) in Union Freier Souveräner Republiken, ebenfalls mit der Kurzbezeichnung SSSR (Sojus Svobodnych Suverennich Republik). Das ist nicht gelungen. Die USA ohne Partner können zu der Vision verführt werden, die alleinige Weltmacht zu werden. Die kleinen Staaten in Europa und der Welt bemühen sich, am meisten den USA Dank abzustatten. Das ist falsch. Nur durch die Partnerschaft mit einer demokratischen SSSR ohne Kommunismus konnte man sich von der Vorstellung einer Weltsupermacht befreien. Der Weg der Menschheit zu wahrer Freiheit wird länger dauern, aber er wird erfolgreich sein. Die ganze Welt muss sich vom Kommunismus befreien.“ (Quelle: „Dialog“, Prag, Nr. 146, Oktober 1999, Übersetzung: H.-J. Falkenhagen für die Veröffentlichung in „Die Rote Fahne“ der KPD. Wörtliche Übernahme der dort veröffentlichten Gorbatschow-Rede).

Kurt Gossweiler, Berlin

Beispiele aus Jugoslawien, Ungarn, Polen, der DDR

Kurt Gossweiler: Einige Daten zur Rolle Tito-Jugoslawiens zwischen West und Ost ²¹⁰

Am 1. März 1953 wurde der sogenannte Balkan-Pakt ratifiziert, mit dem Jugoslawien mit den beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei sich zur Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Technik, Kultur und Verteidigung verpflichtete. Durch diesen Vertrag wurde Jugoslawien Teilnehmer des gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder gerichteten imperialistischen Paktsystems und erhielt Waffenlieferungen aus den USA.

²¹⁰ Aus: „offen-siv“ 7-1999; Ausgabe November-Dezember des Jahres, S. 34-40

In der zweiten Hälfte des März 1953 unternahm Tito und sein Außenminister Popovic einen Staatsbesuch in Großbritannien. Im offiziellen Communiqué über diesen Besuch wird gesagt: *"Der Besuch Präsident Titos in London ... hat aufs neue geholfen, enges Verständnis zwischen beiden Regierungen zu entwickeln und die in zwei Kriegen geschmiedete Freundschaft zwischen beiden Lagern zu bestärken.... Im Verlauf einer Reihe von Besprechungen, geführt in einer offenen und herzlichen Atmosphäre, fand eine weitreichende Prüfung der Weltlage statt, welche die Übereinstimmungen der Ansichten ergab. Die Regierung ihrer Majestät begrüßte die Entwicklung engerer Beziehungen zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei als wertvollen Beitrag zur Stärkung des Friedens.... Die beiden Regierungen erklärten ihr gemeinsames Interesse am Widerstand gegen die Aggression und der Erhaltung nationaler Unabhängigkeit. Sie beschlossen, eng miteinander und mit anderen freiheitsliebenden Nationen zur Verteidigung des Friedens zusammenzuarbeiten."*

In einer Pressemeldung der "Herald Tribune" hieß es zu diesem Besuch, *"Marschall Tito habe eine formelle britische Verpflichtung zur Garantie Jugoslawiens gegen eine Aggression oder zumindest den Abschluß eines Freundschaftspaktes gewünscht. Er habe aber Verständnis dafür gehabt, daß Churchill den Abschluß jeden formellen Abkommens vertagen wollte,... Es sei anzunehmen, daß formelle Abkommen soweit vorbereitet wurden, daß ihr Abschluß unmittelbar nach der Lösung der Triester Frage möglich wäre."*

Pressemeldungen zufolge gab der jugoslawische Außenminister Popovic folgende Erläuterungen: *"...2. Großbritannien ist zu der Überzeugung gelangt, daß der jugoslawische Anteil an der Verteidigung Südosteuropas auch ohne Mitgliedschaft in der NATO sichergestellt ist. 3. Die britische inoffizielle Garantie der Sicherheit Jugoslawiens ist ausreichend, so daß vorerst keine Notwendigkeit zum Abschluß eines förmlichen Paktes besteht."*

Am 21. Mai 1953 befasste sich Tito mit den Beziehungen zur Sowjetunion und sagte nach Pressemeldungen dabei u.a.: *"Wie auch immer sich unsere Beziehungen mit der Sowjetunion gestalten sollten, so werden wir unsere Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich nicht ändern;... Die Beziehungen zwischen uns und der Sowjetunion sowie den Ländern, die unter ihrem Einfluß stehen, haben sich nicht gebessert, soweit ich davon weiß. Die Tatsache, daß die Sowjetunion ihre Propaganda verringert, genügt nicht, daß Jugoslawien seine Haltung von heute auf morgen ändert und sich in die Arme jener stürzt, die sein Vertrauen nicht besitzen. Dieses Vertrauen muß durch Handlungen erworben werden und hängt von der Politik ab, , welche die Sowjetunion uns gegenüber führen wird. Wir wollen und tun alles, was in unserer Macht steht, um unsere Beziehungen mit der Sowjetunion und unseren Nachbarn zu verbessern, weil wir wissen, daß dies einen Beitrag zum Frieden in diesem Teil der Welt bilden kann."*

Diese Erklärung ist ein Hinweis darauf, daß erste Fäden zur Änderung der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen schon gesponnen sind, und zugleich eine Versicherung an die Westmächte, daß eine solche Änderung für sie keinerlei Grund zur Beunruhigung über die wirkliche Position Jugoslawiens abgibt.

Kurz danach, am 6. Juni, erfolgte seitens der Sowjetunion der Vorschlag an Jugoslawien, Botschafter auszutauschen, dem die jugoslawische Seite am 16. Juni zustimmte und dem zum neuen Sowjetbotschafter ernannten W.A. Walkow das Agreement erteilte. Zwei Tage vorher, am 14. Juni, hatte Tito aber erneut den Westmächten versichert, daß seitens Jugoslawiens keine

außenpolitische Kursänderung erfolgen werde - laut Pressemeldung führte er aus: *"Jugoslawien werde bei der Aufnahme normaler Beziehungen zur Sowjetunion auf der Hut sein; es glaube nicht an Worte, sondern nur an Taten. Eine Änderung der Politik gegenüber dem Westen werde nicht erfolgen, da sich Jugoslawien nicht mit dem Wind drehe."*

In merkwürdigem Kontrast zu diesem Vorgang der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien steht die Tatsache, daß auf dem Juli-Plenum der KPdSU (3./7. Juli 1953), das als Abrechnung mit Berija (jedoch in dessen Abwesenheit) durchgeführt wurde, unter den "Verbrechen", die ihm angelastet und für die er in einem Geheimprozeß zum Tode verurteilt wurde, eine nicht geringe Rolle auch die Beschuldigung spielte, er, Berija, habe die Beziehungen zu Jugoslawien normalisieren wollen.... In seiner Anklagerede gegen Berija führte G.M. Malenkow unter anderem aus: *"In der vergangenen Woche, kurz vor dem Tag, an dem wir im Präsidium des ZK beschlossen hatten, den Fall Berija zu erörtern, kam er zu mir und unterbreitete den Vorschlag, über das MWD (Innenministerium, K.G.) Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien einzuleiten, Ich erklärte ihm, daß diese Frage im ZK erörtert werden müsse."*

Merkwürdig und auf jeden Fall unrichtig ist hier die Angabe des Datums: Bereits am 6. Juni erfolgte der Vorschlag der SU an Jugoslawien zum Botschafteraustausch! Und bereits am 16. Juni ist der neue Sowjetbotschafter akkreditiert! Malenkow aber behauptet am 3. Juli, Berija habe den Vorschlag zur Normalisierung der Beziehungen "in der vergangenen Woche", - also frühestens am Montag, den 22. Juni! - gemacht, also rund drei Wochen, nachdem die Sowjetregierung Jugoslawien den Botschafter-Austausch vorgeschlagen hatte!

Aber folgen wir weiter dem Text der Malenkow-Anklage: *"Unter den bei Berija aufgefundenen Materialien befindet sich folgendes Dokument: 'Ich nutze die Gelegenheit, um Ihnen, Genosse Rankovic, einen herzlichen Gruß von Genossen Berija, der sich gut an Sie erinnert, zu übermitteln. Genosse Berija beauftragte mich, Ihnen persönlich streng vertraulich mitzuteilen, daß er und seine Freunde eine gründliche Überprüfung und eine Verbesserung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen beiden Staaten als erforderlich betrachtet...'"*

Es fällt auf, daß weder der Name des Verfassers dieses Schreibens noch dessen Datum genannt wird. Zweifel an der Zuverlässigkeit dieser Ausführungen müssen also nach der vorhin nachgewiesenen Falschaussage erlaubt sein.

Wir überspringen aus Platzmangel das Jahr 1954 und setzen unsere Übersicht mit dem Jahr 1955 fort:

Am 5. Januar 1955 unterzeichneten laut Pressemeldung Jugoslawien und die Sowjetunion ihr erstes Handelsabkommen seit 1949.

11. - 14. Mai 1955 Gründungskonferenz des Warschauer Paktes.

14. Mai 1955: Die sowjetische Telegrafagentur TASS kündigt für Ende Mai ein Treffen von Vertretern der Sowjetunion und Jugoslawiens auf höchster Ebene an.

15. Mai 1955: Rede Titos in Pula zum bevorstehenden Treffen mit der sowjetischen Führung. Darüber berichtet die Presse: *"Tito betonte, daß die Initiative zu dem Besuch von der Sowjetunion ausgegangen sei. Jugoslawien sei dem Westen und besonders den Amerikanern für die Hilfe dankbar, die es bei seinen großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erhalten habe und noch erhalte. Jugoslawien werde aber diese Hilfe mit keinerlei Konzessionen bezahlen. Jugos-*

lawien betrachte diese Hilfe als etwas, was seine Völker sich durch die Bemühungen um den Frieden der Welt verdient hätten. Jugoslawien wünsche, die besten Beziehungen zum Westen zu haben und werde nicht zum anderen Lager übergehen, sondern die gleiche Linie einhalten, da es sich die Hände freihalten und seinen Einfluß bewahren wolle, im Sinne des Friedens zu wirken. Das Regime sei nur seine eigene Sache. Auf Grund dieser Prinzipien hätten die sowjetischen Führer sich entschlossen, nach Belgrad zu kommen, um die hängigen Fragen zu diskutieren, damit die Normalisierung sich auf einer soliden Basis und ohne Illusionen vollziehe. Tito versicherte, daß er den Westen über seine Unterredungen auf dem Laufenden halten werde und daß sich jene einer Täuschung hingäben, welche an ein Doppelspiel glaubten."

Die darauffolgenden Ausführungen Titos (einen Tag nach Gründung des Warschauer Paktes gesprochen) waren eine eindeutige Absage an dieses antiimperialistische Bündnis der sozialistischen Staaten: *"Tito unterstrich aufs neue den Willen seines Landes, keinem Block anzugehören und fügte hinzu, die Block-Politik sei eine Illusion. Die einzige Lösung sei die Zusammenarbeit und aktive internationale Koexistenz ungeachtet der politischen Systeme."*

Dies war eine klare Absage an eine sozialistische Klassensolidarität auf dem Gebiet der Außenpolitik, von der sich Jugoslawien schon seit vielen Jahren entfernt hatte. Das wurde gerade in diesen Maitagen 1955 deutlich dadurch, daß Tito, dieser Block-Gegner, dem Präsidenten des westdeutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, anlässlich dessen Erkundungsreise durch Jugoslawien versicherte, er wisse den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO voll zu würdigen. Der Bericht, den Gerstenmaier über seine Eindrücke aus dieser Reise gab, ist sehr aufschlußreich und soll deshalb hier nicht fehlen; es folgt hier seine Pressefassung:

"Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Eugen Gerstenmaier, berichtete laut Bulletin im Bayerischen Rundfunk über seine Eindrücke anlässlich des Besuches einer Delegation des Bundestages in Jugoslawien. Er sagte u.a.: 'Zum ersten Male hat eine deutsche parlamentarische Delegation Jugoslawien besucht. Die Reise kam aufgrund einer Einladung des jugoslawischen Parlaments an meinen verstorbenen Vorgänger im Amte, Dr. Ehlers, zustande. Noch zu Lebzeiten von Dr. Ehlers hat der Bundestag diese Einladung angenommen, zu der alle Fraktionen entsprechend ihrer Größe Teilnehmer gestellt haben. Die elfköpfige Delegation hat sich mehrere Tage in Belgrad aufgehalten. Sie ist dann in die Hauptstadt Bosniens, zu der Herzegowina, nach Sarajewo gefahren, und sie hat schließlich das Wochenende in Dubrovnik, dem alten Ragusa an der Adria, zugebracht. Am Ende der Reise ist sie nach Belgrad zurückgekehrt, um von dem Präsidenten der Volksrepublik Jugoslawien, Marschall Tito, empfangen zu werden."

Es war ein reiner Zufall, daß die Reise in einem Augenblick stattfand, in dem Belgrad durch die überraschende Ankündigung des Besuches hoher und höchster Parteifunktionäre und Staatsrepräsentanten der Sowjetunion in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt ist (siehe 5187 A). Die Delegation hat während ihres Belgrader Aufenthaltes eine höchst unmittelbare auf den Kern der Sache dringende Aussprache mit den leitenden Leuten des jugoslawischen Parlaments und Männern der jugoslawischen Regierung geführt.

Seit dem Bruch mit Rußland stand Jugoslawien auf der Seite des Westens. Es hat von der amerikanischen Militär- und auch von der amerikanischen Wirtschaftshilfe Entscheidendes

empfangen. Der Kommunismus der Jugoslawen ist dabei zwar nicht über Bord gegangen, was sich insbesondere im Schulleben und vielleicht auch in dem zurückhaltenden Verhältnis zu den Kirchen bemerkbar macht, aber dieser Kommunismus hat sich doch in vielfacher Hinsicht, im Unterschied zu Rußland, gewandelt. Immerhin ist Marschall Tito nicht so weit gegangen, daß er mit seinem Land dem Nordatlantikpakt (NATO, d.Red.) beigetreten wäre. Ja, er hat sich in dem von ihm mit zäher Energie geförderten Balkanpakt von militärischen Verpflichtungen sorgfältig distanziert.

Sowohl Tito wie sein Außenminister haben mir gegenüber betont, daß sie nicht nur die deutsche Souveränität aufrichtig begrüßen, sondern auch den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO voll zu würdigen wissen. Für ihr eigenes Land hingegen wünschen sie einen solchen Beitritt nicht, da sie noch immer der Theorie einer unabhängigen Selbstbehauptung Jugoslawiens zwischen Ost und West anhängen. Diese Unabhängigkeit soll weder Neutralität noch Neutralisierung bedeuten. Ich glaube, daß nicht nur der Begriff, sondern auch die Sache ernst und entschieden von der jugoslawischen Staatsführung abgelehnt werden. Ebenso entschieden wird der Gedanke eines Ausgleichs zwischen Jugoslawien und Rußland auf dem Boden der Rückkehr Jugoslawiens in die Kominform, in den großen kommunistischen Weltverband, abgelehnt. Ich glaube, daß der jugoslawische Staatschef in den nächsten Tagen auf nichts mehr bedacht sein wird als darauf, die Unabhängigkeit Jugoslawiens zu sichern und seine Einbeziehung in den Satellitengürtel, sei es mit List oder mit der Drohung der Gewalt, zu verhindern. Daß er im übrigen gewillt ist, zu einem für sein Land unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorteilhaften Ausgleich mit Rußland zu kommen, das darf ebenso als sicher angenommen werden. Die Lage Rußlands wurde mir gegenüber in Belgrad in einer kurzen Formel so beschrieben: Die Russen sind taktisch in der Offensive, sachlich aber in der Defensive.'".

26.5. - 2.6. 1955: Besuch der sowjetischen Regierungsdelegation in Jugoslawien. Chruschtschow hält schon auf dem Flugplatz in Belgrad bei der Ankunft am 26. Mai eine Ansprache, die allgemein größte Überraschung auslöste, weil sie alle Schuld für das sowjetisch-jugoslawische Zerwürfnis einseitig der eigenen sowjetischen Seite zuschiebt, trotz aller dem eindeutig widersprechender Fakten, wie z.B. dem Eintritt des Blockgegners Tito in den Balkan-Pakt und damit indirekt in die NATO.

Er sagte: "Teurer Genosse Tito! ... Wir bedauern aufrichtig, was geschehen ist....Wir haben das Material, worauf die schweren Beschuldigungen und Beleidigungen beruhen,.....sorgfältig geprüft. Die Tatsachen zeigen, daß dieses Material von den Feinden des Volkes, den verachtungswürdigen Agenten des Imperialismus, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen haben, fabriziert worden ist..."

So ganz gründlich kann die Prüfung des Materials allerdings nicht gewesen sein, sonst hätte derselbe Chruschtschow nicht drei Jahre später, im Juli 1958, auf dem VII. Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei seiner Totalrehabilitierung Titos an jenem 26. Mai 1955 widersprechen und sie als falsch kennzeichnen müssen, indem er jetzt ausführte: *"Die Revisionisten versuchen, die revolutionären Parteien von innen zu zersetzen, die Einheit zu unterminieren und Durcheinander und Verwirrung in die marxistisch-leninistische Ideologie zu tragen. Im Jahre 1948 nahm die Konferenz des Informationsbüros eine Resolution über die Lage in der KP Jugoslawiens an, die eine berechtigte Kritik an der Tätigkeit der KP*

Jugoslawiens in einer Reihe von Fragen enthielt. Diese Resolution war im wesentlichen richtig und entsprach den Interessen der revolutionären Bewegung."

Zum Abschluß des Versöhnungs-Treffens wurde am 2. Juni 1955 eine gemeinsame Erklärung von Tito und Bulganin unterzeichnet, die einen Passus enthielt, der in Washington, London und Bonn sicherlich mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde, mußte seine Befolgung seitens der Sowjetunion doch den westlichen Bemühungen um eine Loslösung der europäischen sozialistischen Staaten von ihrem Bündnis mit der Sowjetunion und von der gemeinsamen ideologischen und politischen Grundlage mit ihr erheblich größere Erfolgchancen einräumen. Dieser Passus stellte einen Bruch mit dem internationalistischen Prinzip dar, nach dem jede kommunistische Partei und jede sozialistische Land nach Einheit in den Prinzipien und im Handeln mit den anderen Gliedern der Gesamtbewegung strebt. Er lautet nämlich: *"Beide Regierungen gehen von folgenden Prinzipien aus: gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Einmischung weder aus wirtschaftlichen noch auch politischen, ideologischen oder sonstigen Gründen, da die Fragen der inneren Einrichtung, des Unterschiedes in den Gesellschaftssystemen und des Unterschiedes in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder sind."*

Was bei diesem Treffen festgelegt wurde, war genau das, was zwei Jahre zuvor Berija als todeswürdiges Verbrechen vorgeworfen worden war. Durch ihre Unterschrift machten die Sowjetführer das Hauptprinzip des sogenannten 'Nationalkommunismus' zu ihrem eigenen, legitimierten damit diesen 'Nationalkommunismus' als mit den kommunistischen Prinzipien vereinbar.

Auf den Besuch der sowjetischen Delegation folgte bald ein Besuch von Delegationen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu Verhandlungen in Belgrad. Über diese Verhandlungen gab TANJUG, die jugoslawische Telegrafagentur, am 27. Juni folgendes Communiqué heraus: *"Vom 21. bis zum 27. Juni haben in Belgrad zwischen dem stellvertretenden Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Jugoslawiens, Prica, und den Botschaftern der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs Verhandlungen über die allgemeine internationale Lage und über Fragen statt, die von unmittelbarem gegenseitigem Interesse sind. Diese Verhandlungen waren ein weiterer Schritt in der Reihe der Beratungen, die einzeln oder kollektiv zwischen Vertretern der Regierungen der drei Westmächte und der Regierung Jugoslawiens geführt wurden."*

Der Meinungs austausch, der in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und des gemeinsamen Vertrauens stattfand, bestätigte den hohen Grad der Übereinstimmung zwischen den Regierungen der vier Mächte in ihrer Haltung zu den verschiedenen internationalen Fragen, die im Laufe der Verhandlungen erörtert wurden. Diese Verhandlungen erhalten im Hinblick auf die positiven internationalen Ereignisse in der letzten Zeit eine besondere Bedeutung. Die Regierungen der vier Mächte sind übereingekommen, daß die Regelung der ungelösten Probleme mit friedlichen Mitteln und durch Verhandlungen erreicht werden, die auf voller Achtung und Anerkennung des Rechts aller Länder auf Unabhängigkeit, Gleichheit, Selbstverteidigung und kollektive Sicherheit entsprechend der Charta der Organisation der Vereinten Nationen beruhen. Sie werden nach wie vor alles daran setzen, zu einer solchen Lösung der Fragen beizutragen."

Die Regierungen der vier Mächte bringen die feste Überzeugung zum Ausdruck, daß das Bestehen eines starken und unabhängigen Jugoslawiens und die weitere Zusammenarbeit zwischen ihnen unter den Bedingungen völliger Gleichheit zum Frieden und zur Stabilität beitragen werden. Sie sind der Ansicht, daß die fruchtbare Zusammenarbeit, die sich im Rahmen des Balkanpaktes auf allen Gebieten entwickelt, ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Sache des Friedens und der Stabilität in diesem Teil der Erde ist.

Sie sind der Ansicht, daß diese Methode des Meinungs austausches zur Herbeiführung noch größeren gegenseitigen Verständnisses zwischen ihnen und zur weiteren Verbesserung der allgemeinen internationalen Lage und zur Sache des Friedens in der ganzen Welt beitragen kann. Sie sind überzeugt, daß die guten Beziehungen, die sich in den letzten Jahren auf so vielen Gebieten zwischen ihnen entwickelt haben, bestehen bleiben und eine weitere Entwicklung erfahren werden."

Zu den Fragen von "unmittelbarem gegenseitigen Interesse" gehörten mit Sicherheit auch die Möglichkeiten zur Einwirkung auf die sozialistischen Länder Osteuropas in dem Sinne, wie sie beide - sowohl Jugoslawien als auch die Westmächte - für wünschenswert hielten, im Sinne ihrer Herauslösung aus dem Bündnis mit der Sowjetunion.

Und wenn es nicht mit den Westmächten bei den Juni-Verhandlungen in Belgrad abgesprochen wurde, dann entsprach es doch den Interessen der Westmächte nicht minder als denen Titos, wenn er am 27. Juli in einer Rede in Karlovac forderte *"daß auch die Führer in Ungarn und in der Tschechoslowakei ihre gegenüber Jugoslawien begangenen Fehler bekennen, so wie dies die sowjetischen Führer anlässlich des Besuches der sowjetischen Staatsmänner in Jugoslawien getan hätten. Er verlangte hierbei insbesondere eine Revision der seinerzeitigen Prozesse gegen Laszlo Rajk vom September 1949 in Budapest, gegen Trajtscho Kostoff vom Dezember 1949 in Sofia und gegen Rudolf Slansky und Vladimir Clementis in Prag, bei welchem das Titoregime der Mittäterschaft an Hochverratsverbrechen beschuldigt worden war."*

Da in der Mitteilung über die Juni-Konferenz mit den Westmächten auch ausdrücklich rühmend der Balkanpakt erwähnt worden war, Jugoslawiens Zugehörigkeit zu diesem Pakt aber schlechterdings nicht zu seiner ständig betonten Blockfreiheit passte, nahm Tito wenige Tage später, am 3. August, auch dazu Stellung. Nach Tanjug führte er aus: *"Der Balkanpakt ist zu einer Zeit geschaffen worden, als sich die drei Balkanstaaten bedroht fühlten."* (Von wem eigentlich? Von der Sowjetunion? K.G.) *"Nun, da keine unmittelbare Gefahr mehr besteht, sollte die Zusammenarbeit zwischen ihnen den Charakter einer friedlichen Gemeinschaftlichkeit in wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Belangen annehmen. Wenn einmal die kollektive Sicherheit erreicht ist, wird der Balkanpakt wie die anderen Pakte auch den militärischen Charakter verlieren. Das Abkommen ist nicht vorübergehender Natur."*

Tito-Jugoslawien hielt aber nicht nur am Balkan-Pakt fest, sondern auch am Kauf von Waffen in den USA. Dabei kam es allerdings zu einer bestimmten Meinungsverschiedenheit mit diesen, da sie eine Kontrolle über die Verwendung der von ihnen gelieferten Waffen verlangten. Zur Beilegung dieser Differenzen und zur Abstimmung ihrer Politik kam eigens der Unterstaatssekretär Robert D. Murphy nach Belgrad. In dem am Ende der fünftägigen Verhandlungen ausgegebenen Communiqué (4. Oktober 1959) und in Murphys Ausführungen auf einer Pressekonferenz hieß es: *"Der Besuch des stellvertretenden Unterstaatssekretärs Robert Murphy in Belgrad hat Gelegenheit für eine freie und fruchtbare Erörterung einer großen Zahl*

von Problemen geboten, die im gegenseitigen Interesse Jugoslawiens und der Vereinigten Staaten liegen. Als Ergebnis wurden Meinungsdivergenzen beigelegt und ein klares Verständnis für die Zielsetzung erreicht. Dies hat sich in einer sehr herzlichen Atmosphäre vollzogen und sollte eine solide Basis für eine weitere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bilden. Die Gespräche waren ein erneuter Beweis des Vertrauens und der gegenseitigen Achtung, die in den letzten beiden Jahren zwischen den beiden Ländern geschaffen wurden.> Robert Murphy erklärte in einer Pressekonferenz, daß zwischen den beiden Staaten eine Kontroverse wegen der Kontrolle der amerikanischen Rüstungslieferungen an Jugoslawien entstanden sei. Jugoslawien habe es abgelehnt, eine solche Kontrolle durch die amerikanische Militärmission zuzulassen, wobei es sich aber im wesentlichen nur um eine mißverständliche Interpretation des Wortes 'Kontrolle' gehandelt habe. Nunmehr sei eine völlig befriedigende Formel gefunden worden, um diesen Streit zu regeln. Die Vereinigten Staaten wollten in keiner Weise den Eindruck erwecken, als ob sie einen beherrschenden Einfluß auf die jugoslawischen Streitkräfte ausüben wollten. Der richtige Ausdruck sei eine 'bloße Beobachtung' der Waffenlieferungen. Im Hinblick auf einen von Jugoslawien geäußerten Wunsch, eine amerikanische Lizenz für den Bau von Düsenjägern zu erwerben, sagte Murphy, daß die Vereinigten Staaten dies gern tun würden, daß aber die Finanzierung des Projektes eine komplizierte Frage sei, die erst geklärt werden müsse. Murphy erwähnte auch, daß Jugoslawien amerikanische Getreidelieferungen erbeten habe. Jugoslawische Wissenschaftler würden demnächst die USA besuchen, um die industrielle Verwendung von Atomenergie zu studieren."

Der Vorfall zeigte, daß von einer wirklichen Blockfreiheit Jugoslawiens nicht die Rede sein konnte, sondern daß es für seine Teilnahme an einem USA-geführten Bündnissystem und für die Belieferung mit amerikanischen Rüstungsgütern eine USA-Kontrolle über deren Verwendung dulden mußte; er zeigt zugleich, mit welchen verbalen Tricks die jugoslawische Führung bestrebt war, den Schein ihrer "Unabhängigkeit" aufrecht zu erhalten: die Kontrolle wurde einfach in "bloße Beobachtung" umbenannt, und schon war die "Blockfreiheit" wieder belegt!

Nachdem die "mißverständliche Interpretation" auf diese Weise beigelegt worden war, konnte der US-Außenminister Forster Dulles am 6. November Tito auf Brioni besuchen und gewiß sein, daß es dabei keine "Mißverständnisse" mehr geben würde. Über diese Begegnung berichtete die Presse: *"In einem gemeinsamen Communiqué heißt es laut AFP, die beiden Staatsmänner hätten einen Meinungsaustrausch über die Weltlage und gemeinsam interessierende Probleme gepflogen. In einer Reihe von Fragen sei eine Einigung erzielt worden, so namentlich in Bezug auf die Notwendigkeit, einer weiteren Verbesserung der internationalen Beziehungen und eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Diese Zusammenkunft habe erneut den Vorteil persönlicher Kontakte für eine bessere Kenntnis der gegenwärtigen Standpunkte und für die Entwicklung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit im Geiste der Vereinten Nationen bewiesen."*

Staatssekretär John Foster Dulles erklärte laut Herald Tribune vor Pressevertretern: <Wir erörterten die Lage der Völker der Staaten Osteuropas und gelangten zu einem Einvernehmen bezüglich der Anerkennung der Bedeutung der Unabhängigkeit für diese Staaten, den Nicht-einmischung von außen in deren innere Angelegenheiten und ihres Rechts, ihre soziale und wirtschaftliche Ordnung nach eigener Wahl aufzubauen.>

Marschall Tito beantwortete die Frage der Journalisten, ob dies auch seine persönliche Auffassung sei, zustimmend."

Kommunistische Partei Chinas/Redaktionen von "Renmin Ribao" (Volkszeitung) und Hongqi (Rote Fahne): Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat (Oktober 1963)? ²¹¹

Dritter Kommentar der KPCh vom 22. Oktober 1963 zum Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli 1963

Wir bringen hier den (gekürzten) Abdruck des dritten Kommentars zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, der eine Antwort auf die sowjetische Politik gegenüber Jugoslawien darstellt und, um dies zu tun, eine ausführliche Einschätzung der jugoslawischen Politik vornimmt. Dieser Kommentar stammt vom 26. September 1963. Wir drucken ihn ab nach der von der KAZ herausgegebenen Dokumentation: "Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung". Wir bringen dies Dokument hier nicht, weil wir das, was später, also in den 70er Jahren, "Maoismus" genannt wurde (z.B. These vom 'sowjetischen Sozialimperialismus', die 'Theorie der Drei Welten' usw., was u.a. dazu führte, daß China in Angola gemeinsam mit den USA die konterrevolutionäre UNITA unterstützte) in irgendeiner Weise für diskussionswürdig halten, sondern weil im vorliegenden Dokument interessante historische Fakten genannt und Diskussionsfelder angesprochen werden, die auch heute noch - bzw. wieder - den Blick schärfen können.

Wir wollen nicht verhehlen, daß uns manche Ausdrucksweisen abstoßen, so z.B. der andauernd verwendete Begriff "Tito-Clique". Uns wäre es lieber, man spräche von der jugoslawischen Regierung - inhaltliche Kritik läßt sich auch ohne Schaumschlägerei entfalten, aber das Dokument hat nunmal diese Sprache. Diese Sprache sollte allerdings nicht davor abschrecken, sich mit den Inhalten zu befassen. In diesem Zusammenhang: die "Kurze Schlußfolgerung" am Ende des hier abgedruckten Dokumentes halten wir für sehr, sehr bedenkenswert.

Wir gehen davon aus, daß die Diskussionsbeiträge der chinesischen Genossen in Deutschland wenig bekannt sein werden, da sie von SED und DKP nicht publiziert wurden. (Red. Offensiv)

Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat? Diese Frage ist nicht nur die Frage, wie man den Charakter des Staates Jugoslawien beurteilen soll, sondern bezieht sich auch auf die Frage, welchen Weg die sozialistischen Staaten eigentlich einschlagen sollen: Ob sie den Weg der Oktoberrevolution verfolgen und die sozialistische Revolution bis zu Ende führen oder ob sie dem jugoslawischen Weg folgen und den Kapitalismus restaurieren sollen. Diese Frage bezieht sich auch darauf, wie man die Tito-Clique ansehen soll, ob als Bruderpartei und gegen den Imperialismus gerichtete Kraft oder als Verräter an der internationalen kommunistischen Bewegung und Helfershelfer des Imperialismus. (...)

Die Entwicklung des Privatkapitalismus in den jugoslawischen Städten

Tatsache ist, daß es in Jugoslawien viel Privatkapital und viele Privatunternehmen gibt und daß sie sich schnell entwickeln.

²¹¹ Aus: „offen-siv“ 7-1999; Ausgabe November-Dezember des Jahres, S. 41-53

Die Situation in den sozialistischen Ländern ist im allgemeinen so, daß nach der Macht ergreifung durch das Proletariat in einem verhältnismäßig langen Zeitabschnitt verschiedene sozialökonomische Sektoren der Volkswirtschaft, darunter ein privatkapitalistischer, bestehen bleiben. Das ist durchaus nicht verwunderlich. Die Frage ist lediglich, welche Politik die Staatsmacht der privatkapitalistischen Wirtschaft gegenüber verfolgt, ob diese Politik darin besteht, die privatkapitalistische Wirtschaft auszunutzen, zu beschränken, umzugestalten und zu liquidieren, oder sie ungeschoren zu lassen, zu unterstützen und zu fördern. Das ist ein wichtiges Kennzeichen, um festzustellen, ob sich ein Staat in Richtung Sozialismus oder in Richtung Kapitalismus entwickelt.

Die Tito-Clique geht in dieser Frage mit dem Sozialismus diametral auseinander. Die sozialen Reformen, die Jugoslawien in der frühen Nachkriegszeit durchführte, waren schon nicht gründlich. Die Politik der Tito-Clique seit ihrem offenen Verrat ist nicht darauf gerichtet, Privatkapital und Privatunternehmen umzugestalten und zu beseitigen, sondern sie zu unterstützen und zu entwickeln. Im Jahre 1953 erließ die Tito-Clique Verordnungen, wonach "Gruppen von Bürgern" das Recht haben, "Unternehmen zu gründen" und "Arbeitskräfte einzustellen". Im gleichen Jahr erließ die Tito-Clique ein Gesetz, das Privatleuten das Recht gab, Anlagevermögen von staatlichen Wirtschaftsorganisationen anzukaufen. Im Jahre 1956 legte die Tito-Clique den Lokalbehörden nahe, das Privatkapital in der Steuerpolitik und ähnlichem zu unterstützen. Im Jahre 1961 setzte die Tito-Clique fest, daß Privatleute das Recht haben, Devisen anzukaufen. Im Jahre 1963 wurde die Politik der Entwicklung des Privatkapitals von der Tito-Clique in ihrer Verfassung verankert. In dieser Verfassung wurde festgelegt, daß in Jugoslawien Privatleute Betriebe einrichten und Arbeitskräfte einstellen dürfen. Mit Unterstützung der Tito-Clique schossen in den jugoslawischen Städten Privatunternehmen und Privatkapital wie Bambussprossen nach dem Frühlingsregen aus der Erde.

Nach Angaben des in Belgrad herausgegebenen amtlichen "Statistischen Taschenbuches von Jugoslawien für das Jahr 1963" gibt es in Jugoslawien über 115 000 private "Handwerksbetriebe". Die Eigentümer vieler dieser Privatbetriebe sind jedoch nicht "Handwerker", sondern typische Privatkapitalisten. Die Tito-Clique hat zugegeben, daß es, obwohl Privateigentümer dem Gesetz nach höchstens fünf Arbeiter einstellen dürfen, doch viele gibt, die 10- bis 20mal so viele Arbeiter beschäftigen, und manche sogar "500 bis 600 Arbeiter" eingestellt haben.²¹² Der jährliche Umsatz mancher Privatunternehmen beträgt über 100 Millionen Dollar.²¹³ (...)

Die jugoslawische Zeitung "Svet" schrieb am 8. Dezember 1961 "Das monatliche Nettoeinkommen gewisser Privathandwerker erreicht eine Million Dollar." Und die in Belgrad erscheinende "Vecernje Novosti" berichtete am 20. Dezember 1961, in Belgrad gäbe es "116 Privatunternehmer mit einem Jahreseinkommen im Vorjahr von mehr als 10 Millionen Dinar." Manche Unternehmer "verdienen in einem Jahr etwa 70 Millionen Dinar", was nach offiziellem Kurs etwa 100.000 US-Dollar bedeutete.

In den jugoslawischen Städten gibt es nicht nur private Industriebetriebe, private Dienstleistungsbetriebe, Privathandel, privaten Immobilienhandel und private Transportunter-

²¹² M. Todorovic, "Der Kampf an zwei Fronten", in: "Nasha Stvarnost", März 1954

²¹³ "Vesnik u Sredu" vom 27. 12. 1961

nehmen, sondern sogar Wucherer, die "Privatbankiers" genannt werden. Solche Wucherer treten ganz offen hervor und geben sogar Inserate in den Zeitungen auf wie z.B.: "Darlehen von 300.000 Dinar auf 3 Monate gewährt. Rückzahlungsbetrag: 400.000 Dinar. Kautions notwendig."

Der Kapitalismus überschwemmt das jugoslawische Dorf

Daß Jugoslawien vom Kapitalismus überschwemmt ist, zeigt sich auf dem Land sogar noch deutlicher. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß die Einzelwirtschaft und die Kleinproduzentenwirtschaft stündlich und täglich den Kapitalismus gebiert. Erst die Kollektivierung kann die Landwirtschaft auf den Weg des Sozialismus führen. (...) In dieser Frage hat die Tito-Clique einen dem Sozialismus völlig zuwiderlaufenden Kurs eingeschlagen. In den ersten Nachkriegsjahren hatte Jugoslawien ursprünglich die Bodenreform durchgeführt und auch eine Anzahl von bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften gegründet. Aber die Kulakenwirtschaft wurde im wesentlichen nicht angetastet.

Im Jahre 1951 gab die Tito-Clique offiziell bekannt, den Weg der Kollektivierung der Landwirtschaft aufzugeben, und begann die Auflösung der bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften. Das war ein schwerwiegender Schritt, mit dem die Tito-Clique Verrat am Sozialismus beging. Bis Ende 1953 nahm die Zahl derartiger Genossenschaften von etwa 6900 im Jahre 1950 bis auf etwa 1200 ab. 1960 war sie auf bloß 147 gesunken. Die Dörfer Jugoslawiens bieten das Bild eines Meeres von Einzelwirtschaften. (...)

Während viele bäuerliche Arbeitsgenossenschaften aufgelöst wurden, hat die Tito-Clique auch, um die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande zu fördern, seit 1953 nacheinander eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die Freiheit des Handels mit Grund und Boden und der Landverpachtung in den Dörfern gewährleisten, die Einstellung von Arbeitskräften erlauben, den planmäßigen Aufkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen abschaffen, den freien Handel mit landwirtschaftlichen Produkten einführen. Durch diese Politik überwältigten die Kräfte des Kapitalismus sehr bald die Dörfer, und die Klassendifferenzierung wurde immer schärfer. (...)

Die Klassendifferenzierung im Dorf zeigt sich auch in der Entwicklung des Lohnarbeitersystems und anderer Formen kapitalistischer Ausbeutung. Wie aus Berichten der jugoslawischen Wochenschrift "Komunist" vom 7.2.1958 hervorgeht, beschäftigten 52 % der Bauernhöfe in Serbien mit über 8 Hektar Landbesitz im Jahr 1956 Lohnarbeiter. Slavko Komar²¹⁴ sagte 1962, daß die Eigentümer mancher Bauernhöfe in den letzten Jahren "immer mächtiger werden, aber nicht durch ihre eigene Arbeit, sondern durch die Einnahmen aus ihrer Beschäftigung mit folgendem: Schwarzhandel, Verarbeitung eigener Erzeugnisse wie auch der Erzeugnisse anderer, Schwarzbrennerei von Alkohol, durch den Besitz von mehr als den gesetzlich festgelegten 10 Hektar Grund und Boden, durch Kauf oder viel öfter durch Pacht, durch vorgebliche Teilung des Familienbesitzes an Land, durch Inbesitznahme von Boden in öffentlichem Besitz, weiters durch die Anschaffung von Traktoren mit Hilfe von Spekulationen und durch die Ausbeutung benachbarter Kleinbauern, denen sie mit ihren Maschinen den Boden bestellen."²¹⁵

Die sozialistische volkseigene Wirtschaft zu kapitalistischer Wirtschaft entartet

²¹⁴ ...ehemaliger Leiter des jugoslawischen Sekretariats für Land- und Forstwirtschaft

²¹⁵ S. Komar, "Einige die Landgebiete und die Bauernhaushalte betreffende Probleme"

Das von der Tito-Clique eingeführte ökonomische System der sogenannten "Arbeiterselbstverwaltung" ist ein Staatskapitalismus eigener Art. (...)

Seit 1950 hat die Tito-Clique eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, durch die in allen staatlichen Betrieben, in den Fabriken, Bergwerken, im Verkehr und Transport, im Handel, in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft und in Kommunalbetrieben die sogenannte "Arbeiterselbstverwaltung" eingeführt wurde. Das Wesen der "Arbeiterselbstverwaltung" besteht darin, daß diese Betriebe "Arbeitskollektiven" übergeben werden, die in jedem Betrieb unabhängig operieren, selbstständig Rohmaterialien einkaufen, über Sortiment, Produktionsmenge und Preis ihrer Produkte bestimmen und diese selbst auf dem Markt vertreiben, ihre eigenen Gehaltslisten und die Verteilung eines Teils des Profits festlegen. Jugoslawische Erlässe bestimmen ferner, daß Unternehmen das Recht haben, Anlagevermögen zu kaufen, zu verkaufen, zu mieten und zu vermieten.

In den Betrieben unter "Arbeiterselbstverwaltung" sind laut Tito-Clique die Eigentumsverhältnisse eine "höhere Form des sozialistischen Eigentums". Ihren Behauptungen nach kann nur mit Hilfe der "Arbeiterselbstverwaltung" der wahre Sozialismus aufgebaut werden.

Die "Theorie" von der sogenannten "Selbstverwaltung der Arbeiter" und das Schlagwort "Die Fabriken den Arbeitern" sind das gerade Gegenteil der marxistischen Grundprinzipien des Sozialismus. "Theorien" solcher Art wurden schon längst von den Klassikern des Marxismus widerlegt. Marx und Engels wiesen im "Kommunistischen Manifest" darauf hin: "Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates ... zu zentralisieren...". Engels schrieb im "Anti-Düring": "Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum." Das Proletariat, das die politische Macht an sich gerissen hat, muß die Produktionsmittel in den Händen der Staatsmacht unter der Diktatur des Proletariats konzentrieren. Das ist ein Grundprinzip des Sozialismus. (...)

Daraus wird klar, daß die sogenannte "Selbstverwaltung der Arbeiter" überhaupt nichts mit Sozialismus zu tun hat. (...) Durch die Banken kontrolliert die Tito-Clique die Kredite im ganzen Land, wie auch die Investitionsfonds und das Umlaufkapital aller Betriebe und überwacht ihre Finanzen. Die Tito-Clique bemächtigt sich des Einkommens dieser Betriebe auf die verschiedenste Weise, wie z.B. durch Besteuerung und Zinszahlungen. Nach Angabe aus dem "Bericht des Bundesexekutivrates Jugoslawiens vom Jahr 1961" wurden den Betrieben auf diese Weise ungefähr drei Viertel ihrer Nettoeinnahmen entzogen. (...)

Wie die Dinge liegen, haben die Werksdirektoren das Recht, den Produktionsplan und die Entwicklungsrichtung der Betriebe zu bestimmen, über die Produktionsmittel zu verfügen, die Entscheidung über die Verteilung der Gewinne der Betriebe zu treffen, Arbeiter einzustellen oder zu entlassen, und das Recht, gegen die Beschlüsse der "Arbeiterkomitees" und der "Verwaltungskomitees" ihr Veto einzulegen. Die Presse von Jugoslawien enthält genügend Material, um zu beweisen, daß die "Arbeiterkomitees" lediglich eine Formalität sind, eine Art "Abstimmungsmaschine", und daß sich in den Betrieben "alle Macht in den Händen der Direktoren konzentriert". Da die Werksdirektoren über die Produktionsmittel und über die Verteilung der Einnahmen der Betriebe verfügen, ist es ihnen möglich, mit Hilfe verschiedener Vorrechte die Früchte der Arbeit der Werktätigen an sich zu reißen.

Die Tito-Clique hat selbst eingestanden, daß in den Betrieben nicht nur der Lohnunterschied zwischen Direktoren und Arbeitern, sondern auch der Unterschied in den Gewinnanteilen sehr groß ist. In manchen Betrieben betragen die Gewinnanteile, die an die Direktoren und hohen Angestellten verteilt werden, das Vierzigfache der Anteile, die den Arbeitern zufallen. (...)

Die breiten Massen der Arbeiter leben im Elend. Der Arbeitsplatz ist ihnen nicht gesichert. Durch die Schließung von Betrieben werden viele arbeitslos. Nach offiziellen statistischen Angaben erreichte im Februar 1963 die Zahl der Arbeitslosen 339.000, das heißt etwa 10 % der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Außerdem gehen jedes Jahr viele zur Arbeitssuche ins Ausland. (...)

Durch die Einführung der "Arbeiterselbstverwaltung" hat die Tito-Clique die ursprünglich volkseigenen Betriebe völlig von der Bahn der sozialistischen Wirtschaft abgebracht. Das zeigt sich hauptsächlich in folgendem:

ERSTENS: Die einheitliche Wirtschaftsplanung durch den Staat wird aufgegeben.

ZWEITENS: Der Profit wird zum Hauptanreiz der Unternehmen. Um ihre Einnahmen und Gewinne zu vergrößern, können die Betriebe die verschiedensten Maßnahmen ergreifen. In anderen Worten, das Produktionsziel der Betriebe unter der sogenannten "Arbeiterselbstverwaltung" besteht überhaupt nicht darin, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern, genau wie in kapitalistischen Betrieben, Gewinne zu erzielen.

DRITTENS: Es wird die Politik verfolgt, die kapitalistische freie Konkurrenz zu ermutigen. Tito erklärte den Direktoren von Betrieben: "Konkurrenz wird unseren einfachen Leuten, den Verbrauchern, guttun." Die Tito-Clique erklärt auch offen, daß sie "den Konkurrenzkampf, das Streben nach Profit, Spekulationen u.ä.m." erlaubt, da solche Dinge "eine positive Rolle spielen, um die Erzeuger, ihre Kollektive, die Kommunen usw. zur Initiative anzustacheln."²¹⁶

VIERTENS: Kredit und Banken werden als wichtige Hebel zur Unterstützung der kapitalistischen freien Konkurrenz betrachtet. Die Banken und Kreditinstitute des Tito-Regimes veranstalten Ausschreibungen für Investitionsdarlehen. Wer eine Anleihe in der kürzesten Zeit und mit den höchsten Zinsen zurückzahlen kann, erhält das Darlehen. Mit ihren eigenen Worten heißt das so: "Konkurrenz ist die übliche Methode für die Verteilung von Investitionskrediten".²¹⁷

FÜNFTENS: Beziehungen zwischen den Betrieben sind nicht sozialistische Beziehungen gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit unter einem einheitlichen Staatsplan, sondern kapitalistische Beziehungen gegenseitiger Konkurrenz und Rivalität auf dem freien Markt.

All das rüttelt an den Grundfesten einer sozialistischen Planwirtschaft.

Unter dem Aushängeschild der "Arbeiterselbstverwaltung" ringen die verschiedenen Wirtschaftszweige und Betriebe Jugoslawiens miteinander in einem heftigen, kapitalistischen Konkurrenzkampf. Es ist nichts Außergewöhnliches, daß Betriebe unter "Arbeiterselbstverwaltung", um die Konkurrenz auf dem Markt zu schlagen und Profite zu erhaschen, sich auf

²¹⁶ V. Bakaric, Bericht auf dem IV. Kongreß des Bundes der Kommunisten Kroatiens, 7. April 1959

²¹⁷ A. Paptic, "Die Finanzierung der Investitionen in Jugoslawien", in: "Jahrbuch der Kollektivwirtschaft". April-November 1959

Unterschlagungen, Bestechungen, Geheimhaltung technischer Daten und Abwerben von technischem Personal verlegen und sich sogar gegenseitig über Presse und Rundfunk angreifen. Der heftige Konkurrenzkampf jugoslawischer Unternehmen geht nicht nur auf dem Innenmarkt, sondern auch im Außenhandel vor sich. Die jugoslawische Presse berichtet, es sei nicht ungewöhnlich, daß zwanzig oder dreißig Vertreter jugoslawischer Außenhandelsunternehmen den gleichen ausländischen Markt aufsuchen, miteinander um Aufträge konkurrieren, sich gegenseitig die Kunden oder Lieferanten wegnehmen. "Aus eigennützigen Motiven" suchen diese Außenhandelsunternehmen "Profite um jeden Preis", wobei sie "nicht wählerisch in ihren Mitteln" sind.

Das Ergebnis dieses wilden Konkurrenzkampfes ist Chaos auf dem jugoslawischen Markt. Die Preise variieren beträchtlich nicht nur zwischen verschiedenen Städten und Gebieten, sondern auch zwischen verschiedenen Geschäften im gleichen Ort, und das sogar bei gleichen Waren derselben Hersteller. Um die Preise hoch zu halten, zaudern manche Unternehmen auch nicht, große Mengen landwirtschaftlicher Produkte zu vernichten.

All das zeigt, daß die "öffentliche" Wirtschaft Jugoslawiens nicht durch die Gesetze einer sozialistischen Planwirtschaft, sondern durch die Gesetze des kapitalistischen Konkurrenzkampfes und der Anarchie regiert wird. Die Unternehmen der Tito-Clique unter der sogenannten "Arbeiterselbstverwaltung" sind ihrer Natur nach nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch. (...)

Vasall des USA-Imperialismus

Der Prozeß der Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien ist eng mit jenem Prozeß verbunden, in dessen Verlauf sich die Tito-Clique in Abhängigkeit von den amerikanischen Imperialisten begeben hat und Jugoslawien zum Vasall des USA-Imperialismus herabgesunken ist. (...)

Die Hilfe der USA bildet die Stütze der Finanzen und der Wirtschaft Jugoslawiens. Nach offiziellen Angaben erhielt die Tito-Clique im Jahr 1961 von den USA und den von ihnen kontrollierten internationalen Finanzorganisationen Kredite von über 346 Millionen U.S.-Dollar, was 47,4% der Einnahmen im Budget des jugoslawischen Bundesstaates entsprach. Die Hilfe anderer Westmächte mit eingerechnet, erhielt die Tito-Clique 1961 vom Westen Kredite von über 493 Millionen U.S.-Dollar, etwa 67,6% der Einnahmen im Budget des jugoslawischen Bundesstaates.

Um von den USA Hilfe zu bekommen, hat die Tito-Clique mit ihnen eine Reihe von Verträgen abgeschlossen, die Landesverrat bedeuten. In den 1951 zwischen Jugoslawien und den USA ausgetauschten Urkunden des "Abkommens über gegenseitige Verteidigungshilfe" ist vorgesehen, daß Beamte der USA-Regierung auf jugoslawischem Territorium "frei und unbeschränkt" die Aufsicht und Kontrolle über die Übernahme und Verteilung militärischen Hilfsmaterials aus den USA durchführen können und auch "alle Erleichterungen bezüglich der Verkehrsmittel und Informationen" genießen. Darüber hinaus ist vorgesehen, daß Jugoslawien den USA strategische Rohstoffe zur Verfügung stellt. Das 1951 zwischen Jugoslawien und den USA abgeschlossene "Abkommen über militärische Hilfe" sieht vor, daß Jugoslawien seinen "vollen Beitrag ... zur Entwicklung und Aufrechterhaltung der Verteidigungskraft der Freien Welt zu leisten" hat und außerdem bereit sein muß, der UNO Truppen zur Verfügung zu stellen. Entsprechend diesem Abkommen sollte eine von den USA entsandte Militärmission die direkte Aufsicht bei der Ausbildung jugoslawischer Truppen übernehmen.

Im "Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit" zwischen Jugoslawien und den USA vom Jahre 1952 ist vorgesehen, daß Jugoslawien die amerikanische Hilfe dazu verwenden soll, "die grundlegenden Menschenrechte des Individuums, die Freiheit und die demokratische Ordnung zu fördern", mit anderen Worten: den Kapitalismus.

1954 schloß Jugoslawien mit zwei Mitgliedstaaten der NATO, mit Griechenland und der Türkei, einen Vertrag des Bündnisses, der politischen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfeleistung ab. In diesem Vertrag ist die militärische und diplomatische Koordinierung der drei Staaten vorgesehen, wodurch Jugoslawien dem Wesen nach ebenfalls Mitglied des von den USA beherrschten Militärblocks wurde. Nach 1954 schloß Jugoslawien eine weitere Reihe von Abkommen mit den USA, in denen seine Souveränität preisgegeben wurde, von 1957 bis 1962 allein über fünfzig.

Durch den Abschluß derartiger Verträge und Abkommen, mit denen die Tito-Clique Jugoslawien in ein Anhängsel des USA-Imperialismus verwandelten, haben die USA in Jugoslawien

- 1) das Recht, Jugoslawiens Militärangelegenheiten zu kontrollieren,
- 2) das Recht, Jugoslawiens auswärtige Angelegenheiten zu kontrollieren,
- 3) das Recht, sich in Jugoslawiens innere Angelegenheiten einzumischen,
- 4) das Recht, über Jugoslawiens Finanzen zu verfügen und sie zu überwachen,
- 5) das Recht, Jugoslawiens Außenhandel zu kontrollieren,
- 6) das Recht, Jugoslawiens strategische Rohstoffe auszubeuten,
- 7) das Recht, in Jugoslawien militärisches und wirtschaftl. Informationsmaterial einzusammeln.

Das 1953 erlassene "Gesetz über die Außenhandelstätigkeit" erlaubt den Betrieben, sich unabhängig im Außenhandel zu betätigen und mit westlichen Monopolkapitalunternehmen direkt Geschäfte abzuschließen. 1961 führte das Tito-Regime erneut "Reformen" im Devisen- und Außenhandelssystem durch. Der Hauptinhalt dieser "Reformen" war die weitere Auflockerung der Beschränkungen im Import und Export. Die Einfuhr wichtiger Halbfertigwaren und bestimmter Konsumgüter wurde "völlig liberalisiert", während die Beschränkungen beim Import anderer Waren in verschiedenem Maß gelockert wurden. Die für die sogenannten liberalisierten Importwaren benötigten Devisen wurden ohne Beschränkung zur Verfügung gestellt.

Jedermann weiß, daß das staatliche Außenhandelsmonopol ein Grundprinzip des Sozialismus ist. Lenin hatte erklärt, daß "das Industrieproletariat ... absolut nicht in der Lage ist, seine Industrie wiederherzustellen und Rußland zu einem Industrieland zu machen, wenn das Land nicht ausschließlich durch das Außenhandelsmonopol, sondern nur irgendwie durch die Zollpolitik geschützt ist."²¹⁸ Stalin stellte fest, daß "...das Außenhandelsmonopol eine der unerschütterlichen Grundlagen der Plattform der Sowjetregierung ist." Die Abschaffung dieses Monopols würde "Verzicht auf die Industrialisierung des Landes" und "Überschwemmung der UdSSR mit Waren aus den kapitalistischen Ländern" beziehungsweise "die Verwandlung unseres Landes aus einem selbständigen Land in ein halbkoloniales Land" bedeuten.²¹⁹

Mit der Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols hat das Tito-Regime dem imperialistischen Monopolkapital Tür und Tor geöffnet. Welche wirtschaftlichen Konsequenzen er-

²¹⁸ Lenin, "Über das Außenhandelsmonopol", Werke, Bd. 33

²¹⁹ Stalin, "Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation", Werke, Bd. 10

geben sich aus der Tatsache, daß die Tito-Clique wesentliche Beträge als USA-Hilfe erhielt und dem Imperialismus die Tür öffnete?

ERSTENS: Jugoslawien hat sich in einen Markt für das imperialistische Dumping verwandelt. Gewaltige Mengen von Industrie- und landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden aus imperialistischen Ländern auf den jugoslawischen Markt geschleust. Um weitere Profite zu erlangen, setzen auch die im Dienst des ausländischen Monopolkapitals reich gewordenen jugoslawischen Kompradorenkapitalisten den Import von Waren fort, die im Lande selbst hergestellt werden können oder sogar in großen Mengen auf Lager sind. Die Zeitung "Politika" gab am 25. Juli 1961 zu, es "ist überall sichtbar", daß die jugoslawische Industrie "unter den andauernden Schlägen der äußerst komplizierten Konkurrenz der ausländischen Industrie leidet."

ZWEITENS: Jugoslawien hat sich in Jagdgründe für imperialistische Investitionen verwandelt. Viele jugoslawische Industriebetriebe wurde aus der "Hilfe" der USA und anderer imperialistischer Länder errichtet. Ausländisches privates Monopolkapital ist in großem Ausmaß direkt in Jugoslawien eingedrungen. Wie der Generaldirektor der staatlichen jugoslawischen Investitionsbank, Augustin Papic, feststellte, erreichte in der Zeit von 1952 bis 1956 "die Beteiligung des ausländischen Kapitals 32,5% des Gesamtwerts aller wirtschaftlichen Investitionen." Der Staatssekretär der USA, Dean Rusk, erklärte am 5. Februar 1962, daß Jugoslawiens Kapitalquellen "zum größten Teil im Westen gelegen" seien.

DRITTENS: Jugoslawien hat sich in eine Rohstoffbasis des Imperialismus verwandelt. Seit 1951 beliefert die Tito-Clique im Rahmen des amerikanisch-jugoslawischen "Abkommens über militärische Hilfe" die USA ständig mit bedeutenden Mengen strategischer Rohstoffe. Nach Angaben des "Statistischen Jahrbuchs der Jugoslawischen Föderativen Volksrepublik" für 1961 wird seit 1957 etwa die Hälfte der von Jugoslawien exportierten wichtigsten Erze wie Magnesium, Blei, Zink und Antimon an die USA geliefert.

VIERTENS: Die jugoslawischen Industriebetriebe haben sich in Montagewerkstätten der Betriebe des westlichen Monopolkapitals verwandelt. Viele wichtige Industriebetriebe Jugoslawiens produzieren unter Lizenzen westlicher Länder, und ihre Produktion ist von importierten halbverarbeiteten Rohstoffen, Ersatzteilen, Einzelteilen und Halbfabrikaten abhängig. Ihre Produktion untersteht der Kontrolle des westlichen Monopolkapitals. (...)

Unter diesen Umständen wird Jugoslawien zu einem integrierten Bestandteil des Weltmarkts des westlichen Monopolkapitals. Jugoslawien ist auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Weltmarkt des Kapitalismus untrennbar verbunden und zu einem Vasallen des Imperialismus, vor allem des USA-Imperialismus, herabgesunken. (...)

Ein konterrevolutionärer Sondertrupp des USA-Imperialismus

Bei allen wichtigen internationalen Ereignissen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten hat die Tito-Clique ständig die Rolle eines Handlangers des USA-Imperialismus gespielt.

ERSTER FALL: Die Revolution in Griechenland. Am 10. Juli 1949 sperrte Tito die jugoslawisch-griechische Grenze gegen die griechischen Volkspartisanen. Gleichzeitig aber gestattete er den Truppen der griechischen Monarchofaschisten freien Durchzug durch jugoslawisches Territorium, um die griechischen Volkspartisanen aus dem Hinterhalt anzugreifen.

Auf diese Weise half die Tito-Clique dem amerikanischen und englischen Imperialismus, die Volksrevolution in Griechenland abzuwürgen.

ZWEITER FALL: Der Koreakrieg. Am 6. September 1950 gab der ehemalige Außenminister Edvard Kardelj eine Erklärung ab, in der er offen den gerechten Widerstandskrieg des koreanischen Volkes gegen die Aggression verleumdete und den USA-Imperialismus in Schutz nahm. Am 1. Dezember des gleichen Jahres griff der Vertreter der Tito-Clique vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen China mit der Beschuldigung an, "sich aktiv in den Koreakrieg eingemischt" zu haben. Außerdem stimmte die Tito-Clique in der UNO für das "Embargo" gegen China und Korea.

DRITTER FALL: Der Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes. Im April 1954, kurz vor der Einberufung der Genfer Konferenz zur Diskussion der Indochina-Frage verdeumdete die Tito-Clique mit allen möglichen Mitteln den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes mit der Behauptung, daß Moskau und Peking das vietnamesische Volk "als Spielkarte in ihrer Nachkriegspolitik des kalten Krieges mißbrauchen"²²⁰. Und die großartige Schlacht, die das vietnamesische Volk zur Befreiung von Dien Bien Phu schlug, sei "kein Ausdruck des guten Willens"²²¹ gewesen.

VIERTER FALL: Subversionstätigkeit gegen Albanien. Seit langer Zeit betätigt sich die Tito-Clique mit Wühlaktionen und bewaffneten Provokationen gegen das sozialistische Albanien. In den Jahren 1944, 1948, 1956 und 1960 stiftete sie vier schwerwiegende Fälle von Verrat an. Von 1948 bis 1958 unternahm die Tito-Clique an der albanisch-jugoslawischen Grenze über 470 bewaffnete Provokationen. Im Jahr 1960 planten die Tito-Clique und die griechischen Reaktionen in Zusammenarbeit mit der 6. Flotte der USA im Mittelmeer einen bewaffneten Angriff gegen Albanien.

FÜNFTER FALL: Der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn. Bei den Ereignissen des konterrevolutionären Putsches in Ungarn im Oktober 1956 spielte die Tito-Clique die schimpfliche Rolle eines Interventen und Provokateurs. Nach dem Ausbruch dieses Putsches veröffentlichte Tito einen Brief, in dem er die verschiedenen konterrevolutionären Maßnahmen des Verräters Nagy unterstützte. Am 3. November bot die Tito-Clique Nagy in der jugoslawischen Botschaft in Ungarn Asyl an. Am 11. November erklärte Tito in einer Rede den konterrevolutionären Putsch als Widerstand der "fortschrittlichen Elemente" und stellte unverschämt in Frage, ob "die jugoslawische Linie" oder "die stalinistische Linie" siegen würde.

SECHSTER FALL: Die Ereignisse im Mittleren Osten. Im Jahre 1958 entsandte der USA-Imperialismus Truppen zur Besetzung Libanons, während der britische Imperialismus seine Truppen Jordanien besetzen ließ. Die weltweite Protestwelle, die diese Aggression hervorrief, verlangte den sofortigen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen. Der jugoslawische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Koca Popovic, erklärte auf der Sondersitzung der Vollversammlung der UNO zur Diskussion der Lage im Mittleren Osten: "Es handelt sich nicht darum, ob wir die Handlungsweise der USA und Englands unbedingt verurteilen oder gutheißen". Er trat außerdem für die Intervention der UNO ein, einer Organisation, die den Manipulationen des USA-Imperialismus unterliegt.

²²⁰ "Borba" vom 23. April 1954

²²¹ "Borba" vom 8. Mai 1954

SIEBENTER FALL: Die Vorfälle in der Taiwan-Straße. Um den provokatorischen Aktionen des USA-Imperialismus in der Taiwan-Straße entgegenzutreten und den Lakaien des amerikanischen Imperialismus, den Tschiangkaischek-Banditen einen Denkwort zu geben, beschloß die chinesische Volksbefreiungsarmee im Herbst 1958 Quemoy. Die Tito-Clique verunglimpfte Chinas gerechten Kampf als "Bedrohung der ganzen Welt"²²² und "Gefährdung des Friedens"²²³.

ACHTER FALL: Der Zwischenfall mit dem U-2-Flugzeug. Im Jahre 1960 drang ein amerikanisches Spionageflugzeug vom Typ U-2 in den Luftraum der Sowjetunion ein, womit die USA das Scheitern der Gipfelkonferenz der vier Großmächte in Paris verursachten. Am 17. Mai gab Tito eine Erklärung ab, in der er den damaligen korrekten Standpunkt der Sowjetregierung angriff und ihr vorwarf, damit "einen Disput von solchen Ausmaßen" hervorgerufen zu haben.

NEUNTER FALL: Der patriotische Kampf des japanischen Volkes gegen die USA. Im Juni 1960 führte das japanische Volk eine Aktion von noch nie dagewesenen Ausmaßen in seinem gerechten, patriotischen Kampf gegen die USA durch. Die Tito-Clique aber rechtfertigte den USA-Imperialismus mit der Behauptung, daß die Besetzung Japans durch die USA "die Demokratisierung des politischen Lebens in Japan gefördert hat."²²⁴ Danach wurde auch eine Erklärung des früheren Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans, Inejiro Asanuma, angegriffen, der festgestellt hatte: "Der USA-Imperialismus ist der gemeinsame Feind des japanischen und des chinesischen Volkes". Er wurde beschuldigt, damit "eine extremistische Linie zu vertreten."²²⁵

ZEHENTER FALL: Der Kampf des indonesischen Volkes. Die Tito-Clique sabotierte den anti-imperialistischen Kampf des indonesischen Volkes. Durch hinterhältige Tätigkeit versuchte sie, Indonesien daran zu hindern, das "Nasakom"-Kabinett zu bilden, eine Regierung der nationalen Einheit, bestehend aus Nationalisten, religiösen Kreisen und Kommunisten.

ELFTER FALL: Die Ereignisse im Kongo. Im Sommer 1960, als die USA-Imperialisten unter der Flagge der UNO eine bewaffnete Aggression gegen Kongo begannen, unterstützte die Tito-Clique den USA-Imperialismus nicht nur bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen, sondern entsandte auch, seiner Order entsprechend, Luftwaffenpersonal nach Kongo zur direkten Teilnahme an der blutigen Unterdrückung des kongolesischen Volkes.

ZWÖLFTER FALL: Die Laos-Frage. Im Januar 1961, als die USA-Imperialisten ihre Einmischung in Laos verstärkten, verbreitete die Tito-Clique die Ansicht, die USA seien "wahrhaftig um den Frieden und die Neutralisierung von Laos besorgt."²²⁶ Als die USA-Imperialisten im Mai 1963 in Laos politische Morde inszenierten und bewaffnete Zwischenfälle provozierten, griff die Tito-Clique die laotischen patriotischen Kräfte wieder an und warf ihnen vor, daß sie "alle Schuld den USA in die Schuhe schieben."²²⁷

²²² "Slobodni Dom" vom 3. September 1958

²²³ "Slovenski Porocevalec" vom 9. September 1958

²²⁴ "Komunist" (Belgrad) vom 2. Juni 1960

²²⁵ "Foreign Political Bulletin (Belgrad) vom 1. Februar 1962

²²⁶ "Borba" vom 13. Januar 1961

²²⁷ "Politika" vom 5. Mai 1963

DREIZEHNTER FALL: Das USA-Programm der "Allianz für den Fortschritt". Im August 1961 zwangen die USA einige lateinamerikanische Staaten, das Programm der sogenannten "Allianz für den Fortschritt" zu unterschreiben, ein neues Werkzeug des USA-Imperialismus, um die lateinamerikanischen Völker zu versklaven. Dieses Aggressionsprogramm wurde von den Völkern Lateinamerikas entschieden abgelehnt, die Tito-Clique trat jedoch dafür ein, weil es "in weitem Maß den Forderungen der lateinamerikanischen Staaten entspricht."²²⁸

VIERZEHNTER FALL: Der chinesisch-indische Grenzkonflikt. Seit die indischen Reaktionäre 1959 an der chinesisch-indischen Grenze Spannungen hervorriefen, hat die Tito-Clique sie stets in ihrem gegen China gerichteten Expansionsdrang, ihren Aggressionen und Provokationen unterstützt. Sie verbreitete offen die Lüge, "die Grenzziehung wurde bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts in Form der wohlbekannten McMahon-Linie abgeschlossen"²²⁹, und tat ihr möglichstes, um Recht und Unrecht zu verdrehen mit der Verleumdung, China habe "willkürlich und mit Waffengewalt seine Grenze mit Indien korrigiert"²³⁰ und Indien gegenüber "eine Aggression begangen."²³¹

FÜNFZEHNTER FALL: Die Revolution in Kuba und die Krise im karibischen Raum. Die Tito-Clique ließ zahlreiche Kommentare gegen Kuba vom Stapel, in denen behauptet wurde, Kuba "glaubt nur an Revolution"²³² und die kubanische Revolution wäre "nicht so sehr Vorbild als Ausnahme auf dem Weg zur Revolution"²³³. Während der Krise im karibischen Raum im Herbst 1962 rechtfertigte die Tito-Clique die Aggression des USA-Imperialismus mit der Behauptung, "die Schwierigkeiten begannen, als die kubanische Revolution den amerikanischen Gesellschaften auf ihre Hühneraugen trat"²³⁴, und: "Es ist verständlich, daß die USA durch die Errichtung von Raketenbasen auf Kuba, in ihrer nächsten Nachbarschaft, gereizt wurden."²³⁵

Kurze Schlußfolgerung

Die Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien hat der internationalen kommunistischen Bewegung ein neues historisches Lehrbeispiel gegeben. Dieses Beispiel zeigt uns: Wenn die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat, geht der Klassenkampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat weiter, geht der Kampf um den Endsieg weiter zwischen den beiden Wegen, dem kapitalistischen und dem sozialistischen, besteht die Gefahr einer Restaurierung des Kapitalismus nach wie vor. Jugoslawien ist ein typisches Beispiel für die Restaurierung des Kapitalismus.

Es zeigt uns: Eine Partei der Arbeiterklasse kann nicht nur vor der Machtergreifung unter die Kontrolle einer Arbeiteraristokratie geraten und zu einer bürgerlichen Partei entarten, zum Handlanger des Imperialismus werden, auch nach der Machtergreifung kann sie von neuen bürgerlichen Elementen beherrscht werden, zur bürgerlichen Partei degenerieren und zum

²²⁸ "Komunist" (Belgrad) vom 17. August 1961

²²⁹ "Rad" vom 12. September 1959

²³⁰ "Borba" vom 26. Dezember 1960

²³¹ "Politika" vom 3. September 1959

²³² "Die Rebellion von Kuba", veröffentlicht in Belgrad, November 1962

²³³ "Politika" vom 1. Januar 1963

²³⁴ "Komunist" (Belgrad) vom 13. September 1962

²³⁵ "Politika" vom 13. November 1962.

Knecht des Imperialismus werden. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist ein Musterbeispiel einer derartigen Entartung. Es zeigt uns weiter: die Restauration des Kapitalismus in einem sozialistischen Staat wird nicht immer durch einen konterrevolutionären Staatsstreich oder eine imperialistische Invasion herbeigeführt, sondern kann auch durch die Entartung der Führerschaft dieses Staates herbeigeführt werden. Es ist am leichtesten, sich einer Festung von innen her zu bemächtigen. Jugoslawien hat uns das typische Beispiel dafür geliefert.

Es zeigt uns: Der Revisionismus ist das Produkt der imperialistischen Politik. Der alte Revisionismus war das Produkt der imperialistischen Politik, sich die Arbeiteraristokratie zu kaufen und großzuziehen. Der moderne Revisionismus ist auf dieselbe Weise entstanden. Der Imperialismus hat nun den Rahmen seiner Tätigkeit dahin erweitert, daß er, vor keinen Kosten zurückscheuend, sich die Führungsgruppe eines sozialistischen Staates kauft, um so seine erstrebte Politik der sogenannten "friedlichen Evolution" in die Tat umzusetzen. Die USA-Imperialisten sehen Jugoslawien als einen "Leithammel" an, eben weil dieses Land das Beispiel in diese Richtung gegeben hat.

Die Restaurierung des Kapitalismus in Jugoslawien wird den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt die Augen öffnen und das Volk in die Lage versetzen, noch deutlicher die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu erkennen.

Solange der Imperialismus in der Welt besteht, kann man offensichtlich nicht sagen, daß in den sozialistischen Staaten die Gefahr der Restauration des Kapitalismus bereits beseitigt ist.

Die Führer der KPdSU machen großen Lärm darüber, daß bei ihnen die Gefahr der Restauration des Kapitalismus bereits beseitigt sei und der Aufbau des Kommunismus begonnen habe. Wenn das wahr wäre, wäre das sehr erfreulich. Wir müssen jedoch feststellen, daß sie Jugoslawien auf allen Gebieten nachhelfen und einen äußerst gefährlichen Weg eingeschlagen haben. Wir sind darüber sehr besorgt, es bereitet uns großen Schmerz.

Aus unserer Liebe zur großen Sowjetunion und zur großen KPdSU wollen wir an die Führung der KPdSU nochmals aufrichtig appellieren: Genossen und Freunde, geht nicht den jugoslawischen Weg! Kehrt sofort um! Sonst wird es zu spät sein!

KPCh, Red. 'Renmin Ribao' und 'Hongqi', Peking, 22. Oktober 1963

Kurt Gossweiler: Bedingungen und Hintergründe des konterrevolutionären Putschversuchs in Ungarn 1956 ²³⁶

Wer war Imre Nagy? Als eine Auswirkung der Veränderungen in der Leitung der KPdSU nach dem Tode Stalins wurde am 27./28. Juni 1953 das Politbüro der Partei der Ungarischen Werktätigen erweitert; die wichtigste Veränderung war die Aufnahme Imre Nagys in dieses

²³⁶ Aus: „offen-siv“ (Hrsg): „Auferstanden aus Ruinen – Über das revolutionäre Erbe der DDR“, Protokollband der gleichnamigen Veranstaltung von „offen-siv“ am 20./21. November 1999 in Berlin; Eigenverlag offen-siv, Hannover Jan. 2000, S. 148-184, Auszüge.

Gremium.²³⁷ Am 2. Juli wurde auch die ungarische Regierung umgebildet und Imre Nagy als Ministerpräsident an ihre Spitze gestellt.²³⁸

Aber auf einem ZK-Plenum am 2.-4. März 1955 wurde scharfe Kritik an seiner Amtsführung geübt. Das Plenum faßte einen Beschluß "Über die politische Lage und die Aufgaben der Partei", in dem u.a. gesagt wurde, Nagy habe die Beschlüsse des Juni-Plenums von 1953 im opportunistischen und antimarxistischen Sinne entstellt. *"Von einer Hebung des Lebensstandards sprechen und zur gleichen Zeit nicht für die Gewährleistung der hierfür notwendigen ökonomischen Voraussetzungen sorgen, sind in Wirklichkeit billige Demagogie und Irreführung des Volkes. ... Wer versichert, daß die Hauptmasse der Klein- und Mittelbauern als Einzelbauern einen gewissen Wohlstand erzielen kann, daß unsere aus Hunderttausenden Einzelbauern bestehende Landwirtschaft gedeihen und zu einer fortgeschrittenen Landwirtschaft werden kann, ohne daß die Produktionsgenossenschaften entwickelt werden, betrügt die werktätigen Bauern. ... Die größer gewordene rechte, opportunistische Abweichung zeigte sich auch in der Unterschätzung der führenden Rolle der Partei. Einige negierten die Rolle der Partei in der Vaterländischen Volksfront. ... Mit diesen rechten Anschauungen wollte man im Grunde die marxistisch-leninistische Lehre von der Diktatur des Proletariats einer Revision unterziehen. Das wichtigste in der volksdemokratischen Ordnung ist die unbedingte Gewährleistung der führenden und richtunggebenden Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Ohne Gewährleistung dieser Rolle gibt es keine Volksdemokratie! ... Die rechten Anschauungen in unserer Partei und in unserem Staat sind so gefährlich geworden, weil Genosse Imre Nagy in seine Reden und Artikeln diese antimarxistischen Ansichten unterstützt, ja mehr noch, sie am eifrigsten predigt. ... Ein Hauptmerkmal der rechten Linie des Genossen Imre Nagy zeigte sich darin, daß er die von der Partei erzielten großartigen Siege leugnete und unterschätzte und die Erfolge regelmäßig verschwieg. ... Die rechten Elemente außerhalb und innerhalb der Partei betrachteten diesen Artikel (Imre Nagys vom 20. Oktober 1954) als Signal und begannen die richtige Politik der Partei zerstörend anzugreifen. Solche Erscheinungen gab es in den Redaktionen vieler Zeitungen sowie auf dem Gebiet der Literatur. ... Genosse Nagy und einige andere Genossen haben mit billigen demagogischen Versprechungen in der Presse ... die Arbeiterklasse mitunter irreführt, ... sich den rückständigsten Schichten der Arbeiter angepaßt und dadurch gewisse Elemente der Zersetzung in die Arbeiterklasse hineingetragen."*²³⁹

Auf dem darauffolgenden Plenum des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen wurde Imre Nagy aus dem Politbüro und dem ZK der Partei ausgeschlossen und aller Funktionen enthoben, die er im Auftrag der Partei ausübte, also auch als Ministerpräsident. Das war im April 1955. Aber schon im Mai trat ein Ereignis ein, das den künftigen Sturz Rakosis und den Wiederaufstieg Imre Nagys vorherbestimmte; es war dies Chrustschows Erklärung gegenüber Tito aus Anlaß des Besuches einer sowjetischen Delegation, - worüber weiter unten ausführlicher zu

²³⁷ Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!, Nr. 27/1953. Im Sender "SFB" wurde am 15.6.1983 in einer Sendung berichtet, Chrustschow habe von Rakosi die Ernennung Imre Nagys zum Ministerpräsidenten verlangt.

²³⁸ Für dauerhaften Frieden,... Nr. 28/1953

²³⁹ Für dauerhaften Frieden,..., Nr. 10/1955

sprechen sein wird -, daß alle gegen Tito erhobenen Vorwürfe sich nach gründlicher Prüfung als unberechtigt und Erfindung von Feinden, von Agenten des Imperi-alismus, erwiesen hätten.

Sofort nutze Tito dies aus, um Druck auf alle anderen kommunistischen Parteien auszuüben, auch ihrerseits alle Vorwürfe gegen ihn und seine Partei zurückzunehmen. *"Am 27. Juli forderte er in einer Rede in Karlovac, daß auch die Führer in Ungarn und in der Tschechoslowakei ihre gegenüber Jugoslawien begangenen Fehler bekennen, so wie dies die sowjetischen Führer anlässlich des Besuches der sowjetischen Staatsmänner in Jugoslawien getan hätten. Er verlangte hierbei insbesondere eine Revision der seinerzeitigen Prozesse gegen Rajk...in Budapest, gegen Trajtscho Kostoff...in Sofia und gegen Rudolf Slansky und Vladimir Clementis in Prag.... Tito sagte u.a.: Wir bedauern, daß es im Osten in einigen unserer Nachbarstaaten immer noch Leute gibt, denen diese Normalisierung nicht gefällt. ... Stattdessen intrigieren sie hinter den Kulissen gegen uns ... und versuchen überall, uns Steine in den Weg zu legen... Vor allem in Ungarn gibt es Leute, die so reden. Aber wir sind überzeugt, daß sie ... die Erfüllung dessen, was wir wollen und was die Sowjetführer in Belgrad erklärten und gegenwärtig auch ausführen, nicht verhindern können... Auch in der Tschechoslowakei gibt es Leute, die Mühe haben,... ihre Fehler zu bekennen... Diese und ähnliche Leute werden ihre Fehler gegenüber unserem Lande auf die eine oder andere Weise bekennen müssen."*²⁴⁰

Dieser Druck aus Belgrad beeindruckte die ungarischen Genossen nicht und brachte sie nicht davon ab, ihren Kampf gegen die Tito-Sympathisanten weiterzuführen, die vor allem in den Reihen der Schriftsteller zu finden waren, die sich als ein organisatorisches Zentrum einen Club schufen, dem sie den Namen des populären ungarischen Schriftstellers Petöfi gaben. Im Dezember 1955 faßte das ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen einen Beschluß mit der Überschrift: "Die rechten Fehler im literarischen Leben Ungarns überwinden", in dem es u.a. hieß: *"Einige Schriftsteller, auch Parteimitglieder,... haben die Perspektive des Sozialismus verloren. ... Pessimismus und Verzweiflung haben von ihnen Besitz ergriffen. ... All das legen sie als etwas 'Neues', als einen Sieg über den Schematismus dar. ... Einige Schriftsteller ... haben den Beschluß des März-Plenums des ZK (gegen Imre Nagy) abgelehnt oder sich auch nur nach außen hin einverstanden erklärt... Der rechte Opportunismus kommt zur Zeit in den gefährlichsten, offensten und organisiertesten Formen in der Literatur zum Ausdruck."*²⁴¹

Dann aber kam im Februar 1956 der XX. Parteitag, auf dem Stalin verdammt und Tito gefeiert wurde. Rakosi versuchte dennoch, die antirevisionistische Linie der Partei beizubehalten. Auf einem ZK-Plenum im März erklärte er noch: *"Unsere rechten Elemente erhoffen sich vom XX. Parteitag, daß er sie rechtfertigen werde. Jetzt ist für jedermann klar, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllt haben."* Er sollte sehr schnell erfahren, daß dies eine große Fehleinschätzung war. Chruschtschow und Tito übten nun konzertiert einen immer stärkeren Druck auf andere Parteien, vor allem aber auf die ungarische Partei aus. Nur zwei Wochen nach dieser optimistischen Einschätzung sah sich Rakosi gezwungen, auf einer Sitzung des Parteiaktivs in einer ungarischen Stadt zu erklären, der Rajk-Prozeß sei überprüft worden; das Ergebnis sei die Feststellung, daß der Prozeß eine feindliche Provokation und unberechtigt gewesen sei. Das oberste Gericht habe Rajk und die mit ihm Verurteilten rehabilitiert.

²⁴⁰ Archiv der Gegenwart, S. 5292

²⁴¹ Für dauerhaften Frieden..., Nr. 50/1955

Rakosi hatte damit den ersten Schritt der von außen erzwungenen Selbstdemontage getan. Am 19. Mai 1956 mußte er vor dem Budapester Parteiaktiv in einem Referat "Über die Lage und die Aufgaben im Lichte des XX. Parteitages" den nächsten Schritt mit einer "selbstkritischen" Einschätzung seiner Arbeit und seines Verhaltens "zu bestimmten Fragen" tun und gleichzeitig ausgerechnet am ungarischen Beispiel "nachweisen", daß Stalins These von der Verschärfung des Klassenkampfes mit wachsenden Erfolgen - die gerade in Ungarn durch die Offensive des Revisionismus seit 1953 und verstärkt seit dem XX. Parteitag ihre nachdrückliche Bestätigung fand! - "falsch und schädlich" sei.

Chruschtschow und Tito verstärkten nun den Druck in Richtung Budapest, um den verhaßten Rakosi endlich vom Stuhl des 1. Sekretärs zu stoßen, damit der Weg für Imre Nagy frei werde. Tito reiste am 6. Juni nach Moskau, einen Tag später traf das sowjetische Politbüromitglied Suslow, der sich von einem "Stalinisten" zu einem treuen Chruschtschow-Gefolgsmann entwickelt hatte, in Budapest ein. Die Auswirkungen zeigten sich auf dem nächsten ZK-Plenum der ungarischen Partei am 18. Juli 1956. Rakosis Stellvertreter Ernő Gerő verlas auf diesem Plenum einen Brief Matyas Rakosis, in dem dieser bat, ihn von der Funktion als 1. Sekretär wegen "Fehlern in der Arbeit und Krankheit" zu entbinden. Aber Tito und Chruschtschow waren damit unerwarteter Weise noch nicht am Ziel. Das ZK-Plenum wählte nämlich nicht ihren Kandidaten Imre Nagy zum Nachfolger Rakosis, sondern den nach Rakosi meistgehaßten Mann, Ernő Gerő. Der mußte, dem Zwang der Umstände gehorchend, auf diesem Plenum zwar erklären: "Wir beabsichtigen, einen Brief an den Bund der Kommunisten zu senden, in dem wir feststellen: 'Wir bedauern tief, was geschehen ist. Wir ziehen unsere Verleumdungen zurück, mit denen wir in der gespannten internationalen Lage die Föderative Volksrepublik Jugoslawien und ihre Leiter bedachten. Wir schlagen vor, Verhandlungen zu beginnen...'"

Aber das konnte an dem Entschluß der beiden, ihn auch den Weg Rakosis gehen zu lassen, nichts ändern. Zunächst erzwangen sie auf dem nächsten ZK-Plenum der PdUW am 18.-21. Juli 1956 eine Erweiterung des ZK und des Politbüros²⁴² durch Aufnahme von jetzt rehabilitierten Tito-Sympathisanten, - zu denen auch Kadar gehörte -, womit die bisherige Mehrheit der Anti-Revisionisten in beiden Parteigremien gebrochen war. Und dann gingen sie gemeinsam an die Vorbereitung des letzten Schrittes, des Sturzes Gerös und der Rückkehr Imre Nagys in die Führungspositionen in Partei und Staat. Vom 19. bis zum 27. September verbrachte Chruschtschow seinen "Urlaub" in Jugoslawien, am 25. September war er Gast Titos auf der Insel Brioni. Am 28. September revanchierte sich Chruschtschow als Gastgeber für Tito auf der Krim. Sie bereiteten sich beide auf die Verhandlungen mit Gerő vor, die dort am 2. Oktober 1956 stattfanden. Worum es bei diesen Gesprächen in Jugoslawien und auf der Krim ging, das hat Tito in einer Rede, die er am 11. November 1956 in Pula hielt, durchblicken lassen. Natürlich konnte er nicht die volle Wahrheit ausbreiten, vor allem durfte die wahre Rolle Chruschtschows nicht offen dargelegt werden. Aber es wird dennoch deutlich genug, daß bei diesen Gesprächen darüber beraten wurde, wer in den anderen sozialistischen Ländern tragbar sei und wer - vor allem in Ungarn - auf jeden Fall weg müsse.

Natürlich konnte gerade Tito, der immer jede Kritik aus anderen Parteien an seiner Politik als "Einmischung" in die inneren Angelegenheiten seines Landes scharf zurückgewiesen hatte, das nicht offen zugeben. Deshalb formulierte er: *"Als dort - in Ungarn - die Unzufriedenheit auch in*

²⁴² Neues Deutschland v. 24.7.1956

den Reihen der Kommunisten immer stärker auszubrechen begann, und als sie forderten, Rakosi solle gehen, da ... waren die sowjetischen Genossen damit einverstanden, ihn abzusetzen. Aber sie machten den Fehler, nicht zuzulassen, daß auch Gerö und die sonstigen Anhänger Rakosis ... abgesetzt würden." Es ging also eingeständenermaßen um die Erzwingung der Absetzung Gerös von außen!

Offenbar hatte es um diese Zeit in der sowjetischen Führung auch noch ernsthaften Widerstand gegen Titos und Chrustschows Forderungen gegeben, denn Tito sagte in der gleichen Rede: *"Aber wir haben das nicht so tragisch genommen, denn wir haben gesehen, daß das nicht die Haltung der gesamten Sowjetführung ist, sondern nur eines Teils. ... Wir haben gesehen, daß diese Haltung von den Leuten aufgezwungen wurde, die ziemlich stark auf den Stalinschen Positionen standen und auch heute noch immer stehen, daß es aber noch immer die Möglichkeit gibt, daß in der Führung der Sowjetunion in einer inneren Evolution die Elemente siegen, die für eine kraftvollere und schnellere Entwicklung in Richtung auf eine Demokratisierung sind... Aus gewissen Anzeichen, aber auch aus den Gesprächen haben wir gesehen, daß diese Elemente nicht schwach, sondern stark sind."*²⁴³

Um endlich in Ungarn ans Ziel - die Vertreibung Gerös von der Parteispitze und zugleich Hegedüs als Ministerpräsidenten - zu gelangen, griff man nun zu dem Mittel, das bereits in den Planungen Rajks als äußerstes Mittel vorgesehen war - zur Entfesselung des bewaffneten Aufstandes.

In Polen und Ungarn hatte die vom XX. Parteitag der KPdSU ausgelöste "Entstalinisierungs-" und Rehabilitierungswelle im Laufe des Jahres 1956 antikommunistische und nationalistische Kräfte innerhalb und außerhalb der Partei zu immer offeneren Vorstößen ermuntert. In Ungarn begannen, inszeniert von Intellektuellen-Kreisen, die sich ja im sogenannten "Petöfi-Klub" ihr Zentrum geschaffen hatten, am 21. Oktober 1956 Studentenunruhen, denen sich auch Arbeiterdemonstrationen anschlossen, vor allem aber antikommunistischer Mob. Die Unruhen wurden zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, zum bewaffneten Aufstand und zur Jagd auf und Lynchmorden an Kommunisten, Staats- und Parteifunktionären eskaliert. Damit waren die Verhältnisse geschaffen, die ermöglichten, die schon im Rajk-Prozeß enthüllten Zielsetzungen im stufenweisen Vorgehen zu verwirklichen.

Die erste Stufe war die Umbildung der Regierung am 24. Oktober 1956: Imre Nagy wurde zum Ministerpräsidenten ernannt, der bisherige Ministerpräsident Hegedüs zu seinem Stellvertreter degradiert. Am 25. Oktober wurde Ernö Gerö vom ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen abgesetzt und Janos Kadar zum neuen 1. Sekretär gewählt. Der Aufstand hatte das erste von den Nagy-Leuten anvisierte Ziel erreicht: die Eroberung der Führung in Partei und Staat. Aber das ungehinderte Wüten des weißen Terrors gefährdete die Durchführung des Stufenplanes des allmählichen, "legalen" Übergangs zur bürgerlichen Republik, beschwor die Gefahr eines radikalen "Rückschlages", gestützt auf die Sowjet-Truppen im Lande, herauf. Deshalb verhängte die neue Regierung nun den Ausnahmezustand und rief sogar die Sowjettruppen zu Hilfe zur "Wiederherstellung der Ruhe" im Lande. Am 30. Oktober zogen sich dann die Sowjettruppen auf die Forderung Imre Nagys hin aus Budapest wieder zurück. Am nächsten Tage, am 31. Oktober, nachdem schon mehrere Stufen bis zur fast völligen Wiederherstellung eines

²⁴³ Archiv der Gegenwart, S. 6106

bürgerlichen Ungarn bewältigt worden waren, hielt Nagy vor dem auf dem Parlamentsplatz versammelten Volk eine Rede, in der er ausführte: *"Wir haben die Bande Rakosi-Gerö vertrieben. Diese Bande hat versucht, mich zu beschmutzen; sie hat erklärt, ich hätte die sowjetische Intervention verlangt. Das ist falsch. Im Gegenteil: Ich war es, der den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen verlangt hat. Heute beginnt die Konferenz über die Abschaffung des Warschauer Paktes und über den Abzug der Russen aus unserem Lande."*

Vor Journalisten erklärte er dann danach: *"Wir haben die Möglichkeit, den Warschauer Pakt auszulöschen. Es kann sein, daß Ungarn zu einem neutralen Kern in Mitteleuropa wird. Wir müssen uns auf die materielle Hilfe des Auslandes stützen."*²⁴⁴ Kennen wir diese Melodie nicht schon aus den Aussagen Szönyis?

Aber wir haben vorgegriffen: nach der Eroberung der Führungspositionen in Partei und Regierung am 24. Oktober war erst einmal die nächste, zweite Stufe zu nehmen: Die Bildung einer neuen ungarischen Regierung, der erstmals auch zwei bürgerliche Minister, ehemalige Funktionäre der konterrevolutionären Partei der kleinen Landwirte, angehörten. Das geschah am 27. Oktober.

Als eine weitere, dritte Stufe kann die Bildung eines "Sechserkomitees" durch das ZK am 28. Oktober betrachtet werden, dessen Bildung praktisch die Ausschaltung des ZK und der Mitgliedschaft bei der weiteren Festlegung der Politik der Partei bedeutete. Vorsitzender dieses exklusiven Komitees war Janos Kadar, und natürlich gehörte ihm auch Imre Nagy an. Gelegentlich der Gründung des Sechserkomitees äußerte Nagy, es sei nicht wahr, daß das, was sich in Ungarn ereigne, eine Konterrevolution sei. Es sei das vielmehr *"eine demokratische Bewegung, die unsere ganze Nation erfaßt hat, um unsere Unabhängigkeit zu sichern."*

Eine vierte, große Stufe wurde am 30. Oktober mit der Bildung des "engeren Kabinetts" innerhalb der Regierung genommen, denn sie bedeutete den Übergang zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung aus Vertretern von vier Parteien: der Partei der Ungarischen Werktätigen, der wieder zugelassenen Partei der kleinen Landwirte, der Nationalen Bauernpartei und der wiedergegründeten Sozialdemokratischen Partei. Kadar erklärte als 1. Sekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen aus diesem Anlaß: die Wiedezulassung der bisher verbotenen Parteien und die Abhaltung freier Wahlen bedeute eine "Rückkehr zur Demokratie". "Er forderte die Mitglieder seiner Partei auf, mit dem Freiheitskämpfern zusammenzuarbeiten"²⁴⁵ - also mit den Henkern seiner Genossen! Noch am 3. November wüteten diese "Freiheitskämpfer" so, daß Radio Budapest sich veranlaßt sah, die Bevölkerung aufzufordern, "mit den summarischen Hinrichtungen aufzuhören" und daran "zu erinnern", "daß niemand ohne vorherige gerichtliche Verurteilung hingerichtet oder ins Gefängnis gesteckt werden dürfe." In der Pressemitteilung heißt es dazu weiter: "Es war berichtet worden, daß von den Aufständischen auf Mitglieder der Sicherheitspolizei und kommunistische Führer Jagd gemacht werde und daß hierbei Personen gelyncht oder eingekerkert wurden."²⁴⁶

²⁴⁴ Archiv der Gegenwart vom 4. November 1956, S. 6069

²⁴⁵ Ebenda, S. 6068

²⁴⁶ Ebenda, S. 6070. Zur Konterrevolution in Ungarn siehe auch die vier Hefte des Informationsbüros des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik: Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn; ferner: Die konterrevolutionäre Verschwörung von Imre Nagy und Komplizen.

Nächste Stufe: Am 1. November 1956 gab Nagy bekannt, "daß Ungarn mit sofortiger Wirkung den Warschauer Pakt kündigt und die Neutralität Ungarns proklamiert." Zugleich richtete er ein Schreiben an den Generalsekretär der UNO, in dem er diesem mitteilte, er habe den sowjetischen Botschafter Andropow zu sich gerufen und ihm erklärt, daß die ungarische Regierung den Warschauer Pakt aufkündigt, die Neutralität Ungarns proklamiert und sich an die Vereinten Nationen wendet, um die Hilfe der vier Großmächte zur Verteidigung seiner Neutralität zu erlangen. Er gab gleichzeitig bekannt, daß er selbst das Außenministerium übernehme, "um eine entsprechende Politik hinsichtlich des Warschauer Paktes zu gewährleisten."²⁴⁷ Damit hatte er nicht nur die Durchführung des Plans seines Vorgängers Rajk, sondern auch dessen Amt als Außenminister übernommen.

Einen Tag später, am 2. November, tagte die Leitung der Partei der Ungarischen Werktätigen und gründete sich - da es ja nun wieder eine legale sozialdemokratische Partei im Lande gab - um; sie nannte sich nunmehr "Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei" (USAP). Ihrem Vorstand gehörten außer Janos Kadar auch Imre Nagy und andere Mitglieder der Führung der bisherigen Partei der Ungarischen Werktätigen an. Danach nahm Kadar in einer Radioansprache eine sehr widersprüchliche Haltung ein. Zum einen bekräftigte er den revisionistischen Grundkurs der Verteufelung der Rakosi-Führung mit den Worten: "*Unsere Partei bricht für immer mit den Verbrechen der Vergangenheit und wird gegen alle die Ehre und die Unabhängigkeit Ungarns verteidigen.*" Das war eine Bekräftigung der Nagy-Erklärung über den Austritt aus dem Warschauer Pakt und über die Neutralität Ungarns. Er fuhr fort: "*Die ungarische Jugend*" - damit waren die Studenten gemeint, die den Aufstand begannen! - "*hat nicht ihr Blut vergossen,*" - im Kampf gegen die bewaffneten Kräfte der Volksrepublik Ungarn! - "*um die Tyrannei von Rakosi durch die Tyrannei einer Gegenrevolution zu ersetzen. Wir haben nicht gekämpft, damit aus den Händen der Arbeiterklasse die Bergwerke und die Fabriken und aus den Händen der Bauernschaft der ihnen zugeteilte Boden wieder genommen werden. Wir wollen nicht wieder in die Sklaverei des alten Regimes der feudalen Herrenklasse fallen.*" Mit Bezug auf die schon am Vortage durch Radio bekanntgegebene Nachricht, daß neue Einheiten der Sowjetarmee nach Ungarn verlagert worden seien, sagte Kadar, "es bestehe die Gefahr, daß die Intervention einer ausländischen Macht unserem Land das Schicksal Koreas bereitet."²⁴⁸ Diese insgesamt vieldeutige Erklärung läßt darauf schließen, daß sich Kadar und andere nun auch auf die Möglichkeit einstellen, daß die von ihnen als Regierungsmitglieder mitgetragene Politik Nagys doch noch am Eingreifen der Sowjetunion scheitert und deshalb eine Rückzugsstellung vorbereitet werden mußte. Denn inzwischen hatte, nach der Proklamation des Austritts aus dem Warschauer Pakt, der weiße Terror eine bisher ungekannte Steigerung erfahren. Am 2. November berichtete der Reuter-Korrespondent: "Seit gestern herrscht Menschenjagd in den Straßen von Budapest." Systematisch wurden Menschen "gehetzt, gejagt und wie Hunde erschlagen, an Laternen und Balkons aufgehängt. Szenen, die an die Wiederkehr der "Weißen" in Ungarn von 1919 erinnern, spielen sich im ganzen Lande ab."²⁴⁹

Dieser vom gleichen Büro herausgegebene Band enthält einen großen Teil der Materialien des Prozesses gegen Imre Nagy.

²⁴⁷ Archiv der Gegenwart, S. 6069

²⁴⁸ ebenda.

²⁴⁹ Hans Adler, Zwischen Kairo und Budapest. Die Geschichte einer Verschwörung. Berlin 1957, S. 84f.

Nie in meinem Leben werde ich diese Tage anfangs November 1956 vergessen, in denen ich zusammen mit meinen Genossen und Kollegen Tag für Tag im Radio mit Entsetzen und ungläubigem Zorn die Schreckensnachrichten über die Kommunistenjagd und die Mordorgien der weißen Banden in Budapest verfolgte und wir uns immer wieder fragten: Wie ist es nur möglich, daß dies alles geschehen kann, obwohl die Panzer der Roten Armee im Lande stehen? Wie kann man sich das früher ganz und gar Unmögliche erklären, daß die Armee der Sowjetunion Gewehr bei Fuß zusieht, wie Kommunisten von weißen Banditen gelyncht und aufgehängt werden? Wann werden sie denn dem endlich Einhalt gebieten?

Am 4. November 1956 - unverständlich spät! - war es endlich so weit: Die Sowjetarmee griff ein und zerschlug alle Hoffnungen der Nagy und ihrer Hintermänner in Belgrad, Washington und Bonn und wo sonst noch immer. Offenbar in Absprache mit sowjetischen Stellen hatte Janos Kadar am gleichen 4. November sich von Nagy abgesetzt und von Szolnok aus eine "revolutionäre Gegenregierung" ausgerufen, der er als Ministerpräsident vorstand.²⁵⁰

Imre Nagy und einige andere seiner Minister und Anhänger offenbarten nun auch noch ganz unzweideutig, in wessen Interesse und Auftrag sie gehandelt hatten, indem sie in die jugoslawische Botschaft flüchteten. Von dort aus wollten sie nach Jugoslawien ausreisen. Aber der Bus, in dem sie am 22. November die Reise antraten, landete statt in Belgrad in Bukarest.²⁵¹ Erst 1958 lieferte die rumänische Regierung Nagy den ungarischen Behörden aus, und nun erhielt auch er - wie seinerzeit Rajk - seinen Prozeß, diesmal aber nicht unter Matyas Rakosi als Parteichef, sondern unter seinem ehemaligen Mitverschworenen, Janos Kadar - der ihm gerne geholfen hätte, aber nicht helfen konnte, wollte er seine eigene Stellung an der Spitze der Partei und der Regierung nicht gefährden.²⁵² Der Prozeß wurde am 6. Februar 1958 eröffnet als "Strafprozeß Imre Nagy und Komplizen", und wurde am 15. Juni mit dem Todesurteil gegen Nagy und weitere drei Angeklagte und Freiheitsstrafen von 5 Jahren bis lebenslänglich gegen weitere fünf Angeklagte beendet.

Nachdem so auch der zweite Versuch der Durchführung des Programms gescheitert war, dessen Umriss im Rajk-Prozeß enthüllt worden waren, ergab sich erst nach vier Jahrzehnten, 1989/90, die Gelegenheit zum dritten, diesmal - dank Gorbatschow - erfolgreichen Versuch zu dessen Vollendung. Wiederum fanden sich "gestandene Kommunisten", die ihr ganzes politisches Leben "im Dienste der Partei" verbracht hatten, die sich jetzt mit Eifer der Beseitigung der Volksrepublik Ungarn und ihrer Umwandlung in das heutige kapitalistische Ungarn widmeten und auch mit sichtlichem Vergnügen dabei halfen, die sozialistische Ordnung in anderen Ländern, wie z.B. der DDR, zu untergraben und zum Einsturz zu bringen. Es genügt, an den damaligen ungarischen Außenminister Gyula Horn zu erinnern, der sich in diesem Jahr des 10. "Jubiläums" der Grenzöffnung zu Österreich, die er am 27. Juni 1989 gemeinsam mit dem österreichischen Außenminister Mock vollbracht hatte, feiern ließ, und der als Ministerpräsident des "neuen", in Wahrheit alten, kapitalistischen Ungarn, der er zeitweilig war, das Land so

²⁵⁰ Archiv der Gegenwart, S. 6071

²⁵¹ Die jugoslawische Version der Entführung Nagys und der mit ihm in die jugoslawische Botschaft Geflüchteten und der jugoslawische Protest ist im "Archiv der Gegenwart", S. 6117f. wiedergegeben.

²⁵² Im Deutschlandfunk wurde am 16.6.1983 in der Frühsendung 8.30 Uhr behauptet, Kadar habe sich vergeblich darum bemüht, das Todesurteil gegen Nagy zu verhindern.

regierte, daß man meinen konnte, er benutze das Rajksche Drehbuch der Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung als Vorlage.

Die Geschichte selbst hat also die Anklagen im Rajk-Prozeß als begründet, die Rehabilitierung der Verurteilten dagegen als konterrevolutionäre Geschichtslügen offenbart, deren Wirkung auf die Massen die nachträgliche Durchführung des Programms der Rajk und Komplizen ermöglichen sollte und zum Unglück des ungarischen Volkes schließlich auch ermöglicht hat. Wer wissen will, wohin die nach dem XX. Parteitag und erneut nach dem Sieg der Konterrevolution von 1989/90 Rehabilitierten das Land führen wollten, der sehe sich an, wohin die Rehabilitierer es geführt haben!

Kurt Gossweiler, Berlin

Zbigniew Wiktor: Die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Polen – als Beispiel für die Länder Osteuropas ²⁵³

1. Historische Einführung

Das Thema „Sozialismus in Osteuropa“ stellt eine vielschichtige und komplizierte Frage dar, weil in vielen Ländern dieses Gebiets unterschiedliche historische, ökonomische, soziale, nationale, religiöse und politische Bedingungen dominiert haben. Polen war in der Zeit vom Wiener Kongress (1815) bis zum 1. Weltkrieg (1914) der politischen Herrschaft des preußischen Königtums, des österreich-ungarischen Kaisertums und des zaristischen Russlands unterworfen. Denn der polnische Feudalstaat ist am Ende des 18. Jahrhunderts unter Preußen, Österreich und Russland aufgeteilt worden. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts, dem so genannten „Völkerfrühling“, herrschte so der Absolutismus in Polen, der in Russland bis zu seiner Niederlage im 1. Weltkrieg überdauerte. Für die damaligen preußisch-deutschen Eroberer hatten die gewonnenen polnischen Ländereien den Nutzen eines landwirtschaftlichen Hinterlandes. Trotzdem aber entwickelte sich in den polnischen Gebieten - verglichen mit dem damaligen Russland – neben der Landwirtschaft besonders nach 1863 in hohem Tempo der Kapitalismus. Die Abschaffung der Leibeigenschaft der Bauern, deren persönliche Freiheit und Freizügigkeit und die Proletarisierung der Landbevölkerung waren die Voraussetzungen für eine rapide Entwicklung kapitalistischer Produktion. Es gab im polnischen Gebiet vier Zentren der kapitalistischen Entwicklung: Warschau, das polnische Oberschlesien, Lodz und den so genannten altpolnischen Industriebereich im Zentrum. Hierher flossen große in- und ausländische Kapitalströme, hier formierten sich die Zentren des polnischen Proletariats.

Mit der kapitalistischen Produktion entwickelte sich auch die revolutionäre Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass die erste Übersetzung des „Kommunistischen Manifests“ diejenige in polnische Sprache war, denn viele polnische Emigranten/Aufständische arbeiteten in der I. sowie der II. Internationale. Zwei polnische Generäle, Jaroslaw Dabrowski und Walery Wroblewski, waren die letzten Befehlshaber der Pariser Kommune 1871. Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts ist auch der 1. Band von

²⁵³ Aus: „offen-siv“ 10-2006, 11-2006, 1-2007; Ausgaben September-Oktober und November-Dezember 2006 sowie Januar-Februar 2007, Seiten: 20-27 / 44-51 / 83-89

Marxens „Kapital“ von Ludwik Krcywicki ins Polnische übersetzt worden. In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts waren die Arbeitergewerkschaften, in den 80er Jahren die ersten Arbeiterparteien entstanden: Das „Große Proletariat“ von Ludwik Warynski, das trotz harter zaristischer Repression bis 1886 aktiv war, dann ab 1888 das „Zweite Proletariat“ und seit demselben Jahr die „Polnische Sozialistische Partei“, gegründet von Boreslaw Limanowski. Seit 1893 entstand die „Sozialdemokratie des Königreichs Polen“, die ab 1900 als „Sozialdemokratie des Königreichs Polens und Litauens“ figurierte. In der Regel waren dies Kaderorganisationen, die ihre Mitglieder sowohl in Polen als auch in der Emigration im Ausland gruppiert hatten. Diese Vielfalt der Arbeiterparteien war ein Zeichen der politisch-ideologischen Zersplitterung der polnischen Arbeiterbewegung, die leider auch durch den Reformismus und den Opportunismus der II. Internationalen stark geschwächt wurde. Trotz dieser Probleme wuchs die polnische Arbeiterbewegung sehr schnell, es gab Massenstreiks und vor allem die revolutionären Kämpfe 1905 - 1907.

Nach dem 1. Weltkrieg (1914 – 1918) entstand in Osteuropa eine neue Situation, die von zwei wichtigen historischen Entwicklungen geprägt war: den imperialistischen Widersprüchen des Kapitalismus incl. des Bankrotts der II. Internationale und den Kriegfolgen von Leid und Zerstörung und der revolutionären Situation in Russland: im Februar bracht dort die anti-zaristische Revolution aus, die die Bolschewiki im Oktober zur sozialistischen Revolution umgestalteten. Es entstand der erste Arbeiter- und Bauernstaat (seit der Pariser Kommune), der sich 1922 zu einem großen Staatenbund, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, formierte.

In der Kriegszeit hatten sich in ganz Europa die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung vereinigt, sie drängten zur Umgestaltung des imperialistischen Krieges in einen revolutionären. Ende 1918/Anfang 1919 entstanden revolutionäre Arbeiterparteien wie die Kommunistische Arbeiterpartei Polens, die Kommunistische Partei Deutschlands, etwas später die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und andere. Anfang 1919 wurde in Moskau und Leningrad die III. - auch „Kommunistische“ genannte - Internationale gegründet, die bis 1943 eine bedeutende Rolle bei der Stärkung des Sozialismus in der UdSSR und in der Begründung der jeweiligen kommunistischen Parteien in der ganzen Welt gespielt hat. Sie verbreitete die Hauptwerke des Marxismus-Leninismus in der ganzen Welt, vertrat die kommunistischen Ideale und organisierte den proletarischen Widerstand gegen den Kapitalismus und hat beispiellos für den Frieden, den sozialen Fortschritt und den Sozialismus als Staat der Diktatur des Proletariats gekämpft.

Als Resultat des I. Weltkrieges entstanden in Osteuropa viele neuen Nationalstaaten, z.B. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, die Baltischen Staaten, und es war eine Zeit der revolutionären Situationen z.B. in Ungarn, in Deutschland (Novemberrevolution, Bayerische Räterepublik usw.). Letztendlich wurden die revolutionären Kräfte aber besiegt und schließlich herrschten fast überall autoritäre Regimes der Diktatur der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Die kommunistischen Parteien befanden sich fast überall im Untergrund und ihre Mitglieder, vor allem ihre Führer, wurden brutal verfolgt.

In Polen war die Situation besonders kompliziert. Zwar organisierte die KP Polens ihre eigenen Machtorgane, die Räte der Arbeiter und Bauern, doch die politische Initiative lag einerseits bei den Revisionisten und Opportunisten, und andererseits beim Großkapital und bei den Nationalisten, die sämtlichst von den großen kapitalistischen Staaten und Zentren unterstützt wurden.

Sie haben Polen gegen die junge Sowjetunion in den Krieg gehetzt, was zusätzlich eine Welle des polnischen Nationalismus und Chauvinismus auslöste. 1926 fand dann der Staatsstreich von J. Pilsudski statt, der ein halbfaschistisches Regime einführte und die bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Rechte radikal beschnitt. Polen strebte eine freundliche Politik gegenüber Hitlerdeutschland an, suchte dessen politische Unterstützung gegen die Sowjetunion. Diese Politik führte Polen in die Katastrophe von 1939.

Die innere Situation Polens war von Problemen geprägt. Der wiedergeborene polnische Staat war von wirtschaftlichen, nationalen, sozialen, politischen und religiösen Widersprüche zerrissen. Etwa ein Drittel der Bevölkerung gehörte unterschiedlichen nationalen Minderheiten an (insbesondere Ukrainer, Weißrussen, Juden, Deutsche). Der neue Staat hatte ständige wirtschaftliche Probleme, natürlich am gravierendsten während der Krisen Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre. Die Arbeitslosigkeit war riesengroß, besonders auf dem Lande. Der überwiegende Teil der Ländereien gehörte der kleinen Klasse der Grundbesitzer, der polnischen Junker, die sowohl die Kleinbauern als auch das Landproletariat brutal ausbeuteten – und der überwiegende Teil der polnischen Industrie befand sich in den Händen ausländischer Kapitalgesellschaften, die, was die Ausbeutung des städtischen Proletariats anging, den polnischen Junkern in nichts nachstanden. Die Klassenwidersprüche wuchsen. Arbeiter- und Bauernaufstände, Massenstreiks, Polizeiterror und hunderte von Todesopfer durch den Polizeiterror waren die Folge.

Die KP Polens hat, obwohl sie illegal war, große Aktivitäten entfaltet und auch einen parlamentarischen Kampf geführt: in den 20er Jahren war sie als Wahlsubjekt „Das Proletariat der Städte und der Dörfer“ sehr erfolgreich, hat fast eine Million Stimmen bekommen, eine 10-köpfige Parlamentsfraktion gestellt und auch bei lokalen Wahlen z.T. im Bündnis mit anderen progressiven Kräften gute Ergebnisse erzielt.

Die KP Polens arbeitete bis 1938. Dann wurde sie vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen aufgelöst. Bis heute sind die Ursachen und die Bedingungen der Auflösung nicht endgültig geklärt. Aber immerhin hat die KP Polens über einen Zeitraum von 20 Jahren das polnische Proletariat zum Klassenkampf geführt, hat große Erfolge in der Unterstützung der Sowjetunion erzielt und sich große Verdienste für die Verbreitung des Marxismus-Leninismus erworben. Ihre politische und ideologische Arbeit schuf eine gute Grundlage für die Wiedergeburt der Polnischen Arbeiterpartei während der faschistischen Okkupation und danach für die Gründung der Volksrepublik Polen und für den Aufbau des Sozialismus.

2. Die Gründung der Volksrepublik Polen

Im September 1939 erfolgte der Angriff Hitlerdeutschlands auf Polen und nach einem Monat hatte der polnische Staat eine große Niederlage erlitten. 1940 hat Hitlerdeutschland dann Frankreich und danach andere Staaten Europas erobert. Im Juni 1941 überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion, der Krieg wurde spätestens ab jetzt ein Weltkrieg. Es entstand eine neue historische Situation, die Antihitlerkoalition wurde gebildet und sowohl durch den Krieg gegen die Sowjetunion als auch durch die Existenz der Antihitlerkoalition veränderten sich die Bedingungen für die internationale Arbeiterbewegung. Anfang des Jahres 1942 entstand im vom faschistischen Deutschland besetzten Polen unter der Führung von Marcelli Nowotko die Polnische Arbeiterpartei (PPR). Diese Partei nahm das Banner des Sozialismus und der Unabhängigkeit des polnischen Volkes wieder auf. Die Partei wuchs um ein mehrfaches bis zum

Jahr 1945 und wurde zu einem Zentrum des politischen und militärischen Widerstandes gegen die faschistische Besatzung. Obwohl sie durch die Verfolgung viele Kader verlor, gab es einen noch größeren Zustrom neuer Kräfte, so dass sie immer stärker wurde. Anfang 1944 war sie eine starke, mit Grundorganisationen und Partisaneneinheiten weit verbreitete und fest verankerte Partei, die auch illegale Machtorgane organisierte. Zu dieser Zeit war Wladyslaw Gomułka Generalsekretär der PPR.

Am 21. 7. 1944 wurde in den von der Roten Armee und den Einheiten der polnischen Armee befreiten Gebieten das Komitee für die Nationalen Befreiung Polens gegründet, das als die provisorische Regierung Volkspolens verstanden wurde. Einen Tag später, am 22. 7. 1944, verabschiedete das Komitee ein Manifest, das das Programm von volksdemokratischen Reformen enthielt, die später zur sozialistischen Umgestaltung führten. Einige Tage später bezog das Komitee seinen Sitz in Lublin. Die Volksrepublik Polen entstand als Negation des Staates des bürgerlichen Kapital- und Großgrundbesitzes. Die führende Kraft dieser Veränderung wurde die Arbeiterklasse, die im Bündnis mit anderen Klassen und Schichten des polnischen Volkes zu den revolutionären Änderungen drängte.

In Polen hatte sich die kapitalistische Entwicklung im Vergleich zu Westeuropa verspätet vollzogen, deswegen hatte die Revolution zwei Seiten: eine volksdemokratische und eine sozialistische.

Vielschichtige Widersprüche verkomplizierten die Situation, auf die zu reagieren das neue politische System sich nicht immer verstand. Man muss in diesem Zusammenhang feststellen, dass am Anfang Volkspolens die politisch aktive Mehrheit der polnischen Gesellschaft unter dem Einfluss der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie stand. Dazu kam deren Unterstützung durch die katholische Kirche, die großen religiösen und ideologischen Einfluss auf die Massen hatte. Der entscheidende Faktor für die Entstehung Volkspolens war nicht eine revolutionäre Massenbewegung, sondern die Niederlage der faschistischen Okkupation in Polen und der Sieg der Roten Armee, deren Anwesenheit auf polnischen Territorium die Aktivitäten der polnischen Konterrevolution paralyisierte. Man muss sich darüber klar sein, dass Volkspolen von Anfang an formiert wurde als Staat der bewussten revolutionären Minderheit. Zusätzlich zu diesem Problem wurde die Situation verschärft durch den halb-offenen Bürgerkrieg, der bis Ende der 40er Jahre mehr als 20.000 Opfer unter den polnischen Kommunisten und deren Verbündeten forderte. Natürlich wurde dieser Bürgerkrieg von den imperialistischen Kräften des Westens unterstützt.

Eine Revolution kann aber nicht von einer kleinen Minderheit vollzogen werden, die revolutionären Kräfte mussten sich Verbündete suchen, um die Unterstützung der Mehrheit des politisch aktiven Bevölkerungsteils zu gewinnen. Die Kommunisten und ihre Verbündeten (Sozialisten, Demokraten, radikale Bauernbewegung) mussten, um diese Mehrheit zu erreichen, den Kampf auch nach der Begründung der Volksmacht und während der revolutionären Umgestaltungen weiter führen und beweisen, dass im Resultat die Lebensumstände der Werktätigen verbesserten würden. Erschwert wurde die Lage dadurch, dass es in Polen keine revolutionäre Situation gab: die volksdemokratische Revolution war nur möglich durch die allseitige Unterstützung und Hilfe durch das sozialistische Lager vor allem durch dessen Hauptkraft, die UdSSR. Die Sowjetunion, ihre Entwicklung, ihre Hilfe hatte entscheidende Bedeutung für die Entwicklung einer jeden antikapitalistischen Revolution. Das bestimmten die internationalen Kräfteverhältnisse. Die intensive Verbindung der polnischen Revolution mit der

Sowjetunion war eine historische Notwendigkeit, sie resultierte aus der Aufbauidentität, den gleichen Zielen und Interessen – genau so wie die heutige pro-imperialistische Orientierung der heutigen – sich leider an der Macht befindlichen - polnischen Bourgeoisie von ihren Aufbauzielen und Interessen ausgeht.

Die Integration Volkspolens in das sozialistische Lager und das Bündnis mit der Sowjetunion bedeutete nicht – so wie es uns die aktuelle bürgerliche Propaganda glauben machen will – eine Begrenzung oder gar Liquidierung der polnischen Souveränität, sondern sie war eine bewusste Entscheidung der polnischen revolutionären Kräfte und eine Entwicklungsgesetzmäßigkeit des revolutionären Weltprozesses. Die polnische Revolution musste gegen die historischen Lasten, den Antikommunismus und die verwurzelte Feindschaft gegen die Sowjetunion, beweisen, dass das Bündnis mit den sozialistischen Ländern und besonders mit der Sowjetunion die entscheidende Bedingung für den revolutionären Prozess war und den Interessen der Werktätigen diente, dass sie der Garant für die Liquidierung der Ursachen und Quellen von Armut und Ausbeutung war, - um so dem Antikommunismus die Grundlage zu entziehen und ein neues gesellschaftliches Bewusstsein zu schaffen.

Aber auch im weiteren Prozess der Revolution blieb es schwierig, denn die westeuropäischen imperialistischen Länder gingen sehr bald nach dem 2. Weltkrieg zur Sozialstaatspolitik über, die die Klassenwidersprüche vernebelte und den inneren Klassenkampf dieser Länder verflachen ließ bzw. in den Zielen beschnitt.

Die Haupt- und Grundfrage der ersten Etappe der polnischen Revolution bestand darin, das Vertrauen der Werktätigen zu gewinnen, sie dazu zu bewegen, sich an den revolutionären Umgestaltungen bewusst zu beteiligen. Die Lage war schwierig. Erstens litt Polen unter einer großen wirtschaftlichen und technologischen Rückständigkeit, ein Problem, das durch die faschistische Besatzung während des 2. Weltkrieges noch verschärft worden war. Diese Rückständigkeit spielte im Wettbewerb mit den entwickelten kapitalistischen Ländern eine große Rolle. Zweitens begannen die imperialistischen Länder sehr bald nach dem 2. Weltkrieg eine aktive militärische konterrevolutionäre Politik, denn sie hatten nie ihr Ziel aufgegeben, den Sozialismus zu liquidieren. Die unverholenen Kriegsdrohungen zwangen die sozialistischen Länder und so auch Polen dazu, die Ausgaben für die Verteidigung stark zu erhöhen, was die inneren Schwierigkeiten und Probleme verschärfte. Drittens waren die konterrevolutionären Kräfte sehr gut in der Lage, sich den neuen Bedingungen anzupassen und ihre antisozialistischen Bestrebungen im Untergrund – oft unter Mithilfe der katholischen Kirche – auszuweiten. Dabei konnten sie auch von theoretischen, programmatischen und organisatorischen Schwächen der revolutionären Kräfte profitieren, denn es gab in Polen stark verankerte reaktionäre bürgerliche und reaktionäre spätfeudale Tendenzen, die ihre Spuren auch innerhalb der revolutionären Kräfte hinterließen, ja die tatsächlich politisch aktiv waren in den Reihen der Revolution, in den Reihen der Polnischen Arbeiterpartei bzw. nach 1948 in den Reihen der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei.

3. Historische Veränderungen Volkspolens in den 40-er Jahren

Die volksdemokratische Revolution musste zunächst bürgerlich-demokratische Aufgaben vollbringen, weil die Reste des Feudalismus eine sozialistische Umgestaltung vollständig gehemmt hätten. So musste eine radikale Bodenreform durchgeführt werden, womit schon ab Herbst 1944 in den von der Volksmacht befreiten Gebieten begonnen wurde. Während dieser

Zeit wurden rund 212.000 Hektar Land an rund 110.000 Bauernfamilien aufgeteilt. Weiter vorangetrieben wurde diese Reform durch die Landverteilung in den neu gewonnenen Gebieten Polens. Die Verschuldung der Bauern und ihr ewiger Bodenhunger wurden so aufgehoben, und es entstanden gute Bedingungen für eine ökonomischere landwirtschaftliche Produktion. Der Großgrundbesitz wurde liquidiert. Bis 1949 wurden durch die Bodenreform in den alten Gebieten Polens mehr als zwei Millionen Hektar Land und in den neu dazugewonnenen Gebieten mehr als vier Millionen Hektar Land neu verteilt. Die Bodenreform zeitigte wichtige politische Resultate, denn sie neutralisierte die antisozialistischen Kräfte auf dem Lande und verbreiterte die Bündnismöglichkeiten der Kommunisten. Und sie veränderte die Eigentumsverhältnisse im Westen und Norden des Landes, in den neu gewonnenen Gebieten.

Der nächste Schritt war die Nationalisierung der großen und mittleren Industrie, die auf der Grundlage der Januargesetze von 1946 durchgeführt wurde. Die Nationalisierung der Industrie war eine entscheidende Voraussetzung für die Konzentration der Produktionsmittel beim polnischen Staat und die Einführung der zentral verwalteten Wirtschaft als Grundlage der Planwirtschaft. Die Nationalisierung schuf gleichzeitig die Möglichkeit, die materiellen Potentiale für die Interessen der Werktätigen zu nutzen, für eine allseitige Entwicklung der polnischen Gesellschaft, für die Gründung des allseitigen Volkskontrollsystems – ausgeübt durch die Arbeiterklasse - in der Produktion sowie bei der Verteilung der Güter. Das bedeutete, dass sich die polnische Wirtschaft, ja die gesamte polnische Gesellschaft, schrittweise zum Sozialismus entwickelte. Die Nationalisierung bedeutet auch die Liquidierung der materiellen Basis und des Vermögenspotentials der Bourgeoisie und der ökonomischen Potenz des Auslandskapitals, das in Polen vor dem II. Weltkrieg mehr als 60 % der Industrie kontrollierte. Diese Entwicklung wurde von harten Klassenkämpfen und herausragenden politischen Erfolgen begleitet, so der Volksentscheid von 1946 und die Parlamentswahlen vom Januar 1947, wo die konterrevolutionären Kräfte tiefe Niederlagen erlitten.

Volkspolen hat in den Jahren von 1945 bis 1948 Großes vollbracht und wichtige Errungenschaften erreicht. Die polnische Wirtschaft hatte durch den II. Weltkrieg 40 % ihres Potentials verloren, 66 % der Industriebetriebe waren vernichtet. Mehr als 6 Millionen polnische Bürger waren an den Fronten oder in den Lagern umgekommen. Besonders hohe Verluste waren in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, überhaupt der Produktion der Intelligenz zu verzeichnen. Nun wurde die Volkswirtschaft nach diesen barbarischen Kriegszerstörungen wieder aufgebaut. Schon 1948 waren die Industrieproduktion und das Inlandsprodukt größer als 1938.

Nach dem Potsdamer Abkommen bekam Polen die gerechte Grenze entlang der Flüsse Oder und Lausitzer Neiße und im Norden die breite baltische Küste. Diese Grenzen wurden von der DDR im Görlitzer Vertrag 1950 anerkannt. Polen entwickelte gute Beziehungen zur Sowjetunion und zur Tschechoslowakei. Die Regierung Volkspolens wurde 1945 von den Großmächten und der entscheidenden Mehrheit der Staaten der Welt anerkannt. Das war eine der Grundlagen für die Stabilisierung der Verhältnisse nach außen, aber auch im Inneren des Landes.

In dieser Zeit wurde die Arbeitslosigkeit, die in der Vorkriegszeit eine chronische Massenplage gewesen war, schnell beseitigt. Die ökonomische Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen waren wirkliche politische Argumente im Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte, gegen ihre Pläne zur Vorbereitung eines antisozialistischen Aufstandes und führten zur weiteren Stabilisierung und Verstärkung der Volksmacht. Auch hatte Volkspolen Kirche und Staat juristisch getrennt, was eine neue Grundlage der konfessionellen

Verhältnisse mit sich brachte. Im September 1948 haben sich die beiden polnischen Arbeiterparteien, die „Polnische Arbeiterpartei“ und die „Polnische Sozialistische Partei“ nach langjähriger Zusammenarbeit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus vereinigt. Es entstand die „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei“ unter Leitung des Vorsitzenden Boleslaw Bierut.

4. Die Bedeutung des Sechs-Jahres-Plans

Dank der guten Resultate der Wiederaufbauphase konnte Volkspolen in den Jahren 1949 – 1955 an die Realisierung neuer Aufgaben im Rahmen des Sechs-Jahres-Planes gehen. Dieser Plan hatte, obwohl nicht alle Ziele - besonders in der Landwirtschaft und in der Nahrungs- und Lebensmittelproduktion - erfüllt werden konnten, großen Einfluss auf die weitere Entwicklung Polens, denn er veränderte die sozial-ökonomische Struktur der polnischen Gesellschaft. Im Resultat wurde Polen von einem Agrar-Industrieland zu einem Industrie-Agrarland umgestaltet. Es wurden tausende neue Betriebe und ganze neue Industriezweige aufgebaut. Der Anteil des sozialistischen Sektors der polnischen Produktion stieg von 1/3 im Jahr 1947 auf 2/3 nach Vollendung des Sechs-Jahres-Planes. So wurde die gesellschaftliche Wirtschaft und insbesondere die staatliche Industrie die hauptsächliche und entscheidende materielle Basis des Landes.

In dieser Zeit wurden die Grundlagen des ökonomischen Potentials Volkspolens errichtet, sind neue Industrien entstanden, wurde die industrielle Basis der Landwirtschaft geschaffen, entwickelte sich die Bauwirtschaft und der Wohnungsbau mit großer Schnelligkeit („Warschauer Tempo“). Es folgte die Urbanisierung des Landes und Millionen Menschen fanden bessere Lebensbedingungen in den Städten. Diese Entwicklung wurde begleitet vom Ausbau des Volkssystem und der Ausbildung neuer, hochqualifizierter Kader für alle gesellschaftlichen Bereichen. Diese schnelle Industrialisierung liquidierte, wie oben schon erwähnt, die Massenarbeitslosigkeit – vor allem auf dem Lande -, von der im Vorkriegspolen zwischen fünf und neuen Millionen Menschen betroffen waren.

Der Sechs-Jahres-Plan war das größte ökonomische Ereignis dieser Zeit und seine Resultate bildeten die stabile Grundlage der weiteren sozialistischen Umgestaltungen. Die Planrealisierung erforderte maximale Kraftanstrengungen aller Klassen und Schichten Volkspolens und einen ungeheuren Mut der Kommunisten. So kam es durch die Notwendigkeit von Rüstungsbelastungen wegen der von den Imperialisten mit dem Korea-Krieg endgültig durchgesetzten Politik des „Kalten Krieges“ (für Polen besonders bedrohlich: die Remilitarisierung der Bundesrepublik) zu negativen Erscheinungen wie der Verminderung des Lebensstandards der Werktätigen. Doch die Errungenschaften des Sechs-Jahres-Planes waren trotzdem so gigantisch und sie unterstützten so offensichtlich die Wahrheit, dass der gute und verlässliche sozialistische Weg, den das Volk und die politische Führung des Landes unter Leitung von Boleslaw Bierut eingeschlagen hatten, den aktuellen und zukünftigen Interessen der Arbeiterklasse und allen Werktätigen diene. Das erleichterte den Kampf um das Bewusstsein der Werktätigen und um die Unterstützung der Volksmacht in Polen.

5. Die weiteren Umgestaltungen in den 60er und 70er Jahren

Die weitere Entwicklung Volkspolens lässt sich an der Realisierung der neuen Fünf-Jahres-Pläne beobachten:

1956 – 1960: die Periode der mehr proportionalen Entwicklung sowie der nachträglichen Erfüllung der noch nicht realisierten Aufgaben des Sechs-Jahres-Planes;

1961 – 1965: die weitere Industrialisierung des Landes;

1966 – 1970: eine eher selektive Entwicklung und die Suche nach neuen Triebkräften, die im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution gesucht wurden, Stichwort „moderne Wirtschaft“;

1971 – 1975: eine rapide Entwicklung durch fremde Kapitalien;

1976 – 1980: die Fortsetzung des vorherigen Fünf-Jahres-Plans und am Ende die ersten Symptome des Niedergangs und die Vorboten des Zusammenbruchs.

Die Entwicklungen während dieser Periode (25 Jahre) hatten innere und äußere Bedingungen.

Die Hauptaufgabe war zunächst die Bewältigung des großen und weiter wachsenden Arbeitskräftereservoirs. Von 1955 bis 1965 wuchs die polnische Bevölkerung um 4 Millionen, der Hauptzuwachs lag in den Städten (3,4 Millionen), die Landbevölkerung wuchs nur um 0,4 Millionen Menschen.

Das Nationalprodukt wuchs um durchschnittlich 7 % jährlich, so z.B. in der Periode von 1966 – 1970 um 34 %, die Industrieproduktion des gesellschaftlichen Sektors wuchs im gleichen Zeitraum um 49 %. In den Jahren von 1971 – 1980 wuchs die Industrieproduktion um 230 %, die landwirtschaftliche Produktion um 60 %. Die Städte verzeichneten in diesem Zeitraum einen Zuwachs der Bevölkerung um rund 4 Millionen Menschen.

Die innere Struktur der polnischen Bevölkerung, die Struktur der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen wurde dadurch stark verändert. Bis 1965 hatte sich die Zahl der Arbeiter im Vergleich mit dem Jahr 1939 verdoppelt. Der Zuwachs entstand vor allem in der Großindustrie. Hier sei daran erinnert, dass im Vorkriegspolen nur rund 800.000 Arbeiter in Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern beschäftigt waren, die Mehrheit der polnischen Arbeiter also in Kleinbetrieben, als Handwerker und als Landarbeiter lebte.

Nach der revolutionären Umgestaltung wuchsen Bildung, Kultur und politisches Bewusstsein der Arbeiterklasse, die Reste des Analphabetismus wurden bereits Ende der 40er Jahre beseitigt. Alle Kinder gingen zur Schule, das Schulwesen wurde über die Grundschulen, die Berufsschulen, die technischen Schulen und die Schulen mit Abitur ausgebaut, es entstanden viele Hochschulen und neue Universitäten. In den Jahren von 1970 – 1980 haben 6 Millionen junge Leute Arbeit in der nationalen Wirtschaft gefunden, davon rund 2,5 Millionen durch neu geschaffene Arbeitsplätze in der Industrie. Neue Industriezweige und neuartige Betriebe entstanden mit einem hohen Anteil an technischer und Ingenieurskraft.

Damit wurden große soziale Errungenschaften erreicht für die Menschen, die Familien, die Frauen, die Kinder. Breiter Aufbau von Kinderkrippen, Kindergärten, unterschiedliche Formen der Unterstützung für die Familien, Erholungswesen, kostenloses Gesundheitssystem, Sportanlagen usw. wurden realisiert. Die Frauen wurden besonders unterstützt.

In den Jahren von 1970 – 1980 entstand eine breite Wohnungsbauwirtschaft. Zum Vergleich: in den 50er Jahren wurden rund 60.000 bis 100.000 Wohnungen jährlich gebaut, in den 70er Jahren waren es etwa 200.000 bis 270.000 Wohnungen jährlich.

Im Resultat dieser rapiden und allseitigen Umgestaltung Polens hat das Land die industrielle Produktion von 1938 20-fach überschritten und lag auf Rang 10 der Rangfolge der industriellen Länder der Welt, obwohl es territorial gemessen nur auf Rang 62 steht.

Diese Entwicklung eröffnete neue Möglichkeiten in der für die Verbesserung der materiellen Grundlagen der Gesellschaft und der sozialen Errungenschaften der Werktätigen, insbesondere im Arbeitsrecht, beim Wohnungsbau, bei der kostenlosen Ausbildung und im Wissenschaftssystem, beim kostenlosen Gesundheitssystem, bei der breiten Subventionierung der Medikamente durch den Staat sowie bei den Pensionen.

Alle diese Veränderungen haben bei den Werktätigen zu einer hohen sozialen Stabilität geführt, haben eine gute Zukunftsperspektive eröffnet. Die Arbeiter der jüngeren polnischen Generation kannten weder Arbeitslosigkeit noch andere Plagen des Kapitalismus, weder Obdachlosigkeit noch Abhängigkeit und Unterdrückung durch so genannte Arbeitgeber.

Die noch lebendigen Erinnerungen der älteren Generation der Arbeiter an die „bösen“ Seiten des Kapitalismus und die Warnungen vor der Gefahr eines Wiederentstehens des Kapitalismus wurden abgetan oder bagatellisiert. Die Leitung der PVAP, unter starkem Einfluss der KPdSU stehend, vertrat die These, dass der „reale Sozialismus“ sicher, unbesiegbar und damit ewig sei. Dementsprechend wurden nach 1956, verstärkt aber nach 1970 auch die Klassenwidersprüche bagatellisiert.

Die PVAP wuchs zahlenmäßig an. Nach der Vereinigung 1948 hatte sie rund 1,3 Millionen Mitglieder, davon 57 % Arbeiter, 14,3 % Bauern und 26,1 % Angehörige der Intelligenz. Nach der Krise 1956 schrumpfte die Partei und nach der Parteireinigung Ende 1959 zählte sie noch rund 1 Million Mitglieder. Ende 1968 war die Partei auf 2,1 Millionen Mitglieder angewachsen, bis Mitte der 70-er Jahre gar auf über 3 Millionen. Dabei wuchs der Anteil der mittleren Schichten an der Parteimitgliedschaft stark an, am Ende dieser Periode lag der Prozentsatz der Arbeiter in der Parteimitgliedschaft nur noch bei rund 40 %, gewiss ein Alarmsignal für die weitere Entwicklung der PVAP.

Außenpolitisch war Polen zu dieser Zeit ein stabiler Staat, hatte anerkannte Grenzen, friedliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten und eine feste Position in der sozialistischen Gemeinschaft. Polen normalisierte die Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern, nahm mit Erfolg am UNO-Prozess teil und unterstützte politisch, ökonomisch und moralisch die fortschrittlichen Kräfte der Welt. Die Grundlage dieser Politik war das feste und stabile Bündnis mit den sozialistischen Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion, der DDR, der CSSR sowie den anderen volksdemokratischen Länder Europas. Polen distanzierte sich von der nach Osten gerichteten Eroberungs- und früheren polnischen Ausbeuterklasse und erkannte das Selbstbestimmungsrecht der Westukraine, Westweißrusslands sowie der Wilna-Gebiete an. Gleichzeitig kehrte Volkspolen territorial in die altpolnischen Piastengebiete an Oder, Lausitzer Neiße und Ostseeküste zurück. Diese neuen Gebiete verstärkten die Wirtschaftskraft Polens erheblich und schufen die Möglichkeit, den Landhunger der polnischen Bauern zu befriedigen. Polen öffnete sich zum Baltikum, was neue Möglichkeiten der Seewirtschaft und des Außenhandels eröffnete.

Innenpolitisch wurde Polen nach dem Zweiten Weltkrieg ein weitgehend homogenes Land ohne ethnische Unruhen oder Konflikte.

Die Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung Polens bis 1980 beweist, dass das strategische Ziel der führenden ideologischen Kraft, der PVAP, richtig war und eine breite Unterstützung durch die Arbeiterklasse und die sonstigen Werktätigen erfuhr. Wenn man diese Zeit mit der Situation Polens vor dem Zweiten Weltkrieg vergleicht, sieht man die klaren Fortschritte. Diese positive Bilanz wird noch klarer, wenn man Volkspolen vergleicht mit dem Polen der neokapitalistischen Transformation der letzten 17 Jahre seit 1989.

Aber die Analyse Volkspolens beweist auch, dass seine Entwicklung nicht ohne tiefe politische Krisen stattfand. Die erste erlebten wir schon 1956, als die revisionistischen Kräfte in Polen mit Unterstützung der Chruschtschow-Gruppe in der KPdSU das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten. Die zweite Krise entwickelte sich 1968/1970, als antisozialistische Kräfte große Massendemonstrationen organisierten und Proteste provozierten. Noch schlimmer kam es 1980/81, als durch Fehler der PVAP-Leitung insbesondere während der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine große Unzufriedenheit entstand, die schnell von „Solidarnoc“ und anderen konterrevolutionären Kräften ausgenutzt wurde. Gleichzeitig hatte der Imperialismus zu der Zeit ein strategisches Übergewicht gegenüber dem sozialistischen Lager entwickelt, die Kräfteverhältnisse verschoben sich in Polen wie überall auf der Welt.

6. Die Quellen und die Ursachen der Erosion und der Niederlage Volkspolens

Bei der Analyse der historischen Entwicklung Volkspolens müssen wir den Blick auch auf Fehler und Deformationen lenken, deren Folgen die Wiedergeburt und der wachsende Einfluss kapitalistischer Verhältnisse in Polen waren.

Die ersten Fehler wurden in der Periode von 1952/1953 gemacht. Man versuchte, die Bedeutung der bürgerlichen Einflüsse in Polen dadurch zu verringern, dass man die bürgerliche Opposition und die bewaffnete konterrevolutionäre Widerstandsbewegung liquidierte und meinte, dass das Problem damit gelöst sei und somit der Geschichte angehöre. Übersehen wurde, dass es sich bei den bürgerlichen Einflüssen um ein gesellschaftliches Problem, um eine in den gesellschaftlichen Verhältnissen der Übergangsperiode wurzelnde und von ihnen hervorgebrachte Tendenz handelte und dass deshalb bürgerliche Tendenzen auch nach der körperlichen Liquidierung des Widerstandes der Bourgeoisie weiterhin Einfluss hatten auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Hauptrolle im Kampf dagegen spielte die politische Macht und die Verwaltung. So kam es zur Überschätzung der Repression als Mittel zur Stabilisierung der sozialistischen Verhältnisse. Dadurch entstanden Unzufriedenheit und leiser Widerstand in unterschiedlichen Milieus, das verbreiterte die Basis für antisozialistische Aktivitäten. Die damals durchgeführte Repressionspolitik verlor teilweise die konkreten gesellschaftlichen Umstände aus dem Blick und wirkte nicht selten willkürlich. Bei den Massen entwickelten sich erste Tendenzen der Schwächung des Vertrauens in die sozialistischen Machtorgane und der Entfremdung von ihnen.

Als ein Beispiel aus dem Bereich der Ökonomie sei hier die schnelle und massenhafte Vergesellschaftung der kleinen Industrie, der Handwerker und des Handels genannt, die ohne Rücksicht auf die historische Situation, nämlich ohne die Möglichkeit, diese Leistungen in ausreichendem Maße gesellschaftlich zu garantieren, durchgeführt wurde. Die ökonomischen Bedingungen waren für diese Maßnahmen noch nicht reif, so dass sie ökonomisch und politisch Schaden anrichteten. Im Resultat rückte das polnische Kleinbürgertum ins Lager der Großbourgeoisie, warf sich also in die Arme der konterrevolutionären Kräfte, und weite Teile

des Volkes waren unzufrieden, weil die Versorgungssysteme nur noch unzureichend funktionierten. Diese Schwierigkeiten führten dazu, dass die Überzeugung, eine angemessene Versorgung sei nur auf der Grundlage des Privateigentums zu garantieren, in der Gesellschaft anwuchs.

Ein weiteres Beispiel waren die manchmal abenteuerlichen Versuche der schnellen und abrupten Vergesellschaftung der Landwirtschaft. Natürlich schuf die Kollektivierung der Landwirtschaft erst die Bedingungen für den sozialistischen Aufbau. Sie wurde aber 1948 bei Fehlen der notwendigen gesellschaftlichen Voraussetzungen, der industriellen Basis und der materiellen Bedingungen, gegen den Widerstand der großen und mittleren Bauern und der Katholischen Kirche bei gleichzeitig nur sehr gering entwickeltem Selbstbewusstsein der neu entstehenden Arbeiterklasse durchgeführt. Bei diesen schlechten Bedingungen musste dieser Versuch in die Niederlage führen. 1955 waren zwar 9790 LPG's entstanden, sie erfassten aber nur 6 % der Bauernfamilien und 8 % der landwirtschaftlichen Fläche Polens. Gleichzeitig wuchsen die Versorgungsschwierigkeiten. Diese Situation kompromittierte die gesamte Idee der sozialistischen Vergesellschaftung. So entstand die Idealisierung der privaten Kleinwirtschaft.

Diese Niederlage, die 1956 auch zu einem Kurswechsel der Partei führte, war der entscheidende Faktor dafür, dass in Volkspolen später die kleinbürgerliche Landwirtschaft die massenhafte Basis für die Wiedergeburt und die Entwicklung bürgerlicher Einflüsse auf allen Seiten der gesellschaftlichen Beziehungen wurde.

Diese Beispiele sind Ausdruck einer kleinbürgerlich-radikalen Anschauung, die einen tiefgreifenden Systemwandel durch formales und technokratisches Vorgehen herbeiführen will, als könne man eine Revolution durch Verwaltungsakte vollbringen. Hier zeigt sich die Tendenz zu einem dogmatischen Opportunismus. Die Herausbildung dieses eigenartigen revolutionären Idealismus, der in grundsätzlichem Widerspruch zum materialistischen Wesen der Theorie der Arbeiterbewegung steht, ist nur zu verstehen als Resultat besonderer Interessen eines Teils der Leitungskader, für die der Sozialismus kein gesellschaftliches Ziel war, sondern Vehikel zur Befriedigung egoistischer und partikularer Interessen. Sie stellten die Realisierung dieser Privatinteressen und Lebensambitionen über die Sache des Sozialismus und verfolgten sie auch auf Kosten der Deformation des sozialistischen Systems. Besonders schädlich daran war, dass diese Fehler sowohl in Hinblick auf die Theorie als auch im Hinblick auf die Praxis einen bürgerlichen, weil individualistischen und partikulären Charakter zeigen. Sie führten zur Kompromittierung des Sozialismus und machten den Weg frei für die Verbreitung bürgerlicher Denkformen und kleinbürgerlicher Verhältnisse.

Trotz dieser Hypothek muss aber festgestellt werden, dass das größte Hemmnis für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus die antisozialistische Offensiv des Imperialismus seit Anfang der 50er Jahre war, die nicht nur den Kalten Krieg mit einer neuen Welle der Militarisierung und militärischen Aufrüstung anheizte, sondern auch zum offenen Krieg in Korea und später in Vietnam überging.

Dadurch wurde für den Sozialismus ein großes militärisches Aufrüstungsprogramm notwendig. Das führte zu Einschränkungen beim Konsum. Der soziale Lebensstandard der Werktätigen stagnierte, ja wurde zum Teil sogar verschlechtert durch diesen äußeren Zwang. Leider führten diese Verhältnisse zu weiterer Unzufriedenheit und zum Schwinden des Vertrauens der Werktätigen in die PVAP.

Im Kaderstamm zeigten sich erste bedenkliche Tendenzen des Opportunismus und des Kapitalantentums. In der öffentlichen Diskussion wurden bürgerliche Tendenzen gefördert, stark unterstützt von den antisozialistischen Zentren, den bürgerlichen Klassenkräften und der Katholischen Kirche.

7. Der Verzicht auf weitere sozialistische Umgestaltungen.

1956 entstand in Volkspolen eine neue politische Situation, die in den Oktoberereignissen kumulierte. Nach dem Tod von Boleslaw Bierut im März 1956 und der kurzen Zwischenepoche mit Edward Ochab kam Wladyslaw Gomulka mit den ihn unterstützenden Kräften der Partei wieder an die Macht. In dieser Zeit wurde die Ebene der Verwaltungskräfte zur entscheidenden Kraft, sie vergrößerte ihre ökonomischen und politischen Privilegien und gewann neue hinzu und drängte die organisierte Kontrolle durch die Werktätigen im Produktions- und Verteilungsprozess zurück.

Es entbrannte ein harter Kampf zwischen diesen im Wesen probürgerlichen Kräften und den revolutionären, aber schlecht organisierten Kräften, die Schritt für Schritt aus den wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungszentren hinausgedrängt wurden. Die opportunistischen und in Wirklichkeit antisozialistischen Kräfte nutzten ihre Positionen in Staat und Wirtschaft auch zu großen Provokationen (z.B. der Poznan-Aufstand im Juni 1956), um ihre Position zu festigen und die von ihnen als dogmatisch und konservativ verunglimpften revolutionären Kräfte zu schwächen.

So wurden diese Leute auf die Dauer zur uneingeschränkt führenden und bestimmenden Macht, die ihre egoistischen und partiellen Ziele, ihre individuellen Bedürfnisse und Interessen als das Sozialismusprogramm und als die Bedürfnisse und Interessen der ganzen Gesellschaft ausgaben.

Unter diesen Bedingungen wurden nach 1956 unter dem Etikett „Erneuerung“ und „Demokratisierungsprozess“ und mit der Losung der Bewältigung der „Fehler der Vergangenheit“ und des „Stalinismus“ nur der Prozess der Festigung der Privilegien der Verwaltungsschicht betrieben, den ideologischen Einflüssen der Bourgeoisie Tür und Tor geöffnet und der revolutionäre Aufbau gehemmt. Das Wachstum der Produktion verlangsamte sich, die Wirtschaft stagnierte, die Arbeitsproduktivität stieg nicht mehr an und die landwirtschaftliche Produktion fiel hinter die Nachfrage zurück.

Die Probleme und Widersprüche beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zeigten sich nun in der Periode von 1956 bis 1970 sehr deutlich und die veränderten Kräfteverhältnisse in Polen nach 1956 taten das Ihrige dazu.

Alle nicht aufgelösten sozialen Widersprüche verschärften sich, es kam zur Verminderung des Lebensniveaus der Werktätigen und vor allem der Arbeiterklasse. Weiter oben habe ich schon erwähnt, dass die neue (alte) PVAP-Führung unter W. Gomulka Ende 1956 die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufgelöst hatte. Auch andere sozialistische Aufbauprojekte wurden behindert oder gestoppt, was zielstrebig zur Entwicklung und Verstärkung der Elemente kapitalistischer Entwicklung im vergesellschafteten Sektor der Wirtschaft und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führte.

Mit entscheidend für den späteren Sieg der Konterrevolution war, dass W. Gomulka zur Realisierung seiner Politik die Unterstützung der Katholischen Kirche und insbesondere ihrer

Hierarchie brauchte und sie zum Preis breiter materieller Privilegien der Kirche und der Verankerung der kirchlichen Positionen im öffentlichen Leben auch bekam.

Während dieser Prozesse kam es zu Verbindungen der leitenden Gruppen der Verwaltungsschicht mit den Zentren der internationalen Konterrevolution, mit den oppositionellen Zentren im sozialistischen Lager und mit der antisozialistischen Opposition im eigenen Lande. Die konterrevolutionären Kräfte hatten ihre antisozialistischen Ziele nie aufgegeben und nutzten nun die verbesserten Bedingungen für eine neue Offensive.

Nach den Blutereignissen im Dezember 1970 in Gdansk und in anderen polnischen Küstenstädten an der Ostsee zog die leitende Schicht ihre Unterstützung von W. Gomulka ab, der in ihren Augen die prokapitalistischen Veränderungen nur halbherzig und zu zögerlich zugelassen hatte und setzte auf die Gruppe um Edward Gierek, der die Ziele und Interessen dieser Schicht von Anfang an vertreten hat und sie nun drängte, die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Kräften weiter aufzuweichen und dafür die Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern zu vertiefen und zu verfestigen.

Damit wurde die weitere Entwicklung des Landes zu einem bedeutenden Teil auf westliche Kredite aufgebaut. Das brachte nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine staatspolitische und staatsfinanzielle Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital mit sich, die sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auswirkte. Das zeigte sich u.a. in einer voluntaristischen Investitionspolitik, im unverhältnismäßigen Import von Produktionsmitteln und vor allem Konsumgütern, außerdem von Futtermitteln für die Landwirtschaft, was zu einem Anwachsen der Schulden und einem Verkümmern einiger Sparten der eigenen Produktion führte.

Das Ergebnis war, dass der Lebensstandard, begründet auf ausländischen Krediten, zunächst spektakulär anwuchs, es aber 1976 zum Zusammenbruch dieser abenteuerlichen Wirtschaftspolitik kam. Die Kreditfinanzierung hatte in die Sackgasse geführt und die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen mussten in der folgenden Periode hart für diese voluntaristische Politik bezahlen.

Es kam natürlich zur Schwächung der Planwirtschaft und zu einer Vergrößerung der Spontaneität und Unplanbarkeit der Wirtschaftsprozesse, die Arbeitsproduktivität in der eigenen Industrie und in der Bauwirtschaft sank, die Schwierigkeiten der Energieproduktion vergrößerten sich, es kam zu wachsenden Mängeln in der landwirtschaftlichen Produktion, die Schere zwischen Angebot und Nachfrage vergrößerte sich, Spekulation und Inflation entwickelten sich, die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten nahm riesige Ausmaße an. Dazu verschärften sich die Disproportionen in allen Wirtschaftsbereichen.

Offiziell hielt man an der Deklaration der Planwirtschaft fest, tatsächlich aber wurde sie zu einem System des „offenen Plans“ umgestaltet, was zu einem Zurücktreten der Gesetze der sozialistischen Ökonomie führte.

Anfang 1980 war das Land mit ca. 20 Mrd. US-Dollar verschuldet.

Alles dies führte zu einer Vergrößerung der Unzufriedenheit bei den Arbeitern und den anderen Werktätigen, was sich in den Massenstreiks 1976 und vor allem 1980 zeigte. Diese Proteste sind leider – wegen des Mangels einer wirklich revolutionären Kraft in Polen – nicht in eine prosozialistische, sondern in eine prokapitalistische Richtung gesteuert worden.

Die Politik Edward Giereks führte zu schnellerer und tieferer sozialer und ökonomischer Differenzierung. Die privilegierten leitenden Schichten festigten ihre Position, wurden, indem sie den sozialistischen Sektor der Wirtschaft zu ihrem Hauptmacht- und Ausbeutungsinstrument machten, zum kollektiven Ausbeuter der arbeitenden Mehrheit der Gesellschaft. Gleichzeitig wurde der Einfluss der Werktätigen in den Volksvertretungen, den Gewerkschaften und den Betrieben zurückgedrängt.

Die leitende privilegierte Schicht entwickelte sich Schritt für Schritt zu einer Parasitenschicht, die kein Interesse mehr an der Egalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Ausbau des sozialistischen Sektors hatte. Diese Entwicklung war die wichtigste Grundlage für die wachsende Kluft zwischen dieser Schicht und der Mehrheit der Werktätigen. Und die weiteren wirtschaftlichen „Reformen“ vergrößerten diese Kluft nur noch.

Alle diese Prozesse der Entwicklung von kapitalistischen Verhältnissen im Schoß des sozialistischen Sektors unterstützten die Entwicklung und die Aktivitäten der antisozialistischen Kräfte, was sich auch in den verstärkten Aktivitäten der Katholischen Kirche zeigte. In den 70er Jahren entstanden Tausende neue und prächtige Kirchen und Kapellen sowie andere Kirchenobjekte - auch in den aktuellen Neubauprojekten. Im Oktober 1978 wurde Kardinal Karol Wojtyla aus Krakau als Papst gewählt, was das Gewicht der Katholischen Kirche in Polen radikal vergrößerte und es ihr möglich machte, in die offene Konfrontation mit dem (noch) sozialistischen Staat zu gehen.

Das alles begünstigte natürlich die weitere Ausbreitung der (klein-)bürgerlichen Ideologie. Die oberste Parteileitung ignorierte die Gefahren, die von der antisozialistischen Opposition ausgingen. Teile der Parteileitung arbeiteten eng mit der parasitären leitenden Schicht zusammen bzw. waren mit ihr identisch, dies gesamte Milieu hatte enge Verbindungen zu den politischen Zentren des internationalen Kapitals. Die Repräsentanten dieser Politik verhielten sich zunehmend nationalistisch, antisowjetisch und antisozialistisch.

Die Folgen dieser Politik lasteten schwer auf den Schultern der Werktätigen. Ende der 70er Jahre war die Situation krisenhaft zugespitzt und die leitende Schicht unternahm nichts mehr zur Verteidigung der sozialistischen Verhältnisse, stattdessen bemühten sich leitende Repräsentanten dieser Gruppe um direkte Kooperation mit dem antisozialistischen Lager. Sie wollten den Sozialismus nicht mehr verteidigen, weil sie ihn inzwischen schon nicht mehr als eigenständiges und schon gar nicht mehr als ihr System betrachteten.

So waren Ende der 70er Jahre Bedingungen entstanden, die den offenen Versuch der Liquidierung der Grundlagen des Sozialismus, wie sie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden waren, möglich machte.

Diese Entwicklung wurde sehr begünstigt durch die Verschiebung der weltweiten Kräfteverhältnisse zwischen Sozialismus und Kapitalismus. In den USA und in Großbritannien waren die Kräfte des Neoliberalismus und des Neokonservatismus an die Macht gelangt und drängten zur offenen Konfrontation mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.

Damit hatte die letzte Etappe des Kampfes um den Sozialismus nicht nur in Polen, sondern auch in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern angefangen.

8. Die offene und die verdeckte Konterrevolution

Im Sommer 1980 hatten sich zwei politische Zentren der Konterrevolution in Polen entwickelt – das Zentrum der offenen Konterrevolution und das Zentrum der verdeckten Konterrevolution, die zwar unterschiedliche taktische Wege beschreiten wollten, die aber eindeutig das gleiche Ziel hatten: den Sturz des Sozialismus und die vollständige Rückkehr zum Kapitalismus.

Die offene Konterrevolution war stark und breit. Das waren zum einen die Kräfte der anti-sozialistischen Opposition, die niemals seit 1945 dem Sozialismus zugestimmt hatte und in jeder Periode der Entwicklung Volkspolens nach günstigen politischen und ideologischen Ausgangspunkten suchte, um ihre Aktivitäten zu entfalten. Neben diesen echten Klassenfeinden gab es zum anderen die „Konjunkturalisten“, die in der letzten Phase zum Klassenfeind übergelaufen sind. Diese letzteren besaßen noch Verbindungen zu Repräsentanten der leitenden Schicht, was die Situation für die prosozialistischen Kräfte zusätzlich erschwerte.

Dieses Lager der offenen Konterrevolution umfasste die Reste der alten Eigentümerklasse und ihrer Klientel, die Mehrheit der katholischen Hierarchie und der Priester, die Reste der früheren Untergrundbewegung gegen den Aufbau des Sozialismus, die Ende der 40-er Jahre eine breite Amnestie bekommen hatte, außerdem oppositionelle Elemente, alte und junge, die aus der leitenden Schicht rekrutiert worden waren.

Alle diese Gruppierungen hatten 1980 enge nichtoffizielle und zum Teil sogar offizielle Verbindungen zu unterschiedlichen politischen Kreisen des internationalen Kapitals, - zum Teil unter dem Deckmantel kultureller und wissenschaftlicher Organisationen und Institutionen.

Das zweite Zentrum der Konterrevolution ist direkt im Schoß der leitenden, privilegierten Schicht entstanden und hat zum Schluss seine konterrevolutionären Aktivitäten mit der lügnerischen Losung von der „Erneuerung und Verbesserung des Sozialismus“ und von der „Verteidigung des Sozialismus und der Unabhängigkeit“ (gemeint war die von der Sowjetunion, nicht die vom internationalen Finanzkapital) bemäntelt. Dies zweite Zentrum der Konterrevolution propagierte eine schrittweise und „friedliche“ Rückkehr Polens zum Kapitalismus bei gleichzeitigem Erhalt der sozialen Errungenschaften des Sozialismus. Die Hauptkräfte dieses Lagers waren Gruppen im Zentralkomitee der PVAP, in der polnischen Armee, in der Polizei und im Sicherheitsapparat unter Führung von General Wojciech Jaruzelski, der langjähriger Verteidigungsminister und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP war.

Mit dem Wachstum der Krise 1981 wurde General W. Jaruzelski schnell Ministerpräsident, dann Erster Sekretär der PVAP und, nach Ausrufung des Ausnahmezustandes und des Kriegsrechts am 13. 12. 1983 Vorsitzender des militärischen Rates der nationalen Rettung.

Dieses Lager unterhielt enge und vielfältige Kontakte zur antisozialistischen Opposition und zu kapitalistischen Kräften im Ausland.

Beide Zentren der Konterrevolution hatten gemeinsame antisozialistische Ziele bei differierenden strategischen und taktischen Absichten. Die offene Konterrevolution wollte ihre Ziele sofort erreichen und unmittelbar zu gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie im Vorkriegspolen geherrscht hatten, zurückkehren. Die verdeckte Konterrevolution wollte ihre im System Volkspolens gewonnenen Privilegien erhalten und langsamer, Schritt für Schritt, ihre Absichten realisieren, dies auch unter Beachtung der komplizierten internationalen Situation.

Beide Zentren hatten noch nicht die Macht und mussten deshalb zunächst die Bevölkerung gegen den Sozialismus aufhetzen und auf ihre Seite bringen.

Dies versuchte die verdeckte Konterrevolution durch die weitere Deregulierung der Wirtschaft und der Märkte, durch Verschärfung des Mangels in der Versorgung, durch Mängel bei Infrastruktur und z.B. Stromversorgung und durch wachsende Inflation.

Die offene Konterrevolution, vor allem „Solidarnocs“, agierte mehr auf der ideologischen Schiene: Lügenlosungen und falsche Parolen wie: „Sozialismus ja – Deformierung nein!“, „Mehr Demokratie!“, „Wir wollen echten Sozialismus!“ usw. wurden Allgemeingut. Das wichtigste aber waren die von der offenen Konterrevolution durch „Solidarnocs“ inszenierten Massenstreiks, das Organisieren von Demonstrationen, Unruhen, das Vergrößern der Instabilität des Lebens in allen Bereichen.

All dies zusammengenommen, dazu Parolen von der „Unmenschlichkeit des Kommunismus“ und das Schüren der Illusion, der Kapitalismus sei das bessere System, brachten die Massenbewegung auf das falsche Gleis und das Fehlen einer wirklichen revolutionären Kraft machte es möglich, dass sie sich zu einer offen konterrevolutionären Bewegung entwickelte.

Die Ereignisse von 1980 eröffneten die erste Etappe der offenen Wiederherstellung des Kapitalismus und die letzte Phase Volkspolens. In dieser Zeit sammelten sich die führenden Zentren der Konterrevolution um den General W. Jaruzelski. Der General und seine Gruppe hatten alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel sowie die Medien in der Hand. Nur durch die dauerhafte Tolerierung und Unterstützung durch diese Kreise war es möglich geworden, dass die antisozialistische Opposition in den Jahren 1980/81 zu einer konterrevolutionären Massenbewegung anwachsen konnte. Die gemeinsame Strategie der beiden konterrevolutionären Zentren führte zu einer Schwächung der sozialistischen Machtorgane, zum Rückgang der wirtschaftlichen Produktion, zur Diskreditierung des Sozialismus im Innern sowie in der sozialistischen Gemeinschaft. „Solidarnocs“ organisierte Massenstreiks und Blockaden ohne Ende, desorganisierte den Außenhandel und schürte durch ihre Veröffentlichungen den Antisowjetismus und den Antikommunismus. Parallel dazu organisierte die Katholische Kirche mittels ihres Gemeindefeldes Initiativen zum antisozialistischen Kampf gegen den noch sozialistischen Staat.

Die verdeckte Konterrevolution bekämpfte gleichzeitig die Reste der prosozialistischen Kräfte, terrorisierte und isolierte die geschwächten und desorganisierten Kommunisten und wehrte die Gefahr, die der Konterrevolution von außen, d.h. von der Sowjetunion hätte drohen können, ab. Alles zusammen versetzte dem sozialistischen System in Polen folgenschwere Stöße, von denen es sich im Laufe der 80er Jahre nicht mehr erholte.

Im Dezember 1981 ist in Polen der Ausnahmezustand und das Kriegsrecht verhängt worden. Das war das Resultat der Verschärfung des Konflikts zwischen den beiden konterrevolutionären Zentren. Die offene Konterrevolution im Rahmen von „Solidarnocs“ wollte schnell bzw. sofort zur „zweiten Etappe“ übergehen, da sie im Herbst 1981 Einfluss und Positionen in der unzufriedenen Arbeiterschaft verloren hatten und weil sie die Formierung der prosozialistischen Kräfte, z.B. des „Kattowitzer Forums“ fürchtete. Die Extremisten von „Solidarnocs“ wollten direkt zum Kampf um die Macht übergehen. Das hätte die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschworen und zu Konflikten mit den sozialistischen Nachbarstaaten geführt. Für die

Konterrevolution wäre damit die Gefahr entstanden, in ihren Entwicklungsbedingungen empfindlich gestört, wenn nicht gar liquidiert zu werden.

In der Folge des Ausnahmezustandes hat die Gruppe um W. Jaruzelski die volle Macht an sich gerissen. Die offene Konterrevolution ist geschwächt worden, ihre Führer wurden interniert, aber als Bewegung ist sie nicht vernichtet worden. Das war nicht Ziel der Gruppe um Jaruzelski. Die offene Konterrevolution war durch das Kriegsrecht – bildlich gesprochen – eingefroren und wartet unter zugegebenermaßen unkomfortablen Bedingungen auf bessere Zeiten, wie sie schon Mitte der 80er Jahre kommen sollten. Denn da fand der Machtwechsel in Moskau statt. Auch die verdeckte polnische Konterrevolution hatte auf eine politische Wende in der Sowjetunion gewartet und gehofft. Sie kam mit der Wahl Michael Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU im Jahre 1985. Gorbatschow schlug eine ähnliche Richtung ein wie Jaruzelski und seine Gruppe, und nach fünf Jahren hatten sie ihre Arbeit geschafft: das Ende des Sozialismus in Polen. Volkspolen war ein Eckstein des Fundamentes der sozialistischen Gemeinschaft, der Ausbruch Polens war eine von mehreren Bedingungen für den Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR, in der CSSR und in den anderen sozialistischen Staaten Europas sowie – letztendlich – Anfang der 90er Jahre in der Sowjetunion.

9. Die Restauration der bürgerlichen Herrschaft in Polen

Die Zeit des Ausnahmezustandes (1982-1983) und die letzten Jahre Volkspolens bis 1989 wurden nur formal und nach außen hin für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und für die Stärkung des Sozialismus in Polen genutzt. Tatsächlich wurden weitere Privilegien für die führende Schicht durchgesetzt. Die „Reformen“ dienten nur der weiteren Schwächung des sozialistischen Wirtschaftssektors bis hin zu seiner teilweisen Vernichtung. Die Hauptrichtung dieser „Reformen“ war nämlich die Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel. Die von leitenden Mitgliedern der privilegierten Schicht übernommen wurden. Das kompromittierte in den Augen der Massen nicht nur diese Leute, sondern auch die gesamte Idee des Sozialismus.

In dieser letzten Zeit Volkspolens gab es eine hohe Inflationsrate, Krisen in den Sozialsystemen und im wirtschaftlichen Bereich mit der Folge, dass die Lebensmittel rationiert werden mussten. Die Planwirtschaft war am Ende, sie war zu Tode „reformiert“ worden. Der Energiemangel war chronisch, die Relationen zwischen den verschiedenen Abteilungen der Produktion stimmten schon lange nicht mehr, Mangel herrschte. So kam es zu neuen Streikwellen, was illegale Aktivitäten von „Solidarnocs“ ermöglichte. Zwar war „Solidarnocs“ offiziell verboten, aber bei den Massen wuchs ihre Heldenaura und die Illusionen und Hoffnungen schossen nur so ins Kraut. Die Katholische Kirche verbreitete die „Lehre“ von der christlichen Gewerkschaft, die die Interessen der Werktätigen besser vertrete als die staatlichen Gewerkschaften. Der offizielle Papstbesuch in Polen hat bei der Aktivierung der neuen Zentren der Konterrevolution eine große Rolle gespielt.

1988 haben prominente Mitglieder der Jaruzelski-Gruppe dann verdeckte Gespräche mit Lech Walesa über ein Abkommen mit der „Solidarnocs“. Diese Gespräche wurden vom Minister des Inneren, General Cz. Kiszczak, organisiert, vorbereitet wurden sie u.a. auch von Bischöfen der Katholischen Kirche und vom Papst selbst. Der so genannte „Runde Tisch“ (Februar bis April 1989) war dann eine offizielle Etappe dieser Gespräche der Konterrevolutionäre, die schon über Monaten auf eine solche günstige Gelegenheit gewartet und sie vorbereitet hatten.

Der „Runde Tisch“ war in Wirklichkeit ein Abkommen zwischen beiden Flügeln der Konterrevolution zur Vernichtung der Reste von Volkspolen und zur Machtverteilung zwischen ihnen. Der „Runde Tisch“ hat dann die politischen und organisatorischen Grundlagen geschaffen für die offizielle Einführung kapitalistischer Strukturen in der Wirtschaft sowie im politischen System. In der Folge wurde das neue Wahlgesetz, die Verfassungsänderung und die Legalisierung von „Solidarnoc“ beschlossen. Am 4. April 1989 haben in Polen Parlamentswahlen stattgefunden, bei denen die Wähler den Vertretern der offenen Konterrevolution eine entscheidende Mehrheit verschafft haben. Sie hielten die Vertreter dieses Flügels für weniger gefährlich als die Vertreter der leitenden privilegierten Schicht, die bis zum Ende hin offiziell die sozialistische Phraseologie beibehielt. Der „Runde Tisch“ sowie die Parlamentswahlen wurden als Urteil gegen den Sozialismus und gegen Volkspolen gewertet und dieses Datum muss nun als Ende des polnischen Volksstaates angesehen werden.

Auf dieser politischen Basis ist im September 1989 eine neue, „erste nichtkommunistische“ Regierung von Tadeusz Mazowiecki entstanden, die von der PVAP-Fraktion im Parlament einmütig unterstützt wurde. General W. Jaruzelski ist aus der PVAP ausgetreten und von der Parlamentsversammlung mit der Mehrheit einer Stimme als Staatspräsident („aller Polen“!!!) gewählt worden. Mieczyslaw F. Rakowski wurde der letzte Erste Sekretär der PVAP, die noch bis Ende Januar 1990 bestand.

Unter Mazowieckis Regierung hat die Bourgeoisie in Polen offiziell die Macht übernommen. Schnell wurden „Reformen“ unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister L. Balcerowicz durchgeführt, die in der Wirtschaft und im sozialen Bereich die Einführung des Kapitalismus bedeuteten. Polen wurde damit vollständig abhängig von den Zentren des internationalen Kapitals, zum Beispiel des Internationalen Währungsfonds, der EU, der NATO sowie von einzelnen imperialistischen Staaten wie den USA, der BRD usw. Diese „Reformen“ führten in Polen schnell zu tiefen sozialen und ökonomischen Unterschieden und zu einer hohen Arbeitslosigkeit. Die frühere Volksrepublik Polen war nun umgestaltet zur „Republik Polen“, einem armen, verschuldeten Randgebiet Europas.

Die Niederlage des Sozialismus in Polen hat unterschiedliche innere und äußere Ursachen, die man in fünf Punkten zusammenfassen kann:

Die Arbeiterklasse war von Anfang an eine schwache Kraft. Sie wuchs zwar im Aufbau des Sozialismus, blieb politisch aber eher indifferent bzw. ambivalent. Sie unterstützte die sozialistischen Ziele nur begrenzt: sie begrüßte zwar die sozialen Errungenschaften, blieb politisch aber sehr zurückhaltend. Die polnische Arbeiterklasse war in Klassenkämpfen nicht erfahren, hatte nur geringe revolutionäre Traditionen und stand zu großen Teilen unter dem ständigen ideologischen Einfluss der bürgerlichen Zentren und vor allem der Katholischen Kirche. Und auch die Bauernschaft (insbesondere die „Mittelbauern“) unterstützte den Sozialismus nicht vorbehaltlos, sondern bildete vielmehr eine breite Basis für kleinbürgerliche Ideen, Vorurteile und konterrevolutionäres Verhalten.

Die Mehrheit der polnischen Intelligenz stand unter dem Einfluss bürgerlicher und zum Teil sogar romantisch verklärter adelig-klerikaler Ideale. In Volkspolen war diese Schicht unzufrieden wegen des Verlustes ihrer bevorzugten Stellung gegenüber der Arbeiterklasse. In der Stunde der Entscheidung hat sie das kapitalistische Lager unterstützt. Der Einfluss der neu

entstandenen Arbeiter- und Bauernintelligenz blieb begrenzt und wurde schnell an den Rand gedrängt.

Die neue Bourgeoisie verfolgte eine raffinierte und zielstrebige antisozialistische Politik. Die wichtigste Rolle spielten dabei die Kräfte aus der Partei- und Staatsbürokratie.

Zu den Außenursachen muss man natürlich das internationale Kapital rechnen, vor allem in Gestalt des US-Imperialismus, der nie seine konterrevolutionären Pläne gegen den Sozialismus aufgegeben hat. In Polen traf er auf sehr günstige historische, internationale, geopolitische, wirtschaftliche, politische und konfessionelle Bedingungen, die die konterrevolutionären Kräfte begünstigten. Das fremde Kapital im Land war immer eine materielle und politische Basis für jede innere Opposition und schließlich für die Konterrevolution. Zu diesem Lager zählt neben dem US-Imperialismus natürlich auch der BRD-Imperialismus sowie die Hierarchie der Katholischen Kirche und der Papst.

Eine weitere Außenursache für die Niederlage des Sozialismus und den Sieg der Konterrevolution war die Politik der leitenden privilegierten Schicht der Sowjetunion, die mit Michael Gorbatschow einen Generalsekretär stellte, der den Sozialismus und die KPdSU systematisch zerstörte. Die zielstrebigsten Deformationen des Sozialismus in der Sowjetunion wurden als neue Politik und zukunftsweisende Reform in Polen kopiert, ebenso – natürlich in unterschiedlicher Form – in den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Das war die Hauptursache der Niederlage jeder einzelnen Partei sowie der gesamten sozialistischen Gemeinschaft

10. Resümee

Heute, 17 Jahre nach dem Sieg der Konterrevolution gegen Volkspolen, sieht man deutlich alle positiven wie negativen Inhalte der Anfänge des Sozialismus, ebenso die Folgen seiner Niederlage und der Einführung des Kapitalismus.

Zwischen 30 % und 50 % der Arbeitsplätze in Polen sind durch die Privatisierungen und vor allem durch den Verkauf an ausländische Investoren verloren gegangen. Offiziell sind rund 3 Millionen Menschen arbeitslos. Man muss aber etwa 1,5 Millionen verdeckte Arbeitslose auf dem Lande dazuzählen.

Eine dünne bürgerliche Klasse ist entstanden und ein breites Kleinbürgertum. Die Arbeiterklasse wurde wieder proletarisiert und hat ihre politische und wirtschaftliche Subjektivität verloren. Sie ist Objekt brutaler und vielseitiger Ausbeutung.

Tausende industrieller Betriebe und ganze Wirtschaftszweige wurden vernichtet, die Republik Polen wurde zu einem Randgebiet Europas umgestaltet und als solches am 1. Mai 2004 in die EU aufgenommen. 1980 war Polen mit 20 Mrd. US-Dollar verschuldet, heute belaufen sich die Schulden auf 120 Mrd. US-Dollar. Mehr als 60 % der Industrie und mehr als 80 % der polnischen Finanzen sind unter Kontrolle ausländischen Kapitals.

Seit 1999 ist Polen Mitglied der NATO und ist damit gezwungen, die aggressive imperialistische Politik der USA und anderer imperialistischer Staaten zu unterstützen. So muss Polen auch militärische Kontingente nach Afghanistan und in den Irak schicken.

Die polnische Arbeiterbewegung ist vollständig zerfallen, die Bourgeoisie triumphiert und hält die Macht in den Händen. Die Illusion vom kapitalistischen Paradies („Kapitalismus mit

menschlichem Antlitz“) ist zerplatzt. Die Werktätigen empfinden den neuen Aufbau als unmenschlich.

Viele Arbeiter und Arbeitslose betrachten den Sozialismus jetzt als eine Zeit des Wohlstandes und der Gerechtigkeit, in den Reihen der jungen Generation wachsen förmliche „Himmellegenden“ über den Sozialismus. Sie sind enttäuscht von den neuen Eliten, die ihren Ausgangspunkt bei „Solidarnoc“ hatten. Bei den letzten Parlamentswahlen im September 2005 sind nur 41,5 % der Wähler zur Wahl gegangen.

Die Mehrheit der Bevölkerung zeigt heute eine große Distanz und zum Teil tiefe Kritik am aktuellen wirtschaftlichen und politischen System. Die alte Generation der Arbeiter schämt sich für ihr Engagement gegen den Sozialismus und die jüngere Generation sucht eine Verbesserung der eigenen Lage durch Emigration. Die Unzufriedenheit hat zu neuen Streikwellen im Land geführt, - jetzt gegen die kapitalistischen Ausbeuter.

Unter dem Namen „Dritter Weg“ hat sich inzwischen eine neue Opposition formiert, daraus kann eventuell ein Schritt weiter zu einer antikapitalistischen und prosozialistischen Bewegung werden und sich im Rahmen des vereinten Europa weiter entwickeln. Viele junge Leute suchen Unterstützung in den Reihen der Kommunistischen Partei Polens.

Das Rad der Geschichte dreht sich weiter, der Klassenkampf entwickelt sich in zum Teil alten, zum Teil neuen Formen.

4. April 2006, Zbigniew Wiktor, Wrocław, Polen

Literatur:

- A.- Czubinski, W. Olszewski, Historia powszechna 1939-1997, Posnan 1999;
 Polska i Polacy po II wojnie swiatowej (1945-1989). Posnan 1998;
 Historia powsechna, t. Warszawa 1975;
 N. Kolomejczyk, B. Syzdek, Polska w latach 1944-1949. Zarys historii politycznej. Warszawa 1968;
 25 lat gospodarki Polski Ludowej. Praca zbiorowa pod red. K. Secomskiego. Warszawa 1969;
 Miedzynarodowy ruch komunistyczny; t. 2, lata 1945-1975. Warszawa 1976;
 W. Roszkowsky, Historia Polski 1914-2001. Warszawa 2002;
 System polityczny Rzeczypospolitej Polskiej. Praca zbiorowa pod red. H. Lisickiej. Wrocław 2005;
 Polski ruch robotniczy. Zarys historii. Pod red. A. Czubinskiego. Wyd. II. Warszawa 1974;
 W. Wolczew, Artykuly „Opiniach Krytycznych“ – Pismo lewicy. Katowice, Nr. 1-4, 1992/1993;
 Wielka Encyklopedia Powszechna PWN. Haslo: Polska, t. 9, Warszawa 1967;
 Nowa Encyclopedia Powszechna PWN. Haslo: Polska, t. 5. Warszawa 1996;
 „Brzask“ – Pismo Komunistycznej Partii Polski; Roczniki 1992-2006;
 Deklaracja ireowo-programowa Związku Komunistow Polskich „Peoletariat“. Katowice 1994;
 Rocznik statystyczny 1981. Warszawa 1981;
 Malý rocsnik statystyczny 2005. Warszawa 2005;
 M. Rakowski, Przemiany i szanse socjalizmu. Warszawa 2004

Michael Opperskalski: Imperialistische Diversionsstrategien gegen die DDR ²⁵⁴

Die Thematik des von mir vorbereiteten Referats ist äußerst komplex, vielschichtig und umfangreich. Daher sei es mir gestattet, mit einigen – aus meiner Sicht notwendigen – Vorbemerkungen zu beginnen, deren Aufgabe es ist, an die Thematik heranzuführen.

Die DDR lag an der Schnittstelle zwischen Sozialismus – resp. sozialistischem Weltsystem – und Imperialismus. Anders formuliert: die DDR war der vorgeschobenste Posten des Sozialismus in Europa und grenzte zudem an einen schon damals besonders aggressiven, chauvinistischen und ökonomisch potenten Imperialismus – den der BRD. Entsprechend scharf verlief als Konsequenz hieraus auch die Systemauseinandersetzung, in der von Seiten des Imperialismus – insbesondere natürlich des BRD-Imperialismus – **alle (!)** Mittel angewandt wurden, um die sozialistische DDR zu zersetzen, zu erdrosseln und zu zerschlagen. Eine besondere Schärfe verlieh der Systemauseinandersetzung auch die Tatsache, daß die DDR im sozialistischen Weltsystem hinsichtlich ihrer politischen, ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung eine herausragende Position einnahm. Damit hatte jede zersetzende Strategie gegen die DDR zugleich auch die Zielsetzung eines Dominoeffektes für das gesamte sozialistische Lager.

Das bedeutet jedoch ganz konkret, daß sich gerade die DDR während ihres gesamten 40jährigen Bestehens mit der ganzen Breite der Klaviatur imperialistischer Diversion auseinandersetzen mußte. Daraus ergibt sich in Konsequenz, daß wir es vor allem auch mit einer äußerst umfangreichen Thematik zu tun haben, deren detailgetreues Nachzeichnen den Umfang eines Referates oder Aufsatzes sprengen würde. Selbst ein viele Seiten schweres Buch könnte den ungeheuren Umfang imperialistischer Diversion gegen die DDR nur schwer fassen. Mein Referat erhebt also keineswegs auch nur ansatzweise den Anspruch auf Vollständigkeit. Zudem kommt hinzu, daß manche Fragen auch heute noch erst in Ansätzen beantwortet oder andere (noch) nicht in ihrer ganzen Komplexität ausgeleuchtet werden können. Es fehlt immer noch ein ganzen Stück Recherche und es fehlen vor allem auch noch Aussagen wichtiger Zeitzeugen, insbesondere von Genossinnen und Genossen aus der DDR, die z.B. in wichtigen staatlichen Organen oder der SED tätig waren und sich mit den imperialistischen Diversionsstrategien und ihren Folgen und Konsequenzen beschäftigen mußten. Vielleicht ist diese Konferenz also auch Anregung, sich mit dieser Thematik weiter zu beschäftigen, weiter zu recherchieren? Ich würde mich freuen.

Damit sind aber zugleich auch die Grenzen meines Vortages vorgegeben: ich kann und werde lediglich Beispiele imperialistischer Diversion herausgreifen, um zum einen die unterschiedlichen imperialistischen Strategien zu verdeutlichen, zum anderen aber auch einige Erklärungen für den – zeitweiligen – Sieg der Konterrevolution (nicht nur) in der DDR aufzuzeigen.

²⁵⁴ Aus: „offen-siv“ (Hrsg): „Auferstanden aus Ruinen – Über das revolutionäre Erbe der DDR“, Protokollband der gleichnamigen Veranstaltung von „offen-siv“ am 20./21. November 1999 in Berlin; Eigenverlag offen-siv, Hannover Jan. 2000, S. 106-139

Revisionistische Entwicklungen waren und sind immer Einfallstore für imperialistische Diversionsstrategien. Damit bekommt mein Vortrag eine Reihe wichtiger Anknüpfungspunkte an das Referat des Genossen Kurt Gossweiler, der sich mit der Entwicklung des Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung beschäftigen wird. Zum Teil bedingen Revisionismus und imperialistische Diversion einander, wobei Revisionismus bzw. Vertreter des Revisionismus immer auch verschiedene Rollen – jeweils entsprechend der historischen Situation – spielten bzw. spielen. Es gab immer wieder revisionistische Positionen, die, subjektiv ehrlich, vorgaben, die Entwicklung des Sozialismus vorantreiben zu wollen, objektiv jedoch den Strategen des Imperialismus in die Hände arbeiteten. Und es gab natürlich immer auch revisionistische Positionen, die direkt und gewollt darauf abzielten, den Sozialismus und seine Grundpfeiler zu zerschlagen und ihn etwa durch einen “demokratischen Sozialismus”, einen “Dritten Weg” oder einen “Sozialismus mit menschlichem Antlitz” mit oder ohne “Perestroika” und “Glasnost” zu ersetzen. Die Spannbreite ist also recht breit und die Übergänge der unterschiedlichen Schattierungen des Revisionismus fließend. Gleiches gilt natürlich für deren Vertreter: da gibt es “kritische Kommunisten” und solche, die sich später dann offen als Sozialdemokraten outen und es gibt “Kritiker”, die nicht oder zu spät merken, daß ihre Tätigkeit imperialistischen Strategen nutzt und sie in diesem Sinne auch benutzt werden. Aber es gibt auch solche, die nach außen hin revisionistische und reformistische Positionen vertreten, in Wahrheit aber bewußt mit imperialistischen Sonder- und Geheimdiensten zusammenarbeiten oder gar in ihrem Auftrag den Sozialismus von innen heraus zersetzen sollen. Oder es gibt wiederum andere, die als “kritische Kommunisten” begannen und als Verräter im Dienste der CIA, des BND, des israelischen MOSSAD oder des englischen MI6 endeten. Auch hier sind die Übergänge also fließend und die Analyse der Rolle des Revisionismus bzw. seiner Vertreter im konzeptionellen Rahmen imperialistischer Diversionsstrategien macht eine differenzierte Bewertung notwendig, ohne jedoch die Eingangsaussage verwischen zu wollen und zu dürfen, daß die imperialistischen Diversionsstrategien in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern einer revisionistischen Entwicklung bedurften, um erfolgreich sein zu können. Damit wird der Kampf gegen den Revisionismus und Opportunismus – gleich welcher Schattierung – für die Kommunisten und ihre Partei zum entscheidenden Instrument im Kampf gegen den Imperialismus. An dieser Stelle sei deshalb Lenin zitiert: *“Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.”*⁽²⁵⁵⁾

Zum Schluß meiner Vorbemerkungen sei noch erwähnt, dass ich im folgenden eine Reihe von Originaldokumenten recht umfangreich zitieren werde, nicht, um die Zuhörer und Leser zu erschlagen, sondern um Entwicklungen zu verdeutlichen und anhand von – manchmal inzwischen leider vergessenen – Dokumenten zu erläutern und/oder zu belegen.

Doch nähern wir uns jetzt dem mir vorgegeben Thema.

²⁵⁵ W.I. Lenin, “Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus”, Ausgewählte Werke, Bd. II, Frankfurt/Main 1970, S.766 ff.

Was verstehen wir unter imperialistischer Diversion?

Blättert man im *“Kleinen Politischen Wörterbuch”*, so findet man zunächst folgende, recht knappe Erklärung unter dem Stichwort *“Diversion”*: *“jede Art illegaler Störtätigkeit durch Agenten imperialistischer Staaten oder demoralisierte Elemente im Inneren eines Landes, die das Ziel hat, die bestehende sozialistische oder fortschrittliche demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu schädigen bzw. ihren Sturz herbeizuführen.”*⁽²⁵⁶⁾ Folgt man schließlich dem herausgehobenen Querverweis *“ideologische Diversion”*, dann wird die Erklärung detaillierter und umfangreicher: *“eine Hauptform des Klassenkampfes und Bestandteil der psychologischen Kriegführung im Rahmen der Globalstrategie des Imperialismus gegen den Sozialismus; Ausdruck des sich verschärfenden ideologischen Kampfes zwischen den beiden entgegengesetzten Gesellschaftssystemen (...) Weil alle Versuche, den Sozialismus mit militärischen Mitteln zu vernichten, an der Kraft und Stärke des Sozialismus gescheitert sind, versucht der Imperialismus verstärkt, mit neuen Mitteln u.a. Formen ökonomisch, politisch und ideologisch in die sozialistischen Länder einzudringen. Die ideologische Diversion zielt darauf ab, im breiten Umfang die bürgerliche Ideologie in die sozialistischen Länder einzuschleusen, den Einflußbereich des Sozialismus zu begrenzen, die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft zu unterminieren, dem Sozialismus fremde und feindliche Lebens- und Verhaltensweisen zu verbreiten, um so Voraussetzungen dafür zu schaffen, die sozialistische Ordnung auf lange Sicht auch für den Einsatz anderer, vor allem militärischer Kampfmethoden, sturmreif zu machen, die der Imperialismus auch unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz im Arsenal des antisozialistischen Kampfes bereithält. In der ideologischen Diversion ist der Antikommunismus mit seinem Kernstück, dem Antisowjetismus, die alles beherrschende Dominante. Er ist darauf gerichtet, die anderen sozialistischen Staaten von der Sowjetunion zu trennen, die kommunistische Weltbewegung zu spalten und eine ‚Erosion‘, eine innere Zersetzung der sozialistischen Gesellschaft herbeizuführen. Dem dienen u.a. die sog. Theorien von der Industriegesellschaft, die Konvergenztheorie, die Konzeption von der ‚Demokratisierung‘ des Sozialismus sowie die Theorie von einem auf der Grundlage der ‚sozialen Marktwirtschaft reformierten Kapitalismus‘. Eine besondere Rolle in der ideologischen Diversion spielen der Sozialdemokratismus und die von Revisionisten aller Schattierungen propagierten verschiedenartigen ‚Modelle‘ für einen ‚besseren Sozialismus‘, dessen Wirtschaft ‚dezentralisiert‘, seine staatliche Ordnung ‚demokratisiert‘, sein gesellschaftliches Leben ‚entideologisiert‘ ist und der die Liquidierung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zur Voraussetzung haben soll.”*⁽²⁵⁷⁾

Zusammenfassend kann man also folgendes festhalten:

- A) bei der imperialistischen Diversion handelt sich um ein ganzes Arsenal unterschiedlichster Strategien und Aktionen zur Zerschlagung des Sozialismus;
- B) sie fußt auf einer imperialistischen *“Globalstrategie”*;
- C) daher läßt sich die Strategie des Imperialismus, insbesondere des BRD-Imperialismus, gegen die DDR auch nur vor dem Hintergrund dieser Globalstrategie beschreiben und verstehen. Die wesentlichen Elemente der imperialistischen Globalstrategie wurden in

²⁵⁶ *“Kleines Politisches Wörterbuch”*, Dietz Verlag, Berlin (DDR), 1973, S.174

²⁵⁷ ebenda, S.345/346

allen Phasen seit der Gründung der DDR gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat – unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen und historischen Erfordernisse natürlich (!) – im Konkreten angewandt.

Die imperialistische Globalstrategie in ihrer Entwicklung

Selbst viele bürgerliche Historiker beschreiben heute die Entwicklung der imperialistischen Globalstrategie gegen den staatlich organisierten Sozialismus im wesentlichen in zwei Phasen (auch wenn sie sich natürlich nicht eines marxistisch-leninistischen Vokabulars bedienen!), der Phase des aggressiven “Roll-Back”, d.h. der offensiven bis militärisch/konterrevolutionären Zerschlagung, zumindest jedoch “Eindämmung” (“*containment*”) des Sozialismus in der UdSSR sowie des entstehenden Sozialismus in Ost-Europa nach dem Sieg über den deutschen Nazi-Faschismus 1945; sowie der Phase des “Wandels durch Annäherung”, d.h. der konterrevolutionären Zersetzung des Sozialismus von Innen, der “Konterrevolution auf Filzlatschen”. Dabei wird auch zugegeben, daß sich diese imperialistische Diversionsstrategie nicht nur gegen den staatlich organisierten Sozialismus richtete, sondern auch gegen sozialistische und kommunistische Organisationen, Parteien und Bewegungen in West-Europa. Entsprechende Ereignisse in Italien oder Frankreich seien an dieser Stelle nur stichwortartig erwähnt.⁽²⁵⁸⁾

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Nazi-Faschismus hatte nach 1945 gerade in Europa zu einem deutlichen Anwachsen linker und kommunistischer Kräfte im Westen und in Ost-Europa zu national-demokratischen, später sozialistischen Entwicklungen geführt, in denen die Kommunistischen Parteien die gesellschaftlich führende Kraft waren; in manchen dieser Länder kam es gar zu einen organisatorischen Verschmelzungsprozess der jeweiligen Kommunistischen Partei mit revolutionären sozialdemokratischen Kräften auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Die Sowjetunion, die im Kampf gegen den deutschen Faschismus nicht nur die größten Blutopfer gebracht, sondern auch die entscheidende Rolle gespielt hatte, genoß eine ungeheuere internationale Autorität, der Generalsekretär der sowjetischen Kommunisten, Genosse J.W. Stalin, war selbst in den USA zu einer populären Figur geworden; man nannte ihn bis weit ins bürgerliche Lager hinein respektvoll “Uncle Joe” (Onkel Joe). Und nur vier Jahre später siegte im bevölkerungsreichsten Land der Erde, in China, die Volksrevolution unter Führung der Kommunistischen Partei. Nicht nur in Indien entfalteten sich breite Massenkämpfe gegen den Kolonialismus. Als Konsequenz aus der Niederlage des deutschen Faschismus und der mit ihm verbündeten Achsenmächte schien der Vormarsch des gesellschaftlichen Fortschritts im Weltmaßstab kaum mehr aufzuhalten zu sein...

Dies spiegelt exakt die Situation und auch Atmosphäre wieder, in der der Imperialismus, angeführt von seiner stärksten Kraft, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, seine Konzeption zur Zerschlagung, zumindest jedoch “Eindämmung” (“*containment*”) des Sozialismus entwickelte. In der Periode unmittelbar nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition 1945 war innerhalb des antisozialistischen strategischen Konzepts das Element des offensiven “Roll-Back”, der sogar militärische Optionen einschloß, dominant. Der damalige US-Strategie James Burnham formulierte dieses Konzept ohne Schnörkel: “*Wir sind bisher nicht bereit gewesen, zuzugestehen, daß es nur ein Ziel der amerikanischen Außenpolitik geben kann: die*

²⁵⁸ vgl. dazu u.a. ausführlicher: Neuberger/Opperskalski, “CIA in West-Europa”, Lamuv-Verlag, 1982

Vernichtung der Macht des Kommunismus.”(259) Sich auf das damals noch existierende Atomwaffenmonopol der USA stützend erläuterte der damalige US-Außenminister J.F. Dulles 1952 das strategische Konzept dieses “Roll-Back”: *“Man muß die Sowjetunion von innen zersetzen (...) Das Gefüge der zahlreichen verschiedenen, in der Sowjetunion vereinigten Stämme muß zum Bersten gebracht werden. Voraussetzung ist aber, dass man die Politik des Containment (Eindämmung des Sozialismus, d.Verf.) aufgibt und aktiv vorgeht, um einen Sturz im Inneren der Sowjetunion herbeizuführen.”*(260)

Bestandteil dieser Konzeption war auch die Planung, den Sozialismus in der UdSSR in einem gewaltigen nuklearen Inferno verglühen zu lassen. Kaum waren die letzten militärischen Schlachten zur Niederringung der Nazi-Barbarei geschlagen, da nahmen die Vereinigten Staaten zwischen September und November 1945 die Doktrin des nuklearen “Erstschlages”, d.h. einer überraschenden atomaren Aggression gegen die Sowjetunion, in ihr militär-politisches Arsenal auf. Bereits in den ersten Planungskonzeptionen wurden 20 sowjetische Städte für die nukleare Auslöschung ausgewählt. Vorbereitet worden war dies durch die Memoranden JCS 1496/2 (*“Grundlage für die Formulierung einer amerikanischen Militärpolitik”*) sowie JCS 1518 (*“Strategische Konzeption und Plan für den Einsatz der US-Streitkräfte”*), die das “Komitee der Vereinigten Stabschefs” der USA am 18. September bzw. am 9. Oktober 1945 (!) gebilligt hatte.(261) Auf der Linie der aggressiven Nutzung des nordamerikanischen Atomwaffenpotentials als Trumpfkarte im Kampf gegen den Sozialismus, insbesondere die Sowjetunion, liegt auch der Bericht des Sonderberaters von US-Präsident Truman, Clark M. Clifford, vom 24. September 1946 mit dem Titel *“Amerikanische Beziehungen zur Sowjetunion”*. *“Die Sprache der politischen Macht ist die einzige Sprache, die von den jüngeren der Machtpolitik verstanden wird. Die Vereinigten Staaten müssen diese Sprache sprechen (...) Es muß der sowjetischen Regierung klagemacht werden, daß unsere Stärke ausreichen wird, um jeden Angriff abzuwehren und die UdSSR entscheidend zu schlagen, falls ein Krieg ausbrechen sollte (...) Die Verwundbarkeit der Sowjetunion ist aufgrund des ausgedehnten Gebiets, über das ihre Schlüsselindustrien und Rohstoffe verstreut sind, begrenzt, aber sie ist durch Atomwaffen, biologische Kriegführung und Luftangriffe verwundbar. Die Vereinigten Staaten müssen sich daher für eine atomare und biologische Kriegführung rüsten, um ihre Stärke auf einem Niveau zu halten, daß zur wirksamen Zügelung der Sowjetunion reicht. (...)”*(262) In der Direktive des “Nationalen Sicherheitsrates” Nr. 20/1 vom 18. August 1948 wird zur offiziellen Strategie, was zuvor geplant, ausgearbeitet und entwickelt worden war, die Option, das nukleare Potential entweder zur überraschenden militärischen Vernichtung der UdSSR (unvorbereiteter “Erstschlag”) oder aber zu ihrer Erdrosselung mittels Erpressung einschließlich konkreter Kriegsvorbereitung einzusetzen: *“Unsere Bemühungen, die darauf abzielen, daß Moskau unsere Konzeption akzeptiert, sind gleichbedeutend mit der Erklärung: unser Ziel ist der Sturz der Sowjetmacht. Von diesem Standpunkt aus könnte man argumentieren, daß solche Ziele ohne Krieg nicht zu erreichen sind. Folglich erkennen wir*

²⁵⁹ James Burnham, “Die Strategie des Kalten Krieges”, Stuttgart, 1950, S.53

²⁶⁰ zit. Nach: “Archiv der Gegenwart”, Bonn/Wien/Zürich, 1955, S.5542

²⁶¹ vg. dazu ausführlicher: N.N. Jakovlev, “CIA contra UdSSR”, Berlin (DDR), 1985, S.22 ff.

²⁶² zit. nach: Bernd Greiner/Kurt Steinhaus, “Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR”, Köln, 1980, S.90-94

damit an: unser Endziel in Bezug auf die Sowjetunion sind der Krieg und der gewaltsame Sturz der Sowjetmacht.”⁽²⁶³⁾

Sprache und Strategie sind nicht nur zynisch und menschenverachtend, sie sollen es sogar sein. Ein geheimer Sicherheitsbericht aus dem Jahre 1951 gibt dem 1947 gegründeten, berüchtigten nordamerikanischen Geheimdienst CIA folgende Maxime mit auf den weiteren Weg: *“Es ist jetzt klar, daß wir uns einem unversöhnlichen Feind gegenübersehen, dessen erklärtes Ziel die Weltherrschaft ist (...). In einem solchen Spiel gibt es keine Regeln. Bis heute anerkannte Normen menschlichen Verhaltens gelten nicht mehr. Wir müssen lernen, unsere Feinde zu untergraben, zu sabotieren und zu zerstören, und zwar mit Methoden, die cleverer, ausgefeilter und effektiver sind als jene, die man gegen uns anwendet.”*⁽²⁶⁴⁾

Bereits in dieser Phase: innere Zersetzung eingeplant

Es läßt sich also nachweisen, daß in dieser sehr frühen Phase nach 1945 die aggressive Strategie (“Roll-Back”) - einschließlich militärischer Optionen – innerhalb der imperialistischen Global- und Gesamtkonzeption zur Zerschlagung des Sozialismus dominant war. Dies bedeutet jedoch ausdrücklich nicht, daß es zu dieser Zeit keine Pläne und Aktionen gab, die darauf abzielten, den staatlich organisierten Sozialismus, die regierenden kommunistischen Parteien in Ost-Europa, aber auch sozialistische und kommunistische Kräfte im Westen von innen her zu untergraben und zu zersetzen. Zuweilen werden beide Elemente der imperialistischen Globalstrategie auch von marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern und Historikern in schroffen Gegensatz zueinander beschrieben sowie der Zeitpunkt der Ablösung der Dominanz des einen Elementes (der aggressiven Strategie) durch das zweite (flexible Strategie des “Wandels durch Annäherung” bzw. der “Politik der friedlichen Einmischung”) auf den Beginn oder sogar die Mitte der 60er Jahre gelegt. Beidem möchte ich widersprechen.

Bereits das schon zitierte Dokument des “Nationalen Sicherheitsrates” (Nr. 20/1) aus dem Jahre 1948 läßt konzeptionelle Muster für die Zersetzung des Sozialismus von innen heraus erkennen. Das Dokument entwirft Szenarien für eine Zeit nach dem von den USA herbeigeführten Sturz der Sowjetmacht. Dabei setzen die US-Strategen zu diesem Zeitpunkt noch auf “russische Emigrantengruppen”, die dann in eine möglicherweise atomar verstrahlte Sowjetunion eingeschleust werden sollten: *“Gegenwärtig gibt es eine Reihe interessanter und starker russischer Emigrantengruppierungen (...) jede von ihnen eignet sich, von unserem Standpunkt aus gesehen, dazu, Rußland zu regieren. (...) Der beste Weg wäre für uns, es allen im Exil lebenden Elementen zu erlauben, so schnell wie möglich nach Rußland zurückzukehren und darauf zu achten – soweit dies von uns abhängt -, daß ihnen allen ungefähr die gleiche Chance eingeräumt werden, um ihre Machtansprüche anzumelden. (...)*

In jedem von der Sowjetordnung befreiten Territorium werden wir uns dem Problem der menschlichen Überbleibsel (sic!, d.Verf.) des sowjetischen Machtapparates gegenübersehen.

Bei einem organisierten Abzug der sowjetischen Truppen vom jetzigen sowjetischen Territorium würde der örtliche Apparat der Kommunistischen Partei wahrscheinlich in den Untergrund gehen, wie er es in den Gebieten tat, die im vorigen Krieg von den Deutschen genommen

²⁶³ zit. nach: ebenda, S. 180 ff.

²⁶⁴ zit. nach: Nair/Opperskalski, “CIA: Club der Mörder”, Göttingen, 1988, S.15

wurden. Er würde wahrscheinlich in Form von Partisanenbanden und Guerillastreitkräften erneut hervortreten. In diesem Fall wäre die Frage, was mit ihnen geschehen soll, relativ einfach zu beantworten: denn wir müßten nur der – wie auch immer gearteten – nichtkommunistischen, russischen Behörde, die das Gebiet kontrolliert, die erforderlichen Waffen und Militärhilfe geben, und es gestatten, gegen die kommunistischen Banden nach den traditionell gründlichen Prozeduren des russischen Bürgerkrieges vorzugehen. (...)

Ein noch komplizierteres Problem würden die einfachen Mitglieder der Kommunistischen Partei bzw. die Funktionäre darstellen, die entdeckt und verhaftet werden könnten bzw. sich auf Gnade und Ungnade unseren Truppen oder einer – wie auch immer gearteten – russischen Behörde, die in dem Gebiet existiert, ergeben könnten. Auch hier sollten wir nicht die Verantwortung für die Abrechnung mit diesen Leuten übernehmen oder den örtlichen Behörden direkte Befehle erteilen, wie mit ihnen zu verfahren sei (...) Aber grundsätzlich muß das ein Problem der – wie immer gearteten – russischen Behörde, die an die Stelle des kommunistischen Regimes tritt, bleiben. Wir können sicher sein, dass eine derartige Behörde die Gefahr, die frühere Kommunisten für die Sicherheit des neuen Regimes darstellen würden, viel besser als wir selbst beurteilt und ihnen auf eine Weise begegnet, daß künftig Schaden durch sie verhindert wird (...).”(265)

Bereits ein Jahr später, am 14. September 1949, wird die Strategie der inneren Diversion entscheidend verfeinert und aktualisiert bzw. den historischen Erfordernissen angepasst, wenn es u.a. unter dem Titel “Politik der USA gegenüber den sowjetischen Satellitenstaaten” heißt: “Unser Endziel muß natürlich das Endstehen nicht-totalitärer Regierungen in Ost-Europa sein, die gewillt sind, sich der Gemeinschaft der freien Welt anzupassen und an ihr mitzuwirken. Gewichtige taktische Überlegungen sprechen jedoch dagegen, sich dieses Ziel als unmittelbar realisierbar zu setzen. (...) Das gegenwärtig geeignetere Verfahren ist demnach, einen herätischen Ablösungsprozess in den Satellitenstaaten zu begünstigen. So gering sie jetzt auch erscheinen mögen, Gründe für ketzerische Abspaltungen existieren bereits. Wir können zur Vertiefung dieser Risse beitragen, ohne Verantwortung auf uns zu nehmen. Und wenn sich die endgültigen Ablösungsprozesse durchsetzen, wären wir nicht direkt in diesen Angriff auf das sowjetische Prestige verwickelt; der Streit würde zwischen dem Kreml und der kommunistischen Reformbewegung ausgetragen. (...)

Ein Kurs, der Abspaltungen innerhalb der kommunistischen Welt fördert, kann nicht ohne Vorbehalt eingeschlagen werden, weil er ein taktisches Hilfsmittel ist, das (obgleich notwendig) niemals dazu führen darf, von unserem langfristigen und grundsätzlichen Endziel – nämlich ein nicht-totalitäres System in Osteuropa zu schaffen – abzuweichen. Das Problem besteht darin, die Entwicklung eines abtrünnigen Kommunismus zu fördern, ohne zur gleichen Zeit ernsthaft unsere Chancen zu beeinträchtigen, diesen Totalitarismus einer Übergangszeit endgültig durch freiheitliche Lebensformen zu ersetzen, die der westlichen Welt geistesverwandt sind. (...) (266)

Daß es sich bei den bisher zitierten strategischen Konzeptionen nicht um realitätsferne Überlegungen handelte, sondern um Blaupausen für konkretes Handeln, belegt ein weiteres Memorandum (Nr. 68) des “Nationalen Sicherheitsrates” der USA aus dem Jahre 1950, in dem

²⁶⁵ zit. nach: Greiner/Steinhaus, “Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?“, S.149ff

²⁶⁶ ebenda, S. 182ff

ein ganzen Bündel von Maßnahmen dem damaligen US-Präsidenten Truman zur Umsetzung vorgeschlagen wird; es reicht von weiterer massiver Aufrüstung, der Organisation offener – auch militärischer – konterrevolutionärer Bewegungen in Ost-Europa, gezielter Sabotage und Diversion, der Unterstützung von “Dissidenten” jeglicher Couleur, dem Aufstellen des sogenannten “Marshall-Plans” bis hin zu organisierter Propaganda einschließlich des Aufbaus “ideologischer Frontorganisationen”. Dabei zielten die vorgeschlagenen (und dann auch umgesetzten) Maßnahmen nicht nur auf die Sowjetunion und Ost-Europa, sondern auch auf fortschrittliche, sozialistische oder kommunistische Bewegungen und Bestrebungen in West-Europa: *“NSC 68 forderte eine deutliche Ausweitung der CIA-Operationen in Westeuropa, um den geheimen politischen Krieg zu führen, einen Krieg gegen sozialistische Wirtschaftsprogramme, gegen westliche kommunistische Parteien, gegen linke Sozialdemokraten, gegen Neutralismus, gegen Abrüstung, gegen den Abbau von Spannungen, gegen die Friedensoffensive, die damals von der Sowjetunion vorgetragen wurde. (...) Die Organisation, die für die Propaganda und die politischen Operationen der CIA Pate gestanden hat, zielte ursprünglich gegen linksgerichtete Sozialdemokraten und Sozialisten in Westeuropa. Sie entstand in New York aus einer Gruppe antikommunistischer Liberaler und Sozialdemokraten, darunter nicht wenige ehemalige Kommunisten, deren Zeitschrift ‚New Leader‘ von einem russischen Emigranten namens Sol Levitas herausgegeben wurde. Im April 1950, just zu dem Zeitpunkt, als Truman dabei war, NSC 68 als die Blaupause für den Kalten Krieg zu genehmigen, löste der ‚New Leader‘ urplötzlich seine schweren Finanzprobleme und erlebte in einer neuen aufwendigen Aufmachung seine Wiedergeburt.(...)”*

Die Organisation, die in Berlin das Licht der Welt erblickte, war der ‚Congress for Cultural Freedom (CCF)‘. Sitz seines Hauptquartiers wurde Paris; er sollte rasch weltweite Ausmaße annehmen. Zu den ihm verbundenen Publikationen gehörten unter anderem ‚Der Monat‘ in West-Berlin, (...) ‚Encounter‘ in London und ‚Preuves‘ in Paris, zusammen mit einer Unzahl anderer Publikationen und Broschüren in mehreren Sprachen. CCF organisierte weltweite Kongresse, Seminare und Stipendienprogramme – alles mit dem Ziel, rechtsgerichtete Sozialisten und Sozialdemokraten zu stärken und sie für den Kreuzzug gegen die ‚kommunistische Bedrohung‘ zu rekrutieren.”⁽²⁶⁷⁾

In diesem Sinne sei nicht vergessen, u.a. auch auf die Rolle der Radiostationen “Radio Liberty” und “Radio Free Europe” hinzuweisen, die vom Boden der BRD aus in alle Winkel der sozialistischen Staatengemeinschaften strahlten. Zum Repertoire ihrer vielsprachigen Sendungen gehörten gezielte Desinformationen genauso wie offene Aufrufe zur organisierten Konterrevolution. Vor allem dienten sie jedoch auch als Multiplikatoren und Plattformen für tatsächliche oder erfundene “Dissidenten” jeglicher Couleur.

Die “Politik der friedlichen Einmischung” wird dominant

Mehrere Entwicklungen führten jedoch dazu, daß sich die imperialistische Globalstrategie langsam veränderte, geschmeidiger wurde und schließlich die “Politik der friedlichen Einmischung” im Rahmen ihrer Gesamtkonzeption, die natürlich niemals aggressive, militärische Veränderungen ausschloß, dominant wurde: der Sowjetunion war es gelungen, das

²⁶⁷ Der ehemalige CIA-Mann Philip Agee in seinem Vorwort zu: Opperskalski/Neuberger, “CIA in Westeuropa”, Bornheim, 1982, S.17ff

Atomwaffenmonopol der USA zu brechen, mit dem Sieg der sozialistischen Volksrevolution in China war ein mächtiger Vorposten des Sozialismus in Asien entstanden und auch in Korea und Vietnam mußten die Imperialisten empfindliche Niederlagen hinnehmen, in Kuba siegte 1959 die von Fidel Castro angeführte Revolution gegen das US-hörige Batista-Regime; das Scheitern des Putschversuches im Juni 1953 in der DDR und die Zerschlagung der offenen Konterrevolution in Ungarn 1956 sowie die Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 mußten die Orientierung auf direkte Umsturzversuche in den sozialistischen Ländern als unrealistisch erscheinen lassen. So mußte der ehemalige US-Senator W. Fulbright das Scheitern der "Roll-Back-Strategie" schließlich 1965 offen eingestehen: *"Die Befreiungspolitik der 50er Jahre ist gescheitert, weil sie in der unglücklichen Formulierung, die ihr gegeben worden war, das Ziel verfolgte, den Eisernen Vorhang gewaltsam zu entfernen. Diese Politik hat also die Tatsachen des nuklearen Zeitalters außer acht gelassen."*⁽²⁶⁸⁾

Und es war ein weiteres wichtiges Moment dazugekommen, das die imperialistischen Strategen umdenken ließ: der XX. Parteitag der KPdSU. Hinter dem Vorhang der sogenannten "Entstalinisierung" hatte dieser Parteitag der sowjetischen Kommunisten grundsätzliche Beschlüsse gefaßt und Orientierungen herausgegeben, die dramatische Folgen für die internationale kommunistische Bewegung haben und zu Ansatzpunkten für ein Aufweichen und auch eine gezielte Aushöhlung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus werden sollten.

"Das bedeutendste Ereignis war, daß der XX. Parteitag die - in der damaligen historischen Situation - richtige Position verwarf, dass sich vor allem der Klassenkampf verschärfte. (...)

Theoretische Ansichten wurden kultiviert oder Optionen bevorzugt, die eine Abweichung von unserer Theorie, eine Verletzung ihrer grundlegenden Prinzipien bedeuteten. Die Kampffront gegen den Imperialismus und Revisionismus wurde geschwächt.

In einigen Fällen wurden falsche Theorien angenommen, die nichts mit den Realitäten zu tun hatten oder schlicht Fragen des Aufbaus des Sozialismus simplifizierten, so z.B. die Theorien, die einen raschen Übergang zum entwickelten Sozialismus und Kommunismus verlangten und so den komplexen und langfristigen Charakter der Übergangsperiode (siehe XX. Parteitag) unterschätzten, Theorien über den 'Staat des gesamten Volkes', der 'Partei des gesamten Volkes' und der 'Demokratie des gesamten Volkes'.

Die vom XX. Parteitag beschlossenen Orientierungen auf 'eine Vielzahl von Übergangsformen in verschiedenen Ländern unter bestimmten Bedingungen zum Sozialismus' wurden von den Führungen kommunistischer Parteien als theoretisches Fundament für eine Offensive gegen die wissenschaftliche Theorie des Sozialismus benutzt. Im Namen von nationalen Besonderheiten und Eigenheiten wurden die unveränderlichen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution einer Revision unterzogen. Sichtweisen wurden entwickelt, nach denen durch strukturelle Reformen und eine 'Politik der Demokratie' ein kapitalistisches System in ein sozialistisches transformiert werden könne, ohne daß ein revolutionärer Bruch notwendig sei."⁽²⁶⁹⁾

²⁶⁸ W.Fulbright, "Bridges, East and West", Congressional Recort, 6.1.1965, S.229

²⁶⁹ Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Dokument des ZK: "Gedanken über die Faktoren, die zur Zerschlagung des sozialistischen Systems in Europa führten (...)", Athen, Griechenland, 24. März 1995, S.25 und 32 ff.

“Für die Abstumpfung des Klassenkampfes zugunsten der Klassen- bzw. Systemversöhnung wurden und werden verschiedene Begründungen angeführt.

In den Jahren unmittelbar nach dem Sieg über den Faschismus (1945, d.Verf.) wurde ein Argument wieder aufgegriffen, das 1925 bereits Karl Kautsky benutzt hatte, nämlich, weil die Arbeiterklasse jetzt so stark sei, werde der Klassenkampf immer milder. ‘Nicht nur die Proletarier werden bei ihren Kämpfen immer ruhiger dank ihrem steigenden Selbstbewusstsein, und immer überlegener, klarer und einsichtsvoller dank ihrer zunehmenden Erfahrungen. Ihre wachsende Kraft zwingt auch ihre Gegner, die Kapitalisten selbst wie deren Freunde in den Regierungen und der Presse, den Proletariern respektvoller, gesitteter entgegenzutreten. So werden die Kapitalisten zu einer Milderung ihrer Methoden im Klassenkampf erzogen’ (Karl Kautsky, Erläuterungen zum Heidelberger Programm der SPD, 1925).

Dies hatte Kautsky 1925 im Vorwort zum Heidelberger Programm der SPD geschrieben. Wenige Jahre später ließen die ‘gesitteten’ Kapitalisten in Deutschland die Hakenkreuz-Diktatur errichten!

Unter Berufung auf die gewachsene Stärke der Arbeiterklasse verkündete Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Möglichkeit, auf parlamentarischem Wege zum Sozialismus zu gelangen: ‘In der ganzen Welt sind die Kräfte des Sozialismus und der Demokratie unermesslich gewachsen, der Kapitalismus dagegen ist um vieles schwächer geworden (...) Unter diesen Umständen hat die Arbeiterklasse (...) die Möglichkeit, (...) eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu verwandeln (N.S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S.46).’⁽²⁷⁰⁾

Die Theorie der Klassenversöhnung, die in den Beschlüssen des XX. Parteitages ihren Niederschlag fand, wurde zunehmend, wenn auch schrittweise und widersprüchlich entwickelt, zum Leitfaden für die Außenpolitik der sowjetischen Kommunisten bzw. deren Einschätzung der Rolle des Imperialismus und der Unterschätzung seiner Gefährlichkeit. Der bis dahin kaum benutzte Begriff von der “friedlichen Koexistenz” etablierte sich zum zentralen Begriff im Vokabular der kommunistischen Parteien. Im Sinne Lenins bedeutet er eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus, der jedoch als Ziel die vollständige Befreiung der Menschheit von der Herrschaft des Imperialismus beinhaltete. *“Das Umfunktionalisieren der friedlichen Koexistenz aus einer Form des Klassenkampfes gegen den Imperialismus in eine Politik der Versöhnung mit ihm erfolgte in einem jahrzehntelangen, schleichenden Prozeß, über verschiedene Stufen, in kleinen Schritten, so daß die Entfernung vom Ausgangspunkt und die immer größere Annäherung an den Gegenpol für viele unmerklich erfolgte. (...) Der Höhe- und Endpunkt dieser Austreibung des Leninschen Geistes aus dem Begriff der friedlichen Koexistenz fällt nicht zufällig mit dem Ende des Sozialismus in Europa zusammen. Im September 1988 verkündete Schewardnadse als Außenminister der UdSSR von der Tribüne der UNO: ‘Wir sehen die friedliche Koexistenz als universelles Prinzip*

²⁷⁰ Kurt Gossweiler, “Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus”, Streitbarer Materialismus, Nr. 18, S. 43/44

zwischenstaatlicher Beziehungen und nicht als besondere Form des Klassenkampfes’.”(271)
Auch für diese Art von “Verwandlung” hatte der XX. Parteitag die Grundsteine gelegt...

Vieles von dem, was auf dem XX. Parteitag der KPdSU und in seiner Folgezeit von der kommunistischen Weltbewegung an Positionen entwickelt wurden, war in ihrem Kern nicht neu, knüpfte an Vorstellungen des “demokratischen Sozialismus” an und war somit objektiv ein verhängnisvoller Rückschritt in der notwendigen, ständig zu führenden Auseinandersetzung der Kommunisten als Träger des wissenschaftlichen Sozialismus mit allen Formen opportunistischen und revisionistischen Gedankenguts. Dieser Rückschritt wurde zum Einfallstor für alle Formen imperialistischer Diversion, die sich nach 1956 weiterentwickeln. Einer der US-Strategen der ideologischen Diversion, Z. Brzezinski, kleidete diese Strategie in deutliche Worte: *“Ideologische Aushöhlung ist (...) die entscheidende Ursache politischen Wandels in den kommunistischen Gesellschaften.”*(272)

Die Konsequenzen, die sich aus dem XX. Parteitag ergeben hatten, wurden dementsprechend von den imperialistischen Strategen erkannt und umgesetzt. So meinte der damalige US-Außenminister Dulles treffend: *“Die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm haben eine Kettenreaktion ausgelöst, die auf lange Sicht nicht aufzuhalten ist.”*(273) In einer Art “Nachbereitung” des XX. Parteitages beschreibt der ehemalige Kommunist Fritz Schenk in der “Frankfurter Allgemeinen Zeitung” dessen Auswirkungen aus eigener Erfahrung: *“Leuschner (damals stellvertretender DDR-Ministerpräsident und Mitglied des Politbüros der SED, d.Verf.) wußte, daß ich mit jenen Genossen kungelte, die den Sozialismus reformieren, zumindest dezentralisieren, ihn gern hätten ‘humaner’ machen wollen, wie es bis heute der Wunschtraum sozialistischer Schöngeister und Tagträumer geblieben ist. Für ihn schien es keinen Zweifel zu geben: Sozialismus geht nur als Stalinismus. Und mit Stalins Entzauberung begann dann auch der schleichende Zusammenbruch seiner realen Existenz.”*(274) Solche Art von Erkenntnissen blieb auch nicht vor den Türen der SPD-Führung stehen. In einem Interview mit der “Süddeutschen Zeitung” analysierte der ehemalige SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Entwicklungen in Ost-Europa und den dort herrschenden kommunistischen Parteien: *“Ich habe mal 1960 (!, d.Verf.) auf einem Parteitag der SPD in Hannover gesagt - da bin ich zum erstenmal zum Kanzlerkandidat nominiert worden - ich kann mir denken, daß sich die Enkel Chruschtschows noch Kommunisten nennen, auch wenn sie es vielleicht nicht mehr sind. Das ist nicht mehr Zukunftsmusik, sondern ziemlich aktuell. (...) Es sieht jetzt so aus, als ob die sowjetische Führung wohl an die erste Stelle setzt, daß der sicherheitsmäßige Rahmen aufrechterhalten bleibt, innerhalb dessen sich dann unterschiedliche Entwicklungen vollziehen können. Das wäre schon eine ganze Menge. Sonst bin ich eher geneigt, den Vergleich herzustellen mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Mit dem großen Streit, der ja nicht nur ein Streit der Worte, sondern häufig auch ein blutiger Streit wurde, ob Sozialismus auf bolschewistische Art verwirklicht werden kann. Und da sehe ich nun doch eine Menge Anzeichen dafür, daß statt dessen der häufig verlästerte demokratische Sozialismus ein*

²⁷¹ Kurt Gossweiler, “Der ‘moderne Revisionismus’ und die Niederlage des Sozialismus - eine Thesenreihe”, Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ), Nr.48, 11.11.1993

²⁷² zit nach: “‘Demokratischer Sozialismus’ in Aktion”, eine Dokumentation des MSB Spartakus, 1977

²⁷³ zit . nach: Archiv der Gegenwart, 11.7.1956

²⁷⁴ Fritz Schenk, “Die Zerschlagung des Mythos Stalin”, FAZ 24.2.1996

akzeptabler Nenner werden könnte. Das ist ermutigend. (...) Und es bleibt auch interessant, daß sich in einigen dieser noch regierenden Parteien (in Ost-Europa, d.Verf.) Tendenzen der Sozialdemokratisierung zeigen.”⁽²⁷⁵⁾ Diese Einschätzung liegt genau auf der Linie der US-Strategen, die diese bereits Mitte der 60er Jahre (auch und besonders in Auswertung der Beschlüsse und Konsequenzen des XX. Parteitages der KPdSU) gezogen hatten: *“Im Westen herrscht gegenwärtig die Meinung derjenigen vor, die mit einer allmählichen Milderung des Kommunismus rechnen. Ja, mit einer Annäherung des Kommunismus an die Sozialdemokratie.”*⁽²⁷⁶⁾ Der britische “Kommunismusexperte” und Mitarbeiter der bürgerlich-liberalen Tageszeitung “Guardian” stimmt dieser Einschätzung zu: *“Jede kommunistische reformistische Bewegung wird unweigerlich vom ‘schleichenden Kapitalismus’ begleitet.”*⁽²⁷⁷⁾

Wichtige Rolle des Sozialdemokratismus (“demokratischen Sozialismus”)

Das auch offiziell eingestandene Scheitern der direkten “Roll-Back”-Strategie wie die “ideologische Öffnung” durch die Beschlüsse und Orientierungen des XX. Parteitages der KPdSU führten, wie bereits gesagt, zu einer schrittweisen Veränderung der Strategie des Imperialismus. *“Um eine derartige Strategie überhaupt erfolgversprechend für den Imperialismus einsetzen zu können, bedurfte es erstmals umfangreicher Analysen der wirklichen Situation in den sozialistischen Ländern. Die großen anti-kommunistischen Forschungsinstitute in den USA begannen, die ‘Ostforschung’ enorm zu intensivieren.”*⁽²⁷⁸⁾ Den imperialistischen Strategen war deutlich geworden, daß eine *“feinere Waffe im Kampf gegen den Totalitarismus und insbesondere gegen das, was uns die meisten Sorgen bereitet, gegen den Marxismus, erforderlich”*⁽²⁷⁹⁾ war. Einer der strategischen Analytiker dieser neuen Ära der US-amerikanischen Strategie war der in Polen geborene Zbigniew Brzezinski, zunächst Mitglied im Planungsstab des nordamerikanischen Außenministeriums, später Sicherheitsberater US-Präsident Carters. Es waren vor allem seine Analysen, die zur Entwicklung der sogenannten “Strategie der friedlichen Einmischung” führten.⁽²⁸⁰⁾ *“Allgemein muß bemerkt werden, daß die Grundgedanken einer sozialistischen Wohlfahrtsgesellschaft in Ost-Europa, das mit der freien Wirtschaft und dem ausländischen Kapital keine sehr glücklichen Erfahrungen gemacht hat, anscheinend Wurzeln geschlagen hat. Deshalb sollten die kommunistische beherrschten Staaten in künftigen Wechselfällen nie vor die Alternative gestellt werden: Hie Sozialismus und Sowjetherrschaft - hie freies Unternehmertum und Unabhängigkeit.”*⁽²⁸¹⁾ Nur konsequent und logisch ergibt sich hieraus die objektive Rolle des “demokratischen Sozialismus” (Sozialdemokratismus). In einem Grundsatzartikel - gemeinsam geschrieben mit dem damaligen

²⁷⁵ Interview der “Süddeutschen Zeitung” mit Willy Brandt, 8./9.4.1989

²⁷⁶ Z.Brzezinski, “Die Aufgaben von morgen”, Foreign Affairs, 7-9/1966, S.663

²⁷⁷ zit nach: Prawda, 21.8.1968 aus einem Artikel von J.Shukov: *“Was sie angestrebt haben. Spekulationen und Fehlrechnungen der Feinde des tschechoslowakischen Volkes”*

²⁷⁸ zit. nach: “rote blätter”, Organ des MSB Spartakus, *“Angriffsziel Sozialismus”*, Folge 1, Nr.4/77

²⁷⁹ M.Loichot, *“La réforme pancapitaliste”*, Paris 1966, S.34

²⁸⁰ Zur “Strategie der friedlichen Einmischung” siehe u.a. und genauer: J.S. Nowopaschin, *“Strategie der ‘friedlichen Einmischung’”*, Berlin (DDR), 1974 oder Sahra Wagenknecht, *“Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt.”*, Bonn, 1995

²⁸¹ Z.Brzezinski, *“Der Sowjetblock - Einheit und Konflikt”*, Köln/Berlin 1962, S.427

Direktor des *“Studienzentrums für Probleme des internationalen Kommunismus”* am Technologischen Institut von Massachusetts - beschreibt Brzezinski daher dessen Rolle in aller Deutlichkeit: *“Sowohl in moralischer als auch in politischer Hinsicht sollte unsere Politik die ständige Forderung nach nationaler Selbstständigkeit mit dem Bestreben vereinen, die von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Regierungen auf friedlichem Wege in eine Art Sozialdemokratien westlicher Prägung umzuwandeln, die mit der sozialökonomischen Entwicklung West-Europas eng verbunden wären.”*⁽²⁸²⁾ Dieser Ball wurde vom Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, konsequent aufgegriffen: *“Wir haben Formen zu suchen, die die Blöcke von heute überlagern und durchdringen. Wir brauchen soviel reale Berührungspunkte und soviel sinnvolle Kommunikation wie möglich (...) Eine solche Konzeption kann zu einer Transformation der anderen Seite beitragen.”*⁽²⁸³⁾ Günter Nenning, der damalige Sekretär der *“Sozialistischen Internationale”* brachte die ganze Sache auf den Punkt: *“Der Kommunismus hat Zukunft. Seine Zukunft heißt Sozialdemokratie.”*⁽²⁸⁴⁾

Wir können also an dieser Stelle folgendes zusammenfassen:

1.) Aggressive "Roll-Back"-Strategie und strategische Konzeptionen der "Politik der friedlichen Einmischung" waren niemals gegensätzliche Elemente, sondern - je nach historischer Gegebenheit und Notwendigkeit - dialektisch miteinander verknüpft. Die Politik der "friedlichen Einmischung" begann bereits Anfang/Mitte der 50er Jahre zum dominanten Element innerhalb der imperialistischen Global- und Gesamtstrategie gegen das sozialistische Lager zu werden.

2.) Zu ihrer ganzen Spannbreite gehörten folgende Bestandteile:

a) aggressive Rüstungspolitik mit dem Ziel, die sozialistische Staatengemeinschaft, insbesondere die UdSSR, ökonomisch zu schwächen und erpressbar zu machen, wobei jede mögliche militärische Option (einschließlich des nuklearen "Erstschlages") immer offen gehalten wurde

b) massive Propaganda mit dem Ziel, die Bevölkerung Ost-Europas ideologisch zu beeinflussen

c) Unterstützung eines "abtrünnigen Kommunismus" und sogenannter "Reformbewegungen", d.h. Unterstützung insbesondere auch jeglicher Tendenz zur Spaltung und Atomisierung der kommunistischen Weltbewegung

d) Nutzung und Aufbau des Sozialdemokratismus ("demokratischer Sozialismus") als Alternative zum Marxismus-Leninismus und in organisatorischer Form zu den herrschenden kommunistischen Parteien

e) Aufbau von Agenten- und Diversantennetzen mit dem Ziel, die unterschiedlichen Verteidigungsmechanismen der sozialistischen Länder sowie der regierenden kommunistischen Parteien zu schwächen und zu zerschlagen

f) Zersetzung der Einheit der sozialistischen Staatengemeinschaft durch flexible politische, ökonomische, ideologische, kulturelle etc. "Bearbeitung" jedes einzelnen sozialistischen Landes.

²⁸² "Foreign Affairs", New York, Juli 1961, S.644

²⁸³ Willy Brandt, *“Koexistenz - Zwang zum Wagnis”*, Stuttgart 1963, S.83

²⁸⁴ G.Nenning, *“Sozialdemokratie”*, Wien/Frankfurt 1963, S.197

Damit sollte ein sogenannter Domino-Effekt entwickelt werden, an dessen Ende die Zerschlagung des Zentrums, d.h. der Sowjetunion, stehen sollte

g) Organisierung ökonomischer Abhängigkeiten, um auf diesem Wege gezielt auf die Entwicklung einzelner sozialistischer Länder Einfluss nehmen zu können.

Die DDR von Anfang an im Fadenkreuz

Entsprechend der imperialistischen Globalstrategie waren zunächst alle Methoden dominierend, um die DDR aggressiv noch in ihrem Aufbaustadium zu vernichten. Dabei spielte der BRD-Imperialismus – in engster Koordination mit seinem Paten in Washington – eine herausragende Rolle. *“Die Deutsche Demokratische Republik sollte im Frontalangriff liquidiert und der Herrschaftsbereich des westdeutschen Imperialismus zunächst bis an die Oder und Neiße ausgedehnt werden. Westdeutschland, so schrieb John Forster Dulles (damaliger US-Außenminister, d.Verf.) in seinem Buch ‚War or Peace?‘ (Krieg oder Frieden?), müsse ‚Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens hineinziehen‘ und dadurch eine ‚vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen‘, um ‚Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und andere angrenzende Länder zu unterminieren‘.”*⁽²⁸⁵⁾ *“Der amerikanische Hochkommissar McCloy setzte ‚Anfang Februar 1950 (...) ein Political and Economic Projects Committee (PEPCO) ein, dessen Aufgabe es war, politische und propagandistische Aktivitäten gegen die DDR und die sowjetischen Deutschlandpolitik zu konzipieren und zu koordinieren.’ Ein im April 1950 bestätigtes ‚Programm für PEPCO legte als Ziele der amerikanischen Politik gegenüber der DDR fest, ‚die Bevölkerung zu passivem Widerstand anzuregen, den Glauben an westliche Werte und Institutionen zu fördern, den Menschen die sowjetischen Unterdrückungsmaßnahmen deutlich zu machen, dadurch die weitere Sowjetisierung der DDR zu erschweren und den Irredentismus in der DDR und den von Polen verwalteten deutschen Gebieten aufrechtzuerhalten‘.”*⁽²⁸⁶⁾ Das ist exakt die bereits erwähnte Domino-Strategie im Konkreten ausformuliert!

Der BRD-Imperialismus erklärte die Vernichtung der DDR nicht nur offiziell zu seinem Programm, er verlieh ihm sozusagen zusätzlich mit dem “Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen” Ministerrang. Die Ministerebene, auf der viele der Fäden zusammenliefen, an deren Enden das Ende der DDR stehen sollte, unterstreicht jedoch zugleich die herausragende Bedeutung, die der BRD-Imperialismus diesem strategischen Ziel beimaß.

Man erinnert sich unvermittelt an die jüngere Geschichte – etwa an die CIA-Kriege gegen das sandinistische Nicaragua oder den noch anhaltenden Krieg gegen das sozialistische Cuba – bei der inzwischen historischen Betrachtung der Sabotage- und Terrorakte, die imperialistische Geheimdienste, ihre Front- oder Tarnorganisationen gegen die noch junge DDR durchführten, mit dem erklärten Ziel, dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der deutschen Geschichte sozusagen noch im Kindbett den Garaus zu machen. *“In den meisten Diversions- und Sabotagefällen, die in der DDR aufgedeckt worden sind, bestanden unmittelbare Verbindungen zu Geheimdienstzweigen und deren Agentenorganisationen in der BRD und Westberlin. Das*

²⁸⁵ “Verschwörer! Tatsache und Hintergründe der Subversion der Achse Bonn-Washington gegen die CSSR”, Dokumentation von PANORAMA DDR, September 1968, S. 3

²⁸⁶ Eichner/Dobbert, “Headquarters Germany, Die USA-Geheimdienste in Deutschland”, Berlin 1997, S.63

trifft auf die großangelegte Schädlingstätigkeit in der sächsischen Textilindustrie (1949), in den Solvay-Werken in Sachsen-Anhalt (1952), in der Landwirtschaft des Kreises Wittstock (1953), in der MTS Brüsewitz (1953), im VEB Zementwerk Göschwitz (1953) und im VEG Messgerätewerk Zwönitz (1953) zu. Bezeichnend ist, dass in den betreffenden Fällen als Auftraggeber die Krupp- und Siemensmonopole in der BRD fungierten, die schon in Nazideutschland aufs engste mit den faschistischen Geheimdienstzweigen zusammengearbeitet haben und deren auf dem Territorium der DDR gelegene Betriebe enteignet worden sind. (...) Die von der BRD aus gelenkte Diversion und Sabotage verdichtete sich zeitlich zunächst in den Jahren 1949 bis 1955 gegen die volkseigene Industrie und die Wirtschaftsplanung und konzentrierte sich besonders im Jahr 1958 gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR.”⁽²⁸⁷⁾

Zur Tarnung und Organisation solcher Aktionen wurden diverse Gruppierungen ins Leben gerufen, die zumeist in engstem Kontakt zu imperialistischen Geheimdiensten, vor allem dem BND und der CIA standen. Zu nennen sind dabei u.a.:

A) die “Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit” (KgU) ⁽²⁸⁸⁾

B) der “Bund Deutscher Jugend” (BDJ)

C) die “Arbeitsgemeinschaft 13. August”

D) der “Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen” und viele andere Organisationen, Personenzusammenschlüsse sowie Grüppchen. Viele der in diesen Zusammenschlüssen agierenden Personen spielten zudem eine herausragende Rolle in der von der CIA geschaffenen Geheimorganisation GLADIO, die von den antikommunistischen Strategen in Washington und Langley (CIA-Hauptquartier) in West-Europa für einen “low-intensity-warfare” gegen jegliche Art von möglichen demokratischen oder progressiven Entwicklungen sowie gegen die sie tragenden Organisationen und Parteien aus der Taufe gehoben worden war.

Besondere Rolle des “Ostbüro” der SPD

Eine besondere Rolle spielte das sogenannte “Ostbüro” der SPD. Es war nicht nur der organisatorische Beleg für die Rolle des Sozialdemokratismus (“demokratischen Sozialismus”) als ideologischem Kampfinstrument des Imperialismus gegen den Sozialismus, es war zugleich der lebendige Beweis für die Tatsache, daß die Übergänge von ideologischer Diversion zu Propaganda, Spionage und Sabotage in der Regel mehr als fließend sind.

“Im Berlin der 50er Jahre, während des Untergrundkampfes zwischen Ost und West, tummelten sich Vertreter von 80 ausländischen Geheim- und Nachrichtendiensten. Manche Agenten operierten solo, andere, wie Amerikaner und Russen, in Kompaniestärke. (...)

Mit dabei in der Spionage-Frontstadt war ein Trupp Entschlossener, der so gar nicht ins Romanbild eines John Le Carré passen wollte – keine Profis, sondern Parteisoldaten vom sogenannten ,Ostbüro’ der SPD. Das ,Ostbüro’

²⁸⁷ Charisius/Mader, “Nicht länger geheim”, Berlin (DDR), 1980, S.318ff.

²⁸⁸ Terror- und Sabotageaktionen der KgU und ihrer Hintermänner werden detailliert beschrieben u.a. in: Heinrich/Ullrich, “Befehdet seit dem ersten Tag. Über drei Jahrzehnte Attentate gegen die DDR”, Berlin (DDR), 1981

- + arbeitete ‚im konspirativen Bereich stark‘ mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen;
- + infiltrierte, von staatlichen Stellen geduldet und gefördert, im Rahmen seinen ‚Inlandsaufklärung‘ politische Extremistengruppen (gemeint ist u.a. die KPD, d.Verf.);
- + sammelte Informationen über drei Millionen DDR-Bürger, um nach einer Wiedervereinigung ein ‚besseres Nürnberg‘ zu ermöglichen – die radikale Bestrafung stalinistischer Helfer;
- + schickte Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf gegen das Ulbricht-Regime (...)

Dem ‚Ostbüro‘ gelang es, aus der DDR viele vertrauliche, oft geheime Informationen herauszuschleppen: Sitzungsberichte des SED-Zentralkomitees oder Details über den Aufbau der Polizei, Baupläne von Gefängnissen oder Standorte der Roten Armee. (...)”⁽²⁸⁹⁾

Der ehemalige leitende Funktionär der SPD und ihres “Ostbüros” Helmut Bärwald bestätigt in seinem Buch “Das Ostbüro der SPD” viele der vom “Spiegel” gemachten Aussagen und präzisiert gar die Tätigkeit und Rolle dieser Organisation weiter:

“Nicht von Anfang an, jedoch bis spätestens Ende 1946 konkretisiert, erhielt das Ostbüro vom Parteivorstand (der SPD, d.Verf.) sechs Hauptaufgaben zugewiesen, die während der fast 25jährigen Arbeit des Ostbüros bis Januar 1971 mit den jeweiligen Situationen und Entwicklungen entsprechender Gewichtigkeit erfüllt wurden:

- 1.) Kontaktstelle der SPD für Sozialdemokraten in der SBZ/DDR und Koordinierungsstelle für die Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen, die politischen Widerstand gegen die Gewalt- und Willkürherrschaft in der SBZ/DDR leisteten. Gelegentlich bereits in den ersten drei Jahren nach Gründung des Ostbüros, vermehrt nach Gründung der DDR und nach der Umformung der SED in eine ‚Partei neuen Typus‘, nahmen Personen mit diesem Büro Kontakt auf, die bis dahin zur SPD und zur Sozialdemokratie keine Beziehungen und keine Berührungspunkte hatten. Darunter befanden sich etliche gegenüber der SED-Führung und deren Politik in Partei und Staat und deren innerparteilichem Regiment oppositionell eingestellte Kommunisten.
- 2.) Beschaffung, Sammlung, Auswertung und Verwertung von Informationen über die Lage und die Entwicklung in der SBZ/DDR (...).
- 3.) Aufklärungsarbeit innerhalb der SED und anderen politischen bzw. gesellschaftlichen Organisationen und innerhalb der gesamten SBZ/DDR.
- 4.) Herausgabe von Informationen und Analysen über die Lage und die Entwicklung in der SBZ/DDR an die Öffentlichkeit, an politische Institutionen und staatlichen Stellen (bis 1949 in den westlichen Besatzungszonen) in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland.
- 5.) Beobachtung, Analyse und Abwehr von gegen die SPD und (ab 1949) gegen die Bundesrepublik Deutschland und deren freiheitliche demokratische Grundordnung sowie gegen Mitarbeiter des Ostbüros gerichteter Aktionen von Geheimdiensten der Sowjetunion, der DDR

²⁸⁹ aus: Der Spiegel, “SPD-Spionageaktivitäten im Kalten Krieg”, Nr. 25, 1990

und anderer Ostblockstaaten und der ‚Westarbeits‘-Apparate des SED-Staates und der Sowjetunion.

6.) Überprüfung und Betreuung von Flüchtlingen aus der SBZ/DDR durch die dem Ostbüro angeschlossene Flüchtlingsbetreuungsstelle ‚Ost‘, Betreuung politischer Häftlinge bzw. deren Familien und Mitwirkung an ‚Freikaufaktionen‘ für politische Häftlinge.“⁽²⁹⁰⁾

“Das Ostbüro der SPD hat wie mit anderen staatlichen Stellen, mit Forschungsinstituten und dergleichen auch mit Geheimdiensten des eigenen Landes, vor allem in den Bereichen Informationsbeschaffung und Informationsaustausch zusammengearbeitet und auch an der Anfertigung von Analysen mitgewirkt. Diese Zusammenarbeit wurde von der Parteiführung als in einer Demokratie durchaus passend, gerechtfertigt und selbstverständlich betrachtet, und bis zum Ende des Ostbüros niemals untersagt.

General Reinhard Gehlen (Nazi-General und -Geheimdienstfachmann, gründete im Auftrag der CIA and anfänglich von ihr sogar direkt bezahlt den BND, d.Verf.) berichtet in seinen ‚Erinnerungen 1942-1971‘ über ein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher am 21. September 1950 im Beisein von Erich Ollenhauer, Annemarie Renger, Prof. Carlo Schmidt und Fritz Erler. Dieses Gespräch drehte sich hauptsächlich um die Rolle und Standort eines Auslandsgeheimdienstes wie des BND in der Demokratie. General Gehlen erinnert sich: ‚Ich hatte das gute Gefühl, daß ich in allen wesentlichen Punkten eine Übereinstimmung mit Kurt Schumacher erzielen konnte. Zuletzt sicherte er mir zu, daß die SPD die Arbeit der Organisation unterstützen (...) werde.‘

Auch Geheimdienste aus anderen NATO-Staaten unterhielten gute Beziehungen zum Ostbüro, dessen Archiv und dessen sachkundige und informative Expertisen über die SBZ/DDR, über die Entwicklung des internationalen Kommunismus und über kommunistische ‚Westarbeit‘ seit 1946 auch im Ausland sehr geschätzt waren.“⁽²⁹¹⁾

“Nicht nur die Organe der Partei (Partei Vorstand, Schiedskommission u.a.) sowie Gliederungen der SPD (Bezirke, Unterbezirke u.a.) erbaten vom Ostbüro die Überprüfung von Personen bzw. Personengruppen, sondern auch andere Organisationen (Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt u.a.) und staatliche Organe. Das Ostbüro arbeite in seinem Arbeitsbereich ‚Abwehr und Sicherheit‘ engstens und vertrauensvoll mit staatlichen Abwehr- und Sicherheitsorganen zusammen; nicht in administrativ kühler Distanz, sondern zumeist in geradezu kameradschaftlicher Weise. Als herausragende Beispiele sind die guten Kontakte des Ostbüros zum 14. Kommissariat der Kriminalpolizei in Bonn, zum Staatsschutz-Kommissariat der Hamburger Kripo, zum Staatsschutz-Bereich des Bundeskriminalamtes und zur Sicherungsgruppe Bonn des BKA, zum Bundesamt für Verfassungsschutz und zu den Landesämtern für Verfassungsschutz zu nennen. (...)

Das SPD-Präsidium wusste von diesen Verbindungen, billigte sie und nutzte sie hin und wieder auch (...).“⁽²⁹²⁾

²⁹⁰ Helmut Bärwald, “Das Ostbüro der SPD”, Krefeld, 1991, S.28/29

²⁹¹ ebenda, S.52/53

²⁹² ebenda, S.104/105

Propaganda als Waffe gegen die DDR

Alle die bisher aufgeführten Organisationen verbanden ihre Sabotage- und Spionagearbeit – mal mehr, mal weniger, natürlich mit organisationsspezifischen Zugängen und Schwerpunkten – mit gezielter, gegen die DDR und ihre Bevölkerung gerichteter Desinformation und Propagandatätigkeit. Vor allem das “Ostbüro” der SPD zielte dabei auf die innere ideologisch-politische Zersetzung der SED in Richtung “demokratisch-sozialistischen” Gedankenguts. All dies hatte zur Aufgabe, die DDR propagandistisch “reif zu schießen” für die Übernahme durch den BRD-Imperialismus. Die Formen dieser Propagandatätigkeit waren dabei sehr vielfältig: sie reichen von illegaler Flugblattverteilung, massenhaften Postwurfsendungen, dem Vertrieb illegaler (oder gefälschter und manipulierter SED-) Schriften und Bücher, dem Aufbau eines Netzes kleiner Untergrunddruckereien bis hin zu spektakulären “Ballonaktionen”, bei denen mit Hilfe kleiner Ballons Flugblätter über dem Territorium der DDR abgeworfen wurden.

Doch es gab auch Organisationen und Institutionen, die in ihrer Bedeutung darüber hinaus gingen. In diesem Zusammenhang sind u.a. zu nennen:

- A) der in Westberlin stationierte Sender RIAS, der bei der Organisierung des konterrevolutionären Putschversuches am 17. Juni 1953 in der DDR eine wichtige Rolle spielen sollte;
- B) die in West-Berlin erscheinende und eingangs bereits erwähnte Zeitung “Der Monat” mit ihren Verbindungen und Abhängigkeiten von/zu der international operierenden Organisation “mit CIA-Hintergrund” “Congress for Cultural Freedom” (CCF)
- C) die Zeitschrift “Der Dritte Weg – Zeitschrift für modernen Sozialismus”.

Auf letztere möchte ich etwas näher eingehen, da sie sowohl hinsichtlich der imperialistischen Infiltration der SED, als auch der KPD in der BRD eine Rolle spielte und von Beginn an unter der Flagge eines “kritischen Kommunismus” segelte, für einen “modernen Sozialismus” eben...

Die meisten Autoren dieser Zeitschrift waren ehemalige Kommunisten, die als Anhänger eines “Dritten Weges” mit ihren Parteien (SED oder KPD) gebrochen hatten: *“In der kommunistischen Bewegung – in der DDR allemal – waren die Namen dieser ausgewiesenen Antistalinisten bekannt: Manfred Hertwig, Wolfgang Leonhard, Walter Philip, Fritz Schenk, Rudolf Schröder, Hermann Weber, Günther Zehm, Heinz Zöger, Gerhard Zwerenz.*

Auf zwölf Seiten umfaßte jede Nummer der ‘Zeitschrift für modernen Sozialismus’, so der Untertitel des ‘Dritten Weges’, eine breite Themenpalette gesellschaftlicher Fragen in der DDR, in Osteuropa und der kommunistischen Bewegung. Die teilweise langen Beiträge erfuhren Auflockerung durch Lyrik von Erich Fried, Gerhard Zwerenz oder Jewgeni Jewtuschenko, durch Zitate von Marx und Engels bzw. Aufrufe, wie ‘Freiheit für die Genossen Janka, Steinberger und alle anderen inhaftierten Sozialisten in der DDR!’ ‘Der Dritte Weg’ setzte sich polemisch mit der praktischen Politik, der gesellschaftlichen Entwicklung, mit DDR-Medien und der DDR-Geschichtsschreibung auseinander. Er analysierte SED-ZK-Tagungen, Ulbricht-Reden oder Sendungen von Schnitzlers ‘Schwarzem Kanal’ ebenso wie das ‘Nationale Dokument’, den ‘Deutschlandplan des Volkes’ oder die Werke ‘realsozialistischer’ Geschichts-

schreibung und verbreitete Auffassungen von kritischen Intelligenzlern, die sich in der DDR kaum oder gar nicht öffentlich äußern konnten.”⁽²⁹³⁾

Verantwortlicher Redakteur dieser Zeitschrift war der ehemalige FDJ-Funktionär Heinz Lippmann, der sich mit DM 300.000 seines Verbandes in den Westen abgesetzt hatte. Finanziert und kontrolliert wurde das Organ von Beginn an vom “Bundesamt für Verfassungsschutz”. Dessen ehemaliger Präsident Günther Nollau erinnert sich: *“Geheimdienstliche Arbeit besteht nicht nur darin, Nachrichten und Material herbeizuschaffen, das zur Festnahme von Verfassungsfeinden dienen kann. Wer die Besonderheiten der Untergrundarbeit erkannt hat, kann auch mit feinerer Klinge fechten. Die KPD war 1956 verboten worden. Im selben Jahr hatte der XX. Parteitag der KPdSU stattgefunden, auf dessen Geheimsitzung Chruschtschow Stalin heftig angegriffen und dadurch dessen System diskreditiert hatte. Intelligente Kommunisten diskutierten damals darüber, welcher Weg nun beschritten werden sollte. War es richtig, den orthodoxen Sozialismus beizubehalten, oder sich im kapitalistischen Bereich der reformerischen Sozialdemokratie anzuschließen? Einige meiner Mitarbeiter diskutierten damals mit ehemaligen Kommunisten, vor allem dem aus der DDR geflohenen zweiten Sekretär der FDJ, Honeckers damaligen Stellvertreter Heinz Lippmann (hier wird die tatsächliche Position Lippmanns von Nollau wohl propagandistisch ‚aufgeblasen‘. Tatsächlich war er Sekretär des Zentralrats der FDJ, die Position eines ‚zweiten Sekretär‘ gab es nicht, d.Verf.), darüber, wie man diese Diskussionen anregen und für unsere Abwehrzwecke nützen könnte. Wir kamen zu dem Ergebnis, eine offene Werbung für die Sozialdemokratie werde es den moskautreuen Kommunisten erleichtern, jeden neuen Gedanken mit dem Etikett ‚Sozialdemokratismus‘ zu versehen und abzulehnen. Einer kam auf die Idee, einen ‚Dritten Weg‘ zu propagieren, einen schmalen Pfad, den zu begehen die Fähigkeit erforderte, zwischen dem orthodoxen Kommunismus und der reformerischen Sozialdemokratie zu balancieren. (...) Andere – wie ich – erwarteten, dieser Balanceakt werde in der illegalen KPD zersetzend wirken und uns die Möglichkeit eröffnen, unter den Dissidenten, die wir kennenzulernen hofften, Informanten zu gewinnen. (...) Im Mai 1959 starteten wir unser Blättchen mit dem Artikel ‚Zwischen Stalinismus und Kapitalismus‘. Die Angriffe auf den Stalinismus fielen uns leicht. Aber um glaubwürdig zu sein, mußten wir auch den Kapitalismus und die Bundesregierung kritisieren. Das war zwar nicht schwer, denn an der damaligen Ostpolitik gab es manches zu beanstanden. Aber die Angriffe mußten so dosiert sein, daß sie, falls das Unternehmen einmal platzte, vor der Dienstaufsichtsbehörde zu vertreten waren.”⁽²⁹⁴⁾* Gerade Heinz Lippmann wurde immer wieder auch persönlich eingesetzt, um zu versuchen, SED- und FDJ-Funktionäre, die sich auf Dienstreisen ins kapitalistische Ausland befanden, zu rekrutieren, wobei sich dann der Kreis der ganzen Palette imperialistischer Diversionsstrategien gegen die DDR wieder zu schließen beginnt...

Sag mir, wer Deine Freunde sind ...

Bei der Rekrutierung von Agenten sowie der geheimdienstlichen Nutzung von SED-Mitgliedern, sich herausbildenden innerparteilichen Tendenzen oder Fraktionen spielten immer

²⁹³ Michael Herms, “Heinz Lippmann – Porträt eines Stellvertreters”, Berlin, 1996, S.214

²⁹⁴ G. Nollau, “Das Amt”, München, 1979, S.226ff

wieder persönliche Frustrationen oder revisionistische Einstellungen eine entscheidende Rolle. Zwei Beispiele seien hier herausgegriffen:

A) die Agentinnen der CIA Gertrud Liebing und Erika Lokenvitz, beide über Jahre im Apparat des ZK der SED tätig. Es gelang ihnen über 10 Jahre hinweg einen Spionagering für ihre Auftraggeber in Langley aufzubauen, wobei beide sich bei ihrer Agententätigkeit vor allem auf die Rekrutierung "kritischer SED-Mitglieder" stützten; ⁽²⁹⁵⁾

B) die Rolle der Gruppe um Wolfgang Harich, die sich in und um den "Aufbau-Verlag" Ende der 50er Jahre gebildet hatte.

Auf letztere möchte ich etwas näher eingehen, weil an ihr – erneut – der fließende Übergang von der Entwicklung revisionistischer Positionen zu objektiv konterrevolutionärer Tätigkeit deutlich wird. Wolfgang Harich gehörte damals zum Herausgeberkreis der "Deutschen Zeitschrift für Philosophie", die im "Aufbau-Verlag" erschien. Vom 22. bis 25. November 1956 hatte Wolfgang Harich unter dem Titel "*Über die Aufgaben der SED im Kampf für die Festigung ihrer Reihen, für die sozialistische Demokratisierung der DDR und für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Demokratie, des Sozialismus, der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit und der Freundschaft mit allen Völkern*" (später auch als "Plattform" bekannt geworden) ein Positionspapier erarbeitet, das – neben anderen Schriften aus seiner Feder – eindeutig revisionistischen Charakter hatte und auf eine Beseitigung der marxistisch-leninistischen Führung der SED orientierte:

"Schon in der Präambel wurde in erfreulicher Deutlichkeit das Grundproblem der DDR im Jahre 1956 benannt. Im ZK der SED gäbe es dominierende Kräfte, die die Notwendigkeit ernster theoretischer und praktischer Schlußfolgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU verkennen. (...)

Das eigentliche Programm bestand aus drei Schwerpunkten. Am Beginn stand der Komplex Erneuerung der SED. (...) Zu diesem Zweck müsse das Parteistatut der SED, das in der Stalinschen Periode angenommen wurde, überprüft werden. (...) Die Neufassung des Statuts müsse die Aussagen zur innerparteilichen Demokratie in früheren Parteistatuten aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung berücksichtigen, ebenso das Statut des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (sic! d.Verf.) und die Organisationsprinzipien des XX. Parteitages der KPdSU (sic! d.Verf.), des VIII. Parteitages der KP Chinas und des VIII. Plenums der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. (...)

Akzeptiert wurde nur ein Marxismus-Leninismus, der sich schöpferisch in Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen weiterentwickelt und historische Dogmen kritisch überwindet. Als Beispiel für eine dringend notwendige Überwindung wurde die Stalinsche These von der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes bei wachsenden Aufbau-Erfolgen des Sozialismus genannt. Ebenso wurde ein neues Verständnis der Geschichte gefordert. Die Politik des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens seit 1948 (sic! d. Verf.), der Volksaufstand 1953 in der DDR (sic! d. Verf.), der XX. Parteitag der KPdSU (sic! d.Verf.), der Posener Volksaufstand vom Juni 1956 (sic! d. Verf.) und der ungarische Volksaufstand von 1956 (sic! d. Verf.) sollten als Glieder in der Kette des Aufbegehrens der Arbeiter gegen den Bürokratismus der Stalinschen Periode

²⁹⁵ vgl. dazu ausführlich: Borgmann/Staadt, "Deckname Markus. Spionage im ZK", Berlin, 1988

verstanden werden. Herangezogen werden sollten auch die Werke namhafter sozialdemokratischer Historiker. Die Geisteswissenschaften sollten zur umfassenden Ausarbeitung der These von der Mannigfaltigkeit des Übergangs zum Sozialismus beitragen. (...)

Für die Beziehungen der SED zu anderen Parteien sah der Programmentwurf vor, die einseitige Bindung der SED an die sowjetische Bruderpartei' zu beenden. Statt dessen sollten die Beziehungen der SED zu den Parteien besonders intensiviert werden, die bei der Überwindung der Fehler der Stalinschen Periode bereits große Fortschritte gemacht haben. Dazu zählen: Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (sic! d. Verf.), die KP Chinas, die PVAP, die Sozialistische Partei Ungarns, die KP Italiens und die KP der USA. Da die SED aus der Verschmelzung von KPD und SPD hervorgegangen sei, müßten auch zur Sozialistischen Partei Italiens (Nenni) freundschaftliche Beziehungen hergestellt werden. (...)

Besonderer Nachdruck wurde auf die Gestaltung neuartiger Beziehungen zwischen SED und SPD gelegt. Jedoch müsse die SED zuerst Voraussetzungen für eine Verständigung mit der SPD durch konsequente Entstalinisierung schaffen. Ebenso müsse die SED die reale Möglichkeit eines friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus in der Bundesrepublik auf der Grundlage des Grundgesetzes anerkennen. Zu den Voraussetzungen zähle auch die rücksichtslose Kritik an Fehlern der KPD, die in der Vergangenheit die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung erschwert hätten. (...)

Ein entscheidendes Hindernis, der Einheit zuzustimmen, sei für viele Sozialdemokraten die einseitige Bindung der KPD und SED an die KPdSU gewesen. Die Bedenken Dr. Schumachers im Jahre 1946 hätten sich im nachhinein als völlig richtig erwiesen (sic! d. Verf.). (...)."⁽²⁹⁶⁾

In diesem Positionspapier werden dann Schritte zu seiner Durchsetzung entwickelt. Und ganz oben steht folgender:

"1. Führungswechsel in der SED, Verkündung des Programms des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus durch die SED, Durchführung des Programms, soweit es sich auf die DDR bezieht. Schaffung der inneren Voraussetzung zur Verständigung mit der SPD innerhalb der DDR durch konsequente Entstalinisierung und Demokratisierung."⁽²⁹⁷⁾

Es versteht sich von selbst, daß mit der Ablösung der marxistisch-leninistischen SED-Führung und der Umsetzung des Programms von Harich und seinen Anhängern bereits in den 50er Jahren eine Liquidierung des Sozialismus in der DDR, die konsequentermaßen folgende Annexion der DDR durch den BRD-Imperialismus eingeleitet worden wäre – alles unter der Flagge eines "demokratischen Sozialismus" und in Zusammenarbeit mit der SPD-Führung. Mit anderen Worten: "Perestroika" und "Glasnost" vorverlegt...

Doch Harich ging noch einen Schritt weiter, der sich aus seinen Positionen allerdings logisch erschließt. In seiner umtriebigen Suche nach Bündnispartnern und Unterstützern für sein Programm kontaktierte er die SPD in Westberlin, die ihn sofort an das "Ostbüro" weiterleitete. Der bereits ausführlich zitierte ehemalige Funktionär des "Ostbüros" Helmut Bärwald erinnert sich: "Nach Beginn der Entwicklung der SED zu einer ‚Partei Neuen Typus‘ in den Jahren 1948/49 und insbesondere nach Gründung des SED-Staates im Oktober 1949 suchten immer

²⁹⁶ S. Prokop, "Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs", Berlin, 1997, S.103ff

²⁹⁷ ebenda, S.107

mehr dieser Menschen Verbindungen zum Ostbüro, darunter auch zahlreiche oppositionelle Kommunisten und Sozialisten, teilweise auch höhere Funktionäre der SED, sogenannter Massenorganisationen oder aus der staatlichen Administration. (...) Bisweilen wurde das Ostbüro auch um Veröffentlichung von Aufsätzen, Memoranden oder politisch-ideologischer ‚Plattformen‘ von Oppositionellen gebeten (...). Bemerkenswert ist das Gespräch, das Prof. Dr. Wolfgang Harich, damals Lektor im Ostberliner Aufbau-Verlag, Dozent für Geschichte der Philosophie an der Humboldt-Universität und Mitherausgeber der Ostberliner ‚Deutschen Zeitschrift für Philosophie‘ und einer der führenden Köpfe der ‚revisionistischen Opposition‘ innerhalb der SED, im Jahre 1956 mit Vertretern des Ostbüros in West-Berlin hatte (...). Ende 1956 wurde Harich gemeinsam mit anderen Oppositionellen vom Staatssicherheitsdienst des SED-Staates verhaftet und im März 1957 vor Gericht gestellt. Einer der Anklagepunkte in dem Gesinnungs- und Terrorprozeß lautete: Agententätigkeit für das Ostbüro der SPD.(...)”⁽²⁹⁸⁾

Harich mußte wissen, wen er mit dem “Ostbüro” zwecks Diskussion und Unterstützung kontaktierte. Die konterrevolutionäre und Agentenrolle dieser Organisation im Rahmen der imperialistischen Diversionsstrategie war in der DDR bereits enthüllt worden. Wir sehen also: wieder einmal schließt sich der Kreis zwischen Revisionismus und offener Konterrevolution, ob dies von allen Beteiligten nun subjektiv gewollt wurde oder nicht...

Ordinäre Geheimdienstaktivitäten ⁽²⁹⁹⁾

Integraler Bestand der imperialistischen Diversion gegen die DDR war selbstverständlich auch die ganz ordinäre und professionelle Geheimdiensttätigkeit. Dabei lassen sich folgende Bereiche herausarbeiten:

A) Einsatz von Spionen (Agenten):

+ **quantitativ** mit dem Ziel, nach Möglichkeit das gesamte Territorium der DDR aufzuklären, insbesondere die militärischen und ökonomischen Zentren;

+ **qualitativ**: Einschleusung von Agenten in möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR, wobei ein besonderer Augenmerk auf mittlere und hohe Funktionspositionen gelegt wurde;

+ **ständig** in Bezug auf eine möglichst hohe Aktualität, was eine schnelle und präzise Übermittlung der Spionageergebnisse erforderte.

B) Insbesondere der letzte Punkt erforderte den regelmäßigen Einsatz bzw. das Einschleusen von Kurieren und Funkagenten

C) Geheimdienstlich “abgesicherter” Wirtschaftskrieg, der sich in folgende Perioden mit klar erkennbaren Schwerpunktsetzungen untergliedern läßt:

Anfang bis Ende der 50er Jahre: Verhinderung oder Erschwerung ökonomischer Beziehungen zwischen der DDR und BRD;

²⁹⁸ H. Bärwald, “Das Ostbüro der SPD”, Krefeld 1991, S.47

²⁹⁹ die in diesem Kapitel nur angerissen beschriebenen Aktionen können wesentlich umfangreicher und analytischer dargestellt nachgelesen werden u.a. in: Charisius/Mader, “Nicht länger Geheim”, Berlin (DDR), 1980

Ende der 50er bis Anfang der 60er Jahre wurde versucht, die wirtschaftlichen Außenbeziehungen der DDR so zu beeinflussen, daß ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis entstehen sollte. Auf diesem Weg sollte die DDR erpreßbar werden;

In den 60er und 70er Jahren konzentrierten sich die Operationen darauf, die ökonomischen Beziehungen zwischen der DDR und kapitalistischen Staaten insgesamt zu erschweren und/oder zu behindern. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der DDR und den jungen Nationalstaaten aus dem Trikont zu stören;

In den 80er Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt der Aktivitäten wieder auf die Schaffung von ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen. In diesem Zeitraum fällt dann auch ganz konsequent die recht flexible Kreditvergabe imperialistischer Staaten an die DDR.

D) Sabotage und Diversion

Hierzu habe ich in den vorangegangenen Kapiteln bereits einiges im Detail ausgeführt. Mit der Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August 1961 wurde die Durchführung dieses Programms allerdings äußerst kompliziert und damit in seinen Möglichkeiten drastisch eingeschränkt

E) Gezielte Abwerbung von Spezialisten und staatsfeindlicher Menschenhandel

In den 40er und 50er Jahren wurden besonders wissenschaftlich-technische Spezialisten abgeworben, um so die ökonomische Entwicklung der DDR zu schwächen

Seit 1961 wurden die gezielten, wenn auch durch die Sicherung der Staatsgrenze äußerst erschwerten Ausschleusungsaktionen auf alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR ausgeweitet

F) Provokationen und aggressive Akte an der Staatsgrenze der DDR.

Konterrevolutionärer Putschversuch 1953

All die bisher aufgezeigten und angerissenen Aktionen des Imperialismus gegen die DDR kulminierten am 17. Juni 1953 im Rahmen der dominanten "Roll-Back"-Variante innerhalb der imperialistischen Gesamtstrategie in dem Versuch, den Aufbau des Sozialismus in der DDR mittels Putsch zu beseitigen und eine sofortige Annexion durch den BRD-Imperialismus einzuleiten.

Eine hervorzuhebende Rolle spielte dabei der auf Initiative des BRD-Kanzlers Konrad Adenauer und seines "Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen" am 24. März 1952 aus der Taufe gehobene "Forschungsbeirat für die Fragen der Wiedervereinigung". Er hatte die Aufgaben, alle Vorbereitungen für die geplante Annexion der DDR zu treffen und entsprechende Aktionen zu koordinieren. Der "Tag X" für die Eroberung der DDR wurde festgelegt und auch offen formuliert. So ließ es der damalige "Minister für Gesamtdeutsche Fragen", Kaiser (CDU), alle wissen: *"Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, dass dieser Tag X rascher kommt, als die Skeptiker zu hoffen wagen."*⁽³⁰⁰⁾ Und der "Spiegel" frohlockte: *"Der Generalstabsplan für*

³⁰⁰ "Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", 26. Juni 1952, S.1002

die administrative Machtübernahme (in der DDR, d. Verf.) ist so gut wie fertig. Es fehlt – nach der Unterzeichnung des Generalvertrages durch Bundeskanzler Adenauer – nur die Gelegenheit, ihn in die Praxis umzusetzen.”⁽³⁰¹⁾ Sie wußten, wovon sie redeten, denn die Konterrevolution war ja über Jahre sorgfältig vorbereitet worden...

”Analysiert man die bei der konterrevolutionären Aktion gegen die DDR 1952/53 von den imperialistischen Geheimdiensten angewandten Formen und Methoden des Klassenkampfes, so ergibt sich folgendes Bild: Zunächst wurde ‚die psychologische Kriegführung in einem längeren Zeitraum – etwa ein Jahr lang – verstärkt. Speziell die Gehlen-Organisation (gemeint ist der BND, d. Verf.) schürte die Bürgerkriegshysterie‘. Die gleiche Aufgabe erfüllten der RIAS und andere Rundfunkstationen. Sie verbreiteten die ‚Strategie der effektiven subversiven Tätigkeit‘ und die ‚Technik der offenen Verschwörung‘. (...)

Unmittelbar vor der Auslösung des Putschversuchs, am 13. Juni 1953, erklärte der damalige Bundesminister Schröder ostentativ: ‚Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere Gebiet ist uns entzogenes und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß.‘ (...)

Die psychologische Putschvorbereitung war von einer zunehmenden Infiltration der DDR mit konterrevolutionären Elementen begleitet. Zugleich sollten Provokationen an der Staatsgrenze die internationale Spannung verschärfen und die Bevölkerung der DDR aufwiegeln. Im Jahr 1952 kam es an der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD wiederholt zu bewaffneten Provokationen und zahlreichen illegalen Grenzüberschreitungen. Das war mit forcierter Spionage, mit Diversion und Sabotage koordiniert. Von Westberlin aus wurden Terrorgruppen gegen die Staatsgrenze der DDR angesetzt. (...)

Bereits im Mai 1952 verurteilte das Oberste Gericht der DDR 22 Agenten imperialistischer Geheimdienste wegen Sabotage und staatsgefährdender Gewaltakte. (...)

Die Weltöffentlichkeit erfuhr, daß in den Jahren 1953/54 allein in der DDR mehr als 400 Gehlen-Agenten verhaftet und mehr als 100 dem Aufruf gefolgt waren, mit ihren Auftraggebern zu brechen und sich freiwillig den Sicherheitsorganen der DDR zu stellen.”⁽³⁰²⁾

Der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Walter Ulbricht, beschreibt sowohl die Gründe als auch den Ablauf des konterrevolutionären Putschversuches am 17. Juni 1953 sehr deutlich: “Auf der 2. Parteikonferenz waren die Richtlinien für den sozialistischen Aufbau beschlossen worden. Die Maßnahmen des Übergangs zum Sozialismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens mußten jedoch noch im einzelnen ausgearbeitet werden. Das war eine schwierige Aufgabe, deren Lösung längere Zeit beanspruchte. (...)

Die Feinde der Arbeiter-und-Bauern-Macht beantworteten den Übergang zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus mit einer außerordentlichen Verschärfung des Kalten Krieges gegen die DDR und mit den Vorbereitungen, die unmittelbar darauf gerichtet waren, die sozialistische Ordnung zu beseitigen. Bereits Anfang 1952 wurde deutlich, daß die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen der imperialistischen deutschen und amerikanischen Bourgeoisie direkte Maßnahmen zum konterrevolutionären Sturz der Arbeiter-und-Bauern-Macht einleiteten. Während der Staatssekretär im westdeutschen Außenministerium, Walter Hallstein, die Ver-

³⁰¹ Der Spiegel, Nr. 28, 1952

³⁰² Charisius/Mader, “Nicht länger Geheim”, Berlin (DDR), 1980, S.527ff

einigung Europas bis zum Ural forderte und Konrad Adenauer die ‚Neuordnung in Europa‘ unverhüllt als Ziel seiner Politik bezeichnete, wurden von den Geheimdiensten und Agentenorganisationen, vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen und von den Leitungen der Landsmannschaften Schritte unternommen, um die Aktionen des kalten Krieges gegen die DDR zu koordinieren und wesentlich zu verstärken. Im März 1952 wurde in Bonn ein sogenannter Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands gebildet. Ihm gehörten Vertreter der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals und des Junkertums, darunter Friedrich Ernst, Friedrich Spennrath und Friedrich-Karl von Zitzewitz-Muttrin, sowie Herbert Wehner von der SPD und Ludwig Rosenberg vom DGB an. (...) (303)

In einem Interview mit der französischen Zeitung „Humanité“, des Zentralorgans der (damals noch) Kommunistischen Partei Frankreichs vom August 1953 ging der Ministerpräsident der DDR, Genosse Otto Grotewohl, ebenfalls auf Gründe und Hintergründe des konterrevolutionären Putschversuches ein:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat ein forciertes Tempo in der Entwicklung der Schwerindustrie eingeschlagen; dadurch verzögerte sich die Erzeugung von Konsumgütern. Das hatte unter Teilen der Bevölkerung Mißstimmung und Beunruhigung hervorgerufen. (...)“

(...) wir haben das in der Vergangenheit forcierte Tempo der Entwicklung der Schwerindustrie verlangsamt. Beträchtliche Summen an Investitionsmitteln und Rohstoffen können somit für die Verbesserung der Lebenshaltung verwendet werden. (...)“

Die faschistischen Provokateure haben ihren Putschversuch, der als ‚Tag X‘ von langer Hand vorbereitet war, gerade deshalb Mitte Juni 1953 unternommen, um den neuen Kurs zu Fall zu bringen. Es gelang den Provokateuren der faschistischen westlichen Agenturen, einen Teil der Arbeiterschaft unter Ausnutzung ihrer Unzufriedenheit über noch nicht erfüllte oder nicht sofort erfüllbare Wünsche und Forderungen zeitweilig irrezuführen.

Es ist bewiesen, daß die Provokation im amerikanischen Sektor Berlins und in der amerikanischen Besatzungszone vorbereitet wurde. Dort wurden die faschistischen Banden formiert und ausgebildet, mit Brandbomben, Benzinflaschen, Phosphorampullen und Waffen ausgerüstet und in den demokratischen Sektor Berlins geschickt. Amerikanische Offiziere in voller Uniform leiteten von Kraftwagen aus die Banditen und erteilten ihnen Befehle. Diese Tatsache gestanden verhaftete Banditen. Die Provokateure interessierten sich natürlich nicht für die Verbesserung des Lebens unserer Arbeiter, sondern ihre Aufgabe war es, den Kriegsfunken zu entfachen. (...)“

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützte die Provokateure nicht. Diejenigen Arbeiter, die sich von den Provokateuren täuschen und zur Arbeitsniederlegung verführen ließen, erkannten in dem Augenblick ihre Fehler, als die Faschisten plündernd und brennend in den demokratischen Sektor Berlins einzogen, als sie ihre

³⁰³ siehe dazu ausführlicher: Walter Ulbricht, Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1966, Bd.13, S.224-248

Errungenschaften, Klubhäuser, staatliche Handelsgeschäfte usw. in Flammen aufgehen sahen.”⁽³⁰⁴⁾

In der Entschließung der 15. Tagung des SED-Zentralkomitees vom 24. bis 26. Juli 1953 “Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei” werden noch weitere Fakten aufgeführt:

“Der 17. Juni hat bewiesen, daß in der DDR eine von den Amerikanern organisierte und unterstützte faschistische Untergrundbewegung vorhanden ist. An diesem Tage traten in einigen Städten (Magdeburg, Halle, Görlitz u.a.) ganze Gruppen maskierter Volksfeinde aus der Anonymität hervor und provozierten Unruhen, Es wurden illegale faschistische Organisationen mit eigenen Zentren, eigener Disziplin und ständigen Verbindungen mit den Agentenorganisationen in Westberlin aufgedeckt. So gab es zum Beispiel im Buna-Werk in der Werkstätte G 32 eine faschistische Zentrale, die nach den Direktiven des RIAS Unruhen im Werke organisierte. Im Leuna-Werk stand ein ehemaliger SS-Mann an der Spitze des Provokationszentrums. In diesen großen chemischen Werken traten bei der Anleitung der Provokationen die in den Werken noch vorhandenen Agenten des IG-Farben-Konzerns besonders hervor.

(..) Außerdem bestanden in einigen Städten (Magdeburg, Leipzig u.a.) illegale Organisationen aus ehemaligen SPD-Mitgliedern, die noch immer den arbeiterfeindlichen Auffassungen des Sozialdemokratismus anhängen und darum leicht Opfer der Agenten des Ostbüros wurden (...).

*In einigen Städten waren auch verschiedene andere feindliche Gruppen konzentriert, wie brandlerische Spionagegruppen ⁽³⁰⁵⁾, Trotzlisten, SAP-Gruppen ⁽³⁰⁶⁾. Auch aus unserer Partei entfernte feindliche Elemente beteiligten sich aktiv an den Provokationen.”*³⁰⁷

In weiteren Dokumenten (nicht nur) der SED sowie zahlreichen historischen Abhandlungen und Analysen werden vor allem die Hintergründe des konterrevolutionären Putschversuches im Juni 1953 weiter und detaillierter beschrieben und analysiert. Hier ist weder der Platz, noch die Stelle, darauf näher einzugehen. Es ging vor allem darum, die Entwicklungen dieses Jahres vor dem Hintergrund der imperialistischen Diversionsstrategie – dem Thema meines Beitrages – zu beleuchten und diese historisch einzuordnen.

Zur “Strategie der friedlichen Einmischung” in der DDR

Die Niederlage des konterrevolutionären Putschversuches am 17. Juni 1953, vor allem aber auch die Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 förderten eine deutliche Gewichteverschiebung innerhalb der imperialistischen Gesamtstrategie in Bezug auch auf die DDR. Vor

³⁰⁴ Otto Grotewohl, “Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1945-1953”, Berlin (DDR), Bd. III, S.473ff

³⁰⁵ gemeint sind illegal tätige Gruppen, die vor allem aus Mitgliedern und Anhängern der Partei “KPD-Opposition” gebildet wurden. Führer dieser Partei, die vor allem in den 20er und 30er Jahren aktiv war, waren die ehemaligen Funktionäre der KPD Brandler und Thalheimer, die wegen Rechtsopportunisten aus der KPD ausgeschlossen wurden bzw. ausgetreten waren

³⁰⁶ die SAP war eine halb-trotzkistische Splitterpartei in den 20er und 30er Jahren. Zu ihren Funktionären hatte auch Willy Brandt gehört, bevor er zur SPD wechselte

³⁰⁷ zit. nach: Herbst/Stephan/Winkler (Hrsg.), “Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch.”, Berlin, 1997 S.606ff

allem in Washington hatte man verstanden, daß eine militärische, offen konterrevolutionäre Lösung auch in der DDR unrealistisch war und zudem nicht mehr in die veränderten Axiome der gesamtstrategischen Konzeption des Kampfes gegen die sozialistische Staatengemeinschaft, insbesondere die Sowjetunion, paßte. Der führende US-Strategie Brzezinski hatte die für die DDR zu entwickelnde US-Strategie bereits 1965 in seinem Buch "Alternative zur Teilung" auf den Punkt gebracht: *"Solange der Westen militärisch stark und in seiner politischen Zielsetzung klar bleibt, brauchen wir keine Angst davor zu haben, der kommunistischen Welt einen aufrichtigen Vorschlag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu machen (...)"*

Zu diesem Zweck könnten die Vereinigten Staaten durch ihren Präsidenten den europäischen Ländern einschließlich Rußlands den Vorschlag unterbreiten, mit Amerika zusammen einen gemeinsamen Plan für die Wirtschaftsentwicklung Europas zu erarbeiten. Ziel dieses Planes wäre, die gegenwärtige europäische Teilung zu überwinden (...).

Dieser Vorschlag beruht allerdings auf der Voraussetzung, daß damit auch eine in Phasen sich vollziehende Wiedervereinigung Deutschlands gekoppelt ist und daß der Osten implicite den westlichen Vorschlag akzeptiert, der Wiederaufbau Europas müsse mit der Wiedervereinigung Deutschlands Hand in Hand gehen. Ein großabgelegter Plan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas, der auch für Rußland und für Osteuropa offen steht, ist für den Osten auf jeden Fall viel annehmbarer als bilaterale versuche Westdeutschlands, Rußland die ostdeutschen Gebiete ‚abzukaufen‘."⁽³⁰⁸⁾ Einmal davon abgesehen, daß sich die aus dem Jahre 1965 (!) stammenden Äußerungen Brzezinskis höchst aktuell anhören, weil sie nämlich frappierend an die Gorbatschowsche Konzeption vom "Gemeinsamen Haus Europa" erinnern, verleihen sie der "indirekten Strategie" ein weiteres, ein ökonomisches Standbein. Auf die politisch-ideologischen Momente bin ich ja bereits zu Beginn meiner Abhandlung detaillierter eingegangen.

Die reaktionäre, CDU geführte Regierung in Bonn sperrte sich jedoch dagegen, den längst in Washington vollzogenen Variantenwechsel innerhalb der breit gefächerten imperialistischen Globalstrategie nachzuvollziehen. Damit wurde der "treue Freund am Rhein" objektiv zum Hemmschuh für eine flexible Entwicklung der imperialistischen Globalstrategie sowie ihrer konkreten Ausformulierung für die DDR.

Also mußten die US-Strategen Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski an die Front. Ihre Beiträge in der Wochenzeitung "Die Zeit" initiierten 1965 in der BRD eine breite gesellschaftliche Debatte zur konzeptionellen Neubestimmung der imperialistischen Diversionsstrategie gegen die DDR. So schrieb z.B. Henry Kissinger ganz unverblümt: *"Eine aktivere deutsche Ostpolitik würde besonders in Washington und London von vielen Verantwortlichen begünstigt. Sie sind überzeugt, daß vermehrte Kontakte zwischen beiden Deutschland die Erosion des ostdeutschen Regimes fördern werden. Nach ihrer Ansicht würde die Bundesrepublik bei vermehrter Fühlungnahme zwischen den beiden Deutschland dank seiner größeren Geschlossenheit und Stärke bei weitem die bessere Ausgangsposition haben."*⁽³⁰⁹⁾

³⁰⁸ Z.Brzezinski, "Alternative zur Teilung", Köln, 1965, S.208ff

³⁰⁹ zit. Nach: T. Sommer (Hrsg.), "Denken an Deutschland", Hamburg 1966, S.81

Die von der "Zeit" initiierte breite Debatte um die erfolgsversprechendste Strategie zur Zerschlagung der DDR löste in allen bürgerlichen politischen Lagern hinderliche Verkrustungen; zu einer offensiven, in jeder Hinsicht geschmeidigen Entfaltung der "Strategie der friedlichen Einmischung" von Seiten der Bonner Regierung konnte es jedoch erst mit dem Regierungswechsel 1969 zur sozial-liberalen Koalition kommen, als die Sozialdemokratie mit ihrer Konzeption des "demokratischen Sozialismus" zur bestimmenden Regierungskraft geworden war.⁽³¹⁰⁾

Am 2. Januar 1978 begann das Wochenmagazin "Der Spiegel" mit dem Abdruck eines "Manifestes" einer angeblich in der DDR neu formierten, illegal operierenden Organisation namens "Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands" (BDKD): *"Die praktischen Forderungen der Streitschrift deckten sich weitgehend mit den Gedanken der Eurokommunisten: In Anlehnung an deren Vorstellungen verlangte der Text die Einführung eines echten Mehrparteiensystems sowie Versammlungs-, Glaubens- und Pressefreiheit für die DDR. Wie sie wandte er sich gegen die Diktatur des Proletariats und den demokratischen Zentralismus. Wie sie wollte er einen von Moskau unabhängigen nationalen Weg zum Sozialismus (erinnert dies nicht auch an die Vorstellungen Wolfgang Harichs Mitte der 50er Jahre?! D.Verf.). (...)* Daß sich die Verfasser der Streitschrift von allen in der DDR vertretenen Westmedien gerade den SPIEGEL aussuchten, um mit ihren Thesen an die Öffentlichkeit zu treten, hatte mehrere Gründe: Die Publikation im auflagenstarken SPIEGEL bot zum einen die Gewähr dafür, daß die Streitschrift für öffentliches Aufsehen sorgte. Der SPIEGEL galt zum anderen wegen seines Eintretens für die Entspannungspolitik bei der SED als offiziöses Organ der sozialliberalen Koalition. Die Lektüre des vermeintlichen Sprachrohrs der Bundesregierung war lange Zeit Pflichtübung leitender Kader im Partei- und Staatsapparat. Auch wenn offiziell nur rund 200 Exemplare des Magazins jede Woche in die DDR geliefert wurden, war doch allen im SPIEGEL publizierten Nachrichten die Aufmerksamkeit der wichtigsten Funktionäre sicher.

Im Laufe des Jahres 1977 mehrten sich im SPIEGEL Artikel, die mit Detailkenntnissen über die parteiinternen, wirtschafts- und innenpolitischen Schwierigkeiten der SED gespickt waren. Diesen Berichten lagen offensichtlich Insider-Informationen aus dem Führungszirkel von Partei und Staat zugrunde. Der SPIEGEL verdankte sie einem Mann, der seiner Vita nach ein musterhafter SED-Funktionär zu sein schien: Hermann von Berg. (...)."⁽³¹¹⁾ "Der Spiegel" bezweifelt in seiner rückwirkenden Betrachtung 1996 selbst die Existenz eines "Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands" in der DDR im Jahre 1978 und danach und gibt sich dann – ganz im Stil des Hamburger Wochenmagazins – den wildesten Spekulationen hin. Art und Weise der Veröffentlichung und Nutzung lassen einen geheimdienstlichen Hintergrund vermuten. Ob man diesen nun beweisen kann oder nicht, Tatsache ist, die Artikelserie erfüllte ganz offensichtlich das Ziel, ideologische Unsicherheiten in die Reihen der SED zu treiben und den ideologisch-politischen Gärungsprozeß - insbesondere unter intellektuellen Kadern der Partei - in Richtung "demokratischer Sozialismus" voranzutreiben. Die revisionistische Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung seit dem XX. Parteitag hatte ja dement-

³¹⁰ vgl. hierzu im Detail und umfangreich nachgezeichnet: S. Wagenknecht, "Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung, Bonn, 1995 vor allem die S.138ff

³¹¹ Der Spiegel", Nr. 38/1996

sprechende “Türen geöffnet”, marxistisch-leninistische Grundpositionen beschädigt, aufgehoben und/oder in Frage gestellt...

Der nächste Coup in diese Richtung wurde 1987 mit der Veröffentlichung des gemeinsamen SPD/SED-Papiers unter dem Titel “Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit” gelandet; allerdings waren nun die Ausgangsvoraussetzungen für die Strategen des Imperialismus wesentlich günstiger: 1985 war mit Herrn Gorbatschow ein Mann Generalsekretär der KPdSU geworden, bei dem recht schnell deutlich wurde, daß er unter den Parolen von “Perestroika” und “Glasnost” die Entwicklung des Revisionismus ins Unkontrollierbare beschleunigen wollte, bis diese in eine offene Konterrevolution umschlägt und die Sowjetmacht vernichtet. Zudem gab es augenscheinlich im intellektuellen Apparat der SED sowie einiger DDR-Universitäten und Forschungseinrichtungen Kräfte, die bereit waren, diese Signale aus Moskau willig nachspielen. Doch lassen wir einen der Autoren dieses Papiers, Harald Neubert (PDS) – jüngst als Co-Autor von Robert Steigerwald (DKP) und Beitragschreiber für die Zeitung der DKP (UZ) wieder hervorgetreten (sic! d. Verf.) – zu Worte kommen: *“Beim Treffen 1985 wandte sich Erhard Eppler gegen den Begriff der friedlichen Koexistenz, da friedliche Koexistenz nach kommunistischer Auffassung mit weltrevolutionären Ambitionen verknüpft, auf die Überwindung des Kapitalismus gerichtet sei. Wegen dieser einseitigen, antikapitalistischen und revolutionären Zielrichtung könne die SPD sich nicht zur friedlichen Koexistenz bekennen. Es komme vielmehr darauf an, im Interesse von Frieden, Sicherheit und normaler internationaler Zusammenarbeit die Existenzberechtigung beider Systeme anzuerkennen. Seitens der Gesprächsteilnehmer der SED wurde – in Abweichung von der damals gängigen, allerdings mehr rhetorischen als realpolitischen Interpretation von friedlicher Koexistenz als Form des Klassenkampfes - entgegnet, daß friedliche Koexistenz neu zu definieren sei. (...)*

In unserem Papier war unter anderem von der Koexistenzfähigkeit des Kapitalismus die Rede – eine Erkenntnis, die einerseits der neuen weltpolitischen Situation entsprach, andererseits so noch nicht zur damaligen offiziellen Position der SED-Führung gehörte (sic! d. Verf.).”⁽³¹²⁾

So ergibt sich, daß dann in dem offiziellen Dokument formuliert wurde: *“Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten. Das im Osten vertretene Konzept der Friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und das im Westen, vor allem von Sozialdemokraten entworfene Konzept einer Gemeinsamen Sicherheit setzen, soweit sie ernst gemeint und konsequent sind, beide die prinzipielle Friedensfähigkeit der anderen Seite voraus.”⁽³¹³⁾*

Harald Neubert spricht weiter Klartext: *“In reformorientierten Kreisen der SED war zu jener Zeit das kritische Nachdenken über diese Probleme bereits viel weiter fortgeschritten, als das in diesem Dokument Ausdruck findet. (...) Die Veröffentlichung des Dokuments ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘ fand eine sehr breite Erörterung in beiden Parteien, in der DDR und der BRD, in der internationalen Arbeiterbewegung. Trotz manchen Vorbehalten war besonders in den Reihen der SED das Interesse an diesem Dokument sehr groß. In*

³¹² H. Neubert, “Zum gemeinsamen Ideologie-Papier von SED und SPD aus dem Jahr 1987” Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 18, S.10

³¹³ zit. nach ebenda, S.11

den Organisationen der Partei fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, die keineswegs die Auseinandersetzung mit dem Dokument, sondern dem wohlwollenden Vertrautmachen (sic! d.Verf.) mit ihm dienten. (...)

Aufgrund der positiven, von der SED gebilligten Aussagen zum Dialog und wegen des hierbei zum Ausdruck kommenden Dilemmas der SED trug das Gemeinsame Dokument wesentlich zur Stärkung des Selbstbewußtseins oppositioneller Kräfte, zur Erosion des öffentlichen Bewußtseins in der DDR bei.⁽³¹⁴⁾ Angesichts dieses offensiven Infragestellens sowie der Aufgabe marxistisch-leninistischer Grundprinzipien auf Seiten der SED wird vielerlei verständlicher: einmal, daß sich die SPD-Führung heute rühmt – so z.B. Hans-Jochen Vogel und Erhard Eppler 1993 in der “Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte” – u.a. und besonders auch mit der Ausarbeitung des gemeinsamen SED/SPD-Papiers zur Erosion der SED und damit letztendlich zur Zerschlagung der sozialistischen DDR beigetragen zu haben. Klarer wird jedoch auch, warum das Papier und seine Folgen innerhalb der SED zur Verbreiterung revisionistischer Positionen führten, die nicht wenige ihrer Vertreter schließlich objektiv in eine konterrevolutionäre Rolle hineinwachsen ließen. Dieses Klima und diese Positionen verstärkten sich rasant insbesondere in intellektuellen Kreisen in der SED.

Während sich innerhalb der SED die DDR-Anhänger von Gorbatschows “Perestroika” und “Glasnost” formierten und organisierten, waren die Strukturen der Kirchen in der DDR Anlaufstellen für Personen, Grüppchen sowie Keimzellen von Organisationen, die nicht selten offen den Sozialismus ablehnten, zumindest jedoch einer an der BRD-SPD orientierten Sozialdemokratie oder den BRD-GRÜNEN zuneigten.

“Parallel zu dem, was unter den Kirchendächern geschah, begann sich seit Gorbatschows Machtübernahme zunächst abseits jeder Öffentlichkeit eine ganz andere Opposition herauszubilden. Sie wurde getragen von den prosowjetischen, atheistischen Eliten des Apparates. Einer ihrer frühen Protagonisten im Land war Manfred von Ardenne, der Leiter des kernphysikalischen Instituts in Dresden. (...)

Wie Ardenne später selbst offen legte, war er am 18. Juni 1987 in seinem Dresdner Haus mit dem stellvertretenden KGB-Chef und Andropow-Zögling General Wladimir A. Krjutschkow – einem der nächsten ‚Mitsstreiter‘ Gorbatschows – zusammengetroffen. Thema des Gesprächs war die dringend erforderliche Umgestaltung in der DDR. (...)

Ob der Dresdner SED-Bezirksvorsitzende Hans Modrow damals anwesend war, erwähnte Ardenne nicht. Jedoch ist es unwahrscheinlich, daß Krjutschkow, der 1988 als erster Chef der Auslandsaufklärung zum Vorsitzenden des KGB avancieren sollte, sich in Dresden aufhielt, ohne mit dem Bezirksvorsitzenden zusammengetroffen zu sein. Die Partei-Etikette hätte solches verlangt. Im selben Jahr, in dem Krjutschkow in Dresden weilte, besagten Gerüchte, Modrow sei der von den Sowjets favorisierte Nachfolgekandidat Honeckers. (...)

Fast zur gleichen Zeit trat ein ‚guter Freund‘ Modrows als lautstärkster Verfechter von Glasnost und Perestroika, aber auch für ein ‚Europäisches Haus‘ an die Öffentlichkeit: Markus Wolf (...)

³¹⁴ ebenda, S.14/15

Von Wolf gingen die Kontakte zu anderen Angehörigen prosowjetischer Eliten wie etwa dem Ost-Berliner Gesellschaftswissenschaftler Michael Brie, der wie die Juristin Rosemarie Will oder der Gesellschaftswissenschaftler Dieter Segert der interdisziplinären Projektgruppe ‚Sozialismus‘ an der Humboldt-Universität angehörte, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Glasnost und Perestroika, übertragen auf die Verhältnisse in der DDR, nachvollzog. (...)

Ein früher intellektueller Mitkämpfer für die Durchsetzung der Ideen von Glasnost und Perestroika war auch Michael Bries Bruder, der Diplomwissenschaftler André Brie. Auch er arbeitete an einem Konzept eines ‚alternativen Sozialismus‘.“⁽³¹⁵⁾

Diese Entwicklung der Ereignisse wird auch von anderen Zeitzeugen und Historikern in den wichtigsten Punkten belegt oder geschildert, selbst von solchen, die der PDS angehören.⁽³¹⁶⁾ Auch bestätigen inzwischen einige der Verantwortlichen in eigenen Veröffentlichungen – direkt oder indirekt, im vollen Ausmaß oder teilweise und z.T. geschönt – ihre Rolle in diesen Prozessen, die objektiv und gemeinsam mit anderen Faktoren zur Konterrevolution führten, sie zumindest jedoch förderten.⁽³¹⁷⁾ So schreibt z.B. der “PDS-Vordenker” André Brie in seinem Buch “Ich tauche nicht ab”: *“Ich hatte vierzig, fünfzig Vorträge jährlich gehalten. Der Schriftsteller Reinhold Andert, der meinen Bruder und mich gelegentlich in solchen Veranstaltungen erlebte, schrieb darüber: ‚Dieses Brüderpaar zog in den letzten DDR-Jahren als Wanderprediger durch Kultur-, Studenten- und andere intelligenzfreundliche Klubs, um in Vorträgen zum Entsetzen ihrer Zuhörer das Ende des realen Sozialismus zu verkünden. André tat dies mit Rüstungs- und Umweltzahlen, Michael mit der Meßlatte moderner Industriegesellschaften‘.“⁽³¹⁸⁾*

Die Kreise schließen sich, das Ende naht

Während sich die SED-interne Opposition zum Sturm auf die Führung der Partei vorbereitet, wachsen 1988/89 jene oppositionellen Kräfte außerhalb der SED an und vernetzen sich, von denen sich viele bereits – in welcher Form auch immer – vom Sozialismus verabschiedet haben, inoffiziell zumindest. Das gerade in deren Nähe immer häufiger imperialistische Geheimdienste zu finden waren, mag inzwischen nicht mehr verwundern.

“Im Verlauf der 80er Jahre suchten Oppositionelle aus der DDR verstärkt Verbindungen zu diplomatischen Vertretungen und Journalisten ausländischer Medien. Diese wiederum waren daran interessiert, sie als ständige Gesprächs- und Auskunftspartner zu gewinnen, weil sie zurecht dort ein Informationspotential vermuteten, aus dem sie mehr über die DDR erfahren konnten als aus Gesprächen mit offiziellen Vertretern der DDR. Die Kontaktpartner aus der Opposition ihrerseits, auf diesem Wege Unterstützung zu bekommen. Sei es als Öffentlichkeit, die sie schützte, sei es materielle Hilfe, sei es Literatur. Nicht zuletzt schufen sie sich damit sichere Verbindungskanäle nach dem Westen.

³¹⁵ Reuth/Bönte, “Das Komplott”, München/Zürich 1993, S.79ff

³¹⁶ vgl. dazu in diesem Sinne ausführlich u.a.: Czichon/Marohn, “Die DDR im Perestroika-Ausverkauf”, Köln, 1999

³¹⁷ vgl. in diesem Zusammenhang z.B.: Markus Wolf, “In eigenem Auftrag”, München, 1991

³¹⁸ A. Brie, “Ich tauche nicht ab”, Berlin, 1996, S.14

Auf die Entwicklung solcher Kontakte konzentrierten sich zunehmend die Residenturen westlicher Geheimdienste, vor allem der CIA, in den 80er Jahren. Dafür setzten sie nachrichtendienstlich ausgebildete Gesprächsaufklärer ein, die in Abstimmung mit der Leitung der Botschaften fast ausschließlich diese speziellen Verbindungen pflegten. Das ging soweit, daß selbst beim Besuch eines stellvertretenden Außenministers der USA das Gespräch mit Vertretern oppositioneller kirchlicher Kreise durch die CIA-Residentur in der DDR vorbereitet und organisiert wurde. (...)

Eine Vorstellung von der Intensität dieser Kontaktarbeit konnte 1987 bei der Beendigung des Einsatzes des CIA-Mitarbeiters Quigley und des Gesprächsaufklärers Gregory Sandford gewonnen werden. Die Spionageabwehr (der DDR, d. Verf.) zählte in ihrem Abschlußbericht fast 200 DDR-Bürger zu den stabilen Kontaktpartnern. Etwa 25% von ihnen waren Vertreter des Staates und von Parteien, rund 30% Kunst- und Kulturschaffende und 22% Funktionsträger von Kirchen und Religionsgemeinschaften. Weitere 23% der Gesprächspartner kamen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Von den 200 verdienten aus Sicht des MfS (Ministerium für Staatssicherheit, d. Verf.) etwa 30 die Bezeichnung ‚aktiver Oppositioneller‘.

Die wohl engsten Kontaktpartner in Ostberlin waren Pfarrer Rainer Eppelmann und sein Adlatus Rainer Hirsch. Die Verbindung wurde über Jahre von Mitarbeitern der CIA-Residentur und amerikanischen Diplomaten und Gesprächsaufklärern nahtlos aufrechterhalten.”⁽³¹⁹⁾

Während die Konterrevolution auf den Straßen der DDR ab Oktober 1989 immer aggressiver auftrat, sich in den unterschiedlichsten Zirkeln und Gruppierungen organisierte, aber auch vernetzte, die Einmischung des BRD-Imperialismus immer intensiver wurde, stand die Parteiführung der SED faktisch mit dem Rücken zur Wand: ohne jegliche Konzeption, der immer bedrohlicher werdenden Entwicklung organisiert entgegenzutreten, zumindest die Kommunisten und die Partei zu mobilisieren, gefangen in revisionistischen Vorstellungen und Positionen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten schrittweise und widersprüchlich entwickelt hatten, mit wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten konfrontiert und durch hohe Auslandskredite potentiell durch den Imperialismus erpreßbar gemacht, der immer gefährlicher und dynamischer werdenden Entwicklung hinterhertrabend, vor allem von einem ehemaligen Freund und Verbündeten, der gorbatschowistischen Sowjetunion zunächst im Stich gelassen, dann an den Imperialismus verkauft. Und dieser “Freund” hatte buchstäblich den scharfen Dolch nicht nur im Gewande; so häufen sich in letzter Zeit die Hinweise und Verweise auf eine Struktur innerhalb des sowjetischen Geheimdienstes KGB (“Lutsch”), die nicht nur in der DDR, sondern auch in anderen sozialistischen Ländern die Aufgabe hatte, “Perestroika” und “Glasnost” falls notwendig auch gegen die jeweiligen Parteiführungen durchsetzen zu helfen. Dementsprechend habe es in der DDR Koordinierungen mit und Unterstützung für “Gorbatschowisten” innerhalb der SED gegeben.⁽³²⁰⁾ Zudem gibt es Indizien dafür, daß es dabei sogar zu einer direkten Kollaboration mit imperialistischen Geheimdiensten, vor allem der CIA,

³¹⁹ Eichner/Dobbert, “Headquarters Germany. Die USA-Geheimdienste in Deutschland, Berlin 1997, S.138/139

³²⁰ vgl. dazu: Czichon/Marohn, “Die DDR im Perestroika-Ausverkauf”, Köln, 1999 sowie Reuth/Bönte, “Das Komplott”, München/Zürich, 1993

kam. So soll die berühmt-berüchtigte "Operation Rosenholz" der CIA, bei der hochbrisante Akten des MfS nach Langley verschleppt wurden, ein Kind dieser engen Zusammenarbeit sein.

In dieser Situation spitzte sich die Lage innerhalb der SED zu. Es kam zum Parteiputsch der "DDR-Gorbatschowisten" und zur schrittweisen Mutation der SED in die PDS.

"Genau vor zehn Jahren (1989, d. Verf.) fand in der SED ein Parteiputsch statt. Eine Gruppe durch niemanden Gewählter jüngerer Mitglieder machte auf der Straße Politik, nutzte das bestehende Machtvakuum sowie die Kopf- und Tatenlosigkeit der gelähmten Führungsspitze aus, fegte die bestehenden Leitungsstrukturen – Zentralkomitee und Politbüro – hinweg, etablierte sich selbst als ‚provisorischer Nachlaßverwalter‘, berief für den 8. und 9. November einen ‚Außerordentlichen Parteitag‘ ein und nutzte die dort herrschende Verwirrung, um nicht nur den Namen der Partei, sondern auch die Richtung ihres Weges ins Gegenteil zu verkehren.

Das ganze Manöver (...) wurde als ‚friedliche Revolution‘ ausgegeben, mit der man zu einem ‚besseren Sozialismus‘ gelangen werde. (...)

Nach der Öffnung der Grenze und der gezielten Diffamierung der DDR-Sicherheitsorgane vor dem Hintergrund ‚sowjetischer‘ Zurückhaltung beherrschten westliche Geheimdienste die Szene. Das durch Manipulation, Verunsicherung und Unzufriedenheit auf den Nullpunkt gesunkene Klassenbewußtsein der Arbeiter und anderer systemtragender Kräfte war eine der entscheidenden Vorbedingungen der sich entfaltenden konterrevolutionären Situation. Andererseits zeigte sich die verbürokratisierte, nach oben starrende Partei mit ihrem kopflastigen Apparat des revolutionären Klassenkampfes entwöhnt. So besaß die SED in der Stunde der Wahrheit keine marxistisch-leninistische ‚zweite Reihe‘, die dazu in der Lage gewesen wäre, an die Stelle der bankrotten Spitze zu treten und das Steuer herumzureißen."⁽³²¹⁾

Es sollte dann nur noch wenige Monate dauern, bis der BRD-Imperialismus endgültig am lang gehegten Ziel seiner Begierden und Diversionsstrategien war: der Liquidierung des Sozialismus in der DDR und der Annexion des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden.

Michael Opperskalski, Köln

Rolf Vellay: "...Ohne Kenntnis der SED-Führung...!" ³²²

Bei einer Veranstaltung des IMSF in Frankfurt im Herbst 1987 referierte der damalige erste Mann der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Prof. Otto Reinold, das kurz zuvor veröffentlichte so genannte „Dialogpapier" zwischen SED und SPD. In einer Pause brachte ich gegenüber Prof. Reinold meine Bedenken zu solcher Art ideologischer Gemeinsamkeit mit der SPD vor. Er tat sie ab mit der Bemerkung "„Wir müssen es versuchen, vielleicht lohnt es sich". Ich nahm es zur Kenntnis, ohne überzeugt zu sein – aber wie kam unsereiner als Basiskommunist dazu, die bei den besten Köpfen unserer Ideologie-Arbeit konzentrierte Weisheit in der Konkretisierung marxistisch-leninistischer Politik in Frage zu stellen?

³²¹ Rotfuchs, Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der DKP, Dezember 1999, S.14

³²² Aus: „offen-siv“ 3-2002; Sonderheft: „Rolf-Vellay-Sonderheft“, S. 21-24

Heute wissen wir: „Es hat sich gelohnt!“ – aber für die Sozialdemokratie, die heute wie eh und je in ihrer Führung nichts anderes ist als die, wie Lenin sie zu seiner Zeit apostrophierte, „sozialchauvinistische“ Fraktion des deutschen Imperialismus. Heute stellt sich die Übereinkunft zum „Dialogpapier“ dar geradezu als Krönung der einst von Egon Bahr in die Wege geleiteten Politik des „Wandels durch Annäherung“. Der damalige Außenminister der DDR, Otto Winzer, hatte noch genügend Scharfblick, um diese Politik als Konterrevolution auf Filzlatschen treffend zu charakterisieren. Das war die Aktualisierung und konkrete Nutzanwendung in der Tagespolitik der Aussage Lenins in „Staat und Revolution“, die Führer der Zweiten Internationale seien „Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“.

Noch in den 70er Jahren war diese Einsicht in der kommunistischen Weltbewegung und insbesondere in der gerade wieder legal gewordenen kommunistischen Partei der Bundesrepublik Deutschland lebendig – wie anders sonst hätte der unvergessene Max Schäfer, zu der Zeit Chefredakteur der „Marxistischen Blätter“, in der Ausgabe 8/73 von „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ als Resümee einer kritischen Auseinandersetzung mit der damals von der SPD als Gegenpol zu unserer Ideologie vertretenen These vom „demokratischen Sozialismus“, folgendes schreiben können: „Eine Untersuchung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ führt zu dem Ergebnis, das in den Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP mit folgenden Worten festgehalten wird: <Der so genannte demokratische Sozialismus ist nicht etwa eine Variante der sozialistischen Ideologie und steht auch nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Er ist vielmehr Bestandteil imperialistischer Ideologie und Politik. Er kämpft gegen den Sozialismus und dessen Ideologie vom Standpunkt des staatsmonopolistischen Kapitalismus>“.

Noch im Jahr 1977 heißt es in der Unterrichtsvorlage des „MSB Spartakus“ zum ersten Ausbildungsthema „Kautsky – ein Vorläufer des demokratischen Sozialismus“ über selbigen: „Er (der demokratische Sozialismus, d. Verf.) dient der Reformierung des imperialistischen Systems und der Integration der Arbeiterbewegung und der Linkskräfte“. An anderer Stelle wird festgehalten, „dass der demokratische Sozialismus nicht wesensverschieden ist von der herrschenden Klasse“ und schließlich: „Der demokratische Sozialismus fungiert als Konjunktursozialismus und als Integrationsideologie gegenüber der linken Basis der Sozialdemokratie“.

Wer heute unter der Flagge des demokratischen Sozialismus segelt, ist ja landläufig bekannt, und dass es dieses Phänomen gibt, beweist, als wie tauglich sich der demokratische Sozialismus als „Integrationsideologie“ gegenüber bestimmten Kräften in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und darüber hinaus bis hin zu mindestens einem Bezirkssekretär der SED und sogar bis ins Politbüro hinein erwiesen hat.

Denn inzwischen hatte reichlicher Genuss der bekannten Wodka-Marke „Gorbatschow“ und der triviale „Friedensfusel“ der achtziger Jahre die Verstandeskräfte verantwortlicher Leute offenbar so weit beeinträchtigt, dass man dem Imperialismus „Friedensfähigkeit“ zusprach. Dazu muss man fragen: „Warum dem Imperialismus etwas zusprechen, wessen er offenbar nicht entbehrt?“ Denn, wären die imperialistischen Mächte nicht auch „friedensfähig“, würden sie ja nicht nur von Zeit zu Zeit, sondern ununterbrochen Krieg führen! Was die Autoren des den Befürwortern eines „Eia-Popeia-Friedens“ so verführerisch in den Ohren klingenden Begriffes wirklich meinten, war, den Imperialismus „kriegsunfähig“ zu machen – was allerdings nicht anders möglich ist, als ihm seine Herrschaftsgrundlage revolutionär zu entziehen. Und um eben von dieser unausweichlichen Notwendigkeit - wenn man denn der Menschheit den Frieden dauerhaft

sichern will – nicht reden zu müssen, wurde die Basis unter Missbrauch des ehrlichen Friedenswillens der einfachen Menschen mit dem Scheinbegriff der „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus ideologisch entwaffnet.

Hans Peter Brenner hat dankenswerter Weise in einem Beitrag in der UZ vom 10. April 1992 dargelegt, dass eben diese ideologische Entwaffnung der Kommunisten sorgfältig geplanter Teil der Langzeitstrategie des US-Imperialismus war. Er weist ferner darauf hin, welche Rolle die Sozialdemokratie bei der ideologischen Unterwanderung gespielt hat und dass dieses obskure so genannte „Ideologie“-Papier von Anfang an nichts anderes als Teil dieser Unterwanderungsstrategie war und der ideologischen Aushöhlung des real existierenden Sozialismus diene – wozu sich inzwischen explizit ja auch die damaligen SPD-Protagonisten Eppler, Bahr und Vogel offen bekennen – so noch jüngst in der Enquete-Kommission des Bundestages zur Erforschung der DDR-Geschichte.

Wie aber war es denn möglich, dass trotz der vorhergehend zitierten Einschätzungen der Sozialdemokratie und des „demokratischen Sozialismus“ durch Lenin, Otto Winzer, Max Schäfer usw. diese Politik Erfolg haben konnte? Heute kann man sagen, dass das nur möglich war, weil die Sozialdemokraten auf der anderen Seite Partner hatten, die mit gezinkten Karten spielten. Den authentischen Beweis dafür, dass dem so ist, liefert ein Interview mit Prof. Rolf Reissig, ehemals führendes Mitglied der ZK-Akademie, das er dem Deutschlandfunk am 8. August 1992 aus Anlass des 5. Jahrestages der Veröffentlichung des „Ideologiepapiers“ gab. Eingangs des Interviews führte Reissig zu der Frage, welche Bedeutung das Papier für die SED-Führung hatte, aus: *„Hier ist etwas ganz Eigenartiges geschehen. Dieses Papier ist eben nicht von der SED-Führung initiiert worden, ist nicht von ihr ausgearbeitet worden, auch nicht in ihrem Auftrag, nicht von ihr kontrolliert. Das mag viele überraschen, aber es ist so. Es ist von uns im ganz kleinen Kreis erarbeitet worden, ohne Kenntnis der SED-Führung, weil wir immer der Meinung waren, das Papier wird so nicht durchgehen, das wird abgelehnt werden, wir warten bis zuletzt, bis eine günstige Gelegenheit entsteht, um dann in einem Überraschungsmoment dies uns bestätigen zu lassen. Das ist gelungen.“*

Was Reissig hier erklärt, heißt nichts anderes, als dass im ideologischen Zentrum der Partei hinter dem Rücken der Führung unter Verschweigen der wahren Absichten gearbeitet wurde. Es ist dies – aus meiner vielleicht als „orthodox“ empfundenen Sicht – das Schlimmste, was ein Kommunist parteiintern tun kann! Reissig weiter, befragt nach der Wirkung des Papiers in der SED: *„In der SED-Basis hat es wie eine Lawine gewirkt, darf man sagen. Es hat eine Diskussion ausgelöst, zumindest wie ich sie seit dem Prager Frühling 68 nicht mehr gekannt habe. Es war ein Aufruf im Grunde genommen nach einem Einstieg in eine DDR-spezifische Perestroika- und Glasnostpolitik, es war ja doch ein Bruch mit der Realität der DDR und mit der Politik der SED, mit der Informationspolitik, mit der Medienpolitik, mit der Verweigerung des Dialogs, mit der Propagierung der Feindbilder, einem überlebten, aggressiven Imperialismusbild, einer Konzeption von revolutionären Weltprozessen – das alles wurde dort in Frage gestellt.“*

Ganz genau so, denke ich, haben sich die Planer der ideologischen Diversion auf der Gegenseite die Wirkung der Tätigkeit derjenigen, die objektiv die Rolle ihrer Handlanger im Innern der Partei spielten, vorgestellt. Schwerpunkt: „Bruch mit einem überlebten, aggressiven Imperialismusbild“ – statt dessen Ronald Reagan mit der Friedenspfeife, Helmut Kohl mit

Appetit höchstens auf Pfälzer Saumagen statt auf die DDR – und die Bundeswehr als die „größte deutsche Friedensbewegung“ im Rahmen des „friedensfähigen Imperialismus“!

Schließlich bekennt sich Reissig zur unmittelbar konterrevolutionären Zielsetzung des Papiers – oder wie anders soll man folgende Passage aus dem Reissig-Interview verstehen? Auf die Frage, welche Bedeutung das Papier damals denn für die oppositionellen Gruppen in der DDR gehabt habe, antwortete Reissig: *„Als wir das Papier ausarbeiteten, spielte das eine große Rolle. Natürlich war zunächst ein Papier gedacht zwischen der Staatspartei SED und der SPD zur Entwicklung des Aussen- und des Innendialogs. Gleichzeitig war in diesem Papier der Gedanke, die Opposition – dort formuliert als Individuen, Bürger, Gruppen aller Art – soll in den Dialog einbezogen werden.“*

Was heißt das, „die Opposition einbeziehen“? Das heißt nichts anderes, als Hilfestellung leisten für die Mobilisierung der Konterrevolution aus der Partei heraus! Wenn man ein solches Eingeständnis heute liest, versteht man den November 89 und begreift jetzt, warum die Partei kampfflos vor Bärbel Boley und Pfarrer Eppelmann mit Kerzchen in der Hand und der Forderung nach „Freiheit für Andersdenkende“ auf den Lippen kapitulierte!

Schließlich bestätigt Reissig genau die Einschätzung der sogenannten „Entspannungspolitik“ durch Otto Winzel als „Konterrevolution auf Filzlatzchen“. Gefragt zu dem im Zusammenhang mit dem Papier der SPD gegenüber erhobenen Vorwurf, sie „biedere sich der SED an“, erklärte Reissig: *„Ich fand das nicht. Ich glaube, es war die Fortsetzung, allerdings in neuer Form, der SPD-Entspannungspolitik, die nun erweitert werden sollte um eine Dimension, die man bisher ausgeklammert hatte, die Dimension des Ideologischen...“*

Abschließend nach seiner jetzigen Einschätzung des „Dialog“-Papiers befragt, bewertete es Reissig auch heute noch (8. August 1992; Red. Offensiv) als für die damalige Situation positiv. Angesichts der seither eingetretenen Entwicklung mit ihren katastrophalen Folgen spricht eine solche Äußerung für sich selbst und bedarf aus meiner Sicht keines weiteren Kommentars.

Rolf Vellay, Datteln

Andreas Reichel: Zur Rohstoffbasis der DDR und den Einfuhren sowjetischen Erdöls ³²³

„Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“ (Lenin, AW 3, 261)

Auf dem Territorium der DDR führten bekanntermaßen die geologischen lagerstättenbildenden Prozesse nicht in gewünschtem Maße zur Existenz volkswirtschaftlich relevanter Rohstoffe. Die DDR verfügte im Gegensatz zur BRD über keine nennenswerten Erdöl-³²⁴ oder Steinkohlen-

³²³ Aus: „offen-siv“ 1-2007, Ausgabe Januar-Februar des Jahres, S. 58-83

³²⁴ Die Erdölförderung auf eigenem Territorium erreichte bereits Ende der sechziger Jahre mit gerade einmal rund 250.000 t/a ihren Maximalwert. Mit späteren jährlichen Fördermengen unter 100.000 t blieb diese Quelle bedeutungslos. Vgl. R. Karlsch: Der Traum von Öl – zu den Hintergründen der Erdölsuche in der DDR, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 80 (1993) 1, S. 63-87

vorkommen.³²⁵ Da allein Braunkohle nahezu unbegrenzt zur Verfügung stand, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grundlage dieser gesicherten Rohstoffbasis die karbochemischen und energieproduzierenden Anlagen instand gesetzt und (weiter) betrieben.

Zunächst sollen hier die Schwierigkeiten, denen die DDR im Zusammenhang mit der Förderung und stoffwirtschaftlichen Nutzung der Braunkohle gegenüberstand, benannt werden. Sodann müssen die außenwirtschaftlichen Aktivitäten zur Sicherung der Rohstoffversorgung Beachtung finden, und dies unter Berücksichtigung des Einflusses der sowjetischen Erdölimporte auf die Entwicklung der Energie- und Chemieindustrie der DDR.

Implikationen der Braunkohlenförderung

Die Förderung der Braunkohle erfolgt ausschließlich im Tagebauverfahren. Vor dem Abbau der Kohleflöze muß das sie bedeckende Gebirge abgetragen werden, wofür technische Großgeräte notwendig sind. So ging in der DDR in den siebziger Jahren eine neue Förderbrücke mit einer Gesamtlänge von rund 600 m und einer Dienstmasse von 25.000 t in Betrieb, deren Jahresleistung mindestens 100 Mio. m³ Abraum betrug. Für diese Konstruktion wurde in der Metallurgie der DDR eine neue Baustahlsorte entwickelt.³²⁶

Da bereits in den dreißiger Jahren die geologisch günstigen Vorkommen erschöpfend ausgebeutet wurden, bestand in der DDR die Notwendigkeit zum Aufschluß weniger günstiger Lagerstätten.³²⁷ Günstig bedeutet: geringe Abraumbewegung und hohe Kohleausbeute. In der DDR wurde in immer größeren Tiefen abgebaut, während die Mächtigkeit der Flöze abnahm. Deswegen mußte immer mehr Arbeitszeit aufgebracht werden, um den Abraum zu bewegen, während die Ausbeute an Kohle sich kontinuierlich verringerte. Durch die schlechter werdenden Abbaubedingungen stiegen notwendig die Gesamtförderkosten³²⁸, von denen ein Großteil auf die Abraumbewegung entfiel. Dazu ein Zahlenbeispiel: Im Jahre 1987 wurden pro geförderter Tonne Braunkohle 4,3 m³ Abraum bewegt. Die Fördermenge von 309 Mio. t implizierte eine zu bewältigende Abraummasse von 1,33 Mrd. m³.³²⁹ Für das Jahr 2000 prognostizierte man durchschnittliche Abraum-Kohle-Verhältnisse von 6,4:1; für den Bereich des Tieftagebaus

³²⁵ „In manchen Dingen hatte die DDR-Wirtschaft und ihre Chemiebranche schlichtweg ‚Pech‘. [...] Daß bei gleichen geologischen Formationen wohl in der Bundesrepublik, nicht aber in der DDR Erdöl vorhanden war, kann nur als Zufall zu werten sein; ebenso wie der Umstand, daß die DDR bei ihrer Erdölsuche im befreundeten Irak [ab 1974 – A.R.] trotz bester Voraussetzungen nicht fündig wurde und die Suche abbrechen mußte.“ H. G. Schröter: Handlungspfadverengung bis zur „Selbsterstörung“? Oder: Warum die chemische Industrie der DDR im Vergleich zu der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1990 so hoffnungslos veraltete, in: L. Baar/D. Petzina (Hrsg.): Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich (St. Katharinen 1999), S. 304-325, S. 325

³²⁶ K. Strzodka: Probleme der Rohstoffversorgung der Volkswirtschaft der DDR unter besonderer Berücksichtigung der eigenen Lagerstättenressourcen, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Mathematik–Naturwissenschaften–Technik (Berlin 1979) 7/N, S. 5-28, S. 21

³²⁷ W. Retschke/E. Hildebrandt: Braunkohle, wichtiger Energieträger in Gegenwart und Zukunft, in: Energietechnik 33 (1983) 4, S. 123-126, S. 124

³²⁸ Mit „Kosten“

³²⁹ W. Riesner: DDR und Bundesrepublik im energiewirtschaftlichen Vergleich, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen 40 (1990) 4, S. 198-205, S. 200

(Abbautiefen über 100 m) rechnete man mit einem Verhältnis von 13:1 und sogar mit Spitzenwerten von 20:1.³³⁰ Es ist jedermann unmittelbar einsichtig, daß es mehr Arbeitszeit erforderte, den Abraum zu bewegen, als die Kohle zu fördern!³³¹

Durch zunehmende Abraumbewegung stieg notwendig der Verbrauch von Verschleißteilen, deren Reparatur etliche Tausend Tonnen Stahl pro Jahr beanspruchte. Z.B. wurden an den Eimerkettenbaggern vom Typ Es 3150 15 g je m³ gebaggertem Abraum verschlissen. Das entsprach bei einer jährlichen Baggerleistung von 35 Mio. m³ etwa 520 t Verschleißteile pro Bagger (etwa 12 Prozent der Eigenmasse).³³²

In zunehmendem Maße wurden geologisch gestörte Flöze abgebaut, d.h. Flöze, in denen qualitativ verschiedenwertige Kohlen wechselten. Außerdem mußten Einlagerungen wie Sand und Lehm durch zusätzliche Abraumverfahren entfernt werden, was wiederum die Arbeitsproduktivität verringerte.

Die Entwässerung des Deckgebirges und die Hebung des Grundwassers überschritt bereits Mitte der sechziger Jahre die Grenze von 1 Mrd. m³/a und stieg seither stetig. 1989 waren es 1,67 Mrd. m³. Im Bezirk Cottbus beispielsweise mußten Wassermengen abgepumpt werden, die ungefähr 20 Prozent der jährlichen Niederschlagsmenge dieses Raumes ausmachten.³³³ Die Maßnahmen zur Entwässerung vergrößerten durch die Aufwendung zusätzlicher Arbeitszeit die Förderkosten um rund 20 Prozent.³³⁴

Ebenso konnten Witterungseinflüsse (Frost, Sturm, Nebel, extreme Regenfälle usw.) den Produktionsprozeß beeinträchtigen, so während des besonders harten Winters 1962/63. Hiervon waren auch Kraftwerke betroffen, etwa im Winter 1980/81, als das Braunkohlenkraftwerk Boxdorf wegen Vereisung wichtiger Aggregate zeitweise ausfiel.

Des weiteren war die Braunkohlenförderung durch eine hohe Transportintensität gekennzeichnet. Eine Eigenschaft der Braunkohle, die sich im Kontext ihrer wirtschaftlichen Nutzung negativ auswirkt, ist ihr hoher Wassergehalt. Die in der DDR geförderte Rohbraunkohle bestand durchschnittlich zu 40 Prozent aus brennbarer Substanz (Kohlenstoff), 5 Prozent Asche und 55 Prozent Wasser. Bei einem Transport von 15 t Braunkohle wurden also 8 t Wasser mitbefördert. Wer sich vergegenwärtigt, daß der Braunkohlentransport in die Kraftwerke rund ein Drittel aller Gütertransportkapazitäten der Reichsbahn beanspruchte, kann sich leicht vorstellen, daß eine erhebliche Menge an Wasser notwendigerweise mitbewegt werden mußte, und daß dies mit einem großen Aufwand gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit verbunden war.

Vor allem der Winterbetrieb unterlag durch den hohen Wassergehalt der Braunkohle besonderen Gefährdungen. Um ein Einfrieren der Kohle in den Waggons zu vermeiden und damit die Kohleentladung auch unter extremen Winterbedingungen zu sichern, kamen Auftauhallen und

³³⁰ H. Kraft et al.: Haupttrichtungen der rationellen Energieanwendung bei der Gewinnung von Rohbraunkohle, in: Neue Bergbautechnik 19 (1989) 7, S. 241-246, S. 241

³³¹ J. Roesler et al.: Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950-1970 (Berlin 1983), S. 214

³³² K. Strzodka: Zusammenfassung der Diskussion, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Mathematik-Naturwissenschaften-Technik (Berlin 1979) 7/N, S. 34-37, S. 35

³³³ W. Riesner: DDR und Bundesrepublik im energiewirtschaftlichen Vergleich, a. a. O., S. 200

³³⁴ K. Strzodka: Probleme der Rohstoffversorgung [...], a. a. O., S. 25

Auftauwände mit Warmluftgebläsen sowie Heizvorrichtungen in den Waggonen zum Einsatz, was wiederum mit einem hohen Energieaufwand (= mehr Arbeitszeit) verbunden war.

Und trotz dieser ungünstigen und sich verschlechternden Abbaubedingungen stiegen die Braunkohlenfördermengen kontinuierlich, was ein Beweis für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR ist. Die DDR nahm mit einer jährlichen Förderleistung von 250 bis 300 Mio. t Braunkohle mit Abstand den ersten Rang im Weltmaßstab ein (etwa 30 Prozent der gesamten Fördermenge der Welt). Nach einer 1971 durchgeführten Untersuchung wurden die geologischen Gesamtvorräte auf dem Territorium der DDR mit 37,9 Mrd. t beziffert, wovon rund 26 Mrd. t abbauwürdig – d.h. mit den damaligen Geräten und Abbautechnologien wirtschaftlich förderbar – waren.³³⁵ Die nutzbaren Braunkohlevorkommen hätten mindestens über das Jahr 2050 hinaus gereicht.

Stoffwirtschaftliche Nutzung von Braunkohle

In all den Jahren des Bestehens der DDR bildete die Braunkohle die Grundlage der Elektroenergieerzeugung. Die älteren Kraftwerksblöcke hatten aber einen schlechten Wirkungsgrad, weswegen die Erzeugung einer Kilowattstunde Strom einen erheblich größeren Einsatz von Brennstoff erforderte als es für moderne Kraftwerke der Fall war. Der durchschnittliche Nettowirkungsgrad der Braunkohlenkraftwerke wurde 1984 mit rund 26 Prozent beziffert; technologisch möglich waren damals 38 Prozent.³³⁶ Zu berücksichtigen ist auch die Verschlechterung der Kohlequalitäten und die unterschiedlichen Heizwerte der Braunkohlen, die zwischen 6,2 bis 9,2 MJ/kg schwankten.³³⁷

Mit dem Verbrennen der Kohle fielen jährlich knapp 20 Mio. t Kraftwerksaschen an, deren Entsorgung wiederum Arbeitszeit beanspruchte; ein Teil konnte der Wiederverwertung (Baustoffindustrie) zugeführt werden.³³⁸ Dennoch betrug der Anteil der Braunkohle an der Deckung des Energiebedarfs minimal 70 Prozent und durchschnittlich vier Fünftel; der Anteil des Mineralöls an der Energiewirtschaft hingegen betrug nie mehr als 3,6 Prozent (1973), der der Kernenergie in den Jahren 1978 bis 1989 durchschnittlich 10,5 Prozent.³³⁹

Für die chemische Industrie ergab sich durch ihren Ausgangsrohstoff in etwa folgende Ausrichtung: 1. Schwelung und Vergasung der Braunkohle zur Kraftstoff- und Stickstoffproduktion sowie zur Herstellung von technischen Alkoholen. 2. Verarbeitung von Folgeprodukten der Braunkohlenschwelung zu Haushaltschemikalien (Waschmittel, Kerzen, Pflegemittel u.ä.). 3. Herstellung von synthetischem Kautschuk auf Karbidbasis. 4. Betrieb von Chlor-Alkali-Elektrolysen und damit – im Verein mit der Karbidproduktion – Erzeugung von Plasten (PVC) sowie Sicherung der Basis für die Sodaherstellung (Abnehmer Glasindustrie). 5.

³³⁵ Ebenda, S. 15

³³⁶ G. Schramm/W. Hahn: Möglichkeiten zur Verbesserung des Wirkungsgrades bei der Rekonstruktion von Braunkohlekraftwerken in der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitung der Technischen Universität Dresden 33 (1984) 4, S. 71-76, S. 75

³³⁷ L. Mez et al.: Die Energiesituation in der vormaligen DDR. Darstellung, Kritik und Perspektiven der Elektrizitätsversorgung (Berlin 1991), S. 87

³³⁸ H.-G. Weidlich: Zur Wechselbeziehung Kohlekraftwerk und Umwelt, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden 33 (1984) 4, S. 77-79, S. 79

³³⁹ Statistische Jahrbücher der DDR, versch. Jahrgänge

Synthese von Ammoniak und Erzeugung von Stickstoffdüngemitteln sowie anderer Folgeprodukte. 6. Entwicklung der Schwefelsäureproduktion in Kombination mit der Zementherstellung auf Gipsbasis (sowie Kieserit-Schwefelsäure). Und 7. Erzeugung von Viskosefaserstoffen.³⁴⁰

Neben der energetischen Nutzung konnten also durch chemisch-technische Verfahren aus Braunkohle hochwertige feste, flüssige und gasförmige Brennstoffe, ferner Kraftstoffe, Schmierstoffe, Paraffin und viele Zwischenprodukte für die chemische Industrie hergestellt werden. Die Umwandlungs- und Veredlungsprozesse (Brikettierung, Schwelung, BHT-Verkokung, Vergasung, Kohleverflüssigung usw.) benötigten aber zusätzlichen Energieaufwand und waren mit erheblichen Umwandlungsverlusten verbunden. Angesichts dieser Problemlage müssen wir die Frage aufwerfen, warum die Karbochemie überhaupt betrieben und nicht schon frühzeitig zugunsten der überlegenen Petrolchemie aufgegeben wurde.

Anfänge der Erdölverarbeitung

Bereits in den fünfziger Jahren war klar, daß sich der wachsende Bedarf an Kraftstoffen und Chemierohstoffen auf der bisher betriebenen Kohlenbasis aus wirtschaftlichen, qualitativen und kapazitiven Gründen nicht mehr würde bestreiten lassen. Aus diesem Grund mußte innerhalb des Energie- und Rohstoffmixes den flüssigen Kohlenwasserstoffen ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. In den Anfangsjahren der DDR konnte zunächst österreichisches Erdöl verarbeitet werden, wobei es sich um Reparationslieferungen Österreichs an die Sowjetunion handelte, die von der UdSSR in die DDR geleitet wurden. Zu jener Zeit wurde Erdöl nur in Leuna, Böhlen und Lützkendorf verarbeitet; in Leuna war 1951 begonnen worden, die Hydrieranlagen auf die Verarbeitung von Erdöl umzustellen, was bereits bedeutende ökonomische Vorteile brachte. Nachdem 1955 die Sowjetunion dem Österreichischen Staatsvertrag zustimmte, der die Besetzung des Landes beendete, war offenkundig, daß die weitere Erdölversorgung möglichst rasch und grundsätzlich sichergestellt werden mußte. Ab Oktober 1955 begann die Einfuhr von Erdöl aus Krasnodar, und schon bald wurde die Sowjetunion zum Hauptlieferanten der DDR; aus Österreich wurden noch bis 1964 kleinere Mengen bezogen.³⁴¹

Schaffung der Grundlagen der Petrolchemie

Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 erläuterte Walter Ulbricht die ökonomische Hauptaufgabe für den Siebenjahrplan (1959-1965): „Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird [...] Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert die Mobilisierung aller inneren Reserven der DDR und macht die Inanspruchnahme der Solidarität und Unterstützung der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder

³⁴⁰ H.-H. Hertle/F.-O. Gilles: Struktur, Entwicklung und Probleme der chemischen Industrie in der DDR. Ein Rückblick. Gespräch mit Dr. Friedrich Götz, ehem. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für die Grundstoffindustrie, in: Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 81 (Berlin 1993), S. 10

³⁴¹ D. Graichen: Die Entwicklung der Erdölverarbeitung und der Petrolchemie in der DDR, in: Chemie in der Schule 26 (1979) 10, S. 401-408

notwendig. [...] Die Lieferungen der Sowjetunion an die DDR in fast allen wichtigen Grundstoffen, die für das Tempo der ökonomischen Entwicklung in der DDR von entscheidender Bedeutung sind, werden im Verlaufe der nächsten sieben Jahre um das Mehrfache erhöht. So wird die Lieferung von Erdöl von 1.040.000 Tonnen im Jahre 1957 auf 4.800.000 Tonnen 1965 gesteigert [...].³⁴²

Auf Grundlage dieser eingeplanten Lieferungen wurde nunmehr eine Wende in der Entwicklung der chemischen Industrie der DDR, die den Anschluß an das internationale Entwicklungsniveau gewährleisten sollte, eingeleitet. Unter dem Motto „Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit“ legte Walter Ulbricht im November 1958 auf einer Konferenz in Leuna ein detailliertes Programm zur Entwicklung und Modernisierung der Chemieindustrie vor.³⁴³ Den Kern dieses Programms bildete eine Reihe wichtiger Vorhaben, die eine starke Mineralölindustrie und Grundstoffchemie in der DDR aufbauen sollten. Zu den wichtigsten Punkten gehörten: 1. Die Sicherung einer ausreichenden Rohölversorgung durch Importe aus der Sowjetunion. 2. Die bedeutende Erweiterung der Verarbeitungskapazität durch den Abschluß des Ausbaus der Erdölraffinerie in Lützkendorf sowie der Errichtung eines großen modernen Erdölverarbeitungswerks in Schwedt³⁴⁴. 3. Die Mitwirkung am Bau der transeuropäischen Erdölleitung „Freundschaft“.³⁴⁵ Und 4. Die Errichtung der ersten Chemiewerke auf der Basis von petrochemischen Ausgangsstoffen, vornehmlich durch ein neues Chemiefaserwerk in Guben und den Ausbau des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ zum ersten petrochemischen Zentrum der DDR (Leuna II).

Durch dieses Paket von Maßnahmen sollte schrittweise die Ablösung von Verfahren der Kohleveredlung durch die effektiveren Verfahren auf der Basis von Erdöl erfolgen; gleichzeitig sollte die Braunkohle ihre Vorrangstellung auf dem Rohenergiesektor behalten.

³⁴² Referat des Genossen W. Ulbricht, in: Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin (Berlin 1959), S. 22-177, S. 68-69

³⁴³ Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit. Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission in Leuna am 3. und 4. November 1958. Hrsg. vom ZK der SED (Berlin 1959)

³⁴⁴ Die offizielle Grundsteinlegung erfolgte im November 1960, die Dauerinbetriebnahme schließlich am 01. Juni 1964 mit einem Jahresdurchsatz von zunächst 2 Mill. t Erdöl. Mit Aufnahme des Dauerbetriebs in der Anlage der zweiten Ausbaustufe im September 1965 erhöhte sich der mögliche Jahresdurchsatz auf etwa 4 Mill. t. Vgl. S. Unger/K. Gerstenberger: Das Erdölverarbeitungswerk Schwedt, Aufbauschwerpunkt der chemischen Industrie der DDR, in: Die Technik 18 (1963) 11, S. 716-720

³⁴⁵ Im Dezember 1958 erfolgte auf der X. Tagung des RGW in Warschau der Beschluß zum Bau jener Pipeline, die die Erdölfelder Baschkiriens mit den Erdölverarbeitungszentren Polens (Plock), der DDR (Schwedt), Ungarns (Szazhalombatta) und der CSSR (Hrdlo) verband. Für den größten Streckenabschnitt lieferte die Sowjetunion die Projektunterlagen und die Rohre. Als die Regierung der BRD auf Bertreiben der USA durch ein Röhrenembargo den Bau zu vereiteln versuchte, produzierte das Rohrwerk Bitterfeld aus sowjetischem Stahlblech die Rohre für den 1000 km langen Abschnitt Schwedt-Mosyr. Trotz Röhrenembargos konnte die Pipeline nach fünfjähriger Bauzeit 1964 termingerecht in Betrieb genommen werden.

Disproportionen

Während noch in den ersten beiden Jahren des Siebenjahrplans die Volkswirtschaft durch ein hohes Entwicklungstempo gekennzeichnet war, geriet die DDR in den Jahren 1960/61 in ökonomische Schwierigkeiten. In Bezug auf das Chemieprogramm mußte in diesem Zusammenhang die Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED im März 1961 konstatieren: „Das Chemieprogramm existiert nach dem gegenwärtigen Stand der Planung nicht mehr [...] Wir werden mit absoluter Sicherheit zu einem zweitrangigen Chemieland absinken, wenn die gegenwärtig geplante Entwicklung beibehalten wird [...] Selbst wenn wir das im Chemieprogramm der DDR ursprünglich vorgesehene Tempo der Entwicklung beibehalten, würden wir 1965 weiter hinter Westdeutschland zurückliegen als zu Beginn des Chemieprogramms.“³⁴⁶

Walter Ulbricht als Bittsteller

In einem Brief an Chruschtschow erläuterte Walter Ulbricht ausführlich die Problemlage.³⁴⁷ Der Führungsriege der KPdSU war demnach explizit die höchst angespannte Lage in der DDR bekannt. Dennoch schien die Sowjetunion zunehmend weniger geneigt, materielle Hilfestellungen zu leisten und insbesondere den wachsenden Ölbedarf der DDR in vollem Umfang zu decken. Walter Ulbricht war es zwar „sehr unangenehm, daß wir uns alljährlich mit solchen Bitten um Hilfe an das Präsidium des ZK der KPdSU wenden“³⁴⁸, dennoch nahm er jede Möglichkeit wahr, um auf die drängenden Probleme aufmerksam zu machen.

So nutzte er im Januar 1964 den Besuch einer sowjetischen Erdöl- und Ergasdelegation, um für zusätzliche Öllieferungen zu plädieren, da der gegenwärtige Lieferumfang einen Produktionsrückgang und sinkenden Lebensstandard impliziere.³⁴⁹ Doch umgekehrt ließ auch die Sowjetunion auf verschiedene Weise durchblicken, was sie davon hielt. Eine abschlägige Antwort erhielt z. B. der Minister für Chemische Industrie, Günther Wyschofsky, als ihm auf der Leipziger Frühjahrsmesse im März 1964 ein hochrangiger sowjetischer Besucher erklärte, daß die DDR Verständnis dafür aufbringen müsse, daß die Sowjetunion einen Teil ihres Erdöls an kapitalistische Staaten verkaufe, auch wenn die DDR dadurch Einbußen hinnehmen müsse. Die Einwände Wyschofskys hatte er kurzerhand mit einer Handbewegung weggewischt.³⁵⁰

Zur Jahresmitte 1964 stand das Rohstoffproblem auf höchster Ebene zwischen Chruschtschow und Ulbricht zur Diskussion. In der Besprechung vom 30. Mai verwies Chruschtschow Ulbricht

³⁴⁶ Zit. nach R. Karlsch: „Wie Phönix aus der Asche?“ Rekonstruktion und Strukturwandel in der chemischen Industrie in beiden deutschen Staaten bis Mitte der sechziger Jahre, in: L. Baar/D. Petzina (Hrsg.): *Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich* (St. Katharinen 1999), S. 262-303, S. 296-297

³⁴⁷ Siehe Anlage 1: Schreiben W. Ulbrichts an N. S. Chruschtschow vom 4. August 1961

³⁴⁸ Brief W. Ulbrichts an N. S. Chruschtschow vom 19. Januar 1961, in: H. Mehringer (Hrsg.): *Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik* (München 1995), S. 242-254, S. 252

³⁴⁹ R. Karlsch/R. G. Stokes: „Faktor Öl“. *Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974* (München 2003), S. 338

³⁵⁰ Ebenda, S. 337

zum Ölkauf an Algerien: „Ben Bella³⁵¹ weiß nicht, wohin mit dem Erdöl und dem Erdgas. Warum kaufen sie nicht von ihm?“³⁵² Im selben Gespräch, aber im Zusammenhang mit der Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, erklärte er weiter: „Wir verstehen die DDR und die CSSR. Sie können sich nicht selbst versorgen. Einerseits sind wir bereit, unsere materiellen Hilfsquellen zu verbinden, aber andererseits sind sie beide doch industriell hoch entwickelte Länder. Sie können in Ägypten und Algerien kaufen. Warum müssen sie unbedingt bei uns kaufen? [...] Warum passen sie sich diesen Märkten nicht an? Sie zahlen uns doch auch. Zahlen sie also denen.“³⁵³

Wenige Tage später – am 11. Juni – wurde der Importwunsch der DDR nochmals diskutiert. Während der Erste Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR, Erich Apel, die Bezüge bis 1970 auf 10 Mio. t steigern wollte, war hingegen der Vorsitzende von GOS-Plan³⁵⁴, Pjotr F. Lomako, lediglich bereit, 7,5 Mio. t in die DDR zu exportieren. Chruschtschow entschied den Dissens auf seine Weise: „Also machen wir so wie im Laden. Mehr als 8,5 Millionen Tonnen geben wir nicht. Bis 1970 ist noch viel Zeit. Wir können auf diese Frage noch zurückkommen. Algerien wollte bis zum 10. Juni Antwort geben. Dort könnt ihr Erdöl, Eisenerz und Weizen kaufen.“³⁵⁵

Nur wenige Tage zuvor – im Gespräch vom 30. Mai – hatte Chruschtschow erklärt: „Wir haben Euch leider bisher nur beigebracht, daß wir zwar reden, aber dann doch geben. Jetzt werden wir reden und nichts geben.“³⁵⁶ Diese Worte müssen Ulbricht in Erinnerung geblieben sein, so daß er für den Moment nachgab und abschließend resümierte: „Erdöl über Tiefbohrung und aus den Nationalstaaten. Dazu kommt unsere Hoffnung auf künftige Verhandlungen mit der Sowjetunion.“³⁵⁷

Doch bereits im Oktober 1964 wandte sich Ulbricht wiederum schriftlich an Chruschtschow, um nochmals mit Nachdruck die zentrale Bedeutung des Öls für die Realisierung des Chemieprogramms zu betonen, wodurch auch andere Schlüsselindustrien wie der Maschinenbau einen entscheidenden Impuls erhielten. Ulbricht wies darauf hin, daß die Erdölsuche in der DDR trotz außerordentlicher Anstrengungen letztendlich nicht den gewünschten Erfolg gebracht habe. Er plädierte daher für höhere Einfuhren aus der Sowjetunion.³⁵⁸

Kurzfristig hatten Ulbrichts inständige Bitten Erfolg. Denn im gleichen Monat, im Oktober 1964, einigten sich beide Staaten auf höhere Lieferungsquoten für Erdöl und chemische Zwischenprodukte aus der Sowjetunion. Die Erdölimporte nahmen tatsächlich zwischen 1964 und 1965 um 21 Prozent zu und um weitere 26 Prozent zwischen 1965 und 1966. Aber bereits

³⁵¹ Mohammed Ahmed Ben Bella, Präsident und Premierminister der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algeriens

³⁵² Zit. nach D. Kosthorst: „Sie sind ein Opfer unserer Propaganda.“ Die letzten Gespräche Ulbrichts mit Chruschtschow 1964 in Moskau – Eine Dokumentation, in: Deutschland-Archiv 29 (1996) 6, S. 872-887, S. 880

³⁵³ Ebenda

³⁵⁴ Staatliche Plankommission der UdSSR

³⁵⁵ Ebenda, S. 884-885

³⁵⁶ Ebenda, S. 881

³⁵⁷ Ebenda, S. 885

³⁵⁸ R. Karlsch/R. G. Stokes: „Faktor Öl“. [...], a. a. O., S. 338

Ende 1965 deutete der Vorsitzende von GOS-Plan erneut an, daß angesichts der schweren Belastungen der sowjetischen Wirtschaft durch die Rohstoff- und Energieversorgung anderer Staaten und durch die zahlreichen militärischen Verpflichtungen die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des RGW neu überdacht werden müßten. Er forderte insbesondere eine Überprüfung des Liefervertrags vom Oktober 1964, da er die Sowjetunion allzu sehr strapaziere. Auch wenn die Vereinbarung nicht revidiert würde, so sei mit zusätzlichen Lieferungen sehr sicher frühestens ab 1970 zu rechnen.³⁵⁹ Insgesamt stiegen die sowjetischen Einfuhren zwischen 1962 und 1966 von 2,5 Mio. t auf 6,2 Mio. t, und bis 1970 um weitere 3 Mio. t auf 9,2 Mio. t.³⁶⁰

Wachstum der chemischen Industrie in den siebziger Jahren

Während in den sechziger Jahren noch die Grundlagen der petrochemischen Industrie geschaffen wurden, gewann dieselbe in den siebziger Jahren zunehmend an Bedeutung, was die Realisierung zahlreicher Großprojekte belegt. In diese Zeit fielen: 1. Bau einer Düngemittelfabrik auf der Basis sowjetischen Erdgases in Priesteritz. 2. Ausbau der Raffineriekapazitäten in Schwedt und Verwertung gasförmiger Nebenprodukte zur Düngemittelproduktion. 3. Errichtung des Olefinkomplexes in Böhlen zur Erzeugung wichtiger Ersatzstoffe für die Kunststoffproduktion (Äthylen und Propylen). 4. Zur Versorgung dieser Anlage Bau einer neuen Raffinerie in Zeitz und Erweiterung der erdölverarbeitenden Kapazitäten in Böhlen. 5. Neubau einer Polyurethananlage in Schwarzheide. 6. Neubau eines Industriekraftwerks und einer Raffinerie in Leuna. Und 7. Errichtung von Verarbeitungskapazitäten zur Kunststoffproduktion in Buna (PVC) und Leuna (Hochdruckpolyäthylen).³⁶¹

In den Jahren zwischen 1970 und 1980 verdoppelte sich der Erdöleinsatz nahezu, blieb jedoch unter der noch 1976 anvisierten Höhe von 23 Mill. t/a (1980: 21,8 Mio. t, davon aus der UdSSR: 19 Mio. t). Während die Sowjetunion noch 1975 vertraglich zusicherte, ihre Öllieferungen in die DDR jährlich um 5 Prozent zu steigern, kam die zunächst kontinuierliche Zunahme der Importe ungefähr ab 1977 zum Stillstand. Dies begrenzte die Möglichkeit einer Produktionssteigerung, so daß die volle Auslastung der Verarbeitungskapazitäten der petrochemischen Industrie z. T. nicht gegeben war. So unterlag der Bezug des Erdöls einerseits mengenmäßigen Beschränkungen, und er stieß andererseits zunehmend auf Finanzierungsschwierigkeiten, da „die Mitgliedsländer des RGW den Einfluß der steigenden Weltmarktpreise auf die Preise im gegenseitigen Warenaustausch in Rechnung stellen mußten“³⁶².

Das RGW-Preissystem

Für die Preisbildung innerhalb des RGW galten bis Anfang 1975 die Beschlüsse der IX. Ratstagung, die 1958 in Bukarest gefaßt wurden. Danach sollten jene Preise maßgebend sein, die sich im Handel zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW bis dahin herausgebildet hatten. Für Korrekturen dieser Vertragspreise und die Preisbildung für neue Produkte sollte die

³⁵⁹ Ebenda

³⁶⁰ H. Winter: Die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der DDR innerhalb des RGW zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung, in: G. Gutmann (Hrsg.): Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme (Stuttgart/New York 1983), S. 383-403, S. 387

³⁶¹ o. V.: Die chemische Industrie in der DDR. Renaissance einheimischer Rohstoffe durch Beschränkungen der Erdölimporte?, in: DIW-Wochenbericht 47 (1980) 47, S. 485-490, S. 487

³⁶² Geschichte der SED. Abriß (Berlin 1978), S. 626

Entwicklung der durchschnittlichen Weltmarktpreise eines bestimmten Basisjahres oder eines festen Basiszeitraums als Orientierung dienen. Festgelegt wurden für den Zeitraum 1958-1965 das Basisjahr 1957; für den Zeitraum 1965-1970 der Basiszeitraum 1960-1964 und für den Zeitraum 1971-1975 der Basiszeitraum 1965-1969.³⁶³

Dadurch konnten die sozialistischen Staaten während einer Fünfjahrplanperiode für einen großen Teil ihres Außenhandels mit stabilen Preisen rechnen, während die kapitalistischen Märkte durch relative Preisschwankungen gekennzeichnet waren. Bei dieser Regelung handelte es sich indes um ein allgemeines grundlegendes Prinzip; die konkreten Preise mußten stets bilateral zwischen den Einzelstaaten verhandelt werden. In der Praxis lagen die RGW-Preise in der Regel unterhalb der Weltmarktpreise und folgten deren Anstieg temporär verzögert.

Der starke Anstieg der Rohstoffpreise vor allem im Jahre 1974³⁶⁴ hätte so eigentlich die Preise im RGW-Handel vor dem Ende des Jahres 1975 nicht berühren dürfen, da für den Zeitraum 1971-1975 die Durchschnittspreise des Zeitraumes 1965-1969 bestimmend sein sollten. Bei Anwendung der Bukarester Preisformel wäre also die Sowjetunion erst ab der Periode 1976-1980 in den Genuß höherer Exportpreise für Energieträger und Rohstoffe gekommen, und auch das – wegen der Einbeziehung der Jahre 1971 und 1972 in die Preisfestlegung – nur in abgeschwächtem Umfang; die Verrechnungspreise im RGW-Handel wären demnach weniger als halb so stark gestiegen wie die entsprechenden Weltmarktpreise.

Um aber unverzüglich von diesen Preisen zu profitieren, setzte die UdSSR eine für sie wesentlich günstigere Neuregelung durch. Auf der 70. Sitzung des RGW-Exekutivkomitees (nicht von der Ratstagung!) vom 21.-23. Januar 1975 in Moskau fiel der Beschluß, die RGW-Vertragspreise ab 1976 alljährlich auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise der jeweils vorangegangenen fünf Jahre zu bilden.³⁶⁵ Diese Moskauer Preisformel der gleitenden Basiszeiträume führte zu einer wesentlich rascheren Angleichung der RGW-Preise an das Weltmarktpreisniveau.

Für das Jahr 1975 galt eine Übergangsregelung, wonach die Preisbildung auf der Basis des Durchschnitts der vorangegangenen drei Jahre (1972-1974) durchzuführen sei. Dies führte dazu, daß 1975 die Energiepreise um durchschnittlich 90 Prozent angehoben wurden. Bemerkenswert hierbei ist, daß die UdSSR bei Erdöl und Erdgas zwischen den einzelnen RGW-Partnern

³⁶³ G. Brendel/E. Faude: Wesenszüge und Entwicklungstendenzen des RGW-Preisbildungssystems, in: *Wirtschaftswissenschaft* 21 (1973) 9, S. 1283-1297, S. 1285

³⁶⁴ 1950 betrug der Rohölpreis 1,75 \$ (pro Barrel) und lag bis 1970 unter 2 \$. Doch schon zu Beginn der siebziger Jahre, also vor der ersten Ölkrise, begann ein Preisanstieg. Innerhalb von zwei Jahren zog er um 27 Prozent an. Als dann ein Teil der in der OPEC vereinigten Staaten mit einem Öllieferboykott und Preiserhöhungen in den im Oktober 1973 begonnenen Yom-Kippur-Krieg eingriff, stieg der Spotpreis bis Mitte 1974 auf das Dreifache des Vorjahres, womit er fast siebenmal so hoch lag wie 1970. Dieses Preisniveau blieb bis zum zweiten „Ölschock“, dem Anstieg vom Herbst 1979 (Sturzes des Schah-Regimes und Wegfalls des Iran als Öllieferant) erhalten, der den Ölpreis erneut verdreifachte.

³⁶⁵ G. Gräbig et al.: *Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen ökonomischen Integration* (Berlin 1975), S. 79

differenzierte. Eine gewisse Sonderstellung wurde der DDR eingeräumt, indem ihr für Erdöl nur eine 50prozentige und bei Erdgas gar keine Erhöhung abverlangt wurde.³⁶⁶

Gleichwohl handelte es sich in der Geschichte des RGW um einen Preisanstieg nicht gekannten Ausmaßes, den die sozialistischen Staaten (mit Ausnahme Rumäniens) aufgrund ihrer Abhängigkeit von den Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion hinnehmen mußten. Innerhalb des RGW betrug der Anteil der UdSSR an den Erdöl- und Erdgasvorräten 97 Prozent. Seit 1974 befand sie sich mit einer immer steigenden Jahresförderleistung auch weltweit auf Platz 1 der erdölproduzierenden Staaten (1974: 458 Mill. t; 1977: 545 Mill. t; 1980: 603 Mill. t); bedeutendster Ergasproduzent der Welt ab 1983. Rund 70 Prozent des geförderten Erdöls wurde für den Eigenbedarf verwandt, der Rest stand dem Export zur Verfügung.³⁶⁷

Beschränkung der Erdölimporte in den achtziger Jahren

1980 kündigte die Sowjetunion den RGW-Staaten an, daß sie für den Fünfjahrplanzeitraum von 1981 bis 1985 die Lieferungen von Erdöl, Erdgas und Kohle auf dem Niveau von 1980 einzufrieren gedenke und daher mit einer weiteren Steigerung nicht zu rechnen sei.³⁶⁸ Im Jahr darauf wurde mitgeteilt, daß entgegen diesen vertraglichen Vereinbarungen ab 1982 sogar eine Verminderung der Erdöllieferungen um jährlich rund 10 Prozent auf zunächst knapp 70 Mill. t (1976: 75 Mill. t) vorgenommen wird.

Zudem erfolgte 1981 eine Modifikation der Moskauer Preisregelung dahingehend, daß nunmehr Dreijahresdurchschnitte der Weltmarktpreise für die Verrechnung zugrunde gelegt wurden. Die Mehrkosten für die RGW-Staaten betragen aufgrund dieser Maßnahme in den Jahren 1981 und 1982 insgesamt 3 Mrd. TRbl.³⁶⁹ Die neue Preisformel führte dazu, daß 1983 die Verrechnungspreise für sowjetisches Rohöl um 10 Prozent höher waren als die Weltmarktpreise.

Von dem Vorhaben der Exportkürzungen erfuhr die DDR in einem Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 31. August 1981. Als Begründung für diesen Schritt machte Breschnew darin innere Schwierigkeiten der Sowjetunion geltend, vor allem eine Verschlechterung der Förderbedingungen, so daß „die geplanten Exportmengen [...] in sozialistische Länder nicht durch reale Quellen abgesichert“³⁷⁰ seien. Es sollte demnach der Anschein vermittelt werden, daß eine mangelnde Verfügbarkeit von Öl 1982 für die Kürzung der Liefermengen verantwortlich war. Dagegen spricht indes eine Steigerung der sowjetischen Erdölförderung um 3,8 Mio. t gegenüber 1981 sowie die Zunahme der Exporte in kapitalistische Staaten auf einen neuen Höchststand (1981: 54 Mio. t; 1982: 66 Mio. t; 1983: 75 Mio. t), was zu einer Veränderung in der Regionalstruktur des sowjetischen Erdölexportes führte. Wurden in den

³⁶⁶ J. Bethkenhagen: Die Zusammenarbeit der RGW-Länder auf dem Energiesektor, in: Osteuropa-Wirtschaft 22 (1977) 2, S. 63-80, S. 68

³⁶⁷ A. K. Fischer: Kohle, Erdgas, Erdöl in der Sowjetunion 1965-1985, in: Osteuropa-Wirtschaft 27 (1982) 2, S. 83-92

³⁶⁸ S. Baufeldt: Die Primärenergieversorgung der RGW-Staaten in den achtziger Jahren, in: Osteuropa-Wirtschaft 26 (1981) 4, S. 253-275, S. 262

³⁶⁹ o. V.: Erdöl und Erdgas im RGW-Intrablockhandel, in: DIW-Wochenberichte 50 (1983) 51-52, S. 625-632, S. 630

³⁷⁰ Anlage 2: Schreiben L. I. Breschnews an E. Honecker vom 31. August 1981

Jahren 1975-1981 stets knapp 50 Prozent der Exporte in die RGW-Staaten geleistet, so waren es 1982 nur noch 42 Prozent.³⁷¹

Am 4. September 1981 wandte sich Erich Honecker mit der Bitte an die sowjetische Führung, ihre Entscheidung zurückzunehmen. Er gab dabei zu bedenken, daß bei einem Festhalten an der sowjetischen Position „die Grundpfeiler der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik untergraben“³⁷² würden. Doch sein aus Moskau entsandter Verhandlungspartner, Konstantin W. Russakow, der Sekretär für Internationale Fragen beim ZK der KPdSU, teilte am 21. Oktober 1981 den endgültigen ablehnenden Bescheid Breschnews mit. Als Begründung führte er an, „daß der Zustand der Sowjetunion so ist wie vor Brest-Litowsk“³⁷³, und er fordere von der DDR die Bereitschaft, die Folgen der Krise in der Sowjetunion mitzutragen.

Bis zum Ende der DDR betrug so die in den Statistiken ausgewiesene jährliche Liefermenge relativ konstant 17 Mio. t. Bezüglich der daraus resultierenden Notwendigkeit für Erdölzusatzimporte erklärte Friedrich Götz, ehemals Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für die Grundstoffindustrie, daß er „für den Zeitraum 1980-1989 eine Größenordnung von etwa 30 Mio. t für realistisch“³⁷⁴ halte. Diese Zusatzimporte wurden zu verschiedenen Zeiten aus verschiedenen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens bezogen – und vor allem aus der UdSSR! Die Vorsitzenden der Staatlichen Plankommissionen der DDR und der UdSSR, Gerhard Schürer und Nikolai Baibakow, hatten nämlich dahingehend eine Art Kompromiß erzielt, daß der Weiterbezug der zur Kürzung anstehenden 2 Mio. t Erdöl gegen Bezahlung in freien Devisen in Höhe von rund 600 Mio. Dollar erfolgen könne; abgewickelt wurde dies dann über die Kommerzielle Koordinierung des Dr. Schalck-Golodkowski. Und so hatte die Sowjetunion nicht nur ihre zugesagten jährlichen Lieferungen von 17 Mio. t geleistet, sondern diese bis 1987 sogar auf 20 Mio. t gesteigert. In den Statistiken der DDR war aber nur die in Transfer-Rubel beglichene Menge ausgewiesen.³⁷⁵

Substitutionsbestrebungen in der Industrie der DDR

Welche Folgen hatte nun „der beschränkte Lieferwille auf sowjetischer Seite“³⁷⁶ für die Industrie in der DDR? Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Entwicklung und „aus Gründen der Versorgungssicherheit“³⁷⁷ formulierte die DDR-Wirtschaftsführung 1980 folgende

³⁷¹ o. V.: Erdöl und Erdgas im RGW-Intrablockhandel, a. a. O., S. 627; A. K. Fischer: Sowjetische Erdölwirtschaft in schwerer Krise, in: Osteuropa-Wirtschaft 26 (1991) 2, S.106-117, S. 114

³⁷² Siehe Anlage 3: Schreiben E. Honeckers an L. I. Breschnew vom 4. September 1981

³⁷³ Gespräch mit Dr. Günter Mittag vom 10.12.1993, in: T. Pirker et al.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen (Opladen 1995), S. 19-31, S. 26

³⁷⁴ H.-H. Hertle/F.-O. Gilles: Struktur, Entwicklung und Probleme [...], a. a. O., S. 14

³⁷⁵ H. G. Schröter: Ölkrisen und Reaktionen in der chemischen Industrie beider deutscher Staaten. Ein Beitrag zur Erklärung wirtschaftlicher Leistungsdifferenzen, in: J. Bähr/D. Petzina (Hrsg.): Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945-1990 (Berlin 1996), S. 109-138, S. 123

³⁷⁶ J. Roesler: Wirtschaftspolitik der DDR – Autarkie versus internationale Arbeitsteilung, in: Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften, Nr. 25 (1998), S. 2-14, S. 10

³⁷⁷ H. Effenberger: Grundlagen- und angewandte Forschung auf dem Gebiet der Verbrennung von Rohbraunkohle, in: Energietechnik 36 (1986) 5, S. 185-190, S. 185

Zielsetzungen zur Substitution sowjetischen Erdöls durch einheimische Braunkohle:³⁷⁸ 1. Ausbau der vertieften Erdölverarbeitung und schrittweise Erhöhung des stoffwirtschaftlichen Nutzungsgrades des Erdöls. 2. Raschere Erschließung und Ausbeutung der Erdgasfelder im Raum Salzwedel und Ausbau der jährlichen Förderung auf 14 Mrd. m³ sowie vorrangig stoffwirtschaftliche Verwendung dieser Erdgasmenge. 3. Steigerung der jährlichen Braunkohlenförderung auf 300 Mio. t. Und 4. Stabilisierung der vorhandenen karbochemischen Anlagen sowie weiterer Ausbau der Kohleveredlung.

In diesen Kontext fallen die Maßnahmen zur Heizölablösung, die jedoch „nicht so vordergründig“³⁷⁹ mit den Kürzungen der Erdöllieferungen in Zusammenhang standen. Bereits 1978 arbeitete die Wirtschaftskommission des ZK der SED Pläne für eine Umstrukturierung der chemischen Industrie aus.³⁸⁰ Die zur Verfügung stehende Ölmenge sollte in höherem Maße als Rohstoff und nicht energetisch genutzt werden. Bei dem destillativen Verfahren der Rohölaufbearbeitung waren 17 Prozent der Einsatzmenge als Benzin und 23 Prozent als Dieselkraftstoff und ähnliche Produkte zu gewinnen. Es fielen aber auch ca. 50 Prozent der Rohölsubstanz als Heizöl an, die ausschließlich für Wärme- und Elektroenergieerzeugung eingesetzt bzw. exportiert werden konnten. Die stoffwirtschaftliche Nutzung des Erdöls lag 1976 bei 16,2 Prozent, während sie in der BRD nur um 10 Prozent schwankte; bis 1985 sollte sie auf 22 Prozent erhöht werden. Für diesen Zweck waren die Raffinerien so auszubauen, daß mehr leichte Fraktionen und weniger schweres Heizöl produziert werden würde. Diese tiefere Spaltung des Erdöls war jedoch durch abnehmende energetische Wirkungsgrade gekennzeichnet, d.h., daß der Energiebedarf je abgegebenes kg Endprodukt stieg.

Da bei der vertieften Spaltung – wie angestrebt – weniger Heizöl als Endprodukt anfiel, mußte die entstandene Lücke in der Elektroenergieerzeugung durch den Einsatz von Braunkohle geschlossen und bestehende Heizölanlagen auf Braunkohlenfeuerung umgestellt werden. Der Anteil des Mineralöls an der Erzeugung der Elektroenergie sank damit von 1,2 Prozent (1980) auf 0,6 Prozent (1986), während der Anteil der Rohbraunkohle von 78,1 Prozent (1980) auf 83,3 Prozent (1986) stieg.

Durch das Substitutionsverhältnis von Rohbraunkohle zu Erdöl von 10:1 war die DDR schon hinsichtlich der Sicherstellung der Elektroenergieversorgung gezwungen, gegen den internationalen Trend eine deutliche Steigerung der Braunkohlenförderung vorzunehmen, und das unter den oben beschriebenen schwierigen geologischen Bedingungen. Die aufgestellte Zielstellung wurde mit einer Steigerung auf 312 Mio. t im Jahr 1985 (1980: 258 Mio. t) übertroffen. Doch die verschlechterten Abbaubedingungen erforderten einen zusätzlichen

³⁷⁸ E. Honecker: Die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED (Berlin 1980), S. 34ff.; Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985, in: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin 11. bis 16. April 1981, Bd. 2 (Berlin 1981), S. 243-309, S. 261-267

³⁷⁹ H.-H. Hertle/F.-O. Gilles: Struktur, Entwicklung und Probleme [...], a. a. O., S. 11

³⁸⁰ H. G. Schröter: Ölkrise und Reaktionen [...], a. a. O., S. 115

Aufwand gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit. Allein im Zeitraum von 1981-1985 steigen die spezifischen Förderkosten pro gewonnener Tonne Braunkohle um 30 Prozent.³⁸¹

Neben den Sparmaßnahmen beim Verbrauch von Elektroenergie (1981-1985 Einsparungen an Energie, die einem Äquivalent von 82 Mio. t Rohbraunkohle entsprachen³⁸²) mußte zugleich die höhere Veredlung aller verfügbaren Energieträger und Rohstoffe aus eigenen Vorkommen betrieben werden. Für die Karbochemie bedeutete dies, bereits auf Verschleiß gefahrene Anlagen, wie z.B. Industriekraftwerke, Schwelereien und Gaserzeugungsanlagen mit größtenteils veralteten Ausrüstungen und Technologien auf unbestimmte Zeit am Leben zu halten. Anstatt, wie ursprünglich auch vorgesehen, die energieintensive Erzeugung karbochemischer Rohstoffe wie etwa die Karbidproduktion in Schkopau und Priesteritz einzustellen, nahm die Verarbeitung ab 1980 wieder zu.

Andreas Reichel, Dresden

Anlage 1³⁸³:

Walter Ulbricht, Brief an N. S. Chruschtschow, 4. August 1961

Teurer Genosse Nikita Sergejewitsch!

Sie hatten die Frage gestellt, was sind die Ursachen für die besonderen Schwierigkeiten in der Wirtschaft der DDR und die Senkung des Produktionszuwachses bedeutend unter die Ziffern des Siebenjahrplanes.

In der Anlage übermittle ich Ihnen ein Informationsmaterial, in dem im wesentlichen diese Frage beantwortet wird.

Mit kommunistischem Gruß, W. Ulbricht

Anlage: Information über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR

Der V. Parteitag der SED hat die grundlegenden Ziele des Siebenjahrplanes beschlossen und die Aufgabe gestellt, Westdeutschland durch eine schnelle Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Ausschöpfung aller volkswirtschaftlichen Reserven auf ökonomischen Gebiet, insbesondere was den Lebensstandard betrifft, im wesentlichen einzuholen.

Die Frage, wieso die DDR in ökonomische Schwierigkeiten gekommen ist und in den Jahren 1960 und 1961 bedeutend unter den Ziffern des Siebenjahrplanes bleibt, erklärt sich aus folgendem:

a) Die Deutsche Demokratische Republik wurde als Staat gebildet, der fast über keine Grundstoffindustrie verfügte. Während des Zweijahrplanes und des ersten Fünfjahrplanes bis

³⁸¹ M. Weisheimer/J. Matthies: Zur ökonomischen Effektivität von Energieeinsparungen, in: Wirtschaftswissenschaft 35 (1987) 12, S. 1794-1809, S. 1798

³⁸² A. Bönisch/W. Heinrichs: Langfristige Sicherung der Energie- und Rohstoffbedarfs – ein lösbares globales Problem, in: Wirtschaftswissenschaft 35 (1987) 5, S. 641-661, S. 653

³⁸³ Veröffentlicht in: H. Mehringer (Hrsg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik (München 1995), S. 254-268

1955 wurden noch bedeutende Reparationen geleistet. Besonders ab 1955 mußten wir im Interesse der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung den Export auf fast allen Gebieten, besonders aber aus dem Maschinenbau so steigern, daß für die notwendige Rekonstruktion der Industrie fast keine Mittel und Ausrüstungen zur Verfügung standen. Das hatte weiter zur Folge, daß die Entwicklung der Grundstoffindustrie nur langsam voran ging.

b) Da wir im Umfang der Produktion nach das zweite Industrieland im sozialistischen Lager sind, das aber noch mit der Wirtschaft Westdeutschlands verbunden war, brachte die Erhöhung der Lieferung von Ausrüstungen an die sozialistischen Länder eine Erhöhung des Imports aus Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern mit sich. Auch daraus resultiert, daß wenige Mittel für die Entwicklung der eigenen Grundstoffindustrie zu Verfügung standen.

c) Infolge der offenen Grenzen gegenüber Westdeutschland, das uns in Bezug auf das industrielle Niveau in vielen Produktionszweigen und in Bezug auf den Lebensstandard der Bevölkerung überlegen ist, konnten wir manche ökonomischen Gesetze nicht einhalten. Wir haben besonders in den letzten Jahren sehr große Verluste an hochqualifizierten Arbeitskräften durch die Abwerbung der westdeutschen Monopole zu verzeichnen. Diese Tatsache und die ungenügenden Möglichkeiten zur Mechanisierung und Automatisierung hatten unmittelbaren Einfluß auf das Entwicklungstempo der Produktion.

d) Bedingt durch die Spaltung Berlins und Deutschlands mußten wir große Investitionen durchführen, die ökonomisch gesehen nicht wirtschaftlich sind; z.B. den Bau des Berliner Außenringes der Eisenbahn und des nordwestlich Berlins verlaufenden Umgehungskanals für die Schifffahrt, den Aufbau der Großkokerei auf Braunkohlenbasis in Lauchhammer und andere.

e) Im Interesse der Belieferung der sozialistischen Länder mit schweren Ausrüstungen wurden 25 neue Schwermaschinenbaubetriebe gebaut. Darunter Schiffswerften für den Hochseeschiffbau. Unter den schwierigsten Bedingungen wurde die Wismut AG aufgebaut, der damals größte Betrieb der DDR. In letzter Zeit mußten wir einen neuen großen Überseehafen bauen, um unabhängig zu werden von westdeutschen Häfen, besonders Hamburg.

Durch Mobilisierung der Werktätigen unter Führung der Partei und die Hilfe der Sowjetunion haben wir in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 und im Jahre 1959 große ökonomische Erfolge erzielt und den ökonomischen Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert. Die Industrieproduktion stieg 1958 um 10,5% und 1959 um mehr als 12%. Das auf dem V. Parteitag festgelegte Wachstumstempo der Produktion wurde damit erreicht und teilweise übertroffen. Die Arbeitsproduktivität stieg je Produktionsarbeiter 1958 um 10% und 1959 um 11%.

Zum Zeitpunkt des V. Parteitages bestand ein noch beträchtlicher Rückstand gegenüber Westdeutschland hinsichtlich der Produktion pro Kopf der Beschäftigten und im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten Konsumgütern. Zu diesem Zeitpunkt aber zeigten sich krisenhafte Erscheinungen in der Wirtschaft Westdeutschlands und der meisten kapitalistischen Länder. Die westdeutsche Wirtschaft verzeichnete 1958 mit nur 3% das niedrigste Wachstumstempo der Industrieproduktion seit Kriegsende. Die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland stieg. Die Abwerbung von Arbeitskräften ging 1958 und 1959 zurück. Unter diesen Bedingungen hat sich 1958 und 1959 der Abstand gegenüber Westdeutschland auch im Lebensstandard verringert.

Wir haben bedeutende Fortschritte in der Produktion von industriellen Konsumgütern erreicht. Die Produktion von Fernsehgeräten stieg 1957-1959 um 166%, von Kühlschränken um 247%,

von Motorrollern um 88%, von Personenkraftwagen um 50%. Die gesamte Bereitstellung von Waren an die Bevölkerung stieg 1959 um 33,8 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr. (1960 gegenüber 1959 um 2,8 Mrd. DM; 1961 gegenüber 1960 geplant 2,1 Mrd. DM, was aber nicht erreicht wird).

Zu den Erfolgen der DDR in den Jahren 1958 und 1959 trug wesentlich bei, daß der Import von Rohstoffen und anderen Waren insbesondere aus der UdSSR sehr stark erhöht werden konnte. So stieg der Import insgesamt im Jahre 1959 um 1,3 Mrd. VDM = 18,6%, darunter aus der Sowjetunion 1,0 Mrd. VDM = 32,5%.

Das ermöglichte in diesen Jahren die bessere Ausnutzung unserer Produktionskapazitäten und die Beseitigung eines Teils der Disproportionen.

Unser Walzstahl-Import stieg 1958 um 224 Tt = 24% und 1959 um 156 Tt = 14%. Das war die Voraussetzung für eine sehr starke Erhöhung der Produktion der metallverarbeitenden Industrie sowohl für die Deckung des Eigenbedarfs der Volkswirtschaft und der Bevölkerung als auch des Exports. Die Produktion der metallverarbeitenden Industrie stieg 1958 um 2,6 Mrd. DM = 15% und 1959 um 3,5 Mrd. DM = 19%.

Das hohe Entwicklungstempo der Volkswirtschaft konnte 1960 und 1961 nicht in dem Maße fortgesetzt werden, wie in den vorangegangenen beiden Jahren. Welche Ursachen gibt es für diese Entwicklung?

1.)

1959 und in verstärktem Maße 1960 setzte in Westdeutschland eine neue wirtschaftliche Hochkonjunktur ein. Bei den bestehenden offenen Grenzen wirkte sich das unmittelbar auf unsere politische und ökonomische Lage aus. Die Industrieproduktion Westdeutschlands stieg im Jahre 1959 um 7% an und erreichte 1960 eine Produktionssteigerung von 11%. Gleichlaufend damit stieg auch der Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung wieder erheblich.

In zunehmendem Maße trat ein Mangel an Arbeitskräften in Westdeutschland auf. Gegenwärtig gibt es in Westdeutschland praktisch keine Arbeitslosigkeit, dagegen mehr als 500000 offene Arbeitsstellen. Es erfolgte eine immer stärkere Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR, darunter im zunehmenden Maße die Abwerbung von Produktionsarbeitern und technischer und wissenschaftlicher Intelligenz. Die Abwerbung war bereits 1958 stark zurückgegangen und hatte 1959 den tiefsten Stand seit Bestehen der DDR erreicht. 1960 dagegen verließen wieder 200.000 Personen die Republik; 1961 sind es bis Ende Juli 130.000 Personen.

Die Abwerbung führte dazu, daß erstmalig 1960 die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Volkswirtschaft der DDR und insbesondere in vielen entscheidenden Betrieben der Industrie absolut zurückging. Der Arbeitskräftemangel verschärfte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1961 und führte zur Nichterfüllung der Pläne in vielen Schlüsselbetrieben. Besonders kraß treten diese Probleme in Berlin, dem Zentrum der elektrotechnischen Industrie auf.

Nach grober Berechnung führt der Verlust an Arbeitskräften durch Abwerbung zu einem Produktionsausfall allein in der Industrie in den Jahren 1960 und 1961 von 2,5-3 Mrd. DM. Der Arbeitskräftemangel ruft neue Disproportionen hervor. Viele volkswirtschaftlich entscheidende Bauvorhaben weisen durch Arbeitskräftemangel Rückstände auf. Auf den Arbeitskräftemangel sind auch ein Teil der Komplikationen in der Versorgung der Bevölkerung zurückzuführen.

2.)

Ab Anfang 1960 traten größere Komplikationen in der Versorgung unserer Wirtschaft mit Roh- und Hilfsstoffen und Komplettierungsteilen auf. Sie behindern erheblich die Produktion und führen in vielen Betrieben zu Produktionsstockungen und unkontinuierlicher Arbeit. Diese Probleme in der Rohstoffversorgung haben im wesentlichen folgende Ursachen:

a) Die westdeutschen militaristischen Kreise haben ab 1960 durch eine gezielte Störtätigkeit in zunehmendem Maße versucht, unsere ökonomische Entwicklung zu sabotieren. Bereits von Beginn des Jahres 1960 an wurde die Lieferung insbesondere in Engpaßsortimenten bei Walzstahl verzögert. Im September erfolgte durch die Bonner Regierung die Kündigung des Handelsabkommens mit Westdeutschland. Der Handel mit Westdeutschland ging 1960 um 10% zurück.

b) Aber auch die Beschaffung wichtiger Rohstoffe und Waren aus sozialistischen Ländern stieß 1960 auf zunehmende Schwierigkeiten. Es zeigte sich, daß durch die Wirtschaftsvereinbarungen 1960-65 zwischen der UdSSR und der DDR und zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Ländern grundlegende Fragen der Rohstoffversorgung der DDR im Siebenjahrplan nicht gelöst werden konnten. Durch langfristige Vereinbarungen wurde zwar der wesentliche Teil der benötigten Grundstoffe festgelegt und vereinbart, jedoch nicht entsprechend dem spezifischen Bedarf unserer Volkswirtschaft sowie nicht nach dem notwendigen Sortiment, das jedoch die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Versorgung darstellt.

Das charakteristische Problem in diesem Zusammenhang bestand und besteht in der sortimentsgerechten Versorgung mit Walzstahl. Die Sowjetunion deckte unseren Bedarf an groben Sorten. Bei Rohren, Zieh- und Tiefziehblechen, Walzdraht und feinem Stabstahl, Transformatoren und Dynamoblechen sowie bestimmten Edelstählen blieben wir in sehr starkem Maße vom Import aus kapitalistischen Ländern und Westdeutschland abhängig.

Die Beschaffung einer Vielzahl anderer Rohstoffe, insbesondere von Rohstoffen für die Konsumgüterproduktion, darunter Wolle, Holz, Zellulose, von Chemierohstoffen für die Film- und Farbenindustrie, an Baumwollgarnen, Häuten usw. war nicht vollständig gelöst.

Bei all diesen Erzeugnissen mußten wir zusätzliche Importe aus dem kapitalistischen Ausland durchführen, um die Produktion zu sichern. Charakteristisch für das Jahr 1960 ist die Tatsache, daß der Import aus kapitalistischen Ländern (ohne Westdeutschland) um etwa 30% anstieg, während er aus sozialistischen Ländern nur um etwa 3% anwuchs. Diese Tatsache führte zu großen Spannungen in der Zahlungsbilanz sowie zu Unsicherheiten und Schwierigkeiten in der Materialversorgung einer bedeutenden Anzahl wichtiger Betriebe, insbesondere des Maschinenbaus.

Die zusätzlichen Bezüge aus kapitalistischen Ländern konnten 1960 nicht durch Exporte der DDR gedeckt werden. Es entstand eine bedeutende Verschuldung gegenüber dem kapitalistischen Ausland.

Der Passivsaldo Ende 1960 mit dem kapitalistischen Weltmarkt betrug etwa 550 Mio. VDM. Dabei mußten 1960 bei kapitalistischen Banken kurzfristige Kredite (Akzeptkredite) in Höhe von 215 Mio. VDM aufgenommen werden. Außerdem sind die Verbindlichkeiten aus dem laufenden Geschäft durch die volle Ausschöpfung der Zahlungsziele von 110 Mio. VDM auf 220 Mio. VDM angestiegen. Das Anwachsen hoher Schulden gegenüber kapitalistischen Ländern im Jahre 1960 führte dazu, daß wir 1961 den Import aus kapitalistischen Ländern absolut

verringern mußten, was sich durch Verringerung der Rohstoffbezüge auf die Produktionshöhe auswirkt. Zur Zeit (30.6.1961) beträgt unsere Verschuldung gegenüber Westdeutschland 210 Mio. Valuta-DM. Diese Lage wird noch dadurch verschärft, daß wir per 31.7.1961 bestehende Verbindlichkeiten in Höhe von 80 Mio. Valuta-DM nicht zum Fälligkeitstermin begleichen konnten. Die Bonner Regierung hat uns ein Ultimatum gestellt, daß, wenn wir nicht bis zum 15.8. in bar, das heißt in freien Devisen bezahlen, keine Ausfuhrgenehmigungen für weitere Lieferungen erteilt werden.

Gegenüber anderen kapitalistischen Ländern haben wir per 30.6.1961 Schulden in Höhe von 196 Mio. Valuta-DM.

Ende des Jahres 1961 werden wir gegenüber dem ganzen kapitalistischen Wirtschaftsgebiet eine Verschuldung in Höhe von rund 420 Mio. Valuta-DM haben. Davon wird die Verschuldung in frei konvertierbarer Währung 240 Mio. Valuta-DM betragen, wovon wir 70 Mio. Valuta-DM mit Jahresende in freier Währung abdecken müssen (ohne Westdeutschland). Für die Abdeckung dieser Verpflichtungen haben wir heute noch keine Sicherung. In dem Handelsvertrag mit Westdeutschland ist festgelegt, daß, wenn der volle Ausgleich durch entsprechende Warenlieferungen der DDR nicht erfolgt, bis spätestens Mitte 1962 der Ausgleich durch Barzahlung, das heißt in freien Devisen vorgenommen werden muß. Aus dieser hohen kurzfristigen Verschuldung der DDR gegenüber den kapitalistischen Ländern ergibt sich gegenüber einzelnen wichtigen kapitalistischen Ländern teilweise ein Zustand der Zahlungsunfähigkeit, der auch zu Verteuerungen unserer Importe führt und die Kreditwürdigkeit der DDR in Frage stellt. Dadurch ist die DDR auch nicht in der Lage, die Preisschwankungen des internationalen Marktes zu ihren Gunsten auszunutzen, sondern sie erleidet eine Reihe zusätzlicher finanzieller Verluste.

c) Unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die hohe Verschuldung gegenüber kapitalistischen Ländern ist zu einem bedeutenden Teil auch dadurch entstanden, daß wir Materialien in Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern kaufen mußten, um unsere hohen Anlagen- und Maschinenexporte an die sozialistischen Länder durchzuführen.

Für den Aufbau der Braunkohlenindustrie und der Ölleitung haben wir der Volksrepublik Polen Kredite für 694 Mio. Valuta-DM gegeben. Für die Entwicklung der Zellstoffindustrie kreditierten wir der Rumänischen Volksrepublik 130 Mio. Valuta-DM und für verschiedene Industrieobjekte der Bulgarischen Volksrepublik 65 Mio. Valuta-DM und der Albanischen Volksrepublik 80 Mio. Valuta-DM.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die volksdemokratischen Länder uns in unseren außerordentlichen Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz gegenüber kapitalistischen Ländern durch zusätzliche Lieferungen von entscheidenden Rohstoffen und durch Unterstützung in kapitalistischer Valuta Hilfe leisten. Soweit wir für die Durchführung unserer Maschinenexporte an volksdemokratische Länder auf die Zulieferung von Materialien oder Komplettierungsteilen aus kapitalistischen Ländern angewiesen sind, müssen diese Teile von den volksdemokratischen Ländern selbst beschafft oder finanziert werden. Wir führen große Lieferungen von Ausrüstungen, komplette Anlagen und anderen Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie an die volksdemokratischen Länder durch. An die CSSR lieferten wir in den letzten Jahren jährlich für rund 415 bis 420 Mio. Valuta-DM Maschinenbauerzeugnisse, an die Volksrepublik Polen für 330 bis 360 Mio. Valuta-DM.

Dagegen lieferte uns die CSSR im Jahre 1959 nur rund 41000 t Walzstahl und im Jahre 1960 – 79000 t. Auch die Lieferzusage für 1961 in Höhe von rund 80000t steht noch in absolut keinem Verhältnis zu den von uns durchgeführten Maschinenlieferungen. Für die Maschinenlieferungen der DDR an die CSSR müssen in weit höherem Maße Engpaßmaterialien aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet importiert werden, als dies für die Maschinenlieferungen der CSSR an die DDR der Fall ist, um so mehr, als die CSSR über eine eigene Walzmaterialerzeugung von 4,8 Mio. t verfügt.

Die Volksrepublik Polen liefert faktisch überhaupt keinen Walzstahl an die DDR, obwohl sie über ein Eigenaufkommen von 4,4 Mio. t verfügt. Es findet nur ein Sortenaustausch zwischen unseren Ländern in geringem Umfang statt und einige wenige Zulieferungen der Volksrepublik Polen für die Erzeugung der von uns zu liefernden Kohlegroßgeräte. (20000 t 1960). Aus diesen Gründen mußte die DDR im Jahre 1960 über 4000000 t Walzstahl im Werte von über 450 Mio. Valuta-DM in kapitalistischen Ländern, besonders in Westdeutschland, einkaufen, was wesentlich zu der hohen Verschuldung gegenüber diesen Ländern führte.

Durch die hohen Maschinenlieferungen der DDR an die sozialistischen Länder ist der Maschinenexport der DDR an kapitalistische Länder begrenzt und z. B. niedriger als der der CSSR.

Ohne eine wesentliche Erhöhung der Lieferung von Walzstahl, vor allem der Defizit-Sortimente, auch aus den volksdemokratischen Ländern kann die DDR ihre Aufgaben nicht lösen und ihre Maschinenexporte an die volksdemokratischen Länder nicht sichern.

In der Mitte des Jahres 1961 hatte die DDR gegenüber einigen volksdemokratischen Ländern einen bedeutenden Aktiv-Saldo, gegenüber Bulgarien z.B. von 150 Mio. Valuta-DM. Auch gegenüber der CSSR und Ungarn bestehen gewisse Aktiv-Salden. Zur Lösung ihrer Aufgaben benötigt die DDR jedoch eine finanzielle Hilfe auch der volksdemokratischen Länder noch in diesem Jahr.

d) In eine komplizierte Lage ist die DDR auch durch den großen Rückgang der Importe aus der Volksrepublik China gekommen. Der Außenhandelsumsatz von 1021 Mio. Valuta-DM im Jahre 1960 geht auf 341 Mio. Valuta-DM im Jahre 1961 zurück. Zur Zeit hat die DDR ein Aktiv-Saldo gegenüber der chinesischen Volksrepublik von ca. 120 Mio. Valuta-DM. Außerordentlich einschneidend ist der Ausfall der chinesischen Lieferungen von Sojabohnen und Pflanzenöl sowie anderen landwirtschaftlichen Produkten, Textilrohstoffen und anderen Industrie-Erzeugnissen. 1961 muß dieser Lieferausfall zum Teil durch zusätzliche Importe aus kapitalistischen Ländern ausgeglichen werden.

e) Die Prinzipien der Preisberechnung im sozialistischen Lager führen zu einer gewissen Benachteiligung für die DDR. Die Festlegung stabiler Preise bewirkte, daß bei den Importpositionen der DDR (Rohstoffe, Halbfabrikate und landwirtschaftliche Produkte) in vielen Fällen Preise berechnet werden, die zum Teil stark über den Weltmarktpreisen liegen. Bei den Exporterzeugnissen der DDR (Fertigerzeugnissen) wird jedoch in vielen Fällen der Weltmarktpreis durch die DDR nicht realisiert.

Eine Ausarbeitung einer Spezialistengruppe der DDR weist darauf hin, daß die DDR insbesondere überhöhte Preise zahlen muß für eine Reihe von Walzmaterialien, bei Steinkohle und Steinkohlenkoks, bei bestimmten Erzeugnissen des Bergbaus sowie bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus den sozialistischen Ländern, dabei auch bei Getreide. Dies gilt auch für einige

industrielle Erzeugnisse wie Fernsehgeräte, Selbstentladekipper, Grauguß, Bleiakkumulatoren und einige Gewebe.

Die Spezialistengruppe errechnete, daß durch überhöhte Importpreise, saldiert mit entsprechenden Differenzen bei Exportpreisen, der DDR im Jahre 1961 mindestens ein Preisverlust von 200 Mio. Valuta-DM entsteht.

3.)

Der verstärkte Mangel an Arbeitskräften wirkte sich um so schärfer auf unsere Lage aus, da das technische Niveau, der Grad der Mechanisierung und Erneuerung unserer Produktionsanlagen gegenüber Westdeutschland noch weit zurück ist.

Die Investitionen waren in Westdeutschland bis 1954 pro Kopf der Bevölkerung doppelt so hoch wie bei uns. Auch in den folgenden Jahren bis zu diesem Jahr liegen sie noch erheblich höher als unsere Investitionen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl hätten wir in den letzten 10 Jahren für 50 Mrd. DM mehr investieren müssen, als wir tatsächlich investiert haben, um das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau der Investitionen zu erreichen.

Die DDR hat als Arbeiter- und Bauern-Staat die Wiedergutmachung für ganz Deutschland geleistet, um einen Teil der durch den Hitler-Faschismus in den sozialistischen Ländern angerichteten Schäden wieder gutzumachen. Westdeutschland erhielt bereits bis 1950 bedeutende Kredite. Das verschaffte Westdeutschland neben den erheblich günstigeren Ausgangsbedingungen einen schnelleren Start und bedeutenden Vorsprung in der Erweiterung und Modernisierung der Produktionsanlagen und damit auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität sowie des Lebensstandards.

Der Rückstand gegenüber Westdeutschland bei bestehenden offenen Grenzen zwang uns in jeder Phase unserer ökonomischen Entwicklung, ein Maximum des Bestandes der volkswirtschaftlichen Ressourcen für die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung einzusetzen. Die jeweils zur Verfügung stehenden Mittel konnten nicht in erster Linie für die Erweiterung und Erneuerung der industriellen Produktionsbasis eingesetzt werden. Einfach gesagt heißt das, die offenen Grenzen zwangen uns, den Lebensstandard schneller zu erhöhen, als es unseren volkswirtschaftlichen Kräften entsprach.

Es traten große Schwierigkeiten bei der materiellen Sicherung der großen Investitionsvorhaben, besonders der Grundstoffindustrie auf.

Bereits 1959 wurde trotz des über dem Siebenjahrplan liegenden Gesamtentwicklungstempos der Volkswirtschaft der Investitionsplan um etwa 500 Mio. DM nicht erfüllt.

Im Jahre 1960 betrug die Nichterfüllung 1,4 Mrd. DM. Das hat ernste Auswirkungen besonders auf die Inbetriebnahme von Kapazitäten in der Grundstoffindustrie, aber auch auf wichtigen Gebieten des Maschinenbaus und der Leichtindustrie.

In fast allen Bereichen der Volkswirtschaft sind entscheidende, den Produktionsumfang und den technischen Zustand der Zweige bestimmende neue Vorhaben in ihrer Fertigstellung verzögert bzw. nicht planmäßig begonnen worden.

4.)

Die offenen Grenzen, die Hochkonjunktur in Westdeutschland und der Mangel an Arbeitskräften führte auch dazu, daß wir das im Plan festgelegte Verhältnis zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Durchschnittslohnes nicht einhalten konnten. Die Lohnfonds wurden in den letzten drei Jahren außerplanmäßig um 1,3 Mrd. DM überschritten.

Die offenen Grenzen und der Einfluß der Verbraucher-Ideologie aus Westberlin und Westdeutschland hinderten uns, konsequent die notwendig gewordenen Korrekturen bei bestimmten Preisen, aber insbesondere die Korrekturen irrealer Arbeitsnormen und die Beseitigung von Disproportionen im Lohngefüge durchzuführen. An die Lösung solcher politisch-ökonomischen Fragen konnte in allen volksdemokratischen Ländern unter den Bedingungen ihrer geschlossenen Grenzen anders herangegangen werden, als dies unter unseren politischen Bedingungen möglich war. Die ganze Lage, bedingt durch die offene Grenze, hinderte uns, herangereifte Probleme zur Beseitigung von Disproportionen im Lohngefüge und zur besseren Durchsetzung eines richtigen Verhältnisses zwischen Lohn und Leistung herbeizuführen. Dadurch verstärkte sich das Mißverhältnis zwischen der echten Kaufkraft und den zur Verfügung stehenden Waren.

Die Geldeinkünfte der gesamten Bevölkerung steigen von 56,7 Mrd. DM im Jahre 1958 auf voraussichtlich 67,3 Mrd. DM im Jahre 1961. Das ist eine Steigerung von 10,6 Mrd. DM = 18,7%. Pro Kopf der Bevölkerung erhöhten sich die Geldeinnahmen in diesen drei Jahren von 3270 DM auf 3910 DM = 19,5%. Besonders stark steigen auch die Einkünfte der Mittelschichten an.

Die vollgenossenschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft erforderte die Bereitstellung finanzieller Mittel und Warenfonds für die Landbevölkerung, die außerplanmäßig aufgebracht werden mußten.

5.)

Im Frühjahr 1960 erfolgte der Zusammenschluß aller Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Das erforderte die Einleitung einer Reihe zusätzlicher Maßnahmen zur Sicherung und Unterstützung der vollgenossenschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft. Es wurden zusätzlich Betriebe der metallverarbeitenden Industrie auf die Produktion von Landmaschinen umgestellt. Das führte infolge der notwendigen Bereitstellung zusätzlicher materieller Fonds und durch die außerplanmäßige starke Erhöhung der Kaufkraft zu bedeutenden zusätzlichen Belastungen der Volkswirtschaft.

Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik für die Entwicklung der Landwirtschaft besonders in den letzten Jahren sehr viel getan. Die großen Anstrengungen und notwendige Hilfe, besonders seitens der Industrie für die Landwirtschaft, waren erforderlich und, wie die Entwicklung der Marktproduktion beweist, völlig richtig. Obwohl der sehr hoch angesetzte Plan der Marktproduktion in einigen Teilen nicht ganz erreicht wurde, ist doch eine wesentliche Steigerung der Marktproduktion auch in der Zeit der vollen Vergenossenschaftlichung trotz ungünstiger Witterungsbedingungen in den Jahren 1960 und 1961 gelungen.

Selbstverständlich hatten wir ähnliche Schwierigkeiten beim Übergang zur genossenschaftlichen Arbeit in der Landwirtschaft wie andere volksdemokratische Länder. Man darf jedoch nicht übersehen, daß bei uns manches viel komplizierter ist im Unterschied zu anderen Volkswirtschaften, weil wir viele Groß- und Mittelbauern in die LPG übernommen haben. Ein nicht

geringer Teil dieser Mittelbauern waren frühere Nazis und ihre Umerziehung ist nur schrittweise möglich. Ein schwieriges Problem bestand auch darin, daß sich der Nahrungsmittelverbrauch der Bevölkerung schneller als im Siebenjahrplan vorgesehen war, besonders bei Fleisch und Butter, erhöhte.

Wir waren gezwungen, 1960 und 1961 bedeutend mehr Lebensmittel und Futtermittel zu importieren, als im Siebenjahrplan vorgesehen war. Die Gesamtsumme der zusätzlichen Lebensmittel- und Futtermittelimporte von Ende 1959 bis Ende 1961 beträgt mehr als 600 Mio. Valuta-DM. Das zwang uns, andere notwendige Importe, insbesondere von industriellen Rohstoffen und Ausrüstungen, gegenüber dem Siebenjahrplan zu kürzen, was sich auf die Entwicklung der Industrieproduktion negativ auswirkte.

6.)

Große Anstrengungen waren notwendig und große materielle und finanzielle Mittel mußten aufgebracht werden für den Wiederaufbau der zerstörten Stadtzentren. Das betrifft besonders Berlin, Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und andere Städte.

Sowjetische Genossen weisen uns immer wieder darauf hin, daß in Westberlin Hochhäuser gebaut werden und es bei uns dagegen nur langsam voran geht. Das erklärt sich daraus, daß wir zunächst typisierte Wohnungen in größerer Zahl bauen mußten, da diese billiger sind als die Bauten in den Zentren der Städte. Nur dadurch konnten wir einen Teil der bestehenden Wohnraumschwierigkeiten der Bevölkerung mildern.

Es ist ein großer politischer Verlust für uns, daß im Gegensatz zu Westberlin das Zentrum der Hauptstadt, vor allem der zentrale Platz, erst in Jahren vollständig aufgebaut sein wird.

7.)

Bei der in den ersten Jahren des Siebenjahrplanes vorhandenen Anspannung aller Kräfte und Möglichkeiten und dem Fehlen von Reserven mußte jede zusätzliche Aufgabe die bereits im Siebenjahrplan formulierte und berechnete Zielsetzung beeinflussen und deren Verwirklichung verzögern. Andererseits zeigt die Erfahrung nicht nur in der DDR, daß in einem mehrjährigen Plan nicht alle Probleme und Notwendigkeiten, die das Leben im Verlauf seiner Durchführung stellt, vorausgesehen und allseitig berücksichtigt werden können.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED hat sich mehrmals sehr gründlich mit diesen Fragenkomplexen beschäftigt und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die der besseren Ausnutzung der eigenen Kräfte und Ressourcen dienen. Die frühere Staatliche Plankommission hat zugelassen, daß nicht genügend auf die Lösung der Hauptprobleme konzentriert wurde, daß die politischen Bedingungen oft nicht zum Ausgangspunkt bestimmter ökonomischer Maßnahmen gemacht wurden. Die herangereiften Probleme wurden oft nicht rechtzeitig zur Entscheidung gestellt, so daß zur Klärung grundsätzlicher Fragen, die das Entwicklungstempo der Volkswirtschaft der DDR betreffen, zu viel Zeit verloren ging.

Die Leitung der ehemaligen Staatlichen Plankommission hatte nicht verstanden, daß sie entsprechend den politischen Bedingungen und dem erreichten Niveau in der Entwicklung der Volkswirtschaft auch die Planung, besonders die Bilanzierung verändern und bessere, mit dem Leben verbundene wissenschaftliche Planungsmethoden anwenden muß. Das 12. Plenum des Zentralkomitees hat sich sehr eingehend mit diesen Fragen beschäftigt.

Zur rascheren Veränderung dieser Lage und aufgrund der herangereiften neuen Erkenntnisse in der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, hat das Politbüro vor einiger Zeit beschlossen, eine Staatliche Plankommission, die sich im wesentlichen mit den Fragen der perspektivischen Entwicklung beschäftigt, und einen Volkswirtschaftsrat, der verantwortlich ist für die Durchführung des Jahresplanes, zu bilden. Beide Organe haben bereits ihre Arbeit aufgenommen und es sind in diesem Zusammenhang weitere Maßnahmen beschlossen, die sichern sollen, daß künftig die Leitung der Volkswirtschaft viel straffer und verantwortungsbewußter als bisher durch den Ministerrat erfolgt.

Schlussbemerkungen: Die geschilderten Schwierigkeiten haben zu einer Verringerung des Entwicklungstempos der Industrieproduktion geführt. Die Industrieproduktion stieg 1959 um 12 Prozent, 1960 um 8,3 Prozent und wird 1961 voraussichtlich um maximal 6,5 Prozent ansteigen. Bei dem durch die Staatliche Plankommission ausgearbeiteten ersten Planprojekt für das Jahr 1962 wird eine mögliche Steigerung von 5,2 Prozent ausgewiesen. Das wäre die geringste Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion seit 1955. Bei diesem Planprojekt wird davon ausgegangen, daß noch Waren in Höhe von 600 Mio. Valuta-DM 1962 aus Westdeutschland bezogen werden können, darunter sind allein für 250 Mio. Valuta-DM Spezialsortimente verschiedener Walzstahlqualitäten. Dabei handelt es sich um solche Sortimente und Qualitäten, die nur in geringem Umfang durch die Sowjetunion und andere Staaten des sozialistischen Lagers bereitgestellt werden können. Außerdem sind die Volksrepublik Polen und die CSSR vorläufig nicht bereit, bei diesen Materialien, die in diesen Ländern erzeugt werden und anstelle der westdeutschen Erzeugnisse bei uns verarbeitet werden könnten, zusätzliche Lieferungen für die DDR zu tätigen. Bei Wegfall der Lieferungen aus dem Handel mit Westdeutschland und der nicht möglichen anderweitigen Beschaffung dieser Spezialstähle und anderer spezifischer Materialien wäre 1962 überhaupt kein Produktionszuwachs möglich und außerdem ein Rückgang des Lebensstandards unausbleiblich. Das erklärt sich daraus, daß bisher die besonderen Spezialmaterialien und Komplettierungsteile aus Westdeutschland in fast allen Produktionszweigen der DDR verwendet wurden.

Die hauptsächlichsten Gründe für die eingetretenen ökonomischen Schwierigkeiten und der Verringerung des geplanten Entwicklungstempos sind:

1. die Auswirkungen durch die offenen Grenzen;
2. die ungenügende Rohstoffversorgung für eine Reihe von Industriezweigen sowie die bisher geringen Möglichkeiten zur Beschaffung von Ausrüstungen aus den sozialistischen Ländern;
3. die Durchführung bedeutender Investitionen, die sich aus der Spaltung Deutschlands notwendig machten;
4. die Verschuldung der DDR gegenüber den kapitalistischen Ländern;
5. die Kosten für die zur Unabhängigkeitsmachung notwendigen Umstellungen in der Volkswirtschaft;
6. das zu langsame Tempo beim Aufbau der Teile der Grundstoffindustrie, die die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung für die DDR sind, besonders solcher Produkte, die wir aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern ungenügend oder gar nicht erhalten können. Das bezieht sich unter anderem auf die metallurgischen Erzeugnisse der zweiten und dritten Verarbeitungsstufe sowie eine Reihe von Grundchemikalien;
7. der außerordentlich große Arbeitskräftemangel in allen Zweigen der Volkswirtschaft;

8. die ungenügende ökonomische Kraft zur Einführung hochproduktiver Verfahren, der breiten Durchführung der Rationalisierung, Mechanisierung und Automatisierung. Das bezieht sich auf die Dienstleistungen gegenüber der Bevölkerung (maschinelle Ausrüstungen);

9. der hohe Konsum der Bevölkerung und die nicht ausreichende Grundstoffindustrie zwingen uns, mehr Maschinen und Ausrüstungen zu exportieren, als entsprechend unseren Bedingungen zulässig wäre. So macht der Export an Maschinenbauerzeugnissen fast 60 Prozent am Gesamtexport der DDR aus. Dadurch konnten in den vergangenen Jahren viele hochproduktive Maschinen und Ausrüstungen nicht für die dringend notwendige Rekonstruktion der Industrie unserer Republik eingesetzt werden.

Walter Ulbricht, 4. August 1961

Anlage 2³⁸⁴:

L. Breschnew, Brief an E. Honecker, 31. August 1981.

4 Ex. Vertraulich

Lieber Genosse Erich Honecker!

In letzter Zeit hat sich das Politbüro des ZK der KPdSU wiederholt mit der Frage der Brennstoff- und Energieressourcen des Landes im laufenden Planjahrfünft beschäftigt. Es wurden mehrere Beschlüsse zum sparsamsten Verbrauch aller Arten von Brennstoffen und Energie in der Volkswirtschaft gefaßt. Diese Maßnahmen waren bedingt durch die starke Anspannung der Brennstoff- und Energiebilanz, und zwar infolge der bestehenden Schwierigkeiten, die mit der Verschlechterung der Förderbedingungen bei Energieressourcen und mit der sich daraus ergebenden krassen Erhöhung der Investitionen für diese Zwecke zusammenhängen. Die Lage gestaltet sich so, daß es nicht möglich erscheint, die Brennstoff- und Energieressourcen im ursprünglich geplanten Umfang auszubauen.

Dieser Faktor ist nicht ausreichend berücksichtigt worden bei der Festlegung der Brennstoff- und Energieressourcen des Landes für den Plan 1981-1985 sowie bei der Ausarbeitung der Vorschläge zur Koordinierung der Volkswirtschaftspläne mit den RGW-Ländern für diese Jahre. Infolge dessen erwies es sich, daß die geplanten Exportmengen dieser Gruppe von Waren in sozialistische Länder nicht durch reale Quellen abgesichert sind und den Export von Erdöl für frei konvertierbare Währung werden wir bis Ende des laufenden Planjahrfünfts faktisch völlig drosseln müssen.

Bekanntlich liefern wir an die europäischen Mitgliedsländer des RGW jährlich über 72 Mio. t Erdölzeugnisse, 29 Mrd. m³ Gas sowie Kohle, Koks, Elektroenergie. 1980 sind Waren dieser Gruppen umgerechnet in Einheitsbrennstoff in einem Umfang von ca. 168 Mio. t geliefert worden.

Ihnen ist auch bekannt, daß wir gezwungen sind, beträchtliche Mengen an Erdöl und Erdölzeugnissen in kapitalistische Länder zu verkaufen, um Valutamittel für den Ankauf von Getreide und Lebensmittel zu gewinnen, auf deren Import wir nicht verzichten können. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse der letzten Jahre haben dazu geführt, daß es uns nicht gelungen ist, die geplanten Getreideerträge zu erzielen. Das laufende Jahr gestaltet sich ebenfalls ungünstig.

³⁸⁴ Veröffentlicht unter: www.chronik-der-mauer.de/index.php/chronik/1981

Nach Beratungen im Politbüro haben wir beschlossen, uns in der Frage des möglichen Umfangs der sowjetischen Energielieferungen während des laufenden Planjahrfünfts an Dich sowie an die Genossen T. Shiwkow, J. Kadar und G. Husak zu wenden.

Bei der Prüfung dieser Dinge war uns natürlich klar, daß dies keine einfache Frage ist, weil davon auch Eure inneren Pläne tangiert werden, und dennoch sehen wir uns gezwungen, Euch mitzuteilen, daß im Zeitraum 1982-1985 real Energielieferungen in die DDR im Umfang von 37,6 Mio. t jährlich abgesichert werden können (umgerechnet in Einheitsbrennstoff). Das ergibt bei dieser Warengruppe in diesem Planjahrfünft gegenüber dem vorhergegangenen einen Zuwachs des Gesamtumfangs der Lieferungen an die DDR um mehr als 7 Prozent.

Was konkret die Entscheidung über die Verringerung der Lieferung von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas betrifft, so sind wir bereit, dies in einer für Euch maximal günstigen Weise zu prüfen und gemeinsam mit Euch eine vereinbarte Entscheidung zu treffen.

Unsererseits werden wir mit der Prüfung dieser Frage das Staatliche Plankomitee der UdSSR und das Ministerium für Außenhandel der UdSSR beauftragen.

Ich bitte Dich, Erich, Verständnis für die dargelegte Frage aufzubringen. Die entstandene Situation zwingt uns zu einem solchen Schritt.

L. Breschnew, 27. August 1981

Anlage 3³⁸⁵:

E. Honecker, Brief an L. Breschnew, 4. 9. 1981

Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Leonid Iljitsch Breshnew

Teurer Leonid Iljitsch!

Mit großer Aufmerksamkeit hat sich das Politbüro des ZK der SED mit Deinem Brief über die sich im Bereich der Brennstoff- und Energieressourcen der Sowjetunion im laufenden Fünfjahrplanzeitraum entwickelnde Lage und die Notwendigkeit, in diesem Zusammenhang die Lieferung von Energieressourcen aus der UdSSR in die DDR im Zeitraum 1982 bis 1985 zu verringern, vertraut gemacht.

Wir verstehen, daß diese Entscheidung nicht einfach ist und daß außerordentliche Umstände Euch gezwungen haben, sie zu treffen. Gleichzeitig möchten wir, da sie in unmittelbarster Weise auch die inneren Pläne der DDR berührt, Deine Aufmerksamkeit, teurer Leonid Iljitsch, auf die Folgen lenken, die eine Reduzierung der Lieferungen von Energieträgern aus der UdSSR für unsere Republik hätte.

Wie Dir bekannt ist, Leonid Iljitsch, ist die DDR im Zusammenhang mit der in den letzten Jahren erfolgten Einstellung des Imports von Getreide und Futtermitteln aus der UdSSR in die DDR gezwungen, diese für Devisen im Ausland zu kaufen.

Im Unterschied zu den anderen sozialistischen Ländern ist die DDR äußerst arm an natürlichen Ressourcen, wir verfügen lediglich über Braunkohle und Uran. Aus Polen erhalten wir nur die Hälfte der vertraglich mit Euch und uns im vergangenen und im laufenden Jahr vereinbarten

³⁸⁵ Veröffentlicht unter: www.chronik-der-mauer.de/index.php/chronik/1981

Menge an Steinkohle und Koks. Die dadurch notwendigen Käufe im Westen führen zu einer weiteren Erhöhung der ökonomischen Abhängigkeit der DDR von den kapitalistischen Ländern, vor allem von der BRD.

Dir, hochverehrter Leonid Iljitsch, ist auch bekannt, daß entsprechend den bestehenden Vereinbarungen der Anteil der UdSSR an den Erdöllieferungen in die DDR erst 1984 ausläuft. Die Kapazitäten unserer erdölverarbeitenden Betriebe liegen bedeutend höher als es für die Verarbeitung der Erdölmenge, die aus der UdSSR geliefert wird, erforderlich ist, und um sie auszulasten, sind wir gezwungen, mehr als zwei Millionen Tonnen Erdöl im Westen zu kaufen. Wir möchten dabei bemerken, daß ein bedeutender Teil des aus der Verarbeitung des sowjetischen Erdöls Gewonnenen in Form von Fertigerzeugnissen in die UdSSR zurückfließt.

Der X. Parteitag der SED, der unlängst stattgefunden hat, hat die ökonomische Entwicklungskonzeption der DDR für die nächsten fünf Jahre bestätigt. Wenn unser Land nun auch einen Teil der Lieferungen an sowjetischen Energieträgern verliert, die in vielem dieser Konzeption zugrunde liegen, so wird sich dieser Umstand außerordentlich negativ auf die Volkswirtschaft der DDR auswirken. Offen gesagt, damit würden die Grundpfeiler der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik untergraben.

Die SED unternimmt große Anstrengungen zur Anhebung des Niveaus der Industrieproduktion bei gleichzeitiger Einhaltung eines äußerst strengen Sparsamkeitsregimes bei Energie und Material, wir werden dies auch künftig tun. Schon beim gegenwärtigen Niveau der Lieferungen von Energieträgern aus der UdSSR haben wir praktisch keinerlei Möglichkeit, mehr von unseren Werktätigen zu erreichen.

Wie ich Dich, teurer Leonid Iljitsch, während des Treffens auf der Krim informierte, haben wir das Ziel gestellt, ab 1982 nicht mehr Kredite von der UdSSR in Anspruch zu nehmen und bis 1985 eine bedeutende Verringerung unserer Verschuldung gegenüber dem Westen zu erreichen. Wir werden jedoch diese Pläne nicht realisieren können, wenn die Lieferungen von Erdöl, Erdölprodukten und Gas aus der UdSSR verringert werden.

Unter Berücksichtigung des Obengesagten hat das Politbüro des ZK der SED nochmals das für uns plötzlich entstandene Problem auf dem Gebiet der Energieversorgung erörtert und bittet Dich, teurer Leonid Iljitsch, und alle Genossen im Politbüro des ZK der KPdSU dringendst, großes Verständnis für unsere Argumente zu bekunden und sie in maximal günstiger Weise zu prüfen.

Mit kommunistischem Gruß, E. Honecker, Berlin, 4. September 1981

Beispiele aus Italien, Österreich, Frankreich, Chile

Gerhard Feldbauer: Der Niedergang der Kommunistischen Partei Italiens (IKP) ³⁸⁶

In der Nachkriegssituation, in der die von den USA angeführte Allianz mit den innenpolitischen Kräften der Reaktion zu einer Wiederherstellung der angeschlagenen Machtpositionen des Imperialismus führte, stellt die IKP keine sozialistischen Ziele als aktuelle Aufgabe. Entsprechende Ansprüche ihres linksradikalen Flügels, der sich vor allem auf die Garibaldi-Brigaden der Partisanenarmee stützte, wies sie zurück.

Der 5. Parteitag im Januar 1946 forderte als Voraussetzung einer Industrie- und Agrarreform, „jene Gruppen aus der Leitung der Wirtschaft auszuschließen, die uns schon einmal, als sie den Faschismus aus der Wiege hoben, zum Ruin führten und noch heute unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hemmen.“³⁸⁷ Der 7. Parteitag im April 1951 verlangte, die Macht der Monopole einzuschränken, die großen unter ihnen zu nationalisieren, eine grundlegende Agrarreform durchzuführen und eine Regierung einzusetzen, die bereit und imstande ist, diese Forderungen zu verwirklichen.³⁸⁸

In diesem Prozess sollten die subjektiven Bedingungen für eine sozialistische Entwicklung heranreifen, was hieß, die Mehrheit der Bevölkerung dafür zu gewinnen. Für revolutionäre Veränderungen setzte die Parteiführung auf den parlamentarischen Weg, in diesem Rahmen auf die weiter bestehende Aktionseinheit mit den Sozialisten (der Sozialistischen Partei) und – im engen Zusammenwirken mit der Aktionspartei – auf die Fortsetzung des Bündnisses vor allem mit den Christdemokraten (der DC).

Um die DC-Führung für ihre Linie zu gewinnen, macht sie weit reichende, in der Partei oft heftig umstrittene Zugeständnisse. Togliatti, seit Juni 1945 Justizminister, stimmte der Auflösung des „Hohen Kommissariats zur Verfolgung der Regimeverbrecher“ und einer so genannten „Amnestie der nationalen Versöhnung“ zu. Die Partei fand sich damit ab, der Verfassunggebenden Versammlung keine gesetzgebende Gewalt zu übertragen und diese bei der Regierung zu belassen. In der Verfassunggebenden Versammlung stimmte die IKP für die Beibehaltung der unter dem Mussolini-Regime geschlossenen Lateranverträge, was nicht zuletzt bedeutete, ein Bündnis von Staat und Kirche zu begünstigen und die Positionen des Klerus und der rechten DC-Fraktion zu stärken.

Der Weg der IKP nach 1945 ist im Klima des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation zu sehen. In diesem Zusammenhang sind die unter Chruschtschow nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 einsetzenden revisionistischen Erscheinungen, die zum Konflikt mit der KP Chinas führten und entscheidend die Deformierungen und Fehlentwicklungen der sozialistischen

³⁸⁶ Aus: „offen-siv“ 6-2003 und 7-2003; Sonderhefte „Zum Opportunismus in der sozialistischen und kommunistischen Bewegung Italiens, Heft I und Heft II“, Auszüge.

³⁸⁷ Togliatti 1972, S. 59

³⁸⁸ VII^e Congresso del PCI, S. 13ff.

Staaten Osteuropas bedingten, zu sehen. Ohne einige positive Aspekte des XX. Parteitages zu übersehen, muss man sagen, dass mit ihm der Prozess begann, welcher Gorbatschow die Möglichkeit des Weges an die Macht ebnete.

Die von Togliatti herbeigeführte „Wende von Salerno“³⁸⁹ bildete eine entscheidende Grundlage des Beitrags der von der IKP geführten Resistenza als eines Bestandteils der Antihitlerkoalition zum Sieg über den Faschismus, welcher der Arbeiterbewegung einen großen Aufschwung eröffnete. In seiner Faschismusanalyse hatte Gramsci den Kampf für den Sozialismus mit der Verteidigung bzw. der Eroberung der Demokratie verbunden. Er ging davon aus, dass die Frage der proletarischen Revolution zur Zeit nicht auf der Tagesordnung stand. Er sprach vom „Historischen Block“ (Blòco Stòrico), unter dem er ein System von Bündnissen der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft den Mittelschichten und der Intelligenz verstand.

Mit der „Wende von Salerno“ entstand de facto Gramscis Blòco Stòrico. Allerdings In Salerno entstand eine Allianz, die sich in erster Linie gegen die deutschen Okkupanten richtete, für welche die Faschisten der Salò-Republik nur noch Erfüllungsgehilfen waren. Die Stoßrichtung gegen Hitlerdeutschland ermöglichte es, großbourgeoise Kreise und die Monarchie in das nationale Bündnis einzubeziehen. Als dieses Ziel mit dem Sieg über den Faschismus wegfiel, verlor das Bündnis seinen wesentlichen Inhalt und brach auseinander.

Was aber nachwirkte, war die Illusion, das Bündnis mit Kreisen der Großbourgeoisie auch für antifaschistisch-demokratische und ihrem sozialen Inhalt nach antiimperialistische Umwandlungen fortsetzen zu können.

Gleichzeitig wirkten neben den Deformationen, die von der UdSSR ausgingen, die Ereignisse in Jugoslawien, Ungarn, Polen und der CSSR tief in die IKP hinein. Hervorzuheben sind besonders die seit den 70er Jahren in der UdSSR und danach in anderen sozialistischen Staaten Europas, darunter in der DDR, sich breit machenden Tendenzen der „Rangerhöhung“ der Politik der friedlichen Koexistenz und der Aushöhlung dieser Politik als Form des Klassenkampfes. Die IKP nahm mit ihrem Historischen Kompromiss für sich nicht nur in Anspruch, diese Koexistenz nicht nur gegenüber den USA und der NATO zu praktizieren, sondern sie auch auf die eigene Innenpolitik zu übertragen. Die KPdSU und andere Parteien der kommunistischen Bewegung,

³⁸⁹ Bei der Durchsetzung der „Wende von Salerno“ muss der Einfluss der IKP in der Partisanenarmee berücksichtigt werden. In den befreiten Gebieten, darunter zeitweise zwei Partisanenrepubliken, übten die örtlichen CLN (Comitato di Liberazione Nazionale, worin die IKP die mehrheitlich anerkannte, führende Kraft war) überwiegend mit Kommunisten und Sozialisten an der Spitze die Macht aus und leiteten antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen ein. Die Partisanenarmee wuchs bis Ende des Krieges auf 256.000 reguläre Kämpfer an. Die IKP stellte mit ihren Garibaldi-Brigaden davon 155.000 und brachte mit 42.000 von insgesamt 70.000 Gefallenen die meisten Opfer. Mit den Kampfhandlungen, die sie in der Endphase des Krieges in ganz Norditalien führte, bewies sie ihre Fähigkeit zum Handeln als eine reguläre Armee, welche die Hauptkraft der Resistenza bildete.

Togliatti hatte zunächst Schwierigkeiten, seine Konzeption durchzusetzen. Luigi Longo, in der Partisanenarmee stellvertretender Befehlshaber, unterstützte Togliatti und erreichte, dass die Partisanenkommandeure Togliatti unterstützten.

darunter die SED, wichen einer offenen Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus und den Erscheinungen der Sozialdemokratisierung der IKP aus.³⁹⁰

Togliattis Reaktion auf den XX. Parteitag war widersprüchlich. Der Stratege der „Wende von Salerno“ begrüßte die aufgezeigten Möglichkeiten friedlicher Koexistenz zwischen den Systemen mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ebenso die eines friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Es gab aber auch viele Probleme, in denen es unterschiedliche Auffassungen gab. So trat er für „die Einheit aller sozialistischen Kräfte in einer gemeinsamen Aktion gegen die reaktionären Gruppen des Imperialismus, auch über ideologische Divergenzen hinweg“ ein und betonte, dass es unvorstellbar sei, „dass aus dieser Einheit China und die chinesischen Kommunisten ausgeschlossen werden können.“³⁹¹

Im März 1972 dann beim 13. Parteitag der IKP³⁹², wurde erstmals die Konzeption des „Historischen Kompromisses“ entworfen. Ursprünglicher Anlass dieser Orientierung war, dass die DC wiederum über keine Mehrheit verfügte, das von Giulio Andreotti³⁹³ gebildete Kabinett nicht die Zustimmung des Parlaments erhielt und der Staatspräsident vorzeitig Neuwahlen ausschrieb. Bereits auf der ZK-Tagung im November 1971 hatte Berlinguer sich für eine „Regierung der demokratischen Wende“ ausgesprochen, die der „Überwindung der Klassenschranken“ dienen und zur „vollen Demokratie“ und zum „Zugang der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zur Leitung des Staates“ führen sollte.

Auf dem 13. Parteitag präzierte Berlinguer dann, die „demokratische Wende“ durch die Zusammenarbeit der drei großen „politischen Volkskräfte“, Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten herbeiführen zu wollen. Gleichzeitig gab die Partei ihre Anti-NATO-Haltung auf. Diese könne nicht mehr nur „auf die einfache Stellungnahme für oder gegen den Militärpakt“ reduziert werden.³⁹⁴ Nach dem Parteitag begann die öffentliche Diskussion über eine Regierungsbeteiligung. Im Februar 1973 erklärte das ZK, den Beitritt zur EG zu unterstützen. Gleichzeitig suchte die IKP eine verstärkte Zusammenarbeit mit den sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, darunter besonders mit der SPD.

Als die IKP 1976 bei den Wahlen 34,4 Prozent erreichte, trat der Kompromiss in sein konkretes Stadium. Durch den Wahlerfolg erhielt die sozialdemokratische Strömung in der IKP, die sich in der Nachkriegsentwicklung zunächst nur in Ansätzen herausgebildet hatte, aber bereits in den 60er Jahren an Gewicht gewonnen hatte, Auftrieb und gewann bestimmenden Einfluss auf die Gestaltung des Historischen Kompromisses. Sie beherrschte vor allem den mächtigen parlamentarischen Apparat, der wiederum eng mit der Parteiführung verknüpft war. Ihre politisch-ideologische Grundlage war der so genannte Eurokommunismus. Während Spaniens PCE unter dem späteren Sozialdemokraten Santiago Carillo kaum über Deklarationen hinauskam und die

³⁹⁰ Ein Beispiel dafür ist die Publikation von Hella Kaeselitz, in der die reformistischen Erscheinungen in der IKP verharmlost und teilweise gar nicht erwähnt werden.

³⁹¹ Aus seinem Memorandum, welches er im August 1964 in Moskau kurz vor seinem Tode schrieb, um es Chruschtschow zu übergeben.

³⁹² Auf diesem Parteitag löste Berlinguer den schwer kranken Luigi Longo als Generalsekretär ab.

³⁹³ Andreotti war führender Vertreter der rechten DC-Fraktion und der engen Zusammenarbeit mit den USA.

³⁹⁴ *Unita*, 14. März 1972

PCF unter Georges Marchais zunehmend wieder auf Distanz ging, wurde die IKP unter Berlinguer zu seinem Protagonisten.

Berlinguer schlug der DC einen „Compromesso Stòrico“ und die Zusammenarbeit auf Regierungsebene vor.³⁹⁵ Den offiziellen Vorschlag unterbreitete Berlinguer, um den Symbolcharakter hervorzuheben, in Salerno.

Aldo Moro, der damalige Führer der DC, ging angesichts des Wahlergebnisses darauf ein.

Die ökonomische Basis von Reformen sah Moro in einem starken staatlichen Sektor, vor allem im Energiebereich, an dessen Spitze sein Parteifreund, der Chemieunternehmer und Präsident der Energiegesellschaft ENI, Enrico Mattei, stand. Mattei, in der Resistenza Kommandant einer Partisanenbrigade, plädierte bereits 1955 dafür, „die Lösung der kommunistischen Frage in Italien über kraftvolle soziale und ökonomische Reformen herbeizuführen“.³⁹⁶ Reformpläne, wie sie Moro oder Mattei verfolgten, basierten auf der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dienten objektiv dem Ziel, den Reformismus in der Arbeiterbewegung zu stärken und eine moderne Arbeiteraristokratie heranzubilden.

Die Reform-Vorhaben der Regierung sahen außerdem u.a. eine Förderung der Privatindustrie bzw. Reprivatisierungen, die Behebung des Nord-Süd-Gefälles durch Belebung der Landwirtschaft und Investitionen im Süden sowie die Steigerung der Produktivität vor. Von den antimonopolistischen Forderungen des 7. Parteitages der IKP war nicht einmal mehr in Ansätzen die Rede. Interessen der Arbeiter wurden nicht berücksichtigt. Eine Garantie für die bereits in dieser Zeit des Angriffen des Verbandes der Großindustriellen Confindustria ausgesetzten Scala Mobile³⁹⁷ fehlte. Ebenso spielte die Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betrieben, vor allem in den staatlichen Unternehmen, generell keine Rolle.

Genau in dem Augenblick, da Moro und Berlinguer ihren Historischen Kompromiss verwirklichen wollten, wurde das in Washington seit langem geplante Komplott gegen den DC-Vorsitzenden eingeleitet. An seiner Inszenierung und Ausführung wirkten Politiker wie USA-Außenminister Kissinger, der italienische Ministerpräsident Andreotti, die CIA und die NATO-Geheimtruppe Gladio mit italienischen Geheimdienst- und Armee-Kreisen in Komplizenschaft mit den Faschisten des Landes. Als Werkzeug dazu ließen sich die von Polizei und Geheimdienst-Agenten unterwanderten und entsprechend manipulierten linksextremen RB missbrauchen. Am 16. März 1978, dem Tag der Amtseinführung der Kompromiss-Regierung, entführte ein BR-Kommando, flankiert von wenigstens einem hochqualifizierten Militärspezialisten Moro und ermordete ihn 55 Tage später am 9. Mai.³⁹⁸

³⁹⁵ Rinascita, 28. September, 5. Und 12. Oktober 1973; Chiarante, S. 136ff.

³⁹⁶ *Panorama*, Mailand 2. Dez. 1990

³⁹⁷ Scala Mobile = Gleitende Lohnskala, mit der die Löhne automatisch an die Inflationsrate angepasst werden müssen.

³⁹⁸ Flamigni 1993, S. 41. Neue Beweise dazu legte *la Liberazione* in einem Beitrag „Der Oberst des SISMI (Militärischer Geheimdienst) in der Via Fani“ (Ort der Entführung Moros) am 14. Mai 2002 vor. In einer weiteren, am 12. März 2003 veröffentlichten Recherche „Der Fall Moro - die Aufdeckung der Wahrheit“ wurde u. a. die Beteiligung von Gladio am Komplott gegen Moro nachgewiesen. Zum Fall Moro siehe Feldbauer 2000, passim.

Andreotti lehnte von den Entführern geforderte Verhandlungen - bis dahin immer geführt und auch danach wieder gängige Praxis³⁹⁹ - ab und lieferte seinen Parteivorsitzenden dem sicheren Tod aus. Um in der Regierungsmehrheit verbleiben zu können, schloss sich die IKP dieser Linie an und überließ ihren Bündnispartner seinem Schicksal.⁴⁰⁰

Die IKP ordnete sich auch in den folgenden Monaten dem rechten Kurs Andreottis unter. Mit ihren Stimmen verabschiedete das Parlament fünf Tage nach dem Anschlag Notstandsgesetze, die weit über die erforderlichen Befugnisse hinaus gingen. Sie erlaubten Polizeiverhöre ohne Anwalt, längere Festnahmezeiten ohne Haftprüfungstermine, Telefonüberwachung ohne richterliche Verfügung. Sie erweiterten und verschärften die umstrittenen Repressivmaßnahmen, die Innenminister Francesco Cossiga seit seinem Amtsantritt 1976 bereits erlassen hatte: Einführung des Paragraphen über „terroristische Vereinigungen“ in das Strafrecht, Hochsicherheitstrakte nach dem Vorbild von Stammheim und Anhebung der Höchstdauer der Untersuchungshaft. Generell schränkten die Notstandsgesetze und -verordnungen die Bürgerrechte ein und übertrugen den bewaffneten Organen und der Justiz weitreichende Vollmachten, die auch gegen oppositionelle Kräfte ohne Unterschied angewendet werden konnten, was auch in bedenklicher Weise erfolgte. Im Rahmen der Fahndung nach den Attentätern übernahm die Armee Polizeifunktionen zur „Sicherung der öffentlichen Ordnung“. Allein in der Hauptstadt wurden dazu Kräfte in Stärke einer Division eingesetzt.

Mit aller Wucht schlug der Repressionsapparat gegen linke und als linksradikal apostrophierte Intellektuelle zu. Der Jagd auf sie fielen ganze Universitätsfakultäten zum Opfer. In Padua befand sich darunter fast der gesamte Lehrkörper für politische Wissenschaften, in Mailand der Direktor der Katholischen Universität, Maro Borromeo. Professor Antonio Negri, wurde angeklagt, Chef der RB zu sein und die Entführung Moros organisiert zu haben. Tausende Linksradikale, viele von ihnen ohne sich eines Vergehens strafbar gemacht zu haben, wurden in die Gefängnisse geworfen, zirka 100.000 Personen von den polizeilichen Ermittlungen erfasst, rund 40.000 angeklagt, etwa 15.000 verurteilt.

Die IKP beugte sich trotzdem dem Druck der DC-Rechten mit Ministerpräsident Andreotti an der Spitze und gab für die in Aussicht gestellte Aufnahme in die Regierung fundamentale kommunistische Positionen auf und machte schwerwiegende politische und sozialökonomische Zugeständnisse.

Die IKP beteiligte sich ab jetzt auch an der bürgerlichen Propaganda gegen die Sowjetunion. Sie proklamierte auf der Grundlage der Anerkennung der Spielregeln der bürgerlichen Demokratie und ihrer Integration in das Parteiensystem einen „eigenen Weg zum Sozialismus“, übernahm das bourgeoise Staatsmodell, für das sie lediglich eine „demokratische Transformation“ forderte und anerkannte die kapitalistische Marktwirtschaft.⁴⁰¹ Den Gipfel des Revisionismus erklomm sie, als Berlinguer erklärte, nicht nur die Bündnisverpflichtung Italiens zu respektieren, sondern

³⁹⁹ So verhandelten nach der Entführung des stellvertretenden Oberbefehlshaber der NATO-Landstreikräfte Südeuropa General James Lee Dozier 1981 durch die RB die Geheimdienste und bereiteten inzwischen zur Befreiung eine Militäraktion vor, an der die Mafia mitwirkte. Flamigni 1993, S. 313

⁴⁰⁰ *Unita*, 25. April 1978; Fassanella/Sestrieri, passim

⁴⁰¹ Chiarante, S. 121ff Leonhard, S. 205ff., Galli, Giorgio, S. 258ff.

obendrein bekundete, die NATO eigne sich unter bestimmten Voraussetzungen als „Schutzschild“ eines italienischen Weges zum Sozialismus.⁴⁰²

Konnte man in der Konzeption eines breiten antifaschistischen Regierungsbündnisses einen akzeptablen Ansatz zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr sehen, wurde dieser durch die Untersetzung mit einer völlig reformistischen Politik und schließlich durch die Unterstützung einer Regierung mit Andreotti an der Spitze jeder Realität beraubt. Andreotti brachte nicht nur das Regierungsabkommen zum Scheitern, sondern lieferte auch den von den RB entführten Aldo Moro dem sicheren Tod aus. Sicher hat es eine gewisse Berechtigung zu fragen, ob der „Historische Kompromiss“ anders verlaufen wäre, wenn Moro ihn seitens der DC hätte weiter gestalten können. Der Mord wurde aber eben deshalb inszeniert, um die Regierungszusammenarbeit zu verhindern. Die IKP wurde, indem sie Andreottis Linie, Moro dem sicheren Tod auszuliefern, mitmachte, zum Komplizen dieses Komplotts.

Die Klassenzusammenarbeit mit der DC wurde von der mehrheitlich opportunistischen Strömung in der KPI-Führung gegen heftige Proteste nicht nur der Parteibasis, sondern auch von Teilen der Führung, des Parteiapparates und darüber hinaus der Linken überhaupt durchgesetzt. Widerstand gegen die in der Partei Fuß fassenden reformistischen Tendenzen regte sich bereits Mitte der 60er Jahre. Er erhielt Auftrieb durch die 68er Bewegung. Nach den faschistischen Anschlägen am 12. Dezember 1969 in Mailand grenzte die IKP-Führung sich von ihrem radikalen Flügel ab. Im heißen Herbst 1969 wuchsen die Kämpfe um höhere Löhne, um soziale Reformen und gewerkschaftliche Rechte wieder an. In Arbeitsniederlegungen und einem Generalstreik wurden Lohnerhöhungen in den meisten Industriezweigen und die 40-Stunden-Woche erreicht. Eine breite Arbeiter- und demokratische Bewegung brachte organisatorische Formen der Basisdemokratie hervor, zu der nicht nur Fabrikräte gehörten, sondern Mieter- und Arbeitslosenvereinigungen, Bewegungen von Juristen, Ärzten, Journalisten oder Polizisten, die bereit waren, die Forderungen nach einer „demokratischen Wende“ zu unterstützen. Die IKP nutze diese Kampfkraft aber nicht, sondern versuchte im Gegenteil, die Dynamik der großen Massenbewegungen zu bremsen.

Im November 1969 schloss das ZK dann die unter dem Namen Manifesto entstandene Opposition aus der Partei aus. Insgesamt wurden etwa 10.000 Mitglieder ausgeschlossen oder verließen die Partei.

An der Basis der IKP, aber auch in der Führung und im Parteiapparat wuchs der Unmut über die Zugeständnisse an die Austeritätspolitik der Regierung. Longo kritisierte auf der ZK-Tagung im Oktober 1976, die Entscheidungen „von oben“ zu treffen. Man verliere den „Kontakt zur Basis“, die Partei werde geschwächt. Es werde gefragt, ob die von den Arbeitern verlangten „Opfer“ tatsächlich zu den erwarteten Reformen führten oder nur zur Stärkung des Monopolkapitals und seiner Diener, der Christdemokraten (DC).⁴⁰³ Im Februar/März 1977 kam es in Norditalien, besonders im roten Bologna, zu anhaltenden Protesten der Studenten gegen den reformistischen Kurs.

Bei der danach Mitte März tagenden Sitzung des ZK erklärte das ZK-Mitglied Borgnas, an der Basis gebe es „ernste Zweifel“, dass der Historische Kompromiss eine Alternative darstelle. Es

⁴⁰² Corriere della Sera, 15. Juni 1976; Galli, Giorgio, S. 266f., La Rocca, S. 132f.

⁴⁰³ Unita, 21. Oktober 1976

bestehe der Eindruck, dass die Partei eher zur „Verteidigung des bestehenden politischen Rahmens“ neige als zur „Schaffung von Voraussetzungen zu seiner Überwindung“.

Zum Schluss der Sitzung ignorierte Giorgio Napolitano, führender Exponent der sozialdemokratischen Strömung, in seinem Schlusswort die Kritik und verlangte, so schnell wie möglich das System der Stimmenthaltung im Parlament aufzugeben und die Zusammenarbeit mit der DC zu vertiefen.⁴⁰⁴

Aber trotz allen Entgegenkommens seitens der IKP sabotierte Ministerpräsident Andreotti systematisch das Regierungsabkommen. An der IKP-Basis verstärkte sich der Druck auf die Parteiführung, die rechte Regierungskoalition zu verlassen. Im Januar 1979 kam die IKP der Forderung nach. Der Historische Kompromiss war, wie Berlinguer auf dem 15. Parteitag im März/April 1979 eingestehen musste, gescheitert.⁴⁰⁵ Es gab keinerlei soziale oder ökonomische Reformen. Statt einer Zurückdrängung der faschistischen und rechten Gefahr kam es zu einer Verschiebung der Regierungssachse nach rechts. In der DC erhielten rechte und mit den Faschisten paktierende Kräfte den bestimmenden Einfluss auf die Politik. Bezeichnend dafür war, dass der zur Führung der P2 gehörende Silvio Berlusconi in dieser Zeit mit Hilfe der Bankiers der Putschloge sein marktbeherrschendes privates Fernsehimperium aufbauen konnte, das zum entscheidenden Instrument auf seinem Weg zum Premier der ersten 1994 und der zweiten 2001 gebildeten profaschistischen Regierung wurde.⁴⁰⁶

Der politische Einfluss der IKP ging spürbar zurück. In den folgenden Jahren verließen etwa ein Drittel ihrer 2,2 Millionen Mitglieder die Partei. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 1979 war ihre Stimmenzahl zum ersten Mal seit Kriegsende rückläufig. Sie verlor gegenüber 1976 mit einem Schlag fast vier Prozent ihrer Wähler, bis 1987 rund acht. Der Einfluss der Gewerkschaften wurde merklich zurückgedrängt, sie auf Sozialpaktlinie gebracht. Die Massenkämpfe der Arbeiter ebten ab. Höhepunkt der Rückschläge war die Beseitigung der *Scala mobile*. Die Gewerkschaften nahmen die Liquidierung dieser herausragenden sozialen Errungenschaften ohne Widerstand hin.

Berlinguer suchte während der Praktizierung des Historischen Kompromisses, wie die PRC-Zeitung *Liberazione* schrieb, den Ausgleich zwischen dem linken und rechten Flügel der Partei, war ein „Mann der Vermittlung“, ein „Zentrist“.⁴⁰⁷

Nach seinem Tod am 11. Juni 1984 verfügte die Partei über keinen Nachfolger von seinem Format. Die von ihm in bestimmtem Maße gezügelte sozialdemokratische Strömung bekam freie Hand. Bereits auf dem 17. Parteitag 1986 in Florenz leitete sein Nachfolger Alessandro Natta die „reformistische Wende“ ein, die 1991 zur Umwandlung der IKP in die sozialdemokratische Linkspartei führte.⁴⁰⁸

Die revisionistische Fraktion stieß nach dem Tod Berlinguers in der Parteiführung auf keinen nennenswerten Widerstand mehr.

⁴⁰⁴ *Unita*, 16./17. März 1977

⁴⁰⁵ *Unita*, 31. März bis 3. April 1979

⁴⁰⁶ Flamigni, 1996, passim; Losano, S. 70 ff.; Ruggeri/Guarino, S. 58 ff.

⁴⁰⁷ *Liberazione*, 11. Juni 1999

⁴⁰⁸ Galli, Giorgio, S. 303 f..

Der Weg für die Revisionisten wurde dann schlagartig frei, als Gorbatschow 1985 das Amt des Generalsekretärs der KPdSU antrat. Sie setzten sich endgültig als die Partei allein beherrschende Fraktion durch. Der sozialdemokratische Kurs verstärkte sich, als Achille Occhetto im Juni 1988 an die Spitze der IKP trat.⁴⁰⁹ Italien erlebte das Phänomen, dass seine KP, die besonders seit den 70er Jahren ihre Unabhängigkeit von Moskau betont, jegliche Führerrolle oder Übernahme sowjetischer Erfahrungen abgelehnt und 1982 gegenüber der KPdSU auch offiziell den „strappo“ (Bruch) verkündet hatte, plötzlich „moskauhörig“ wurde und sich völlig am Kurs Gorbatschows orientierte. Unmittelbar nach seiner Wahl kündigte Occhetto den für März 1989 einberufenen Kongress als „Parteitag der Wende“ an.⁴¹⁰ Dessen Leitfigur war dann Gorbatschow, auf den sich Occhetto bereits in seiner Eröffnungsrede zehnmal als Hoffnungsträger berief. Die auf Video übermittelte Rede des KPdSU-Generalsekretärs wurde von der sozialdemokratischen Strömung, welche die Mehrheit der Delegierten stellte, stürmisch gefeiert. In seinen Beschlüssen erklärte der Kongress einen „riformismo forte“ (tiefgreifenden Reformismus) zur „Leitlinie der Partei“. Occhetto erhielt bei seiner Wiederwahl nur zwei Gegenstimmen. Selbst die kommunistische Strömung, die im neuen Zentralkomitee acht Sitze belegte, stimmte für ihn.

Im Dezember 1989 präzisierte Occhetto, wie der „Bruch mit der Vergangenheit“ vor sich gehen sollte. In der „Unita“ wandte er sich gegen die „Front des Nein“, welche die „konstituierende Phase einer neuen Formation“, wie die Umwandlung genannt wurde, nicht mitmachen wollte und für eine „Erneuerung“ eintrat. „Eine Erneuerung der IKP reicht nicht mehr aus“, entgegnete Occhetto. Gleichzeitig versuchte er zu beruhigen. Es gehe nicht „um die Selbstauflösung der IKP, sondern um die Konstruktion einer neuen, demokratischen, politischen Formation des Volkes - reformerisch, offen für progressive laizistische und katholische Komponenten, Interpretin der neuen Fragen aus der Welt der Arbeit und der Kultur als auch aus den Bewegungen der Jugend und der Frauen, aus der Umweltbewegung, dem Pazifismus und der Bewegung für Gewaltlosigkeit“. Occhetto versicherte, die Kommunisten würden „mit ihrem ideellen, organisatorischen und politischen Erbe Initiatoren dieser neuen Formation sein“.⁴¹¹

Im Auftrag Occhetos arbeitete der Wirtschaftswissenschaftler Michele Salvati, der niemals der IKP angehört hatte, das „programmatische Manifest“ der neuen Partei aus. Er hielt engen Kontakt zur SPD, orientierte sich an deren Godesberger Programm und schrieb u. a. Leitsätze wie die folgenden nieder: „Die Kapitalisten und die Unternehmer erfüllen eine Aufgabe von öffentlichem Nutzen“ und „das Privateigentum an Produktionsmitteln spielt im Kontext des Wettbewerbs eine fundamentale Rolle von allgemeinem Interesse“.⁴¹² In nicht wenigen Punkten übertraf der Kongress in Rimini dann noch Bad Godesberg. So auch als er selbst auf die Vokabeln „sozialistisch“ oder „sozialdemokratisch“ in dem neuen Parteinamen verzichtete und die neue „Formation“ sich schlicht Demokratische Partei der Linken taufte.

⁴⁰⁹ Natta trat offiziell nach einem Herzinfarkt zurück. Als wesentlicher politischer Grund wurde jedoch die neue Wahlniederlage der IKP gesehen, die 1987 erneut fast drei Prozent verlor und auf 26,6 Prozent absank. Siehe Galli, Giorgio, S. 308

⁴¹⁰ *Unita*, 14. Juni 1988

⁴¹¹ *Unità*, 10. und 24. Dez. 1989; Fasanella/Martini, S. 146 ff.

⁴¹² *Panorama*, 24. März 1991; Ciofi, S. 80 ff.

Dem Widerstand der Basis - vor dem Parteitag in Rimini hatten sich etwa ein Drittel der Delegierten gegen die Umwandlung in eine linke Volkspartei ausgesprochen - begegnete die Occhetto-Gruppe mit aus der Geschichte bekannten demagogischen Beschwichtigungen. Sie gab die Losung von der „Wahrung der Einheit der Partei“ aus, um so eine Trennung der kommunistischen Strömung (Occhetto sprach von Abspaltung) von der Partei und eine Neu- bzw. Wiedergründung der KP durch diese zu verhindern. Die Kommunisten würden, versprach Occhetto, in der künftigen Partei in „würdiger Parität“ respektiert.⁴¹³ Doch etwa zehn Prozent der zu dieser Zeit noch etwa 1,7 Millionen Mitglieder zählenden IKP kehrten der PDS in Rimini den Rücken. Die meisten stießen später zur PRC. Bei der PDS schrieben sich zunächst etwa 650.000 Mitglieder ein. So wurde das Ende der IKP besiegelt.

Gerhard Feldbauer, Poppenhausen

Kommunistische Initiative Österreich (KI): Die kommunistische Bewegung in Österreich⁴¹⁴

Beitrag der Kommunistischen Initiative Österreich zum Internationalen Kommunistischen Seminar, Brüssel, 5.-7. Mai 2006

1. Bedingungen der Gründung der Kommunistischen Partei in Österreich

Am 7. November 1917 siegte in Russland die sozialistische Oktoberrevolution. Fast genau ein Jahr danach, am 3. November 1918, wurde in Wien die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) gegründet. Nur wenige Tage später, am 12. November desselben Jahres, wurde die Republik Österreich auf bürgerlich-demokratischer Grundlage konstituiert.

Was waren die allgemeinen Rahmenbedingungen, die die Gründung einer kommunistischen Arbeiterorganisation in Österreich begleiteten und beeinflussten? Die österreichische Sozialdemokratie hatte unter ihrem Parteigründer und Vorsitzenden Victor Adler eine ehrenhafte und revolutionäre Geschichte, doch auch in Österreich ist diese spätestens 1914, mit der Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei für den imperialistischen Weltkrieg, eben Vergangenheit. Wie eine logische Folgerichtigkeit und ein symbolisches Zeichen erscheint es, dass Victor Adler, der allerdings selbst die Wandlung vom revolutionären Internationalismus zum gegenrevolutionären Sozialchauvinismus durchgemacht hat, am Ende des Krieges - und bloß einen Tag vor der oben erwähnten Gründung der ersten österreichischen Republik - verstarb. So markiert der November 1918 einen Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Diese Zeit offenbarte einerseits endgültig den gegenrevolutionären, revisionistischen und reformistischen Charakter der Sozialdemokratie, andererseits wurde dadurch die objektive Notwendigkeit der Gründung einer revolutionären und internationalistischen, einer wahrhaft marxistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse offensichtlich.

Am Ende des Ersten Weltkrieges, in den Jahren 1917 und 1918, stand das österreichische Proletariat bereits mitten im revolutionären Kampf. Die unerträglichen Lebensbedingungen der

⁴¹³ *Süddeutsche Zeitung*, München, 25. Juli 1990

⁴¹⁴ Aus: „offen-siv“ 5-2006, Ausgabe Mai-Juni des Jahres, S. 38-45

Kriegsjahre, der sinnlose Krieg selbst, den die Völker Österreich-Ungarns für die österreichische Bourgeoisie führen mussten, und die Überzeugung, dass eine bessere Welt möglich sei, initiierten auch in Österreich einen revolutionären Prozess. Die Frage war: Würde dieser Prozess in seiner bürgerlich-demokratischen Etappe verbleiben oder würde er konsequent fortgeführt werden zur sozialistischen Revolution? Es ist indessen keine Frage, was die Arbeiter wollten: Sie wollten ein sozialistisches Österreich, das - neben und mit einem sozialistischen Ungarn, einer sozialistischen Tschechoslowakei, einem sozialistischen Staat der Südslawen etc. - die Menschheit befreien würde. So zeigen die Jahre 1917 und 1918 einen revolutionären Aufschwung, der an verschiedenen Begebenheiten festzumachen ist, als Höhepunkte sind der große „Jännerstreik“ im Januar 1918 und der Matrosenaufstand von Cattaro/Kotor im Februar 1918 zu nennen. In Wahrheit gab es aber bereits ab 1914 eine Kette von Kampfmaßnahmen, Unruhen und Protesten seitens österreichischer Arbeiter, die sich gegen den imperialistischen Krieg und die durch diesen gesteigerte kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung zur Wehr setzten. Doch geschah dies unkoordiniert, in einzelnen Betrieben, ohne dass es eine feste Organisation sozialistischer Kriegsgegner gegeben hätte, wie sie sich zur selben Zeit etwa in Deutschland um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bildete. In Österreich-Ungarn gab es hierfür nur in Liberec in Böhmen reale Ansätze, die jedoch erfolglos blieben. In Wien agierte der Sohn des Führers der Sozialdemokratischen Partei, der Sohn Victor Adlers, Friedrich Adler, als Kriegsgegner und trat aus der Sozialdemokratischen Partei aus. Doch Friedrich Adler war eben kein konsequenter Revolutionär, der eine sozialistische Massenbewegung gegen den Krieg und für die soziale Revolution des Proletariats hätte führen können. Sein Protest manifestierte sich schließlich in einer Tat, die des anarchistischen Individualismus würdig gewesen wäre, Lenin nannte es die „Verzweiflungstat eines Kautskyaners“: Friedrich Adler erschoss am 21. Oktober 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh. Eine sinnlose Tat - und Friedrich Adler sollte auch später, nach seiner Begnadigung und Entlassung aus dem Gefängnis, keine positive Rolle in der Arbeiterbewegung spielen.

Tatsache ist, dass sich die Krise in Österreich-Ungarn um die Jahreswende 1917/1918 bereits zu einer akut revolutionären Situation zuspitzte. Für die österreichische Arbeiterklasse handelte es sich, wie wir heute wissen, um eine historisch bislang einzigartige Situation, die überwiegend die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution erfüllte. Allerdings sollte sich hier in tragischer Weise zeigen, welche zentrale Bedingung einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in Österreich damals eben nicht gegeben war: nämlich die Existenz einer revolutionären marxistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse, einer Partei vom Typ der russischen Bolschewiki. In Österreich lag die faktische Macht im November 1918 bereits in den Händen der Arbeiterklasse, doch die eben gegründete KPÖ konnte sich noch nicht an die Spitze der revolutionären Bewegung setzen, die Sozialdemokratie wollte es nicht. Die Sozialdemokratische Partei erwies sich als gegenrevolutionär und beendete und vollendete im Dienste der österreichischen Bourgeoisie die bürgerlich-demokratische Revolution. Die österreichische Sozialdemokratie hat 1918 die österreichische Bourgeoisie vor der sozialistischen Revolution gerettet. Karl Renner führte als sozialdemokratischer Kanzler eine gegenrevolutionäre, aber immerhin - unter dem Druck der revolutionierten Massen - reformistische Regierung, Karl Seitz wurde provisorischer Staatspräsident, Otto Bauer unterlegte die sozialdemokratische Politik mit revisionistischen Auslegungen des Marxismus und Friedrich Adler setzte sich an die Spitze der österreichischen Rätebewegung, um sie zu hemmen und den Einfluss der Kommunisten zu reduzieren. In der österreichischen Volkswehr wurden die kommunistisch dominierten Kom-

panien, insbesondere das gesamte Bataillon 41, die „Rote Garde“, durch die Sozialdemokratie isoliert und schließlich aufgelöst, obwohl - oder gerade weil - die KPÖ über 20 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zu den Soldatenräten erreichte.

In der Folgezeit wurde die sozialdemokratisch geleitete österreichische Staatsmacht gar mit allen Gewaltmitteln gegen Demonstrationen von Arbeitern, Arbeitslosen und heimkehrenden Soldaten sozialistischer Gesinnung eingesetzt. Ihre blutigsten Verbrechen gegen die österreichische Arbeiterklasse beging die Sozialdemokratie am 17. April und am 15. Juni 1919 jeweils in Wien.

Im internationalen Rahmen ist die gegenrevolutionäre Ausrichtung der österreichischen Sozialdemokratie ebenfalls im Jahr 1919 von Bedeutung. Im April und Mai 1919 bestand die Münchener Räterepublik in Bayern, von März bis Anfang August 1919 die Räterepublik in Ungarn. Während die junge KPÖ eine Solidaritätskampagne einleitete und unter Führung Leo Rothziegels über eintausend Freiwillige zur Verteidigung der ungarischen Räterepublik schickte, zeichnete sich die in Wien an der Regierung befindliche Sozialdemokratie abermals durch konterrevolutionäres Handeln aus. Österreich wäre das Verbindungsglied zwischen München und Budapest gewesen und ein revolutionäres Bündnis in Mitteleuropa hätte dem revolutionären Prozess in Europa abermals zum weiteren Aufschwung und zur Vertiefung verholfen, nicht zu sprechen von den unmittelbaren Überlebenschancen der revolutionären Regierungen in Ungarn und Bayern. Doch die österreichische Sozialdemokratie verweigerte sich dem Hilferuf aus Ungarn und als Béla Kun im Sommer, nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution, nach Österreich fliehen musste, wurde er vorsichtshalber inhaftiert. Hier sieht man in aller Deutlichkeit die essenzielle Bedeutung des proletarischen Internationalismus, den die junge KPÖ in solidarischer Weise pflegte, wohingegen die Sozialdemokratie ihren Bündnispartner offenbar in der nationalen Bourgeoisie sah ... - Alle diese Begebenheiten zeigen die absolute Notwendigkeit der Gründung der KPÖ.

2. Die Kommunistische Internationale und die Bolschewisierung der KPÖ

Als die KPÖ im November 1918 gegründet wurde, konnte noch nicht von einer Partei bolschewistischen Typs, also von einer leninistischen Partei gesprochen werden. Zweifellos nahmen sich die Menschen, die sich in der KPÖ sammelten, die russischen Revolutionäre und die Oktoberrevolution zum Vorbild, schließlich forderten die österreichischen Arbeiter auch, mit der eigenen Bourgeoisie endlich „russisch zu sprechen“. Fraglos war die Oktoberrevolution die Initialzündung für den Aufschwung des weltrevolutionären Prozesses und für den nötigen Differenzierungsprozess in der bisherigen Arbeiterbewegung - ein Differenzierungsprozess, der in der russischen Sozialdemokratie bereits 1903 vorweggenommen worden war. So war es auch keine Frage, dass die KPÖ beim ersten Kongress, also beim Gründungskongress der III., der Kommunistischen Internationale in Moskau mit zwei Delegierten, darunter Karl Steinhardt, vertreten war. - In inhaltlicher Hinsicht war die Ausrichtung der KPÖ jedoch noch nicht von vornherein einheitlich bolschewistisch, sondern pluralistisch, was den Parteaufbau und die Partearbeit nicht nur hemmte, sondern zu andauernden Fraktionsauseinandersetzungen und mitunter fatalen Fehlpositionen führte (was nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass es freilich auch sehr viel Richtiges gab). Unter diesen Voraussetzungen, ohne die richtige Ideologie, Strategie und Struktur, konnte die KPÖ damals nicht zur revolutionären Massenpartei werden. Die Masse der Arbeiter vertraute weiterhin der Sozialdemokratie, während in die KPÖ, ähnlich

wie bei der USPD in Deutschland, auch einige rechtsopportunistische Sozialdemokraten eintraten. Dennoch finden sich bereits 1919 Menschen in der KPÖ, die für deren weitere marxistisch-leninistische Entwicklung in den folgenden Jahrzehnten bedeutend waren, so zum Beispiel der damals erst siebzehnjährige Friedl Fűrberg, von 1926 bis 1932 zunächst Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale und 1932 bis 1971 ZK-Sekretär der KPÖ.

Maßgeblich beteiligt an der Gründung der KPÖ waren 1918 die so genannten „Linksradikalen“, die sich zuvor um Friedrich Adler gruppiert und im Jännerstreik 1918 eine wichtige Rolle gespielt hatten, zu nennen wäre zum Beispiel Franz Koritschoner. Diese Bezeichnung, „Linksradikale“, war durchaus zutreffend, denn in der Tat stand gerade die junge KPÖ, eine der ersten damals neu gegründeten kommunistischen Parteien der Welt, für so manche Kinderkrankheiten des Kommunismus, für so manche Fehleinschätzung der Bedingungen und daraus resultierende falsche Strategien, seien sie nun „linksradikal“ oder derart, was man heute als „trozkistisch“ bezeichnet. So musste bereits im Jahr 1920 Lenin selbst die KPÖ davon überzeugen, an den Wahlen teilzunehmen. Lenin schrieb in diesem Jahr über die KPÖ: *„In Österreich hat der Kommunismus eine sehr schwere Zeit durchgemacht, die anscheinend noch nicht ganz überwunden ist: Wachstumskrankheiten, die Illusion, dass eine Gruppe, die sich zum Kommunismus bekennt, ohne ernstlichen Kampf um den Einfluss unter den Massen zu einer Macht werden könnte, Fehlgriffe in der Wahl von Personen.“* (LW 30, S. 350)

- In der Tat war die „schwere Zeit“ noch nicht vorbei, bis 1924 wurde die KPÖ von heftigen Fraktionskämpfen geprägt, die erst 1927 endgültig überwunden wurden.

Bereits vor dem 3. Parteitag war das Jahr 1919 von Meinungsverschiedenheiten geprägt, im Mittelpunkt der Kritik stand Ernst Bettelheim, der ein vierköpfiges Parteileitungsgremium anführte. Mit Hilfe der Komintern und unter publizistischer Federführung Karl Radeks wurde bis Jahresende 1919 die KPÖ vorerst auf marxistische Positionen und Strategien geführt, damit wurde auch die finanzielle Hilfe aus Moskau für die kleine KPÖ wieder aufgenommen. Innerhalb der Komintern blieb die KPÖ jedoch tendenziell eher in der Nähe „linksradikaler“ Positionen, die „putschistische“ Offensivausrichtung gewann bis 1921 wieder die Oberhand. Die auf dem III. Weltkongress der Komintern beschlossene Analyse über die neue Etappe der revolutionären Entwicklung – Konsolidierung und Offensive des Kapitals, Defensive der Arbeiterbewegung – wurde folgerichtig von der KPÖ-Führung nur teilweise mitgetragen. Nachdem 1923 die internen Fraktionskämpfe der KPÖ sogar auf einem erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern ausgetragen worden war, wurde – nach einer richtungweisenden Stellungnahme der Komintern und ihres Österreich-Beauftragten Neurath – die Parteileitung reorganisiert. Franz Koritschoner und Karl Tomann, die im März 1923 auf dem 6. Parteitag die Mehrheit hinter sich versammeln konnten und zu diesem Zeitpunkt auch die Unterstützung der Komintern hatten, wurden nach der Niederlage bei der Nationalratswahl abgelöst. Johann Kopenig, zuvor Landessekretär der KPÖ Steiermark, wurde vorerst Organisationssekretär, Gottlieb Fiala Reichssekretär. Als sich im darauf folgenden Jahr die verheerenden Fraktionskämpfe auf dem 7. Parteitag jedoch fortsetzten, wurde einerseits Georgi Dimitroff EKKI-Berater für die KPÖ, andererseits wurde eine neue provisorische Parteileitung eingesetzt, deren Führung Kopenig übernahm. Das „Provisorium Kopenig“ blieb personell über 40 Jahre bestehen, am 19. Parteitag 1965 trat Kopenig als Vorsitzender der KPÖ zurück.

In den folgenden Jahren nach der Bestellung Kopenigs, bis 1927, wurde unter entscheidender Mithilfe der Komintern und insbesondere Dimitroffs die Linie der KPÖ so weit geklärt, dass

man von einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei sprechen konnte. Koplenig selbst war im Weltkrieg in russische Kriegsgefangenschaft geraten, hatte die Revolution erlebt und war der Partei der Bolschewiki beigetreten. Bis zu seiner Rückkehr nach Österreich im Jahr 1920 war er als Propagandist tätig. Wieder in Österreich trat er als überzeugter Bolschewik folgerichtig aus der Sozialdemokratischen Partei, deren Mitglied er seit 1909 gewesen war, aus und in die KPÖ ein. Vor diesem Hintergrund war Koplenig aus Sicht der Komintern ein logischer und verlässlicher Kandidat, wenn es um die Bolschewisierung der KPÖ ging. Die Bolschewisierung der Komintern-Parteien gab der internationalen kommunistischen Bewegung jene einheitliche marxistisch-leninistische Grundlage, die der gemeinsame Kampf der Kommunisten unbedingt benötigt. Es ist keine Frage, dass diese Bolschewisierung der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt nötig und Großteils erfolgreich war. (So war es - um ein weiteres Beispiel neben Österreich zu nennen - äußerst bedeutsam, dass mit 1925 die marxistisch-leninistische Linie der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) unter ihrem neuen Vorsitzenden Ernst Thälmann, der bereits zuvor Mitglied des EKKI war, geklärt werden konnte. Schließlich war es vor allem der marxistisch-leninistische Charakter der KPD, der es ermöglichte, dass nach 1945 in der Sozialistischen Einheitspartei (SED) die proletarische Einheitsfront hergestellt und 1949 unter Führung Wilhelm Piecks, eines erfahrenen Mitstreiters Thälmanns, die Deutsche Demokratische Republik (DDR), der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden, gegründet werden konnte.)

Die Bolschewisierung der KPÖ ermöglichte es ihr, für die kommenden antifaschistischen Kämpfe gerade rechtzeitig gewappnet zu sein. Die KPÖ sollte bis 1945 die Hauptlast des antifaschistischen Widerstandes in Österreich tragen, sei es in der Illegalität oder später im Rahmen der österreichischen Freiheitsbataillone in der jugoslawischen Partisanenarmee, womit vor allem die Kommunisten jenen Anteil zur eigenen Befreiung Österreichs vom Faschismus leisteten, der in der Moskauer Deklaration der Anti-Hitler-Koalition festgehalten und gefordert war.

Ein weiteres bedeutsames Resultat der endgültigen Festigung der KPÖ als bolschewistische, leninistische Partei, wozu auch die Gründung der theoretischen Organe „Der Kommunist“ unter Leitung Arnold Reisbergs 1932 und „Weg und Ziel“ 1935 beitrug, war die theoretische Klärung der nationalen Frage in Österreich durch die KPÖ. Alfred Klahr, ein Mitglied des Zentralkomitees, legte 1937 den Grundstein für die Theorie der österreichischen Nation, die sich unabhängig von der deutschen Nation entwickelt hat, wobei Klahr unmittelbar an die bolschewistische Position zur nationalen Frage anknüpfen konnte, deren umfassende Darstellung Josef Stalin 1913 ausgerechnet in Wien erarbeitet und in seinem Werk „Marxismus und nationale Frage“ schriftlich festgehalten hatte. Die Einschätzung der KPÖ zur nationalen Frage in Österreich war eine bedeutende Grundlage für den antifaschistischen Kampf gegen die deutsche Okkupation und Annexion Österreichs 1938, sie ist Grundlage für die Wiedererstehung eines unabhängigen österreichischen Staates 1945. Dass sich in der kommunistischen Weltbewegung diese von Klahr erarbeitete Ansicht über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland durchsetzte, ist einerseits der Tatsache zu verdanken, dass die KPD sich deutlich hinter den Standpunkt der KPÖ stellte, andererseits abermals der Tätigkeit Georgi Dimitroffs in der Komintern, der sämtliche österreichische Problemstellungen ausgezeichnet kannte. Allerdings dauerte es bis 1941, bis auch die KPdSU explizit die Einschätzung der KPÖ unterstützte. Äußerst bedeutsam war die Klärung der nationalen Frage bezüglich Österreichs durch die KPÖ und die Komintern darüber hinaus auch deshalb, weil die österreichische Sozialdemokratie, die die Existenz der

österreichischen Nation leugnete und in deren „Linzer Programm“ von 1926 nochmals die Anschlussforderung an Deutschland beschlossen wurde, erst 1945 und eher widerwillig ihre Vorstellung über die Österreicher als Teil der deutschen Nation aufgab.

Im Allgemeinen war die Komintern also von immenser Bedeutung für die Herstellung einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Kampffront der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt. Und gerade für die KPÖ war das Eingreifen Dimitroffs wohl ein Akt, der die Partei vor der völligen selbst verschuldeten Bedeutungslosigkeit oder eventuell der Selbstauflösung bewahrte. Daneben hauchte die Komintern nach dem Bankrott der II. Internationale dem proletarischen Internationalismus neues Leben ein. Manche Menschen könnten meinen, dass die Auflösung der Komintern im Jahr 1943 hierzu im Widerspruch steht, womöglich gar eine Abkehr vom Internationalismus gewesen sei. Dem war selbstverständlich nicht so. Mit der Auflösung der Komintern wurde seitens der internationalen kommunistischen Bewegung natürlich nicht der Internationalismus abgeschafft, sondern gemäß neuer Bedingungen seine Form verändert. Die Komintern hat ihre wichtigen Aufgaben von 1919 bis 1943 erfüllt, ab 1945 konnten die Beziehungen der kommunistischen Parteien andere zweckmäßige Formen annehmen.

3. Die kommunistische Bewegung und der Kampf gegen den Faschismus

Als der IV. Weltkongress der Komintern 1922 vor der Gefahr des Faschismus warnte, schloss sich die KPÖ bereits dieser Sichtweise bezüglich der österreichischen Republik an. Die KPÖ definierte 1923 die Gefahr des Faschismus als Hauptproblem und unterbreitete der Sozialdemokratie wiederholt das Angebot der proletarischen Einheitsfront im Widerstand gegen Reaktion und kapitalistische Offensive, was damals noch auf Kritik „linksradikaler“ und sektiererischer Gruppen in der KPÖ stieß. Mit der Bolschewisierung der KPÖ unter Johann Kopleng übernahm diese bezüglich der Einschätzung des Faschismus freilich Analyse und Strategie der Komintern. In den folgenden Jahren wurde der Kampf gegen den Faschismus tatsächlich zur Hauptaufgabe der KPÖ, sie mag hierbei den einen oder anderen Fehler begangen haben, seitens der Arbeiterparteien war es jedoch ohne Zweifel die Sozialdemokratie, die den Faschisierungsprozess und die Errichtung der faschistischen Diktatur in Österreich begünstigt hat. Die falsche „radikalreformistische“ Strategie und Taktik der österreichischen Sozialdemokratie konnte nicht nur zwingend niemals zur sozialistischen Revolution führen, sie musste vielmehr beinahe zwingend in den Sieg des Faschismus münden. In der Praxis zeigte sich die fatale Rolle der Sozialdemokratie schon im Zuge der Junirevolte 1927, in deren Gefolge die KPÖ und insbesondere ihr Vorsitzender Kopleng durch klare und mutige Positionen an Ansehen unter den sozialdemokratischen Arbeitern gewannen. Als die österreichische Großbourgeoisie und der Großgrundbesitz schließlich zur Errichtung der direkten faschistischen Diktatur schritten, bäumten sich revolutionäre Teile der Basis des sozialdemokratischen Schutzbundes in den Februarkämpfen 1934 nochmals auf. Dieser heroische Kampf fand natürlich die ungeteilte und aktive Unterstützung durch die KPÖ, während die Führung der Sozialdemokratischen Partei abermals versagte und die kämpfenden Arbeiter im Stich ließ. Schuld an der Niederlage der Arbeiter in den Februarkämpfen waren freilich die falsche Organisationsstruktur sowie die falsche Strategie und Taktik des Schutzbundes, die nicht umgesetzte Bewaffnung der Arbeiterschaft und die voraussehende Handlungsunfähigkeit der sozialdemokratischen Führung - lauter Dinge, vor denen die Kommunisten schon zuvor aus guten Gründen gewarnt hatten. Ein Ergebnis der Februarkämpfe war vor diesem Hintergrund auch, dass sehr viele sozialdemokratische Arbeiter nun begriffen, dass die Politik der Sozial-

demokratie ihre Klasseninteressen nicht verteidigen kann, weshalb sie in die KPÖ eintraten. Ausgerechnet unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität, in der sich die KPÖ bereits seit dem 26. Mai 1933 befand, wurde die KPÖ auf diese Weise erstmals zu einer Partei mit Masseneinfluss.

Im Gefolge des Sieges des Faschismus in Deutschland und Österreich musste sich der VII. Weltkongress der Komintern 1935 eingehend mit der Analyse des Faschismus einerseits sowie mit der Erarbeitung einer aussichtsreichen antifaschistischen Strategie andererseits beschäftigen. Beides, marxistisch-leninistische Faschismusanalyse und antifaschistische Strategie, legte Georgi Dimitroff in seinem Hauptreferat dar. Im Namen der österreichischen Delegation stimmte Kopenig in seiner Rede auf dem Weltkongress dem Referat Dimitroffs voll und ganz zu und hob nochmals dessen Bedeutung für den Klassenkampf und den antifaschistischen Kampf hervor. Gemäß den Beschlüssen des VII. Weltkongresses bemühte sich die KPÖ in Österreich weiterhin um die Schaffung einer Einheitsfront mit den Revolutionären Sozialisten, die aus der Sozialdemokratischen Partei hervorgegangen waren, wodurch die Basis für eine breite antifaschistische Volksfront geschaffen werden sollte. Schließlich konnte dieser Versuch nur Teilerfolge zu Tage bringen und scheiterte im Wesentlichen am sozialdemokratischen Unwillen. Dadurch lag die Hauptlast des antifaschistischen Kampfes, zumal die Revolutionären Sozialisten nach der deutschen Annexion Österreichs aufgelöst wurden, auch nach der Ersetzung des einen, autochthonen faschistischen Regimes durch ein anderes faschistisches Regime, jenes der deutschen Fremdherrschaft, weiterhin bei den Kommunisten.

Als die Komintern 1936 zum Kampf für die Verteidigung der spanischen Republik aufrief, folgten 1.700 Österreicher diesem Aufruf und beteiligten sich im Rahmen der Internationalen Brigaden am antifaschistischen Freiheitskampf der spanischen Volksfront. Die Aufstellung der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg, die sich heuer, im Jahr 2006, zum 70. Mal jährt, ist wohl eines der lebhaftesten Beispiele eines proletarischen Internationalismus der Tat. Unter den österreichischen Kämpfern fanden sich Kommunisten wie auch Sozialdemokraten, einige ehemalige Schutzbund-Kämpfer kamen aus dem sowjetischen Exil nach Spanien. In der österreichischen Arbeiterbewegung agitierte vor allem die KPÖ für die spanische Volksfront, während die Revolutionären Sozialisten und die Exil-Sozialdemokratie vorrangig mit sich selbst beschäftigt blieben. Auch auf zwischenstaatlicher Ebene zeugt der Spanische Bürgerkrieg von gelebter internationaler Solidarität, denn gerade die Hilfe der Sowjetunion für die spanische Volksfront ist keineswegs gering zu schätzen, auch wenn Antikommunisten unterschiedlicher Schattierungen aufgrund unlauterer Motive dies in Abrede stellen wollen.

In Österreich formulierte die KPÖ nun eine neue Hauptaufgabe. Unter den schwierigen Bedingungen des österreichischen Faschismus mussten nun alle Kräfte gegen den drohenden neuen Weltkrieg im Allgemeinen und gegen die Okkupation Österreichs durch das faschistische Deutschland im Speziellen gesammelt werden. In Übereinstimmung mit den Thesen der Komintern zur Volksfrontpolitik und unter Anwendung der Arbeiten Alfred Klahrs zur nationalen Frage in Österreich definierte die KPÖ den Kampf gegen den Nationalsozialismus als nationalen Freiheitskampf des österreichischen Volkes. Da jedoch sowohl die an der Macht befindlichen Austrofaschisten als auch die österreichischen Sozialdemokraten die österreichische Nation ablehnten und grundsätzlich eine deutschnationale Ideologie vertraten, stand die KPÖ mit ihrem unerschütterlichen Willen, die Unabhängigkeit Österreichs zu verteidigen, weitgehend alleine da. – Nicht unerwähnt soll jedoch bleiben, dass es auch in Teilen des konservativen Lagers um

Ernst Karl Winter Überlegungen gab, die denen von Alfred Klahr ähnlich waren, und dass es auch aus den Kreisen der Monarchisten eine Österreich-patriotische Grundhaltung gab.) – Als es im März 1938 zur Annexion Österreichs durch Deutschland kam, fanden sich sodann folgerichtig prominente Sozialdemokraten wie Karl Renner und Otto Bauer, die diesen Schritt als historischen Fortschritt bewerteten, die Revolutionären Sozialisten befanden gar, es handle sich bei der deutsch-faschistischen Eroberungspolitik um eine grundsätzlich positiv zu bewertende „europäische Integration“. Anders die Kommunisten, das Zentralkomitee der KPÖ richtete im März 1938 einen als historisch anzusehenden Aufruf an das österreichische Volk, in dem es zum Widerstand und nationalen Freiheitskampf aufgefordert wurde. Auch hierbei erteilte die KPÖ wieder internationale Hilfe und Solidarität, das Zentralkomitee der KPD verurteilte die Annexion Österreichs sofort, auch die Sowjetunion protestierte gegen die deutsche Aggression. Seitens der kapitalistischen Staaten verurteilte jedoch ausschließlich Mexiko diesen verbrecherischen Akt des deutschen Imperialismus faschistischer Prägung.

Dass im Frühjahr 1945 schließlich der deutsche Faschismus in ganz Europa besiegt werden konnte und auch Österreich befreit wurde, war im internationalen Maßstab wesentlich das Verdienst der Roten Armee der Sowjetunion. Ihr ist es unter großen Opfern nicht nur gelungen, die faschistische Vernichtungsmaschinerie im eigenen Land aufzuhalten, sondern zurückzuschlagen und schließlich zu besiegen. Als im April 1945 die Rote Armee in Wien einmarschierte, bestand die Hoffnung, man würde nun in Österreich nicht nur die faschistische Form, sondern den imperialistischen Kapitalismus insgesamt überwinden können. Zwei Dinge standen dem im Wege: Einerseits war die wieder gegründete österreichische Sozialdemokratie (SPÖ) nicht über Nacht zur revolutionären Partei geworden - im Gegenteil, nach 1945 wurde seitens der SPÖ jede sozialistische Perspektive endgültig über Bord geworfen; andererseits eröffnete der imperialistische Westblock sofort die Front gegen den Sozialismus und die volksdemokratischen Bewegungen in Osteuropa. Das Hauptanliegen der ehemaligen Verbündeten der Sowjetunion in der Anti-Hitler-Koalition wurde nun schlagartig wieder der Antikommunismus. In Österreich führte die antikommunistische sozialdemokratisch-bürgerliche Front dazu, dass die KPÖ recht bald aus der Regierung ausschied und den Hetz- und Lügenkampagnen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen wenig entgegenzusetzen hatte.

Die defensive Seite des Antikommunismus ist diejenige, dass konsequenter Antifaschismus zu Tage gebracht hätte, dass nur der herrschende Monopolkapitalismus die Grundlage, ja der Grund für den Faschismus ist. Somit bedeutet konsequenter Antifaschismus unweigerlich Anti-imperialismus, Antimonopolismus und Antikapitalismus - das war den imperialistischen Siegermächten durchaus bewusst und deshalb wich der Antifaschismus bald wieder dem Antikommunismus. Die offensive Zielsetzung des Antikommunismus war diejenige, die 1989/90 schließlich erreicht wurde: Durch die Bündelung aller politischen, ökonomischen, ideologischen und militärischen Potenzen des Imperialismus in der NATO und durch die EG wurde ein antisozialistischer Block geschaffen, dessen Hauptaufgabe die Zerstörung des Sozialismus in Europa und die kapitalistische Restaurierung und Reintegration der ehemals sozialistischen Länder war. Dass die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten Europas dem Druck von außen nicht Stand halten konnten, war einer inneren Schwäche geschuldet. Diese inhaltliche Schwäche basierte vor allem und in letzter Instanz unweigerlich auf der Preisgabe des Marxismus-

Leninismus durch die Parteiführungen, d.h. auf dem Revisionismus in Teilen der kommunistischen Bewegung.

So ist aus der vorläufigen Niederlage des Sozialismus von 1989/90 vor allem eines zu lernen: Ohne feste ideologische Grundlage auf Basis des Marxismus-Leninismus gibt es auch kein erfolgreiches revolutionäres Handeln. Das gilt für die organisierte revolutionäre Arbeiterklasse an der Macht wie für die kommunistische Bewegung auf dem Weg zur Revolution. „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“, schrieb Lenin. Die heutigen Kommunisten mögen sich diesen Satz gut merken - und die implizite Aufforderung auch umsetzen.

4. Gegenwärtige Probleme und Perspektiven der österreichischen und internationalen kommunistischen Bewegung

In ideologischer Hinsicht besteht die zentrale Aufgabe der heutigen Kommunisten also darin, den Marxismus-Leninismus gegen Entstellungen und revisionistische Einflüsse zu verteidigen. Dies erfolgreich zu tun, bedeutet dreierlei:

1. Die Kommunisten müssen ihre Theorie und Programmatik auf den Grundpositionen des Marxismus-Leninismus aufbauen, das heißt insbesondere auf der marxistischen Staatstheorie, auf Lenins Imperialismustheorie, auf einem leninistischen Parteiverständnis, auf dem solidarischen und antiimperialistischen Internationalismus der Werktätigen und in der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen.
2. Die Kommunisten müssen sich das Bewusstsein um die historische Rolle und Bedeutung der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Europas erhalten und diese verteidigen.
3. Die Kommunisten müssen den unerbittlichen ideologischen Kampf gegen den Revisionismus führen.

Auf dieser ideologischen Basis und unter diesen Voraussetzungen ist eine erfolgreiche Neuformierung der revolutionären Kräfte möglich. Dieser Prozess wird ein längerfristig anzusetzender und ein äußerst beschwerlicher sein, doch er ist unvermeidlich, wenn angesichts der Alternativen Sozialismus oder Barbarei die erstere Möglichkeit zur Umsetzung kommen soll. Gelingt eine derartige revolutionäre kommunistische Organisierung der Werktätigen, so wird am Ende dieses Prozesses eine kampfbereite und vor allem kampffähige marxistische Partei der Arbeiterklasse stehen. Gelingt eine derartige Organisierung nicht, so wären alle Voraussetzungen gegeben, dass das imperialistische Räubersystem nicht nur einfach weiterhin besteht, sondern der Imperialismus würde der Menschheit hinkünftig unweigerlich im neuen Ausmaß verheerende Kriege bescheren, die die Existenz der Menschheit als Spezies auf diesem Planeten infrage zu stellen vermögen.

Die Kommunistische Initiative in Österreich möchte daher einen Beitrag zum Aufbau einer revolutionären marxistischen Partei der Arbeiterklasse leisten. Die Kommunistische Initiative ist der Ansicht, dass die KPÖ diesem Anspruch nicht mehr gerecht wird, zumal sie sich diesen Anspruch selbst gar nicht mehr gibt. Gewiss steht es der Kommunistischen Initiative nicht zu, im internationalen Rahmen über die KPÖ zu Gericht zu sitzen – das Urteil über die KPÖ wie über alle anderen linken Parteien wird die zukünftige gesellschaftliche Praxis der Arbeiterklasse sprechen. Nichtsdestotrotz erachtet es die Kommunistische Initiative als ihre solidarische Pflicht

den in der KPÖ organisierten Kommunisten gegenüber, Fehler und Fehlentwicklungen in der KPÖ aufzuzeigen.

Doch nicht nur in der KPÖ, sondern seitens vieler kommunistischer oder vormals kommunistischer Parteien ist es nach der vorläufigen Niederlage des Sozialismus in Europa nicht geglückt, mit der neuen Situation richtig umzugehen. Die Neuformierung und Neuorientierung bezog sich allzu oft auf eine offen revisionistische Wende in der Programmatik, eines der markantesten Beispiele hierfür ist wohl jenes der deutschen Linkspartei/PDS. Die heutige KPÖ ihrerseits will explizit keine leninistische Partei mehr sein, sie definiert sich neuerdings als pluralistische Partei, womit sie wieder genau jenen ideologischen Verwirrungen Tür und Tor öffnet, die Johann Kopenig von 1924 bis 1927 mühevoll und mit Hilfe der Komintern überwinden konnte. Grundsätzlich, vor 1924 wie heute, ist der Pluralismus freilich das Einfallstor für bürgerliche Ideologien in kommunistische Organisationen, darüber hinaus entpuppt sich der heutige Pluralismus in der KPÖ mehr und mehr als ein Mittel, die Partei nicht nur vom Marxismus, sondern auch von den Marxisten zu „befreien“. Was das Eindringen bürgerlicher, unmarxistischer und antimarxistischer Ideologien betrifft, so ist bezüglich Österreich und Deutschland gegenwärtig nicht zuletzt die offen pro-imperialistische „antinationale“ Ideologie zu nennen, die selbst imperialistische Angriffskriege rechtfertigt und offen fordert. Ebenso wird teilweise der proletarische Internationalismus durch bürgerlich-kosmopolitische Illusionen ersetzt, der Höhepunkt dieser Entwicklung ist die strukturelle Anerkennung und Verteidigung der Europäischen Union seitens kommunistischer Funktionäre, also die positive Besetzung und Rechtfertigung eines imperialistischen Bündnisses. So wird der in Wahrheit zutiefst antidemokratische, weil eben imperialistische europäische Integrationsprozess zur historischen Notwendig- und Gesetzmäßigkeit, die angeblich klassenindifferent zu verstehen sei. Der kapitalistische Integrationsprozess in Europa sei die Überwindung des bürgerlichen Nationalstaates unter bürgerlichen Verhältnissen. Gerade in Österreich erinnert Derartiges geradezu fatal an jene Phrasen Otto Bauers und anderer Sozialdemokraten über den angeblichen „historischen Fortschritt“ der deutschen Annexion Österreichs 1938. - In Wahrheit ist der kapitalistische Integrationsprozess - vor dem Hintergrund des fortlaufenden Internationalisierungsprozesses des Kapitalismus und der ungehemmten Neuentfaltung des aggressiven und repressiven Wesens des Imperialismus - ein Prozess der allseitigen Durchdringung und Unterordnung sämtlicher Lebensbereiche und Nationen durch das Monopolkapital. Diese neue Offensive des Kapitalismus in politischer, ökonomischer und vermehrt militärischer Hinsicht bedrückt nicht nur die Lage der arbeitenden Menschen in Stadt und Land, sondern aller nichtmonopolistischen Schichten der Bevölkerung. Daher kann angesichts dieser Offensive die kommunistische Bewegung nur mit antiimperialistischen und antimonopolistischen Strategien erfolgreich sein, an deren Ende eine nachhaltige Neuordnung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten des Monopolkapitals und zu Gunsten der Werktätigen Erfolg versprechende Ausgangsbedingungen für die sozialistische Revolution schafft.

Doch die Antwort einer Reihe sozialistischer und kommunistischer Parteien, insbesondere jener, die sich in der EU-„Linkspartei“ vereinigen, ist die Neuentdeckung des sozialdemokratischen Reformismus, ist die Neuerfindung eines angeblichen dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Diese Parteien propagieren die bürgerliche Demokratie mit Wahlrecht und Parlamentarismus als jene politische Form, die zum Sozialismus führen soll, womit der proletarische Klassenkampf abermals preisgegeben wird. Auch diese Wendung erinnert fatal an

die falschen Konzepte der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit. Es war Karl Liebknecht, der kurz vor seiner Ermordung drauf hingewiesen hat, dass der Weg zum Sozialismus nicht über die so genannte „Demokratie“, sondern vielmehr der Weg zur tatsächlichen Demokratie bloß über den Sozialismus führt. Und tatsächlich führte der „demokratische Weg“ der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie bloß geradewegs in den Faschismus.

Auch in der Praxis nehmen die Wendungen dieser in der EU-„Linkspartei“ versammelten Parteien mitunter erstaunliche Qualitäten an. Erst kürzlich haben bis auf zwei Ausnahmen die Abgeordneten der deutschen Linkspartei/PDS im EU-Parlament für eine antisozialistische Resolution gegenüber Kuba gestimmt. Die KPÖ hat zwar keine Abgeordneten im EU-Parlament, setzt aber dennoch bemerkenswerte Akzente. Als im November vergangenen Jahres auf Einladung der griechischen KKE in Athen eine internationale Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien stattfand, verweigerte die KPÖ ihr Zustimmung zu den Solidaritätserklärungen für Kuba und Venezuela, ja selbst die Protestnote gegen die antikommunistische Initiative des Europarats schien der KPÖ nicht unterstützenswert. Tatsache ist, dass hiermit der proletarische solidarische Internationalismus, den sogar die vorbolschewistische KPÖ bereits pflegte und der das wohl höchste Gut der internationalen kommunistischen Bewegung darstellt, offenbar entsorgt wird. Am politischen Stellenwert des proletarischen Internationalismus und der anti-imperialistischen Solidarität kann der Charakter einer Partei sehr gut erkannt werden, im Falle der KPÖ wirft der nicht mehr vorhandene proletarische Internationalismus kein allzu gutes Licht auf die Partei.

Ersetzt wird der proletarische Internationalismus seitens der angesprochenen Parteien durch eine den Gesetzen des EU-Imperialismus entsprechende Struktur, durch die so genannten „Europäische Linkspartei“, in der wichtige und erfolgreiche kommunistische Parteien Europas wohl aus besten Gründen nicht teilnehmen.

Und an dieser Stelle sei ebenfalls darauf hingewiesen, dass diese durch und durch fehlerhaften Positionen und Orientierungen auch in der KPÖ nicht unumstritten sind. Tatsache ist, dass die einzige bei Wahlen erfolgreiche Landesorganisation der KPÖ, nämlich jene der KPÖ Steiermark, diese Positionen ablehnt: Die KPÖ Steiermark, von der mit Recht behauptet werden kann, dass sie den marxistischen und konsequent antirevisionistischen Teil der KPÖ repräsentiert, bleibt bei ihrer Ablehnung der EU und lehnt auch die Mitgliedschaft der KPÖ in der EU-„Linkspartei“ ab. Allerdings ist die KPÖ Steiermark nicht im Bundesvorstand der KPÖ vertreten und erkennt den letzten Bundesparteitag der KPÖ nicht an. Die Kommunistische Initiative ist der Überzeugung, dass es kein Zufall ist, dass ausgerechnet die KPÖ Steiermark, die sich das Werkzeug des Marxismus erhalten hat, genau jener und der einzige Teil der KPÖ ist, der in einem Landesparlament vertreten ist und bei den Wahlen in der steirischen Hauptstadt Graz sogar über 20% der Wählerstimmen erreicht hat, während es für den Rest der KPÖ schon ein Erfolg ist, die 1%-Marke zu überspringen. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen marxistischen und antiimperialistischen Positionen und erfolgreicher politischer Arbeit unter und mit den Werktätigen. - Die Kommunistische Initiative teilt und unterstützt diese richtigen und wichtigen Positionen der KPÖ Steiermark, nämlich die Ablehnung der EU als imperialistisches Bündnis und die Ablehnung der EU-„Linkspartei“.

Nach Ansicht der Kommunistischen Initiative besteht die Aufgabe der antirevisionistischen und marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in Europa und darüber hinaus darin, dem

den sozialistischen Zielen zuwiderlaufenden Formierungsversuch einer reformistisch-revisionistischen und zum Teil offen antimarxistischen EU-„Linkspartei“ eine klassenbewusste, internationalistische, antiimperialistische und solidarische Kooperation der internationalen kommunistischen Bewegung entgegenzustellen, die in den besten Traditionen der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), der frühen II. Internationale und der Komintern agiert.

Voraussetzung einer schlagkräftigen internationalen kommunistischen Bewegung ist die weltweite Schaffung revolutionärer Arbeiterparteien, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus agieren. In Österreich hat sich die Kommunistische Initiative das Ziel gesetzt, für die Schaffung einer solchen Partei zu arbeiten. Die Kommunistische Initiative wirkt in dieser Hinsicht in Solidarität mit und in Kooperationsbereitschaft gegenüber Marxisten, Kommunisten und revolutionären Sozialisten, die Mitglieder anderer Organisationen oder derzeit unorganisiert sind und die unsere Zielsetzung teilen. Vor allem aber wird es in Österreich darum gehen, die Masse der momentan tendenziell indifferenten, weil von der Sozialdemokratie enttäuschten Arbeiter zu gewinnen. - Eine solche Mobilisierung und Organisation eines großen Teils der österreichischen Arbeiterklasse ist eine schwierige Aufgabe, an der die kommunistische Bewegung in Österreich seit bald 90 Jahren arbeitet und dabei Erfolge und Misserfolge vorweisen kann. Die Kommunistische Initiative versteht sich in der besten Tradition der revolutionären österreichischen Arbeiterbewegung, der kommunistischen Bewegung, und sie ist bemüht, den Kampf um die Massen und um die kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft mit einer klaren marxistisch-leninistischen Ideologie zu verknüpfen. Die marxistisch-leninistische Ideologie ist in der kommunistischen Bewegung während jeder Etappe ihrer Entwicklung unverzichtbar. Die Kommunistische Initiative hält es in dieser Hinsicht mit Johann Koplenig, der einer der besten Söhne und Führer der österreichischen Arbeiterklasse war - am 14. Parteitag der KPÖ im Jahr 1948 fand Koplenig Worte, die für die Kommunistische Initiative auch heute eine Anleitung zum Handeln sind: *„In jedem entscheidenden Moment der Entwicklung Österreichs war es unsere Partei, und nur unsere Partei, die den richtigen Weg gewiesen hat, weil sie allein den unentbehrlichen Kompass der Arbeiterbewegung, den Marxismus-Leninismus, besitzt. (...) Die ideologische Stärkung ist ... untrennbar verbunden mit dem Kampf zur Gewinnung der Massen und heute, angesichts der Perspektiven verschärfter Klassen-gegensätze, darf man weniger denn je die ideologische Arbeit vergessen, gilt es erst recht, größte Aufmerksamkeit der politischen Erziehungsarbeit zuzuwenden, wachsam darauf zu achten, dass die Ideologie des Klassenfeindes nicht in unsere Reihen dringe. Unsere Ideologie, unsere Theorie des Marxismus-Leninismus ist die beste Waffe der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Befreiung. Diese Theorie ist unbesiegbar, denn sie ist die Wahrheit.“*...

Brüssel, Mai 2006, für die Kommunistische Initiative (KI) Österreich, Tibor Zenker

Cercle Henri Barbusse: Die Kommunistische Partei Frankreichs – Revisionismus an der Macht ⁴¹⁵

Erwartungsgemäß hat der 29. Parteitag der KPF beschlossen, den revisionistischen Weg weiter zu verfolgen und zu verstärken. Bei diesem Parteitag ging es die Parteiführung darum, bei den

⁴¹⁵ Aus: „offen-siv“ 8-1997; Ausgabe Juli-August des Jahres, S. 28-33

Anhängern eine breite Propagandaarbeit zu betreiben, um diese reformistische Linie durchzusetzen und die Führungsinstanzen neu zu besetzen, und zwar durch Beförderung kompromißloser Parteigänger von Robert Hue - des Gorbatschow der KPF, des Mannes, der seit 1994 die Vorherrschaft der sozialdemokratischen Strömung an der Spitze der Partei verkörpert. Im wesentlichen hat Hue seine Ziele erreicht, und der sozialdemokratische Wandel, das heißt die Bestätigung der Liquidation der KP als einer revolutionären Partei ist mit großer Mehrheit (über 90%) gebilligt worden. Allerdings würde man einen einseitigen Gesichtspunkt einnehmen, wollte man den wachsenden Widerstand der wirklichen revolutionären Kommunisten übersehen, den Widerstand, der sich in mehreren Sektionen, Föderationen und beim Parteitag selbst geregt hat.

Heute hat in Frankreich wie in den anderen imperialistischen Hauptländern der Antagonismus Kapital-Arbeit weiterhin seine ganze Schärfe behalten. Aber wenn auch der Klassengegensatz andauert. (gegenwärtig vor allem in seiner ökonomischen Form) - wie dies die soziale Bewegung von November/Dezember 1995, dieser große Augenblick des Klassenkampfes, unterstrichen hat - ist doch in politische Gewicht des Proletariats praktisch gleich Null wegen des Fehlens einer kommunistischen Avantgarde. So fehlt den französischen Arbeitern die revolutionäre Partei, welche sie auf den Kampf für die Überwindung des Kapitalismus vorbereitet, ja selbst eine Arbeiterpartei als Verteidigerin der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse (allein bestimmte Sektoren der KPF spielen heute noch wenigstens diese Rolle).

Kommen wir kurz auf den Prozeß zurück, der de facto zur Liquidation der Kommunistischen Partei geführt hat, bevor wir die Widerstände gegen die sozialdemokratische Führung der KPF "neuen Typs" und die Perspektiven der marxistisch-leninistischen Kräfte darstellen.

1. Von der Rechtsabweichung zum Revisionismus

Es war in den 50er Jahren, als sich in der KPF eine (opportunistische) Rechtsabweichung zu entwickeln begann. Zuvor war die Kommunistische Partei trotz bestimmter Neigungen zu Abweichungen (nach links vor der Volksfront, nach rechts zur Zeit der Volksfront und von 1945 bis 1947) eine authentische revolutionäre Partei, die es verstand, die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen und eine Vorkämpferrolle im Kampf gegen den Faschismus zu spielen. Eines der Verdienste der KPF war, daß im Proletariat die Vorherrschaft der revolutionären Idee die reformistische Strömung überwog.

Eine Abweichung kann in einer marxistisch-leninistischen Partei durchaus auftreten, bleibt sie jedoch unkorrigiert (wegen des Fehlens bolschewistischer Kritik und Selbstkritik) und wird sogar noch theoretisch untermauert unter dem Vorwand der "bisher nicht dagewesenen oder neuen Lage", so folgt aus dieser Abweichung, daß die opportunistischen Thesen in der Partei vorherrschend werden und so ihre kommunistische Identität bedrohen. Dies ist leider mit der KPF geschehen.

Der 20. Parteitag der KPdSU 1956 bedeutete in seinen politischen Auswirkungen, daß die opportunistischen Elemente, nachdem sie die Führung der prestigeträchtigen sowjetischen Partei erobert hatten, zu einer breiten offensiven Kampagne übergingen, um die Führung der internationalen kommunistischen Bewegung zu übernehmen. Der Antistalinismus wurde offiziell gemacht und zur Generallinie der meisten Abteilungen der kommunistischen Bewegung in der Welt.

Die KPF bildete keine Ausnahme von der Regel, selbst wenn widerwilliges Zögern dazu beitrug, die Flut des Chruschtschowismus zu verlangsamen.

Tatsächlich verbarg sich hinter den Parolen vom Antistalinismus unter dem trügerischen Vorwand einer "Rückkehr zu Lenin" ein Bruch mit dem Bolschewismus, eine wirkliche Entbolschewisierung der kommunistischen Parteien. Man urteile selbst: Der 20. Parteitag der KPdSU vollzog dadurch einen Bruch mit dem Leninismus in der Frage des revolutionären Weges zum Sozialismus, daß Chruschtschow einen "parlamentarischen Weg" im Bündnis mit der Sozialdemokratie als offizielle Doktrin ausgab. Die revisionistische Führung der KPdSU rechtfertigte ihre "neue" Linie, indem sie die antifaschistische Taktik des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale von 1935 als unter allen Umständen verbindlich darstellte: Diese revolutionäre Taktik, im Kontext der 30er Jahre vollkommen richtig, bestand im Aufbau einer antifaschistischen Volksfront, gegründet auf der proletarischen Einheitsfront unten, aber auch oben mit der Sozialdemokratie, um die Mittelschichten zu gewinnen mit dem Ziel, den Faschismus zu schlagen.

Nur berücksichtigte der 20. Parteitag der KPdSU in seiner Analyse nicht die Veränderungen, die nach dem Kriege im weltweiten Kräfteverhältnis, in der internationalen Sozialdemokratie eingetreten waren. Die Sozialdemokratie war nicht nur ein Agent ihrer eigenen nationalen Bourgeoisie geworden sondern auch die Hauptstütze des amerikanischen Imperialismus: sie war eine Kraft, die dazu beigetragen hatte, den Sieg des Sozialismus in Europa zu verhindern, (siehe die Repression gegen die Streikbewegung in Frankreich 1948), eine Kraft der Unterstützung für den Kolonialismus in den schmutzigen Kriegen in Indochina und Algerien.

Unter diesen Umständen zu behaupten, zur sozialistischen Revolution mit der sozialdemokratischen Führung zu gelangen, lief darauf hinaus, jede Abgrenzung zwischen Revolutionären und Reformisten zu verwischen, während letztere letztlich darauf aus waren, das System durch Vorschläge für seine bessere Gestaltung zu erhalten. Der 20. Parteitag der KPdSU war also eine Abwendung vom Erbe des Oktober 1917, der gezeigt hatte, daß die proletarische Revolution nur siegen kann, wenn sie "über den Sozialdemokratismus triumphiert" (Lenin und Stalin).

Die KPF blieb nostalgisch im Bezug auf die Taktik der Volksfront - die es der Partei ermöglichte eine bedeutende Formation auf nationaler Ebene zu weiden - und so unterstützte sie die Einheit mit der SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière) für einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus. Doch eine derartige Einheit konnte nicht im Sozialismus münden, müßte man doch sonst unterstellen, daß die Divergenzen zwischen der Kommunistischen Internationale und der Sozialistischen Internationale nur auf taktischen Aspekten beruhten, auf Differenzen über den Rhythmus, die Methoden etc. Diese These zu akzeptieren, bedeutete die Liquidation der Errungenschaft des revolutionären Bruchs mit der Sozialdemokratie, der von Lenin und der Bolschewistischen Partei am Vorabend des sozialdemokratischen Verrats an der Arbeiterklasse während des Ersten Weltkrieges gefordert und durchgesetzt worden war.

Ein weiteres Aufgeben von Positionen durch den 20. Parteitag der KPdSU betraf die Frage von Krieg und Frieden, die Frage der friedlichen Koexistenz: Der 20. Parteitag entwickelte eine opportunistische Konzeption der Einstellung des Klassenkampfes in der internationalen Arena zugunsten der Suche nach einer "Entente" mit den Führern der imperialistischen Mächte. Das

leninistische Konzept der "friedlichen Koexistenz", dessen Begründung auf der internationalistischen Einheit des sozialistischen Lagers, der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker beruht - so in der Epoche Lenins und Stalins - wurde also von jedem Sinn einer dialektischen und klassenorientierten Anwendung entleert.

Die KPF machte sich die revisionistischen Thesen des 20. Parteitages der KPdSU zu eigen und reihte sich damit in die opportunistische Strömung der Mehrheit der internationalen kommunistischen Bewegung ein.

Doch muß der Revisionismus, um endgültig zu siegen, in allen Gliederungen der kommunistischen Partei vorherrschend werden. Das setzt eine mehr oder minder lange Arbeit der Entbewußtmachung und der Entkommunisierung der kommunistischen Partei voraus.

Im Unterschied zu bestimmten kommunistischen Parteien - vor allem der italienischen - war der Prozeß des Aufkommens des Revisionismus in Frankreich langsamer, "gemäßiger" als bei anderen KPen. Vom 20. Parteitag der KPdSU bis zum 22. Parteitag der KPF (1976) waren zwanzig Jahre nötig, bis die revisionistischen Elemente offen den Kampf für die Liquidierung der Partei aufnahmen

Auch die KPdSU mußte in ähnlicher Weise bis zum Triumph von Gorbatschow vorgehen, und zwar wegen der Widerstände der wirklichen Kommunisten, die sich auf die starken Überreste der Prinzipien des Bolschewismus stützten, der Prinzipien, welche die Tätigkeit zahlreicher Kommunisten beseelten. Auch bei der Analysen der KPF, d.h. auf niedrigerer Ebene können derartige Einsichten helfen, Verlauf und Geschwindigkeit des Liquidationsprozesse zu verstehen. Die Unkenntnis solcher Fakten führte bestimmte von den Theorien Maos beeinflusste Marxisten-Leninisten in den 1960er Jahren dazu, den revisionistischen Zerfall der KPen zu überschätzen und das Vorhandensein von Stützpunkten für einen Kampf im Innern der kommunistischen Parteien zu unterschätzen, bzw. nicht wahrzunehmen. Denn wenn die KPen auch vom Revisionismus beherrscht waren, so gab es nichts desto weniger revolutionäre Gegenströmungen! Diese Unkenntnis - und außerdem die entscheidende Tatsache, daß die "Mao Zedong Ideen" mit dem Bolschewismus brachen - führte zur Bildung von "marxistisch-leninistischen Parteien", die sich selbst als "Avantgarde" proklamierte, ohne wesentliche Sektoren des Proletariats gewonnen zu haben, und die zu kleinbürgerlichen Grüppchen oder Sekten wurden, ohne daß sie Einfluß auf die Entwicklung der Klassenkämpfe... oder Wirkung im Kampf gegen den modernen Revisionismus entfalteteten.

Während dieser Periode (1956-1976) war die Linie der KPF gekennzeichnet von dem Nebeneinander bestimmter revolutionärer Prinzipien in der Theorie und einem Opportunismus in der Praxis - sichtbar besonders an der versöhnlerischen Haltung der KPF zum Sozialdemokratismus Mit dem "Manifest von Champigny" von 1968 und dem "Gemeinsamen Programm" von 1971 entstand, was wir das Konzept der "Revolution ohne Revolution" nennen können Die Strategie der KPF beruhte auf einem Programm "radikaler" Sozialreformen, die durch Aneinanderreihung zum Sozialismus führen würden. Verkannt und unterschätzt wurden die Verschärfung des Klassenkampfes, der Widerstand der kapitalistischen Kräfte und die Notwendigkeit, durch die sozialistische Revolution den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen, um die Grundfrage zu lösen: Welche Klasse wird im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie den Sieg davontragen?

2. Vom Opportunismus zur Liquidation

Der 22. Parteitag der KPF (1976) leitete die Linie der Liquidation der KPF ein, und zwar durch eine schleichende und andauernde Sozialdemokratisierung. Diese ganze Epoche ist der Übergang vom modernen Revisionismus zum bürgerlichen Reformismus. Seither vollzieht sich das Aufgeben von Positionen oder der Bruch mit bestimmten marxistisch-leninistischen Thesen jeweils in programmatischer Form. So wird jedes Aufgeben, als unter Berücksichtigung der "in der Welt eingetretenen Veränderungen" notwendig dargestellt. Sobald es erst einmal "verdaut", von der überwältigenden Mehrheit der Partei angenommen, geht man weiter... zur nächsten Aufgabe von Grundpositionen.

So sah man den 22. Parteitag das Prinzip der Diktatur des Proletariats antasten, den 23. Parteitag (1979) den Leninismus verwerfen und das demokratische Fortschreiten zum Sozialismus durch die (von Tito und von der CFDT übernommene!) Selbstverwaltung als Doktrin ausgeben. So zerstörte man die Einsicht in die Notwendigkeit des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus: "Der Sozialismus erbaut sich ab jetzt... Schritt für Schritt." In der Versenkung verschwand so die durch alle historische Erfahrung bestätigte These von Marx und Lenin von der Notwendigkeit, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen, um die proletarische Macht zu erobern.

Auf der Basis dieser Linie trat die KPF nach dem Wahlsieg der Linken 1981 in die Regierung ein. Zum ersten Mal sollte die KPF das kapitalistische System loyal mitverwalten. Hier liegt der hauptsächlichste Ursprung ihrer gegenwärtigen Schwäche, insbesondere in der Arbeiterklasse und in den volkstümlichen Wohngebieten.

Im übrigen schloß sich die KPF dem "Eurokommunismus" an, der von der italienischen KP Berlinguers und der spanischen KP Carillos lanciert worden war. Dabei handelte es sich um eine veritable Kriegsmaschine gegen das sozialistische Lager und die revolutionären Prinzipien. Dabei ging es um eine Neuauflage der Theorien Kautskys (Kautsky war Anfang des Jahrhunderts einer der Führer der internationalen Sozialdemokratie. Gegen die Oktoberrevolution eingestellt, war er der Befürworter eines parlamentarischen Weges zum Sozialismus auf der Grundlage des Legalismus und der Eroberung von parlamentarischen Mehrheiten.) sowie der Theorien Gorbatschows. Theorien, deren früheres Vordringen durch die Erfolge der revolutionären Bewegung der nationalen Befreiung von Vietnam bis Afrika und ab 1978 in Afghanistan verlangsamt worden war. Während einiger Jahre wurde aus wahlkampfaktischen Überlegungen (die allerdings schnell zu Enttäuschung führten) der Antisowjetismus zur internationalen Leitlinie der KPF. Wonach man sich auf die "im Ganzen positive Bilanz" zurückzog, und zwar wiederum aus Wahlkampfaktik. Tatsächlich war die Praxis der KPF durch andauernde Schwankungen zwischen Sektierertum und Opportunismus gekennzeichnet, aber auch durch den Widerstand der wirklichen Kommunisten.

Der 24. Parteitag der KPF 1984 trennte sich von den "allgemeinen Gesetzen" des Aufbaus des Sozialismus zugunsten "allgemeiner Kriterien". Die Zeitschriften der Partei befaßten sich mit verschiedenen "Sozialismen" und machten sich die Theorie "des nationalen Weges zu einem nationalen Sozialismus" ("Sozialismus à la française") zu eigen. Bei diesem Parteitag feiert man die unter dem Kapitalismus möglichen Fortschritte, insbesondere wegen des privaten Wohnungseigentums, des Autos etc.!

Der 28. Parteitag stellte einen wirklichen qualitativen Sprung im Prozeß der Liquidation dar. Dieser Prozeß war zuvor schon beschleunigt worden, und zwar durch die bedingungslose

Unterstützung zunächst der "Perestroika" des Renegaten Gorbatschow, dann des Staatsstreichs von Jelzin (der als Garant der "Demokratie" angesehen wurde) und schließlich der Auflösung der KPdSU (die als eine "Chance" für die Ideen des Fortschritts präsentiert wurde!)

Bei diesem Parteitag ging es darum, die Statuten und die Organisationsform mit der von der Parteiführung offiziell vertretenen Politik in Übereinstimmung zu bringen, d.h. mit einer Politik, die von den "Erneuerern" (frz.: "refondateurs") gefördert und durchgedrückt wurde. Aufgegeben wurden der demokratische Zentralismus und die Orientierung auf die Arbeiterklasse und auf den Marxismus. Der Cercle Henri Barbusse schätzte richtig ein - die Tatsachen haben unsere Analyse bestätigt -, daß aus dem 28. Parteitag eine reformistische Formation sozialdemokratischen Typs hervorging, in der zahlreiche Kommunisten kämpften und blieben, und daß es die Aufgabe der Revolutionäre war, die in der KPF verbliebenen Kommunisten und solche, die sie entmutigt und unterdrückt verlassen hatten, zu einen, um eine breite Front gegen den Reformismus zu schaffen und in absehbarer Zeit zur Wiedergeburt einer wirklichen kommunistischen Partei in Frankreich beizutragen. Der 28. Parteitag war insgesamt ein Anti--Tours-Parteitag.

Inzwischen ist die sozialdemokratische Linie der KPF offiziell geworden. Innenpolitisch hatte die Führung unter dem Deckmantel des "Einheitspakts für den Fortschritt" ("pacte unitaire progres") - eine Verschleierung der Einigung auf höchster Ebene mit der Sozialistischen Partei - die Kandidatur von Jospin im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen unterstützt, um "die Rechte zu schlagen", bevor sie sich sodann auf eine Linie kritischer Quasi-Unterstützung für Chirac und Juppe verständigte, und zwar durch offizielle Ankündigung "konstruktiver Opposition". Es war die Zeit des bedingungslosen "Gebens", der Unterstützung für "alles, was in die richtige Richtung geht". Robert Hue kennzeichnete die Lage als "noch nicht dagewesen", sprach von "neuem Spiel" durch die "Zusagen von Chirac", das "große Geld" antasten zu wollen. Sodann nach dem Aufruhr zahlreicher Basisorganisationen und militanter Kommunisten kehrte die KPF wieder zu "entschiedener Opposition" gegen die Regierung zurück ... wenige Wochen vor dem Losbrechen der sozialen Bewegung, bei der sie als Avantgarde nicht vorhanden war!

Außenpolitisch signalisierte die Führung der KPF ihre Unterstützung der imperialistischen Koalition zur Zerstückelung Jugoslawiens. Im Nahen Osten begrüßt R. Hue die Politik von Chirac. Fazit: Aufgabe jeder Klassenposition bei der Analyse der internationalen Phänomene und Verteidigung der Interessen des französischen Imperialismus. Das ist der Triumph des Sozialchauvinismus.

Die KPF ist gegenwärtig zu einer Partei der Verteidigung und Gestaltung des kapitalistischen Systems geworden, ihre Tätigkeit bewegt sich einzig und allein im Rahmen dieser Produktionsweise. "Die Veränderungen werden das Wesen des Kapitalismus selbst berühren, indem sie eine Art von konfliktgeladener Vermischung (mixite conflictuelle) entstehen lassen". (R. Hue in La Monde v. 14.5.1996). Dies zeigt auch das KPF-Projekt eines "Sozialbündnisses für Arbeit und Ausbildung" ("contrat de securite emploi-formation"), das sich im Rahmen der ???blichen Unmöglichkeit einer Vollbeschäftigung hält.

Der 29. Parteitag hat die Aufgabe des Kampfes für den Sozialismus bestätigt, der als eine "Hinterlassenschaft des Stalinismus" dargestellt wird! Anstelle des "Sozialismus" orientiert die Führung auf einen "neuen Kommunismus" auf der Grundlage der "Überholung" des

Kapitalismus "ohne vorgeschaltete sozialistische Etappe"! Der "Kommunismus" ohne sozialistische Revolution, ohne Eroberung der Staatsmacht, ohne Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ein Kapitalismus mit menschlichem Gesicht!

Diese Lage ist für die Arbeiterklasse, für die Arbeiter offensichtlich dramatisch. So ist das Proletariat außerstande, in der politischen Arena als eine unabhängige Klassenmacht zu agieren, eine Situation die in mancher Hinsicht bisher nicht dagewesen ist; denn bis in die 80er Jahre verteidigte die vom Revisionismus beherrschte KPF im Großen und Ganzen noch die Arbeiterforderungen, selbst wenn sie diese nicht mit einer revolutionären Strategie verband. Heute, da sich die KPF in eine soziale Stütze des Kapitalismus verwandelt hat, besteht für das Proletariat ein Defizit an Organisation, wodurch ein gewaltiger Widerspruch zwischen seinen stark gebliebenen Fähigkeiten des ökonomischen Kampfes und seiner sehr schwachen politischen Einflußnahme als Avantgarde entstanden ist. Diesen Widerspruch zugunsten der Arbeiterklasse zu lösen, ist die Aufgabe der revolutionären Kommunisten, um über die simple Spontaneität im Klassenkampf und die Unterordnung der Arbeiterklasse unter den ideologischen Einfluß des Kleinbürgertums und der Mittelschichten hinauszuführen.

Cercle Henri Barbusse, France

Rolf Vellay(†): Welche Lehren ziehen wir aus der chilenischen Katastrophe? ⁴¹⁶

Mein Ausgangspunkt ist die Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", "Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information", bis Anfang 1990 Jahrzehnte lang herausgegeben in Prag. (...) Es handelt sich um die Ausgabe 8/1973. Wie schwierig es ist, einen Schritt vorwärts zu tun im Prozeß des Lernens, "aus der Geschichte zu lernen", aber auch, wie offensichtlich notwendig dies ist, dafür ist dieses Heft 8/73 von "Problemen des Friedens und des Sozialismus" ein geradezu historisches und in gewisser Weise sogar tragisches Dokument.

Dieses Heft erschien also im August 1973 - mithin etwa einen Monat vor dem konterrevolutionären Putsch des Generals Pinochet in Chile. Mit diesem Putsch war dem Versuch sozialistischer Umgestaltung der chilenischen Gesellschaft unter Präsident Salvador Allende das bekannt blutige "Aus" bereitet worden. Für diesen Versuch des Übergangs zum Sozialismus auf parlamentarischem Wege trugen die Genossen der Kommunistischen Partei Chiles volle Verantwortung mit, denn sie waren Partner in der linken Koalitionsregierung Allendes.

Dieser war ins Amt gekommen durch selbst im sogenannten "freien Westen" als frei und demokratisch anerkannten Wahlen. Gerade deshalb auch verfolgte der fortschrittlichste Teil der Menschheit mit großen Hoffnungen die Entwicklung in Chile. Konnte doch hier endlich das Beispiel einer friedlichen "Transformation" zum Sozialismus durchexperimentiert werden, wie sich angesichts der veränderten globalen Kräfteverhältnisse - Stichwort: die sich zu dieser Zeit abzeichnende Niederlage der imperialistischen Hauptmacht USA in Vietnam - in Europa den

⁴¹⁶ Aus: „offen-siv“ 13-1998, Ausgabe Oktober des Jahres, S. 23-37

Verfechtern des "Eurokommunismus" und hierzulande in der Tendenz vielleicht auch manchen Protagonisten der "antimonopolistischen Demokratie" vorschwebte.

Weg und Ziel seines Projektes hatte Allende in seiner Antrittsrede als Präsident am 5. November 1970 so ausgedrückt: "Chile hat soeben, und dieser Weg ist ohne Beispiel in der Welt, einen außerordentlichen Beweis politischer Entwicklung geliefert, indem es möglich machte, daß eine antikapitalistische Bewegung aufgrund der freien Ausübung des Bürgerrechts die Macht antritt. Sie ergreift die Macht, um das Land auf eine neue, menschlichere Gesellschaft auszurichten, deren höchste Ziele die Rationalisierung der Wirtschaft, die fortschreitende Sozialisierung der Produktionsmittel und die Beseitigung der Klassenaufteilung sind." In seiner ersten Botschaft an den chilenischen Kongreß am 21. Mai 1971 bezeichnete Allende Chile als erstes Land der Erde, das berufen sei, den "zweiten Weg" des Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gestalten. Diesen "zweiten Weg" - also das, was bei uns für gewöhnlich als "dritter Weg" zwischen "Kapitalismus" und "Sozialismus" verstanden wird -, diesen zweiten Weg sah er als "antikapitalistische Alternative" zur gewaltsamen revolutionären Machteroberung durch die Bolschewiki 1917.

Knapp zweieinhalb Jahre später, im Sommer 1973, schätzten die Kommunisten Chiles die seitherige Entwicklung im Land so ein: "In Chile, wo sich die antiimperialistische, antimonopolistische, antifeudale, demokratische Volksrevolution entfaltet, bleibt der alte Staatsapparat erhalten. In den Verwaltungsorganen sind vorwiegend die früheren Beamte beschäftigt. Freilich arbeiten in der Verwaltung auch neue, von der Volksregierung eingesetzte Angestellte. Die Bildung einer solchen Regierung ist die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse, des chilenischen Volkes. Der Verwaltungsapparat wirkt unter Führung und Kontrolle der Volksregierung. Gleichzeitig werden immer mehr Vertreter der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Werktätigen in die Leitung des Staates und der Wirtschaft einbezogen. Die traditionellen Formen der gesellschaftlichen Aktivität der Werktätigen (Streiks usw.) machen allmählich neuen Platz, so z.B. der Bewegung für die Steigerung der Produktion, der Wettbewerbsbewegung, der Mitbestimmung in den Betrieben, den Kampf gegen Sabotage, Spekulation, Bürokratismus und Korruption, der Kontrolle über die Preise, der Verteilung der Lebensmittel, die Organisierung des Gesundheitswesens usw.

Der revolutionäre Prozeß vollzieht sich in Chile unter Aufrechterhaltung der Streitkräfte, die als eine professionelle Einrichtung wirken, welche sich nicht an politischen Streitigkeiten beteiligt und sich der legitimen zivilen Macht unterordnet. Zwischen den Streitkräften und der Arbeiterklasse bestehen feste Bande der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Achtung um der patriotischen Aufgabe willen, Chile in ein freies, entwickeltes, demokratisches Land zu verwandeln.

Die ultralinken Elemente fordern die unverzügliche 'Einführung des Sozialismus' in Chile.

Unserer Ansicht nach wird die Eroberung der ganzen Macht durch die Arbeiterklasse unter unseren Bedingungen ein allmählicher Prozeß sein; indem wir uns des Staatsapparates bemächtigen, werden wir an seine Umgestaltung im Interesse der weiteren Entwicklung der Revolution gehen.

Die zitierte Aussage stammt von G. Banhero, damals Kandidat des ZK der chilenischen Partei. Er machte sie im Rahmen der Erörterungen einer "Internationalen Forschungsgruppe", der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien aus Chile, der Volksrepublik Polen, der

UdSSR, aus Südafrika, Großbritannien und Ungarn angehörten. (... Mir ist kein anderes Beispiel bekannt, in dem theoretisch-politische Einschätzung einer konkreten gesellschaftlichen Umbruchsituation durch den kompetenten Vertreter einer kommunistischen Partei seines Landes durch die unmittelbar danach eintretende reale Entwicklung so kraß und brutal widerlegt wurde!) Zur Verdeutlichung noch einmal Kernsätze von G Banchemo:

"In Chile, wo sich die antiimperialistische, antimonopolistische, antifeudale, demokratische Volksrevolution entfaltet, bleibt der alte Staatsapparat erhalten" und: "Der revolutionäre Prozeß vollzieht sich in Chile unter Aufrechterhaltung der Streitkräfte, die als eine professionelle Einrichtung wirken, welche sich nicht an politischen Streitigkeiten beteiligt und sich der zivilen Macht unterordnet. Zwischen den Streitkräften und der Arbeiterklasse bestehen feste Bande der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Achtung..." Etwa vier Wochen nach Veröffentlichung dieser Sätze in unserem sozusagen theoretischen Organ ausgerechnet im Zusammenhang mit Lenins "Staat und Revolution" bracht Pinochet den chilenischen Kommunisten seine Version von "Zusammenarbeit" und "gegenseitiger Achtung" zwischen Streitkräften und Arbeiterklasse bei!

Heute wissen wir, welchen blutigen Preis das chilenische Volk und in erster Linie die Kommunisten für diese katastrophale Fehleinschätzung ihrer Führung gezahlt haben, für die Mißachtung der absolut und definitiv nicht mißdeutbaren Aussagen Lenins, der uns gerade in "Staat und Revolution" lehrt, der bürgerliche Staat könne "... durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des 'Absterbens' abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution."

Und Lenin weiter in "Staat und Revolution": "Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde". In der Nachfolge Lenins bekräftigte Stalin dessen Auffassung, indem er im "Schlußwort zu dem Referat über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei" die (...) Revolution des Proletariats und dessen Diktatur als "die unumgängliche und unbedingte Voraussetzung" für den Übergang aller vom Kapital beherrschten Länder zum Sozialismus bezeichnete. (...)

Mißachtet haben die Genossen in Chile die grundlegende Lehre, die Marx und Engels aus dem Scheitern der Pariser Commune zogen, indem sie der Vorrede zur deutschen Ausgabe des "Kommunistischen Manifest" 1872 schrieben: "Namentlich hat die Kommune des Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann." Lenin nennt in "Staat und Revolution" diese Einsicht von Marx und Engels deren "Haupt- und Grundlehre der Pariser Kommune". Bereits im Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 hatte Marx von der Notwendigkeit gesprochen, in der Revolution die "bürokratisch-militärische Maschinerie ... zu zerbrechen" und dies "die Vorbedingung für jede wirkliche Volksrevolution" genannt. Dazu nochmals Lenin in "Staat und Revolution":

"In diesen Worten, 'die bürokratisch-militärische Maschinerie zerbrechen' ist, kurz ausgedrückt die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten." Gerade diese Lehre sei völlig in Vergessenheit geraten, stellte Lenin 1917 weiter fest und darüberhinaus durch Kautsky auch noch völlig entstellt worden. Und vergessen war die grundlegende Lehre des Marxismus offenbar auch bei den chilenischen Genossen gut

fünfzig Jahre später, und es wird niemanden hier verwundern, wenn ich das Wuchern solcher Auffassungen wie der des Genossen G. Banhero von der KP Chiles in der kommunistischen Weltbewegung mit ihren - wie exemplum zeigt - verderblichen Folgen zurückführe auf den XX. Parteitag der KPdSU mit den Thesen Chruchtschows von dem unter den veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnissen angeblich möglichen "parlamentarischen Weg zum Sozialismus".

Die vorstehend angeführten Zitate machen die explizite Mißachtung der Einsicht unserer Klassiker, daß unabdingbare Voraussetzung für das Überleben der Revolution die Zerschlagung des Gewalt- und Repressionsapparates des bürgerlichen Staates ist, durch die in Heft 8/73 von "Probleme des Friedens und des Sozialismus" dokumentierten Aussagen des chilenischen Genossen G. Banhero deutlich. Dadurch wird diese Ausgabe geradezu zu einem historischem Zeugnis für das Scheitern des Revisionismus in der politischen Realität, für seinen in der objektiven Auswirkung letztlich zutiefst verderblichen Charakter in der Arbeiterbewegung - was kein Widerspruch dazu ist, daß es unter Anhängern solcher Theorien, wozu auch die des sogenannten "demokratischen Sozialismus" gehören, oft genug Menschen subjektiv ehrlicher Intention gibt.

Auf die Rolle der These vom "demokratischen Sozialismus" kam in der oben genannten "Forschungsgruppe" als Vertreter der KPdSU Akademiemitglied D. Kerimow zu sprechen. In "Probleme des Friedens und des Sozialismus", Heft 8/73, wird er wie folgt zitiert: "Sinn und Zweck der Thesen von der 'pluralistischen Demokratie' vom 'freien Spiel der Kräfte', vom 'demokratischen Sozialismus' läuft darauf hinaus, die neue Ordnung ihres Wesens zu berauben, ihr politisches System zu erschüttern und vor allem die führende Rolle der Kommunistischen Partei zu untergraben."

Und wie es der Zufall will - und das macht dieses Heft von "Problemen des Friedens und des Sozialismus" zu einem wahren Kleinod in meiner privaten "Schatzkammer des Marxismus-Leninismus" - findet sich da - und wie es ein weiterer Zufall eben so will, direkt im Anschluß an den Bericht über die "Forschungsgruppe"! - ein Beitrag des hochzuverehrenden einstigen Chefredakteur der "Marxistischen Blätter", Max Schäfer, zum Thema "Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis". Wenn mir als Bezieher der heutigen "Marxistischen Blätter" die Empfehlung gestattet ist, dann schlage ich vor, diesen Beitrag von Max Schäfer im Zusammenhang mit der heutigen Propagierung des "demokratischen Sozialismus" durch eine zumindest regional in der Bundesrepublik nicht unbedeutende Partei ungekürzt nachzudrucken. Es ist im Rahmen dies Beitrages leider nicht möglich, die Argumentation von Max Schäfer näher zu referieren. Seine Analyse kulminiert jedenfalls, überzeugend begründet, in der Berufung auf die "Thesen" des Düsseldorfer Parteitages der DKP von 1972. Max Schäfer schreibt:

"Eine Untersuchung der Konzeption des 'demokratischen Sozialismus' führt zu dem Ergebnis, das in den Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP festgehalten wird: 'Der sogenannte demokratische Sozialismus ist nicht etwa eine Variante der sozialistischen Ideologie und steht auch nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Er ist vielmehr Bestandteil imperialistischer Ideologie und Politik. Er kämpft gegen den Sozialismus und dessen Ideologie vom Standpunkt des staatsmonopolistischen Kapitalismus."

Schon im vergangenen Jahr nahm ich Gelegenheit, hier im Rahmen eines eher satirischen Beitrages auf diese meinem Wissen nach bis heute durch die DKP nicht korrigierte oder zurückgenommene Verurteilung des "demokratischen Sozialismus" als Bestandteil revolutionärer Ideologie einzugehen. Für mich jedenfalls war es im Schandherbst unfäßbar, daß den Ideologen - wenn man denn meint, ihnen diese Bezeichnung zubilligen zu können - der Partei, die das Erbe der SED antrat, nichts anderes einfiel, als die - laut Parteitagsthese der DKP von 1972 - konterrevolutionäre Losung vom "demokratischen Sozialismus" auf ihre Fahnen zu schreiben und damit den nun schon tausend Mal ausgelutschten Kaugummi vom "dritten Weg" als ideologische Wegzehrung anzubieten!

"Probleme des Friedens und des Sozialismus" 8/73 vermittelt uns die historische Lehre, daß absolut unabdingbare Notwendigkeit, wenn die Revolution denn überleben soll nach dem Sturz der Bourgeoisie, die Zerschlagung des bürgerlichen Repressionsapparates ist. "Probleme des Friedens und des Sozialismus" 8/73 vermittelt uns die theoretische Einsicht in die absolute Untauglichkeit jedweder Spielart von sogenanntem "demokratischen Sozialismus", die Kapitallogik zu durchbrechen und den Weg in eine sozialistische Zukunft zu eröffnen. "Probleme des Friedens und des Sozialismus", Heft 8/73 - ein historisches, tragisches Dokument, das uns helfen kann, voran zu kommen im Versuch des Lernens, "wie man aus der Geschichte lernen kann".

Rolf Vellay

Ausblick

Michael Opperskalski: Wider die „Kritik auf den Knien“⁴¹⁷

Einige Thesen zur derzeitigen Strategiedebatte in der kommunistischen Bewegung

„Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, dass der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus“ (W.I.Lenin⁴¹⁸)

„Die Geschichte der Partei lehrt ferner, dass die Partei der Arbeiterklasse ohne unversöhnlichen Kampf gegen die Opportunisten in ihren eigenen Reihen, ohne Vernichtung der Kapitulanten in ihrer eigenen Mitte die Einheit und Disziplin ihrer Reihen nicht aufrechterhalten, ihre Rolle als Organisator und Führer der proletarischen Revolution, ihre Rolle als Erbauer einer neuen, der

⁴¹⁷ Aus: „offen-siv“ 2-2005, Ausgabe März-April des Jahres, S. 53-60

⁴¹⁸ W.I.Lenin: „*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*“, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 768, Frankfurt/Main 1970

sozialistischen Gesellschaft nicht erfüllen kann.“ (Geschichte der KPdSU (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang⁴¹⁹)

Analysiert man die Grundtendenz der derzeitigen Diskussionen und Veränderungsprozessen in der internationalen kommunistischen Bewegung, samt ihrer Entsprechungen auf nationaler Ebene, dann zeichnet sich eine neue Stufe der Entwicklung seit dem – zeitweiligen – Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion, ab.

Die Basis für die erfolgreiche Konterrevolution war das Eindringen sowie der nicht widerspruchsfreie und sich in unterschiedlichen Tempi in der internationalen kommunistischen Bewegung verbreitende Revisionismus.

Das Jahr 1956 wurde zum Wendepunkt hinsichtlich der Rolle und der Entwicklung des Revisionismus innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung. Mit dem XX. Parteitag der KPdSU, seinen Thesen und Orientierungen begann der verhängnisvolle Entwicklungsweg der internationalen kommunistischen Bewegungen sowie ihrer „nationalen Abteilungen“, der sich zunächst in der Spaltung derselben manifestierte. Vor allem die chinesischen Genossen waren nicht bereit gewesen, dem Positionswechsel der KPdSU kritiklos zu folgen. Ihnen schlossen sich schließlich weitere Parteien oder Genossen aus anderen Parteien an. Die Inhalte dieser Auseinandersetzungen wurden bereits in der „*offen-siv*“ verschiedentlich und ausführlich dokumentiert.

Die Kernpunkte des Positionswechsel der sowjetischen Kommunisten, der sich mit entsprechenden Konsequenzen auch in der gesamten kommunistischen Weltbewegung – natürlich widersprüchlich und in unterschiedlicher „Tiefe“ – um- und durchsetzte, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Mit der Einleitung der so genannten „Entstalinisierung“ wurden wesentliche Elemente und Erfolge sowie die Geschichte und Traditionen des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion entweder in Frage gestellt oder in einzelnen Aspekten gar gänzlich negiert;
- b) Mit der Zurückweisung der marxistisch-leninistischen Position, dass sich der Klassenkampf auch im Sozialismus (natürlich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen) fortsetzt und sogar verschärft, wurden dem Eindringen kleinbürgerlicher, revisionistischer, sogar konterrevolutionärer Positionen in die KPdSU Tür und Tor geöffnet;
- c) Mit der Annahme der These von der kommunistischen Partei als „Partei des gesamten Volkes“ wurde diese dem Klassencharakter sowie der daraus folgenden Avantgarderolle beraubt;
- d) Die These vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ als Haupttendenz des Kampfes für den Sozialismus entkleidete die kommunistische Bewegung eines wesentlichen Grundpfeilers ihres revolutionären Charakters.

Die griechischen Genossen der KKE haben Orientierungen und Konsequenzen des XX. Parteitages der KPdSU sehr zutreffend beschrieben: „*Das bedeutendste Ereignis war, dass der XX. Parteitag die – in der damaligen historischen Situation richtige – Position verwarf, dass*

⁴¹⁹ „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“, S. 447, Berlin (DDR) 1955

sich vor allem der Klassenkampf verschärfte. (...) Theoretische Ansichten wurden kultiviert oder Optionen bevorzugt, die eine Abweichung von unserer Theorie, eine Verletzung ihrer grundlegenden Prinzipien bedeuteten. Die Kampffront gegen den Imperialismus und Revisionismus wurde geschwächt. In einigen Fällen wurden falsche Theorien angenommen, die nichts mit der Realität zu tun hatten oder schlicht Fragen des Aufbaus des Sozialismus simplifizierten, so z.B. die Theorien, die einen raschen Übergang zum entwickelten Sozialismus und Kommunismus verlangten und so den komplexen und langfristigen Charakter der Übergangsperiode (siehe XX. Parteitag) unterschätzten, Theorien über den ‚Staat des gesamten Volkes‘, der ‚Partei des gesamten Volkes‘ und der ‚Demokratie des gesamten Volkes‘.

Die vom XX. Parteitag beschlossenen Orientierungen auf eine ‚Vielfalt von Übergangsformen in verschiedenen Ländern unter bestimmten Bedingungen zum Sozialismus‘ wurden von den Führungen kommunistischer Parteien als theoretisches Fundament für eine Offensive gegen die wissenschaftliche Theorie des Sozialismus benutzt. Im Namen von nationalen Besonderheiten und Eigenheiten wurden die unveränderlichen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution einer Revision unterzogen. Sichtweisen wurden entwickelt, nach denen durch strukturelle Reformen und eine ‚Politik der Demokratie‘ ein kapitalistisches in ein sozialistisches System transformiert werden könne, ohne dass ein revolutionärer Bruch notwendig sein.“⁴²⁰

Auswirkung der Konterrevolution auf die kommunistische Bewegung

Der Revisionismus war nicht nur die notwendige Grundlage für die Konterrevolution in den sozialistischen Ländern, er schuf zudem die Voraussetzungen für eine massive Schwächung und teilweise Zerschlagung der internationalen kommunistischen Bewegung. Seither haben sich im wesentlichen drei Grundtendenzen der Entwicklung der Kommunisten herausgeschält:

- 1) nicht wenige Parteien, vor allem im ehemals sozialistischen Lager, haben sich ganz offiziell aufgelöst (z.B. in Polen, Rumänien). Andere haben sich in offen sozialdemokratische Formationen verwandelt, was in Einzelfällen nicht ausschließen muss, dass in ihnen nach wie vor Strukturen und/oder einzelne Mitglieder zu finden sind, die ein kommunistisches Selbstverständnis artikulieren und/oder sich zumindest in kommunistischer Tradition fühlen. Diese Parteien haben damit sozusagen das Endstadium des Revisionismus erreicht: die organisatorische und/oder politisch-ideologische Tilgung des Marxismus-Leninismus;
- 2) andere Parteien befinden sich noch auf einem revisionistischem Entwicklungsweg (in der BRD die DKP). Das jeweilige Entwicklungsstadium muss sehr differenziert analysiert und bezüglich jeder einzelnen Partei oder Formation gesondert betrachtet werden. Ihnen allen gemeinsam ist es jedoch, dass ihre Führungen mehrheitlich, dominant oder geschlossen revisionistisch sind;
- 3) eine Minderheit von Parteien hat, teilweise noch sehr widersprüchlich und ebenfalls in unterschiedlicher Konsequenz, eine Korrektur revisionistischer Positionen vorgenommen und einen eindeutig marxistisch-leninistischen Entwicklungsweg eingeschlagen. Zu den heraus-

⁴²⁰ Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Dokument des ZK, „Gedanken über Faktoren, die zur Zerschlagung des sozialistischen Systems in Europa führten (...)“, Athen, Griechenland, 24. März 1995, S. 25 und 32 ff.. Zur Entwicklung, Rolle und Funktion des Revisionismus siehe ausführlich das entsprechende Sonderheft der „offen-siv“ („Der Revisionismus“, Nr. 2/2004)

ragendsten und dynamischsten Kommunistischen Parteien, die in Europa auf marxistisch-leninistischen Positionen kämpfen, zählen vor allem die griechische KKE, aber auch die schwedische KPML, die portugiesische PCP oder die belgische PTB.

Auf die Entwicklung vormals „maoistischer“ Parteien (seien sie ehemals auf die KP Chinas oder die Partei der Arbeit Albaniens orientiert gewesen) kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Manche von ihnen spielen jedoch eine offen konterrevolutionäre Rolle (so die so genannte MLPD in der BRD oder die so genannte PCP/„Sendero Luminoso“ in Peru).

Zwar gibt es inzwischen eine Reihe von regelmäßigen oder auf einzelne Anlässe bezogene internationale Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien, ihre Struktur, Ablauf, Orientierung und Positionierungen widerspiegeln jedoch den oben skizzierten, in unterschiedliche Tendenzen zerfallenden Charakter dessen, was von der einst mächtigen internationalen kommunistischen Bewegung übrig geblieben ist.

Die Widersprüche spitzen sich zu

Die seit dem – zeitweiligen – Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern vorherrschende so genannte „Neue Weltordnung“ hat die Barbarei des imperialistischen Weltsystems auf allen Ebenen eskalieren lassen. Zwar ist der US-Imperialismus noch militärisch und ökonomisch dominant, aber ihm erwachsen mit deutlich erkennbarer Geschwindigkeit mächtige imperialistische Konkurrenten, vor allem Europa, in dem der BRD-Imperialismus eine herausragende Rolle nicht nur hinsichtlich seiner politischen und ökonomischen Stellung, sondern vor allem auch hinsichtlich seiner Aggressivität spielt. In diesem Sinne formieren die herrschenden Klassen ihre imperialistischen Gesellschaften, machen sie sozusagen „fit“ für die langsam, aber wahrnehmbar eskalierende innerimperialistische Konkurrenz; Stichworte hierfür sind massiver Sozialabbau, die Vernichtung hart erkämpfter sozialer und gewerkschaftlicher Rechte insbesondere der Arbeiterklasse, der rasante Abbau demokratischer Rechte bis hin zu Faschisierung (siehe USA) und damit der in Konsequenz verbundene Auf- und Ausbau der Repressionsorgane, die organisierte Entwicklung extrem nationalistischer, chauvinistischer, sogar offen faschistischer Kräfte.

Im Rahmen der so genannten „Neuen Weltordnung“ wurde der Krieg wieder zu einem Mittel der Durchsetzung von Politik im Zusammenhang mit imperialistischen ökonomischen wie geostrategischen Interessen. Die Kriege gegen Jugoslawien, den Irak und der drohende gegen den Iran seien hier wirklich nur als Stichworte angerissen. Diese Kriege haben jedoch auch blutig belegt, dass die innerimperialistischen Widersprüche anwachsen, aus der Konkurrenz der imperialistischen Mächte zunehmend eine immer härter und schärfer geführte Auseinandersetzung unter ihnen wird. Kurzum: die Kriegsgefahr wächst, auch unter den imperialistischen Mächten.

Diese sich zuspitzenden Bedingungen imperialistischer Barbarei, anhaltender Konterrevolution sowie die insgesamt noch viel zu unterentwickelten Klassenkämpfen sowie Kämpfe um nationale Befreiung und antiimperialistische Orientierung beeinflussen natürlich insbesondere die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen innerhalb dessen, was der Revisionismus von der kommunistischen Bewegung übrig gelassen hat. Hiervon sind alle noch existierenden ideologisch-politischen Strömungen sowie Parteien und andere organisatorische Strukturen betroffen. Dies bedeutet, dass zurzeit folgende Tendenzen zu beobachten sind:

1) innerhalb der Parteien und Organisationen, die sich – widersprüchlich und mit unterschiedlichem Tempo – auf dem revisionistischen Entwicklungsweg befinden, spitzen sich die Widersprüche zum Teil dramatisch zu (Beispiel: Österreich) oder aber sind nicht mehr zu übertünchen und manifestieren sich inzwischen in konkret geführten öffentlichen Debatten, die über den organisatorischen Rand der betroffenen Partei hinausgehen (Beispiel: BRD/DKP). Hierbei ist zu beobachten, dass die Kritik an den jeweiligen revisionistischen Parteiführungen inzwischen nicht mehr nur von marxistisch-leninistischen Kräften innerhalb der betroffenen Organisationen vorgetragen wird. Auch dies ist ein sehr lebendiger Beleg für den fortschreitenden politisch-ideologischen wie organisatorischen Zerfallsprozess des Revisionismus;

2) die Konsolidierung der Parteien (z.B. KKE), die ihre Politik auf Basis des Marxismus-Leninismus entwickelt und umsetzen, nimmt immer klarere Züge an. Sie werden damit, obwohl sie sich insgesamt noch in der Minderheit befinden, zu einem kommunistischen Pol nicht nur für die zu erkämpfende Reorganisation der kommunistischen Bewegung, sondern besonders auch für den weltweiten Aufbau einer breiten, demokratischen, antiimperialistischen Front. Gerade die in diesem Heft der „offen-siv“ abgedruckten Texte der griechischen KKE sind ein lebendiges, spannendes Zeugnis davon!

„Kritik auf den Knien“

Teil der von mir skizzierten, sich zuspitzenden Widersprüche ist die immer vernehmbarer werdende „Kritik auf Knien“ innerhalb der sich auf dem revisionistischen Entwicklungsweg befindlichen Parteien. Dies ist aus meiner Sicht ein Beleg sowohl für die zunehmende ideologisch-politische, organisatorische Schwäche der revisionistischen Kräfte (selbst wenn sie in ihren Parteien und Organisationen noch dominant sind), aber auch der Marxisten-Leninisten.

Als Beispiel für eine solche „Kritik auf Knien“ können die Positionen genommen werden, die Genosse Hans Heinz Holz in der „jungen welt“ am 8. Januar 2005 (*„Richtungskämpfe müssen ausgefochten werden“*) und am 20. Januar 2005 (*„Es gilt, die Einheit der Gegensätze herzustellen“*) entwickelt hat.

Beide Aufsätze enthalten einiges Richtiges, vieles Ungenaues, manches Falsches. Zunächst einmal muss die Forderung des Genossen Holz, dass Richtungskämpfe ausgefochten werden müssen, vorbehaltlos unterstützt werden, zumal die Verkleisterung derselben auch kaum mehr durchzuhalten ist angesichts der fortschreitenden Barbarei des Imperialismus. Daher hat der entsprechende Titel des ersten Textes von Genossen Holz in der „jungen welt“ bei nicht wenigen Genossinnen und Genossen Unterstützung, ja Hoffnung geweckt.

Doch welche Konsequenzen sieht Genosse Holz aus der von ihm erhobenen Forderung und den damit erweckten Erwartungen?

Er beschreibt die internationale kommunistische Bewegung in ihrer massiven Krise und Zerrissenheit. Das ist durchaus richtig. Doch schon bei dieser Beschreibung schleichen sich Ungenauigkeiten und Fehler in seinen Aufsatz. Er baut einen Widerspruch zwischen den kommunistischen Parteien Europas (die sich alle noch nach *„der Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion“* in einer *„tiefe(n) Krise“* befänden und jenen aus dem Trikont (wobei er folgende Länder und Regionen besonders hervorhebt: *„Indien und Lateinamerika, im Nahen Osten und in Südafrika“*, wo der *„kommunistische Kampfgeist (...) noch ungebrochen“* sei.

Konkrete Beispiele nennt er nicht. Damit wird das Bild, das Genosse Holz vom derzeitigen Zustand der internationalen kommunistischen Bewegung zeichnet, in einer Mischung aus Ungenauigkeit und Fehlerhaftigkeit gezeichnet.

Zum einen gibt es sehr wohl in Europa kommunistische Parteien, deren „*Kampfgeist ungebrochen*“ ist. Dies sind vor allem die griechischen Genossen der KKE, die portugiesischen Genossen der PCP, die schwedischen Genossen der KPML oder die belgischen Genossen der PTB. Was diese Parteien – bei manchen Unterschiedlichkeit in einigen Positionen – eint, ist die Tatsache, dass sie ein festes marxistisch-leninistisches Fundament besitzen, das sie sich zum Teil in härtesten Kämpfen mit revisionistischen Kräften bewahrt, erneuert oder zurückerkämpft haben.

Und wenn Genosse Holz nebulös Indien als Hort des Kampfgeistes erwähnt, wen meint er dann? Die Immer-noch-Gorbatschow-Fans der KP Indiens oder zum Beispiel die Genossen des SUCI (wahrscheinlich wohl eher nicht)? Und ist eine Partei, die wie in Südafrika (vom Genossen Holz besonders hervorgehoben) nahezu jeden neoliberalen Winkelzug der Regierung, der auf Kosten der Arbeiterklasse geht, unterstützt oder in Zimbabwe offen auf Seiten der konterrevolutionären Opposition zur ZANU-PF steht, die sich bereits vor Jahren parteioffiziell von wesentlichen Grundpositionen des Marxismus-Leninismus sowie den Traditionen der internationalen kommunistischen Bewegung verabschiedet hat, wirklich als „Kraftquell“ zu bezeichnen? Im Nahen Osten spielen Kommunisten nur eine Rolle am Rande der Entwicklungen sowie der immer schärfer werdenden antiimperialistischen Kämpfe. Im Irak ist die Führung der dortigen so genannten „Irakischen Kommunistischen Partei“ zu billigen Kollaborateuren mit dem US-Imperialismus verkommen. Leider gibt uns Genosse Holz jedoch kein Instrument zur Hand, mit dessen Hilfe wir in der Lage wären, kommunistische „Kraftquellen“ im Nahen Osten zu orten.

Weitere Aspekte

Es gibt noch eine Reihe weiterer Aspekte in den beiden genannten Aufsätzen des Genossen Holz, die entweder unklar, nebulös, falsch oder eine Mischung aus allem sind. Erwähnen möchte ich nur am Rande, dass er sich mit den Beschreibungen kommunistischer Traditionen, Fehlentwicklungen, Problemen unter dem Zwischenüberschriften „*Ursprünge der Krise*“ oder „*Kommunistische Identität*“ nicht nur auf der Ebene von Oberflächlichkeit bewegt, sondern viel mehr Fragen und Probleme in einer Art und Weise „bedient“ (Beispiel: „*Dieser Weg forderte ungeheure Opfer. Auf ihm wurden auch Verbrechen begangen ...*“), die auf einer „schiefen Ebene“ an revisionistische Positionen anstoßen.

Bei allen Fragen, die beide Aufsätze aufwerfen, bei allem Richtigen, das zu unterschreiben wäre, bei allem Falschen oder Ungenauen, über das diskutiert werden müsste - dennoch ist ein roter Faden erkennbar, der sich durch beide Aufsätze (wie auch andere Veröffentlichungen) des Genossen Holz zieht und der typisch für jene lauter vernehmbare Position ist, die ich mit „Kritik auf Knien“ bezeichnen würde.

Genosse Holz drückt sich vor einer entscheidenden Positionierung: der Rolle des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung – seine historischen Konsequenzen bis hin zu seinem aktuellen Einfluss. Mehr noch: Revisionismus im klassischen Sinne vermag er anscheinend nicht zu erkennen („*Es wäre falsch, hier einfach von Opportunismus und Reformismus einerseits, von Orthodoxie und Dogmatismus andererseits zu sprechen.*“). Genosse Holz sowie alle jene, die ihre „Kritik auf Knien“ vortragen, können und wollen natürlich ihre Augen nicht

vor der Tatsache der sich verschärfenden Widersprüche innerhalb vieler kommunistischer Parteien als Ausdruck der sich verschärfenden Widersprüche des Imperialismus verschließen. Im Gegenteil, sie kritisieren in vielen Fragen grundsätzlich die Positionen revisionistischer Parteiführungen und/oder Ideologen. Sie streiten aus ihrer Sicht für eine wirklich revolutionäre Alternative zur Barbarei des Imperialismus, für einen revolutionären Bruch mit diesem System. Sie erfüllt es mit Stolz, in der kämpferischen Tradition der kommunistischen Bewegung zu stehen. Sie positionieren sich daher im Prinzip positiv zum realen Sozialismus, insbesondere der Sowjetunion und DDR.

Sie sehen jedoch nicht die verheerende Rolle, die der Revisionismus in der kommunistischen Bewegung als Grundvoraussetzung für Spaltung, Konterrevolution, Schwächung, Zerschlagung oder Transformierung zur Sozialdemokratie gespielt hat und noch spielt. Sie sehen (noch) nicht die Zurückdrängung und letztliche Zerschlagung des Revisionismus als notwendig für den Wiederaufbau einer kommunistischen Bewegung, die fest auf den Positionen des Marxismus-Leninismus steht.

Im Gegenteil, Genosse Holz beschwört die „*Einheit der Gegensätze*“⁴²¹: *„Ich wollte zeigen, dass es aus historischen Gründen in der gegenwärtigen Phase der Neuformierung weltpolitischer Fronten zwei Tendenzen im Kampf gegen den Imperialismus gibt: dass diese Tendenzen einen objektiven Widerspruch der Situation widerspiegeln; und dass es für die kommunistische Bewegung verhängnisvoll wäre, wenn nicht beide Tendenzen zusammen das Bewusstsein und die Handlungsbreite kommunistischer Parteien bestimmen: defensiv bis reformerisch (nicht reformistisch!) und offensiv bis revolutionär. Die Dominanz der einen Richtung würde zu einer ‚Sozialdemokratisierung‘ führen, die Dominanz der anderen Richtung geriete in die Gefahr eines abenteuerlichen Linksradikalismus.“*⁴²² Welch ein Drahtseilakt, den Genosse Holz mit vielen Worten, in vielen Bildern, manchmal nebulös durchzuhalten sucht, nur um nicht mit allen Konsequenzen über die Rolle und Funktion des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung zu sprechen oder sich klar und eindeutig positionieren zu müssen (dabei weiß er sehr gut den Klasseninhalt des Revisionismus einzuschätzen, sonst würde je ja nicht, wie das Zitat belegt, vor einer „*Sozialdemokratisierung*“ der kommunistischen Bewegung bzw. ihrer Partei warnen, falls von ihm als „*defensiv bis reformerisch*“ beschriebene Kräfte die absolute Dominanz hätten)!

Die oben skizzierte Position der „*Einheit der Gegensätze*“ des Genossen Holz ist jedoch nicht neu: *„In vielen Einzelfragen mag es und wird es unterschiedliche Vorstellungen bei Genossinnen und Genossen geben. Sie verdienen Beachtung und Respekt. (...) Der Ausdruck unserer politischen und weltanschaulichen Einheit ist das Programm, das sich die Partei gibt. Darum ist es richtig, dass um die Inhalte des Programms mit höchstem Ernst gerungen wird. (...) Wo Differenzen auftauchen, müssen diese in gegenseitiger Achtung und ohne Rechthaberei ausgetragen werden. (...) Es gibt keine Alternative zur Partei.“*⁴²³ An anderer Stelle wurde Genosse Holz in dieser Hinsicht jedoch noch deutlicher: *„Unleugbar ist, dass unter Kommunisten heute konzeptionelle Differenzen bestehen, die auch in kontroversen*

⁴²¹ „junge welt“, 20. Januar 2005

⁴²² ebenda

⁴²³ Hans Heinz Holz: „*Die Einheit der Partei und ihr Programm*“ in UZ, 16. Januar 2004

Publikationen zutage treten. Nicht ideologische Abstempelungen und Verdammungsurteile schaffen diese Situation aus der Welt, sondern nur eine konsequente und solide theoretische Arbeit, die sich mit der Praxis des Klassenkampfes vermittelt. Damit muss die Einheit aller kommunistisch Denkenden das Ziel sein; Zersplitterung der Kommunisten nutzt nur der herrschenden Klasse. Eine polemische Kritik von ‚links‘ schwächt den ohnehin schwierigen Konsolidierungsprozess der kommunistischen Partei, der DKP, die die Kerntruppe der ‚Linken‘ in Deutschland bildet. Wie wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wissen, haben antikommunistische Geheimdienste sich dies immer wieder zunutze gemacht.“⁴²⁴

Genosse Holz und alle, die ihre „Kritik auf Knien“ vortragen, haben es jedoch bisher versäumt, zu erklären, wie eine faktische Einheit von Revisionismus und Marxismus-Leninismus in einer Partei dauerhaft „funktionieren“ soll, ohne dass diese Partei ihren revolutionären Charakter verliert. Auch ist mir kein geschichtliches Beispiel bekannt, wo dies in etwa über einen längeren Zeitraum „funktioniert“ hätte. Die Geschichte der PDS sei hier nur als letzte Katastrophe in dieser Hinsicht genannt.

Michael Opperskalski, Köln

Andrea und André Vogt: Redebeitrag bei der internationalen Konferenz am 21. April 2007 in Prag ⁴²⁵

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, wir sind glücklich, heute an eurer Konferenz teilnehmen zu können und bedanken uns ganz herzlich für die Einladung. Wir überbringen euch die herzlichsten Grüße der Genossen von der Zeitschrift „*offen-siv*“, zu deren Herausgeberkreis wir gehören und wünschen der Konferenz und damit uns allen vollen Erfolg und gutes Gelingen.

Wenn wir uns heute Gedanken über den Charakter und die Wirkungen gesellschaftlich relevanter Phänomene machen, so haben wir im Wesentlichen zwei Auffassungen zu berücksichtigen. Die Vertreter der einen Gruppe sprechen von „Wachstum und Beschäftigung“, von „Effizienz und Leistung, die sich wieder lohnen soll“ und schließlich von „Gewinn und Rendite“. Die andere Gruppe, deren Argumente wir uns anschauen, konstatiert: Stellenabbau, sinkende Reallöhne, längere Wochenarbeitszeiten ohne Lohnausgleich, Aushöhlung von Tarifverträgen, zunehmende und katastrophale Entrechtung von Arbeitslosen und deren Familien bis hin zur Zwangsarbeit. Beide Gruppen sprechen von ein und derselben Sache. Nur können die Wirkungen unterschiedlicher nicht sein: Die erste Gruppe zieht jeglichen Vorteil und Gewinn aus der Wirtschaftsweise, währenddessen der anderen Gruppe, trotzdem sie fleißig arbeitet und sich nicht schont, die Mittel zum Leben gekürzt werden.

Nennen wir nun die Gruppen bei ihren Namen, so ist klar, daß es sich um Bourgeoisie und Proletariat handelt und der den Phänomenen zugrunde liegende Vorgang die kapitalistische

⁴²⁴ Hans Heinz Holz: „*Ein Brief an Rosemarie Müller-Streisand*“ in „Weissenseer Blätter“, Nr. 2/2002. Aber Genosse Holz greift sogar – im Einklang und ähnlich wie einige Mitglieder der DKP-Führung, wohl auf Basis ihrer „Informationen“ – ganz der Argumentationslinie und Logik seines Aufsatzes folgend zur Methodik der Diffamierung, wenn er z.B. den Autor dieses Aufsatzes als „Geheimdienstagenten“ zu verunglimpfen versucht hat...

⁴²⁵ Aus: „*offen-siv*“ 5-2007; Ausgabe Mai-Juni des Jahres, S. 92-96, Auszüge

Rationalisierung ist. In der entwickelten warenproduzierenden Gesellschaft, welche in ihrem Wesen notwendig von Anarchie und Konkurrenz geprägt ist, sind die oben erwähnten Phänomene folgerichtig, zwangsläufig und unausweichlich.

Es gab nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland eine Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Lohnsteigerungen von 10 % und mehr von den Gewerkschaften erkämpft werden konnten und nahezu Vollbeschäftigung herrschte. Ja, es wurden sogar Lohnarbeiter aus anderen Ländern in großem Umfang angeworben. Das war die Zeit des sogenannten „Wirtschaftswunders“ und mancher „Linke“ glaubte daraufhin, der Kapitalismus sei zu einer Art Wohlstandsveranstaltung für alle geworden. Als den Imperialisten 1975 in Helsinki faktisch auch noch die Friedensfähigkeit bescheinigt wurde, war das für viele gleichbedeutend mit dem Ende des Klassenkampfes überhaupt.

Wenn wir dagegen heute die Welt im Jahr 2007 betrachten, so können wir sehen, daß sich der Kapitalismus noch immer in seinem Endstadium, dem Imperialismus befindet, daß er weiterhin Kriege anzettelt, den Planeten verwüstet und die Völker versklavt.

Die Genossinnen und Genossen von der Kommunistischen Partei Griechenlands haben in ihrer Resolution vom 19. Mai des vergangenen Jahres (abgedruckt in *offen-siv* September-Oktober 06) die Lage sehr treffend beschrieben:

„Zugleich mit der Durchsetzung einer vereinheitlichten imperialistischen Strategie erhalten die Beziehungen zwischen den stärksten imperialistischen Zentren, USA und EU einen noch mehr antagonistischen und noch komplexeren Charakter. Die Gegensätze innerhalb der EU bezüglich der Beziehungen zu den USA verschärfen sich. Die vereinigte Strategie des Imperialismus übergreifend, entwickeln sich die Widersprüche und der Kampf um die Hegemonie über die Kontrolle der Märkte und Einflusszonen in Asien, dem Mittleren Osten und Afrika und über die Kontrolle der Rohstoffquellen. An diesem Konkurrenzkampf beteiligen sich, abgesehen von den imperialistischen Zentren und imperialistischen Hauptmächten, auch einige sich entwickelnde kapitalistische Länder.

Es sind Entwicklungen im Gange, welche die Tendenz haben könnten, die Kräfteverhältnisse innerhalb des internationalen imperialistischen Systems neu zu ordnen. Zweifellos bedarf es einer gründlicheren Untersuchung der „Gruppen“ von Widersprüchen, die auf der internationalen Bühne in Erscheinung treten, sowie einer systematischeren Einschätzung der internationalen Lage, der Widersprüche (vor allem der sozial-ökonomischen im Falle einer kommenden kapitalistischen Wirtschaftskrise), die in jedem kapitalistischen Land gegenwärtig sind, insbesondere in den USA und den stärkeren Mitgliedsstaaten der EU.“

Die Leninsche Imperialismusdefinition aus dem Jahr 1916, wonach der Imperialismus faulender, parasitärer Monopolkapitalismus ist, in welchem das Bankkapital mit dem Industriekapital unter Dominanz des ersteren zum Finanzkapital verschmolzen ist, der Kapitalexport den Warenexport übersteigt und der Kampf um die Neuaufteilung der Welt immer aufs neue entbrennt, hat also an Aktualität bis heute nichts verloren. Der aus Indien stammende außergewöhnliche und verdienstvolle Genosse **Harpal Brar** hat das in seinem Buch: **DER IMPERIALISMUS IM 21. JAHRHUNDERT / SOZIALISMUS ODER BARBEREI** brillant und anschaulich nachgewiesen.

Kehren wir noch einmal zur kapitalistischen Rationalisierung als dem Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurück. Der Kapitalist kauft auf dem Warenmarkt Produktionsmittel, Arbeits-

mittel und Arbeitskraft. Diese Warenarten kombiniert er und läßt damit produzieren. Gelingt es ihm nun, das Produkt dieser Operation zu verkaufen, so kann er bemerken, daß er mehr Geld herausbekommt, als er ursprünglich in den Prozeß hineingegeben hat. Er wird den Vorgang so oft als möglich wiederholen und dabei feststellen, daß sein Gewinn immer kleiner wird, weil seine Konkurrenten zunehmend billiger produzieren. Um nicht zurückzubleiben, muß er ebenfalls investieren, mehr und bessere Maschinerie einsetzen, Arbeitskräfte billiger einkaufen oder ganz einsparen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Rationalisierung, welche an und für sich ein Segen für die Menschheit sein könnte (und im real existierenden Sozialismus ja auch schon war und in Kuba beispielsweise schon ist), unter den Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln diese verheerenden Folgen zeitigt, wie wir sie heute rund um den Erdball besichtigen können.

Der Ausweg ist bereits gefunden und wurde sogar schon beschritten. Es gab die siegreiche Sowjetunion; es gab das sozialistische Weltsystem. Es gab allerdings auch den Abstieg und schließlichen Zerfall der UdSSR und es gab den Sieg der Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Staaten. Wir müssen also den Ausweg erneut beschreiten.

Was benötigen wir dazu?

Wir benötigen einen Plan und jemanden, der die Führung übernimmt. Nach unserer Kenntnis ist das die Kommunistische Partei mit ihrem marxistisch-leninistischen Programm.

Zweitens benötigen wir Kenntnisse über die Ursachen des Sieges der Konter-revolution. Hierzu gibt es, neben etlichen unzutreffenden und dümmlichen Erklärungen der Bourgeoisie und ihrer Schreiberlinge in den Massenmedien, bereits bedeutende Ausarbeitungen und Analysen kommunistischer Fachleute wie **Kurt Gossweiler**, **Ervin Rosznay**, **Ulrich Huar** und anderer.

Drittens ist eine mit den bestehenden Verhältnissen unzufriedene und zu Kämpfen bereite durchaus revolutionäre Masse erforderlich. Und auch hier hat sich in der letzten Zeit einiges getan. Einige Gewerkschaften beispielsweise erkennen bereits, daß sie vormals im ökonomischen Klassenkampf erreichte Positionen nicht halten können und den Kampf nun auf die politische Ebene ausdehnen müssen. Immer mehr Gewerkschafter erkennen auch, daß es sich bei dem Klassengegner eben nicht um einen sogenannten „Sozialpartner“ handelt, sondern schlichtweg um einen Klassenfeind, und daß der Kampf zu einem Überlebenskampf für die Mehrheit des Proletariats wird.

Dazu gehört außerdem, demokratische Rechte und Freiheiten zu verteidigen und einzufordern. Ein schönes Zeugnis für ihr antiimperialistisches Engagement legten beispielsweise die Bewohner von Trokavec unweit von Plzen im vergangenen Monat ab. 71 von 90 stimmberechtigten Einwohnern sprachen sich in einem Referendum gegen die Errichtung einer Radarstation in der Nähe ihrer Ortschaft aus. Die Anlage soll Teil des von den USA in Polen und Tschechien geplanten Raketenabwehrsystems sein.

Genossen!

Nach unserer schweren und verheerenden Niederlage haben wir keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken und den Dingen etwa ihren Lauf zu lassen. Im Gegenteil: In weiten Teilen der Bevölkerung regt sich Entrüstung und Verbitterung über die menschenfeindlichen Machenschaften der Bourgeoisie und ihrer Agenten. Vielerorts bilden sich Aktionsbündnisse, welche den Protest zu organisieren suchen. Um dieses unmittelbare Aufbegehren in einen zielge-

richteten Klassenkampf zu überführen, ist zu beachten, was die griechischen Genossen in der vorhin schon erwähnten Resolution sagen:

„Die Überwindung von Schwächen und Rückschlägen in Ländern, wo kommunistische Parteien aktiv sind, und der Wiederaufbau von kommunistischen Bewegungen in anderen Ländern, wo die kommunistischen Parteien degeneriert sind, von korrupten Opportunisten und bürgerlichen Kräften korrumpiert wurden, und keine revolutionäre Rolle mehr spielen, ist eine elementare Pflicht von Kommunisten in jedem Land sowie der internationalen kommunistischen Bewegung. Der ideologische Gegenangriff kommunistischer Parteien, die an die Notwendigkeit und Möglichkeit des Kampfes für die Überwindung des Kapitalismus und für den Sozialismus glauben, ist heute von lebenswichtiger Bedeutung.“ Soweit die Genossen der KKE dazu.

Die kommunistische Bewegung befindet sich im Prozeß der Neuformierung. Sie lernt es zunehmend, die modernen Revisionisten zu entlarven und aus ihren Reihen auszuschließen. Ein wichtiger Prüfstein hierfür ist das Verhältnis zum gewesenen europäischen Sozialismus und insbesondere die Position gegenüber der siegreichen Sowjetunion unter Stalin.

Andrea und André Vogt, Dresden

Kommunistische Partei Griechenlands (KKE): Über die Revolution und die revolutionäre Macht – die Kommunistische Partei: klassenspezifisch und internationalistisch ⁴²⁶

Die Kommunistische Partei ist die Avantgarde der Arbeiterklasse, ihr fortschrittlichster Teil. Dies stellt die fundamentalste Charakteristik der „Partei Neuen Typs“ dar, die, nach der Gründung früherer Arbeiterorganisationen inklusive der Internationalen, 1903 im zaristischen Russland gegründet wurde. Die Entstehung der Kommunistischen Partei war kein ausschließlich russisches Phänomen. Sie war das Produkt der sozioökonomischen Entwicklung des Kapitalismus, geboren aus der Notwendigkeit heraus, dass die Arbeiterklasse ihre eigene Klassenpartei braucht. Diese Notwendigkeit wurde in den theoretischen Formulierungen von Marx und Engels vorausgesehen. Die Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus analysierten auf wissenschaftliche Art und Weise die historischen Gesetze und Grenzen des Kapitalismus, zeigten die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und bestimmten grundsätzlich die Rolle der Arbeiterklasse in diesem Prozess.

Die Identität der Kommunistischen Partei als dem bewußtesten Teil der Arbeiterklasse schließt ihre Fähigkeit nicht aus, sondern qualifiziert sie ganz besonders dazu, gleichzeitig die Interessen aller arbeitenden Menschen auszudrücken und Bündnisse zu schließen. Alle Mitglieder der kommunistischen Parteien kämpfen für den Sozialismus, sind begeistert von der wissenschaftlichen Theorie des Sozialismus und verteidigen sie. Die organisatorischen Grundregeln, welche die Entstehung und die Tätigkeit der Partei führen, die Art und Weise und der Ort, wo sie ihre Parteiorganisationen aufbaut, die Kriterien, wie sie ihre Klassenzusammensetzung regeln, werden durch die Klasseninteressen bestimmt, die sie ausdrückt.

⁴²⁶ Aus: „offen-siv“ 11-2006, Ausgabe November-Dezember des Jahres, S. 81-87

Bourgeoisideologie und -propaganda konzentrierten und konzentrieren ihre Angriffe auf den Charakter der Kommunistischen Partei, denn ihr bourgeois Klasseninstinkt stellt sich als extrem korrekt und präzise heraus. Ebenso verfahren die Opportunisten und Revisionisten beider Spielarten, sowohl von rechts, als auch von ‚links‘. Wenn wir die gesamte geschichtliche Periode der stürmischen Diskussionen über den Charakter der Partei und ihrer Prinzipien studieren, müssen wir anerkennen, dass die Kommunistischen Parteien aus dem kompromisslosen Kampf gegen den Opportunismus in der Sozialdemokratie entstanden sind. Ohne diesen Kampf wäre es unmöglich gewesen, eine ‚Partei neuen Typs‘ zu kreieren und zwar in genau dem Moment, in dem die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution heranreifte.

Auch heute konzentrieren die bourgeoisen Ideologen und die Opportunisten, direkt oder indirekt, in einem Hauptangriff oder auf Umwegen, ihre Angriffe auf den Charakter der Partei, indem sie die Existenz der Arbeiterklasse bzw. ihre Fähigkeit zu revolutionärem Handeln grundsätzlich in Frage stellen.

Das falsche Argument, dass Marx die Arbeiterklasse als jene identifizierte, die Handarbeit verrichten und wenig Bildung haben, wird ständig wiederholt. Damit sagt dieses ‚Argument‘ aus, dass die Arbeiterklasse nur aus dem Industrieproletariat besteht oder dass die Identität der Arbeiterklasse durch die Höhe ihres Einkommens, den Grad ihrer Verelendung und sozialer Ausgrenzung bestimmt wird. Sie haben großes Interesse daran, die objektiven Kriterien, die die Arbeiterklasse und ihre historische Rolle im Verhältnis zum Besitz und zur Produktion, zum Gebrauch der Arbeitskraft als Ware und zur Produktion des Mehrwerts und seiner Realisierung definieren, zu verspotten. Sie unterstützen die irrationale Theorie, heute viel stärker als in der Vergangenheit, dass der Klassenstandpunkt durch das bestimmt ist, woran eine Person, auf der Ebene politischer Besinnung und Verhalten, glaubt.

Unzählige Male haben wir gehört und gelesen, dass heute keine Arbeiterklasse mehr existiere, dass keine Arbeiterbewegung existiere, die die Macht übernehmen könne, weil die arbeitende Klasse nicht für den Sozialismus, sondern für Luxusgüter wie ein zweites Auto oder zweites Haus kämpft. Die „Theorie“ einer rein konsumorientierten Arbeiterklasse ist für die Bourgeoisie und ihr System und für Opportunisten aller Bandbreiten äußerst vorteilhaft und das deswegen, weil sie dazu verwendet werden kann, den Kampf der Arbeiterklasse auf einem möglichst niedrigen politischen Niveau der reinen Umverteilung zu halten und auf eine bloße Verbesserung der Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft zu begrenzen.

Die Partei studiert und verfolgt gemeinsam die Entwicklung der Klassenzusammensetzung der Gesellschaft unter Benutzung objektiver Daten und auf der Basis der vereinigten leninistischen Kriterien der Zugehörigkeit zu einer Klasse oder einer anderen. Sie verfolgt den Prozess, in dem andere Bevölkerungsschichten sich der Arbeiterklasse annähern.

Den Charakter der Partei bestimmt ihre organisatorische Politik, die Prinzipien des Parteaufbaus, die Verteilung ihrer Kräfte und Kader. Der 16. und der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Griechenlands hatten ihren Hauptpunkt auf die Konzentration ihrer Kräfte an der Hauptfront des Kampfes, also der Arbeiterbewegung, betont. Es gab konstruktive Kritik aus diesen Parteiorganen, weil unsere Schritte nach vorn nicht ausreichend waren und das heute nötige Spektrum nicht abdeckten. Die objektiven Schwierigkeiten, die neuen Probleme können kein Alibi dafür sein.

Dieses Thema wird das Niveau unserer Orientierung bestimmen. Wir sollten beurteilt werden danach, wie gut wir unser Wort in die Taten umsetzen und wie gut sie mit der historischen Rolle der Arbeiterklasse übereinstimmen. Wir beweisen, dass wir fähig sind, unsere organisatorischen Maßnahmen in Einklang mit unseren Position zu entwickeln. Und: es kann kein stabiles Wachstum der sozialen Bewegungen ohne einen Aufschwung in der Arbeiterbewegung geben, ohne dass die Arbeiterbewegung die Initiative ergreift.

Von dem Moment an, als die marxistische Theorie in der Geschichte erschien und ihre Ideen unter der Arbeiterklasse mit der Gründung ihrer ersten politischen Parteien propagiert wurden, wurde der Internationalismus ein fundamentaler Grundsatz der Arbeiterbewegung. Das stammt aus der Erkenntnis, dass es im Interesse der Arbeiterklasse aller Länder liegt, ihre Bourgeoisie zu stürzen. Der Satz ‚Proletarier aller Länder vereinigt euch‘, der von Marx und Engels entwickelt wurde, ist auch heute noch zeitgemäß und unsterblich. In der heutigen Zeit, in der die kapitalistische Internationalisierung überragende Formen im Bereich der Ökonomie angenommen hat und es internationale und regionale zwischenstaatliche Allianzen gibt, bekommt dieser Satz eine noch größere Bedeutung.

Seine rückhaltlose Annahme und Anwendung durch die Kommunistische Partei ist ein untrennbarer Grundbaustein ihrer Identität. Der Internationalismus der Arbeiterklasse, also der proletarische Internationalismus, geht über die eigenständige Bedeutung jeder einzelnen kommunistischen Partei hinaus, denn erst er stellt sicher, dass sie in Einklang mit den anderen kommunistischen Parteien der Welt für die internationale Einheit der Arbeiterbewegung arbeitet. Er stellt eine wesentliche Vorgabe für die Entwicklung internationalistischer Aktionen für alle Volksfronten, für alle Allianzen aller Antiimperialisten dar.

Der Imperialismus bekämpft den proletarischen Internationalismus mit allen verfügbaren Mitteln. Er wäre dumm, wenn er es nicht täte. Das Hauptproblem heute ist aber nicht, was der Imperialismus macht, sondern wie der Zustand und die Perspektiven der kommunistischen Bewegung sind. Die Unterschätzung, die Negierung und, was noch gravierender ist, die Ablehnung internationalistischer Aktionen der Arbeiterklasse stellen heute eine der offenkundigsten Symptome der fehlenden ideologischen Einheit der Kommunistischen Bewegung dar und sind Symptom ihrer Krise. Wenn wir uns diesem Problem nicht stellen, könne wir der fortschreitenden Krise nicht begegnen. Was muss also getan werden?

Unsere Partei hat ihre aktuelle Position zur Notwendigkeit der Koordination und der Aktion im antiimperialistischen und antimonopolistischen Kampf, zur Förderung der Bündnispolitik, formuliert. Es ist ersichtlich, dass dies nicht ausreicht. Die kommunistische Bewegung soll nicht nur die sichtbaren, skandalösen Folgen imperialistischer Politik behandeln, die allgemein als unmittelbare ‚große Probleme‘ – Themen wie Armut, Arbeitslosigkeit, Krieg, Staatsterror etc. – dargestellt werden. Die kommunistische Bewegung muss diese sichtbaren Mißstände auf ihre systembedingten Ursachen zurückführen, handelt es sich doch um nichts weiter als um offene Erscheinungsformen der imperialistischen Strategie. Die kapitalistische Umstrukturierungspolitik ist nichts weiter als eine Fortführung der bekannten Politik reaktionärer Kräfte, die eine innere Unvermeidlichkeit des kapitalistischen Systems darstellt.

Der Kampf um antiimperialistische und antimonopolistische Ziele kann natürlich dafür hilfreich sein, die Wechselbeziehungen der Kräfte zu verändern, also ein antikapitalistisches Bewusstsein zu fördern. Dabei muss aber eine internationaler Stufenleiter erreicht werden, muss ein breites

Spektrum an Volksfronten, Bewegungen und politischen Kräften mit ähnlichen Perspektiven und Orientierungen zusammengeführt werden. Unter bestimmten Bedingungen kann dieser Kampf am Übergang zum Sozialismus mitwirken. Das ist ein Thema, dass die Kommunistischen Parteien heute und nicht in weiter Zukunft angehen müssen, unabhängig davon, in welchem Land oder Ländern er zuerst fällig ist: die Rechtzeitigkeit der sozialistischen Revolution in den Vordergrund zu stellen.

Von wesentlicher Wichtigkeit für die kommunistische Bewegung ist die Analyse der Ursache für den Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Staaten, eine Analyse, die dafür unverzichtbar ist, sich die wichtigsten Lehren aus der Geschichte zu vergegenwärtigen und die dabei helfen kann, die kommunistische Bewegung weiter zu entwickeln. Dieses Thema steht in engem Zusammenhang mit den Erfahrungen, die aus den aktuellen Bestrebungen, den Sozialismus heute aufzubauen, zu gewinnen sind. Diese Fragen können nicht durch regionale und internationale Treffen, die sich selbst mit spezifischen Aspekten befassen, die nur mäßiges Interesse haben, oder, sogar noch mehr, durch Massenmobilisierungen, Treffen, Konferenzen etc. breiterer Kräfte, nach dem Prinzip ‚alle zu vereinen‘ beantwortet werden. Sie müssen das Objekt eines systematischen, multidimensionalen Studiums und ebensolcher Diskussion innerhalb der kommunistischen Parteien sein, die ähnliche Gedanken in dieser Richtung haben.

Eine Reihe kommunistischer Parteien vertreten die Meinung, dass es unter den jetzigen Bedingungen einer systematischen Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien nicht bedarf. Stattdessen wird der einfache Austausch an Meinungen und Erfahrungen und die Koordination vereinzelter gemeinsamer Aktionen zu einigen bestimmten Themen als ausreichend empfunden. Wir meinen, dass auch ein Erfahrungsaustausch richtig ist, dass dieser aber sekundär und unzureichend ist verglichen mit dem erstrangigen und fundamentalen Ziel: einer Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie gegen den Imperialismus und auf dem Weg zum Sozialismus.

Dieses Thema ist heute mehr von Nöten als je in der Vergangenheit.

Alle kapitalistischen Staaten, unabhängig von der Entwicklung ihrer Ökonomie, unabhängig des Vorkommens vor-kapitalistischer Überbleibsel, unabhängig davon, ob sie an regionalen zwischenstaatlichen imperialistischen Unionen teilnehmen oder nicht, sind auf die eine oder andere Weise vom internationalen imperialistischen System erfasst. Der Imperialismus hat, trotz zwischenimperialistischer Widersprüche, eine gemeinsame Strategie.

Mit dem Ziel vor Augen, die Krise in der Kommunistischen Bewegung zu überwinden, müssen wir eine fundierte Kritik solcher Auffassungen und Praktiken entwickeln, die den Weg einer Umschichtung und Wiedergeburt unserer Bewegung schwächen. Eine Partei, die andere kritisiert, sollte selbst offen für Kritik durch andere Parteien sein. Es soll kein Monopol der Kritik geben.

Die Kommunistische Partei Griechenlands beschäftigt sich mit offener und ehrlicher Kritik, innerhalb der Grenzen genossenschaftlicher Diskussionen, besonders, wenn diese provoziert wurden. Auf jeden Fall sind wir in unseren Kritiken sehr vorsichtig, um Munition für unseren Feind zu vermeiden. Aber wir formulieren scharfe Positionen gegenüber jenen Kommunistischen Parteien und ihren Anhängern, die die Initiative zur Gründung der ‚Europäischen Linkspartei‘ in die Hand nahmen und werden dies auch weiter tun. Diese Gründung basierte auf den Direktiven der Europäischen Union bezüglich der programmatischen Richtlinien und organisatorischen Prinzipien der so genannten ‚Europäischen Parteien‘. Allerdings beschränkt

sich das Problem nicht nur darauf. Jeden Tag wird es offensichtlicher, dass die Gründung der ‚Europäischen Linkspartei‘ nicht nur bestimmte ideologische Orientierungen ausdrückt und den kapitalistischen Vereinheitlichungsprozess akzeptiert, sondern auch ein bestimmtes Ziel vorlegt: ein trennendes Hindernis, nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern für die antiimperialistische und antimonopolistische Bewegung überhaupt, aufzurichten.

Viel schlimmer noch, spielt sie eine interventionistische Rolle im Innern der kommunistischen Parteien, indem sie Druck ausübt mit der Anweisung, in die ELP einzutreten. Die Führung der ELP geht sogar so weit, von neu in ihre Reihen eintretenden Parteien eine Verdammung des so genannten Stalinismus zu verlangen, ein Begriff, der übrigens für alle Gruppen eine Verwendung findet, mit denen sie nicht einverstanden ist. Ihr konstantes Manöver ist, der Reihe nach neue Kräfte in ihrer Partei zusammenzufassen, die über Nacht ihre Positionen ändern mussten, um die Vorgabe zu erzielen, vom Europäischen Parlament anerkannt zu werden. Es ist kein Zufall, dass die Gründung der ELP eine Spaltung innerhalb jener Parteien verursacht hat, die eine führende Rolle spielten. Es herrscht keine einstimmige Übereinkunft innerhalb der Basis dieser Parteien. Dies ist natürlich eine interne Angelegenheit dieser Parteien, aber aus unserer Sicht können wir bei solchen Entscheidungen nicht ruhig bleiben, besonders, wenn diese Kräfte so tun, als seien sie gegen den Aufbau eines Führungszentrums und für die Eigenständigkeit der Parteien. Wir sollten das Kind beim Namen nennen. Sie sind nicht gegen ein Führungszentrum – dies wollen sie ja selbst sein – sondern sie sind gegen ein kommunistisches Führungszentrum.

Ein sehr interessantes Diskussionsthema ist, welche Einstellung Kommunisten zu Bewegungen und Strukturen, die international in Erscheinung treten, einnehmen sollen, wie z. B. zum ‚Sozialforum‘. Angefangen mit einer massiven militanten Mobilisierung in Seattle, fanden viele internationale Mobilisierungen gegen die Entscheidungen imperialistischer Unionen, Krieg, Armut und Arbeitslosigkeit in Europa, Lateinamerika und Südostasien statt. Von Anfang an war klar, dass diese Mobilisierungen ein Ausdruck der Unzufriedenheit und des Protestes waren. Der Massencharakter und die Orientierung dieser Kundgebungen waren durch die Beteiligung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und durch die Rolle der Gewerkschaftsbewegung bestimmt. Eine Anzahl unterschiedlicher Organisationen, die radikale Bewegungen ausdrückten, nahmen an diesen Kundgebungen ebenfalls teil. Das Ausmaß der Kundgebungen war nicht begrenzt, dennoch aber auf die oben genannten Kräfte beschränkt. Von Anfang an und sogar mit der Zeit verstärkt, tauchten nicht nur unterschiedliche, sondern auch entgegengesetzte, sogar reaktionäre, nationalistische und antikommunistische Tendenzen auf.

Wir begrüßten diese Kundgebungen ungeachtet ihrer vagen Orientierung, wir unterstrichen die Differenzen zu den unterschiedlichen Strömungen, die dort präsent waren. Wir sahen den Kampf zwischen den verschiedenen Strömungen als einen harten an und das Ergebnis wäre entweder eine radikale, antiimperialistische, antimonopolistische Bewegung, die entstehen könnte, oder versöhnlerische Kräfte würden die Oberhand gewinnen und würden die aufsteigende Bewegung rückgängig machen.

Das ist der Grund, weshalb wir mit den verschiedenen, oft spontanen Vorschlägen, diese vielfarbige Bewegung zu einer vereinten Struktur, zu einem Führungszentrum zusammenzuführen, nicht beistimmen. Wie es in solchen Fällen oft passiert, nehmen nicht nur unerfahrene Volksfronten, solche, die die politische Konsequenz ihres Handelns noch nicht verifiziert haben, daran teil. Seit der ersten Bewegung, als diese einen bestimmten Grad der

Beachtung durch die Arbeiterklasse erfahren hat, nehmen sozialdemokratische Kräfte, aber auch Regierungsorganisationen, Opportunisten und antikommunistische Kräfte teil, die absichtlich in diese Bewegung eindringen, mit dem geplanten Ziel, diese vage Bewegung nach ihren eigenen Interessen zu führen und umzuformen. Ihre Abneigung gegenüber der Arbeiterbewegung und Kommunistischen Parteien wurde sofort offensichtlich. Sie wollten, dass die arbeitenden Menschen innerhalb der Zielvorgabe kämpfen, die sie bestimmen.

Wir nahmen an vielen Kundgebungen, unterschiedlichen Solidaritätsereignissen und an unterschiedlichen Treffen, die von kommunistischen Parteien organisiert wurden, teil, wir unterstützen so gut und so oft wir konnten radikale Kräfte. Aber wir weigerten uns von Anfang an in solchen Strukturen wie dem ‚Sozialforum‘ teilzunehmen, nicht, weil dort unterschiedliche Kräfte teilnahmen, sondern weil es Versuche gab, die Bewegung zu assimilieren und die Aktivitäten der ‚Forumbewegung‘ schon früh zu kanalisieren. Es gibt hierzu eine ganze Reihe an Beweisen, die wir detailliert in unseren Parteizeitungen und theoretischen Organen veröffentlicht haben. An der Spitze der ‚Sozialforumbewegung‘ wurden intensive Kämpfe um die Kontrolle ausgefochten. Es ist offensichtlich, dass verschiedene Regierungen mächtiger kapitalistischer Staaten eifrig unterschiedliche Bewegungen als Unterstützung ihres eigenen Wettbewerbs mit den USA oder anderen imperialistischen Zentren ausnutzen.

Aus diesen Bewegungen, die sich selbst durch die systematische Politik der Assimilation und Kontrolle in ihren eigenen Schranken eingegrenzt haben, kann eine besondere Erfahrung gewonnen werden. Verschiedene kommunistische Parteien glauben, dass eine Teilnahme an diesen Bewegungen ein wichtiges Unterfangen sein kann und dass man diese von Innen in eine positive Richtung lenken könne. Unsere Erfahrungen, besonders in Europa, zeigen genau das Gegenteil. Natürlich können wir nur über diese bestimmte Situation sprechen. Eine Einflussnahme von Innen kann in manchen Bewegungen von Vorteil sein, dann ist eine Teilnahme hilfreich. Fakt ist, dass es durchaus positive Erfahrungen in dieser Richtung aus der Vergangenheit gibt. In diesem Fall, also bei den „Sozialforen“, wurde die Teilnahme aber zu einer Stärkung jener Führungskräfte, die darauf abzielten, solche kommunistische Aktivitäten zu kanalisieren und zu assimilieren. Viel mehr noch, wenn diese politischen Kräfte von verschiedenen Regierungen unterstützt werden, ist es augenscheinlich, dass diese sich nicht wünschen, eine Bewegung zu entwickeln, die sich gegen imperialistische Interessen richtet. Beurteilt man die Zusammensetzung des ‚Griechischen Sozialforums‘, so glauben wir, haben wir das Recht zu sagen, dass solch eine Bewegung von dem Moment an, in dem politische Kräfte und Gewerkschaftsführungen, die über Jahre hinweg den Weg für kapitalistische Restrukturierungspolitik öffneten und förderten, die Bewegung bestimmten, keinerlei Autorität haben kann. Wir können davon ausgehen, dass wir es mit Kräften zu tun haben, die internationalistische Handlungen mit vagen und fragwürdigen Parolen ausnutzen, um einen Profit im Innern ihrer Länder haben zu können.

Es gibt unterschiedliche Bewegungen und sie entwickeln sich in vielen Ländern. Neue Organisationen und Initiativen tauchen auf, Klassenkämpfe werden ausgetragen, Solidaritätskundgebungen finden statt. Die Hauptsache ist, zukunftsunfähige Entscheidungen zu vermeiden, die ein Hindernis für die Dynamik der Bewegung sind und stattdessen solche Initiativen zu unterstützen, die in die entgegengesetzte Richtung laufen, selbst wenn diese nur auf spontane Weise funktionsfähig sind. Das Kriterium einer Teilnahme soll nicht sein, dass wir in allen Punkten übereinstimmen, sondern dass wir dazu beitragen, die einzelnen Kräfte in eine

militante, radikale Richtung zu führen und aus den gemeinsamen Erfahrungen mit ihnen lernen. Es macht einen großen Unterschied, ob wir eine Menge unterschiedlicher Tendenzen in einer Bewegung haben, die grade ihre ersten Schritte macht, oder ob wir uns in einer ‚Bewegung‘ einengen, die schon längst einverleibt wurde. Es ist natürlich richtig, dass es in der ‚Forumbewegung‘ militante teilnehmende Kräfte und Individuen gibt, vor allem in den Regionen, wo die Bewegung im Aufstieg ist. Dies ist aber in Europa nicht der Fall. Wir glauben, dass dieses Thema das Objekt einer solidarischen Kritik und des Austausches von Erfahrungen sein soll. Es setzt voraus, dass wir die Entwicklung einer starken, massiven und richtig orientierten internationalen Front, die das Bündnis antiimperialistischer und anti-monopolistischer Kräfte ausdrückt, fördern. Das ist die Aufgabe und Verantwortung aller Kommunisten heute.

KKE, Griechenland

Michael Opperskalski/Frank Flegel: Die kommunistische Bewegung in Deutschland und das Problem der Einheit ⁴²⁷

Teil 1 – Frank Flegel: Über den Zusammenhang von Kapitalismusanalyse und Sozialismusbestimmung

Die so genannte Linke in Deutschland ist zerstritten und zersplittert. Das ist kein Wunder, denn zur Linken zählen sich Anhänger der unterschiedlichsten Theorien mit unterschiedlichsten Zielen. Wie steht es aber mit der kommunistischen Bewegung? Sie ist kaum weniger zerstritten und zersplittert. Wieso das? Für die kommunistische Bewegung gilt doch der Marxismus und der Leninismus als Grundlage, oder? Doch hier beginnen schon die Probleme.

Wir sind der Auffassung, dass es ohne ein gemeinsames Ziel keinen gemeinsamen Weg geben kann. Das Ziel der Kommunisten/innen ist der Sozialismus.

Was aber ist der Sozialismus? Schon immer gibt es unterschiedlichste Formen und bereits Marx und Engels haben sich damit auseinandergesetzt: Es gab und gibt den kleinbürgerlichen Sozialismus, den utopischen Sozialismus, den Anarchismus, den freiheitlichen Sozialismus, den Selbstverwaltungs-sozialismus, den Marktsozialismus, den demokratischen Sozialismus, den Sozialismus für das 21. Jahrhundert - und den wissenschaftlichen Sozialismus. Wir wollen uns heute mit der Zielbestimmung befassen, bevor wir über Wege nachdenken. Deshalb geht es zunächst um Ökonomie. Ich hoffe, dass ich Euch nicht zu sehr langweile.

Wie Ihr sicherlich alle wisst, beginnt das Marxsche „Kapital“, das Hauptwerk der ökonomischen Theorie des Marxismus, mit der Analyse der Ware. Ich mute Euch jetzt einen ungeheuer kurzen Schnelldurchlauf zu, denn es geht mir darum, deutlich zu machen, dass es eine innere Logik gibt, die mit der Ware anfängt und mit dem Imperialismus aufhört. Und um das deutlich zu machen, jetzt ein ganz kurzer logische Abriss:

Waren sind Gebrauchsgegenstände, die durch voneinander unabhängige, unterschiedliche Privatarbeiten hergestellt und danach ausgetauscht werden, d.h. die Erdbeertorte, die die Oma zu

⁴²⁷ Aus: „offen-siv“ 5-2007; Ausgabe Mai-Juni des Jahres, S. 68-81, Auszüge

ihrem 70. Geburtstag backt und die am selben Nachmittag von Kindern und Enkeln aufgegessen wird, ist zwar ein Gebrauchswert, aber keine Ware. Die Erdbeertorte aber, die in der Bäckerei um die Ecke im Laden steht, um verkauft zu werden, ist eine Ware.

Die Marxsche Analyse der Ware zeigt, dass sie einerseits Gebrauchswert haben muss. Das ist der Nutzen, also das, was wir damit anfangen können, kurz gesagt, dass man das Brötchen essen kann. Die andere Seite der Ware ist der Wert, unmittelbar sichtbar in dem, was wir dafür bezahlen. Der Wert besteht aus abstrakt menschlicher Arbeit, allgemein menschlicher Arbeit.

Ware

Gw W

Die Ware ist als Gebrauchsgegenstand an sich selbst Gebrauchswert, das ist überhaupt kein Problem. Beispielsweise hat dieser Becher hier den Nutzen, dass man aus ihm trinken kann.

Aber mit dem Wert verhält es sich komplizierter. Die Ware kann nicht an sich selbst Wert sein. Man sieht es ihrem Warenkörper nicht an, dass sie Wert ist. Das Wertsein kann nur in Beziehung zu anderer Ware sichtbar werden.

Das heißt also: die Ware zeigt ihren Gebrauchswert immer an sich selbst und muss sich gleichzeitig mit anderer Ware gleichsetzen, um ihr Wertsein zu zeigen.

Und nun beginnt die Logik des Kapitals. Und die ist gar nicht so kompliziert, wie es manchmal scheint. Wir müssen uns jetzt die Ware als Subjekt vorstellen. Das wirkt jetzt wahrscheinlich etwas eigenartig, aber ist notwendig, um die Logik zu verstehen. Im Kapitalismus herrscht nun mal das Wertgesetz, also das Wertsein der Ware, als Subjekt der Gesellschaft und macht die Menschen zum ausbeutbaren Objekt.

Man stelle sich also vor, dass eine Ware ihr wirkliches Ware-Sein ausdrücken will, dass sie also ausdrücken will, dass sie Gebrauchswert und Wert gleichzeitig ist. Das kann sie nicht allein. Sie muss in ein Verhältnis treten zu einer anderen Ware:

$x \text{ Ware A} = y \text{ Ware B}$.

Das nennt Marx die „einfache Wertform“. Was heißt das? Die Ware A will ihren Wert ausdrücken und tut das in Gleichsetzung mit der Ware B. Besonders gut ist das nicht, denn allgemein menschliche Arbeit wird ausgedrückt in einer einzelnen, zufälligen anderen Arbeit. Die Ware A hat damit zwar immerhin gezeigt, dass sie mehr ist als nur Gebrauchswert, aber das Allgemeine der ihr innewohnenden Arbeit ist nur zufällig einzelnen zum Vorschein gekommen. Fazit: das ist ein schlechter Wertausdruck.

Die „entfaltete Wertform“, die Marx danach beschreibt, ist schon ein besserer Wertausdruck. Unsere Ware A setzt sich in Beziehung mit ganz vielen anderen Waren der Warenwelt.

y Ware B

z Ware C

x Ware A = a Ware D

b Ware E

usw

Anders gesagt: Der Charakter der allgemein menschlichen Arbeit erscheint nun in unendlich vielen unterschiedlichen konkreten Arbeiten. Dafür passt gut ein Begriff von Hegel: das ist die „schlechte Unendlichkeit“.

Erst, wenn alle Waren ihren Wert in einer anderen ausdrücken, wenn also gilt:

x Ware A

y Ware B

z Ware C = c Ware F = Geldware

a Ware D

b Ware E,

dann haben wir einen stimmigen Wertausdruck. Indem alle Waren der Warenwelt ihren Wert in einer einzigen Ware ausdrücken, repräsentiert diese eine Ware allgemein menschliche Arbeit.

Das entsteht, ohne dass Menschen irgend etwas tun müssen. Das entsteht aus der Logik der Sache, der Ware, selbst. Man kann es gut sehen in Krisensituationen oder Nachkriegszeiten, in denen es keine funktionierende Zentralgewalt des Staates gibt, die Geld von der Zentralbank her ausgibt. Da entsteht sofort und unmittelbar eine Zigarettenwährung oder ähnliches. Die Geldware entwickelt sich da, wo Waren, also Produkte voneinander unterschiedener Privatarbeiten, getauscht werden. Geldware entwickelt sich „automatisch“, aus der Sache selbst heraus, sie braucht keine Zentralbank dafür. Wie ja überhaupt der Kapitalismus wie Unkraut wächst, Kapitalismus entwickelt sich ohne bewusstes menschliches Handeln aus seiner eigenen Logik heraus, aus seinen eigenen Gesetzen - denen des Wertes nämlich – ohne bewusstes Zutun der beteiligten Menschen, ganz im Gegenteil, die Menschen sind nicht Subjekte, sondern werden zu Objekten der Gesetze der kapitalistischen Ökonomie.

Zurück zur Logik des Kapitals: wir waren beim Wertausdruck im Geld. Das ist ein recht guter Wertausdruck. Nun wird die Sache real: die Ware tauscht sich gegen Geld, das Geld wird wiederum getauscht gegen eine andere Ware und dann kommt – der Konsum.

Die Zirkulationsform:

Ware - Geld - Ware (W-G-W) ---- Konsum

Damit ist der Prozess zu Ende. Pointiert gesagt: Unsere arme kleine Ware wollte doch auf die Welt kommen, wollte zeigen, dass sie Ware, also Gebrauchswert und Wert ist, hat das zunächst im einfachen, sehr unbefriedigenden Wertausdruck gezeigt, hat sich dann das Geld geschaffen, um ihren Wert adäquat auszudrücken – und nun geht sie in die Zirkulation, realisiert den Formwechsel und am Schluss kommen wir daher und fressen sie auf!

Der Mangel an der Sache ist der Konsum. Der Konsum zerstört der Prozess unserer Ware. Nun, wie geht es weiter? Ganz einfach: wenn der Konsum das Problem ist, dann ist der Konsum halt einzuschränken. Konsumverzicht bzw. Konsumeinschränkung und Schatzbildung!

Konsum

W-G-W

Schatzbildung

Das wiederum ist die Voraussetzung für die Bildung des allgemeinen Begriffs des Kapitals. Hier kommt die Ware zu sich selbst. Der Mangel der einfachen Warenproduktion, dass nämlich die Konsumtion die Zirkulation beendet, ist überwunden.

Eine Geldsumme wird vorgeschossen, in Gebrauchswerte umgesetzt, allerdings in ganz bestimmte, nämlich Produktionsmittel und Arbeitskraft, diese werden miteinander verknüpft in der Produktion, das Resultat besteht aus neuen Waren, die nach ihrem Verkauf einen größere Wertsumme einbringen, als vorher vorgeschossen wurde.

Die Zirkulationsform:

	Produktionsmittel	
Geld - WareProduktion.....	Ware ` - Geld `
	Arbeitskraft	

Einige Bemerkungen zu dieser Formel: das ist der allgemeine Begriff des Kapitals. Und das ist als Begriff des Kapitals der Begriff der Ware. Die Ware durchläuft die unterschiedlichen Seiten ihrer selbst – die Wertseite, die Gebrauchswertseite, sie erhält sich dabei, unterwirft sich die Konsumtion (als produktive Konsumtion, womit sie sich die stofflichen und die menschlichen Bedingungen der Produktion unterwirft), entsteht dabei neu, vergrößert ihren Wert und wird zur prozessierenden Einheit ihrer selbst. Die am Anfang von mir noch als „arm und klein“ bezeichnete Ware wird nun zur Synthese der Gesellschaft, schafft ihre eigene Bewegung aus sich selbst. Ihre Zirkulationsformel ist ein sich selbst reproduzierender Kreislauf. Und was sich selbst reproduziert aus eigener Logik, das strukturiert Gesellschaft. Marx spricht hier vom sich selbst verwertenden Wert. Und ich sage es nochmals: das funktioniert ohne den bewussten Willen, ohne das bewusste Planen der beteiligten Menschen – nach seiner eigenen Logik. Und das ist die Logik des Wertgesetzes.

Das hat mehrere Folgen:

Erstens: die vom sich selbst verwertenden Wert genutzten Menschen werden von ihm als Ware Arbeitskraft eingekauft und zu seiner Verwertung eingesetzt. Das heißt, dass sich Subjekt und Objekt der Gesellschaft umkehren: nicht der Mensch ist Subjekt seiner Entwicklung, sondern das Wertgesetz herrscht, dieses wird zum Subjekt, der Mensch hingegen wird zum Objekt degradiert, Objekt des sich selbst verwertenden Wertes, des Kapitals, oder um es ganz grundsätzlich zu sagen: Objekt der Verselbständigung der Warenform seines eigenen Arbeitsproduktes!

Zweitens: es entstehen Klassen. Der Kapitalkreislauf bringt die Kapitalistenklasse (oder anders gesagt: die Bourgeoisie) und die Arbeiterklasse (oder anders gesagt: das Proletariat) auf die Welt. Und das geschieht auch völlig unabhängig, erstens: davon, wo die Menschen sich selbst einordnen, wie also der Bewusstseinsprozess aussieht, den die Beteiligten gerade durchlaufen; und zweitens: davon, was die Beteiligten gern hätten oder sich erträumen. Denn nach den Gesetzen des Warentausches gehört der Gebrauchswert einer Ware dem Käufer. Wenn also ein Kapitalist die Ware Arbeitskraft kauft, gehört ihm der Gebrauchswert dieser Ware, die Arbeit. Das ist wie beim Brötchen: wenn ich morgens beim Bäcker ein Brötchen kaufte, bezahle ich

seinen Wert. Mit dem Gebrauchswert kann ich machen, was ich will: Frühstück, Enten füttern, trocknen lassen und zu Paniermehl reiben oder was weiß ich. So auch mit der Arbeitskraft. Sie bekommt – im besten Falle – ihren Wert, den Arbeitslohn, und der Unternehmer kann mit dem Gebrauchswert, der lebendigen Arbeit, machen, was er will. Das Glück des Unternehmers ist: der Gebrauchswert der Arbeitskraft ist es, Wert zu schaffen, und zwar mehr Wert, als sie selbst kostet. Das ist die Wertschöpfung in der Hand des Kapitals, so entsteht der Gewinn.

Kurze Rekapitulation: es geht mir darum zu zeigen, dass aus der Ware über die Entwicklung der Geldform das Kapital entsteht. Das ist eine innere, zwingende Logik. Hast Du Warenproduktion, entwickelt sich der Prozess aus sich selbst heraus weiter zum Kapital – und zwar „von selber“, aus der Logik der Sache selbst heraus.

Aus dem Kapitalbegriff ergibt sich als nächster logischer Schritt das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation:

1. Das Kapital reproduziert seine eigenen Voraussetzungen und unterwirft sich damit die gesamte Gesellschaft. Vor allem reproduziert das Kapital a) die Arbeiterklasse und die Bedingungen der Existenz derselben, und damit zementiert es die Klassenspaltung der Gesellschaft; und b) die materiellen Voraussetzungen seiner Existenz, d.h. die Produktionsmittel (industrielle Revolution, Elektrifizierung, Elektronik, Digitalzeitalter usw.).
2. Der Mehrwert wird kapitalisiert. Da dies in der Kreisbewegung geschieht, reproduziert sich das Kapital nicht nur auf einfacher Grundlage, sondern es wächst.
3. Damit haben wir die Situation, dass der von der Arbeiterklasse geschaffene Wert als kapitalisierter Mehrwert ihr selbst als Mittel ihrer eigenen Ausbeutung entgegentritt und damit das „Credo“ der Warenzirkulation, der Äquivalententausch, in der Produktion vollkommen aufgehoben wird. Die Tendenzen der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die zur Monopolbildung führen, komplettieren dieses Bild.
4. Konzentration und Zentralisation des Kapitals (ich verzichte hier auf die Darstellung der Krisen und der Fragen des tendenziellen Falls der Profitraten usw.) bilden den logischen Übergang zur Imperialismustheorie von Lenin. Die Merkmale, die Lenin anführt, sind klar: Monopolbildung, Verschmelzung des produktiven Kapitals mit dem Bankkapital zum so genannten Finanzkapital, der Kapitalexport wird wichtiger als der Warenexport, die territoriale Aufteilung der Welt unter den Großmächten ist abgeschlossen und Märkte, Rohstoffquellen und Einflussgebiete der großen Kapitalverbände sind verteilt. Änderungen sind in der Regel nur noch gewaltsam vorzunehmen.

Das bedeutet aber Repression nach innen und Krieg nach außen. Und gleichzeitig zeigt der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium Anzeichen von Fäulnis und Parasitentum.

Kurzüberblick:

Die Tatsache, dass Arbeit als voneinander unterschiedene einzelne Privatarbeit verausgabt wird, was ja immer dann geschieht, wenn wir Privateigentum an den Produktionsmitteln haben, erzeugt die Warenzirkulation. Diese „setzt“ aus sich selbst heraus das Geld. Aus dem Geld entwickelt sich unmittelbar und in logischer Folge das Kapital. Das Kapital muss in den Akkumulationsprozess gehen und damit die Gesellschaft bestimmen. Mit der Kapitalisierung des Mehrwerts steigt die Kapitalsumme, steigt die Möglichkeit der Produktivkraftsteigerung,

steigt dementsprechend die Arbeitslosigkeit. Die Kapitale werden immer größer, schlucken sich zum Teil gegenseitig, größere wachsen, kleinere werden zerrieben, es entwickeln sich Monopole, internationale Verflechtungen usw., wie sie für den Imperialismus typisch sind.

Wir haben als Resultat, entwickelt aus der Ware, ein menschenfeindliches, kriegerisches, den Planeten zerstörendes System, das in der Dritten Welt Ausbeutung, Elend, Kriege und eine kaputte Arbeiterklasse schafft ohne Ende, in den Metropolen der Arbeiterklasse noch ein paar Almosen mehr gewährt – was im letzten Jahrzehnt aber massiv zurückgeschraubt wurde, eine kulturelle, mentale und existenzielle Verelendung ohne Beispiel, dazu auch hier Kriegsgefahr, Ausgrenzung, wachsende Armut und Elend. Das gesamte System ist nicht in der Lage, irgend etwas an menschlicher Entwicklung zu gewährleisten, sondern gefährdet diese ganz wesentlich.

Das kann man nicht besonders gut finden. Also: Wie kann man das ändern? Was muss passieren, wenn man das aufheben und eine neue gesellschaftliche Entwicklungsepoche eröffnen, in eine neue Gesellschaftsformation übergehen will?

Unser Ziel ist der Sozialismus. Dazu zunächst eine Bemerkung: Sozialismus ist etwas anderes als Kapitalismus, hat eine völlig andere Struktur. Ich hatte schon darauf hingewiesen: wenn man heute eine Gesellschaft sich selbst überlässt, entwickelt sich Kapitalismus von selbst und wächst wie Unkraut, ganz unabhängig davon, ob jemand weiß, was passiert oder ob niemand weiß, was passiert – das ist völlig irrelevant. Kapitalismus wächst von selbst, aus seiner eigenen Logik. Mit dem Sozialismus verhält sich das anders. Sozialismus muss von bewusst handelnden Menschen bewusst gemacht werden. Es gibt natürlich einige ökonomische Gesetze, auf die wir gleich kommen, trotzdem ist aber die Art und Weise, Sozialismus zu machen, eine menschliche Aktivität, die Bewusstsein voraussetzt, die Wissen voraussetzt, die Planung voraussetzt und bewusstes Handeln. Das ist gut und schlecht gleichzeitig. Denn wenn das, was man macht, Wissen und Bewusstsein voraussetzt, kann man es auch falsch machen.

Man muss es also richtig machen. Nun ist die Frage: was ist richtig? (Und das ist der große Streitpunkt.)

Warenproduktion entwickelt sich auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, gesellschaftliche Arbeit wird als voneinander unterschiedene einzelne Privatarbeit verausgabt. Egal, ob das eine kleine Klitsche eines Tischlers oder ein Weltkonzern wie beispielsweise VW ist, Grundlage der Warenproduktion ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln – und bitte: nicht die Arbeitsteilung (wie es von manchen Autoren, beispielsweise Matho oder Steigerwald, in der letzten Zeit behauptet wurde).

Daraus folgt, was wir im Bereich der Ökonomie machen müssen:

1. Überführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum. Das heißt
2. die gesellschaftliche Arbeit wird nicht mehr – wie im Kapitalismus – in Form von voneinander unabhängigen Privatarbeiten verausgabt, sondern die Arbeit wird nach einem gesamtgesellschaftlichen Plan unmittelbar als gesellschaftliche Arbeit verausgabt.
3. Dazu muss es ein gesamtgesellschaftliches Wirtschaften geben, wohlgemerkt: ein gesamtgesellschaftliches! Sonst wäre eine direkte Verausgabung der Arbeit als gesellschaftliche Arbeit nicht möglich und wir wären wieder beim Warentausch, denn ob ein Privatbetrieb einer Einzelperson, einer Schar von Aktionären oder der Belegschaft gehört,

ändert am privaten Charakter des Wirtschaftens nichts. Es herrscht dann immer noch Warenproduktion. Erst ein gesamtgesellschaftliches Wirtschaften macht es möglich, das Wertgesetz und die Warenzirkulation zunächst zurückzudrängen und es schließlich aufzuheben.

4. Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln kann der Gebrauchswert als Ziel der Produktion bestimmt werden, d.h. die möglichst allseitige Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse – und nicht mehr die Rentabilität des Einzelbetriebes bzw. der möglichst hohe Profit eines Konzerns. Wie, mit welchem Aufwand, zu welchen eventuell auch phasenweise unrentablen Bedingungen was produziert werden soll, muss die sozialistische Gesellschaft natürlich auf irgend eine Weise erörtern, darf sich aber nicht vom Profitprinzip des Einzelbetriebes leiten lassen, denn das Wertgesetz ist das Gesetz des Imperialismus.

Das sind – in Kurzform - die ökonomischen Bedingungen, Notwendigkeiten und Ziele für den Sozialismus. Um diese zu erreichen, sind umfangreiche politische Veränderungen notwendig.

5. Das Proletariat muss die Bourgeoisie im politischen Klassenkampf besiegen. Sonst kann es das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht aufheben und sich nicht selbst – und damit die von ihm strukturierte Gesellschaft, den Sozialismus – in ihren Besitz setzen.
6. Das Proletariat muss die politische Macht erobern und die Produktionsmittel enteignen. Das sind die Grundvoraussetzungen dafür, eine andere Art des Wirtschaftens einführen zu können (und die Konterrevolution niederzuhalten). Wenn Arbeit als unmittelbar gesellschaftliche verausgabt werden soll, dann kann es und darf es keine Warenproduktion mehr geben. Natürlich gibt es diese noch, wenn der Sozialismus auf die Welt kommt.
7. Zurückdrängen der Warenproduktion und Warenzirkulation. Ziel: Aufhebung der Warenproduktion und des Wertgesetzes. Wohlgemerkt das Ziel, denn – mal angenommen, das Proletariat schafft es übermorgen, in Deutschland die sozialistische Revolution zu machen - dann übernimmt es natürlich eine Warenwirtschaft, und es ist ein Prozess, bis man so weit kommt, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen und ein noch längerer Prozess, bis man dahin kommen kann, dass es keine Warenproduktion und Warenzirkulation im Sozialismus mehr gibt. Aber es muss Ziel sein, diese Dinge aufzuheben, denn erst, wenn das Wertgesetz nicht mehr gilt, kann man im eigentlichen Sinne des Wortes von Sozialismus reden. Denn erst dann ist eine gesamtgesellschaftliche Planung möglich ohne fremde Zwänge, die vom Wertgesetz herrühren.
8. Gesamtgesellschaftliches Wirtschaften heißt zentrale Planung, heißt Primat der Produktionsmittelindustrie und proportionale Entwicklung der unterschiedlichen Sektoren der Wirtschaft.

Eine Revolution, die sich nicht verteidigen kann, taugt nichts. Deshalb ist unverzichtbar, größtes Augenmerk zu legen auf die

9. Verteidigung des Sozialismus. Diese muss auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden:
 - a. Auf der Ebene der Theorie = Dauerhafter Kampf gegen den Revisionismus. Die Gorbatschowschen Märchen haben den Sozialismus handlungsunfähig gemacht.

Mir will es so scheinen, als hätten unsere Altvorderen genauere und den Verhältnissen grundsätzlich besser angepasste Theorien aufgestellt (weil sie die Grundlagen, die Logik, herausgearbeitet haben), als es deren Nachfolger in den letzten Jahrzehnten des Sozialismus in Europa taten. Die so genannten „Erneuerungsprozesse“ sind meiner Meinung nach mit größter Vorsicht zu genießen, was die Theoriebildung angeht. An der logischen Folge, wie sie von Marx dargelegt ist, ändert sich nichts, egal, ob wir das Jahr 1871, 1914, 1918, 1933, 1945, 1989 oder 2007 schreiben. Diese logische Folge gilt, so lange der Kapitalismus lebt. Deshalb, ich sage es nochmals, ist auf der Ebene der Theoriebildung ganz wichtig und unverzichtbar der Antirevisionismus. Dafür ist notwendig: Wirksame Massenarbeit, Volksbildung, Einbeziehung der Menschen in das Wissen um die Verhältnisse.

- b. Auf der Ebene der politischen Macht = Aufbau eines wehrhafter Staatsapparates, besonders braucht man so etwas wie eine Volksarmee, eine Volkspolizei – und selbstverständlich Geheimdienste. Wenn der Sozialismus auf die Welt kommt, wird er unmittelbar, sofort und dauerhaft bekämpft von der bourgeoisen Konterrevolution – und dies mit allen Mitteln. Wenn sich der Sozialismus davor nicht schützen kann bzw. die Konterrevolution nicht besiegen oder zumindest so weit schwächen kann, dass er überlebt, war alles umsonst.

10. Das alles zusammen kann – wie Marx sagt – nichts anderes sein als die revolutionäre Diktatur des Proletariats, oder anders gesagt: die Diktatur der Mehrheit über die ausbeutende Minderheit.

Das war der ökonomische Abriss der Sache. Ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass es eine Logik der Verhältnisse gibt.

Erstens: Die zwingende Logik des Wertgesetzes im Kapitalismus führt dazu, dass sich aus der Ware der Imperialismus entwickelt.

Zweitens: So lange es Kapitalismus gibt auf der Welt, gilt in ihm diese Grundstruktur, diese Logik des Wertgesetzes, wie sie von Marx herausgearbeitet wurde.

Drittens: Sozialismus ist eine neue ökonomische Gesellschaftsformation, eine völlig andere Art zu wirtschaften, die sich auf eine andere Klasse stützt und schließlich – im Kommunismus – die Klassenherrschaft überhaupt aufhebt, aber zunächst und für ziemlich lange Zeit dem Klassenkampf ausgesetzt ist und sich nur auf eine Klasse, das Proletariat, stützen kann. Und das drückt der Begriff „Diktatur des Proletariats“ bestens aus.

Nur wenn wir uns hierüber einig sind, können wir einen gemeinsamen Weg gehen.

Und wer diese Grundlagen ganz oder zum Teil ablehnt oder für überholt hält, wird nach wenigen Metern des gemeinsamen Weges abbiegen und unsere Marschrichtung als falsch, gefährlich, sektiererisch usw. denunzieren.

Teil 2 - Michael Opperskalski: Über die Rolle der Wissenschaftlichkeit bei der Bestimmung kommunistischer Politik

Wir haben unsere Veranstaltung ganz bewusst genannt: „Einheit der Kommunisten“. Der Marxismus und, weiterentwickelt durch Lenin zum Marxismus-Leninismus, ist eine Wissenschaft und keine Glaubensfrage, wie es manchmal zu hören ist.

Wir glauben nicht, sondern wir wissen.

Das ist der erste Unterschied – und deshalb haben wir unsere Veranstaltung „Einheit der Kommunisten“ genannt, weil die Kommunisten sich in dieser entscheidenden Frage von allen anderen Trägern und anderen Sozialismusvorstellungen unterscheiden. (Zuruf aus dem Publikum: „Sollten!“) Sicher, man könnte „sollten“ hinzufügen. Dieser Zuruf „Sollten“ ist aus meiner Sicht die Bekräftigung der Tatsache, dass es nach unserer Auffassung in Deutschland keine kommunistische Partei gibt, die den marxistisch-leninistischen Grundkriterien entspricht. Deshalb kann man auch sagen: dieses „sollten“ ist eine passende Beschreibung des Ist-Zustandes.

Wir sprechen also über die notwendige Einheit der Kommunisten, d.h. mit anderen Worten, über die notwendige Einheit jener Anhänger von Sozialismusvorstellungen, die von einem wissenschaftlichen und nicht von irgend einem anderen Sozialismusbild ausgehen. Die Kommunisten sind die Träger des wissenschaftlichen Sozialismus. Und wir haben eine Unmenge von Anhängern aller möglicher anderer Sozialismus-vorstellungen.

„Einheit der Kommunisten“ – wie kann sie nur aussehen, wenn es wirklich eine kommunistische Einheit sein soll?

Zunächst: die Kommunisten sind entstanden in der Auseinandersetzung, und zwar in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Anhängern anderer Sozialismusvorstellungen. Bereits im Kommunistischen Manifest, unserem Ur-Ur-Dokument, sind Kriterien formuliert worden, die die Kommunisten von Anhängern anderer Sozialismusvorstellungen unterscheiden. Hier werden nicht nur bestimmte Begrifflichkeiten eingeführt, sondern klare inhaltliche Zielsetzungen gegeben, die Frank in seinem Referat vor mir eben deutlich erläutert hat. Und schon Marx und Engels haben sich in unterschiedlicher Weise und in zum Teil harten Polemiken mit den Anhängern anderer Sozialismusvorstellungen auseinandergesetzt und sodann auch in der sich entwickelnden sozialdemokratischen Partei, der SPD, entsprechende Positionen gegen revisionistische Aufweichungen der Wissenschaftlichkeit des Sozialismus, gegen Revisionismus und Opportunismus, polemisiert, agitiert und organisiert.

Die Auseinandersetzung um die Wissenschaftlichkeit und die Notwendigkeit der Wissenschaftlichkeit des Sozialismus hat auch logischer Weise dann in der Arbeiterbewegung zur notwendigen Spaltung geführt in Kommunisten, die diese verteidigten, und Sozialdemokraten, die diese aufgegeben haben und die in Konsequenz offen auf Seiten des Klassengegners Position bezogen haben. Deutlich geworden, ja explodiert ist das vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg, wo die Sozialdemokratie die eigene Bourgeoisie verteidigt hat, für das Millionenschlachten gegen andere Völker stimmte, statt zu propagieren, die Gewehre umzudrehen und der Bourgeoisie ein für alle Mal den Garaus zu machen.

Die Kommunistische Partei musste also entstehen, um nicht nur die Wissenschaftlichkeit des Marxismus zu verteidigen, sondern um sie auch in die Praxis umzusetzen.

Und alles, was man z.B. gestern, also zur Zeit Gorbatschows und auch heute immer noch als modern, weiter entwickelt, erneuert usw. hört, ist definitiv nicht neu. In Köln – ich bin Kölner – sagt man dazu: „Alter Kack in neuem Frack“. Die Fragen, dass es z.B. keine Partei mehr geben darf und keine Diktatur des Proletariats, dass man glauben soll, und dass eine Einheit der Linken ruhig vage sein kann, das ist mit anderen Worten bereits diskutiert worden in den Auseinandersetzungen vor 100 Jahren – in den Auseinandersetzungen zwischen Lenin und Kautsky, in den Auseinandersetzungen zwischen den Führern der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei. Und es ging immer wieder um Grundfragen.

Krieg oder Frieden? Die Frage nach dem Charakter des Staates! Was bedeutet „Staat“? Ist der Staat ein Neutrum, das über allem steht, oder ist er eine Maschinerie zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere? Wenn das so ist, muss man sich fragen: welche Klasse wird zu welchem Zweck durch den Staat unterdrückt? Die Kommunisten sagen – im Unterschied zu anderen, die vom Staat als Neutrum ausgehen und meinen, dass man nur einzelne Personen ersetzen müsse und schon könne man Reformen vornehmen – wir Kommunisten sagen: der Staat ist eine Maschinerie der Unterdrückung. Die Frage ist nur, welche Klasse unterdrückt wird. Und wir sagen ja, wir sind dafür, dass die Minderheit der Ausbeuter, der Barbaren unterdrückt wird entsprechend der jeweiligen historischen Notwendigkeiten, die sich ergeben, damit die Mehrheit, die bis dato unterdrückt wurde, die Macht ausüben kann, wir sagen ja zur Diktatur des Proletariats, zum revolutionären Staat. Da kann es keinen Kompromiss geben in dieser Frage. Wird ein Kompromiss eingegangen, beginnt die kommunistische Partei ihre Wissenschaftlichkeit und damit ihren Charakter zu verlieren.

Diese Auseinandersetzung ist nicht neu. Ebenso nicht die Auseinandersetzung, dass das Proletariat nicht mehr revolutionär sein könne oder sogar gar nicht mehr existiere ist auch nicht neu. Die Vokabeln haben sich geändert, klingen heute moderner, aber die Inhalte haben sich nicht geändert.

Nach der Niederschlagung des Spartakusaufstandes, nach der Niederschlagung der Roten Ruhrarmee, nach der Niederschlagung der revolutionären Erhebungen des deutschen Proletariats gab es genau diese Diskussionen innerhalb der Arbeiterbewegung und besonders bei den kleinbürgerlichen progressiven Elementen, die dann schon vor rund 100 Jahren sagten: Arbeiterklasse? Die ist nicht mehr revolutionär. Die Arbeiterklasse hat keine Chance. Wir müssen „von innen heraus“ den Staatsapparat, d.h. die bürgerliche Maschinerie, versuchen, zu verändern. Das sind Parolen, die – ein bisschen verändert – heute z.B. die Linkspartei vertritt. Aber leider nicht nur die Linkspartei, sondern auch viele, die sich selber Kommunisten nennen, was zur Verwirrung der Menschen beiträgt.

Eine andere Frage, die damals ebenso brennend diskutiert wurde, wie sie heute diskutiert wird, für die also auch gilt: „Alter Kack in neuem Frack“, ist die Frage der Imperialismustheorie. Ist die Leninsche Imperialismusanalyse, einschließlich der Konsequenzen, die sich aus ihr ergeben (ich komme wieder auf Frank und die Wissenschaftlichkeit zurück), aktuell oder nicht? Heute hört man: sie sei nicht mehr aktuell. Der Lenin sei schon so lange tot und der Imperialismus habe sich rasant entwickelt, es gäbe jetzt Computer und High-Tech-Autobahnen und was weiß ich was alles noch, und das alles habe Elemente der Leninschen Imperialismustheorie aufgehoben oder relativiert. Da kann man jetzt sagen: Ihr Dogmatiker von der „offen-siv“ (das sagen sowieso viele), Ihr haltet an der Leninschen Imperialismustheorie fest, ihr seid ja in einem andern Jahrhundert verankert, Ihr seid ja ewig gestrige. Ist das so? Wir sagen: Imperialismus

bedeutet Barbarei, Imperialismus bedeutet Krieg, Krieg nach innen und Krieg nach außen. Das ist etwas, was wir jeden Tag sehen können. Schäuble und die neuen Sicherheitsgesetze, das ist der Krieg des imperialistischen Systems nach innen. Der Einsatz von Tornados in Afghanistan ist der Krieg des imperialistischen Systems nach außen. Das sagen wir.

Und die Schlussfolgerung daraus heißt: konsequenter Anti-Kriegskampf, militanter Anti-Kriegskampf, und zwar in der Form, dass wir den Menschen sagen: Innerhalb des imperialistischen Systems wird es keinen Frieden geben, dieses System muss abgeschafft werden. Punkt, Ende. Das ist die Konsequenz. Das bedeutet aber Militanz, das bedeutet eine andere Organisationsform als zur Zeit, das bedeutet andere Orientierungen, nämlich revolutionäre Orientierungen.

Wer sagt, dass die Leninsche Imperialismustheorie höchstens noch eine Daseinsberechtigung im Museum hat, wo man sie sich einmal im Jahr anschauen darf, wer sagt, dass die transnationalen Monopole zusammengewachsen sind und es deswegen höchstens noch in der Dritten Welt - von den imperialistischen Zentren gemeinsam geführte - Kriege geben kann, der sagt in der Konsequenz: Anti-Kriegskämpfe sind nicht notwendig; der sagt in der Konsequenz: man kann sich höchstens einsetzen für einige Projekte in der Dritten Welt, damit es dort nicht mehr ganz so kriegerisch zugeht; der sagt in der Konsequenz: es geht um Reformen, nicht um die Revolution. So konkret wird die Folge der Theorie in der Praxis – und so konkret war es damals. Das war die Auseinandersetzung und der Unterschied zwischen Kautsky und Lenin. Also nichts Neues.

Alle Fragen der Wissenschaftlichkeit des Marxismus-Leninismus standen von Beginn an unter heftigstem Feuer, nicht nur der Bourgeoisie, denn das ist logisch, die Bourgeoisie würde sich ja selber das Grab schaufeln, wenn sie uns nichts bis aufs Blut bekämpfen würde, sondern auch von Anhängern anderer Sozialismusvorstellungen. Und die Identität der Kommunistischen Partei ergab sich von Anfang, von der Gründung an daraus, dass sie die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus verteidigte und damit den anti-revisionistischen Kampf (Revisionismus heißt Aufweichung, Zerschlagung, Zerbröseln der Wissenschaftlichkeit) führte.

Und interessanter Weise waren die Kommunistischen Parteien dann am stärksten – und das lässt sich nachweisen – wenn sie diesen antirevisionistischen Kampf, in Konsequenz dann geführt parallel zum revolutionärem Kampf, am deutlichsten führten. Und sie waren dann am Ende, wenn sie diese Identität aufgaben. Das war in der alten KPD so, und das ist heute in Europa so, wo die militanteste, die revolutionärste, die am stärksten wachsende Kommunistische Partei die Kommunistische Partei Griechenlands, die KKE, ist, eine Partei, die im Vergleich mit anderen Formationen, die sich noch kommunistisch nennen, einen sehr konsequenten antirevisionistischen Kampf zur Verteidigung der Wissenschaftlichkeit des Sozialismus, gepaart und in Konsequenz daraus mit konsequentem Klassenkampf im Lande führt.

Mit anderen Worten: Wir sagen,

erstens, dass die Einheit der Kommunisten auf der Basis der Wissenschaftlichkeit notwendig ist, dass es aber ohne die Verteidigung der Wissenschaftlichkeit keine Einheit geben wird. In dieser Frage gibt es keine Kompromisse, denn sonst würde schon in den Geburtswehen der Einheit das Sterbeglöckchen geläutet werden. Wir haben genug Sterbeglöckchen vernehmen müssen, die die Kommunisten an den Rand der Existenz gebracht haben, und damit meine ich nicht nur die Sterbeglöckchen der Erschießungskommandos - davon gab es auch mehr als genug – unserer

Feinde, sondern die Sterbeglöckchen derjenigen, die die Bewegung von innen heraus mit revisionistischen Positionen verwässert und aufgeweicht haben;

zweitens, dass die Einheit der Linken eine Chimäre ist, überflüssig wie ein Kropf. Das beste Beispiel ist diese Konferenz. Eine solche Chimäre zu unterstützen, ist unsinnig, orientiert auf nichts als bestenfalls auf die Betrachtung der eigenen intellektuellen Bauchnabel.

Die entscheidende Orientierung dagegen ist zweierlei:

Erstens die Einheit der Kommunisten auf klaren Positionen, insbesondere – und die Möglichkeit wachsen, das ist eine Erfahrung, die wir als „offen-siv“ machen – dort anzuknüpfen, wo junge Menschen Orientierung suchen, sei es in der Gewerkschaftsjugend, sei es in der Intelligenz. Denen geht es um grundsätzliche Alternativen. Dort anzuknüpfen und diese Menschen zu organisieren und ihnen vor allem Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen, muss unsere nächste Aufgabe sein.

Zweitens: nicht die Einheit der Linken organisieren, sondern den Aufbau einer demokratischen, antiimperialistischen Volksfront als Voraussetzung für die proletarische Revolution. Eine Forderung, die wir übernehmen – weil wir sie für richtig halten – von der Kommunistischen Partei Griechenlands. Volksfrontpolitik in dem Sinne, wie er eben skizziert wurde, heißt: Zusammenarbeit mit allen Kräften, mit allen Strömungen, mit allen Institutionen, die sich im Widerspruch zu dieser imperialistischen Barbarei befinden – allerdings unter Führung der Arbeiterklasse. Das ist die entscheidende Frage – und diese entscheidende Frage wird nicht im Parlament gestellt, denn das ist eine vor allen Dingen außerparlamentarische Frage. Sie entsteht in den Kämpfen der Arbeiter, in den antifaschistischen Kämpfen junger Menschen, die sich gegen das wachsende Neonazi-Unwesen wehren, in den Kämpfen von Immigrantinnen und Immigranten, die sich gegen die Barbarei ihrer Lebensumstände wehren, in den Kämpfen zur Verteidigung demokratischer Rechte, wo Menschen gegen die zunehmende Faschisierung dieses Staates auf die Straße gehen – dort entsteht die Volksfront, und nicht in irgendwelchen Hinterzimmern irgendwelcher Parlamente. Die Parlamente machen erst Sinn, wenn sie genutzt werden können zur Entlarvung der herrschenden Klasse, ihrer Mechanismen, ihrer Tricks, ihrer Barbarei und damit zur Unterstützung einer Massenbewegung werden können durch Vertreter, die sich als solche verstehen. Man sollte sich nie der Illusion hingeben, dass man durch hinterbänklerische Kungeleien in den Parlamenten wirkliche Veränderungen in dieser imperialistischen BRD auch nur ansatzweise durchsetzen kann.

Schlussendlich bedeutet dies für uns ein großes Stück weit, wieder neu anfangen, denn ich sagte bereits anfangs: die Kommunistische Partei, die dem wissenschaftlichen Anspruch gerecht wird, haben wir nicht. Wir haben eine Reihe von Formationen, die ihre Existenzberechtigung haben, die ihre Traditionen und ihre Geschichte haben, die sich kommunistisch nennen, aber sie sind alle mehr oder weniger weit davon entfernt, Kommunistische Partei zu sein. Und dazu sei mir noch eine Bemerkung erlaubt: Wir haben wahrscheinlich mehr Kommunisten ohne Parteibuch als mit. Wir haben die katastrophale Situation, dass die meisten dieser Genossen einschließlich meiner selbst mehr graue als sonstige Haare haben, will sagen, nicht mehr die Jüngsten sind, und wir haben Generationen von Menschen in der Bundesrepublik, die vom Bauch her Veränderungen wollen, die auf der Suche sind nach einer grundsätzlichen Alternative zum Imperialismus, die aber noch nicht einmal ansatzweise etwas gehört haben oder wirkliche Informationen darüber haben, was eine wirkliche Alternative zu dieser Barbarei sein kann.

Das heißt: dort ansetzen, wo die Menschen sind. Das ist ein langfristiger Prozess, dieser Prozess braucht langen Atem, dieser Prozess führt dazu, dass man gelegentlich als Dogmatiker verschrien wird, als Sektierer, dass man in irgend eine Ecke gestellt wird, aber: „There is no other way around it“ (Daran führt kein Weg vorbei!)

Das eigentliche Urteil über uns wird die Antwort auf die Frage sein, ob es uns gelingt, die Strukturen für eine neue Kommunistische Partei durch das organisierte Ansprechen von vor allem jungen Menschen anzugehen, unsere Wissenschaft zu verteidigen und zu beginnen, diese Wissenschaft wieder neu zu verankern.

Ich wiederhole: Das ist die entscheidende Frage.

Michael Opperskalski, Köln

Kurt Gossweiler: Brief an Vera und Julius T., 27. 12. 1990 ⁴²⁸

Liebe Vera, lieber Julius,

hoffentlich hat all das, was seit April 1990 in der Sowjetunion passiert ist, das Unverständnis für eine kritische Position gegenüber der so genannten Perestroika und ihrem Erfinder etwas abgebaut. Natürlich wirst Du Dich, liebe Vera, an Einzelheiten Deines Briefes kaum noch erinnern. Ich möchte dennoch auf Deine Fragen und Gedanken eingehen, weil es mir natürlich wichtig ist, mich verständlich zu machen, es wenigstens zu versuchen. Dabei muss ich aber noch einmal voran stellen, auf welches Deiner Argumente ich Bezug nehme.

Methodisch stellst Du die von Dir erlebte Praxis der Schwierigkeiten der Zusammenarbeit der RGW-Länder meinen theoretischen Erwägungen gegenüber, womit ich mich ja eigentlich geschlagen geben müsste, da für mich selbstverständlich die Fakten, die Realität, das Primare sind, die Theorie das Abgeleitete ist. Nur: aus jeder beliebigen Tatsache lassen sich – je nach Standpunkt, Blickwinkel, Beleuchtung – ganz unterschiedliche Theoreme ableiten. Isoliert und einseitig betrachtete und beleuchtete Tatsachen sagen daher gar nichts aus über Richtigkeit oder Falschheit einer Theorie. Unbestreitbar ist aber, dass eine richtige Theorie unentbehrlich ist für eine richtige Praxis sozialistischen Aufbaus.

Die Ursache für die fehlende Einheit der ehemaligen sozialistischen Länder siehst Du in den großen Unterschieden ihres jeweiligen Entwicklungsniveaus, während diese Unterschiede im EWG-Bereich viel geringer seien. Ich halte dagegen: Dass die Unterschiede groß sind, muss keineswegs besagen, dass eine Zusammenarbeit und ein organisches Zusammenwachsen unmöglich sind. Schließlich waren die Unterschiede im Entwicklungsniveau der verschiedenen Republiken und Regionen der Sowjetunion kaum geringer, und dennoch gelang es, daraus einen funktionierenden Wirtschaftsorganismus zu bilden, der imstande war, die in der ganzen Geschichte der Staaten einmalige Belastungs- und Bewährungsprobe zu bestehen, wie sie der Vaterländische Krieg darstellte. (Die Tatsache, dass die heutige Sowjetunion und ihre Leiter nicht einmal mit einer Rekordernte fertig werden, diese vielmehr für sie fast eine Katastrophe bedeutet, schafft diese Tatsache nicht aus der Welt und kann auch ihre Bedeutung nicht ins Gegenteil verkehre.)

⁴²⁸ Aus: „offen-siv“ 4-2005; Sonderheft: „Wendebriefe“, S. 47-54, Auszüge

Weiter: Auch zwischen den Staaten der EWG besteht ein riesiges Gefälle im Entwicklungsniveau, ja sogar innerhalb der einzelnen Länder, man denke nur an einen Vergleich BRD – Italien, oder gar Griechenland oder Portugal, oder an Norditalien – Mezzogiorno, oder Südengland – Schottland.

Und schließlich: es ist ja wohl nicht nur reine Theorie, dass auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln aus der Ökonomie viel weniger Hindernisse für eine Zusammenarbeit erwachsen als aus dem kapitalistischen Privat- bzw. Konzerneigentum. Voraussetzung ist allerdings, dass an der Spitze der sozialistischen Länder und ihrer regierenden Parteien nicht Nationalisten, sondern Internationalisten, Marxisten-Leninisten stehen. Was in den kapitalistischen Ländern die Hegemonie des oder der Stärkeren bewirkt, den ökonomischen Zwang zum Beitritt in die `Gemeinschaft`, weil das Draußenbleiben den Ruin bedeutet, das muss unter den Bedingungen einer sozialistischen Staatengemeinschaft die Gemeinsamkeit der Auffassungen über Ziel und Weg, gewonnen aus der wissenschaftlichen Analyse der Verhältnisse, bewirken.

Um nicht Lenin zu zitieren, der ja auch schon nicht mehr vertrauenswürdig ist, weil er im Verdacht steht, der Erzvater des „Stalinismus“ zu sein, greife ich auf Bucharin zurück, dem jetzt – allerdings, wie ich meine, sehr zu Unrecht – nachgesagt wird, seine Konzeption des sozialistischen Aufbaus hätte all die Übel vermeiden lassen, die man jetzt auf dem Weg der Sowjetunion entdeckt hat. Aber er hat mit den folgenden Formulierungen einer allgemeinen marxistischen Erkenntnis unbedingt Recht: „Die Bourgeoisie hat den Kapitalismus nicht geschaffen, er schuf sich selbst. Das Proletariat als ein organisiertes kollektives Subjekt wird den Sozialismus als ein organisiertes System errichten. Während der Prozess der Entstehung des Kapitalismus ein spontaner Prozess war, ist der Prozess der Errichtung des Kommunismus ganz entscheidend ein bewusster, d.h. organisierter Prozess.“ (Aus dem Englischen übersetzt nach Stephen F. Cohen, Bucharin and the Bolshevik Revolution, Oxford University Press, 1980, S. 90.) Bucharin fügt hinzu, dass dies also ein geplanter Prozess sei. Wie gesagt, das alles ist nicht neu, aber weitgehend vergessen, zumindest aber werden die Konsequenzen solcher Binsenweisheiten entweder nicht gesehen oder gar verworfen. Zu diesen Konsequenzen gehört, dass die Errichtung des Gebäudes nur gelingt, wenn der Plan stimmt, d.h. allen Erfordernissen der Realität gerecht wird. Es ist ganz natürlich, dass bei einem erstmaligen, schon deshalb schwierigen Unternehmen, um den Plan, um den Gesamtplan, mehr noch aber um die einzelnen Schritte zum Ziel gerungen wird, dass es Meinungsverschiedenheiten gibt, weil selbst die beste Bau-Anleitung, die genauesten Tabellen zur Berechnung der Tragfähigkeit des Fundaments und der Pfeiler, nicht alle Fragen, die im Prozess des Bauens auftauchen, beantworten können.

Eines aber wird aus dem Bucharin-Zitat bzw. der Erkenntnis, die es enthält, klar: je schwieriger der Bau – z.B. durch das große Gefälle im Entwicklungsniveau -, desto wichtiger wird es, richtig vorzugehen, d.h. desto wichtiger wird die Theorie für die Praxis.

Die von Dir aufgezeigten Schwierigkeiten bestätigen nur, was ich dargelegt habe: aus dem unterschiedlichen Gefälle erwachsen Schwierigkeiten, die zur Desintegration statt zur Integration führten, weil der „Bauplan“ 1955 eine einschneidende Änderung erfuhr: diese Änderung verwarf einen gemeinsamen Plan für das Gesamtgebäude und überließ es jedem Land und jeder Partei selber, mit welchem Material, mit welcher Technik, nach welchem Grundriss, nach welchen Berechnungen der Statik usw. sie ihren Abschnitt ausbaute – und jetzt wird, nachdem die Preisgabe der richtigen Theorie zu dem vorhersehbaren Zusammenbruch geführt hat, aus

dem Zusammenbruch die neue Theorie gemacht, dass das Unternehmen von Anfang an zum Scheitern verurteilt war und deshalb besser erst gar nicht unternommen worden wäre. Oh, wären doch Marx und Lenin erst gar nicht geboren worden!

Gerade, weil die Aufgabe der Errichtung des Sozialismus im internationalen Maßstab so schwierig war, war die Preisgabe des Internationalismus zu Gunsten des so genannten „Nationalkommunismus“ so verheerend und lebensgefährlich, gerade deshalb kann und darf man einen solchen, scharfen Einschnitt in der Geschichte des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als eine *quantité négligeable* behandeln, auch wenn es einem noch so sehr gegen den Strich geht, dass damit ein Mann, Chruschtschow, der bei vielen als eine Lichtgestalt im Bewusstsein lebt, weil er als erster Sowjetführer Stalin als ‚Teufel in Menschengestalt‘ vorgeführt hat, mit der Verantwortung für eine verhängnisvolle Entscheidung und Entwicklung belastet wird.

Damit bin ich bei Deinem Hauptvorwurf, ich nähme Stalin in Schutz. Diese Inschutznahme siehst Du darin, dass ich in These 7 meines Briefes schrieb, dass man Stalin „sicher eine ganze Menge vorwerfen kann“, dass es aber ein zu einfaches Verfahren sei, ihn für alles verantwortlich zu machen, was seine Nachfolger zu verantworten hätten. Wenn Du das bereits als eine Inschutznahme ansiehst, dann ist vor einem Vorwurf dieser Art nur derjenige gefeit, der widerspruchslos die These akzeptiert, dass alle Übel, die sich in der Sowjetunion seit dem Machtantritt Gorbatschows in so unvorstellbarem Maße kumulieren, allein auf das Schuldkonto Stalins gehen. Wer dem nicht zustimmt, nimmt den „Teufel in Menschengestalt“ in Schutz und ist damit selbst fast mit dem Teufel im Bunde.

Ich verstehe sehr gut, das Menschen, die unter den damaligen Repressalien gelitten haben, so empfinden wie Du. Zugleich aber erlebe ich immer wieder, dass solche Emotionen, wenn ihnen erlaubt wird, die Beurteilung des gegenwärtigen Geschehens zu lenken, dazu führen, dass nur gesehen wird, was man sehen will, dass eine vorurteilslose Stellungnahme ungeheuer erschwert, wenn nicht gar unmöglich ist. Die Behauptung, alle Übel der Gegenwart in der Sowjetunion und der Untergang des Sozialismus seien letztlich das Werk Stalins ist für mich ebenso wenig akzeptabel wie die Existenz von Teufeln.

An dieser Stelle möchte ich einige Fragen loswerden, die mich schon lange beschäftigen:

Wie hast Du eigentlich die Geschichte der Sowjetunion und die Rolle Stalins am 8. Mai 1945 gesehen?

Und wie hast Du den 20. Parteitag erlebt; war Chruschtschows Geheimbericht für Dich nur eine Bestätigung Deiner bisherigen Ansichten oder hast Du erst durch diese Rede eine neue Sicht auf die Dir bereits bekannten – sei es aus eigenem Erleben, sei es durch Veröffentlichungen – Tatsachen wie die Moskauer Prozesse, die während des Krieges durchgeführten Aussiedlungen u.a. gewonnen?

Warst Du über die Beurteilung der sowjetischen Geschichte durch Gorbatschow auf dem 27. Parteitag 1986 überrascht und hat seine Darstellung, in der doch die positive Würdigung auch des Wirkens Stalins überwog, Deinen Widerspruch hervorgerufen?

Oder warst Du damals damit einverstanden?

Und als letztes die Frage:

Wie war es, als Du im Februar 1946 in Stalins Rede in der Wählerversammlung gehört oder gelesen hast: „Unser Sieg bedeutet vor allem, dass unsere sowjetische Gesellschaftsordnung gesiegt hat, dass die sowjetische Gesellschaftsordnung die Feuerprobe des Krieges mit Erfolg bestanden und ihre volle Lebensfähigkeit bewiesen hat; unser Sieg bedeutet zweitens, dass unsere sowjetische Staatsordnung gesiegt hat, dass unser sowjetischer Nationalitätenstaat alle Prüfungen des Krieges bestanden und seine Lebensfähigkeit bewiesen hat“? Hast Du das damals als Wahrheit oder als Lüge empfunden?

Und was war es nun wirklich?

Mit herzlichen Grüßen, Kurt Gossweiler

Dank für Unterstützung durch Rat und Tat gebührt neben den vorn
genannten Autorinnen und Autoren:

Hans Fischer,
Kurt Gossweiler,
Dieter Hainke,
Ronny Hirsch,
Anna C. Heinrich,
Leo Kever,
Günther Lange,
Horst Mette,
Michael Opperskalski,
Ursula Siegmayer,
André Vogt,
Andrea Vogt,
Hans Wauer.

offen-siv

Freundeskreis der Zeitschrift offen-siv

Die Zeitschrift „offen-siv“ veröffentlicht unverzichtbare historische Analysen und wichtige Dokumente. Sie macht diese für die aktuelle Situation nutzbar und verbreitet zum gleichen Zweck wichtige internationale Berichte, Aufrufe und Fakten. Die Zeitschrift „offen-siv“ deckt bedingungslos die aktuelle Entwicklung des Imperialismus auf und sie analysiert ebenso bedingungslos den Zustand der aktuellen linken und kommunistischen Bewegung. Sie führt die Debatte über das sozialistische Ziel vor allem auf der bisher sehr vernachlässigten Ebene der Ökonomie. Sie lässt sich bei all ihren Aktivitäten vom Marxismus-Leninismus leiten und verteidigt ihn sowohl gegen seine traditionellen wie auch gegen seine aktuellen, modisch getarnten Gegner. In diesem Sinne organisiert die Zeitschrift „offen-siv“ eine systematische, marxistisch-leninistische Grundlagenbildung in Form eines Fernstudiums.

Mit all dem leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung der Einheit der Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

Möglich ist das alles nur, weil „offen-siv“ von revisionistischen und/oder opportunistischen Kräften unabhängig und von diesen nicht erpressbar ist.

Soll diese Unabhängigkeit und damit die Qualität der Arbeit auch in Zukunft erhalten bleiben, ist eine solidere finanzielle Absicherung notwendig als bisher.

Deshalb rufen wir dazu auf, dem „Freundeskreis der Zeitschrift offen-siv“ beizutreten!

Es unterzeichnen diesen Aufruf und bitten Euch um Mithilfe:

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Hochschullehrer, Wroclaw, Polen // Ph.Dr. Josef Skála, Mitglied der KSCM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens), Prag, Tschechische Republik // Lisl Rizy, Herausgeberin der österreichischen „Neuen Volksstimme (nvs)“ Mitbegründerin der „Kommunistischen Initiative“, Wien, Österreich // Dr. Eva Ruppert, Pädagogin, Bad Homburg, Bundesrepublik Deutschland // Manik Mukherjee, Mitglied des Socialist Unity Center of India, Calcutta, Indien // Robert Medernach, Luxemburg in Luxemburg // Michael Lucas, Chefredakteur von „Northstar Compass“, Präsident des „Council for friendship with the soviet people“, Toronto, Kanada // Dr. Günther Lange, Mediziner, Klinikleiter a.D., Neuenhagen, Bundesrepublik Deutschland // Milan Krajca, Vorsitzender des verbotenen kommunistischen Jugendverbandes der Tschechischen Republik, Prag, Tschechische Republik // Mohammed Khalequzzaman, Mitglied der Socialist Party of Bangladesh, Dakka, Bangladesh // Prof. Dr. Ulrich Huar, Hochschullehrer a.D., Publizist, Berlin, Bundesrepublik Deutschland // Dr. Kurt Gossweiler, Historiker, Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR, Faschismus- und Revisionismusforscher, Berlin, Bundesrepublik Deutschland // Thanassis Georgiou, Mitglied der KKE, Berlin und Athen, Bundesrepublik Deutschland/Griechenland // Prof. Dr. Hans Fischer, Fregattenkapitän a.D., Träger des Nationalpreises für Wissenschaft und Technik und der Gauss-Medaille der DDR, Aktivist der Cuba-Solidaritätsbewegung, Berlin, Bundesrepublik Deutschland // „Etudes Marxistes“, Zeitschrift des Instituts für marxistische Bildung, Brüssel, Belgien // Prof. Dr. Erich Buchholz, Rechtswissenschaftler und Rechtsanwalt, Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Kontakt: Andrea Vogt, Tel u. Fax: 0351 – 41 79 87 91, Mail: freundeskreis@offen-siv.com

Treuhandkonto: Frank Flegel, Nr.: 39 00 94 99 64, Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80

Klaus Steiniger:
„Wider den Revisionismus“ - bedeutendes marxistisch-
leninistisches Werk erschienen! ⁴²⁹

Ein großer Wurf

Das Buch Dr. Dr.h.c. Kurt Gossweilers „*Wider den Revisionismus – Aufsätze, Vorträge, Briefe aus sechs Jahrzehnten*“ ist ein Volltreffer ersten Ranges.

Der Autor, den man als einen der bedeutendsten in Deutschland lebenden marxistischen Historiker bezeichnen kann, hat einen prägnant formulierten, hervorragend dokumentierten und aus unverfälscht leninistischer Sicht geschriebenen Abriß über die Ursachen revisionistischer Entartung in der Arbeiterbewegung und – insbesondere regierenden – kommunistischen Parteien vorgelegt. Das Alterswerk des 80jährigen Wissenschaftlers, das manche „Skeptiker“ begreiflicherweise mit spitzen Fingern anfassen, entlarvt in beispielhafter Weise des „theoretische“ und praktische Wirken der Zerstörer sozialistischer Substanz von Chruschtschow bis Gorbatschow. Es legt die Wurzeln des Aufkommens einer neuen Variante des Revisionismus nach dem Zweiten Weltkrieg dar, zeigt die seit den 50er Jahren vollzogene Abkehr einflußreicher KP-Kräfte vom Marxismus-Leninismus und führt dem Leser heutige Spielarten und Erscheinungsformen revisionistischer Ideologie vor Augen. Das spannende, packende und orientierende Buch, das beim Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung – Stefan-Eggerdinger-Verlag, Tulbeckstr. 4, 80339 München, bezogen werden kann, ist unbedingt zu empfehlen und gehört in die Bibliothek eines jeden Kommunisten, der nach den Ursachen des Niedergangs des Sozialismus und des Sieges der zunächst schleichenden, später offenen Konterrevolution forscht.

Ein großer Wurf! Glückwunsch, Genosse Gossweiler!
Klaus Steiniger

ISBN: 978-3-00-021905-4

12,50 €

⁴²⁹ Aus: „offen-siv“ 5-1998, Ausgabe April des Jahres, S. 60/61